Haben Sie etwas verpaßt? Dann bestellen Sie doch einfach nach!

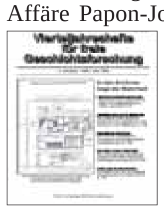


VffG, Jahrgang 1, Nr. 1, März 1997, 58 Seiten
Offenkundigkeit · Zyklon B · Selbstassistierter Holocaust-Schwindel · Französischer Hersteller von Holocaust-Giftgas? · Affäre Garaudy/Abbé Pierre · Historiker gesteht: Keine Beweise für Nazi-Gaskammern! · Zur Legalität von Geiselerschießungen · Ein anderer Auschwitzprozeß · Englands jüdisches Oberkommando · Loyalität · Juden in Wehrmachtsuniform · G. Knopp und die historische Wahrheit · Cremonini-Preis · Wissenschaftsfreiheit in Deutschland · Bücherverbrennung in Deutschland heute · »*Prawda*«: Der Holocaust ist ein Mythos.

VffG, Jahrgang 1, Nr. 2-4, Juni, September, Dezember 1997, 74, 90, 82 Seiten: ausverkauft!



VffG, Jahrgang 2, Nr. 1, März 1998, 82 Seiten
Sie drehen durch · Grundwasser in Auschwitz · »*Gasprüfer*« von Auschwitz · Akt der Solidarität · Zweimal Dachau · Irren-Offensive · Anmerkungen zu jüdischen Bevölkerungsstatistiken · Revisionistisches aus unerwarteter Ecke · Ein Australier in Auschwitz · Affäre Papon-Jouffa-Faurisson · M. Papon und Y. Jouffa: zweierlei Maß? · Milliarden Franc den Juden geraubt… oder von Pétain? · Büchervernichter und ihre Opfer · 451 Grad Fahrenheit · Vom Holocaust Museum ausgeladen: Schriftsteller spricht beim Nationalen Presseclub.



VffG, Jahrgang 2, Nr. 2, Juni 1998, 82 Seiten
Appell an unsere Unterstützer · Kurzwellen-Entlausungsanlagen in Auschwitz · Die ›Gaskammern‹ von Majdanek · »*Ein Kommentar ist an dieser Stelle überflüssig*« · Auschwitz: Krema-Zerstörung als Propaganda-Bremse · Das Detail · Die »*Gaskammer*« von Auschwitz I · Wiedergutmachung: Korrektur eines Fehlurteils · Der Mythos von der Vernichtung Homosexueller im Dritten Reich · Guido Knopp: Meister der Gehirnwäsche · Deutschland und seine Neurosen · Zweifeln verboten, fragen verboten, zitieren verboten!



VffG, Jahrgang 2, Nr. 3, September 1998, 82 Seiten
Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben · »*Schlüsseldokument*« ist Fälschung · Dokumentation eines Massenmordes · Verdrängte Schiffskatastrophen · Vatikan und »*Holocaust*«: »*Komplizenschaft*« zurückgewiesen · R. Graham und Revisionismus · Lügen über Waffen-SS-Division · Auschwitz Sterbebücher · Auschwitz-Überleben · Kriegsgerüchte · »*Vor dem Lesen vernichten!*« · Falsche Erinnerungen überall – nur nicht in der Zeitgeschichte · J. W. Goethe knapp BRD-Zensur entgangen · Ein Schritt zurück in polizeistaatliche Intoleranz.



VffG, Jahrgang 2, Nr. 4, Dezember 1998, 82 Seiten
Zensoren und Zensierte · Cremonini-Preis 1999 · »*Gasdichte*« Türen in Auschwitz · Kurzwellen-Entlausungsanlage, Teil 2 · Redefreiheit, dissidente Historiker und Revisionisten, Teil 1 · Aus Kriegspropaganda werden historische »*Tatsachen*« · 1944: Schreckensjahr im Kaukasus · »*Holocaust in neuem Licht*« – Hintergrundinformationen · Repression gegen Dissidenten in Schweiz · Eine Zensur findet nicht statt, es sei denn... · Liste eingezogener Schriften · Dänisches Zeugen-Potpourri.



VffG, Jahrgang 3, Nr. 1, März 1999, 120 Seiten
Deutschlands Historiker anno 1999 · Eine Fallstudie früher integrierter Kriegführung · Redefreiheit…, Teil 2 · Rückblick auf den Revisionismus · Wie die Siegerpropaganda aus Bäckereien »*Krematorien*« schuf · »*Zur Bestreitung des Holocaust – Fakten und Motive*« · Geschichte und Pseudogeschichte · Die 1998'er Konferenz in Adelaide, Australien · Das Rudolf Gutachten in der Kritik, Teil 2 · Pyrrhussieg in der Schweiz für die jüdische Gedankenpolizei · Die Wilkomirski-Pleite · Fragen an die UNESCO zum Thema Auschwitz.



VffG, Jahrgang 3, Nr. 2, Juni 1999, 120 Seiten
Große Zeiten erfordern große Maßnahmen · Kriegsgründe: Kosovo 1999 – Westpreußen 1939 · Partisanenkrieg und Repressaltötungen · Der Erste Holocaust anno 1914-1927 · Polnische Bevölkerungsverluste während des Zweiten Weltkrieges · Der Lebensweg eines tschechischen »*Partisanen*« · Geschichte und Pseudogeschichte, Teil 2 · Versuche der Widerlegung revisionistischer Thesen · Woher stammt eigentlich der David-Stern? · Gewißheit um Werner Heisenberg · Irrtümer, Lügen und Unsinn über Wagner · Über den Abfall eines jüdischen Revisionisten · Redefreiheit…, Teil 3 · Zensur und Willkür ohne Ende · Kristallnacht in Barcelona, u.v.a.m.



VffG, Jahrgang 3, Nr. 3, September 1999, 120 Seiten
Vom Sinn dieser Zeitschrift · Das KL Stutthof · Der große Patentraub · Wlassow in neuem Licht · Die Wandlungen der Totenzahl von Auschwitz · Wieviele Tote gab es im KL Auschwitz? · Über das Schicksal der Juden Deutschlands 39-45 · Der unbekannte Hunger-Holocaust · Sowjetische Bildfälschungen · Gehirnwäsche: Britische Propaganda 39-45 · Aufstieg und Fall des Charles A. Lindbergh · Die Entrechtung der Sudetendeutschen durch die Beneš-Dekrete · Konrad Henlein und die sudetendeutsche Frage · Grenzen der Naturwissenschaft · Wahnwelten · Redefreiheit…, Teil 4 · Jürgen Graf: Urteil von Appelationsgericht bestätigt, u.v.a.m.



VffG, Jahrgang 3, Nr. 4, Dezember 1999, 120 Seiten
Fern-Akademie für freie Geschichtsforschung · Fremdarbeiter im Dritten Reich · Deutsche Zwangsarbeit und ihr Entschädigung · Verweigerte Gerechtigkeit · Ist Amerika seit 250.000 Jahren besiedelt? · Wer waren die wirklichen Ureinwohner Amerikas? · Geschichtlicher Hintergrund und Perspektive in der „Holocaust"-Kontroverse · Die Holocaust-Religion · 100 Millionen Opfer des Kommunismus: Warum? · Wie war das in Kulmhof/Chelmno? · Sinti und Roma · Peenemünde und Los Alamos · Die Entmachtung der deutschen Vertriebenen – letzter Akt · „Deutsche Geschichtsschreibung" · Bundesprüfstelle verweigert Political Correctness · Deutschsprachiges über den Holocaust im Internet · Wissenschaft oder Ideologie?



VffG, Jahrgang 4, Nr. 1, Juni 2000, 120 Seiten
Zensoren zensieren? · Pseudo-Experten · D. Irving ./. D. E. Lipstadt · Van Pelt auf den Zahn gefühlt · Aus dem Gerichtsprotokoll · Architektonische Stümpereien · Gutachter- und Urteilsschelte · »*Schlüsseldokument*« – eine alternative Interpretation · Vergasungslügen gegen Deutschland · Ein Verfahrenstechniker zu Vergasungsbehauptungen · Treblinka archäologisch betrachtet · Großbritannien – Aggressorstaat Nr. 1 · Wie Churchill den 3. Weltkrieg gegen Stalin plante · Englands Kriegsgründe für den 2. Weltkrieg · Der rätselhafte General A.A. Wlassow · Einheit 731: wie man einen Holocaust zum Verschwinden bringt · Die Einkreisung Deutschlands · Echte Geschichte · Freispruch für polnischen Historiker · Prozeß gegen Dr. Toben · Aus der Forschung: Zweierlei Kronzeugen · u.a.m.



VffG, Jahrgang 4, Nr. 2, August 2000, 120 Seiten
Von der Angst · Holocaust-Orthodoxie · Zum Gedenken an W. Pfeifenberger · Zum Gedenken an R. Elstner · Deutschland – ein Sommer-Alptraum · Rebellion · Was geschah mit nach Auschwitz deportierten, unregistrierten Juden? · "Schon 1942 wußte man, daß…" · Leichenkeller von Birkenau · Elie Wiesel: Serienlügner · Das üben wir bis zur Vergasung! · Claude Lanzmann – ein Lügner! · Eine andere Gaskammer-Besichtigung · Juden unter NS-Herrschaft · Der geheimnisvolle Tod von H. Himmler · WK II: Wessen Krieg war es? · Leistungen der Wehrmacht zur Rettung von Flüchtlingen · Galileo Galilei · Verleihung des Cremonini-Preises · Implementierung einer neuen Weltreligion · Nazifizierung der Deutschen · Ideologische Versuchung · Unsere jüdischen Wurzeln? · u.a.m.



VffG, Jahrgang 4, Nr. 3&4 (Doppelnummer), Dezember 2000, 232 Seiten (als Einzelheft DM 60,-)
Deutschland, ein Ganzjahres-Alptraum · War das 20. Jahrhundert ein „deutsches" Jahrhundert? · Revisionistische Wiedergeburt · Der Kongreß der Verfolgten · Historische Vergangenheit und politische Gegenwart · Was widerfuhr den ungarischen Juden? · Bombenschutzeinrichtungen in Birkenau: Eine Neubewertung · Berichte zum KL Auschwitz · Amtlich sanktionierter Betrug in Dachau · Der Giftmordfall Marie Besnard · „Swing tanzen verboten" · Das Ende von U 85 · Eine Armee von Nieten · Washington oder Wilson? · Entstehungsgeschichte des jüdischen Volkes · Wilhelm II. und T. Herzl · Sieg der verlorenen Revolution · u.a.m.

DM 30,- / € 15,- pro Einzelheft bei Nachbestellung (DM 25,-/€ 12,50 im Normalabo); Sammelbände (Leinen) Jg. 1997 ausverkauft!
Jg. 1998: DM 120,- / € 60,- ; Jg. 1999/2000 DM 140,- / € 70,-; DM 2,- Porto & Verpackung für jede angefangene DM 25,-.
Bitte richten Sie Ihre Bestellung an: Castle Hill Publishers, PO Box 118, Hastings TN34 3ZQ, Großbritannien

Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung, 5. Jahrgang, Heft 1, Mai 2001

Castle Hill Publishers

ISSN: 1370-7507

Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung

5. Jahrgang • Heft 1 • Mai 2001



Alliierte Völkermörder: Oben: F.D. Roosevelt und D.D. Eisenhower am 8.12.43 in Sizilien; unten: FDR mit H. Morgenthau am 9.2.34
Bildquelle: www.fdrlibrary.marist.edu

Revisionismus und Zionismus:
Eine gescheiterte Konferenz und ihre Folgen, S. 2

Preußische Kriegsstrategie:
Schlieffen: Meister preußisch-deutscher Kriegskunst, S. 10

Angelsächsische Kriegstreiber:
Zur Balfour-Erklärung, S. 26
Englands USA-Propaganda, S. 30
Der Fall Tyler Kent, S. 36-53

Völkermord und Vertuschung:
Alliierte Völkermordpläne, S. 55
Bundesdeutsche Vertuschung, S. 65

Auserwählter Haß:
Elie Wiesel als Vergewaltiger?, S. 67
Anti-ukrainische Propaganda, S. 69

Medien und Revisionismus:
***Le Monde*: Shoah als Glaube, S. 77**
John Sack vermenschlicht Revisionisten in *Esquire*, S. 78-84

Dissidenten-Verfolgung:
Chronologie der Gewalt gegen historische Abweichler, S. 85
Jagd auf G. Rudolf, Teil 2, S. 91

Castle Hill Publishers

PO Box 118, Hastings TN34 3ZQ, Großbritannien

Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung

Herausgeber, Verlag und Vertrieb: Castle Hill Publishers, PO Box 118, Hastings TN34 3ZQ, Großbritannien
Gegründet: im Sommer 1996, Erstausgabe März 1997
Chefredaktion: Dipl.-Chem. Germar Rudolf
Fremdsprachenredaktion: Jürgen Graf
Lektorat: Patricia Willms
Fax: +44-1825-764253
E-Post: Redaktion: VffG@vho.org; Verlag: chp@vho.org; Abos & Einzelhefte: vffgorder@vho.org
Internetz: http://www.vho.org/VffG.html
Anzeigen: Liste vom 15.10.1997; bitte fordern Sie unsere Media-Daten an (www.vho.org/VffG/MediaDaten.pdf).
ISSN: 1370-7507

Erscheinungsweise: vierteljährlich, jeweils März, Juni, September, Dezember.
Umfang: zur Zeit etwa 120 Seiten DIN A4 gebunden.
Jahresbezug:
- Normal-Abo: inkl. Versand: DM 100,- / € 50,- (3-Jahres-Abo: DM 270,- / € 135,-).
- Vorzugs-Abo: Auszubildende, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Wehr- und Zivildienstleistende oder Rentner mit kleinem Einkommen (Nachweis nicht vergessen!) DM 70,- / € 35,- (3 Jahre: DM 180,- / € 90,-).
- Förder-Abo: DM 200,- / € 150,- (3 Jahre: DM 540,- / € 270,-).
- Frei-Abo: Spender mit einem jährlichen Spendenaufkommen ≥DM 100,- / € 50,- erhalten *VffG* für ein Jahr gratis, werden jedoch danach gebeten, das Abo in ein Normal-Abo umzuwandeln.

Einzelverkaufspreis: DM 30,- / € 15,-
Probeheft: aktuelles Heft: DM 10,- / € 5,-; Erst-ausgabe: DM 5,- / € 2,50.
Werbeexemplare: Bei Bedarf können wir Ihnen Werbeexemplare sowie Werbematerial für *VffG* zukommen lassen. Bitte wenden Sie sich dazu an die Redaktion.
Versand: außerhalb Großbritanniens per Luftpost, Porto und Verpackung sind inklusive.
Zahlungsbedingungen: 60 Tage rein netto.
Zahlungsweise: möglichst in DM oder €, bar oder per V-Scheck an die Verlagsanschrift. Britische Pfund nur bar! Die Bankverbindung für Überweisungen teilen wir Ihnen bei Bedarf vertraulich mit.
Kündigung: 3 Monate vor Ablauf des Bezugszeitraumes, ansonsten Verlängerung um ein (bzw. 3) Jahr(e).
Urheberrecht: Abdruck der Beiträge nur nach Vereinbarung gestattet. Alle Rechte vorbehalten.
Tantiemen: Wir zahlen jenen Wissenschaftlern, die unter staatlicher wie gesellschaftlicher Verfolgung leiden, ein Honorar für Beiträge, die in unserer Zeitschrift publiziert werden. Dies scheint uns der angemessenste Weg zu sein, wie ihnen geholfen werden kann.
Unterstützung: Sollten Sie unsere Arbeit wertvoll finden, so bitten wir Sie herzlich, uns nach Kräften zu unterstützen, sei es durch Abonnements, die Übernahme von Patenschaften, die Vermittlung neuer Abonnenten und Interessenten oder gar durch Spenden. Spendenüberschüsse fließen zu 100% in die Erforschung wichtiger geschichtlicher Fragen.

Voraussetzungen für den Abdruck von Artikeln in den *Vierteljahresheften für freie Geschichtsforschung*:

Inhaltliche Voraussetzungen:
Themengebiete: Geschichte, insbesondere Zeitgeschichte; daneben auch Meinungs- und Forschungsfreiheit. Nach Möglichkeit neuartige, bisher unveröffentlichte Berichte, Übersichtsartikel bzw. Forschungsergebnisse;
Stil: systematischer Aufbau; sachlich; Belegung von Tatsachenbehauptungen; merkliche Trennung von Meinung und Tatsachenbehauptungen.

Äußere Voraussetzungen: Aus naheliegenden Gründen drucken wir Beiträge gegebenfalls auch unter Pseudonymen ab, die wir selbstverständlich streng vertraulich behandeln. Anonym zugesandte Beiträge, die ebenfalls willkommen sind, können nur veröffentlicht werden, wenn sie inhaltlich annähernd druckreif sind.
Es besteht keine Umfangsbeschränkung für eingereichte Beiträge. Beiträge, die merklich 10 Seiten in unserer Zeitschrift überschreiten (etwa 50.000 Zeichen, bzw. 9.000 Wörter), müssen damit rechnen, in mehrere Teile zerlegt in aufeinanderfolgenden Ausgaben publiziert zu werden. In solchen Fällen ist dafür zu sorgen, daß der Beitrag eine Gliederung aufweist, die eine solche Teilung erlaubt.
Beiträge von zwei Seiten Länge oder mehr sollten mit Abbildungen versehen sein, um den Text aufzulockern (Buchumschläge behandelter Werke, Dokumenten-Faksimiles, Portraits behandelter Personen und evtl. der Beitragsautoren, Autorvorstellungen, Bilder historischer Ereignisse etc.).

Vorgehensweise: Mit Ausnahme anonym zugesandter Beiträge werden Korrekturbögen nach Erfassung zugesandt, ein Recht auf Abdruck entsteht dadurch nicht. Das eventuelle Erscheinungsdatum behält sich die Redaktion vor. Ein Autorenhonorar wird nur gezahlt, falls der Autor unter gesellschaftlicher und/oder staatlicher Verfolgung wegen seinen Meinungsäußerungen leidet. Es wird jeweils nur ein Belegexemplar versandt. Auf ausdrücklichen Wunsch können bis zu fünf Belegexemplare zugesandt werden.

Daten: Wir bevorzugen Daten auf Diskette (PC, evtl. auch MAC, 3,5”/1,44MB und ZIP/100 oder 250 MB). Die Dateiformate der üblichen Textverarbeitungsprogramme können in der Regel alle verarbeitet werden, vorteilhaft sind jedoch aus Gründen der Portabilität Dateien des Formats *.rtf (Rich Text Format). Wir selbst verwenden bevorzugt MS Word97/2000 sowie PageMaker 6.5/InDesign (MS Publisher und Quark Express können gelesen werden). Bitte senden Sie Ihre Manusripte nicht per Fax, da dies ein automatische Erfassung (OCR) erschwert. Bilder können sowohl in allen gängigen Bildformaten auf Diskette als auch im Original zugesandt werden.
3,5”-Disketten sowie unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt, verlangte Original-Manuskripte und Abbildungen nur auf ausdrückliche Bitte.

Falls Sie mit diesen Bedingungen einverstanden sind, erwarten wir gerne Ihre Arbeiten.

Wenn Sie den Umschlag dieses VffG-Heftes nicht zerschneiden wollen, kopieren Sie diese Seite einfach und füllen Sie die Kopie aus.

Bestellschein »Leser werben Leser«

Den unten links angegebenen Abonnenten habe ich für den Bezug von mindestens 4 Heften zum unten angekreuzten Tarif geworben. Er war bisher noch nicht Bezieher der **Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung (***VffG). Wir beide wissen, daß sich das Abo automatisch verlängert, wenn es nicht mindestens 3 Monate vor Ablauf gekündigt wird. (€ = DM/2):*

Bezugszeitraum:	1 Jahr (4 Hefte)	3 Jahre (12 Hefte)
Förderabo:	☐ DM 200,- (50,-/Heft)	☐ DM 540,- (45,-/Heft)
Normal-Abo:	☐ DM 100,- (25,-/Heft)	☐ DM 270,- (22,50/Heft)
Vorzugsabo*:	☐ DM 70,- (17,50/Heft)	☐ DM 180,- (15.-/Heft)

* Für Azubis, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Wehr- bzw. Zivildienstleistende oder Rentner mit kleinem Einkommen (Nachweis nicht vergessen!).

Sobald der neue Abonnent seine Rechnung beglichen hat, habe ich, der Vermittler, ein Anrecht darauf, daß sich mein Abonnement um zwei (bei Förderabonnenten um eine) Ausgabe(n) pro geworbenen Neuleser kostenlos verlängert.
Diese Leserneuwerbung kann innerhalb einer Woche (ab Datum des Poststempels) schriftlich widerrufen werden. Mit unseren zweiten Unterschriften bestätigen wir, von diesem Widerrufsrecht Kenntnis genommen zu haben.

Adresse des neuen Abonnenten:
Name
Straße/Postfach
PLZ Wohnort
Datum Unterschrift

Adresse des Vermittlers:
Name
Straße/Postfach
PLZ Wohnort
Datum Unterschrift

Bestellschein Abonnement und/oder Probehefte

☐ *Ja, ich möchte __ Abo(s) der* **Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung** *(VffG) beziehen. Ich weiß, daß sich mein Abo automatisch verlängert, wenn ich nicht mindestens 3 Monate vor Ablauf kündige.*
Bitte kreuzen Sie das Abo Ihrer Wahl an und fügen Sie die entsprechende Summe in bar oder Scheck bei (€ = DM/2):

Bezugszeitraum:	1 Jahr (4 Hefte)	3 Jahre (12 Hefte)
Förderabo:	☐ DM 200,- (50,-/Heft)	☐ DM 540,- (45,-/Heft)
Normal-Abo:	☐ DM 100,- (25,-/Heft)	☐ DM 270,- (22,50/Heft)
Vorzugsabo*:	☐ DM 70,- (17,50/Heft)	☐ DM 180,- (15.-/Heft)

* Für Azubis, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Wehr- bzw. Zivildienstleistende oder Rentner mit kleinem Einkommen (Nachweis nicht vergessen!).

☐ Ja, ich möchte ___ Probeexemplar(e) der Erstausgabe (*VffG* Nr. 1/1997) zum Schnupperpreis von je nur DM 5, (beiliegend in Briefmarken) beziehen.
☐ Ja, ich möchte ___ Probeexemplar(e) der zur Zeit aktuellen Nummer von *VffG* zum Schnupperpreis von je nur DM 10, (beiliegend in bar oder als Scheck) beziehen.

Name
Straße/Postfach
PLZ Wohnort
Datum Unterschrift

Meine Abonnementbestellung kann ich innerhalb einer Woche (ab Datum des Poststempels) schriftlich widerrufen. Mit meiner zweiten Unterschrift bestätige ich, von diesem Widerrufsrecht Kenntnis genommen zu haben:

Datum Unterschrift

Bestellschein für ein Geschenk-/Patenabonnement

Ich bestelle ein Geschenk-/Patenabonnenten von mindestens 4 Heften entsprechend dem angekreuzten Tarif für den unten links angegebenen Empfänger und füge dafür die entsprechende Summe in bar oder Scheck bei (€ = DM/2):

Bezugszeitraum:	1 Jahr (4 Hefte)	3 Jahre (12 Hefte)
Förderabo:	☐ DM 200,- (50,-/Heft)	☐ DM 540,- (45,-/Heft)
Normal-Abo:	☐ DM 100,- (25,-/Heft)	☐ DM 270,- (22,50/Heft)
Vorzugsabo*:	☐ DM 70,- (17,50/Heft)	☐ DM 180,- (15.-/Heft)

* Für Azubis, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Wehr- bzw. Zivildienstleistende oder Rentner mit kleinem Einkommen (Nachweis nicht vergessen!).

Diese Geschenk-/Patenabonnementbestellung kann innerhalb einer Woche (ab Datum des Poststempels) schriftlich widerrufen werden. Mit meiner zweiten Unterschriften bestätige ich, von diesem Widerrufsrecht Kenntnis genommen zu haben.

Adresse des Empfängers (Hefte senden an):
Name
Straße/Postfach
PLZ Wohnort
Datum Unterschrift

Adresse des Bestellers (Abonnement wird bezahlt von):
Name
Straße/Postfach
PLZ Wohnort
Datum Unterschrift

Inhalt

Revisionismus und Zionismus **2**
Von Dipl.-Chemiker Germar Rudolf

Meister preußisch-deutscher Kriegskunst: Schlieffen **10**
Von Mag. Rolf-Josef Eibicht

Großbritannien, die Juden und Palästina **26**
Von Samuel Landman

Groβbritanniens Propagandanetz in den Vereinigten Staaten zwischen den beiden Weltkriegen **30**
Von Quincy Howe

US-Intrigen zur Ausweitung des Zweiten Weltkriegs **36**
Von Keith Stimely und Mark Weber

Das Roosevelt-Vermächtnis und der Fall Kent **40**
Von Tyler Gatewood Kent

Der totale Krieg **54**
Von Wolfgang Neugbauer

Alliierte Pläne zur Ausrottung des deutschen Volkes **55**
Von Dr. Claus Nordbruch

Gräberschändung auf bundesdeutsche Anordnung **65**
Von Klaus Bunge

Vergewaltigte Elie Wiesel deutsche Mädels? **67**
Von Lubomyr Prytulak

Der Holocaust begann anno 1648 .... **69**
Von Lubomyr Prytulak

Die Shoah: Fiktives Abbild und bloßer Glaube? **77**
Von Prof. a.D. Dr. Robert Faurisson

***Esquire Magazine* berichtet über Revisionismus**
Über die mangelhaften Beobachtungen des US-Autors John Sack, von Mark Weber *78*
Hintergrund zu John Sacks Kontakten zum Revisionismus, von Robert H. Countess, Ph.D. *81*

Einige Fälle von physischer Bedrohung und Gewaltanwendung gegen Revisionisten **85**
Von Jean Plantin

Jagd auf Germar Rudolf, Teil 2 .... **91**
Von Dipl.-Chemiker Germar Rudolf

Bücherschau
»Die Strafbarkeit des Auschwitz-Leugnens«, von Dipl.-Chem. Germar Rudolf *100*
Imitationen und Fälschungen zum Holocaust, von Ronald Reeves *112*
Mythen und Legenden des transatlantischen Sklavenhandels, von John Tiffany *114*

Leserbriefe **116**

In Kürze **119**

Revisionismus und Zionismus

Eine gescheiterte revisionistische Konferenz in Beirut und ihre Auswirkungen

Von Dipl.-Chem. Germar Rudolf

Die Idee ist alt. Ich erinnere mich dunkel, daß ich um das Jahr 1996 herum mit Jürgen Graf ein Telefongespräch führte. Er teilte mir mit, Ahmed Rami habe Kontakt mit Muhamar Al Ghaddafi aufnehmen können und hoffe, ihn womöglich bald zu treffen. Jürgen Graf überschlug sich fast vor Begeisterung, erhoffte er sich doch viel von solch einem Treffen. Es ist die alte Hoffnung des Parias, irgendwo ganz oben als Genie anerkannt zu werden. Der Hoffnungsschimmer auf Ruhm und – selbstverständlich – das Schielen auf die Öldollars.

> *»Um Gottes Willen, Jürgen! Gib Dich doch bloß keinen Illusionen hin! Wir sind doch nur billige Bauern in diesem Schachspiel der Macht. Glaube bloß nicht, daß wir da je als Gleichwertige anerkannt werden. Außerdem würde es dem Revisionismus enorm schaden, wenn es gelänge, ihn politisch mit radikalen Arabern und extremistischen Muslimen gleichzusetzen. Laßt bloß die Finger davon!«*

So oder so ähnlich waren meine Worte damals. Natürlich ist aus diesem „Gipfeltreffen" nichts geworden – womöglich glücklicherweise. Ich habe dann niemals wieder etwas von der Sache gehört.

Doch wer Jürgen kennt, der weiß, daß er nicht so leicht aufgibt. Immerhin ist die arabische Welt seit dem Schauprozeß des französischen Staates gegen Roger Garaudy (vgl. *VffG* 1/97, und »*In Kürze*« *VffG* 1/99) auf die Bedeutung des Themas „Holocaust" aufmerksam geworden. Hoffnung auf offene Ohren war und ist daher angebracht. Anfang 2000 regte Jürgen Graf sich daher wieder, diesmal zusammen mit einigen schweizer Freunden. Ich selbst erhielt dann von der schweizer Vereinigung *Vérité et Justice* (Wahrheit und Gerechtigkeit)[1] im Juli 2000 ein Formular per Email zugesandt, in der ich eingeladen wurde, ein Konferenzpapier einzusenden für eine vom 27-29.11.2000 »*irgendwo im Mittelmeerraum stattfindende*« Konferenz zum Thema »*Revisionismus und Zionismus*«. Weiter hieß es darin:

> *»Diese Konferenz wird von den Medien vieler Länder aufmerksam beobachtet werden und wird die steigenden totalitären Tendenzen der westlichen Gesellschaften aufdecken: Zensur, Verfolgung, staatlich gestützte Lügen, Medienmanipulation und die Unterwerfung der Bürger durch mächtige Lobbygruppen.«*

Zumal der Konferenzort unbekannt blieb und die Veranstalter keine weiteren Auskünfte gaben, schossen die Gerüchte bald ins Kraut. Von Kairo, Teheran, Bagdad und Beirut, ja sogar bis hin zu Zypern und Tripolis war so ziemlich alles im Gespräch. Einige sprachen gar davon, die Konferenz werde im ehemals israelisch besetzten Südlibanon stattfinden, was angesichts der dortigen Ereignisse in den letzten 20 Jahre bei einigen geradezu Entsetzen hervorrief. Niemand der angesprochenen potentiellen Vortragenden schien bereit zu sein, sich diesen Unabwägbarkeiten aussetzen zu wollen, und so war denn auch die Resonanz auf diese Einladung gleich Null.

Verschlimmert wurde dies dadurch, daß die Veranstalter kaum zu erreichen waren, denn Jürgen Graf befand sich seit Frühjahr 2000 fast ununterbrochen auf Achse, und die anderen schweizer Mitorganisatoren protzten nicht gerade mit ihrem Organisationstalent (so im Original-Ton Jürgen Graf). Auf verschiedene Anfragen hin schrieb ich dann auch im Frühherbst 2000, daß aus dieser Konferenz wohl nichts werden würde.

Zumal ich selbst aus hier nicht näher darzulegenden Gründen zu einer Reise nach Nahost ohnehin nicht in der Lage war, war das Thema für mich ohnehin beendet, bevor es begonnen hatte. Es gab also für mich keinen Grund, mir um diese Konferenz Sorgen zu machen.

Noch im Sommer 2000 meinte Jürgen Graf allen Ernstes, er werde sich den schweizer Behörden stellen und seine Gefängnisstrafe von 15 Monaten absitzen, die man ihm für die Abfassung wissenschaftlicher Bücher aufgebrummt hatte. Dies hatte er mir bereits ein Jahr vorher mitgeteilt gehabt. Damals, im Sommer 1999, kam Jürgen Graf nach London, wo wir uns trafen und über unsere weitergehenden Pläne nachdachten. Jürgen in meine langfristigen Pläne des Ausbaues eines revisionistischen Verlages in England einzubeziehen, hätte jedoch vorausgesetzt, daß er sich nicht den schweizer Behörden stellte und seine Gefängnisstrafe absitzt. Vielmehr war ich der Überzeugung, daß er für uns alle als Sprachgenie und als Pädagoge viel zu wichtig ist, als daß wir auch nur 15 Monate auf ihn verzichten wollten. Es wäre daher besser, wenn er sich im sicheren Ausland niederließe, etwa mit mir in England, wo ich ihn anstellen würde, und wo wir beide dann die revisionistisch-publizistische Wirkung vervielfachen könnten. Jürgen lehnte jedoch ab. Er wolle in seiner geliebten Schweiz bleiben und lieber seine Strafe absitzen, sagte er mir.

Damals glaubte ich noch, daß England sicher sei. Von dieser Illusion wurde ich dann im Oktober 1999 geheilt (vgl. meinen Beitrag in *VffG* 3&4/00), und Jürgen war wohl heilfroh, mein Angebot ausgeschlagen zu haben. Damals wie auch etwa ein Jahr später, während der IHR-Konferenz im Mai 2000 (vgl. *VffG* 2/00), meinte Jürgen beharrlich und heroisch, er wollte seine Zeit im Gefängnis absitzen. Ich scherzte während meines Vortrags, dies sei vielleicht gar keine so üble Idee, zumal Jürgen die magere Gefängniskost womöglich gut bekäme, hatte er doch in den letzten Jahren ein paar Pfund zu viel zugelegt.

Mitte Oktober 2000 schließlich war es soweit: Jürgen sollte in den Knast einrücken. Seit September 2000 jedoch hatte niemand mehr etwas von ihm gehört. Was ging vor? Ich versuchte in jenen Monaten vergeblich, mit ihm in Kontakt zu treten, hatte ich doch den Verdacht, daß er untergetaucht war, worin ich ja inzwischen einige Erfahrung gesammelt habe. Ich wollte ihm Ratschläge zukommen lassen, und außerdem hatte ich meinen Traum immer noch nicht aufgegeben, mit Jürgen noch wesentlich enger zusammenzuarbeiten. Aber Jürgen war von der Bildfläche verschwunden. Viele Revisionisten fingen an, sich Sorgen um ihn zu machen.

Am 3. Dezember 2000 trudelte dann jedoch eine karge Email von einem unbekannten Absender ein:

> *»Lieber Germar,*
> *Unsere persischen Freunde haben mir einen wunderbaren Computer mit Netzanschluss installiert, den ich fortan taeglich benutzen werde. Ich habe eine Wohnung zur Verfuegung gestellt bekommen. Durch einen Dolmetsch habe*

ich mich viele Stunden mit einer – anonymen – fuehrenden Persoenlichkeit ueber den Revisionismus unterhalten, und bis Freitag werde ich eine fuenfzigseitige Zusammenfassung der revisionistischen Argumente, der politischen Implikationen des Revisionismus sowie einer Geschichte der revisionistischen Bewegung verfassen, die dann ins Persische uebersetzt und an die Meinungstraeger des Landes versandt wird. […] *Wir wollen nun hoffen, dass die fuehrenden Schichten die Bedeutung des Revisionismus begreifen. Im Moment scheint der Iran das einzige Land zu sein, das uns aktiv unterstuetzt.- Ich warte ungeduldig auf Deine Antwort und gruesse Dich herzlich. Eine Postfachanschrift folgt in ein paar Tagen.*
Alles Gute
Juergen«

Der Schlingel hat uns alle an der Nase herumgeführt! Freilich, Jürgen mußte alle glauben lassen, daß er den Märtyrer spielen und freiwillig ins Gefängnis einrücken werde. Andernfalls wäre er ja wegen Fluchtgefahr gleich festgenommen worden. Seit Jahren hat es keine Nachricht mehr gegeben, die mich so in Hochstimmung versetzt hat wie diese!

In obiger Email sprach Jürgen davon, die anvisierte Konferenz sei jetzt für den 19. Januar 2001 anberaumt. Ich nahm es freilich nicht ernst, denn schon der alte Termin war verstrichen, ohne daß sich etwas getan hatte. Jürgen muß dies auch eingesehen haben, und mit Hilfe seiner neuen Freunde wurde alles noch einmal umgekrempelt und auf einen Termin Ende März 2001 abgestimmt.

Ende Dezember 2000 verkündete dann das Institute for Historical Review (IHR) offiziell auf seiner Website, daß es diese Konferenz unterstütze und Anmeldungen dafür weiterleite. Als Termin wurde nun der Zeitraum zwischen 31.3. und 3.4.2001 genannt, und als Konferenzort Beirut, Libanon. Jürgen hat offenbar tatsächlich mächtige Freunde gefunden, die es ihm nun ermöglichten, diese Konferenz organisatorisch und finanziell auf die Beine zu stellen. Aber Beirut, unter der Nase israelischer Artillerie und Kampfflugzeuge und im wildesten Tummelgebiet des Mossad?

Doch wie dem auch sei, damit war der Bann gebrochen, der auf dieser Konferenz zu liegen schien, denn das Engagement des IHR verlieh dem Ganzen etwas Seriosität, und sowohl potentielle Vortragende als auch Zuhörer brachten dem Ganzen nun wesentlich mehr Vertrauen entgegen. So besann sich dann auch ein Revisionist nach dem anderen, doch an der besagten Konferenz teilzunehmen. Nur ich mußte wegen meiner immer noch nicht gelösten juristischen Probleme wieder einmal absagen, was Jürgen mit einer persönlichen Nachricht an mich zuvor noch abzuwenden versucht hatte:

»Deine Anwesenheit bei der ungeheuer wichtigen Konferenz ist ein Muss. Komme also auf alle Fälle, und wenn es nicht geht, so komme trotzdem. Deine Abwesenheit wäre ein Super-GAU; als einzige Entschuldigung dafür wird ein vorzeitiges Ableben akzeptiert, und auch dies nur widerwillig.«

Inzwischen hat sich entgegen Jürgens Befürchtungen erwartungsgemäß herausgestellt, daß sich die revisionistische Welt auch dann unbeeindruckt weiterdreht, wenn ich mal ausnahmsweise an einer Konferenz nicht teilnehme…

Ende Januar 2001 begann dann die staatliche iranische Tageszeitung *Tehran Times* eine Serie revisionistischer Artikel abzudrucken, von denen man sich denken kann, wer da seine Hand im Spiel hatte. Dies war ein weiteres Fünkchen revisionistischer Hoffnung, nicht ganz allein in der Wüste zu stehen.

Die öffentliche Verkündung des peripheren Engagements des IHR hatte freilich auch seine Schattenseite, denn dadurch wurden nun die Medien und bestimmte Lobbygruppen auf Jürgens Tun aufmerksam. Als erste ließ sich die jüdische Anti-Defamation League am 11.2.2001 zu einer Tirade herab:

»Die Holocaust Leugner bringen ihr antisemitisches Trommelfeuer in den Nahen Osten, wo sie eine neue Kampagne zu starten gedenken, um Gleichgesinnte ihres Hasses gegen Israel und das jüdische Volk zu gewinnen.«

Nur einen Tag darauf tönt das Simon-Wiesenthal-Zentrum in Los Angeles:

»Schweizer untersuchen die Rolle eines Holocaust-Leugners bei bevorstehender „Revisionisten"-Versammlung in Beirut

Die schweizer Regierung bestätigte dem Simon-Wiesenthal-Center, daß es gegen die Vereinigung Verité et Justice ermittle, die als Veranstalterin einer Konferenz auftritt, die für das sogenannte Institute for Historical Review im nächsten Monat in Beirut, Libanon, abgehalten werden soll. Die „Revisionismus und Zionismus" betitelte Konferenz findet vom 31.3. bis 3.4.2001 statt und wird vom Vorsitzenden dieser schweizer Organisation, Jürgen Graf, organisiert. Nach seiner Verurteilung durch ein schweizer Gericht wegen Holocaust-Leugnung floh Graf 1998 [recte: 2000] *nach Teheran, Iran. „Wir haben die schweizer Regierung gedrängt, gegen Verité et Justice zu ermitteln, ob sie gegen geltendes schweizer Recht verstößt, und weitere rechtliche Schritte gegen Graf einzuleiten", sagte Rabbi Abraham Cooper vom Wiesenthal Center.«*

Am 22. Februar gab die kanadische *Canadian Jewish News* dem ganzen dann einen noch kriminelleren Dreh:

»Holocaustleugnung findet neues Zuhause

Von PAUL LUNGEN

TORONTO – Einem Experten für nahöstliche Terrorgruppen zufolge ist die Versammlung von Holocaust-Leugnern im Libanon nur die Spitze des Eisberges einer Zusammenarbeit zwischen westlichen Neo-Nazi-Aktivisten und islamischen Fundamentalisten in der arabischen Welt.

„Islamische Gruppen imitieren jahrhundertealten Antisemitismus," sagte Steven Emerson, Produzent der Fernsehdokumentation des öffentlichen Rundfunks in den USA, „Jihad [Heiliger Krieg] *in America". „So wie ich es sehe, handelt es sich dabei um die größten Förderer des Antisemitismus in der heutigen Welt."* […]

Dieses Zusammentreffen der Ereignisse – des Treffen der Holocaust-Leugner, der Konferenzort im Herzen der arabischen Welt und die iranische Verbindung – macht Rabbi Cooper Sorgen. Er hat dem libanesischen Botschafter in Washington geschrieben und gebeten, daß der Libanon diese Konferenz verhindere, aber er hat bisher keine Antwort erhalten.

Emerson, der vor dem Ausschuß des U.S. Repräsentatenhauses über internationalen Terrorismus und Einwanderungspolitik ausgesagt hat, meinte, es gebe eine „durchgängige Verwendung von Neo-Nazi-Propaganda in militanten islamischen Kreisen. Zuletzt kam es zu Überkreuzbefruchtungen zwischen Neo-Nazi und radikalen arabischen Gruppen und sogar einigen Gruppen des Establishments." […]

Eine aktuelle Studie der Mailänder Zeitung Corriere della Sera legt nahe, daß es zu Bündnissen ganz neuer Größen-

ordnungen kommen könne. Die Zeitung zitiert deutsche Geheimdienste, denen zufolge [der saudi-arabische Multimilliardär] *Osama Bin Ladin begonnen habe, rechtsextreme Gruppen in ganz Europa zu finanzieren, um deren Unterstützung bei der Durchführung von Attentaten gegen den im Sommer in Genua tagenden Weltwirtschaftsgipfel der G8-Länder zu gewinnen.«*

Als ich im Frühjahr 1994 meine Anklageschrift wegen der Publikation meines Gutachtens erhielt, stellte ich fest, daß die Staatsanwaltschaft gegen mich wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelte. Der Kreis von Autoren, mit denen ich zusammen die Veröffentlichung des Sammelbandes *Grundlagen zur Zeitgeschichte* plante, wurde darin schlicht als kriminelle Vereinigung definiert. Damals wurde dieser Anklagepunkt von der Staatsanwaltschaft noch fallengelassen. Was sich aber im Zuge der Beiruter Konferenz zusammenbraute, war weitaus ernster. Offenbar arbeiten Medien, bestimmte Lobbygruppen und westliche, allen voran deutsche Geheimdienste daran, den Revisionismus in direkten Zusammenhang mit dem internationalen politischen Terrorismus zu bringen.

Doch zurück zur Vorgeschichte der Konferenz selbst. Selbstverständlich brach die Schweiz unmittelbar zusammen und gab dem jüdischen Druck wieder einmal uneingeschränkt nach, so die *Jewish Telegraphic Agency* am 2.3.2001:

»Internationaler Haftbefehl gegen Jügen Graf

Die Schweiz hat einen internationalen Haftbefehl gegen den bekannten Holocaust-Leugner erlassen, dessen Organisation bei der Koordinierung einer Beiruter Konferenz über Holocaust-Leugnung hilft […]*.«*

Einen Tag später berichtete die libanesische Tageszeitung *As-Safir* über den wachsenden diplomatischen Druck auf den Libanon. Demnach forderten nicht nur drei der größten jüdischen Organisationen von der libanesischen Regierung, die Konferenz zu verbieten – World Jewish Congress, Anti-Defamation League, Simon-Wiesenthal-Center. Sogar die US-Regierung sowie einige Abgeordnete des US-Kongresses schlossen sich dieser Forderung an. Über Libanons Botschafter in den USA sowie über die US-Botschaft im Libanon wurde die libanesische Regierung gewarnt, diese Konferenz zu verhindern, da man andernfalls jede Hilfe für den Libanon überdenken werde. Würde die US-Regierung ein derartiges Verbot gegenüber einer Versammlung im eigenen Land fordern, so würde sie sich außerhalb der US-Verfassung stellen. Die libanesische Regierung reagierte auf diese Drohungen schlicht mit der Feststellung, daß die libanesische Verfassung die Redefreiheit garantiere, weshalb es unmöglich sei, eine derartige Konferenz zu verbieten.

Nicht genug damit, ließ Israels Premierminister Ariel Sharon die Revisionisten über Prof. em. H. Spehl[2] wissen, daß diese Konferenz nicht stattfinden wird. Punktum. Was damit gemeint war, werden wir wahrscheinlich nie erfahren.

Aufmerksam geworden durch derlei Spektakel ließen sich inzwischen Journalisten aus allerlei Länder für diese Konferenz akkreditieren: USA, England, Deutschland, Japan, Libanon, Ägypten und Iran.

Am 8. März versuchten Abraham Cooper und Harold Brackman dann noch einmal, durch einen Artikel in *USA Today* Stimmung gegen diese Konferenz zu machen. Als Anlaß diente ihnen John Sacks wohlwollender Artikel über den Revisionismus aus der Februar-Ausgabe des „Herren“-Magazins *Esquire* (vgl. den Beitrag in diesem Heft), um dann gleich wieder den Revisionismus mit Neo-Nazis gleichzusetzen und mit dem „Heiligen Krieg“ der Araber gegen Israel in Zusammenhang zu bringen.

Welche Neo-Nazis und arabischen Terroristen sollten also in Beirut auftreten? Hier ist die (wahrscheinlich unvollständige) Liste:

- Friedrich Paul Berg, Ingenieur, Fachmann für Dieselabgase
- Dr. Robert H. Countess, Verleger von Theses & Dissertations Press
- Miroslaw Dragan, Mediziner, zentrale Figur bei der Befreiung von John Demjanjuk
- Robert Faurisson, Europas führender revisionistischer Wissenschaftler
- Roger Garaudy, ehemaliger Kommunist, prominenter französischer Intellektueller, Autor des Buches *Die Gründungsmythen des modernen Israel*
- Jürgen Graf, vielfacher revisionistischer Buchautor
- Horst Mahler, Ex-RAF-Terrorist, Rechtsanwalt, seit jüngstem Vertreter der NPD beim Versuch, das Recht auf parlamentarische Opposition in Deutschland zu verteidigen
- Oleg Platonov, russischer Historiker
- Henri Roques, französischer Wissenschaftler und Autor des Buches *Die „Geständnisse“ des Kurt Gerstein*
- Fredrick Toben, promovierter Philosoph, Präsident des Adelaide Institutes
- Mark Weber, Direktor des Institute for Historical Review

Also zumindest ein Ex-Terrorist ist mit von der Partie (und es ist mir ein Rätsel, was Horst Mahler Kompetentes zu Revisionismus und/oder Zionismus sagen wollte, aber das werden wir alle in der nächsten Nummer von *VffG* lesen können), sowie ein ehemaliger politischer Extremist (Roger Garaudy als Ex-Kommunist), das ist wohl so ziemlich das genaue Gegenteil eines „Neo-Nazis“. Zudem scheint mir vergessen worden zu sein, auch arabische Sprecher einzuladen.

Jürgen Graf hat also mitten ins Wespennest gegriffen. Seit Jahren (oder gar Jahrzehnten?) wundern sich führende Revisionisten, warum die arabischen bzw. islamischen Länder die intellektuelle Waffe „historische Wahrheit über die Judenverfolgung“ nicht aufgreifen. Nun scheinen sie es zu tun, und das westliche Establishment, allen voran natürlich Israel und die führenden jüdischen Lobbygruppen, zeigen Anzeichen von Panik.

Die Panik war so groß aber auch wieder nicht, denn schließlich besann man sich auf die altbewährten Methoden: führende zionistische Lobbyisten trommelten ihnen wohlgesonnene Araber zusammen, damit sie eine Presseerklärung unterschrieben, die die geplante revisionistische Konferenz verurteilt. Den Wortlaut dieser Erklärung finden Sie auf der nächsten Seite eingerahmt. Der Ton dieses Aufrufs beweist, daß die Unterzeichner offenbar nicht die geringste Ahnung haben, was Holocaust-Revisionismus ist, und daß sie unfähig sind, zwischen kritischer Geschichtsforschung und nationalsozialistischer politischer Ideologie zu unterscheiden. Insgesamt ist dieses Dokument daher ein intellektuelles Armutszeugnis für diejenigen, die sich für diese Polemik hergaben.

All das Drohen und Wettern hatte schließlich Erfolg. Am 23. März verbot die Regierung des Libanon die angesetzte Konferenz – so einfach lassen sich Grundrechte aufheben. Die israelische Presse überschlug sich anschließend im Siegesgeheul angesichts ihres Triumphes über die freie Rede,[3] und sogar eine

Delegation arabischer Borschafter bei der UNESCO sah sich veranlaßt, den Schritt der libanesischen Regierung in einer Presseerklärung gutzuheißen.[4]

Und um die Revisionisten auch nicht auf den dummen Gedanken kommen zu lassen, dennoch in Beirut aufzutauchen und sich spontan zu versammeln – immerhin hatten Vortragende wie Besucher schon Flugtickets gekauft und konnten sie nicht mehr zurückgeben – erklärte die israelische Regierung am 26. März, man plane innerhalb der nächsten 72 Stunden einen Krieg gegen den Libanon, falls die angeblich jüngst dort installierten iranischen Raketenabschußrampen nicht entfernt würden.[5] Da ein Staat noch nie in der Geschichte einen Krieg zuvor großspurig mit genauer Zeitangabe ankündigte, kann man sich denken, gegen wen dieses Imponiergehabe gerichtet war.

Das ganze Theater hatte freilich noch ein kleines, aber süffisantes Nachspiel: Einer der arabischen Intellektuellen, der Pierre Vidal-Naquets Erklärung unterzeichnet hatte, Edward Said, erklärte am 2. April 2001 in einer Email:[6]

> *»Seitdem man mich per Telefon kontaktiert hat, habe ich diese Erklärung niemals zu Gesicht bekommen. Man sagte mir, die Zeit reiche nicht, um mir eine Kopie zuzusenden, und ich wurde daher gebeten, den vorgelesenen Text so anzunehmen. Ich tat dies unter der Voraussetzung, daß dies keinen Appell an eine Regierung enthalten würde, die Konferenz zu verbieten.*
>
> *Ich halte nichts davon a), an Regierungen zu appellieren, und b,) Regierungen zu bitten, irgend etwas zu verbieten, am allerwenigsten Konferenzen, Bücher usw. Da ich selbst Opfer derartiger Regierungseingriffe war, konnte ich mich dafür gar nicht hergeben. Ich war diesbezüglich deutlich. Das nächste, was ich erfuhr, war, daß diese Erklärung mit dem Aufruf an Hariris[7] Regierung erschien, die Konferenz zu verbieten.*
>
> *Ich hatte meine Zustimmung nur dazu gegeben, die Abhaltung dieser Konferenz in Beirut zu verurteilen. Um es zu wiederholen, ich habe die Regierung nicht gebeten, die Konferenz zu verbieten, noch würde ich das jemals tun. Diese Aufforderung wurde gegen meinen Willen und ohne mein Wissen hinzugefügt. Ich bin ein strenger Gegner der Revisionisten, aber ich bin genauso*

Le Monde

15.3.01 13:45 — Chronik

Appell der 14 arabischen Intellektuellen gegen eine Konferenz der Leugner

Auf Initiative zweier neonazistischer Leugner-Organisationen, der schweizer *Vérité et justice* und dem amerikanischen *Institute for Historical Review (IHR)* ist vom 13. März bis zum 3. April in Beirut eine Konferenz zum Thema „Der Revisionismus und der Zionismus" geplant. Berühmte revisionistische Forscher und Aktivisten aus verschiedenen Ländern sollen daran teilnehmen und so die zunehmende Zusammenarbeit zwischen „unabhängigen" Forschern der europäischen Länder, der Vereinigten Staaten und des Nahen Ostens zum Ausdruck bringen – so kann man auf der Internet-Seite des IHR lesen. In Beirut ist es für niemanden mehr ein Geheimnis, daß die libanesischen Behörden vielfachem Druck ausgesetzt sind, diese Konferenz zu verbieten. Aber bis heute können auch die bestinformiertesten Kreise in der libanesischen Hauptstadt nicht sagen, wo sie stattfinden wird, noch wer von libanesischer Seite der Pate ist.

Eine Gruppe von vierzehn arabischen Intellektuellen hat sich daher entschlossen, in einem Aufruf diese Konferenz zu brandmarken, die mehr als wahrscheinlich unter dem Vorwand der Solidarität mit der palästinensischen Sache leugnerische Thesen entwikkeln wird. „Wir, arabischen Intellektuelle, sind über dieses antisemitische Vorhaben empört. Wir wollen diesbezüglich die libanesische und arabische öffentliche Meinung aufrufen und appelieren an die zuständigen Behörden des Libanon, die Abhaltung dieser unzulässigen Kundgebung in Beirut zu verbieten" schrieben die Unterzeichner des Aufrufs, die der intellektuellen arabischen Elite angehören: die Dichter Adonis (Libanon) und Mahmoud Darwich (Palästina), der Historiker Mohammed Harbi (Algerien), die Schriftsteller Jamel Eddine Bencheikh (Algerien), Mohamad Berada (Marokko), Dominique Eddé, Elias Khoury, Gérard Khoury und Salah Stétié (Libanon), Fayez Mallas und Farouk Mardam-Bey (Syrien), Edward Saïd, Khalida Saïd et Elias Sanbar (Palästina).

„Diese Initiative, die den Libanon als Plattform ihrer eigentlichen Ziele ausnutzt, taucht in dem Augenblick auf, wo eine Gruppe libanesischer Intellektueller ihrerseits eine Gesprächsrunde zum Thema „Erinnern für die Zukunft" organisiert, die zum ersten Mal seit dem Ende des libanesischen Krieges einen Rahmen zur Reflexion und Debatte über eine mörderische Vergangenheit vorschlägt", fügen sie hinzu und präzisieren: „zu den Eingeladenen dieses letztgenannten Kolloquiums gehören der Historiker Pierre Vidal-Naquet, der Jurist Antoine Garapon, Professor Jean-François Bergier, Präsident der Expertenkommission zum 2. Weltkrieg, wie auch zahlreiche andere Schriftsteller, Historiker, libanesische und ausländische Soziologen."

In einem mutigen Leitartikel, der kürzlich unter dem Titel „Die Protokolle der Weisen von Beirut" in der saudischen Tageszeitung El Hayat veröffentlicht wurde, scheute sich der Libanese Joseph Samaha seinerseits nicht zu schreiben, daß die Abhaltung eines solchen Forums „den Libanon entwürdige". Nachdem er die Teilnehmer dieser Konferenz als „Geschichtsfälscher" bezeichnet hatte, fügte Joseph Samaha hinzu: die Abhaltung einer solchen Konferenz in der libanesischen Hauptstadt lege nahe, daß „der arabische Verteidigungskrieg gegen Israel und seine Verbündeten auf die eine oder andere Art eine Fortsetzung der nazistischen Vernichtung ist."

„Im Namen der palästinensischen und arabischen Opfer wird diese Konferenz das nazistische Ungeheuer und seine Verbrechen gegen die Juden verteidigen", schrieb wiederum der Leitartikler, der dagegen ist, daß „die palästinensische Sache" als „falscher Zeuge" dienen soll für den Versuch, die europäische Geschichte leugnerisch umzuschreiben.

Mouna Naïm

Die dieser Meldung zugrundeliegende Erklärung arabischer Intellektueller wurde zumindest einem Teil der Unterzeichner mit unlauteren Mitteln aufgenötigt, sieht Text.

gegen von Regierungen angeordnete Verbote von jedermanns Recht auf Redefreiheit.

Dies war ein schrecklicher Vertrauensbruch, und eine kleine Gruppe franko-arabischer „Intellektueller" hat mein Vertrauen schlicht mißbraucht. Bis zum heutigen Tag hatten sie nicht den Anstand, mir eine Kopie dessen zuzusenden, was ich angeblich abgesegnet hatte. Sie können die Ihnen hiermit zugesandten Informationen in jeder Weise verwenden.«

Soviel zu den in diesem Zusammenhang angewandten Methoden jener, die uns hassen.

Als Reaktion auf diesen skandalösen Vorgang organisierte der Jordanische Schriftstellerverband spontan eine Konferenz in Jordaniens Hauptstadt Amman unter dem Titel »*Was passierte mit der Konferenz revisionistischer Historiker in Beirut?*«. Diskutiert werden sollte die politische Erpressung seitens zionistischer und amerikanischer Kreise, die auf unseriöse Weise zustandegekommene Aufruf arabischer Intellektueller. Auf der Konferenz sollten u.a. sprechen:

- Hayat Atiyah, ein auf europäischen historischen Revisionismus spezialisierter libanesischer Journalist;
- Arafat Hijjazi, ein jordanischer Journalist, der für seine Antizionistische Einstellung bekannt ist;
- Dr. Ibrahim Alloush, Herausgeber von *Free Arab Voice* (www.fav.net) und Vorstandsmitglied der Vereinigung gegen Zionismus und Rassismus;
- Dr. Hisham Ghassib, Universitätsprofessor und Präsident des *Socialist Thought Forum*, oblag die Konferenzleitung.

Alle vier wurden aber in der Nacht vor dem geplanten Konferenztermin telefonisch aufgefordert, sich am geplanten Konferenzdatum, Samstag, dem 7.4., am Morgen bei der Polizei melden. Nur Prof. Ghassib kam dieser Aufforderung nicht nach und wurde daher am Vormittag von der Polizei aufgesucht. Allen vier Herrn wurde von hohen Polizeioffizieren mitgeteilt: [8]

»Dieses Forum wird vertagt werden müssen, da es seiner Majestät Besuch in den Vereinigten Staaten recht negativ beeinflußt!«

Die Araber sind nun aufgewacht. Wir werden berichten…

Meine Mutter versuchte mich 1992 dazu zu überreden, mich nicht im Revisionismus zu engagieren, weil dieses gefährliche Thema doch wirklich unwichtig sei und kaum politische Bedeutung habe. Der weltweite Aufstand wegen einer mickrigen, schlecht geplanten Konferenz historischer Amateure beweist wohl mit allerletzter Gewißheit, daß der Holocaust-Revisionismus das wichtigste Thema ist, das es gibt.

Ich erinnere mich noch, als ich im Jahr 1973 mit meinen Geschwistern Krieg gespielt habe, im zarten Alter von 8 Jahren. Es war die Zeit des (vorerst?) letzten israelisch-arabischen Krieges. Ich erinnere mich noch genau, wie wir alle für Israel fieberten, und natürlich waren die Israelis unsere Helden und die bösen Araber der Feind, der restlos vernichtet werden mußte. An dieser meiner Einstellung hat sich praktisch bis 1992 nichts geändert. Im Gegenteil. 1986 lernte ich in dem Bonner Studentenwohnheim, in dem ich damals lebte, einen palästinensischen Studenten kennen. So nett der Kerl war, als es gelegentlich um Israel und die Juden ging, war es mit meiner Sympathie für ihn vorbei, vertrat er doch ernsthaft die Ansicht, daß man alle Juden ins Meer jagen müsse. Über solche Thesen kann man freilich nicht mehr diskutieren. Da hört sogar alles friedliche Zuhören auf.

Geändert hat sich meine Einstellung erst 1992, als ich im Zuge meiner Tätigkeit als Gutachter für sogenannte „Holocaust-Leugner" zunehmend in den Revisionismus hineinwuchs. Mir dämmerte damals, daß der Revisionismus (und somit auch ich als Teil dessen) am Gründungsmythos des Staates Israel sägte, ob ich mir dessen bewußt war oder nicht, ob ich dies wollte oder nicht.

Während meines „Gammeldienstes" bei der Bundeswehr schrieb ich meinem Bruder im ersten Halbjahr 1990 ausführliche Briefe über Gott und die Welt. Angesichts der damals bereits greifbaren politischen Umwälzungen in Europa und der Welt sagte ich in diesen Schreiben den totalen Zerfall der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und der Sowjetunion voraus, den Abfall von Quebec (wartet nur ab!), die Unabhängigkeit Schottlands und Wales, die Wiedervereinigung nicht nur Deutschlands, sondern auch Irlands. Über Israel machte ich mir damals noch keine Gedanken. Das kam erst 1992 und danach.

Wenn also andere Staaten verschwinden oder völlig umorganisiert werden, und man darüber diskutieren darf, ohne als Krimineller gebrandmarkt zu werden, sollte es da nicht auch erlaubt und angebracht sein, über Israel zu diskutieren?

Die britische linke Tageszeitung *The Guardian* brach am 3. Januar 2001 das Tabu:

»Israel hat schlicht kein Recht zu bestehen
Der Friede wird nur ohne Israels biblische Ansprüche eine wirkliche Chance haben

Faisal Bodi

Vor einigen Jahren vertrat ich in der Zeitung meiner Studentenvertretung die Ansicht, daß Israel nicht existieren sollte. Ich meinte zudem, daß die durch den Holocaust hervorgerufenen Sympathien ein stabiler Schutzschild für israelische Grausamkeiten sei. Über Nacht wurde ich zum Staatsfeind Nr. 1. Ich war ein islamischer Fundamentalist, ein Judenhasser, jemand, der die Erinnerung an das abscheulichste Ereignis der Geschichte verharmlost. Meine Denunziatoren verfolgten mich, fotografierten mich und drohten sogar meiner Familie, sie könnten bald mit einem Anruf des Sensenmannes rechnen.

Glücklicherweise ist meine Bekanntheit in jüdischen Kreisen mittlerweile dermaßen gesunken, daß ich jüngst sogar eine inter-religiöse Vorlesung unter der Schirmherrschaft des Leo Baeck College halten konnte, obwohl sich meine Ansichten nicht geändert haben. Israel hat kein Recht zu existieren. Ich weiß, daß diese Aussage äußerst unmodern ist, und daß einige sie angesichts des gegenwärtigen Verhandlungsstandes im Nahost-Friedensprozeß für verantwortungslos halten. Aber diese Tatsache habe ich immer für zentral gehalten für jede tragfähige Friedensformel.

Für die Existenz Israels gibt es mit Sicherheit keinen moralischen Grund. Israel steht für die Umsetzung einer biblischen Aussage. […]«

Schockiert? Ich bin aber noch nicht fertig. Jetzt lassen wir doch mal einen der „Betroffenen" sprechen, so geschehen in der kanadischen Zeitschrift *Maclean's*, am 26.2.2001:

»Die jüdische Frage
Nach ermüdenden 53 Jahren lautet die Frage: Würde es wirklich eine Rolle spielen, wenn Israel aufhören würde zu bestehen?

Barbara Amiel

Spielt es eine Rolle, ob die Juden als ein Volk weiterbestehen? Das war eine der Fragen, über die ich an der Univer-

sität über Tassen schlechten Kaffees nachdachte. Sind die Juden eine Rasse, eine Religion, eine Kultur, ein Stamm? Was auch immer wir waren, wir lebten damals in den sechziger Jahren ein angenehmes Leben hier in Kanada. Der Staat Israel wurde als kleiner heroischer Staat angesehen. Seither hat sich nichts Wesentliches geändert: in Israel überwiegt das Gute immer noch weitaus die Fehler, die gemacht wurden. Aber der Zeitgeist änderte sich und Israel kam aus der Mode. […]

Die Israelis selbst sind erschöpft. […] *Dieser 53-jährige Krieg ist durchsetzt mit Waffenstillständen, aber er hat niemals aufgehört. Er gründet auf der einfachen Tatsache: der Ablehnung des jüdischen Staates im Nahen Osten durch die arabischen Staaten. Man kann sich darüber streiten, ob dies gerechtfertigt ist oder nicht – und ich habe einige Sympathien für die Argumente der Araber – aber die Tatsache als solche ist unbestreitbar.* […]

Die arabische Ablehnung ist gefährlicher denn je, denn sie ist erfolgreicher denn je. Die Moral in Israel ist auf einem Tiefpunkt. Auszuwandern ist oft einfacher als zu bleiben – in New York City fühlt man sich manchmal wie in Tel Aviv. […] *Es gibt viele Araber, aber nur wenige Israelis. Und wie sie es ausdrückten: wir können euch aussitzen, und wir werden es tun.*

Der Islam ist weltweit im Aufschwung. […]

Würde es wirklich eine Rolle spielen, wenn Israel aufhören würde zu bestehen? An seinen bisherigen Errungenschaften gemessen, ja. Aber in den seit Ende des Zweiten Weltkrieges vergangenen Jahren scheint die Notwendigkeit für die Existenz eines jüdischen Heimatlandes zunehmend geschwunden zu sein. Der offene Antisemitismus wurde überall auf der Welt fast völlig besiegt, und es ist paradoxerweise nur in Israel, wo sich Juden einer Vernichtungsbedrohung ausgesetzt sehen. […]«

Also darf ich als Nichtjude und Revisionist diskutieren, was Juden und Revisionistenfeinde dürfen? Ich meine ja.

Zur Zeit der Kreuzzüge wurde die gesamte Christenheit des Abendlandes aufgrund von religiösem Fanatismus dazu aufgestachelt, mit militärischer Macht im „Heiligen Land" einzufallen und die dort ansässigen „ungläubigen" bzw. „falschgläubigen" Araber mit Feuer und Schwert zu vertreiben. Sodann errichtete man einen „heilig-christlichen" Kreuzfahrerstaat. Wie bekannt ist, existierte dieser „Staat" nur etwa zwei Jahrhunderte (1095-1291).

Seit dem Jahre 1945 nun ereignete sich etwas Vergleichbares. Wieder wird das gesamte Abendland (einschließlich der „Neuen Welt") aufgrund von religiösem Fanatismus (diesmal Judaismus/Zionismus/Holocaustismus anstatt Christentum) dazu aufgestachelt, mit militärischer Macht im „Heiligen Land" einzufallen und die dort ansässigen „ungläubigen" bzw. „falschgläubigen" Araber mit Feuer und Schwert zu vertreiben. Sodann errichtete man einen „heilig-jüdischen" Staat. Wie lang wird dieser zweite europäisch-abendländische Versuch der dauerhaften Besetzung arabischen Landes diesmal anhalten?

Freilich gibt es massive Unterschiede: während der Kreuzfahrerstaat ein reiner Soldaten-(Ritter-)Staat war, der von permanenter Zufuhr von Gütern und Menschen von außen abhing, hat Israel ein sich selbst regenerierendes Staatsvolk.

Aber hat es das wirklich? Auch Israel kann ohne die ungezählten Milliarden, mit denen es jedes Jahr gemästet wird, nicht auch nur ein Jahrzehnt überleben, und ohne den ständigen Zustrom von jüdischen Zuwanderern aus osteuropäischen und Dritte-Welt-Ländern wäre Israel wahrscheinlich längst ein Staat ohne Volk, denn wer kann, der läßt sich als israelischer Jude lieber in Europa oder den USA nieder, und die Einwanderung in diese Länder ist für niemanden einfacher als für einen jüdischen Israeli.

Es dürfte unbezweifelbar sein, daß es der „Holocaust" ist, der die uneingeschränkte finanzielle und diplomatische Unterstützung Israels durch die europäischen und amerikanischen Schutzmächte garantiert sowie die arabischen „Feindstaaten" in Schach hält. Es war zuletzt Norman G. Finkelstein, der dies in seinem Buch *Die Holocaust-Industrie* auf den Punkt brachte (vgl. *VffG* 3&4/00, S. 435-438): der „Holocaust" wird als Propagandawaffe mißbraucht, um jede Kritik von Israel und jüdischen Lobbygruppen abzulenken und als „Antisemitismus" zu brandmarken. Er dient als „Hebel" zur rücksichtslosen Durchsetzung jüdisch-israelischer Interessen. Schließlich wird der „Holocaust" als Beweis schlechthin angeführt für die Berechtigung des ewigen jüdischen Verfolgungswahns, den zu schüren israelische Pädagogen für wichtig halten.[9] Schließlich dient der „Holocaust" als Vorwand zur Rechtfertigung *aller* Mittel, die angeblich angewendet werden müssen, um Ähnliches in Zukunft zu verhindern.

Was aber bliebe, wenn sich der „Holocaust" in den Augen der Welt als Hirngespinst erwiese? Wie kann man dann noch die gegen Israel und gegen jüdische Gruppen oder Individuen gerichtete gerechtfertigte Kritik abwehren? Wie kann die Israel-Lobby dann ihre Ziele durchpauken? Wie traumatisiert man dann eine jüdische Generation nach der anderen? Wie unterzieht man dann die Nichtjuden der Gehirnwäsche zwecks be-

dingungsloser Solidarisierung mit Israel und den Juden? Wie kann man dann noch all jene Mittel rechtfertigen, mit denen man bisher vorgab, einen „zweiten Holocaust" zu verhindern, wenn es den ersten gar nicht gab? Und was geschieht dann mit dem Image der Juden allgemein als derjenigen ethnisch-religiösen Gruppe, die in den Verzerrungen, Übertreibungen und Erfindungen historischer „Geschichten" und ihrer Ausbeutung am schamlosesten und kriminellsten verwickelt war?

Nicht von ungefähr hat Israel vor kurzem den Holocaust-Revisionismus zum Staatsfeind Nr. 1 erklärt.[10] Es ist aber nicht die Frage, ob der Revisionismus den Staat Israel in Frage stellt – tatsächlich hat eine korrekte Geschichtsschreibung nichts mit der Frage der Legitimität heutiger Staaten zu tun –, sondern die Frage ist: »*Würde es wirklich eine Rolle spielen, wenn Israel aufhören würde zu bestehen?*« Und wenn nicht, wie sollte das Problem dann „abgewickelt" werden?

Die Existenz bestimmter Staaten ist kein Wert an sich. Um dies zu illustrieren, habe ich oben über meine Äußerungen aus dem Jahre 1990 bezüglich mehrerer europäischer Staaten berichtet. Niemand würde diese Äußerungen heute als unmoralisch oder gar illegal bezeichnen, zumal sie ja zum großen Teil bereits von der Geschichte als richtig bestätigt wurden. Das gleiche muß somit auch für den Staat Israel gelten, dessen Existenzrecht in seiner heutigen Form ja sogar von gemäßigten Personen in Frage gestellt wird, wie weiter oben gezeigt.

Es geht hier allerdings weit weniger um die Rechtsform Staat, als vielmehr um das Schicksal der heutigen Staatsbürger Israels im Falle eines Zerfalls oder einer Auflösung des Staates Israel, ein Vorgang, wohlgemerkt, der, so er überhaupt eintritt, sich wahrscheinlich noch viele Jahrzehnte hinziehen wird. Ich darf diesbezüglich noch einmal Barbara Amiel aus obigem Artikel zitieren:

> *»Was sich viele Juden wünschen, ist ein idealistischer Traum eines multikulturellen Staates, in dem Juden und Araber glücklich zusammenleben unter einer Flagge mit sowohl dem Halbmond als auch dem Davidstern. Es wäre schön, wenn man dies haben könnte. Eine große Anzahl linker Juden sowohl innerhalb als auch außerhalb Israels glauben tatsächlich daran. Wenn einige dieser Juden ahnen, daß Israel als ein jüdischer Staat in dem Augenblick aufhört zu bestehen, in dem der Halbmond neben dem Davidstern in der Flagge erscheint, und daß jeder gläubige Jude, der bleiben würde, als zweitklassiger Bürger in einem islamischen Staat behandelt würde, so kümmert sie dies entweder nicht, oder sie leugnen es schlicht.«*

Ich denke, daß Frau Amiels Vorstellung von der einsetzenden Entwicklung realistisch und zugleich optimistisch ist. Sie selbst sprach davon, daß die Araber den Staat Israel als solches nicht akzeptieren und niemals akzeptieren werden, und sie selbst hat als Jüdin Sympathie für diese Einstellung. Aber bezieht sich diese arabische Ablehnung nur auf das Rechtssubjekt Staat? Bezieht es sich nicht vielmehr auch auf das Staatsvolk, also auf die israelischen Juden?

Es ist gewiß kein Geheimnis, daß nicht wenige Araber einen Groll gegen „die Juden" als solche hegen („jagt sie alle ins Meer", siehe meine oben geschilderte Erfahrung mit einem hochgebildeten Araber). Deren Abneigung, Verachtung und Haß richtet sich nicht gegen ein virtuelles Rechtssubjekt, sondern gegen die Menschen, die dieses Subjekt ausmachen. Der durchschnittliche Araber ist kein Staatsrechtler, sondern Handwerker und Bauer, und im Ernstfall ein „heiliger Krieger".

Die erste revisionistische Konferenz im Nahen Osten wurde in vielerlei Hinsicht mit der Unterstützung Irans organisiert. Und auch wenn sie schon im Ansatz gescheitert ist, so darf angenommen werden, daß man es in Zukunft wieder versuchen wird. Es wird allgemein angenommen, daß derselbe Staat – Iran – Gruppen wie Hisbollah unterstützt, die seit Jahren einen „heiligen Krieg" gegen Israel führen. Freilich, unser aller Bild von Hisbollah ist geprägt von dem, was die westlichen Medien darüber berichten, und wir sollten uns keine Illusionen über die Fairneß und Richtigkeit dieser Darstellungen machen. Nicht zuletzt die Austreibung der israelischen Kolonialstreitmacht aus dem Südlibanon durch Hisbollah hat dieser Gruppe ohne Zweifel so etwas wie eine heroische Aura verpaßt. Aber es ist eben eine kriegerische Aura, die gewiß nicht positiv auf den Revisionismus abfärben würde.

Hat sich der Revisionismus nun also politisch korrumpiert, indem er die ausgestreckte Hand des Iran annahm und in Beirut eine Konferenz zum Thema „Revisionismus und Zionismus" abzuhalten bereit war?

Und wie sollte sich der Revisionismus zum Thema Israel stellen?

Ich meine, daß sich die erste Frage nur dann beantworten läßt, wenn wir uns über die zweite klar werden. Was also sollte unser Leitmotiv in dieser Frage sein? Ich darf diesbezüglich auf etwas ältere Ausführungen zurückgreifen, die zwar einen anderen Hintergrund hatten, aber wegen ihrer Grundsätzlichkeit auch hier angewandt werden können. Bereits in der 1994 verfaßten Einführung zum Buch *Grundlagen zur Zeitgeschichte* schrieb ich:

> *»Gesetzt den Fall, wir haben mit unseren Thesen recht. Sollte man dies der Welt verschweigen oder sollte man es ihr mitteilen? Oder klarer ausgedrückt: Kann die Verbreitung unserer Thesen negative Konsequenzen für das Zusammenleben der Völker haben? Dies ist denkbar,* […]«

Und hier genau kommt Israel ins Spiel. Es ist denkbar, daß der Revisionismus als Rechtfertigung für Gewaltanwendung insbesondere durch islamisch-arabische Staaten gegen Israel und seine Staatsbürger ge- und mißbraucht werden kann.

> *»doch es ist auch denkbar, daß sie positive Konsequenzen hat,«*

Viele der weiter unten beschriebenen Verwerfungen in der internationalen Politik können verhindert bzw. auf friedliche Weise korrigiert werden, wenn es nur gelingt, die durch die „Holocaust"-Propaganda hervorgerufene und weitverbreitete ideologische Verblendung der politischen Eliten des Westens zu überwinden.

> *»genauso wie es denkbar ist, daß die Verbreitung der heute allgemein akzeptierten Ansicht über den Holocaust neben positiven auch negative Folgen für das Zusammenleben der Völker hatte und hat.«*

Solange die negativen Folgen diktatorisch-autoritärer Systeme im richtigen Kontext dargestellt und die zu ziehenden Lehren universell angewandt werden, kann dies zur Abwehr derartiger politischer Systeme dienen, was unschwer als positive Folge anzusprechen ist. Der Fairneß halber muß man den gleichen Grundsatz allerdings auch gegenüber den negativen Folgen freiheitlich-demokratischer Systeme anwenden, wobei hier offenbleiben muß, was darunter zu verstehen ist.

Seit 55 Jahren herrscht im Nahen Osten Krieg, hervorgerufen durch die unrechtmäßige Besetzung arabischen Landes durch religiös-fanatische Siedler, die überwiegend aus Europa stammen.

Die weltweite undifferenzierte Haßkampagne gegen das Dritte Reich sowie dessen Führung und Staatsvolk hat das deutsche Volk, die deutsche Nation, die deutsche Sprache und Kultur im allgemeinen zum weltweit meist verachteten bzw. gehaßten Völkerrechtssubjekt der Menschheitsgeschichte gemacht. Dies ist ein Haß, der oft nur unterbewußt vorliegt, durch bestimmte Pawlowsche Provokationen aber reflexartig, ja quasi instinktiv zum Ausbruch kommt. Er existiert häufig in merkwürdig paradoxem Gegensatz zur weitverbreitenen Hochachtung vor deutscher Wirtschaftsleistung, deutscher Warengüte, deutschem Erfindungsgeist, deutschen Dichtern und Denkern etc.

Immer wieder muß der „leibhaftige Teufel" Hitler dafür herhalten, um beim Westen in Ungnade gefallene Staatsführer zu verteufeln und Kriegshandlungen gegen sie zu rechtfertigen (Irak, Serbien).

55 Jahre anti-nationaler Propaganda haben die Ideologie der Multikultur als einzig legitime erscheinen lassen, was in vielen Ländern ethnische Konflikte hervorgerufen bzw. die Lösung bestehender Konflikte verhindert hat, bis es schließlich zu gewaltsamen Exzessen kam.

All dies ist ein direktes oder indirektes Resultat der Holocaust-Propaganda. Doch weiter:

> *»Entscheidend für die politische Auswirkung einer wissenschaftlichen These bzw. Erkenntnis ist, was die Politik und heute vor allem die Medien aus ihr machen. Eine These oder Erkenntnis ist nicht damit aus der Welt zu schaffen, daß man versucht, sie mit irgendwelchen Mitteln zu unterdrücken oder gar zu verbieten. Sogar die Selbstbescheidung der Wissenschaftler kann höchstens zu einer Verzögerung, nie aber zum Stopp des Erkenntnisprozesses führen. Diesen Umstand hat Friedrich Dürrenmatt in* Die Physiker *treffend beschrieben. Der Erkenntnisprozeß läßt sich durch keine Macht der Erde aufhalten. Daher muß dem klugen Politiker daran gelegen sein, den Prozeß in einen Rahmen einzubinden, der seinen Vorstellungen und Zielen entspricht. Das schließt auch ein, daß die Politik ihre Zielvorstellungen wenigstens im groben nach den wissenschaftlichen Erkenntnissen ausrichtet.«*

Der Revisionismus ist nicht mehr zu stoppen, insbesondere nicht der wachsende Zuspruch, den er in den islamischen Ländern genießt, selbst wenn der Zuspruch nicht ohne Widerstand bleibt. Es wäre daher für uns Revisionisten töricht, so zu tun, als sähen und hörten wir dies nicht. Wir sollten vielmehr versuchen, dieser Entwicklung unseren Stempel aufzudrücken, um zu verhindern, daß der Revisionismus die geistige Ursache neuer Gewalt und neuen Unrechts wird.

Die demagogischen Attacken einiger arabischer Intellektueller, wie sie im erwähnen Appell zu finden sind, verhindern aber leider einen sachlichen Dialog und verschlimmern die Polarisierung auf allen Seiten.

Was auch immer die Zukunft für den Staat Israel bringen wird, für den Revisionismus selbst darf diese Frage gar keine Rolle spielen. Die wissenschaftliche Wahrheit darf sich vor niemandem beugen, nicht vor dem Papst, nicht vor einem Ajatollah, und auch nicht vor einem Rabbi.

Es muß aber sehr wohl unsere Pflicht sein, darauf hinzuweisen, daß der Revisionismus niemals als Rechtfertigung gelten darf, um gegen irgendeinen Menschen Gewalt auszuüben. Weder darf der Revisionist wegen seiner Auffassung verfolgt werden, noch darf der Revisionist wegen seiner Auffassung jemand anderen verfolgen oder eine solche Verfolgung gutheißen.

Insbesondere muß ich hier klarstellen: Es wäre die ultimative Perversion der Geschichte, sollte der revisionistische Beweis, daß es zwischen 1941 und 1945 keinen „Holocaust" gegeben hat, dazu führen, daß islamische Extremisten dies als Anlaß nähmen, nun einen neuen, diesmal aber wirklichen Holocaust an den Juden Israels durchzuführen.

Man gebe sich hier bloß keinen Illusionen hin. Die Gefahr ist real, und sie läßt mich schaudern. Denn wenn der „Holocaust" als Lüge und Betrug offengelegt ist, wenn Israel die Unterstützung der Welt verliert, wenn „die Juden"[11] keine moralische Rechtfertigung mehr für all ihre Taten und Missetaten haben, wenn sie kein „Holocaust" mehr vor Kritik, Rache und Vergeltung schützt, wenn sie – in ungerechtfertigter Kollektivhaftung und -schuldzuweisung – als Lügner und Betrüger vor der Welt angeklagt und der allgemeinen Verachtung preisgegeben werden, dann gäbe es eben nichts mehr, was „die Juden" vor einem dann leider realen Holocaust in außerordentlicher Weise schützen würde. Nicht, daß ich irgendwelchen islamischen Politikern oder Intellektuellen derartige Absichten unterstelle. Ich meine aber, daß in 55 Jahren aufgestauter Haß auf beiden Seiten schnell eskalieren kann, selbst wenn es von niemandem geplant war.

Das wäre der Super-Gau der Geschichte. Wir müssen uns dieser Gefahr bewußt sein und alles daran setzen, um ihr zu begegnen. Nicht nur, weil „die Juden" danach tatsächlich als *die* Opfer der Geschichte schlechthin dastünden und das ganze Holocaust-Business dann von vorne begänne, diesmal aber ohne die Möglichkeit einer Geschichtsrevision. Sondern schlicht und vor allem aus einfachen moralischen Gründen. Keine Sekunde würde ich mit dem Bewußtsein leben wollen, für derartige Massaker mitverantwortlich zu sein.

Sollte es daher mit der Zeit zu einer Auflösung des Staates Israel kommen, so können für mich daher nur zwei Lösungsmodelle akzeptabel sein: Entweder das von Frau Amiel zitierte Modell der – womöglich unrealistischen – multikulturellen Kohabitation, oder die langsame und friedliche Rückumsiedlung der Staatsbürger Israels nach Europa und/oder Amerika, wohin sie ethnisch und politisch ohnehin gehören.

Kein geringerer als Professor Robert Faurisson ließ mich unlängst in einer Email wissen, die Gewißheit, daß all die Juden Israels bald nach Europa zurückkämen, beunruhige ihn. Ich darf ihn beruhigen: Wenn sie denn gezwungen sind, zurückzukommen, dann nur, weil der Revisionismus gesiegt hat und das jüdische Damoklesschwert über unseren revisionistischen Häuptern entfernt wurde. Aber eine solche Entwicklung steht vorerst noch in den Sternen … □

Anmerkungen

1. Vorsitzender: Jürgen Graf, Schatzmeister: Philippe Brennenstuhl, Generalsektretär: René-Louis Berclaz, also all die schweizer „bösen Buben".
2. Prof. Spehl ist ein enger Freund Israel Shahaks, steht dem Revisionismus nahe und hat angeblich einen direkten „Draht" zur Regierung Sharon.
3. Vgl. z.B. *Ha'aretz* und *Jerusalem Post*, 25.3.2001,
4. *Le Monde*, 28.3.2001, S. 5.
5. http://www.worldnetdaily.com/news/article.asp?ARTICLE_ID=22170
6. Gerichtet an Samaa Abu-Sharar, unbekannte Email-Adresse.
7. Rafik Harari, Ministerpräsident des Libanon.
8. Email von Ibrahim Alloush alloush@index.com.jo, 9.4.2001.
9. So Chaim Schatzker in *Aus Politik und Zeitgeschichte* 40(15) (1990) S. 22f.
10. Vgl.»*In Kürze*«, *VffG* 4/98, S. 327.
11. Ich benutze den Sammelbegriff hier um der Griffigkeit willen und im vollen Bewußtsein, daß es eine solche homogene Gruppe nicht gibt, daß dieser Sammelbegriff aber im Falle extremer Konflikte generell angewendet wird.

Meister preußisch-deutscher Kriegskunst: Schlieffen

Zur Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges: Krieg und Politik im Denken Schlieffens

»…dann wird der Begriff Schlieffen der Begriff des Sieges sein.«

Von Mag. Rolf-Josef Eibicht

»Über alle Kanzler, Minister und Generale der nachbismarckschen Zeit ragte der Genius des Grafen Schlieffen weit hinaus.« Generalleutnant Wilhelm Groener , Erster Quartiermeister 1918/19, Reichswehr-, Reichsverkehrs- und Reichsinnenminister der Weimarer Republik, Schüler und Interpret Schlieffens

»Graf Schlieffens Leben und Werk erscheint uns als eine welthistorische Tragödie, die den Mann und seine Idee unmittelbar an die Seite der großen Strategen der Weltgeschichte, Hannibal, Friedrich der Große und Napoleon Bonaparte, rückt.« *Aargauer Tagblatt*, Nr. 202, 1937

»Graf Schlieffen fordert, trotz seiner uns fast eisig kalt berührenden, auf höchster Abgeklärtheit beruhenden Wesensart, zur persönlichen Stellungnahme heraus, weil unter der Oberfläche die heiße Leidenschaft des wollenden Feldherrntums schlummert. Graf Schlieffen ist kein Begriff für uns, sondern in Kopf und Herz des deutschen Generalstabes, des deutschen Soldaten, des deutschen Volkes fortwirkendes Leben. Beherzigen wir diese Lehren des Mannes Schlieffen, dann wird der Begriff Schlieffen der Begriff des Sieges sein.«
Generaloberst Hans von Seeckt, Appell an die deutschen Soldaten anläßlich des Schlieffentages am 28. Februar 1928

»Hätte 1914 Schlieffen gelebt und geführt, wäre die Marneschlacht nicht verloren worden.« Hans Hermann von Kuhl

»Nur mit großen Mitteln und großen Anstrengungen werden große Dinge vollbracht und große Ideen verwirklicht.« Schlieffen

»Schlieffen dachte biologisch, d.h. für ihn gab es, unbekümmert um alles, nur das selbstlose Durchdenken der Lage bis zur klaren Wahrheit, bis zum durch das entschleierte Bild von Sais bedingte Entsetzen vor den nackten Tatsachen.« Oberstdivisionär Dr. Eugen Bircher

»[Gerhard Ritter] *bezeichnet den Schlieffenplan als „Anfang des deutschen Unglücks". Richtig ist doch wohl, daß der Anfang des deutschen Unglücks, wenn man ihn nicht noch weiter zurückdatieren will, die Entwicklung der außenpolitischen Lage seit 1892 war. Der Schlieffenplan war erst eine Folge dieser Entwicklung.«*
Emanuel von Kiliani

»Dem militärischen Streben lag eine durchaus politische Lagebeurteilung zugrunde. Über die Gefahren des Plans waren sich weder Schlieffen noch der jüngere Moltke, der ihn insoweit ja übernahm [aber schicksalhaft zur Niederlage hin verwässerte und verfälschte]*, nicht im unklaren. Sollten sie nun deshalb in der entscheidenden Stunde, wenn der feindliche Angriff über Deutschland hereinbrach, vor den Kaiser hintreten und sagen: Wir können diesen Krieg nicht führen und damit eine Bankrotterklärung ihrer militärischen Führungskunst abgeben in dem Augenblick, wo die höchsten Anforderungen an sie gestellt wurden? So ähnlich scheint es* […] *Gerhard Ritter von ihnen zu verlangen.«* Eberhard Kessel

»Viel leisten, wenig hervortreten, mehr sein als scheinen!«, Schlieffen

---

1. Schlieffens Aussagen zum Wesen des Krieges

Schlieffen sah das Wesen des Krieges in der Freiheit, strategisch die jeweils geeigneten, der Kriegssituation entsprechenden Maßnahmen ergreifen zu können *und* in der Vernichtung, d.h. in der den Krieg entscheidenden Niederwerfung (Niederringung) des Feindes.

Zur Freiheit in der strategischen Handlungsweise führt er aus:[1]

> *»Der Versuch, eine Theorie des Krieges zu entwickeln, führte, wo er von anderen (d.h. außer von Clausewitz) unternommen wurde, stets in das Gebiet der Abstraktion,* nicht *in das des wirklichen Lebens.* Dessen höchste Steigerung und gewaltsame Äußerung aber bildet der Krieg. *Darum kann sich in ihm niemals eine Lehre bewähren, die sich selbstgefällig in ihren eigenen willkürlichen Gebilden und Schlüssen fortbewegt, sondern nur eine solche, die sich der unendlichen Mannigfaltigkeit des kriegerischen Lebens anpaßt* [… und] *jeder Fall im Kriege nach seiner Eigenart betrachtet und durchdacht werden muß.«* (Herv.d.d.Verf.)

So gilt dann auch für Schlieffen das Wort Moltkes, dessen, wie er ausführt, »*Offenbarung über das Wesen des Krieges*«[2] in wenigen Worten lautet:[3]

> *»Die Strategie ist ein System von Aushilfen, ist die Übertragung des Wissens auf das praktische Leben.«*

Schlieffen betont, daß dies wiederum »*ganz im Sinne von Clausewitz gehalten*«[3] ist. An anderer Stelle schreibt Schlieffen:[2]

> *»Das scheint nichts zu sein und ist alles. Es ist ein Protest gegen diejenigen, welche in einer Theorie, einer Methode, in inneren und äußeren Linien, in Umfassung und Durchbruch das alleinige Heil suchen. Es ist die Behauptung, daß für jeden Fall das zweckmäßigste gesucht werden muß, und es ist die Herstellung voller Freiheit für den Führer, das zu tun, wodurch er den Sieg gewinnen zu können glaubt.«*

Schlieffen widerstrebte es, »*an einer und derselben Methode als einem Universalmittel festzuhalten.*«[4] Moltkes Lehre:

»*Nicht* eine *Methode,* ein *Mittel,* eine *Aushilfe sondern viele*«[5] war auch gänzlich die seine, d.h. »*im rechten Augenblick der rechte Entschluß.*«[5] General Beseler faßte Schlieffens Auffassung vom Wesen der Grundsätze der Kriegführung einmal wie folgt zusammen:[6]

»Frei vom Zwange einer starren Methodik scharf und klar die Lage zu erfassen, nach ruhigem Erwägen sich kurz entschließen, den Entschluß aber fest und zweckmäßig durchführen…«

Schlieffens Lehren auf dem Gebiet von Strategie und Taktik waren – wie Boetticher ausführt – »*die ewig geltenden Wahrheiten in ihrer Anwendung auf seine Zeit.*«[7]

Die Flexibilität in der Strategie Schlieffens läßt sich alleine schon in seinen meist großangelegten Studien seiner Kriegsspiele und Generalstabsreisen, welche von den verschiedensten militärischen und politischen Voraussetzungen ausgehen, unzweifelhaft darlegen.[8]

So hat er beispielsweise in der Schlußbesprechung der Generalstabsreise von 1905 darauf hingewiesen, »*daß es nach den Erfahrungen des russisch-japanischen Krieges geraten scheine, durch eine Umfassung bedrohte Streitkräfte schnell zurückzuziehen, um die Schlacht an einer geeigneteren Stelle von neuem zu beginnen.*«[9] Auch hat er hier nahegelegt, unter bestimmten Bedingungen den Rückzug anzutreten.[9]

Schlieffen war gezwungen, auf Grund der Einkreisungs-Situation, in der sich das Deutsche Reich befand, konkrete und praktische Fragen zu lösen. Schlieffen stand vor der Aufgabe, einer Zwei- und Mehrfrontensituation im Kriegsfalle zu widerstehen. Eine Situation, in der sich Deutschland gegen die stärksten Land- und Seekriegsmächte der damaligen Zeit behaupten mußte.

So heißt es dann auch bei Jehuda L. Wallach treffend:[10]

»Aber während der Mangel an wirklichem Einfluß auf den Lehrbetrieb der Kriegsakademie Clausewitz dazu veranlaßte, sich auf die theoretisch-philosophischen Aspekte des Krieges zu konzentrieren, war Schlieffen dazu gezwungen, konkrete und praktische Fragen zu lösen.«



Generalfeldmarschall Graf Schlieffen

Ganz in diesem Sinne heißt es dann bei Wallach weiterhin:[11]

»Zum 25. Todestag Schlieffens schrieb Generalleutnant v. Zoeller, daß Schlieffens Denken nicht einseitig gewesen sei, *sondern daß er die deutsche Armee, „angewandte Strategie" gelehrt habe, im Gegensatz zur „philosophischen Strategie Clauswitz".«* (Herv.d.d.Verf.)

Nicht zuletzt war Schlieffen dafür bekannt, daß er nie um eine Aushilfe verlegen war. Nach Emanuel v. Kiliani[12] geht aus sämtlichen Hinterlassenschaften Schlieffens, d.h. *sämtlichen* Dienstschriften und den im Ruhestand geschriebenen Alterswerken, eine eigene Operationslehre als Anleitung zum praktischen Handeln hervor. Freilich nur eine Anleitung für die deutsche Armee unter den spezifischen, dem Deutschen Reich zur Zeit Schlieffens sich stellenden, außenpolitischen Bedingungen.

Bei Wallach, der seinerseits wiederum Groener zitiert, heißt es weiterhin:[13]

»Schlieffen hat mit Stolz behauptet, er habe, ebensowenig wie sein Lehrer Moltke, ein eigenes System, und hat immer darauf hingewiesen, daß kriegerisches Handeln jederzeit im Einklang mit den Umständen auf dem jeweiligen Kriegsschauplatz und mit den verfügbaren Mitteln stehen müsse.«

Es trifft zu, wenn Boetticher ausführt, daß Schlieffen sich gescheut habe, eine für sich allein dastehende Doktrin zu konstruieren.[14] Zur Vernichtung bzw. Niederwerfung des Feindes führt Schlieffen aus:[15]

»Die Aufgabe des Feldherrn ist, einen Gegner, auch einen stärkeren, von dem er nicht weiß, wo er steht, wohin er geht, was er beabsichtigt zu vernichten oder völlig niederzuwerfen.«

Er sieht sich hier durch Moltke bestätigt, dessen Haltung nach Schlieffen die »*eines erbarmungslosen Strebens nach Vernichtung des Feindes*« gewesen sei.[5] Nicht zuletzt sieht Schlieffen sich hierin auch durch Clausewitz bestätigt, indem er u.a. ausführt:[16]

»Der dauernde Wert des Werkes „Vom Kriege" liegt neben seinem hohen ethischen und psychologischen Gehalt in der nachdrücklichen Betonung des Vernichtungsgedankens. Für Clausewitz steht der Krieg unter „dem einen höchsten Gesetz der Waffenentscheidung". Ihm erscheint „die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte unter allen Zwecken, die im Kriege verfolgt werden, immer als der über alles gebietende".«

Schlieffens Vernichtungsgedanke (bzw. Niederwerfungsgedanke) entspricht meines Erachtens genau der von Clausewitz festgestellten ersten und zweiten Wechselwirkung des Krieges: Jeder gibt dem anderen das Gesetz; solange der Feind nicht niedergeworfen ist, besteht die Gefahr, das er einen selbst niederwirft. Clausewitz sagt auch: Solange der Feind im Felde steht, muß er vernichtet werden! Es ist eine der großen Schicksalstragödien unseres Volkes, daß dieser eherne und unverbrüchliche Grundsatz 1940 bei Dünkirchen nicht, wie absolut erforderlich, strikt umgesetzt und konsequent angewendet wurde! Schlieffens Vernichtungs- bzw. Niederwerfungsstrategie, d.h. die Anstrebung dieses Zustandes, sind in weiterer Hinsicht Ausführungen von Clausewitz. Denn dieser fordert:[17]

»Seine Macht da, wo die Hauptschläge geschehen sollen, so viel als immer möglich zu konzentrieren, sich auf anderen Punkten Nachteilen auszusetzen, um auf dem Hauptpunkte des Erfolges um so gewisser zu sein.«

Clausewitz sagt, und Boetticher weist besonders darauf hin, daß er dies »*immer wieder betont*«[18] habe, daß »*die unmittelbare Vernichtung der feindlichen Streitkräfte überall das Vorherrschende ist.*«[19] Boetticher weist zur Bekräftigung dieser Ausführungen »*Über* [die] *Vernichtung der feindlichen Streitkräfte*« bei Clausewitz u.a. auf 15 Belegstellen hin; über die »*Vernichtung der feindlichen Streitkräfte* […] *als Hauptprinzip*« auf vier weitere Belegstellen.[20] Ebenso dachten Moltke und Scharnhorst. Moltke führte wenige Monate vor Beendigung seiner Stellung als Chef des Generalstabes noch aus: daß, »*solange der Feind noch im Felde steht, nur die Vernichtung seiner Heere den Krieg zu beenden vermag.*«[21] Scharnhorst lehrte, ein Land am sichersten dadurch zu verteidigen, daß die »*feindlichen Streitkräfte vernichtet werden.*«[22] Boetticher erklärt noch einmal schlüssig, was unter Vernichtung zu verstehen ist:[23]

»Unter Vernichtung verstanden diese erlauchten und von echtem Humanismus erfüllten Geister nicht die Blutarbeit und die Metzeleien antiker Schlachten, wie der Vernichtungsschlacht bei Cannae. Das Ziel der Kriegskunst, die Schlieffen lehrte, war nicht Metzelei sondern die Kapitulation des feindlichen Heeres, also dessen Ausschaltung, dessen Beseitigung, dessen Vernichtung durch Kapitulation, so wie einem Moltke das in der Schlacht bei Sedan am 1. September 1870 als Krönung seines Feldherrentums gelungen war.*«* (Herv.d.d.Verf.)

Schlieffens Ziel war »*den Feind nicht* [nur] *zurückzudrängen, sondern zu vernichten*«,[24] d.h. »*die vollständige Einschliessung des Feindes* […] als zu erstrebendes Ziel.« (Herv.d.d.Verf.)

So heißt es dann auch bei Foerster: Wer die »*Anschauungen und Gedanken über Strategie* [bei Moltke und Schlieffen] *studiert, wird doch erkennen, daß sie in der Kunst der Heerführung gewisse Ziele als ideale Ziele hinstellen, und deren Verwirklichung als Höchstleistungen bewerten, und das eifrige Streben nach solchen Höchstleistungen in der operativen Gedankenarbeit und im praktischen Handeln des Feldherrn zum Ausdruck gebracht wissen wollen.*«[25] »*Möglichst*«, nicht absolut um jeden Preis, sollte der Feind niedergerungen werden. So sagt Schlieffen dann auch, »*daß man in solcher Weise* [den Feind] *angreifen muß, daß er möglichst vernichtet wird.*«[26] In der Schlußbesprechung der Generalstabsreise Ost aus dem Jahre 1903 führt Schlieffen ebenfalls den Niederwerfungsgedanken relativierend aus:[27]

»Ein derartiger Krieg nach zwei Fronten ist nicht durch Zurückwerfen des einen oder des anderen Feindes, sondern nur durch möglichste Vernichtung erst des einen, dann des anderen Gegners zu Ende zu führen.«

Krumpelt führt aus:[28]

»In zahllosen Generalstabsreisen, operativen Aufgaben und Kriegsspielen hat Schlieffen immer wieder gelehrt, daß es gerade für die deutsche Führung im Kriege nicht darauf ankommt, den Gegner in mehr oder weniger zahlreichen Frontschlachten mürbe zu machen, sondern daß es die Aufgabe der Führung im Kriege ist, den Gegner durch Vernichtungschlachten niederzuringen, durch gänzliche Einschließungen, mindestens aber durch umfassende Angriffe beider bzw. einer Flanke des Feindes.«

Der Vernichtungsgedanke war also ein »*zu erstrebendes Ziel.*«

An anderer Stelle relativiert Schlieffen den Vernichtungsgedanken ebenfalls in dem er ausführt, daß gegen Frankreich bei einem Zweifrontenkrieg »*eine wirkliche Entscheidungsschlacht* [notwendig sei…] *Ein Solferino könnte uns nichts nützen; es muß ein Sedan, mindestens ein Königgrätz geschlagen werden.*«[29] Also ein Königgrätz, wo man zufrieden war mit einer entscheidenden Schwächung und Zurückschlagung des Feindes, bzw. mit einer »*unvollständige* […] *Einkreisungsschlacht.*«[30] Absolute Vernichtung bzw. Niederwerfung des Feindes war nicht Schlieffens absoluter unauslöschlicher Drang. So heißt es in seinem Beitrag »*Der Feldzug 1866*« bzw. »*Königgrätz*« in bezug auf Moltkes Plan einer gänzlichen Vernichtung bzw. Einschließung des Feindes und dessen Scheitern durch die mangelnde Fähigkeit der preußischen Generale:[31]

»Die Macht seines Gedankens war indes beträchtlich genug, um, wenn nicht das Höchste, so doch immerhin Großes zu erreichen.«

Aus den zitierten Äußerungen geht hervor, daß die Behauptung, Schlieffen hätte immer nur die vollkommene Niederringung des Feindes absolut gewollt und absolut angestrebt, nicht stimmen kann. »*Ein Teil Unvollkommenheiten muß man überall in Kauf nehmen.* […] *Ich scheue das Vollkommene*« hatte Schlieffen in einem Brief 1883 geschrieben.[32] Die Niederringung des Feindes bis zur Entscheidung hin war von Schlieffen ein beabsichtigtes Verfahren, weil ein von der politischen Situation des Deutschen Reiches (nämlich der feindlichen Einkreisung) ein ihm auferlegtes bzw. aufgezwungenes Verfahren. Ganz in diesem Sinne antwortete Schlieffen dann auch auf die Frage von Freytag-Loringhoven, ob der Niederringungsgedanken nicht einseitig sei:[33]

»Ja, es mag ja langweilig sein; es kommt eben immer auf das dumme Gesiege heraus!«

Ein Mehrfrontenkrieg unter extrem ungünstigen Bedingungen, mit der zusätzlichen Aufgabe der Führung von Millionenheeren, erzwangen die Niederwerfung mindestens eines Gegners an *einer* Front, damit Deutschland sich überhaupt behaupten konnte. Die feindliche Überlegenheit zwang Schlieffen dazu, den Gegner nicht nur zu schwächen, sondern kriegsentscheidend niederzuringen.

Ein Zweifrontenkrieg erzwang, so Schlieffen bereits 1899, »*schnell beendende Resultate.*«[34] So urteilt selbst der israelitische Gelehrte und ansonsten überaus scharfe Schlieffen-Kritiker Jehuda L. Wallach:[35]

»Schlieffens Beitrag zur modernen Kriegstheorie ist es gewesen, die Möglichkeit erkannt zu haben, wie man mit unterlegenen Kräften einen entscheidenden Sieg erringen kann.«

Richtig, dem ist hier absolut nichts hinzuzufügen.

Der Vernichtungsgedanke bzw. die Vernichtungsstrategie beherrschte auch noch die Kriegführung nach ihm. Der Mißerfolg im Ersten Weltkrieg durch die deutsche Armee beruhte jedoch nicht auf dem Beharren auf diesem Gedanken. Mit Recht führte Generaloberst Fritsch 1936 aus:[36]

»Man erkennt heute allgemein, daß nicht der Vernichtungsgedanke [im 1. Weltkrieg] *an sich irrig war, sondern daß die unzulängliche Art, mit der man ihn zu verwirklichen suchte, der Grund der Mißerfolge wurde.«*

Im entscheidenden Augenblick schwächte Moltke der Jüngere den Umfassungsflügel, verlegte Truppeneinheiten nach Elsaß-

Lothringen. Im Sinne Schlieffens ein zentraler Fehler. Noch auf dem Sterbebett waren Schlieffens letzte Worte: »*Macht mir den rechten Flügel stark!*«. Moltke schwächte ihn, verwässerte Schlieffens Genius schicksalhaft! Unserem Volk wäre verdammt viel erspart geblieben!

2. Schlieffens Ausführungen zum Verhältnis von Krieg und Politik

Zum Verhältnis von Krieg und Politik heißt es unmißverständlich bei Schlieffen:[37]

> *»Ein Heer aber, und wäre es das beste, genügt allein nicht, um Krieg zu führen. Der Krieg ist* nur *ein Mittel der Politik. Dieses zu einem wirksamen zu machen, bedarf es der Vorbereitung durch den Staatsmann.«* (Herv.d.d.Verf.)

Krieg und Politik sind bei Schlieffen untrennbar miteinander verbunden. So fordert er generell:[38]

> *»Der Feldherr muß* […] *auch ein hervorragender Staatsmann und Diplomat sein.«*

Also Militär und Politiker. Schlieffen sieht die Kriegführung nicht nur in der Hand des Souveräns, der »*Anführer im Kriege*«[39] sein soll. Der Souverän steht zwar an der Spitze der Armee, aber:[40]

> *»Ihm zur Seite stehen ein Staatsmann und ein Chef des Generalstabes. Keiner der drei Männer erfüllt alle an einen Feldherrn zu stellende Bedingungen; aber jeder besitzt ein größeres oder geringeres Maß von Eigenschaften, die einen solchen ausmachen, und kann die der anderen ergänzen.«*

Daraus folgt: *auch im strategischen Ablauf ist die Politik einflußberechtigt*. (Dies fordert Schlieffen im übrigen auch im Gegensatz zu Moltke) Und zwar in doppelter Hinsicht: vom Souverän (durch sein politisches und militärisches Höchstentscheidungsrecht) und vom beteiligten Staatsmann aus. Schlieffen sah die letzte Entscheidung, auch in militärischen Dingen, immer beim (politischen und militärischen) Souverän.



Generalfeldmarschall Graf Schlieffen mit Kaiser Wilhelm I. während eines Manövers.

Die erste Aufgabe dieses Dreiergremiums (auch genannt als „Triumvirat" oder „Kommitee"), des »*königlichen Feldherrn mit seinen zwei Paladinen*«[40] ist die politische Aufgabe der »*Gewinnung von Bundesgenossen* […] *Herstellung einer Koalition, eines Bundes, einer Entente*«.[40] Schlieffen differenziert zwischen aktiver und passiver Bundesgenossenschaft. In einer zu starken Bevorzugung der geschichtlichen Erfahrung mit Bundesgenossen sieht er den größeren Wert in der passiven Bündnisgenossenschaft. Hierzu heißt es u.a.:[40]

> »[Aktive] *Bündnisse leisten aber verhältnismäßig wenig, wegen des Bestrebens jedes Mitglieds, dem anderen den Löwenanteil der Arbeit zuzuschieben, sich selbst den Gewinn vorzubehalten.* [… Bismarck] *erschien es vorteilhafter, daß Italien drei österreichische Korps festhielt, als daß es mit der doppelten Zahl an Preußens Seite kämpfte.«*

Auch findet sich bei Schlieffen die Überzeugung, daß eine Kampfhandlung durchaus durch politische Erwägungen so beeinflußt werden kann, daß sie etwa schnell beendet werden muß. Also Eingriff aus politischen Erwägungen heraus in den strategischen Ablauf.

Es heißt bezüglich des Krieges von 1866:[41]

> *»Um dem vorzubeugen* [d.h., dem Eingriff Frankreichs], *ging Moltkes Bestreben dahin, den Krieg durch eine Vernichtungsschlacht* [dies muß – wie schon ausgeführt – immer als ideal anzustrebender Zustand gedacht werden; d.Verf.] *schnell zu beenden und durch die Schaffung einer vollendeten Tatsache alles Weitere abzuschneiden.«*

Für Schlieffen blieb der Krieg, nicht nur in seinen Äußerungen (ausgenommen jenen Äußerungen zu den sogenannten Einigungskriegen; siehe weiter unten) sondern auch in *seinem Verhalten* als Generalstabschef, immer der Politik untergeordnet. Im Gegensatz zu Moltke forderte er nie einen Präventivkrieg, obschon er, wie kein anderer, die Unausweichlichkeit einer wachsenden Einkreisung Deutschlands – oder der »*diplomatischen Einkreisung*«,[42] wie selbst Schlieffen-Kritiker Gerhard Ritter schreibt –, klar erkannt hatte; militärisch und politisch. Ein „Nur-Militär", ein „unpolitischer Militär", wie Ritter und Wallach glauben, Schlieffen völlig unzutreffend charakterisieren zu müssen, hätte dies aber auf Grund der zutreffend erkannten »*diplomatischen Einkreisung*«, mit einem zu erwartenden Mehrfrontenkrieg getan: Nämlich den Präventivkrieg gefordert oder angeregt. Schlieffen tat dies niemals. Weil er so unpolitisch war? Krieg und Politik sind bei Schlieffen untrennbar miteinander verbunden, Herr Jehuda L. Wallach!

Klar bekennt sich Schlieffen auch zum Primat bzw. Vorrang der Politik vor dem Kriege, so im Jahre 1866: Als König Wilhelm am 5. Mai 1866 die Mobilmachung befohlen hatte und nunmehr der Krieg drohte, der dann am 15. Juni ausbrechen sollte, schrieb Schlieffen am 6. Mai an die Braut:[43]

> *»Der König hat lange gezögert, aber wenn es gilt, die Welt in Brand zu setzen, so ist mir der doch lieber, der, ehe er die Verantwortung dazu auf sich ladet, kein* [politisches] *Mittel unversucht läßt, als der es leichtsinnig provoziert. Darüber habe ich keinen Zweifel, auf welcher Seite der Segen sein wird. Der König entschließt sich schwer* […]«

Diese Äußerungen Schlieffens in einem Privatbrief an seine Braut verdienen Beachtung und Gewicht. Hier war er nicht

gezwungen, wie dann später, das Pathos einer allgemeinen Geschichtsbetrachtung der Einigungskriege anzuwenden bzw. sich davon in offizieller Rede leiten zu lassen. Nimmt man die nachfolgend zitierten Äußerungen Schlieffens nach der Schlacht von Königgrätz zu den vorherigen hinzu, so muß man Boetticher zustimmen, wenn er ausführt, daß Schlieffen »*immer der Politik den Vorrang einräumte*«.

Bezüglich Schlieffens Äußerungen nach Königgrätz führt Boetticher aus:[44]

> *»Den schnellen Abschluß eines Waffenstillstandes, und des Vorfriedens von Nikolsburg noch im gleichen Monat, den Verzicht Bismarcks auf völlige Niederwerfung Österreichs, verstand man vielfach nicht. Alfred* [Schlieffen] *aber, hier schon, wie später immer, der Politik den Vorrang einräumend, schrieb – inzwischen zum Rittmeister befördert – an Anna* [seine Braut] *am 1. August: „Deine Frage über meine Ansicht über Frieden und Waffenstillstand fürchte ich Dir nicht genügend beantworten zu können. Ich weiß ja von allen Verhältnissen zu wenig, als daß ich ohne Gefahr, mich lächerlich zu machen, darüber urteilen könnte. Außerdem habe ich zu Bismarck das Vertrauen, daß was gemacht werden kann, gemacht werden wird." Jetzt beginnt bei Schlieffen die Bewunderung für Bismarck, den Staatsmann* […] *zu reifen.«*

In Schlieffens – besonders in Krisenzeiten permanentem – Kontakt zum Auswärtigen Amt muß eine Verbindung von Krieg und Politik in seinem Denken gesehen und anerkannt werden.

Schlüssig weist Boetticher darauf hin:[45]

> *»Wir wissen, daß Schlieffen nicht selten bei Herrn von Holstein vorsprach, daß dieser ihm Einblick in alle für die Politik wesentlichen Akten ermöglichte, und daß die Pläne für die Kriegführung mit den Forderungen der Politik in Übereinstimmung gebracht wurden, weil für Holstein und Schlieffen – mit Clausewitz – „der politische Zweck als das ursprüngliche Motiv des Krieges" von entscheidender Bedeutung ist (Zitat von Clausewitz) und der Feldherr eine große Einsicht in die höheren Staatsverhältnisse haben muß, um einen Krieg „zu einem glänzenden Ziele zu führen". „Kriegführung und Politik fallen hier zusammen, und aus dem Feldherrn wird zugleich der Staatsmann", der die Wirksamkeit seiner Waffen „einer höherer Einsicht und Weisheit zu unterwerfen" (Zitat von Clausewitz) weiß. Die Zusammenarbeit mit Holstein in diesem Sinne hat Schlieffens Vorbereitungen für einen Krieg, auch seine operativen Studien, insbesondere die Ausgangslagen seiner Generalstabsreisen, ganz wesentlich beeinflußt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die mit den Jahren wechselnden und sich entwickelnden politischen Voraussetzungen der Feldzugspläne und Studien Schlieffens bis zu dessen letzter Denkschrift den Anschauungen Holsteins entsprochen haben, also des Mannes, „der tatsächlich weithin für die Planung und Führung der deutschen auswärtigen Politik von 1890 bis 1906 verantwortlich war".«*

Die Zusammenarbeit von Kriegführung und Politik war eine der vier Voraussetzungen, die Schlieffen für die Erfüllung seiner Aufgabe sah.[46]

3. Schlieffen und sein Verhältnis zum Präventivkrieg bzw. seine „Grundhaltung gegenüber der Kriegsfrage"

Schlieffens Einstellung zum Primat der Politik geht auch aus seiner Einstellung zum Präventivkrieg hervor; und dies besonders im Hinblick auf sein überaus geschärftes Bewußtsein der damaligen politischen Lage, der faktischen Einkreisung des Deutschen Reiches; durch französische Revanche-Politik, durch die veraltete englische Gleichgewichtspolitik, durch russischen Panslawismus.

Schlieffen hat »*niemals zum Präventivkrieg gedrängt.*«[47] Er hat dem Präventivkrieg keinen »*fordernden Ausdruck*«[48] gegeben, heißt es zum einen bei Ritter und zum anderen bei Kessel. Im Gegensatz zu Waldersee und dem älteren Moltke.[47] Ritter – so Kessel treffend –, hat »*im zweiten Teil seines Buches über den Schlieffenplan* [dies] *mit durchschlagenden Argumenten nachgewiesen.*«[48]

Über die »*Grundhaltung Schlieffens gegenüber der Kriegsfrage*« heißt es bei Ritter sehr schlüssig:[42]

> *»Faßt man alle diese Äußerungen von 1909 und 1912 zusammen, so ergibt sich etwa folgendes als Grundhaltung Schlieffens gegenüber der Kriegsfrage: Deutschland ist rings von Feinden bedroht, im wesentlichen nur auf die eigenen Kräfte angewiesen, und hat vom Dreibund keine ernstliche Hilfe zu erwarten; nur seinem starken Heere ist bisher die Erhaltung des Friedens zu verdanken; dessen Schlagkraft sollte bei politischen Verhandlungen als Machtfaktor voll zur Geltung gebracht werden, da es den Krieg nicht zu fürchten hat; aber die Entscheidung der Frage, ob Krieg oder Frieden, ist nicht Sache der militärischen, sondern allein der politischen Leitung; vom Generalstab her gesehen „bleibt sie dahingestellt".«*

Dies trifft ebenfalls zu für die Zeit der Marokkokrise 1904/06, in der von Deutschland »*zum ersten und einzigen Mal in der Vorgeschichte des Weltkrieges* […] *der Druck der Zweifrontenbedrohung genommen wurde und* […] *somit seine militärische Überlegenheit über Frankreich eindeutig feststand.*«[49]

Ritter bemerkt – im Anschluß an eine lange Beweiskette – hierzu:[50]

> *»Der deutsche Generalstab hatte Operationspläne für einen Krieg mit Frankreich seit langem sorgfältig vorbereitet und war fest überzeugt von ihren großen Erfolgschancen. Dennoch hat er sich gehütet, zum Krieg zu drängen, und auch die aktivste Persönlichkeit des Auswärtigen Amts, Baron Holstein, hat niemals an die Entfesselung eines Präventivkrieges gedacht.* […] *Mit einer Kriegsplanung zur Lösung der Marokkofrage oder zur Sprengung feindlicher Allianzen hat der Schlieffenplan nach alledem nichts zu tun.«*

Reichskanzler Bülow äußerte sich 1921:[51]

> *»Graf Schlieffen hat nie Einfluß auf meine politische Staatsleitung versucht. Er hat mir auch nicht ein einziges Mal einen Präventivkrieg empfohlen oder mich etwa zum Kriege zu drängen versucht.«*

4. Der Primat des Krieges in Schlieffens Äußerungen zu den sogenannten „Einigungskriegen"

Es gibt Ausführungen von Schlieffen, die der kriegerischen Auseinandersetzung eindeutig die Priorität einräumen. Diese Äußerungen jedoch betreffen *ausschließlich* die Einigungskriege. Zudem ist diesbezüglich zu unterscheiden zwischen privaten und öffentlicher Äußerungen. Es heißt u.a.:[52]

> *»Auch 1870 war eine Koalition gegen Deutschland geplant. Sie wäre zustande gekommen, wenn wie 1866 lange Verhandlungen geführt worden wären. Der Krieg brach aus, bevor die Traktate abgeschlossen werden konnten. Der Kanonendonner von Wörth nahm jede Lust, das Versäumte nachzuholen.«*

In seinem Aufsatz »*Bismarck*« beschreibt Schlieffen Bismarck zustimmend als »*Diplomaten des Blutes und des Eisens*«,[53] als einen »*Staatsmann, der die Knäuel der Politik auf dem Schlachtfelde mit dem Schwert durchhauen hat.*«[53] Selbst die Absicht Bismarcks im März 1848, mit Waffengewalt »*gegen die Hauptstadt* [zu] *ziehen, die Berliner zu Paaren* [zu] *treiben,* [und] *den König* [zu] *befreien*«[53] erfüllt Schlieffen mit Bewunderung und Hochachtung. An anderer Stelle heißt es:[54]

> *»Die eigentliche kriegerische Tätigkeit Bismarcks beginnt erst mit dem Tage, an dem er im September 1862 von König Wilhelm I. zum Ministerpräsidenten ernannt wurde.«*

Wie sehr er das Ringen um die Einheit Deutschlands »*gegen die Feinde der Freiheit und Größe des Vaterlandes*«[53] von der Auseinandersetzung mit Waffengewalt her sah, also dem Krieg vor der Politik eindeutig die Priorität gab, oder besser, einen Freiheitskampf in einen „unabwendbaren Krieg“ einmünden sah, belegt folgende Stelle:[55]

> *»Eine Geschichte von Jahrhunderten hatte es gelehrt, die Ereignisse von 1848 hatten es auf das neue bewiesen, daß sich das Sehnen und Verlangen nach einem einigen Deutschland nicht durch Verhandlungen, Beratungen, Reden, Vereine, Feste, Gesänge und Trunksprüche, sondern nur durch „Ferro et igni“* [Feuer und Schwert] *verwirklichen ließen. Der unabwendbare Krieg mußte zeigen, ob das Deutsche Reich nach österreichischem Sinne mit Unterwerfung von Preußen oder nach preußischem Sinne mit Anschließung von Österreich hergestellt werden sollte. Ein solcher Krieg konnte nur durch einen Herrscherwillen, durch einen Soldatenkönig, nicht durch den Majoritätsbeschluß eines Parlamentes geführt werden.«*

Die Einheit also nicht durch Politik – sondern nur durch Krieg; Krieg gegen Dänemark, Österreich und Frankreich. Jedoch es kann nicht behauptet werden, daß Schlieffen den Krieg um des Krieges willen wollte. Der Krieg hat bei Schlieffen nur Priorität im Falle der »*Unabwendbarkeit*«[56] der Einigungskriege. So schreibt Schlieffen:[56]

> *»Bismarck war kein Napoleon I., der den Krieg um des Krieges willen führte, der unbekümmert um die Wunde, die er dem fremden wie dem eigenen Volke schlug, ohne Rücksicht auf die Zahl der Gebliebenen und Verwundeten sein Ziel verfolgte. Im Gegenteil, „die ungeheuren Verluste, all der Jammer und das Elend in den Tausenden von Familien, das Elend der vom Krieg ausgesogenen Länder, all der Jammer der Witwen und Waisen, das alles war für Bismarck so schrecklich, daß er für seine Person nur noch im äußersten Notfalle wieder zu dem Mittel des Krieges grei*fen wollte*“. Aber der Krieg mit Frankreich war nicht zu vermeiden.* [… gegen ein Land, das] *eine Einmischung in die deutschen Angelegenheiten als sein Recht beanspruchte.«*

Jedoch dort, wo Schlieffen dem Krieg ein höheres Recht als der Politik zubilligte, handelt es sich um die als »*unvermeidlich*« bezeichneten deutschen Einigungskriege. Und an anderer Stelle heißt es in logischer Fortführung des obigen Zitates:[57]

> *»Mehr als 20 Jahre waren vergangen, seit dem Bismarck seine Blut- und Eisenpolitik laut und vernehmlich angekündigt hatte. Durch diese Politik waren alle Mächte erschüttert, alle in Bewegung und Aufregung gebracht worden. Jetzt hatte der Anstifter des großen Krieges ihn überall zum Ende gebracht.* […] *Der Bismarcksche Krieg hatte freilich lange genug gedauert.«*

Wie schon ausgeführt, handelt es sich dort, wo Schlieffen den Primat des Krieges vor der Politik nachträglich rechtfertigt, ausschließlich um den Zeitraum der Einigungskriege.

Ein Handeln, das im Grunde nicht von ihm, sondern von Bismarck und Moltke zu verantworten war. Diesbezüglich ordnet er sich ganz dem damaligen patriotischen Zeitgeist unter, und kann auch nur aus der Zeit heraus beurteilt und bewertet werden. Hätte er sich öffentlich anders geäußert, es wäre im Bereich der Politik und des Militärs bei niemandem auf Verständnis gestoßen. Daß er in seinen privaten Äußerungen – wie aus den schon zitierten Briefen an seine Braut aus dem Jahre 1866 dargelegt – auch 1866 den Primat der Politik zuerkannte, zeigt einen zu seinen Gunsten sich auswirkenden Widerspruch. Auch betont er »*all* [… den] *Jammer und das Elend in* […] *Tausenden von Familien*« durch die Einigungskriege und verweist klar darauf, daß Bismarck dies auch alles sah und deshalb nur »*noch im äußersten Notfalle wieder zu dem Mittel das Krieges greifen wollte*.« In der Tat sind dies Gedanken und Ausführungen, die nicht aus einer rein militärischen, sondern vielmehr überwiegend aus einer politischen und humanistischen Sicht heraus Schlieffen bestimmten. Ein überaus deutliches Kennzeichen hierfür ist es, wenn er schreibt, daß der Krieg Bismarcks »*freilich lange genug gedauert habe*.«

5. Schlieffens Interesse an und Kenntnisse von politischen Vorgängen bzw. Kontakten mit politischen Stellen

In der Verfassung des wilhelminischen Deutschlands war kein offiziell vorgeschriebener Kontakt zwischen dem Chef des Generalstabes und dem Reichskanzler oder anderen politischen Stellen vorgesehen. Das Schlieffen dennoch Zugang zu politischen Informationen hatte und sich auch darum bemühte, kann nicht bestritten werden. Schlieffen »*stand mit Baron Holstein vom Auswärtigen Amt (der faktisch dort die Politi-*



General Helmuth Johannes Ludwig von Moltke

sche Abteilung leitete) auf vertrautem Fuß und durfte in dessen Amtszimmer Einblick in Depeschen und andere Dokumente nehmen.«[58] Gordon Craig zitiert diesbezüglich Holstein in einer Äußerung aus dem Jahr 1897:

»*Während ich schreibe, sitzt General Graf Schlieffen bei mir im Zimmer und liest Akten, was in bewegten Zeiten gewöhnlich einmal wöchentlich geschieht.*«

Zudem: Schlieffen und Holstein verband seit den 70er Jahren eine Freundschaft. Schlieffen kam jedoch nicht nur »*oft*«[59] in Holsteins Büro »um *Schriftstücke zu lesen*«, sondern auch um »*die europäische Situation zu diskutieren.*«[59] Schlieffen war über politische Vorgänge unterrichtet. Craig stellt im Anschluß an die erwähnten Beziehungen Schlieffens zu Holstein fest:[58]

»*Es konnte ihm nicht entgehen, daß Deutschland sich damit* [d.h. mit diversen außenpolitischen Aktionen] *die Sympathien seiner Nachbarn verscherzte und auf diese Weise seine Sicherheit gefährdete.*«

Der Zugang zu Holstein, der von 1890 bis 1906 einen großen Einfluß auf die deutsche Außenpolitik besaß, verschaffte sich Schlieffen unter Umgehung des Kriegsministeriums. Er fand »*seinen eigenen und unbedingt nötigen Weg zum Auswärtigen Amt.*«[60] An anderer Stelle schreibt Boetticher:[61]

»*Mit Holstein aber wurde in stundenlangen gegenseitigen Erörterungen Klarheit über politische und militärische Fragen gewonnen, „zur gewohnten Zeit, das heißt zwischen fünf und sieben" (wie Oskar Freiherr von der Lancken Wakenitz in seinen Memoiren zu berichten weiß). Obendrein trafen sich Schlieffen und Holstein fast jede Woche einmal zum Abendessen in dem Weinrestaurant Borchert in einem für sie reservierten Zimmer.*«

Auch Ritter bemerkt, daß zwischen Holstein und Schlieffen »*häufig vertrauliche Unterredungen über die politische Lage stattfanden.*«[62] In einem Brief Holsteins an Schlieffen vom 29.11.1904 bittet er diesen um seinen Besuch, »*vielleicht morgen, Donnerstag zur gewohnten Zeit, das heißt zwischen fünf und sieben. Ich habe einiges mitzuteilen*«;[63] so heißt es weiterhin in einer Anmerkung Ritters:[64]

»*Holstein, die „Graue Eminenz", war aber nicht nur in allen außenpolitischen Fragen die beste Informationsquelle für den Generalstabschef. Unterhielt er doch enge Beziehungen zu den verschiedensten politischen Spitzen des Kaiserreiches, zu den hohen Militärs, zu Staatsbeamten, zur Presse und zu ausländischen Diplomaten, die sich alle um seine Gunst bemühten. Durch Holstein wurde daher der Generalstabschef zweifellos auch über viele wichtige innenpolitische Vorgänge informiert, vor allem aber konnte er selbst laufend die Akten des Auswärtigen Amtes einsehen, was weder Moltke noch Waldersee (den Vorgängern von Schlieffen) möglich gewesen war.*«

Bei Boetticher heißt es:[65]

»*Es ist höchst reizvoll, in den Arbeiten und Studien Schlieffens immer wieder die Zusammenarbeit des Staatsmannes und des Soldaten und das Zusammenklingen von Staatskunst und Kriegskunst in einer durch zwei bedeutende Männer gesicherten Harmonie zu verfolgen.*«

Wenn Kritiker dartun: „Woher weiß man das, was dort besprochen wurde?", sprich: in den Unterredungen Schlieffens mit Holstein, aber auch mit den Reichskanzlern Hohenlohe und Bülow, so ist einerseits quellenmäßig der Inhalt der Kontakte (nämlich die belgische und holländische Neutralität) mit Hohenlohe und Bülow sicher nachzuweisen. (Vgl. die Ausführungen weiter unten.) Andererseits muß als sicher gelten, daß Schlieffen durch Holstein, wie dargelegt, Einsicht in Akten des Auswärtigen Amtes erhielt. Jedoch ist über den Inhalt der Gespräche Holsteins mit Schlieffen quellenmäßig nichts belegt. Aber zwingt uns dies dazu zu sagen, zwischen Holstein und Schlieffen hätten zwar Gespräche stattgefunden, aber keine Gespräche mit politischem Inhalt? Berechtigt uns nicht im Gegenteil die Beurteilung der sich diesbezüglich darstellenden Gesamtumstände zu der oben schon angeführten Aussage Ritters (und anderen, etwa Wallach, Craig etc.), daß zwischen Holstein und Schlieffen »*häufig vertrauliche Unterredungen über die politische Lage stattfanden*« (Ritter)?

Die Feststellung Gerhard Ritters sieht der Verfasser untermauert durch den eminent außenpolitischen Inhalt der Kontakte Schlieffens mit den Reichskanzlern Hohenlohe und Bülow, durch die Einsicht in Akten des Auswärtigen Amtes durch Schlieffen, durch die häufigen Treffen (besonders in Krisenzeiten) Holsteins mit Schlieffen, durch Rückschlüsse der Inhalte der politischen Kontakte mit Hohenlohe und Bülow auf die politischen Kontakte Holsteins mit Schlieffen, durch Schlieffens permanenten Ausgang bei seinem strategischen Wirken von einer Zwei- und Mehrfrontensituation, die nur einer tief durchdrungenen politischen Konstellationsanalyse entsprechen konnte, durch Schlieffens Fähigkeit, eine umfassende außenpolitische Konstellationsanalyse (im Aufsatz: "Der Krieg in der Gegenwart; Vgl. weiter unten) aufzustellen, in Schlieffens glaubhaft belegten (ablehnenden) Äußerungen zur kaiserlichen Ostasien-, Kolonial- und Flottenpolitik (Weltpolitik), gleichsam als Zeichen zutreffender politischer Urteilsfähigkeit, d.h. politisch Stellung zu beziehen, und in der Würdigung der Kontakte zu Hutten-Czapski.

Bei den Kontakten zu Hutten-Czapski ist belegt, daß es u.a. um außenpolitische Fragen ging; wie im Folgenden noch nachgewiesen wird. Sollte dies bei den Gesprächen zwischen Holstein und Schlieffen anders gewesen sein? Sollten dies nur Gespräche über „nichtpolitische Dinge" gewesen sein? Schlieffen hatte jedoch nicht nur intensiven Kontakt mit Holstein, sondern auch Zugang und Kontakt zu den Reichskanzlern Caprivi, Hohenlohe und Bülow. Helmut Otto (*Schlieffen und der Generalstab*) spricht von Bemühungen Holsteins schon ab August 1891, einen Kontakt zwischen Schlieffen und Reichskanzler Caprivi herzustellen:[66]

»[…] *zwischen Caprivi und dem Generalstabschef (bestand) volle Übereinstimmung in der entscheidenden Frage von Politik und Militärstrategie, daß ein Zweifrontenkrieg für Deutschland unvermeidlich sei, die gesamte Politik sich darauf einstellen und das Heer dafür erheblich verstärkt werden müsse.*«

Helmut Otto bescheinigt auch Schlieffens Kontakt und Zusammenarbeit mit Reichskanzler Hohenlohe, der sich wiederum »*in allen wichtigen Fragen von Holstein und Hutten-Czapski beraten ließ*«,[67] etwa bei der I. Haager Friedenskonferenz 1899. Hutten-Czapski sondierte bei Hohenlohe (und Holstein) im Auftrag Schlieffens im Mai 1900 bezüglich eines belgischen Neutralitätsbruchs. Schlieffen unterrichtete also den Reichskanzler in dieser schwergewichtigen Frage bereits zu diesem frühen Zeitpunkt. Kurz darauf fand eine lange Unterredung bei Hutten-Czapski zwischen Schlieffen und Hohenlohe statt.[68]

Bei Boetticher heißt es:[61]

»*Es ist natürlich, daß Holstein dem Grafen Schlieffen die Gelegenheit vermittelte, auch dem Reichskanzler Bülow*

unter Vermeidung des Ressortweges vorzutragen. Solche Besprechungen beschränkten sich naturgemäß auf die Einholung der Zustimmung Bülows zu wesentlichen Vorschlägen Schlieffens oder auf die Beantwortung der für den leitenden Staatsmann wesentlichen Fragen, welches unter bestimmten politischen Voraussetzungen die Aussichten Deutschlands in einem Krieg sein würden.«

Auch bei Otto heißt es:[68]

»Nach der Jahrhundertwende verstärkte sich die Zusammenarbeit des Generalstabes mit der Regierung […]*«*

Weiter unten wird noch gezeigt werden – an Hand auch einer Ausführung von Gerhard Ritter –, daß Schlieffen über die Frage einer eventuellen Verletzung der niederländischen Neutralität im Jahre 1905 mit Reichskanzler Bülow gesprochen hat. Generell ist Otto zuzustimmen, wenn er davon spricht, daß *»Generalstab und Reichsregierung nicht zwei entgegengesetzte Prinzipien* [verkörperten] *– das militärische und das politische, wie Gerhard Ritter nachzuweisen versucht, sondern* [es] *waren, zwei Seiten ein* [und] *derselben Sachlage«*;[69] oder zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Zur Schlieffens Beziehung zur Politik führt Helmut Otto aus:[70]

»Die immer engere Verknüpfung der militärischen Kriegsvorbereitungen und der Politik erforderte die laufende Zusammenarbeit des Generalstabes mit der Regierung, vor allem mit dem Auswärtigen Amt, dem Reichsamt des Innern, in Eisenbahnfragen mit dem preußischen Ministerium für öffentliche Arbeiten und dem Reichseisenbahnamt sowie anderen Institutionen.

Schlieffen war sich dieser Notwendigkeit vollauf bewußt und hat daher den Kontakt mit der politischen Leitung des Staates gesucht.«

Weiter heißt es bei Otto:[71]

»Der General- und Admiralstabschef orientierten […] *den Reichskanzler über die Grundzüge der Operationspläne, die für die verschiedenen Kriegsfälle bearbeitet wurden.* […] *Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit zwischen politischer und militärischer Leitung standen während der Chefzeit Schlieffens außenpolitische Ereignisse und Fragen und ihr Einfluß auf die militärstrategische Planung. Dazu gehörten der französisch-russische Zweibund, die Haager Friedenskonferenzen, die erste Marokkokrise, das Verhältnis zu den Dreibundpartnern Österreich-Ungarn und Italien und die Problematik der Koalitionskriegsvorbereitungen, militärische Aufgaben der Expansions- und Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus, vor allem die Intervention in China von 1900 bis 1902 und die Kolonialkriege in Südwestafrika, der Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und Maßnahmen zur Sicherung des Hinterlandes im Kriegsfall sowie die militärische Verwendung der Eisenbahnen. Aber auch in zahlreichen Fragen geringerer Bedeutung, unter anderem zur Aufhebung der Paßvorschriften in Elsaß-Lothringen, wurde die Stellungnahme des Generalstabes eingeholt* [Otto verweist als Quellen auf die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, Berlin 1924]. *Ab und zu traten Generalstabsoffiziere in Kommissionsberatungen des Reichstages auf, um militärische Forderungen zu begründen. Auch die Truppenstäbe standen in mehr oder weniger engem Kontakt mit den zivilen Behörden.«*

Schlieffen hatte jedoch nicht nur mit dem politisch bedeutenden Vortragenden Rat Holstein engsten Kontakt, sondern auch mit dem politisch nicht minder bedeutenden und einflußreichen Grafen von Hutten-Czapski. Er war langjähriger Vertrauensmann Schlieffens, resultierend schon aus einer Bekanntschaft aus den achtziger Jahren.[72] Hutten-Czapski, der einzige polnische Großgrundbesitzer im preußischen Offizierskorps, Mitglied des preußischen Herrenhauses, besaß auch Holsteins uneingeschränktes Vertrauen, war als eine Art Privatsekretär des Reichskanzlers Hohenlohe in der Regierungspolitik bestens eingeweiht und ging bei dessen Nachfolger Bülow ein und aus.

»[…] *Hohe Militärs, ausländische Diplomaten und Militärattachés verkehrten gesellschaftlich in seinem Haus. Seine Verbindungen zu den herrschenden Kreisen und den Mitgliedern der preußischen und Reichsregierung dürften für Schlieffen, der in gesellschaftlicher Hinsicht zurückgezogen lebte, von großem Nutzen gewesen sein. In seinen Memoiren schreibt Hutten-Czapski darüber: „Als er Chef des Generalstabes geworden war, ließ er mich oft zu sich kommen und würdigte mich seines Vertrauens durch die Verwertung meiner Beziehungen".«*[66]



Carl von Clausewitz

Bei Otto heißt es weiter:

»Hutten-Czapski verfügte über weitreichende Verbindungen nach Polen und Rußland und benutzte sie zur politischen Information und militärischen Spionage für den Generalstabschef. Seine hervorragende Vertrauensstellung bei Schlieffen zeigt die Tatsache, daß er in dessen Auftrag die Ansicht Holsteins und Hohenlohes über die Verletzung der belgischen Neutralität, ein Staatsgeheimnis ersten Ranges, einholte. Der persönliche Verkehr mit Holstein und die Vermittlerrolle Hutten-Czapskis ermöglichten in hohem Maße die politische Zurückhaltung des Generalstabschefs. Zugleich erleichterten sie auch die Geheimhaltung wichtiger Fragen.«

Nach seiner Verabschiedung als Chef des Generalstabes hatte Schlieffen zwar keinen Kontakt mehr zu Holstein, suchte aber trotzdem die politische Information:[73]

»[Er] *bezog nunmehr seine politische Unterrichtung aus den damals viel beachteten Wochenübersichten, die Theodor Schiemann in der Kreuzzeitung erscheinen ließ, und aus dem Berliner Tageblatt, das ab 1906 unter Theodor Wolf steigende Bedeutung gewann.«*

Auch der politisch sehr informative Hutten-Czapski blieb weiter in Kontakt mit Schlieffen. In seinen Memoiren schreibt Hutten-Czapski u.a. über Schlieffen:[74]

»Auch als er sein Amt niedergelegt hatte, erlaubte er mir ihn zu besuchen, und sagte mir lächelnd, daß ich es jetzt sei, der ihm die interessantesten Nachrichten von Hof und Politik brächte.«

6. Der Zusammenhang von Krieg und Politik in Schlieffens strategischem Wirken

Schlieffen ging davon aus, wie Boetticher ausführt,[75]

> *»daß die Politik in der Freiheit ihres Handelns nicht durch militärische Bindungen beeinträchtigt werden dürfe. Politische Gesichtspunkte mußten die Entscheidung wesentlich beeinflussen, ob im Kriegsfalle die Entscheidung zunächst gegen Frankreich oder gegen Rußland zu suchen war oder ob die deutschen Kräfte etwa je zur Hälfte nach West und Ost zu verteilen waren. Entsprechend biegsam wurden die Vorbereitungen des Generalstabes getroffen. Von der politischen Leitung war weiter die Frage zu bestimmen, in welcher Weise und ob überhaupt die militärische Zusammenarbeit innerhalb des Dreibundes, insbesondere mit Österreich, für den Kriegsfall bei den Vorbereitungen von Jahr zu Jahr durch Besprechungen der Generalstäbe zu planen war.«*

Der Zusammenhang von Krieg und Politik im Denken Schlieffens – dieses unermüdlich lehrenden und forschenden Generalstabchefs[76] – spielte folglich in seinen zahlreichen Kriegsspielen und Generalstabsreisen nach Ost wie nach West (sowie in den Kaisermanövern) eine beachtliche Rolle.[8]

> *»Seine Kriegsspiele und Generalstabsreisen waren meist großangelegte Studien, bei denen Deutsche – mitunter in Zusammenarbeit mit Österreichern – und Russen oder Deutsche und Franzosen in freier Entschließung unter solchen militärischen und politischen Voraussetzungen gegeneinander kämpften, wie sie im Kriege zu erwarten waren.* […] *Für den Krieg gegen Frankreich können wir in 16 Studien, vornehmlich den Generalstabsreisen, die Entwicklung der Gedankenwelt und der Pläne Schlieffens von 1891 bis 1905 verfolgen, für den Krieg gegen Rußland können wir es in 15 ähnlichen Studien. Dabei wurde der Krieg gegen zwei Fronten, der Krieg gegen die Übermacht immer wieder – letzterer 19 mal – von verschiedenen militärischen und politischen Voraussetzungen ausgehend behandelt.«*

So spricht auch Foerster von »*jahrelangen, unausgesetzten, alle Möglichkeiten durchdenkenden Studien.*«[77] Selbst bei Gerhard Ritter heißt es u.a.:[78]

> *»Die neuere Militärliteratur hat mancherlei mitgeteilt über Kriegsspiele und Generalstabsreisen und taktisch-strategische Aufgabenstellungen, in denen alle nur denkbaren Möglichkeiten einer Kriegführung im Osten „durchgespielt" worden sind, sei es zur Verteidigung Ostpreußens an den Masurischen Seen und von Königsberg aus, sei es zur Abwehr russischer Angriffe an der Weichsel, sei es (auch das kommt vor) in Form eines Großangriffs, der zunächst an der Ostfront Luft verschaffen soll, ehe die Offensive im Westen beginnt. Jedes Jahr gab es eine Generalstabsreise sowohl in die östlichen wie in die westlichen Grenzbezirke, und jeder Winter brachte Kriegsspiele, in denen immer wieder andere Kriegslagen ersonnen und immer neue Lösungen durchprobiert wurden.«*

So trat beispielsweise neben den für das Mobilmachungsjahr 1905/06 laufenden großen Westaufmarsch die Aufmarschvorbereitung – für den Fall eines Zweifrontenkrieges – eines kleinen Ostaufmarsches.

> *»Bei diesem sollten zehn Infanterie-Divisionen im Osten aufmarschieren.«*[77]

Gleichzeitig wurden – wie immer in der Zeit Schlieffens – Pläne für einen großen Ostaufmarsch, den sogenannten Aufmarsch II, vorbereitet. Dies ebenfalls eindeutig aus politischen Erwägungen heraus.[79]

Bei den verschiedenen und alternativen militärischen und politischen Voraussetzungen der Kriegsspiele und Generalstabsreisen ging man von drei Möglichkeiten bezüglich der Gestaltung eines Feldzuges gegen Frankreich aus, bei denen dann letztendlich, wie schon ausgeführt, maßgeblich bei der politischen Führung die Entscheidung lag:[80]

1. Möglichkeit: Eine schnelle Entscheidung bzw. Niederwerfung Frankreichs sollte – ohne Verletzung der belgischen Neutralität – in Lothringen und im Elsaß erfolgen.
2. Möglichkeit: Eine schnelle Entscheidung bzw. Niederwerfung Frankreichs sollte durch einen starken rechten Flügel mit dem Durchmarsch durch Belgien – vielleicht auch Holland – erfolgen.
3. Möglichkeit: Hier sollte abgewartet werden – falls die politische Lage es »*geraten erscheinen lassen konnte*« (Boetticher) – ob Frankreich die belgische Neutralität verletzt.

Diese drei Möglichkeiten wurden bei den Generalstabsreisen und Kriegsspielen durchdacht. Dies äußerte sich in den verschiedenen militärischen und politischen Planungen wie folgt:[81]

ZUR 1. MÖGLICHKEIT: ENTSCHEIDUNG IM ELSAß UND IN LOTHRINGEN

Die Konzeption der Generalstabsreise von 1902 ging von einem Kampf gegen Frankreich *ohne* Verletzung der belgischen Neutralität aus.

ZUR 2. MÖGLICHKEIT: STARKER RECHTER FLÜGEL UND BRUCH DER NEUTRALITÄT BELGIENS UND VIELLEICHT AUCH HOLLANDS

1904/05 und 1905/06 suchte man die Entscheidung durch Vormarsch durch Belgien und eventuell auch durch Holland. Nach Ritter wurde »*der Entschluß zur umfassenden Großoffensive durch Belgien* […] *seit etwa 1897*« gefaßt.[82] Der Westaufmarsch seit Frühjahr 1899 bis 1904 zeigt,[83]

> *»daß der Generalstabschef bis 1904/05 noch keineswegs entschlossen war, alles auf eine Karte zu setzen und sich ausschließlich auf die große Umfassung, durch ganz Belgien bis nach Dünkirchen vorstoßend, zu verlassen. Im Gegenteil: Sie enthält geradezu eine Warnung vor solchen Kühnheiten: „Die Umgehung* [heißt es in einer Denkschrift Schlieffens um 1899; Abschrift liegt bei Ritter vor; der Verf.] *darf nicht zu ausgedehnt sein, denn es liegt für den Aufmarsch eine doppelte Aufgabe vor: Gegenangriff, falls der Feind, sobald er seinen Aufmarsch vollendet hat, vorgeht* [gemeint ist in Lothringen; der Verf.]*, und Offensive, falls er hinter seinen Befestigungen stehenbleibt".«*

Ritter schreibt weiter bezüglich eines Frontalangriffs während dieser Zeit:[84]

> *»Ein solcher Frontalangriff wird aber nicht etwa ganz verworfen, sondern festgehalten und nur durch ein Umgehungsmanöver durch Luxemburg und Belgien ergänzt. Es könnte ja auch sein, „daß der Gegner selbst im Vorgehen seinen linken Flügel durch Belgien und Luxemburg marschieren läßt; aber auch wenn er das nicht tut* […] *verspricht eine Umfassung seines linken Flügels durch Luxemburg, und vielleicht auch Belgien (Schlieffen) den besten Erfolg."«*

Der Aufmarschplan von 1904/05 enthielt noch nicht eine so umfangreiche Verletzung der Neutralität von Luxemburg und Belgien wie die Operationsstudie 1905/06. 1904/05 hatte man vorgesehen, »*durch Luxemburg und den Südzipfel von Belgien in Richtung auf Mezieres und Stenay vorzustoßen.*«[85]

ZUR 3. MÖGLICHKEIT: ABWARTEN BIS ZUM BRUCH DER NEUTRALITÄT BELGIENS DURCH FRANKREICH

1901 sollte abgewartet werden, bis Frankreich die belgische Neutralität brach, bevor man selbst eingriff. Boetticher führt aus:[81]

> *»Von besonderem Interesse ist die Generalstabsreise von 1901 – dritter Fall des Krieges gegen Frankreich. Die Deutschen marschierten zunächst nur mit 8 Armeekorps zur Sicherung des späteren Aufmarsches am Oberrhein und in Lothringen auf. 14 Armeekorps und 6 Reservedivisionen blieben transportbereit in ihren Bezirken in Deutschland. Als dann der Aufmarsch eines großen Teils des französischen Heeres an der luxemburgisch-belgischen Grenze erkannt wurde, wurden mit der Bahn 4 Armeekorps und 6 Reservedivisionen nach dem Raum Merzig-Saargemünd-Metz und dann, sobald der Vormarsch der Franzosen nach Belgien hinein begonnen hatte, 10 Armeekorps nach Aachen-Jülich-Köln-Bonn-Andernach befördert.«*

Die Konzeption von 1903 war »*die anfänglich ziemlich gleichmäßige Verteilung der deutscher Kräfte in Ost- und West.*«[86] Darüber hinaus wurden weitere politische Erwägungen ins Kalkül gezogen:[86]

> *»Offenbar unter dem Einfluß Holsteins wurde ferner 1902 in einem Kriegsspiel auch der Fall geprüft, daß Rumänien und Schweden sich einem Kriege Deutschlands und Österreichs gegen Rußland anschließen könnten. Durch einen Offizier der deutschen Armee wurde dabei die Frage bearbeitet, wie die deutsche Flotte die Seeherrschaft gewinnen könnte, um Truppentransporte von Schweden und Ostpreußen zu ermöglichen.«*



Otto von Bismarck

Schlieffen ließ laufend neben dem Westaufmarsch den sogenannten »*große*[n] *Ostaufmarsch*« bearbeiten, und zwar für den Fall,[87]

> *»daß Frankreich in einem zwischen Rußland und den Mittelmächten ausbrechenden Krieg zunächst untätig beiseite stand. In diesem Fall sollte fast die ganze deutsche Armee (16 Armeekorps, 7 Reserve- und 16 Kavalleriedivisionen) in vier Armeen nach dem Osten geworfen werden und dort in einer Frontlinie aufmarschieren.* […] *Das glich einigermaßen den Operationsplänen des älteren Moltke und Waldersees* […]*«*

Bei Ritter heißt es im Anschluß hieran:[88]

> *»Nach Kuhl wurde erwogen, „die kleinere Hälfte" des deutschen Heeres transportbereit in den Garnisonen zurückzulassen. Diese Reserven sollten den Franzosen nach raschem Bahntransport in den Westen überraschend in die Flanke fallen, sobald diese angriffsweise vorgingen.«*

Angesichts dieser – nur beispielhaft aufgezählten – verschiedenen militärischen und politischen Voraussetzungen bei den Generalstabsreisen und Kriegsspielen heißt es dann auch bei Boetticher schlüssig und treffend:[61]

> *»Die deutsche Politik durfte bis zur Verabschiedung des Grafen Schlieffen am 31. März 1905 sicher sein, daß das deutsche Heer unter seiner Führung jeder nur denkbaren Forderung gewachsen sein, daß die Politik in der Freiheit ihrer Entscheidungen nie in Abhängigkeit von der militärischen Führung geraten, nie sich durch sie gebunden sehen werde.«*

Kann man an Hand der Flexibilität Schlieffenscher Strategie, der alle politischen Möglichkeiten gerecht werdenden Aufmarschpläne, hervorgehend aus seinen Kriegsspielen und Generalstabsreisen, davon sprechen, Schlieffen hätte die politische Führung dennoch unter „Druck" oder „Zugzwang" gesetzt? Der Verfasser verneint dies und ist der Überzeugung – eben an Hand der strategischen Flexibilität – daß der Politik unter Schlieffen zu jeder Zeit alle Optionen offen standen.

Dies gilt auch für die Hauptfrage, d.h. die Frage der holländischen und belgischen Neutralität. Kiliani legt diesbezüglich dar:[89]

> »[Es] *liegt die Frage nahe, was Schlieffen wohl getan hätte, wenn der Kaiser auf den Rat Hohenlohes oder Bülows hin den Durchmarsch durch Belgien verboten hätte. Schlieffen würde sich zweifellos gefügt und einen anderen Feldzugsplan entworfen haben.«*

7. Der Zusammenhang von Krieg und Politik in der Denkschrift Schlieffens von 1905/06 (sog. „Schlieffenplan")

Der sog. „Schlieffenplan" entstand *nicht* ohne Verbindung zur Politik bzw. politischen Erwägungen. Wie überall, so auch hier, hat Schlieffen den Krieg *nie* ohne die Politik gedacht.

Es ist sehr wichtig, sich über den Charakter der Denkschrift Schlieffens um die Jahreswende 1905/1906, dem sogenannten Schlieffenplan, im klaren zu sein. Es ist meines Erachtens eine „Operationsstudie", kein „Operationsplan". Schlüssig bemerkt Eberhard Kessel hierzu:[90]

> »[Es] *konnte doch von jeher kein Zweifel sein, daß es sich bei der Niederschrift nicht um einen „Feldzugsplan" im herkömmlichen Sinne handelte, sondern um eine Forderung an die Nachwelt, abgefaßt gewiß unter den Voraus-*

setzungen der historisch-politischen Situation von 1904/05 und insofern nicht ohne weiteres bindend für den Nachfolger, aber doch in Berücksichtigung der Gesamtlage auf weitere Sicht und schon deshalb im Augenblick nicht wörtlich ausführbar, weil die darin vorgesehenen Stärken in Wirklichkeit nicht – bzw. noch *nicht – ganz vorhanden waren (etwa die „neuen Korps" die im Plan erwähnt werden). Bei ihm handelte es sich im Grunde um eine Operationsstudie, deren einzelne Phasen sich auf den im Privatnachlaß Schlieffens erhaltenen Karten verfolgen lassen.«*

Zu den nicht vorhandenen Stärken der Mannschaften heißt es bei Schlieffen selbst:[91]

»Ehe die Deutschen an die Somme oder Oise kommen, werden sie sich überzeugt haben, daß sie für das Unternehmen, das sie auf sich genommen haben, zu schwach sind. [Text bisher Entwurf VI; dann weiter in der Endredaktion der großen Denkschrift 1905/06; Anm. d. Verf.] *Wir werden die Erfahrung aller früheren Eroberer bestätigt finden, daß der Angriffskrieg sehr viele Kräfte erfordert und sehr viele verbraucht, daß diese ebenso beständig abnehmen, wie diejenigen des Verteidigers zunehmen, und alles dies ganz besonders in einem Lande, daß von Festungen starrt.«*

Bezüglich nicht vorhandener aber einkalkulierter Stärken heißt es bei Ritter:[86]

»[Die kalkulierte] *Truppenzahl ist in Wirklichkeit gar nicht vorhanden. Sie ist bloß theoretisch konstruiert* […]*«*

Infolge der nicht vorhandenen Stärken hat »das Kriegswerk des Reichsarchivs (I,55) den Schlieffenplan „gleichzeitig ein Programm für den weiteren Ausbau des Heeres und seine Mobilmachung" genannt.«[92] Der Schlieffenplan also als Programm für die Zukunft.

Foerster sieht den sog. Schlieffenplan ebenfalls als Operationsstudie, die keinesfalls als Vermächtnis im Sinne eines Siegesrezepts anzusehen sei. Er führt aus:[93]

»Es wäre eine Versündigung am Geiste des Grafen Schlieffen, wollte man annehmen, daß er mit dem Vermächtnis seinem Nachfolger „ein Siegesrezept" zu hinterlassen beabsichtigte, dessen pünktliche und lückenlose Befolgung den Sieg über unseren Westgegner gewissermaßen garantiert hätte. […] *Er hat mit seinem Operationsplan vom Dezember 1905 nichts anderes gewollt, als den operativen Grundgedanken einer gegen unseren Westgegner durchzuführenden Offensive zum Ausdruck zu bringen, der darin bestand: Mit erdrückend gemachtem rechten Flügel soll der linke Flügel des Feindes operativ umfaßt, durch immer wiederholten Druck auf seine äußere Flanke zum Wanken und Weichen, zum Verwerfen seiner Operationsbasis gebracht und schließlich unter zeitgerechter Steigerung dieses Druckes auch von der entgegengesetzten Seite eingekreist werden. Das war die operative Höchstleistung, die anzustreben war. Den Beweis für die Möglichkeit ihrer Durchführung zu bringen, war der Zweck seiner Niederschrift.«*

Schlieffen hat diese Denkschrift seinem Nachfolger, dem jüngeren Moltke, »*gewissermaßen als sein geistiges Vermächtnis hinterlassen*«,[94] darüber hinaus als »*eine Forderung an die Nachwelt*«. So wählt Ritter als Überschrift über die Abhandlung zum sogenannten „Schlieffenplan": »*Das militärische Testament von 1905*«.[95] Ritter sieht die Denkschrift von 1905/06 auch nicht »*als Produkt einer bestimmten Zeitsituation*«,[96] sondern »*als eine Art von militärischem Testament für seinen Nachfolger.*«[95] Der Schlieffenplan kann nicht gelöst werden von der – auch hinter ihm stehenden – Globalperspektive eines kommenden und zutreffend erwarteten Zwei- oder Mehrfrontenkrieges. Indirekt bestätigt Wallach dies wenn er ausführt:[97]

»Jeder Kriegsplan muß jedoch ganz bestimmte politische Voraussetzungen haben. Der Schlieffenplan […] *gründete sich auf die Annahme, daß der Kriegszustand mit Frankreich früher eintreten würde als die Feindseligkeiten gegenüber Rußland.«*

Wäre der Schlieffenplan ein Plan für die seinerzeitige politische Situation gewesen, hätte er auf einen Präventivkrieg gedrängt. Dies hat er eindeutig nicht getan (wie noch zusätzlich darzulegen sein wird). Klar war ihm, daß Frankreich nicht die Initiative zum Krieg ergriff.[98]

»Das bedeutet aber: der Plan in der Fassung von 1905 ist auch gar nicht für den Moment gedacht. Er ist für die Zukunft bestimmt und steht insofern überhaupt nicht unter dem Gesetz des politischen Augenblicks, sondern dem der militärpolitischen Lage Deutschlands auf weite Sicht. Sein „Vermächtnis-Charakter" tritt deutlich zutage.«

Es handelt sich jedoch beim „Schlieffen-Plan" nicht nur um ein Vermächtnis, eine Forderung an die Nachwelt rein strategischer Art, sondern auch politischer Art. Wie überall, so auch hier, hat Schlieffen den Krieg nie ohne die Politik gedacht. Auch im Schlieffenplan besteht ein Zusammenhang von Krieg und Politik. 1930 versicherte Schlieffens Schwiegersohn, General von Hahnke, Generalfeldmarschall von Mackensen und einem diesem verbundenen Offizier:[75]

»Die Denkschrift meines Schwiegervaters ist [doch] *im engsten Einvernehmen mit Herrn von Holstein abgefaßt worden.«*

Bei dieser Gelegenheit bekräftigte Mackensen, [75]

»wie eng und lebhaft die Beziehungen zwischen Schlieffen und Holstein gewesen seien. Auch die politischen Grundlagen für Generalstabsreisen und Operationspläne, ja manche operative Ideen, hätten auf Besprechungen mit Holstein gefußt.«

Mackensen war einst Vertrauter und Adjudant Schlieffens gewesen.

Der sog. Schlieffenplan von 1905/06 zeigte primär 4 Zusammenhänge von Krieg und Politik bzw. erfüllte zumindest vier politische Voraussetzungen.

Boetticher führt aus:[99]

»Dieser Operationsplan Schlieffens fußte auf Entscheidungen der politischen Leitung, die den Durchmarsch durch Holland und Belgien für nötig hielt, weil sie politisch eine schnelle Entscheidung anstrebte, die, wie sie wußte, militärisch eben nur durch die Umgehung der französischen Festungsfront mit starkem rechten Flügel zu erreichen war.«

Selbst Gerhard Ritter hält fest:[100]

»[…] *daß Schlieffen politisch völlig korrekt gehandelt und dem Leiter der Reichspolitik rechtzeitig Gelegenheit gegeben hat" gegen seinen politisch so gefährlichen Plan Einspruch zu erheben.«*

Also Kriegführung und Politik wurden aufeinander abgestimmt; die strategische Planung entsprach den politischen Wünschen bzw. Erfordernissen. Zumindest war die Politik informiert und erhob keine Einwände. Bei Ritter findet man diesbezüglich eine sehr wesentliche Bemerkung bzw. Feststellung, nämlich daß die Verletzung der Neutralität Belgiens und der Niederlande mit dem Reichskanzler Bülow bespro-

chen wurde. So von Schlieffen angemerkt im Entwurf II der großen Denkschrift von 1905/06. Also eine Bestätigung der Ausführungen Boettichers. Bei Ritter heißt es diesbezüglich im Zusammenhang wie folgt:[101]

»Wegen der Enge des Vormarschraumes in Belgien, heißt es im ersten Vorentwurf […], *„muß man nicht nur die Neutralität von Belgien, sondern auch die der Niederlande verletzen. Aber solange kein anderes Auskunftsmittel gefunden wird, muß man sich mit diesen Schwierigkeiten so gut wie möglich abfinden“. Der Entwurf II wiederholt diesen Satz, streicht aber heraus: „solange kein anderes Auskunftsmittel gefunden wird“ und fügt die (überaus wichtige) Fußnote hinzu: „Mit dem Reichskanzler besprochen“.«*

Nach Ritter kann dies nur Reichskanzler Bülow gewesen sein.[102] So berichtet Bülow dann auch 1930 in seinem Werk *Denkwürdigkeiten* von einer Unterredung mit Schlieffen »*1904 oder 1905 über dessen Operationspläne.*«[103] Die Politische Leitung war informiert, nachweislich sowohl ab 1900 sowie zusätzlich 1904 oder 1905, und hat gegen die Planungen und Absichten Schlieffens nicht interveniert – folglich muß sie mit den Maßnahmen übereingestimmt haben bzw. von ihrer Notwendigkeit überzeugt gewesen sein.



Kaiser Wilhelm II.

Schlieffen befand sich im Einverständnis mit der Politik. Unbestreitbar ist, daß die politische Leitung den sogenannten Schlieffenplan mit seinen Neutralitätsverletzungen nur in dem Fall auszuführen beabsichtigte, wenn die Situation eines Zweifrontenkrieges gegeben war. Zumindest wenn ein Krieg von Frankreich erklärt worden wäre und die Situation eines Zweifrontenkrieges drohte. Eine Neutralitätsverletzung wäre nur aus wirklich begründetem Anlaß, gleichsam aus einer Notsituation heraus, erfolgt. Präventivkriegsabsichten oder Eroberungsabsichten wurden zu keiner Zeit vom Deutschen Reich bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges beabsichtigt. In dem Gespräch »*1904 oder 1905*« mit Schlieffen, über dessen Operationspläne, also auch über die Neutralitätsverletzungen, hat Reichskanzler Bülow Schlieffen bezüglich der Neutralitätsverletzung u.a. (wiedergegeben in seinem Werk *Denkwürdigkeiten*) folgendes erklärt:[103]

»Wir dürfen aus schwerwiegenden politischen Gründen diesen Weg nur dann einschlagen, wenn und sofern die belgische Neutralität vorher von unseren Gegnern verletzt worden wäre.«

Als Begründung habe er, Bülow, dann an Bismarcks damaligen Artikel in der Post erinnert, wo dieser u.a. ausführte, die Leitung der deutschen Politik sei nicht den Gesichtspunkten des Generalstabes unterworfen.[104] Bülow dann wörtlich weiter hierzu ausführend: [103]

»Graf Alfred Schlieffen drehte nach seiner Gewohnheit mehrmals sein Monokel im Auge herum und meinte dann: „Natürlich! Das stimmt noch heute. Wir sind seitdem nicht dümmer geworden“.«

Schlieffen bestätigte also erneut den absoluten Primat der Politik.

Unbezweifelbar ist, daß Schlieffen schon 1900 die politische Führung des Reiches über die Absicht, die Neutralität Belgiens zu brechen, unterrichtet hatte. Das Einverständnis der Politik muß also vorausgesetzt werden. Nicht zuletzt fußte der Plan auf Schlieffens eigener politisch zutreffender Lageanalyse.

Der Zwang zur schnellen Entscheidung entsprach klar politischen Konzeptionen. Schnelle Entscheidung, aus politisch richtiger Erkenntnis heraus, konnte nur heißen – in der Mehrfrontensituation – Umfassung des Gegners um seine Niederringung zu erreichen. Schlieffens eindringliche Beschäftigung mit dem Umfassungsgedanken entsprach seiner politischen Weitsicht. Schlieffen hatte diesen Umfassungsgedanken notwendig und zwangsläufig »*aus der Aktualität der gegebenen politisch-militärischen Lage und ihrer operativen Bearbeitung in der Entwicklung von 1891 bis 1905 abgeleitet.*«[105] Auch wurde – wie schon dargelegt – die politische Globalperspektive des Zweifrontenkrieges mit berücksichtigt, welche Schlieffen zur »*Theorie der Entscheidungsschlacht*«[106] führte.

Schlieffen hat den Umfassungsgedanken auch nicht etwa erst aus seinen historischen Studien gewonnen; »*er ist vielmehr mit ihm an die Geschichte herangetreten.*«[105] Schlieffen wußte um die »*politische Struktur*« (Kessel) des Krieges aufgrund seiner politischen Lageanalysen. So legt Kessel dar:[107]

»Der Versuch der Herstellung einer […] *Einheit von Aufmarsch, Operation und Schlacht mußte um so näher* [für Schlieffen] *liegen, je dringlicher der Zwang zu einer schnellen und großen Entscheidung in der politischen Struktur des Krieges gegeben war, und wer wollte bestreiten, daß dies in der Lage Deutschlands in einem Zweifrontenkrieg, wie er seit 1879 immer drohender wurde, der Fall war?«*

Das Streben nach schneller Entscheidung, auch ehe England sein großes Seemachts- und Wirtschaftspotential voll in den Krieg einsetzen konnte,[108] war ebenfalls gerade ein Zeichen politischen Denkens.[108]

Winfried Baumgart führt aus:[109]

»Bei der militärischen Seite des Schlieffenplanes ist natürlich nicht zu übersehen, daß ein deutscher Kriegsplan, sei er nun Moltkescher oder Schlieffenscher Prägung, angesichts des Zweifrontendruckes stets „das Ergebnis einer Zwangslage“ (Eberhard Kessel) sein mußte und daher schnelles Handeln militärisch und politisch von vornherein geboten schien.«

Die Absicht, während des Aufmarsches die belgische Neutralität nicht zu verletzen und primär abzuwarten, wie Frankreich

reagierte, entsprach einem weiteren politischen Einfluß auf die Strategie. Während der Mobilmachung keine vollendete Tatsache der Verletzung der belgischen Neutralität zu schaffen und »*der Politik* [so] *die Hände zu binden und sie zu lähmen*«[110] entspricht nach Boetticher »*der ersten politischen Voraussetzung des Planes Schlieffens*.«[110] Daß Schlieffen erst »*nach vollendetem Aufmarsch planmäßig in Form eines abgekürzten artilleristischen Angriffs vorgehen*«[111] wollte, beweisen die »*damaligen Aufmarschanweisungen des Generalstabs*.«[111] Foerster analysiert – ebenso wie Boeticher – schlüssig:[111]

»*In politischer Hinsicht hätte dieses Verfahren den Vorzug gehabt, daß es der deutschen Diplomatie längere Zeit Freiheit im Verhandeln und in der Entschließung gelassen hätte.*«

Auch mußte es in der Absicht Schlieffens gelegen haben, durch den bedrohlichen Aufmarsch die Franzosen zu veranlassen, als erste die belgische Neutralität zu brechen. Das Schlieffen durchaus nicht unabwendbar an eine zuerst durch Deutschland zu vollziehende Neutralitätsverletzung gedacht haben mag, geht auch aus schriftlichen Ausführungen des deutschen Reichsarchivs vom 28. 1. 1924 auf eine Anfrage Groeners hervor. Es heißt dort:[112]

»*Graf Schlieffen war der Ansicht, daß die Franzosen und Engländer um einen Vorwand, in Belgien einzurücken, nicht verlegen sein würden.*«

Ist es jedoch bei manchen vielleicht fragwürdig, daß die Franzosen als erste die belgische Neutralität gebrochen hätten, so ist dennoch in dem Verfahren Schlieffens, d.h. dem Aufmarsch entlang der belgischen Grenze, wegen des so geschaffene Spielraumes für die Diplomatie, eine Verbindung von Krieg und Politik im Denken Schlieffens nicht abzuleugnen. Nach Foerster wurden politische Bedenken bzw. die politischen Gefahren (Übertritt Belgiens zur Gegenseite, Eintritt Englands in den Krieg) bei einem Bruch der belgischen Neutralität von Schlieffen nicht verkannt.

»*Immer wieder wurde daher im Generalstab, speziell noch in den letzten Jahren vor dem Krieg, die Frage geprüft, ob man nicht um den Preis der englischen Neutralität auf den Vormarsch durch Belgien verzichten, die Offensive gegen Frankreich unter Schonung des belgischen Gebietes führen könne. Die operativen Studien hatten aber stets das gleiche Ergebnis, daß dann die erstrebte rasche Vernichtung des Feindes, auf die alles ankam, ausgeschlossen war.*«[113]

Bezüglich der Neutralität der Niederlande verweist Schlieffen auf politische Möglichkeiten:[101]

»*Die Niederlande erblicken in dem mit Frankreich verbündeten England nicht weniger einen Feind wie Deutschland. Ein Abkommen wird sich mit ihnen erzielen lassen.*«

Schlieffen bezog sich hier auf englandfeindliche Äußerungen aus holländischen Militärkreisen;[114] d.h., er bezog sich »*wie damals in Geheimakten des Großen Generalstabs festgelegt worden ist* […] *auf die* […] *Meinung des damaligen niederländischen Generalstabschefs*.«[115]

Bei Foerster heißt es darüber hinaus:[116]

»[Schlieffen] *ging davon aus, daß England für das Kolonialreich der Niederlande ein ebenso gefährlicher Feind sei als für Deutschland, und daß diese Erkenntnis die holländische Regierung vielleicht auf unsere Seite bringen würde.*«

Schlieffen hat folglich – wie Foerster bemerkt – »*der Gedanke einer Vergewaltigung Hollands durch Neutralitätsbruch ferngelegen*« und er hat »*vielmehr gehofft* […] *Holland werde im Kriegsfalle zu einem freundschaftlichen Abkommen zu bewegen sein.*«[115] Wie schon bemerkt, hat Schlieffen mit dem Reichskanzler Bülow über die Frage der holländischen Neutralität gesprochen. Auch Moltke der Jüngere hat damit, d.h. mit Holland zu einem Abkommen im Sinne Schlieffens zu gelangen, noch bis 1909 gerechnet.[115] Darüber hinaus entwikkelte Schlieffen in seinen Aufmarschanweisungen für die Mobilmachungsjahre 1905-06 und 1906-07, neben dem von ihm (in seiner Denkschrift 1905/06) geplanten Durchmarsch des deutschen rechten Heeresflügels durch den Südzipfel Hollands, doch auch die (Alternativ-)Möglichkeit

»[…] *daß hierauf aus politischen Gründen verzichtet werden müsse. Für diesen Fall war er gewillt, den rechten Flügel aus seinem Aufmarschraum um Krefeld in ähnlicher Weise vorzuführen, wie es 1914 geschehen ist, d.h. unter Wahrung der holländischen Neutralität zunächst in südlicher, dann in westlicher Richtung durch den „engen Flaschenhals“ bei und südlich von Lüttich.*«[117]

Daß Schlieffen »*politisch zu denken vermochte*«,[118] er »*das Verständnis für die Beziehungen zwischen Staatskunst und Kriegskunst*«[118] besaß, beweisen nicht nur seine generellen Ausführungen zum Verhältnis von Krieg und Politik, seine Ausführung vom Zusammenhang von Feldherrnkunst und Staatskunst, seine in den verschiedenen Krisensituationen der Politik den Primat zuerkennende Haltung, seine zahlreichen Kriegsspiele und Generalstabsreisen, welche von verschiedenen militärischen und politischen Voraussetzungen ausgingen (d.h. verschiedene mögliche politische Situationen berücksichtigten), seine Vorbereitung von Aushilfen falls von der politischen Leitung ein Durchmarsch durch Holland untersagt sein würde,[119] seine militärpolitischen und politischen Analysen (vor allem in dem Beitrag: »*Der Krieg in der Gegenwart*« aus dem Jahre 1909), sein politisches Interesse, sein tiefes Eindringen in die Militärgeschichte auch unter Berücksichtigung der politischen Lehren, die Tatsache, daß er mit kompetenter politischer Stelle permanent Kontakt hatte, seine pflichtgemäße Berichterstattung seiner Pläne der politischen Reichsführung (zumindest bezüglich der Frage der belgischen und holländischen Neutralität) gegenüber, seine familiäre briefliche Korrespondenz (welche mehr auszusagen vermag als öffentliche Denkschriften) und seine öffentlichen Reden, sondern auch Vergleiche – den Zusammenhang von Krieg und Politik betreffend – im Gegensatz zu Moltke dem Jüngeren.

Folgende Punkte sollen hier dargelegt werden:

1. im Gegensatz zu Moltke dem Jüngeren beabsichtigte Schlieffen – wie schon erwähnt – keine vollendeten Tatsachen während der Mobilmachung bezüglich der belgischen Neutralität zu schaffen. Der Politik sollten noch Möglichkeiten offengehalten werden.
2. Schlieffen besaß im Gegensatz zu Moltke dem Jüngeren Kontakt zur politischen Führung. So schreibt Boetticher:[120]

   »[…] *so ist es noch mehr verwunderlich, daß die Abänderungen der Schlieffenschen Planung* [durch Moltke] *offenbar ohne Fühlung mit politisch maßgebenden Stellen vollzogen worden sind. Gewiß war Holstein im April 1906 zurückgetreten. Aber es gab im Auswärtigen Amt andere bedeutende Persönlichkeiten, mit denen Moltke Fühlung suchen und solche politischen Probleme besprechen konnte, um dann die Genehmigung des Kaisers und des Reichskanzlers für die Umgestaltung der seit 1904 zwischen Schlieffen und Holstein vereinbarten Planungen einzuholen.*«

3. Im Gegensatz zu Schlieffen war in den späteren strategischen Planungen Moltkes keine Flexibilität mehr vorhanden.[120] Er ließ vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, d.h. erstmalig 1913,[121] keinen Plan eines großen Ostaufmarsches mehr bearbeiten und folglich versagte er, »*als die Politik durch den Kaiser 1914 aus guten Gründen den Aufmarsch mit dem Schwerpunkt gegen Rußland forderte*.«[122] Moltke der Jüngere, nicht Schlieffen, legte hier die Politik »*ganz einseitig und verhängnisvoll*« fest.[123] Schlieffen ließ stets Pläne für den Aufmarsch sowie im Westen als auch im Osten entwerfen. Auch 1905/06.

> »*Die Vorbereitung eines Krieges mit anfänglichem Schwerpunkt gegen Rußland gehörte organisch zu den Schlieffenschen Planungen für den Zweifrontenkrieg.*«[120]

Schlieffen durchdachte und bereitete stets *jenen* Fall vor – d.h. ließ ihn auch bearbeiten – »*daß die Politik im Kriegsfall die Forderung stellen könnte, zunächst die Entscheidung gegen Rußland zu suchen*.«[120]

> »*Aber selbst wo Schlieffen einmal offensichtlich geirrt hat, ist es gar nicht immer oder auch nur hauptsächlich ein Überwiegen des militärischen Gesichtspunktes gewesen, das ihn behindert hat. Ja, er hat wohl, wie im Falle Englands, im Militärischen eher irren können als im Politischen. Denn nicht die politische und Wirtschaftsmacht Englands, auch nicht die maritime, hat er unterschätzt, sondern die Landmacht* […]«[124]

8. Schlieffens Stellung zur Flottenpolitik, Weltpolitik und Seeherrschaft sowie Äußerungen vom Zusammenhang zwischen Krieg und Innenpolitik

Kessel verwendet in seinem Werk auch eine Quelle aus dem Berliner Hauptarchiv, ein Manuskript aus der Feder von Hahnke: »*Die militärpolitische Einstellung des Grafen Schlieffen zu England*«, anhand dessen er ausführt: Schlieffen hatte begründete Anhaltspunkte, mit dem Einsatz englischer Truppen[125]

> »*auf dem Festland wohl fertig zu werden, mochten sie in Belgien oder in Dänemark auftreten oder irgendwo an der Küste landen. Aber die Gegnerschaft Englands überhaupt nahm er keineswegs leicht. Deshalb, und nicht wie Tirpitz gedacht hat, aus „Vernachlässigung außersoldatischer Gedankengänge" war er ein ausgesprochener Gegner Tirpitzscher Flottenpolitik gewesen. Eine große Schlachtflotte war seiner Ansicht nach ein „unfruchtbarer Luxus", der nicht nur dem Heer die ihm bitter notwendigen materiellen Mittel und einen Teil der Führungsintelligenz entzog, sondern notwendig die Feindschaft Englands hervorrufen mußte. Bei der großen Flottenschau in Kiel 1904, in Anwesenheit König Eduards VII., zu der Schlieffen seinerseits befohlen worden war, äußerte er sich zu seiner Umgebung: „Wenn ich Eduard VII. wäre, würde ich hier im Kieler Hafen die ganze versammelte deutsche Flotte in Grund und Boden ‚kopenhagen'".*«

Die politische Einschätzung der Flotte hatte Schlieffen schon 1889 aufscheinen lassen. Graf Waldersee ließ[126]

> »*1889 im Generalstab – und zwar durch seinen späteren Nachfolger Grafen Schlieffen – eine Denkschrift ausarbeiten* […] *die den Schutz deutscher Häfen und Überseeverbindungen ausschließlich von der Hilfe einer verbündeten englischen Flotte erwartete, ohne die Möglichkeit, eine solche Aufgabe mit deutschen Kräften zu leisten, auch nur zu erwähnen.*«

Indem Ritter davon spricht, daß Waldersee ein nachdrücklicher Gegner der Kolonialpolitik war, sowie ein Gegner der kaiserlichen Flottenpläne, da sie nur die Feindschaft zu England einbringen werde, fährt er fort:[126]

> »*Ähnlich dachte Schlieffen. Er hielt die große Kriegsflotte, wie berichtet wird, für unfruchtbaren Luxus* [in der Anmerkung verweist er auch auf diesbezügliche Äußerungen Eberhard Kessels]. *Zu seinem Oberquartiermeister, Freiherr von Freytag-Loringhoven, bemerkte er* [d.h. Schlieffen] *während des russisch-japanischen Krieges: „Dieser Kiautschou kann einem schlaflose Nächte machen".*«

Der Generalstab stand auch unter Schlieffen „mißtrauisch" der sogenannten „Weltpolitik und Seeherrschaft" gegenüber.[127] Hatte Craig in seinem Werk *Die preußisch-deutsche Armee – 1640-1945* aus dem Jahre 1960 Schlieffen noch als »*Nur-Militär*«, als »*unpolitisch*« hingestellt, so findet man in seinem neuesten Werk *Deutsche Geschichte – 1866-1945* ganz andere Ausführungen. Etwa:[59]

> »[Schlieffen] *war der Bülow-Tirpitzschen Politik seit langem kritisch gegenübergestanden, da er es für einen schweren Fehler hielt, wenn Deutschland sich auf Weltpolitik verlegte, ehe es seine europäische Position gefestigt hatte.*«

Und in der Anmerkung heißt es:[128]

> »*Es war ganz im Sinne Schlieffens, daß Wilhelm Groener den Verlust des Krieges in einem am 19. Mai 1919 vor Offizieren im Generalhauptquartier gehaltenen Vortrag dem Umstand zuschrieb, daß Deutschland sich auf einen Kampf „mit England um die Weltherrschaft" eingelassen habe, „ehe wir unsere Kontinentalstellung fest gemacht hatten".*«

Auch ein Zusammenhang von Krieg und Innenpolitik bzw. innenpolitischen Verhältnissen wird von Schlieffen mehrfach gesehen. Im »*Bismarck*«-Aufsatz heißt es:[129]

> »*Besonders in Rußland wurden durch die Erfolge des geringgeachteten Preußens die Volksleidenschaft erregt. Hinter dem Drängen nach Eroberung und Befreiung slawischer Brüder verbarg sich die Hoffnung, durch einen Krieg zu einem Umsturz im Innern zu gelangen.*«

In dem Aufsatz »*Der Krieg in der Gegenwart*« reflektiert Schlieffen ebenfalls innenpolitische Verhältnisse in Rußland. Es heißt dort in bezug auf einen Krieg:[130]

> »*Alle fühlen Bedenken vor den ungeheuren Kosten, den möglichen großen Verlusten, wie vor dem roten Gespenst, das im Hintergrund auftaucht.*«

Auch dies ist ein Zeugnis, daß Schlieffen über das rein militärische auch das politische sah und erkannte.

Bismarcks Geschick, durch Politik die Lage beim deutsch-französischen Krieg so zu gestalten, daß die anderen Großmächte ferngehalten werden konnten, wird von Schlieffen geschätzt und hervorgehoben.[131] In seinen kriegsgeschichtlichen Ausführungen beschreibt Schlieffen diverse Male Zusammenhänge von Krieg und Politik; und zwar in zustimmender Form. In seinem Beitrag »*Hannibal*« verweist er mehrmals auf die politischen Erwägungen bzw. politischen Bemühungen Hannibals, während dessen Feldzuges gegen Rom, unter den von »*den Römern unterworfenen Völkerschaften natürliche Bundesgenossen zu finden*.«[132] Es heißt hierzu u.a.:[133]

> »*Dem ferneren Ziele vorarbeitend, suchte Hannibal durch Freilassung der gefangenen Italiker den italienischen Staatsverband zu lockern. Denn es lag in seinem Plan, möglichst viele italische Völker und Städte für sich zu gewinnen und sich ihrer Unterstützung zu versichern, ehe er gegen Rom selbst vorging.*«

Auf die erste Aufgabe der Kriegführung, nämlich sich politisch um Bündnisse und Bundesgenossen zu bemühen, wurde bereits an Hand von Schlieffens Beitrag »*Der Feldherr*« hingewiesen.

Daß Schlieffen auch an weiteren Teilen der Außenpolitik von Kaiser Wilhelm II durchaus Kritik übte, zeigen Äußerungen u.a. des späteren Generals und Reichswehrministers Wilhelm Groener, der unter Schlieffen im Generalstab war:[58]

> »*Schlieffen habe* […] *Einwände gegen einen Plan Wilhelms erhoben, und zwar als der Kaiser eine besondere Legion für den Dienst in Ostasien aufstellen wollte.«*

Die Fähigkeit zur politischen Analyse bewies Schlieffen auch während seines Auslandsaufenthaltes in Frankreich (im übrigen unternahm er noch Reisen nach Afrika und Spanien). Von Oktober 1866 bis März 1868 wurde er als Hauptmann im Generalstab dorthin kommandiert.

In seinem Briefen analysiert er die innenpolitischen Verhältnisse Frankreichs bzw. die Ansichten Frankreichs in bezug auf Deutschland. Hier besonders das Drängen der Franzosen zu einem neuen Krieg gegen die von den Deutschen nach Königgrätz in Europa erlangte Stellung.[134] So schrieb Schlieffen in einem Brief am 16. April 1867:[135]

> »[In Frankreich] *ist alles von der Unvermeidlichkeit des Krieges überzeugt. Die Franzosen können es nicht ertragen, daß ein Staat mehr glänzen soll wie Frankreich.«*

Und am 6. Mai 1867 schreibt er:[134]

> »*Ich halte einen Krieg mit Frankreich für unvermeidlich.* […] *Die Franzosen haben bis jetzt die erste Rolle in der Welt gespielt. Seit dem vorigen Jahr drohen wir diese Rolle ihnen abzunehmen.* […] *Deswegen suchen sie Händel mit uns, um uns darüber zu belehren, daß wir nur die dummen Österreicher geschlagen haben und daß sie nach wie vor die große Nation sind.«*

9. Die politische bzw. militärpolitische Lage in Europa und im übrigen Teil der Welt in der Analyse Schlieffens »*Der Krieg in der Gegenwart*«, 1909

Es ist nicht nur nachzuweisen, daß Schlieffen nachdrückliches Interesse an bzw. Kenntnisse von politischen Vorgängen hatte bzw. an kompetenter Stelle suchte, sich darum bemühte und diskutierte, sondern daß er auch fähig war, schlüssige und zutreffende politische (bzw. militärpolitische) Analysen bzw. Konstellationsanalysen zu machen. Dies ist ganz besonders an Hand des Aufsatzes »*Der Krieg in der Gegenwart*«, aus dem Jahre 1909, nachzuweisen. In dieser Abhandlung macht Schlieffen unter anderem eine politische Konstellationsanalyse der deutsch-französischen Lage, der europäischen sowie der Weltlage. Bei der obersten politischen Führung des Reiches wurden die Ausführungen Schlieffens begrüßt. Der Kaiser war davon sehr beeindruckt.[136] Zur politischen Lage, aus der heraus sich seine strategisch überaus schwere Aufgabe stellte, machte Schlieffe u.a. folgende Aussagen:[137]

> »*Der Frankfurter Friede* [also jener Friedensschluß, der den deutsch-französischen Krieg von 1870/71 beendete; der Verf.] *hat dem Kampf zwischen Deutschland und Frankreich nur scheinbar ein Ende gemacht. Blieben die Waffen auch niedergelegt, so dauerte doch ein latenter Krieg fort.«*

Zwischen Deutschland und Frankreich herrschte also ein »*latenter Krieg*«, oder besser – um einen Terminus aus unserer Zeit zu gebrauchen – »*kalter Krieg*«. Anschaulich untermauert er dies durch die Beschreibung des deutsch-französischen Wettrüstens bzw. Aufrüstens. Klar erkennt er die Wirkung auf die »*übrigen Mächte*« – sie beteiligten sich an dieser Aufrüstung:[137]

> »*Wer noch mitreden wollte in Europa wie auf der ganzen Erde, durfte in der Bewaffnung seiner Soldaten hinter den beiden tonangebenden Staaten nicht allzu weit zurückbleiben.«*

Der »*deutsch-französische Hader*«[137] führte nach Schlieffen zu einer technisch gleichwertigen Aufrüstung nicht nur in Europa, sondern auch im Bereich des »*fernen Ostens und Westens.*«[138]

Nachdem er die wechselseitig sich auslösende Aufrüstung in Europa begründet, fährt er fort:[139]

> »*Damit ist die militärische Lage Europas gegeben.* […] *Der militärischen Lage entspricht die politische. Zwischen den einschließenden (Frankreich, Belgien, England, Rußland) und den eingeschlossenen Mächten (Deutschland, Österreich) bestehen schwer zu beseitigende* [d.h. politische; A. d. Verf.] *Gegensätze.«*

Wer wollte bestreiten, daß diese von Schlieffen diagnostizierten »*schwer zu beseitigende*[n] *Gegensätze*« sich auch tatsächlich bis zum Kriegsausbruch 1914 nicht beseitigen ließen?

Die schwer zu beseitigenden Gegensätze sieht Schlieffen schlüssig in der französischen Revancheidee, im englischen Neid bezüglich der Stellung Deutschlands, d.h. seinem gewaltigen Aufschwung in Industrie und Handel, dem russischen Panslawismus (Balkan) und Italiens Gegensatz zu Österreich (Lombardei).[139]

Schlieffen sah in diesem Beitrag die Gefahr eines Krieges nicht unmittelbar gegeben; einerseits wegen (u.a.) politischer Erwägungen in den einzelnen Ländern und andererseits wegen den Zweifeln an der Bündnistreue. Jedoch vor allem wegen der Vernichtungskraft der Waffen, welche Schlieffen sozusagen als ein Gleichgewicht des Schreckens beschreibt.

Der Aufsatz »*Der Krieg in der Gegenwart*« mit seiner auch politischen Lage- und Konstellationsanalyse, die wiederum seine strategischen Erwägungen in dieser Form immer beeinflußt haben, ist ein tauglicher Beweis, daß Schlieffen den Krieg nie ohne die Politik gedacht hat. Schlieffen erkannte klar die »*politische Struktur*« (Kessel) des zukünftigen Krieges, den er allerdings durch die Aufrechterhaltung eines Gleichgewichts des Schreckens vermeiden wollte.

Er ließ sich jedoch leider nicht vermeiden! Es begann 1914 ein weiterer dreißigjähriger Krieg gegen Deutschland, der 1945 endete. Deutschland wurde das Opfer der Geschichte und fremder Mächte. Bis auf den heutigen Tag wird seine Geschichte kriminalisiert. Die Deutschen haben in ihrer Geschichtslosigkeit ihre nationale Identität und vielfach auch die nationale Würde verloren. Die nationale Würdelosigkeit muß jedoch einmal beendet werden.

Statt eines Nachwortes zwei Kurzanalysen von Emanuel von Kiliani

> »*In der nach dem Zweiten Weltkrieg erschienenen Schlieffen-Literatur ist zum Teil eine Tendenz zur Geringerbewertung sowohl der Persönlichkeit wie der Leistung des Feldmarschalls Schlieffen feststellbar. Da wesentliche neue Tatsachen, die diesen Trend rechtfertigen könnten, nicht bekannt geworden sind, geht man wohl nicht fehl, wenn man die Gründe in der Psyche der Autoren sucht: Der durch das Erlebnis des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges hervorgerufene Schock wirkt sich hier aus.*

Man steht militärischem Denken und Handeln mit erhöhtem Mißtrauen, zumindest mit größerer Skepsis, jedenfalls so kritisch wie noch nie gegenüber. Ob man, belastet mit diesem Trauma, der Erhellung der geschichtlichen Wahrheit näherkommt, ist allerdings fraglich.«[140]

»Die Schlieffenzeit liegt ein halbes [ganzes] *Jahrhundert hinter uns. Entwicklungen auf allen Gebieten haben uns weit von den Voraussetzungen entfernt, unter denen sich die Lebensarbeit des Feldmarschalls vollzog. Daß wir unter so veränderten Verhältnissen heute Lebenden die Probleme des Krieges, der Kriegführung, des Völkerrechts mit anderen Augen betrachten als die Generation von 1910, ist selbstverständlich. Das darf nicht abhalten, die damals zum Denken und Handeln Berufenen aus ihrer Zeit heraus zu beurteilen. Freihalten müssen wir uns dabei von epigonenhaftem Besserwissen. Es würde die Wahrheit nur verdunkeln.«*[141]

Anmerkungen

Bildquelle: http://raven.cc.ukans.edu/~kansite/ww_one/photos/greatwar.htm

1 Generaloberst Graf Schlieffen, »*Einführung*« in: Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, Berlin, [5]1905; zitiert nach: Ihno Krumpelt, aaO. (Anm. 1), Frankfurt 1960, Seite 3f.

2 Generalfeldmarschall Graf Alfred von Schlieffen, *Gesammelte Schriften*, Band 2, Berlin 1913, Seite 439 (Rede aus Anlaß des 100 jährigen Geburtstages des Generalfeldmarschalls Graf von Moltke am 25. November 1900)

3 Schlieffen, aaO. (Anm. 1), S. 4

4 Schlieffen, aaO. (Anm. 2), S. 440

5 Ebd., S. 441

6 Generalmajor Beseler, »*Rede zum 50jährigen Dienstjubiläum des Generals der Kavallerie Grafen von Schlieffen am 1. April 1903*«; in: Schlieffen, aaO. (Anm. 2), S. 450

7 Friedrich von Boetticher, *Schlieffen – Viel leisten, wenig hervortreten, mehr sein als scheinen*, Berlin/Frankfurt 1957, S. 54

8 Ebd., S. 61

9 Jehuda L. Wallach, *Kriegstheorien – Ihre Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt 1972, S. 116

10 Ebd., S. 91

11 Ebd., S. 94; Bezug: Generalleutnant a.D. v. Zoellner, »*Schlieffens Vermächtnis*«, Sonderheft der *Militärwissenschaftlichen Rundschau*, Berlin 1938, S. 11f.

12 Emanuel v. Kiliani, »*Die Operationslehre des Grafen Schlieffen und ihre deutschen Gegner*«, Teil I und Teil II, in: *Wehrkunde – Zeitschrift für alle Wehrfragen*, Organ der Gesellschaft für Wehrkunde, X. Jahrgang, München 1961, Heft 2 (S. 71-76) und Heft 3 (S. 133-138).

13 Wallach, aaO. (Anm. 9), S. 93; Zitat bei Wilhelm Groener, *Das Testament des Grafen Schlieffen*, Berlin 1927, S. 241

14 Vgl. Friedrich Boetticher, »*Die Lehrmeister des neuzeitlichen Krieges*«, in: v. Cochenhausen (Hg.), *Von Scharnhorst zu Schlieffen 1806 – 1906*, Berlin 1933, S. 290

15 Alfred von Schlieffen, *Cannae*, 3. Auflage, Berlin 1936; Abschnitt »*Der Feldherr*«, S. 264

16 Schlieffen, aaO. (Anm. 1), S. 708, hier zitiert nach Boetticher, aaO. (Anm. 7), S. 47

17 Carl von Clausewitz, aaO. (Anm. 1), S. 708

18 Boetticher, aaO. (Anm. 7), S. 47

19 Clausewitz, aaO., (Anm. 1), S. 189

20 Boetticher, aaO. (Anm. 7), S. 47, 104 (Anmerkung 34)

21 Generalfeldmarschall Graf Moltke, *Ausgewählte Werke*, Berlin 1925, 3 Bände, S. 107

22 Ungedruckte Nachschrift von Clausewitz über Vorlesungen Scharnhorsts aus der Bibliothek des Grafen Schlieffen; hier zitiert bei Boetticher, aaO. (Anm. 7), S. 48, 104 (Anmerkung 36)

23 Boetticher, aaO. (Anm. 7), S. 48

24 Schlieffen, aaO. (Anm. 15), Abschnitt »*Schlußbetrachtung zur Studie „Cannae“*« S. 254f.

25 Wolfgang Foerster, *Graf Schlieffen und der Weltkrieg*, Berlin 1925, S. 8

26 Generalfeldmarschall Graf Schlieffen, *Die taktisch-strategischen Aufgaben aus den Jahren 1891-1905*, Berlin 1937, S. 22

27 Schlieffen, *Dienstschriften*, Bd. 2, Berlin 1938, S. 301

28 Ihno Krumpelt, aaO. (Anm. 1), S. 319

29 Schlieffen, aaO. (Anm. 27), S. 222: Schlußbesprechung der großen Generalstabsreise – Ost – im Jahre 1901.

30 Gordon A. Craig, *Die preußisch-deutsche Armee – Staat im Staate. 1640 – 1945*, Düsseldorf 1960, S. 306

31 Schlieffen, aaO. (Anm. 2), Bd. 1, S. 164, Abschnitt »*Der Feldzug 1866/Königgrätz*«

32 Boetticher, aaO. (Anm. 7), Brief vom 10. Juli 1883 an seine Mutter, S. 35

33 Zitiert bei Wallach, aaO. (Anm. 9), S. 94

34 Schlieffen, aaO. (Anm. 27), Bd. 2, S. 171

35 Wallach, aaO. (Anm. 9), S. 104

36 Schlieffen, aaO. (Anm. 15), Einführung zur Studie *Cannae* des Feldmarschalls Grafen Schlieffen durch Generaloberst Frhr. v. Fritsch, S. 209

37 Schlieffen, aaO. (Anm. 2), Bd. 1, Aufsatz »*Der Feldherr*«, S. 4

38 Ebd., S. 5

39 Ebd., S. 6

40 Ebd., S. 7

41 Ebd., S. 8

42 Ritter, *Der Schlieffenplan. Kritik eines Mythos*, Oldenbourg, München 1956, S. 110

43 Boetticher, aaO. (Anm. 7), S. 25

44 Ebd., S. 26f.

45 Ebd., S. 52

46 Ebd, S. 50

47 Gerhard Ritter, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. II, München 1960, S. 133

48 Eberhard Kessel, *Briefe*, hrsgg. und eingel. von Alfred von Schlieffen, Göttingen 1958, S. 13

49 Ritter, aaO. (Anm. 42), S. 137f.

50 Ritter, aaO. (Anm. 42), S. 138

51 Ebd, S. 111; *Süddeutsche Monatshefte*, März 1921, S. 380

52 Schlieffen, aaO. (Anm. 15), Abschnitt »*Der Feldherr*«, S. 270f.

53 Schlieffen, aaO. (Anm. 15), Abschnitt »*Bismarck*«, S. 12

54 Ebd., S. 12f.

55 Ebd., S. 13

56 Ebd., S. 15

57 Ebd., S. 17

58 Craig, aaO. (Anm. 30), S. 310

59 Gordon A. Craig, *Deutsche Geschichte, 1866-1945*; München 1980, S. 281

60 Boetticher, aaO. (Anm. 7), S. 51f.

61 Ebd., S. 64

62 Ritter, aaO. (Anm. 42), S. 119

63 Ebd., S. 119f.

64 Helmut Otto, »*Schlieffen und der Generalstab – Der preußisch-deutsche Generalstab unter der Leitung des Generals von Schlieffen 1891-1905*«, *Militärhistorische Studien*, Bd. 8, Berlin 1966, S. 57

65 Bötticher, aaO. (Anm. 7), S. 68

66 H. Otto, aaO. (Anm. 64), S. 58

67 Ebd., S. 59

68 Ebd., S. 60

69 Ebd., S. 61

70 Ebd., S. 55f.

71 Ebd., S. 56

72 Ebd, S. 57 // 91B; ebd., S. 57f.

73 Boetticher, aaO. (Anm. 7), S. 101

74 Bogdan Graf von Hutten-Czapski, *Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft*, Bd. 1, Berlin 1936, S. 160

75 Boetticher, aaO. (Anm. 7), S. 62

76 Ebd., S. 60

77 Wolfgang Foerster, aaO. (Anm. 25), S. 29

78 Ritter, aaO. (Anm. 42), S. 31

79 Vgl. Foerster, aaO. (Anm. 25), S. 20

80 Vgl. Boetticher, aaO. (Anm. 7), S. 62f

81 Ebd., S. 63f

82 Ritter, aaO. (Anm. 42), S. 38

83 Ebd., S. 39f.

84 Ebd., S. 40

85 Ebd., S. 41

86 Ebd., S. 63

87 Ebd,, S. 31f.

88 Ebd., S. 32

89 Kiliani, aaO. (Anm. 12), Teil II, S. 137

90 Eberhard Kessel, aaO. (Anm. 48), S. 10

91 Ritter, aaO. (Anm. 42), S. 62

92 Ebd., S. 69

93 Wolfgang Foerster, »*Einige Bemerkungen zu Gerhard Ritters Buch* Der Schlieffenplan«, in: *Wehrwissenschaftliche Rundschau*, Jg. 1957, Heft 1. Jan. 1957, Berlin/Frankfurt 1957, S. 43 (Vgl. Fußnote 7, S. 38)

94 Eberhard Kessel, aaO. (Anm. 48), S. 9

95 Ritter, aaO. (Anm. 42), S. 47

96 Ebd., S. 46

97 Wallach, aaO. (Anm. 9), S. 96

98 E. Kessel, aaO. (Anm. 48), S. 13f.

99 Boetticher, aaO. (Anm. 7), Ebd., S. 86

100 Zitiert nach Foerster, aaO. (Anm. 93), S. 43 (vgl. seine Anm. 7, S. 38)

101 Ritter, aaO. (Anm. 42), S. 82

102 Vgl. Ebd., S. 98 (Fußnote 26)

103 Ebd., S. 98

[104] Ebd., S. 84
[105] Eberhard Kessel, aaO. (Anm. 48), S. 11
[106] Vgl. die Ausführungen in W. Foerster *Aus der Gedankenwerkstatt des deutschen Generalstabes*, Berlin 1931, S. 51
[107] E. Kessel, aaO. (Anm. 48), S. 16
[108] Ebd., S. 18
[109] Winfried Baumgart, *Deutschland im Zeitalter des Imperialismus (1890-1914) – Grundkräfte, Thesen und Strukturen*, hgg. von Walter Hubatsch, Frankfurt 1971, S. 112
[110] Boetticher, aaO. (Anm. 7), S. 88
[111] Wolfgang Foerster, aaO. (Anm. 93), S. 39
[112] Zitiert nach J. L. Wallach, aaO. (Anm. 9), S. 100 (Fußnote 30)
[113] Foerster, aaO. (Anm. 25), S. 27
[114] Zitiert bei Ritter, aaO. (Anm. 42), S. 82, Anmerkung 3
[115] W. Foerster, aaO. (Anm. 93), S. 38
[116] Foerster, aaO. (Anm. 25), S. 30
[117] W. Foerster, aaO. (Anm. 93), 38f.
[118] Boetticher, aaO. (Anm. 7), S. 90
[119] Ebd., S. 92
[120] Ebd., S. 89
[121] Ritter, aaO. (Anm. 42), S. 35
[122] Boetticher, aaO. (Anm. 7), S. 90; Vgl. auch Ritter, aaO. (Anm. 42), S. 35
[123] Ritter, aaO. (Anm. 42), S. 35
[124] Kessel, aaO. (Anm. 48), S. 17
[125] Ebd., S. 17f.
[126] Ritter, aaO. (Anm. 47), Bd. II, S. 139
[127] Ebd., S. 239
[128] Craig, aaO. (Anm. 59), S. 711 (Anmerkung 55)
[129] Schlieffen, aaO. (Anm. 15), Abschnitt »*Bismarck*«, S. 16
[130] Ebd., Abschnitt »*Der Krieg in der Gegenwart*«, S. 284
[131] Ebd., Abschnitt »*Bismarck*«, S. 14
[132] Ebd., Abschnitt »*Hannibal*«, S. 4
[133] Ebd., S. 6
[134] Boetticher, aaO. (Anm. 7), S. 27f
[135] Ebd., S. 27
[136] J. L. Wallach, aaO. (Anm. 9), S. 98
[137] Schlieffen, aaO. (Anm. 15), Abschnitt »*Der Krieg in der Gegenwart*«, S. 272
[138] Ebd., S. 273
[139] Ebd., S. 283
[140] Emanuel von Kiliani, aaO. (Anm. 12), S. 136
[141] Ebd., S. 138

Großbritannien, die Juden und Palästina

Von Samuel Landman

In der Ausgabe 3&4/2000 von *VffG* wurde über den Versuch Theodor Herzls berichtet, den deutschen Kaiser um die Jahrhundertwende zu überreden, „den Juden" zu einer Heimstätte in Palästina zu verhelfen. Dieser Versuch scheiterte hauptsächlich an der schroffen Ablehnung durch den Sultan des Osmanischen Reiches, der damals über Palästina herrschte und mit dem Deutschen Reich verbündet war. Im Ersten Weltkrieg wandten sich die Führer der wachsenden zionistischen Bewegung an das Britische Reich, das nach einem in Aussicht stehenden Zusammenbruch des Osmanischen Reiches wahrscheinlicher Herrscher über Palästina werden würde. Voraussetzung für einen Sieg der Entente-Mächte war jedoch, daß die USA in den Krieg eintraten. Die den US-Finanzmarkt schon damals entscheidend mitprägenden Juden in den USA allerdings waren zumeist deutscher oder osteuropäischer Abstammung und waren mithin anti-russisch und pro-deutsch eingestellt. Die Aussicht eines Eretz Israel jedoch, so hofften die Zionisten, würde ihre Einstellung ändern.

Der nachfolgende Artikel ist ein Auszug aus einer Broschüre, die im März 1936 von *The New Zionist Press* in London veröffentlicht wurde. Der Verfasser war ein bekannter englischer Zionist. Er war 1912 Geschäftsführer des Joint Zionist Council (Gesamt-Judenrates) des Vereinigten Königreichs, 1913-1914 Mitherausgeber von *The Zionist* und Verfasser von Broschüren über die Geschichte des Zionismus, die während des Krieges veröffentlicht wurden. Von 1917 bis 1922 war er Anwalt und Geschäftsführer der *Zionist Organization*. Landman erklärt die Schlüsselrolle, die James A. Malcolm beim Zustandekommen der Balfour-Erklärung gespielt hat. Die mannigfaltigen zionistischen Aktivitäten, die letztlich zu dieser Erklärung führten, waren mit ausschlaggebend dafür, daß der damals im wesentlichen auf Europa beschränkte Krieg durch den Eintritt der USA zum Ersten Weltkrieg ausgeweitet wurde. Er kostete Millionen Amerikanern und Europäern das Leben, führte zur Niederlage der Mittelmächte und damit zur Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges, und ermöglichte schließlich auf dem Rücken der Toten beider Weltkriege die Errichtung des modernen Israel.

Im Anschluß an diesen Beitrag befindet sich ein jüngst im Londoner *Sunday Telegraph* veröffentlichter Artikel über den wahren ethnisch-religiösen Hintergrund des Verfassers der Balfour-Erklärung, der nun voller Stolz von bestimmten auserwählten Kreisen quasi als Nationalheld vereinnahmt wird.

Da die Balfour-Erklärung ihren Ursprung im Britischen Kriegskabinett hatte, im Britischen Auswärtigen Amt vollendet und dann im Britischen Kolonialamt umgesetzt wurde, und da manche der dafür Verantwortlichen seit ihrer Wanderung von Abteilung zu Abteilung gestorben oder pensioniert sind, gibt es notwendigerweise einige Verwirrung und Mißverständnisse bezüglich ihres Entstehungsgrundes und ihrer Bedeutung für die in erster Linie von ihr Betroffenen. Es scheint daher angebracht zu sein, kurz die Umstände, die innere Geschichte und die Vorfälle zu rekapitulieren, die schließlich zum britischen Mandat für Palästina führten.

Die Zahl derer, die Geburtshelfer der Balfour-Erklärung waren, ist klein. Daher ist es wichtig, die Verdienste eines Mannes in den rechten Rahmen zu setzen, der vor allem aufgrund seiner eigenen Bescheidenheit bisher im Hintergrund verblieben ist. Seine Leistung sollte jedoch den ihr angemessenen Platz in der ersten Reihe einnehmen, zusammen mit den visionären Engländern, deren Verdienste bekannter sind, ein-

schließlich des verstorbenen Sir Mark Sykes, dem Rt. Hon. W. Ormsby Gore, dem Rt. Hon. Sir Ronald Graham, Gen. Sir George Macdonagh und G.H. Fitzmaurice.

In den ersten Jahren des Krieges gab es große Bemühungen der zionistischen Führer, Dr. Weizmann und Sokolow, hauptsächlich über den kürzlich verstorbenen C.P. Scott von *The Manchester Guardian*, und Sir Herbert Samuel, das Kabinett dazu zu bringen, die Sache des Zionismus zu unterstützen.

Diese Versuche waren jedoch vergeblich. Tatsächlich erklärte Sir Herbert Samuel öffentlich, daß er an den Anfangsverhandlungen, die zur Balfour-Erklärung führten, keinen Anteil hatte.[1]

Der wirkliche Initiator war James A. Malcolm, und im folgenden werden die Umstände, unter denen die Verhandlungen stattfanden, kurz referiert.

Während der kritischen Tage von 1916 und dem bevorstehenden Abfall Rußlands war das Judentum als Ganzes gegen das zaristische Regime und hoffte, daß Deutschland, wenn es siegen würde, ihm unter gewissen Umständen Palästina geben würde. Verschiedene Versuche, Amerika durch Beeinflussung einflußreicher jüdischer Meinungsträger an der Seite der Alliierten in den Krieg zu bekommen, waren unternommen worden, aber bis dato fehlgeschlagen.

James A. Malcolm war sich sowohl der deutschen Vorkriegsversuche bewußt, sich über die zionistischen Juden ein Standbein in Palästina zu sichern, wie auch der fruchtlosen anglofranzösischen Demarchen in Washington und New York, und er wußte, daß Woodrow Wilson dem Rat eines sehr prominenten Zionisten (Richter Brandeis vom Obersten Gerichtshof der USA) aus guten und hinreichenden Gründen immer die größtmögliche Bedeutung zumaß. Er hatte engen Kontakt zu Greenberg, dem Herausgeber von *The Jewish Chronicle* (London) und wußte, daß sich schon mehrere wichtige zionistische Judenführer in der Erwartung von Ereignissen vom Festland nach London abgesetzt hatten und erkannte die Kraft und Stärke der nationalen Bestrebungen der Juden.

Malcolm ergriff spontan die Initiative und überzeugte zuerst Sir Mark Sykes, den Untersekretär des Kriegskabinetts, dann M. Georges Picot von der französischen Botschaft in London, und schließlich M. Gout von der Ostabteilung des Quai d'Orsay, daß der beste und vielleicht einzige Weg, den amerikanischen Präsidenten zum Kriegseintritt zu veranlassen, darin bestand, die Kooperation der Zionisten zu erlangen (was sich als richtig erwies), indem man ihnen Palästina versprach und damit die bis dahin ungeahnt mächtigen Kräfte der zionistischen Juden in Amerika und sonstwo zugunsten der Alliierten auf einer quid-pro-quo Vetragsbasis anzuwerben und zu mobilisieren.

Nachdem also die Zionisten ihren Teil ausgeführt und stark dazu beigetragen hatten, Amerika in den Krieg hineinzuziehen, war die Balfour-Erklärung von 1917 nur die öffentliche Bestätigung des notwendigerweise geheimen Gentlemen-Agreements von 1916, das mit vorherigem Wissen, Beruhigung und/oder Billigung der Araber, der britischen, amerikanischen, französischen und anderen alliierten Regierungen getroffen wurde, und nicht nur eine rein freiwillige, altruistische und romantische Geste seitens Großbritanniens, wie es gewisse Leute entweder durch entschuldbare Unwissenheit annehmen, oder durch unverzeihlichen bösen Willen darstellen, oder besser falsch darstellen.

Sir Mark Sykes war als Untersekretär des Kriegskabinetts mit Nahost-Angelegenheiten betraut. Obwohl er zu der Zeit kaum mit der zionistischen Bewegung bekannt war und deren Führer nicht kannte, hatte er den Spürsinn, auf die von Malcolm vorgebrachten Argumenten bezüglich der Stärke und Bedeutung dieser Bewegung innerhalb des Judentums anzusprechen, trotz der Tatsache, daß viele reichen und prominenten internationalen oder halbassimilierten Juden in Europa und Amerika offen oder schweigend gegen sie [die zionistische Bewegung] waren oder ihr ängstlich-gleichgültig gegenüberstanden. Picot und Gout waren gleichermaßen empfänglich.

Ein interessanter Bericht über die in London und Paris durchgeführten Verhandlungen und die folgenden Entwicklungen wurde bereits in der jüdischen Presse veröffentlicht und braucht hier nicht im einzelnen wiederholt zu werden, es soll nur in Erinnerung gerufen werden, daß unmittelbar nach dem „Gentleman"-Agreement zwischen Sir Mark Sykes, der durch das Kriegskabinett bevollmächtigt war, und den zionistischen Führern den letzteren die Gelegenheit gegeben wurde, über Kabelverbindungen des Kriegsministeriums, des Außenministeriums und der britischen Botschaften, Legationen usw., die frohe Botschaft an ihre Freunde und Organisationen in Amerika und sonstwo zu verbreiten, und der Umschwung in der offiziellen und öffentlichen Meinung, wie er in der amerikanischen Presse zugunsten eines Kriegseintritts an der Seite der



Osteuropäische Juden kommen im Hafen von Jaffa in Palästina an. Am 20.10.1937 beschränkten die Engländer die jüdische Einwanderung nach Palästina und bestanden auf der Gleichbehandlung aller Religionen in diesem Gebiet. Jüdische Terroristen töteten in diesem Jahr 39 Personen wegen ihrer Ablehnung dieser Beschränkung.



Die Zionisten sprengen ein britisches Gefängnis in Acre, Palästina. Die Irgun übernahm die Verantwortung für den Anschlag, und es war einer von vielen Terrorakten, die die kriminelle Organisation in den 40er Jahren durchführte.

Alliierten zum Ausdruck kam, war so befriedigend wie er überraschend schnell war.

Die Balfour Declaration war mit den Worten von Prof. H.M.V. Temperley[2] *»ein endgültiger Vertrag zwischen der britischen Regierung und dem Judentum«*. Die wesentliche Gegenleistung des jüdischen Volkes (zur damaligen Zeit vertreten durch die Führer der *Zionist Organization*) war seine Hilfe, Präsident Wilson zur Unterstützung der Alliierten zu bringen. Darüber hinaus ließ die Erklärung, von Lord Robert Cecil damals offiziell als „Judäa den Juden" interpretiert – im gleichen Sinn wie „Arabien den Arabern" – die Welt erbeben. Der vorherige Sykes-Picot-Vertrag von 1916, demzufolge Nordpalästina politisch abgetrennt und an Syrien (französische Sphäre) angegliedert werden sollte, wurde auf Beharren der zionistischen Führer nachträglich geändert, so daß die jüdische Nationalheimstatt ganz Palästina umfassen konnte, in Übereinstimmung mit dem ihnen von der britischen, der amerikanischen und den alliierten Regierungen zuvor gemachten Versprechen für ihre Dienste, und um die Balfour-Erklärung voll zur Wirkung kommen zu lassen, deren Bedingungen unter allen alliierten und assoziierten Kriegführenden, einschließlich der Araber, ausgehandelt und bekannt gemacht worden waren, bevor sie an die Öffentlichkeit kamen.

In Deutschland wurde offensichtlich der Wert des Handels für Amerika gebührend und sorgfältig zur Kenntnis genommen. In seinem Buch *Through Thirty Years* berichtet Wickham Steed in einem Kapitel über den Wert der zionistischen Unterstützung für die Sache der Alliierten in Amerika und sonstwo, wie Gen. Ludendorff angeblich nach dem Krieg gesagt haben soll, daß die Balfour-Erklärung das schlaueste war, was die Alliierten auf dem Gebiet der Propaganda bewerkstelligt hatten und daß er wollte, daß die Deutschen zuerst darauf verfallen wären.[3]

Natürlich sagte Ludendorff das zu Sir Alfred Mond (dem späteren Lord Melchet) kurz nach dem Krieg. Die Tatsache, daß es die jüdische Hilfe war, die die USA auf der Seite der Alliierten in den Krieg brachte, hat seither immer in deutschen – vor allem nationalsozialistischen – Gemütern herumgenagt, und hat in nicht geringem Umfang zu der herausragenden Stellung beigetragen, die der Antisemitismus im nationalsozialistischen Programm einnimmt.

Eine besonderer Gesichtspunkt war der große potentielle Wert des Zionismus als künftiges Instrument der britischen Außenpolitik, obwohl dies kein Teil des Handels war. 1917 wurde im Informationsministerium eine jüdische Abteilung eingerichtet, und mehrere Zionisten waren in ihrem Dienst.

Aber der Zionismus verblieb in seinem zweiten Stadium nur bis 1921 unter dem Außenministerium, als die Kairo-Konferenz unter Winston Churchill die Obhut Palästinas an das Kolonialamt übergab, zweifellos weil dieses Amt das einzige Regierungsressort ist, das Erfahrung hat, Übersee-Kolonien zu kontrollieren und ihre Entwicklung zu fördern. Es lohnt sich festzuhalten, daß dies nur eine Sorge Großbritanniens ist und die Ansichten, die andere Länder in Bezug auf solche Kolonial-Entwicklung haben – wenn sie überhaupt welche haben – sind ohne große Bedeutung.

Der Fall Palästina unterscheidet sich jedoch völlig von dem jeder anderen britischen Kolonie oder sogar den anderen britischen Mandatsgebieten. Erstens ist Palästina durch seine historischen Bezüge für alle anderen Länder von Interesse. Zweitens ist sein Gedeihen immer von intensivem Interesse für die jüdischen Einwohner der Länder der ganzen Welt.

Heute [1936], angesichts dessen, was mit den Juden in Mittel- und Osteuropa geschieht, ist die Beschleunigung der Entwicklung Palästinas fast im ganzen Ausland von einschneidender Notwendigkeit, was vom Außenministerium offensichtlich besser verstanden wird.

Drittens besteht die Verfassung Palästinas *sui generis* darin, daß Großbritannien die vom Völkerbund ernannte Schutzmacht ist, um Palästina zu verwalten, nicht nur zum Nutzen der gegenwärtigen Bevölkerung, sondern des jüdischen Volkes als Ganzheit, das „seine nationale Heimstatt wiedererrichten" soll. Die Erfahrung des Kolonialamts kann im Falle Palästina auf kein Vorbild zurückgreifen, und was in und um Palästina geschieht, wird bedeutenden Widerhall in den anderen Ländern wecken, und es wäre daher eine sehr nützliche Maßnahme, wenn das Außenministerium über alle diese Auswirkungen voll auf dem laufenden gehalten werden könnte.

Darüber hinaus hat die Tatsache, daß gerade die Existenz des künftigen jüdischen Palästina aus der Sicht des internationalen Rechts von einem Mandat der Völkerbundes abhängt, mächtig dazu beigetragen, die Juden überall zu starken Unterstützern des Völkerbundes zu machen. In Frankreich zum Beispiel ist bekannt, daß die Juden unter den Führern der Pro-Völkerbund-Politik sind. In anderen Ländern ist das gleichermaßen wahr, wenn auch weniger bekannt. Zum Beispiel haben die Anschauungen eines solchen Mannes wie Dr. Einstein – ein überzeugter zionistischer Anhänger des Völkerbundes – in dem Land, wo er jetzt wohnt, den USA, hohes Gewicht.

Die Mandatskommission des Völkerbundes hat ihre Pflicht,



Arabische Freiwillige gehen in Aufstellung, um die bevorstehende jüdische Invasion ihres Landes zurückzuschlagen. Eingefügt eine Aufnahme von einem der anfänglichen Treffen des Völkerbundes. Landman behauptete, daß die Hilfe des Völkerbundes bei der Errichtung jüdischer Siedlungen in Palästina die Juden zu Unterstützern der Liga machte.

die Verwaltung des Mandatsgebiets zu überwachen, sehr ernst genommen. Die Protokolle der Mandatskommission, die sich auf Palästina beziehen, wurden fast in Gänze in zionistischen Zeitschriften der ganzen Welt abgedruckt und werden sorgfältig studiert. Die unentschlossene britische Haltung, die in diesen Protokollen aufgezeichnet ist, hatte eine unglückselige Wirkung auf die jüdischen Gemüter, vor allem in Amerika. Der Glaube an die britischen Versprechungen und an den Wert des Völkerbundes wurde erschüttert. Die drei Massaker (1920, 1921 und 1929) von Juden in Palästina unter britischer Protektion haben der jüdischen Meinung natürlich einen sehr schweren Schlag versetzt.

1916 und 1917 wurde das jüdische Volk dazu gebracht, britische Hilfe beim Aufbau eines autonomen jüdischen Commonwealth zu erwarten. Dieses Bestreben war der Leitstern des Judentums in der Düsterkeit der Verfolgung. Das jüdische Problem, das bereits 1897 zur Zeit der Gründung der zionistischen Organisation durch Theodor Herzl ernst war, ist seitdem zunehmend akut und dringlich geworden. Das jüngste Rücktrittsschreiben von James G. McDonald vom Posten als Hochkommissar für Flüchtlinge aus Deutschland (jüdische und andere) wirft ein Licht auf die tragische Lage der Juden. Der *Manchester Guardian* mag für die typische Interpretation der Balfour-Erklärung zitiert werden. In einem Leitartikel vom 5. November 1917 schreibt er folgendes:

> *»Wenn man annimmt, daß sich unser militärischer Erfolg fortsetzt und ganz Palästina sicher unter unsere Kontrolle gebracht wird, dann bedeutet dies, daß es dann beim Friedensschluß unsere bedachte Politik sein wird, in jeder Art, die in unserer Macht steht, die jüdische Einwanderung zu ermutigen, und den jüdischen Einwanderern volle Sicherheit und zweifellos ein großes Maß an lokaler Autonomie zu geben, mit der Aussicht, schließlich einen jüdischen Staat zu errichten«*

Anmerkungen

Zuerst veröffentlicht in *The Barnes Review*, 6(1) (2000), S.17ff. (130 Third St., SE, Washington, D.C., 20003, USA); übersetzt von Leborah Dpistadt.

1 *»England and Palestine«*, Vorlesung von Sir Herbert Samuel, veröffentlicht von der Jewish Historical Society, London (February 1936).

2 *History of the Peace Conference in Paris*, 1920, Band 6, S. 173

3 Ebenda., Bd. 2, S. 392.

The Sunday Telegraph

10. Januar 1999

Englands verheimlichter Jude bahnt den Weg für Israel

Von Andrew Alderson und Simon Trump

Neuesten Forschungen zufolge war ein prominenter konservativer Politiker, der Verfasser der Balfour-Erklärung von 1917 (die die englische Unterstützung für eine jüdische Heimstatt in Palästina proklamierte), jüdischer Abstammung und hat dies der Öffentlichkeit verheimlicht.

William Rubinstein, Professor für moderne Geschichte an der Universität von Wales, Aberystwyth, hat Einzelheiten über die Vergangenheit von Leopold Amery, einem engen Verbündeten Churchills, enthüllt. Er erklärt, daß Amery in seiner Autobiographie *My Political Life,* die kurz vor seinem Tod 1955 veröffentlicht wurde, die Leser über seine Vergangenheit irreführt.

Amery gab an, daß sein eigener Vater Charles Frederick Amery einer alten ländlichen Familie im Westen entstammte. Dem Historiker zufolge versuchte er aber, die Abstammung seiner Mutter zu verbergen. Amery sagte einfach, daß Elisabeth Leitner Amery einer Gruppe Exil-Ungarn angehörte, die nach der Revolution von 1848 emigriert waren und zuerst nach Konstantinopel und dann nach England flohen. Tatsächlich wurde sie, gemäß neueren Forschungen, 1841 von jüdischen Eltern in Pest geboren, das dann Teil von Budapest wurde und das jüdische Viertel der Stadt enthielt. Ihr Name war Elisabeth Johanna Saphir. Ihr Nachname ist ein geläufiger jüdischer Nachname.

Professor Rubinstein teilt auch mit, daß Amery seinen jüdischen Mittelnamen Moritz bei seinem vollen Namen Leopold Charles Maurice Stennett Amery in Maurice umänderte, um seinen Ursprung zu verbergen. Amerys Mutter war dem Historiker zufolge rein jüdischer Abstammung, und gemäß dem orthodoxen jüdischen Gesetz und der Tradition war es ihr Sohn dadurch ebenfalls.

Im Rückblick lassen Amerys Handlungen im Ersten und Zweiten Weltkrieg und in den Jahren dazwischen keinen Zweifel, wo seine Sympathien lagen. Als Hilfssekretär des Kriegskabinetts 1917 entwarf er die Balfour-Erklärung, die vom damaligen Außenminister, Lord Balfour, an die Öffentlichkeit gegeben wurde. Sie war ein bedeutsames Dokument, das letztlich die Gründungsurkunde des Staates Israel war.

Er gründete auch die jüdische Legion, die erste ausdrücklich jüdische Streitmacht seit der Römerzeit, die Bataillone jüdischer Soldaten umfaßte, die im Ersten Weltkrieg in Palästina unter britischer Aufsicht mit Auszeichnung dienten. Diese Truppe war Vorläufer der heutigen israelischen Armee.

Dann setzte er als Staatssekretär für Dominions-Angelegenheiten in Stanley Baldwins Regierung 1925-29 in diskutabler Weise die eindrucksvollste Periode friedlichen Wachstums in der Geschichte der jüdischen Gemeinde vor der Unabhängigkeit in Gang. Am bekanntesten ist er jedoch für das, was im Mai 1940 geschah. Er spielte mit seiner aufrüttelnden Rede im Unterhaus eine wichtige Rolle, um Neville Chamberlains Regierung zu Fall zu bringen, als er Cromwells Worte zum Langen Parlament zitierte: »*Treten Sie ab, sage ich. Wir sind mit Ihnen fertig. Im Namen Gottes – gehen Sie.*«

Professor Rubinstein bezeichnet seine Enthüllungen, die in einem Artikel der Februar-Ausgabe der Zeitschrift *History Today* erfolgten, als »*vielleicht das bemerkenswerteste Beispiel einer Identitäts-Verschleierung in Englands politischer Geschichte des 20. Jahrhunderts.*«

Ironischerweise lief Amerys Sohn John zu NS-Deutschland über. Er machte Anfang der 40er Jahre von Berlin aus mehrere Radiosendungen, und nach dem Krieg wurde er in London wegen Verrat verurteilt und gehängt. Prof. Rubinstein vermutet, daß John Amery die Vergangenheit seiner Familie kannte. Sein jüngerer Bruder Julian, eine altgediente Gestalt in der Nachkriegs-Tory-Regierung, der vor zwei Jahren starb, wußte es anscheinend auch, hielt es aber wohl für angebracht, die Familienpapiere geheim zu halten.

Groβbritanniens Propagandanetz in den Vereinigten Staaten zwischen den beiden Weltkriegen

Von Quincy Howe

Vor dem Zweiten Weltkrieg schrieb Quincy Howe eine Geschichte des probritischen Propagandanetzes innerhalb der amerikanischen plutokratischen Elite. Howes Buch trug den Titel *England Expects Every American to Do His Duty* (England erwartet von jedem Amerikaner, daß er seine Pflicht erfüllt). Hier folgen Auszüge aus diesem Buch, das am 14. März 1941 von Senator D. Worth Clark (Demokrat, Idaho) in das Archiv des Kongresses eingebracht wurde. Clark war ein führender Kritiker der Propagandakampagne der Roosevelt-Regierung für den Eintritt der USA in den zweiten Weltkrieg.

Die Außenpolitik einer Nation wird gewöhnlich von ihren nationalen Hilfsmitteln, ihrem Sozialsystem, ihrer Bevölkerungsdichte, ihrer technischen Ausrüstung und ihrer geographischen Lage bestimmt. Aber die Vereinigten Staaten basieren als einzige unter den Großmächten ihre Außenpolitik auf einen gänzlich anderen und ziemlich unfaßbaren Faktor: herkunftmäßige Bindungen von Sprache, Tradition und Blut üben eine so starke Anziehungskraft auf die herrschende amerikanische Klasse aus, daß sie ihre eigennützigen Interessen – nicht zu sprechen von den Interessen des Landes als Ganzem – den Bedürfnissen und Wünschen des britischen Außenministeriums unterwerfen.

Die Geschichte der anglo-amerikanischen Beziehungen könnte, oberflächlich betrachtet, suggerieren, daß britische Staatsmänner amerikanische Staatsmänner zu Befehlsempfängern der Downing Street geprügelt oder getrickst haben. Aber die Macht, die England auf die Vereinigten Staaten ausübt, entstammt nicht intellektueller oder wirtschaftlicher Überlegenheit. Wenn England in der Stunde seiner Not von jedem Amerikaner erwartet, daß er seine Pflicht erfülle, geht diese Erwartung nicht auf die üblichen wirtschaftlichen Erwägungen zurück. Im Gegenteil: wenn materielle Faktoren allein die nationale amerikanische Politik bestimmt hätten, hätten die Vereinigten Staaten nach dem Krieg entweder das britische Weltreich übernommen, oder aber sie hätten sich völlig zurückgezogen. Stattdessen fummelten sie an allen Ecken der Erde herum, nur um die britischen Interessen in jeder kritischen Lage eifriger als die Briten selbst zu verteidigen.

Um diesen merkwürdigen Sachverhalt zu erklären, ist es notwendig, gewisse Tatsachen in Erinnerung zu bringen, die viele Amerikaner so instinktiv akzeptieren wie die Farbe des Himmels. Da ist zunächst die wichtigste Tatsache, daß Engländer und Amerikaner dieselbe Sprache sprechen. Diese gemeinsame Sprache stammt aus England, woher auch die ersten Siedler der dreizehn Kolonien kamen. Folglich sehen viele Amerikaner England als die letzte Berufungsinstanz in allen Fragen der Tradition, Wissenschaft, Moral und Umgangsformen.

Diese Tendenz, England in hohen Ehren zu halten, erscheint am hervorstechendsten in der regierenden amerikanischen Klasse. Sie bevorzugt es, mit ihrem Schöpfer nur in der exklusiven Atmosphäre der episkopalen Kirche zu konferieren, die aus Englands offizieller Nationalkirche hervorgegangen ist. Die privaten Internatschulen, die von den Söhnen der amerikanischen Aristokratie besucht werden, sind nach Eton, Harrow und Winchester ausgeformt. Der Kultus des „Gentlemans“ und das Evangelium des „Fair Play“ stammen aus England und wurden in den Vereinigten Staaten eifriger aufgenommen als in irgendeinem anderen Land. Die große amerikanische Masse – die „Ungewaschenen“ – mögen professionelle Baseballspiele besuchen – die anglo-amerikanische Aristokratie bevorzugt Polo, Yachtwettbewerbe und Fuchsjagden.

Die Schwäche der gutgekleideten Amerikaner für die britische Lebensweise – „the Britisch way of life“ – hat ein ausgefuchstes Ritual hervorgerufen, das vulgär als „the works“ – die Werke – bekannt ist, und dem jene Amerikaner ausgesetzt werden, die London besuchen. Notleidende, schmachtende Journalisten aus der Maisanbauzone finden sich in der Gruppe ausgezeichneter Besucher des Unterhauses wieder. Geschäftsleute und Freiberufler werden von den Neureichen des alten Englands zu Tee- und Gartenpartys eingeladen. Finanziers, Senatoren, Eisenbahn-, Bank-, und Körperschaftspräsidenten können zwischen Dinner- und Weekendeinladungen von Mitgliedern des Adels wählen. In der Regel sind die kompletten „Werke“, einschließlich der Vorstellung von Frau und Tochter im Court of St. James, jenen Amerikanern vorbehalten, die ihre Loyalität zum britischen Thron schon erwiesen haben.

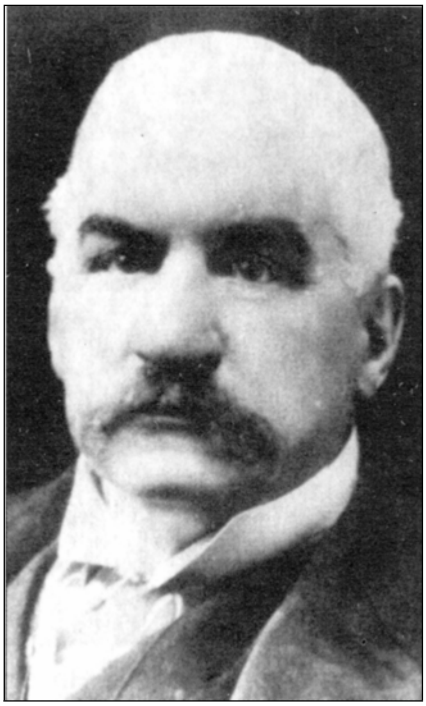
Das britische Weltreich hätte niemals seine gegenwärtige Größe erreichen können, wenn seine Herrscher diesen Sachverhalt nicht ausgenutzt hätten. Vor mehr als einer Generation hat Cecil Rhodes den Weg gezeigt, als er das seinen Namen



Der Rat für Ausländische Beziehungen (Council on Foreign Relations, CFR) ist selbstverständlich eine fanatisch probritische Organisation der herrschenden Klasse. Obwohl nur ein privater Club für reiche anglophile Amerikaner, bestimmt er größtenteils die U.S. Außenpolitik. Hier: der Gründer, CFR-Präsident John Davis, (rechts, J.P. Morgans Rechtsanwalt) konferiert mit J.R. „Jack“ Morgan (J.R. Morgans Sohn). Links: Morgans Partner und CFR-Gründungsmitglied Thomas Lamont.

tragende Stipendium stiftete, das Hunderten von vielversprechenden jungen Amerikanern und Kolonisten ermöglicht, sich auf drei Jahre den Einflüssen von Oxford auszusetzen. Großbritanniens Imperialisten gehen von der Theorie aus, daß ihr kulturelles Erbe sowohl in den Vereinigten Staaten wie auch in ihren eigenen Kronkolonien ihre stärkste Trumpfkarte ist, und insoweit sie sich vor den Vereinigten Staaten fürchten, befürchten sie das Wachstum einer eigenständigen, andersartigen amerikanischen Kultur. Ein südafrikanischer Delegierter bei der Britischen Imperiums- Konferenz 1933 in Toronto drückte es so aus:[1]

»Was jetzt vor uns liegt, ist ein kultureller Kampf. Werden die Kronkolonien lokale, selbstständige, selbstinspirierte Kulturen aufbauen, die verhältnismäßig wenig fremden Kulturen von anderswo verpflichtet sind? Oder werden sie die Kultur Europas – und insbesondere Englands – an die meisten örtlichen Verhältnisse akklimatisieren und anpassen, so daß diese in ihrem ganzen Wesentsgehalt unverändert bleibt, auch wenn sich vieles ihrer besonderen Ausdruckformen ändern mag? Oder, (eine viel furchterregendere Möglichkeit), werden sie in ihren eigenen Gebieten, auch wenn die äußere Form und die politische Maschinerie des Britischen Commonwealths erhalten bleibt, eine Kultur errichten, die alle ihre Inspirationen den Vereinigten Staaten Amerikas verdanken wird? Persönliche Kontakte und die Förderung von gemeinsamem Glauben, gemeinsamen Traditionen und Praktiken sind die einzigen Kräfte, die auf lange Sicht der Wirkung der Tausenden Meilen Salzwasser entgegenwirken können, die Burke als die Hauptursache des bedauerlichen Vorfalls von 1783 bezeichnet hat.«



J.P. Morgan, ein meisterhafter Bankier, war durch und durch ein „Engländer" der herrschenden Klasse. Dank mancher seiner Bemühungen blieben die Vereinigten Staaten ohne ihr Wissen im Dienste des britischen Außenministeriums.

Nach den kulturellen Interessen beurteilt, teilen die meisten wohlhabende Amerikaner dieses Alte-Welt-Bedauern des „Vorfalls von 1783". Sie drängen sich in Scharen, um Lord Lytton, Sir Arthur Salter und Sir Arthur Willert zu hören, die die Weltereignisse vom Standpunkt des britischen Außenministeriums aus erklären. Sie schlürfen die Romane von Sir Hugh Walpole, Charles Morgan und Wawrick Deeping, aus denen sie Einblick in die feineren Schattierungen des zivilisierten Lebens gewinnen, wie nur englische Damen und Herren es leben können. Und auch wenn sie niemals eine Pilgerfahrt zu solch angelsächsischen Heiligtümern wie der Westminster Abbey, Shakespeares Geburtsort oder dem Albert Memorial planen, werden sie durch Eintritt in die *English Speaking Union*, die Union der Englischsprachigen, zu inoffiziellen Mitgliedern der großen britischen Familie der Nationen.

Trotz ihrer harmlosen Erscheinung ist diese Organisation nicht mehr und nicht weniger als die Speerspitze von Englands kulturellem Feldzug gegen die Vereinigten Staaten. Das Ziel der Union der Englischsprachigen ist, ihrer eigenen Werbung zufolge:

»Erstens: Das Band der Kameradschaft der englischsprachigen Menschen der Welt enger zu spannen.
Zweitens: Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen der Vereinigten Staaten und des Britischen Weltreiches durch (a) Verbreitung von Kenntnissen über einander und (b) Förderung von Achtung für ihre gemeinsamen Institutionen zu stärken.«

Die Aktivitäten der Union der Englischsprachigen umfassen Gastfreundschaft für überseeische Reisende, Diskussionsforen, Austausch von Gymnasiallehrern, Stipendien, gelegentliche Mittag- und Abendessen, Kooperation mit anderen Organisationen bei der Unterhaltung von Besuchern, sinnvollen Reiseservice, freundliche persönliche Kontakte und Austausch von Geschenken und Veröffentlichungen zwischen Städten und Gemeinden in Großbritannien und ihren Namensvettern in der Neuen Welt.

Die Einrichtungen der Union der Englischsprachigen bestehen aus ihrem Hauptquartier in London und aus kleineren Zweigstellen in vielen anderen Städten auf den britischen Inseln, in den Kolonien und den Vereinigten Staaten. Britische Untertanen und Staatsbürger der Kronkolonien dürfen sich der Union der Englischsprachigen des Britischen Weltreiches für jährlich eine Guinee anschließen, Staatsbürger der Vereinigten Staaten dürfen in die Union der Englischsprachigen der Vereinigten Staaten, eine parallele und eigenständige Organisation, für jährlich $5 eintreten. Alle Mitglieder erhalten das gleiche monatliche Mitteilungsblatt, *The Landmark*, herausgegeben – welch ein Zufall! – in London. Und alle haben Zugang zu jeder der Unterkünfte der Union der Englischsprachigen.

Die Union der Englischsprachigen wurde in dem historischen Jahr 1917 geboren, und hat seitdem nicht nur Tausenden von Reisenden geholfen, sondern auch soziale Kontakte zwischen allen englischsprechenden Völkern angespornt. Ihre Direktoren sind aber besser bekannt als Finanziers, Staatsmänner, Kirchenmänner, Journalisten, Erzieher, Juristen und Industrielle, als Vortragsorganisatoren, Touristenagenten oder professionelle Unterhalter.

Jeder, der ihre Zielsetzung für bare Münze nimmt, wird überrascht sein, wenn er erfährt, daß der erste Vorsitzende der Union der Englischsprachigen kein anderer war als der selige Lord Balfour, von dem die Doktrin stammt, daß die Vereinigten Staaten alle Kosten des Weltkrieges von April 1917 durchgehend bis November 1918 zahlen sollten. Wenn wir die Führungsköpfe der Union der Englischsprachigen der Vereinigten Staaten durchgehen, sehen wir das gleiche Muster:

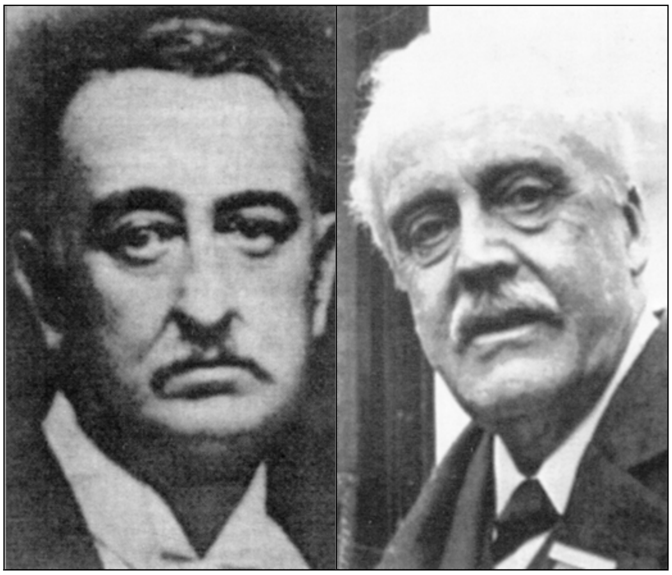
– Ihr Präsident, John W. Davis, folgte während des Krieges dem seligen Walter Hines Page als Amerikas Botschafter in London, und, nachdem er sich 1924 als Kandidat der Demokraten um die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten beworben hatte, widmete er sich ganz seiner juristischen

Praxis. 1933 wurde er J.P. Morgans vertrautester Ratgeber, und lotste ihn in diesem Jahr sorgfältig durch die berühmte Untersuchung des Senats.

– Den Posten des Schatzmeisters der Union der Englischsprachigen in den Vereinigten Staaten hält auch ein Morgan-Partner inne – Harry P. Davison, Sohn des Mannes, der 1915 nach London ging, um die Morgan-Bank während des Weltkrieges zum einzigen Einkaufsagenten für die britische Regierung zu machen.
– Henry J. Fisher, Vorsitzender der Union, hat mehr Verbindungen im Verlagswesen als in der Finanzwelt. Er ist Vorsitzender des Vorstandes der McCall Publishing Co. und der Popular Science Publishing Co. Er ist Mitglied im Exekutivkomitee der Harper Bros., bei der er auch Direktor ist, und Vorstandsmitglied der Yale Publishing Association.

Die drei Führungspersonen in der Union der Englischsprachigen umfassen also J.P. Morgans persönlichen Rechtsanwalt, einen vollwertigen Morgan-Partner und den Direktor von etlichen Verlagshäusern, von denen einige die Massen betreuen, andere das kleinere, aber einflußreichere „Qualitäts"-Publikum. Das Direktorium der Union der Englischsprachigen der Vereinigten Staaten besteht aus 18 Namen. Der wichtigste auf der Liste ist:

– Gen. James G. Harbord, Vorsitzender des Vorstandes der Radio Corporation of America (RCA) und der National Broadcasting Corporation (NBC). Von gleicher Wichtigkeit ist der Name von John H. Finley, Chefredakteur der *The New York Times.* Durch diese zwei Männer bringt die Union der Englischsprachigen in der mächtigsten Zeitung und in der mächtigsten Radiokette in den Vereingten Staaten ihre Stimme zu Gehör. Andere nennenswerte Namen sind:



Professor Carroll Quigley, ein Bewunderer der anglophilen Verschwörung, berichtet in Tragedy and Hope, *wie 1891 vom britischen Verschwörer Cecil Rhodes (links), einem nahen Gefährten der Rothschilds, mit Arthur (Lord) Balfour, (rechts, berühmt für die Balfour-Deklaration), eine geheime Gesellschaft gegründet wurde, geplant als eine Mitgliedsorganisation, dem „Circle of Initiates" (Kreis der Eingeweihten). Diese geheime Gesellschaft stellte in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten Runde-Tafel- Organisationen als Frontgruppen auf. Die Runde-Tafel- Gruppen ihrerseits bauten Fassaden auf, in England* The Royal Institute of International Affairs, *in Amerika* The Council on Foreign Relations *genannt.*

– Mrs. Robert Bacon, Witwe eines Morgan-Partners;
– Harry Garfield, früherer Präsident des Williams College und Vorsitzender des Politischen Institutes von Williamstown;
– Mrs. Henry Goddard Leach, reiche Gattin des Herausgebers von *The Forum*;
– Langdon P. Marvin, Wall Street Rechtsanwalt; und
– George E. Vincent, Ehrenpräsident des Chautauqua Vereins und früherer Präsident der Rockefeller Stiftung.

Zusätzlich zu ihren 18 Direktoren hat die Union der Englischsprachigen 10 Vizepräsidenten. Zwei von diesen sind Bischöfe der Protestantischen Episkopalen (anglikanischen) Kirche. Keine andere Konfession ist offiziell repräsentiert. Auch die anderen Vizepräsidenten sind von herausragender Bedeutung:

– Frank B. Kellogg, früherer Außenminister;
– Paul D. Cravath, Direktor von RCA und NBC;
– C. David P. Barrows, ein weiterer Vizepräsident, ist Verwalter der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden;
– Victor Elting war in Chicago Präsident des Council on Foreign Relations;
– Mrs. F. Louis Slade ist Mitglied des Exekutivkomitees des Amerikanischen Rats des Institutes der Pazifischen Beziehungen (*American Council of the Institute of Pacific Relations*);
– Alexander Weddell war im konsularen und diplomatischen Dienst seit 1908, und 1933 wurde er amerikanischer Botschafter in Argentinien.

Weit entfernt davon, die Mitgliedschaft in der Union der Englischsprachigen als eine Form von „Bindestrich-Amerikanismus" zu betrachten, glauben diese einflußreichen Staatsbürger, daß dem britischen Weltreich Hilfe und Unterstützung zu gewähren gleichbedeutend sei mit dem Dienst an den höchsten Zielen der Vereinigten Staaten und auch der Menschheit als Ganzem. Die meisten von ihnen würden tatsächlich tief schockiert sein, wenn sie sich woanders als auf der Liste der 100-prozentigen Amerikaner finden würden, und sie lassen sich oft in Diskussionen über bestimmte Aspekte der britschen Politik und der britischen Zivilisation ein. Sie geben sich schlicht der Sache ihrer beliebtesten Wohltätigkeit, ihrer beliebtesten politischen Partei, oder ihrer Religion hin.

Wenn das britische Außenministerium zudem eine eigene Liste über die Amerikaner zusammenstellen würde, die in den Vereinigten Staaten am meisten zur Förderung britischer Interessen tun könnten, dann könnte diese gedachte Liste die aktuelle Liste der Männer und Frauen, die die Union der Englischsprachigen beherrschen, kaum übertreffen. […] Sie betrachten sich selbst als die nobelsten aller Amerikaner. Aber ob es wirklich dem Interesse des amerikanischen Volkes dient, dem britischen Weltreich zu helfen und es zu unterstützen, ist eine andere Frage.

Diese Frage klärt sich von selbst, wenn wir die Interessen und Aktivitäten der Leiter der Union der Englischsprachigen in verschiedener Beziehung untersuchen. Zunächst sind sie alle geneigt, Internationalismus in allgemeinen und den Völkerbund im besonderen zu befürworten. Sie mißbilligen Isolation, wirtschaftliche Autarkie und hohe Zölle. Sie unterstützen Außenminister Hulls gegenseitigen Handelsvertrag, obwohl die meisten von ihnen für Landon stimmen. So finden wir die Direktion der Union der Englischsprachigen verflochten mit den Direktionen von anderen Organisationen, verschrieben den Affären des Völkerbundes und einer kooperativeren amerikanischen Außenpolitik. Nicht jeder Direktor dieser anderen

Organisationen ist unbedingt so pro-britisch wie jene der Union der Englischsprachigen, aber insofern er als Amerikaner den Völkerbund unterstützt, gibt er Großbritannien Hilfe und Unterstützung. Daß ihm nicht bewußt sein mag, was er tut, ehrt sein Herz mehr als seinen Verstand. Offiziell oder inoffiziell, bewußt oder unbewußt, er ist dennoch ein treuer Soldat im Dienste Seiner Majestät. Obwohl er sich vielleicht nicht erinnert, daß der Völkerbund dem britischen Rat der Imperialen Verteidigung – *Britisch Council of Imperial Defense* – entstammt, können ihm Stanley Baldwins wiederholte Aufforderungen an die Vereinigten Staaten zum Beitritt kaum entgangen sein.

Und wen finden wir in der Direktion des Völkerbund-Vereins – *League of Nations Association* –, einer Organisation von Männern und Frauen, die überzeugt sind, daß die Vereinigten Staaten im Völkerbund Mitglied werden sollten? Mr. Morgans John W. Davis erscheint als einer der drei ehrenamtlichen Vizepräsidenten, die 27 Direktoren des Vereins schließen Newton D. Baker ein, der die Morgan-These für Amerikas Eintritt in den [Ersten] Weltkrieg in der Oktober-Ausgabe 1936 von *Foreign Affairs* fortsetzte. Diese zwei Männer machen kein Geheimnis aus ihrer Sympathie für den britischen Standpunkt. Andere unterstützen die britische Position automatisch (wenn auch unbewußt) durch ihre Unterstützung des Völkerbundes. Und viele dieser Männer sind vermögende Leute:

– Raymond B. Fosdick, Präsident der Rockefeller Stiftung:
– Manley O. Hudson, kürzlich ernanntes Mitglied des Weltgerichtshofes;
– Prof. James T. Shotwell, Direktor der ökonomischen und historischen Abteilung der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden;
– S. Van B. Nichols, Vorsitzender des Direktoriums des Vereins, der sich selbst in *Who is Who* als „öffentlicher Redner über den Völkerbund, den Weltgerichtshof und internationale Themen" bezeichnet.

Es ist nicht schwer, sich die Genugtuung vorzustellen, die die Aktivitäten dieser Männer im britischen Außenministerium erwecken müssen.

Wenn der Völkerbund-Verein mit der Union der Englischsprachigen sowohl in personeller Hinsicht, als auch in seinen Zielsetzungen und seinem allgemeinen Charakter verflochten ist, steht der Außenpolitische Verein – *Foreign Policy Association* – in einer ähnlichen Beziehung zum Völkerbund-Verein. Genau wie der Völkerbund-Verein nicht die anglo-amerikanische Zusammenarbeit als sein primäres Ziel verkündet, so betont der Außenpolitische Verein nicht, daß es seine Aufgabe sei, die Vereinigten Staaten in den Völkerbund zu bringen. Doch ist das die offene Absicht vieler seiner Führungspersonen.

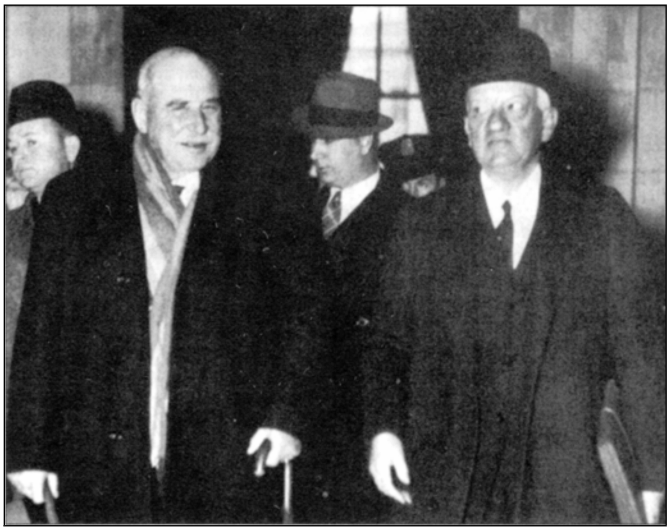
James G. McDonald gründete den Außenpolitischen Verein nach dem Krieg, um die amerikanische öffentliche Meinung in weltpolitischen Fragen zu erziehen. 1934 legte er seine Posten als Vorsitzender nieder, um die Kommission des Völkerbundes für die Betreuung deutscher Flüchtlinge zu leiten. Diese humanitäre Arbeit verstärkte natürlich seinen Enthusiasmus für den Völkerbund, und er kehrte zurück in die Vereinigten Staaten und drängte seine Landsleute auf Zusammenarbeit mit der Genfer Organisation, um bewaffneten Konflikten vorzubeugen. Mr. McDonald ist auch Mitglied der Redaktion der *The New York Times* unter unserem Englischsprachigen Unionist Dr. John H. Finley.

Die Union der Englischsprachigen hat einen weiteren Repräsentanten im Außenpolitischen Verein, in der Person von Mrs. Henry Goddard Leach, Direktorin der Union und Vizevorsitzende des Außenpolitischen Vereins.

In der Nationalen Direktion des Außenpolitischen Vereins finden wir den Namen von Mrs. Thomas W. Lamont, Gattin des Morgan-Partners, der selber im Nationalrat erscheint, zusammen mit Robert W. Bingham, dem amerikanischen Botschafter in Großbritannien. Auf einem Dinner in London am 4. Juli 1936 erklärte Mr. Bingham:

> *»Die Briten und wir selbst haben versucht, die Welt auf den Pfad des Friedens und der Abrüstung zu leiten. Unglücklicherweise ist uns das bisher mißlungen. Aber in einer Welt, die bewaffnet und bereit ist, erwarten wir von dieser Nation und von meiner eigenen bei der Verteidigung unserer Länder und unserer Heime, daß sie Kanone der Kanone, Schiff dem Schiff, Flugzeug dem Flugzeug und Mann dem Mann entgegenstellen werden.«*

Im Nationalrat des Außenpolitischen Vereins finden wir auch Mrs. Carrie Chapman Catt (eine Vizepräsidentin des Völkerbund-Vereins), Manley O. Hudson und Stephen Duggan (beide sind Direktoren des Völkerbund-Vereins), und solche hervorragenden Personen wie Roscoe Pound, früherer Dekan der juristischen Fakultät von Harvard, Silas H. Strawn vom Freiheitsbund (*Liberty League*), Felix Warburg, William Allen White und Owen D. Young. Nicht alle diese Leute haben die anglo-amerikanische Zusammenarbeit offen befürwortet. Einige von ihnen haben sich nicht einmal zum Völkerbund bekannt. Sie stehen jedoch zu zwei Dingen: Sie alle gehören zur oder sprechen für die konservative, wohlhabende Klasse, und sie alle befürworten eine positivere, kooperative Außenpolitik, was genau das gleiche ist, als wenn man sagte, daß sie zum britischen Netzwerk gehören, weil die wohlhabende Klasse in den Vereinigten Staaten in Bezug auf die Außenpolitik keine Alternative bietet.



Morgan-Partner Russell Leffingwell (rechts) verläßt eine Senatsanhörung zusammen mit J.P. Morgan Jr., gleichnamiger Sproß seines bekannteren Vaters. Interessanterweise waren die Gründungsmitglieder und die Leitung des CFR anglophil und ethnisch sehr stark angelsächsisch geprägt. Um im frühen 20. Jahrhundert Mitglied des Establishments zu sein, mußte man unbedingt englischer Abstammung sein und Bande zum britischen Imperium haben.

Eine weitere Organisation, die sich der amerikanischen Aussenpolitk verschrieben hat, illustriert noch klarer die probritischen Vorurteile der meisten wohlhabenden Amerikaner. Der kurz nach dem Krieg gebildete Rat für ausländischen Beziehungen (*Council on Foreign Relations, CFR*) nennt sich

> *»eine nichtparteiische und nichtkommerzielle Organisation, die die internationalen Aspekte von Amerikas politischen, ökonomischen und finanziellen Problemen studiert. Sie ist keine Handelsorganisation und hat keine Verbindung mit irgendeiner politischen Partei. Ihre Mitglieder setzen sich aus Männern vieler Berufe zusammen, mit einer Mannigfaltigkeit der Interessen und Meinungen.«*

Die Mitgliedschaft im Rat erfolgt durch Wahl, und die 500-köpfige Mitgliedschaft repräsentiert einen wirklichen Durchschnitt der politischen und wirtschaftlichen Ansichten. [Es sind jedoch keine Populisten zugelassen – Anm. des Redakteurs.] Auch das vierteljährlich erscheinende Organ des Rates, *Foreign Affairs* (Auswärtige Angelegenheiten) bringt eine breite Auswahl von Artikeln wie jedes andere Magazin auf diesem Gebiet. Aber in der 18 Mitglieder zählenden Direktion treffen wir viele unserer Freunde aus der Union der Englischsprachigen an. Der unvermeidliche John W. Davis taucht sowohl als Direktor wie auch als Mitglied des neunköpfigen beratenden Redaktionsausschusses der *Foreign Affairs* auf. Hier treffen wir auch Harry A. Garfield von der Union der Englischsprachigen wieder, Stephen Duggan vom Völkerbund-Verein und vom Außenpolitschen Verein sowie Newton D. Baker vom Völkerbund-Verein. Walter Lippmann, Freund und Verteidiger der Morgan-Partner, dient ebenfalls als Direktor und Mitglied des Ratgebenden Redaktionsausschusses. Paul D. Cravath, einer der 10 Vizepräsidenten der Union der Englischsprachigen, ist auch Direktor des Rates für ausländische Beziehungen, zusammen mit Russell Leffingwell, einem Morgan-Partner.

Der mittlerweile verstorbene George W. Wickersham, Präsident des Völkerbund-Vereins, sah keine Unstimmigkeit darin, auch als Präsident des Rates für ausländische Beziehungen zu dienen, aber nach seinem Tod wurde er durch Norman H. Davis ersetzt, dessen Arbeiten auf vielen Flottenkonferenzen dem britischen Außenministerium so viel Genugtuung verschafft hatten.

Owen D. Young ist ebenfalls ein Direktionsmitglied des Rates. Herr Young, so können wir uns erinnern, machte sich in England beliebt, als er anregte, daß seine europäischen Mitarbeiter an dem Plan, der seinen Namen trägt, ein spezielles Memorandum vorbereiteten, das den Vereinigten Staaten vorschlug, Lord Balfours Ratschlag anzunehmen und Großbritanniens Schulden ohne jegliche Gegenleistung zu erlassen.

Kurzum, gerade aufgrund ihrer Wichtigkeit und ihres Einflusses stehen die Direktoren des Rates für ausländische Beziehungen als lebendige Beweise für die überwiegend pro-britische Orientierung der amerikanischen herrschenden Klasse.

Unsere Übersicht über das britische Netzwerk hat sich bisher auf den internationalen Sport beschränkt, auf die gekünstelte Gastfreundschaft bei einem Abendessen der *Union der Englischsprachigen*, und auf die aufreibende Langeweile, die ein Treffen von Geistern wie Walter Lippmann, Newton D. Baker und Norman Davis im innersten Heiligtums des Rates für ausländische Beziehungen hervorruft.

Beobachten wie jetzt diese Herren bei ihrer täglichen Arbeit. Da sie die Arbeit ihrer Auftraggeber verrichten, müssen wir sehen, wie sie ihre eigene Arbeit tun, um die Mitglieder des britischen Netzwerkes zu entdecken.

Auf das Risiko hin, einen einzigen Punkt überzustrapazieren, müssen wir wieder auf die Wichtigkeit der Morgan-Bank als Großbritanniens finanzieller Operationsbasis in den Vereinigten Staaten hinweisen. Ihre Rolle im Weltkrieg als einzigem Einkaufsagenten für die britische Regierung läßt keinen Zweifel an ihrer Wichtigkeit in jener Periode zu, und die Äußerungen der Herren Morgan und Lamont in der Zeit der Nye-Untersuchung macht ihre fortgesetzte Unterstützung der britischen Position glaubhaft.

Für Morgan war es nie eine Frage, daß er der Führung seines Präsidenten folgen und in Gesinnung und Gedanken neutral bleiben würde. »*Es war uns unmöglich, neutral zu bleiben*« in dem Moment, als die Deutschen Englands Sicherheit durch den Einmarsch in Belgien bedrohten. Und wenn wir Thomas W. Lamont, Mr. Morgans Partner und Sprecher glauben sollen, fühlten die meisten der besten Leute, die an der Ostküste lebten, in ähnlicher Weise.

In einem Brief an *The New York Times*, datiert am 18. Oktober 1935, fragte Mr. Lamont:

> *»Glaubt selbst in der Nachkriegsgeneration irgend jemand, daß geschäftliche Interessen die proalliierte Gesinnung von Morrow, Morgan, Davison, oder wem auch immer von uns bestimmten? Gewiß nicht! Wie die meisten unserer Zeitgenossen, Freunde und Nachbarn wünschten wir von Anfang an, daß die Alliierten gewinnen. Wir waren proalliierte von der Abstammung her, vom Instinkt her, von der Auffassung her, genau wie fast alle Leute an der Ostküste der Vereinigten Staaten, die wir kannten – von dem Moment an, als Deutschland Belgiens Neutralität verletzte.«*

Mr. Lamonts unbezahlbare Definition der amerikanischen Aristokratie – »*fast alle Leute an der Ostküste, die wir kann-*

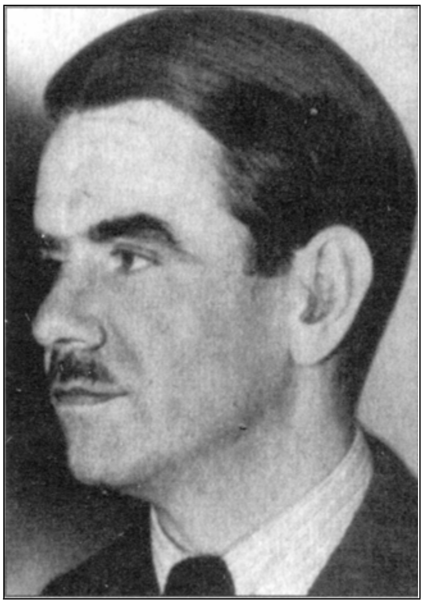


Hier sind Sprösse der britischen und amerikanischen anglophilen Elite abgebildet: Averell Harriman (Mitte) mit Winston Churchill (links); mit ihnen ist ihr „Onkel Joe" Stalin (rechts). Der Geist der britischen und „anglo-amerikanischen" herrschenden Klasse (wie er durch Harriman und Churchill repräsentiert wird) kümmert sich wenig um Prinzipen, und strebt allein nach Macht. Auch die Assoziierung mit dem blutigsten der Diktatoren war keine Frage, wenn irgendwie, auch nur entfernt, Interessen der herrschenden britischen Klasse gedient werden konnte.

ten« – ist heute genauso gültig wie 1917. Sie umspannt wie ein Zelt auch die Hauptgestalten des britischen Netzwerkes, nämlich die Besitzer und die Herausgeber der *New York Times*, die Großbritanniens hauptsächliches Propaganda-Organ in den Vereinigten Staaten ist, genauso wie Morgans Bank Großbritanniens hauptsächliche finanzielle Basis ist.

Wir haben bereits gesehen, wie der inzwischen verstorbene Adoph S. Ochs, der *The Times* zu ihrer jetzigen imposanten Position aufbaute, als Vermittler zwischen der britischen Admiralität und dem amerikanischen Außenministerium wirkte und den Weg zur britisch-inspirierten Flottenkonferenz anno 1921 in Washington vorbereitete. Zudem hat Herr Ochs die Politik seines Blattes während seinen Gesprächen mit Lord Lee von der britischen Admiralität in einer Weise definiert, die seine Leser überrascht hätte, die die Parole der *Times* »*Alle Nachrichten, die es wert sind, gedruckt zu werden*« (All the news that's fit to print), für bare Münze nahmen. Ochs schrieb:

> *»Ich sagte ihm: Ich habe immer gefühlt, daß der Frieden und die Wohlfahrt der Welt bei den englischsprachigen Nationen lag, insbesondere bei den Vereinigten Staaten und dem Britischen Weltreich, und daß ich es als meine patriotische Pflicht betrachtete, sie, so weit es in meiner Macht steht, voranzubringen; daß The New York Times zu dieser Politik verpflichtet war; daß ich es niemals für notwendig hielt, Verträge und schriftliche Vereinbarungen in diesem Sinne abzuschließen; daß ich dachte, es schriftlich auszudrücken, bedeute einfach, die breiteren Prinzipien unserer freundlichen Beziehungen zu bekräftigen; daß ich dachte, daß wir in voller Übereinstimmung in unserer Auffassungen über Gerechtigkeit und Rechtschaffenheit seien; und daß wir, obgleich unsere Interpretationen dieser Prinzipien nicht immer mit der Auslegung der anderen Nationen übereinstimmen mögen, vereint stark genug sein würden, um unsere Ideale aufrechtzuerhalten, zu verteidigen, und Respekt für sie durchzusetzen, wenn nicht durch andere Mittel, dann durch unsere Macht und Stärke.«*



Hamilton Fish Armstrong, zeitweilig Herausgeber der Zeitschrift Foreign Affairs. *Diese Zeitschrift war die wichtigste US-Stimme für eine dauerhafte „atlantische Allianz" zwischen den USA und Großbritannien, mit der die Amerikaner dauerhaft an die herrschende Klasse Englands gebunden werden sollten. Die Querverbindungen zwischen der damaligen britischen Herrscherklasse, dem Großkapital (Rockefeller, Rothschild) und dem Council on Foreign Relations sind schwindelerregend.*

Wenn man das britische Außenministerium einerseits und das britische Netzwerk anderseits in ihrer Tätigkeit beobachtet, kann man den Kontrast zwischen der britischen und amerikanischen Außenpolitik entdecken. Während das britische Weltreich die Hilfe der Vereinigten Staaten braucht, um seine Herrschaft über ein Viertel der Erdoberfläche aufrechtzuerhalten, ziehen die Vereinigten Staaten keinen entsprechenden Vorteil aus der Partnerschaft. Ihr Interesse für das Weltreich scheint mehr sentimental als materiell zu sein, was einen schrecklichen Gedanken aufkommen läßt.

Wenn man gelten läßt, daß sich alle Freunde von Herrn Lamont an der Westküste zur höchsten Hingabe für den König und fürs Land verpflichten (mit dem Land ist Großbritannien gemeint), kann sich diese aufgeklärte Gruppe für ewig gegen jene „finsteren Horden" behaupten, deren Motto „Was ist da für mich drin?" lautet? Denn es muß eingestanden werden – mehr mit Bedauern als mit Zorn –, daß wir uns nicht alle in der verfeinerten geistigen Atmosphäre aufhalten können, die Herr Morgan atmet, wenn er erklärt, daß die Amerikaner im Weltkrieg gekämpft haben, um ihre unsterbliche Seele zu retten. Die menschliche Natur ist nun einmal so, daß wir nicht alle unsere krassen egoistischen Interessen den höheren Absichten des britischen Außenministeriums unterordnen können – jedenfalls nicht immer.

Nehmen wir einmal an, daß die anglo-amerikanischen Flitterwochen auf ihrem vorgezeichneten Weg laufen und in etwas kulminieren wie einem anglo-amerikanischen Bündnis, worauf das britische Außenministerium hingearbeitet hat. Was dann? Kann daraus nicht ein Konflikt entstehen, in dem ein neuer Schlag amerikanischer Imperialisten, die weniger anglophil sind als die Morgans, sich weigert, den Status als Kronkolonie zu akzeptieren? Und genau da ist der Haken! Ein Krieg zwischen England und Amerika kann noch so undenkbar sein, wie die Propheten der Union der Englischsprachigen sagen. Ist aber der Frieden zwischen ihnen auf lange Sicht nicht ebenso undenkbar? In der Tat, ist es nicht möglich, daß auch die nächsten, unmittelbaren Stufen der anglo-amerikanischen Zusammenarbeit nicht Frieden, sondern das Schwert bedeuten?

Es ist besonders interessant festzuhalten, daß die Morgan-Greenfell Bank das Elternhaus aller Morgan-Institutionen ist. Sie war 1838 von einem amerikanischen Staatsbürger, George Peabody gegründet worden. 1854 trat Junius S. Morgan, Großvater des jetzigen J.P. Morgan, in die Firma ein. Obwohl amerikanischer Staatsbürger, hat Junius Morgan in London gelebt, und sein Sohn J.P. Morgan emigrierte in die Vereinigten Staaten. E.C. Greenfell, einer der Direktoren von Morgans Londoner Haus, sitzt im Rat der Bank von England.

Dies ist nicht nur ein weiteres Indiz für noch ein Kettenglied zwischen britischen und Morgan-Interessen, sondern auch für den internationalen Charakter der britischen Bankgeschäfte im allgemeinen.

Wenn all dies in das Feld der Mutmaßungen gehört, dann darf ich daran erinnern, daß der größte Teil dieses Kapitels auf der Annahme beruht, daß England und Amerika die existierende Weltordnung verteidigen können – wenn sie es wollen. Die Aufzeichnungen der ersten Roosevelt-Regierung zeigen nicht nur, daß die Vereinigten Staaten die Teilnahme an einem Wettbewerb mit England um ausländischen Handel und ausländische Investitionen ablehnen, sie zeigen auch, daß amerikanische Finanzministerialbeamte und amerikanische Marineoffiziere eng mit ihren britischen Gegenstücken zusammenarbeiten.

Die Aussichten eines anglo-amerikanischen Bündnisses können also nicht allein nach den Bedingungen der amerikanischen Interessen, oder auch primär nach jenen Bedingungen

beurteilt werden. Gerade weil Großbritannien immer die amerikanische Außenpolitik dominierte, gerade weil ein britisches Netzwerk hochgestellte Amerikaner sammelte, um das Weltreich zu unterstützen, gerade weil sich die latenten Konflikte zwischen England und Amerika einstweilig entspannt haben, bedeutet das nicht, daß ein anglo-amerikanisches Bündnis die Welt augenblicklich und dauerhafter stabilisieren kann als in dem Moment, da es gebildet wurde. Wer diese Ansicht akzeptiert, macht sich die Perspektive des Dr. John H. Finley zu eigen, wie er bei einem Abendessen der Union der Englischsprachigen Kipling zitiert.

Kurzum, die ganzen Konsequenzen der Einheit der Englischsprachigen werden nicht eher offensichtlich, bevor die Positionen sowohl Englands wie jene der Vereinigten Staaten analysiert worden sind. Wir haben gesehen, was die Politik der Unterstützung Großbritanniens für die Vereinigten Staaten bedeutet hat. Wir haben gesehen, wie das britische Netzwerk arbeitet, und warum die Vereinigten Staaten Großbritanniens Interessen in der Welt verteidigen. Und wir sind bei einem unbehaglichen Dilemma angekommen: Ist Großbritannien so schwach geworden, daß nur die Hilfe der Vereinigten Staaten das Weltreich erhalten kann? Oder ist die Position Großbritanniens so stark geworden, daß nur die Vereinigten Staaten seiner universalen Weltherrschaft im Weg stehen?

Nachbemerkung der Redaktion

Die Antwort auf diese letzte Frage lautet freilich, daß England zu schwach war und verzweifelt auf die Hilfe der USA hoffte, die jedoch nur teilweise erfolgte, nämlich bei der Niederringung des nach den USA und nach der Sowjetunion drittstärksten Rivalen Englands – Deutschlands –, nicht aber bei der Wiederherstellung von Englands Macht und bei der Beherrschung seiner Kolonien.

Anmerkung

Dieser Beitrag erschien zuerst in englischer Sprache unter dem Titel »*Britan – Britain's Propaganda Network in the U.S. Between the World Wars*« in *The Barnes Review*, 6(3) (2000), S. 11-15 (130 Third Street SE, Washington, D.C., 20003, USA). Übersetzung von Zoltan Bruckner.

1 Diese Bemerkung nezülgich eines bedauerlichen Vorfalls bezieht sich offenbar auf das Abkommen von Paris, in dem Groβbritannien die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten anerkannt hat.

US-Intrigen zur Ausweitung des Zweiten Weltkriegs

Die erstaunlichen Enthüllungen des Tyler G. Kent, 1940 Chiffrier-Sekretär in London

Von Keith Stimely und Mark Weber

Vorbemerkung

Nur wenige Erörterungen über das Thema „Roosevelt und der Ursprung des Zweiten Weltkrieges" schenken den Ereignissen vor dem 1. September 1939 viel Aufmerksamkeit. Meist werden nur einige einleitende Worte darüber verloren, wie sich Roosevelts Gedanken und Politik während der dreißiger Jahre entwickelten, nachdem sich das »*New Deal*« fest eingespielt hatte, und besonders nach seiner Wiederwahl im Jahre 1936: seine zunehmende Sorge über die Vorgänge in Europa und Asien, als eine Krise der anderen folgte; seine Sorgen um das Erstehen „der Diktaturen" (nur bezüglich der nichtsowjetischen Variante); seine 1937 beginnende, anfangs verhaltene öffentliche Abkehr von einer Einstellung der Neutralität hin zur Erwägung einer aktiveren Rolle Amerikas in der Welt; danach seine Bemühungen, einer nicht aufnahmewilligen amerikanischen Bevölkerung diese Rolle und ihre möglichen Konsequenzen schmackhaft zu machen. Wenn man Roosevelts schwierige Lage in den späten dreißiger Jahren, als er die öffentliche Meinung bezüglich internationaler Angelegenheiten schneller vorantrieb, als diese getrieben werden wollte, als „Führung in der Isolation" bezeichnete, wie es ein pro-Roosevelt Historiker getan hat, dann müßten die Ereignisse, die in Europa auf einen Krieg hinführten, aus der üblichen Sicht als „Krise in der Isolation" – von Amerika – bezeichnet werden; der Krieg ergab sich einfach und war eine europäische Angelegenheit, die weitgehend nicht von Roosevelt beeinflußt werden konnte; er hatte ihn wohl kommen sehen, aber sein Möglichstes getan, um sein eigenes Volk, wie auch die europäischen Staatsmänner zu warnen.

Für die meisten Historiker, und somit auch für die Geschichtsschüler und allgemein für die geschichtlich interessierte Bevölkerung, steht fest, daß hinsichtlich der Person Roosevelts der zentrale Punkt bei der Diskussion der Kriegsursachen Amerikas Verwicklung in diesen Krieg ist, also wie die USA in den Krieg verwickelt wurde, *nachdem der Konflikt seinen Anfang genommen hatte.* Diese Geschichte besteht in Wirklichkeit aus drei Geschichten:

1. dem „Kampf gegen den Isolationismus" 1939 bis 1941 im Innern;
2. dem „unerklärten Krieg" der US-Marine im Atlantik, wobei Roosevelt sein Bestes tat, um die Neutralität zu umgehen und England auszuhelfen (und, nach dem Juni 1941, Rußland) und sogar so weit ging, militärisch einzugreifen, um deutsche Bemühungen, Geleitzüge abzufangen zu vereiteln;
3. und der Verschlechterung der japanisch-amerikanischen Beziehungen im Pazifik, die zu Pearl Harbor führte.

Dies ist weitgehend sowohl von etablierten wie auch von revisionistischen Historikern behandelt worden. Auch die allgemeine Geschichte der deutsch-amerikanischen und japanisch-amerikanischen Beziehungen in dem Jahrzehnt, das dem Jahr 1941 vorausging, wurde eingehend behandelt. Aber mit wenigen Ausnahmen zielen solche Studien auf 1941 ab – um genau zu sein, auf den 7. Dezember und den 11. Dezember 1941, – einschließlich der Arbeiten, die vorgeben, besonders die Rolle Roosevelts bei den *Ursachen des Zweiten Weltkrieges* zu behandeln. Der ausgewachsene, erklärte Krieg mit Amerika, in dem die Kugeln flogen – das ist der Krieg, der gemeint ist. Der einhelligen Meinung zufolge hatte Roo-

sevelt mit dem, was zwei Jahre zuvor in Europa begonnen hatte, samt der Entwicklung dazu, wenn überhaupt, dann jedenfalls nicht viel zu tun. Das stehe nicht zur Debatte. So läßt es die fehlende Bearbeitung des Themas jedenfalls erscheinen.

In Wirklichkeit ist die Fragestellung bezüglich Präsident Roosevelts aktivem Anteil an den Ursprüngen und seiner Teilverantwortung für den Ausbruch des europäischen Krieges 1939 sehr wirklichkeitsbezogen, sehr aktuell und sehr interessant. Und sie ist nicht neu, obgleich sie unterdrückt worden ist. Einige Studien der frühen Nachkriegszeit – die eingangs erwähnten Ausnahmen – meist in dem Jahrzehnt nach 1945 verfaßt, sei es als Einzelartikel oder als Teil größerer Arbeiten, konzentrierten sich gerade auf diese Frage. Daß dies ausschließlich revisionistische Arbeiten waren, sagt etwas aus über die Natur dieses Themas. Es war keines, von dem die mit dem Strom schwimmenden Pro-Roosevelt-Historiker besonders schwärmen. Für sie gibt es hierzu entweder nichts zu berichten, oder sie könnten sich bei dem Bericht, den sie ablegen müßten, nicht wohl fühlen. Seit dem Erscheinen der frühen revisionistischen Bemühungen, die leicht und nicht aus Versehen in Vergessenheit geraten sind, ist dieses Thema ignoriert worden, und man ließ es zu, daß es sich in dem schmutzigen Brackwasser eines vergessenen Nebenarms des Stromes der Geschichte verlor.

Der hier abgedruckte Artikel von Tyler Kent versucht diesem Mißstand gegenzusteuern. Er entstammt der ersten „Thema"-Ausgabe des *Journal of Historical Review*, Band 4, Ausgabe 2, aus dem Jahr 1983, die daneben noch je einen Artikel von Mark Weber und Dr. David Hoggan zu dieser Problematik enthält, wobei Hoggans Beitrag ein Auszug aus seinem Buch *Der erzwungene Krieg* ist. Die Artikel von Weber und Hoggan befassen sich mit Roosevelt und geheimen Hintergründen des europäischen Krieges 1938-1939. Wir werden Mark Webers Arbeit im folgenden Heft veröffentlichen.

Der in diesem Heft abgedruckte Artikel befaßt sich mit Roosevelts geheimen *Einmischungen* in den europäischen Krieg im Jahre 1940. Bis vor kurzem waren diese wenig bekannt – obwohl darauf z.T. verdeckt angespielt wurde, so etwa, als die *New York Times* im Juni 1940 eine kurze Bekanntmachung der amerikanischen Botschaft in London veröffentlichte, daß ein Angestellter der US-Botschaft aus Gründen der britischen Staatssicherheit von den Briten verhaftet worden sei und gefangengehalten würde.

Der Chiffrier-Sekretär an der US-Botschaft, Tyler Gatewood Kent, war mit etwa 1500 Dokumenten in seinem Besitz ergriffen worden, die von streng geheimen Nachrichten, die über die Botschaft liefen, kopiert oder von denen Auszüge angefertigt worden waren. Kent, der ein überzeugter Gegner der US-Einmischung in den europäischen Krieg war, wurde durch das Material, das ihm vor Augen kam, davon überzeugt, daß Präsident Roosevelt das amerikanische Volk bezüglich der Verpflichtungen gegenüber England und anderweitiger Kriegsangelegenheiten belog. Er entschloß sich, jenes Beweismaterial zu sammeln, das Korrespondenz zwischen Roosevelt und Winston Churchill enthielt (zu einer Zeit, als Churchill nur Erster Lord der Admiralität war), damit es gewissen Senatoren, die gegen die Einmischung waren, übergeben werden könnte, um Roosevelts geheime Machenschaften ans Tageslicht zu bringen.

Als mehr Einzelheiten an die Öffentlichkeit kamen, wurde der „Fall Kent" eine *cause celebre* bei gewissen Anti-Roosevelt-Publizisten und -Historikern. Kent selbst wurde 1945 freigelassen und kehrte nach Amerika zurück. Als die Tatsachen des „Falles Kent" nach dem Ende der Geheimhaltung der Kriegszeit gesichert waren, konzentrierte sich das Interesse auf den Inhalt der „Kent-Dokumente", die bei ihm bei seiner Verhaftung beschlagnahmt worden waren. Sie wurden erst 1972 freigegeben, was eine Reihe geschichtlicher Einzelarbeiten über das Thema veranlaßte (siehe Bibliographie am Ende von Kents Artikel). Erst 1982 schrieb Tyler Kent seinen eigenen Bericht darüber, was er gesehen hatte, was er getan hatte, und warum er so gehandelt hatte, was ihm widerfuhr und wie er im Rückblick über all das dachte. Sein Artikel wurde eigens für das *IHR* geschrieben. Mark Weber gibt eine klare Einführung und beleuchtet die wichtigsten Enthüllungen, die die Dokumente enthalten, die er in den Nationalen Archiven untersuchte.

Keith Stimely

Mit freundlicher Genehmigung von *The Journal of Historical Review*, 4,(2) (1983), Seite 132 ff. Übersetzt von Hans H. Rummel

Einleitung

Im Mai 1940 wurde der 29-jährige amerikanische Chiffrier-Sekretär der Londoner Botschaft der Vereinigten Staaten von britischen Behörden in seiner Wohnung festgenommen. Tyler Kent war angeklagt, gegen britische Staatsgeheimnisse verstoßen zu haben. Die Anklageschrift besagte, *»daß er zu einem Zweck, der die Interessen und Sicherheit des Landes gefährde, ein Dokument gestohlen habe, welches direkt oder indirekt einem Staatsfeind von Nutzen sein könne.«* Er wurde zu sieben Jahren Haft verurteilt, aber nach fünf Jahren entlassen und in die Vereinigten Staaten ausgewiesen.

Zwischen Juni 1940 und Dezember 1945 wurde der Fall Kent in zahlreichen amerikanischen Zeitungsartikeln behandelt, von denen die meisten sensationell oder voller Vermutungen waren, da zuverlässige Informationen schwer zu erhalten waren, denn die britische Presse war zu der Zeit strikt zensiert. Viele Amerikaner wollten wissen, wie eine auswärtige Regierung einen amerikanischen Staatsbürger, der diplomatische Immunität besaß, festnehmen und vor ein Geheimgericht stellen konnte. Kongreßleute und Zeitungen rätselten, was der Chiffriersekretär wirklich wußte über – Gerüchten nach – geheime Abkommen zwischen Präsident Roosevelt und dem britischen Winston Churchill. Viele wunderten sich, ob Kent eingesperrt war, um ihn zum Schweigen zu bringen. Aber zumal man vollauf mit dem Krieg beschäftigt war, gaben sich die meisten – abgesehen von einer Handvoll Skeptikern – mit den offiziellen Regierungserklärungen zufrieden. Als Kent 1945 aus britischer Haft in die Vereinigten Staaten zurückkehrte, war fast alles Interesse in der Euphorie des Sieges der Alliierten verflogen. Für viele Jahre blieb der Fall Kent praktisch vergessen.

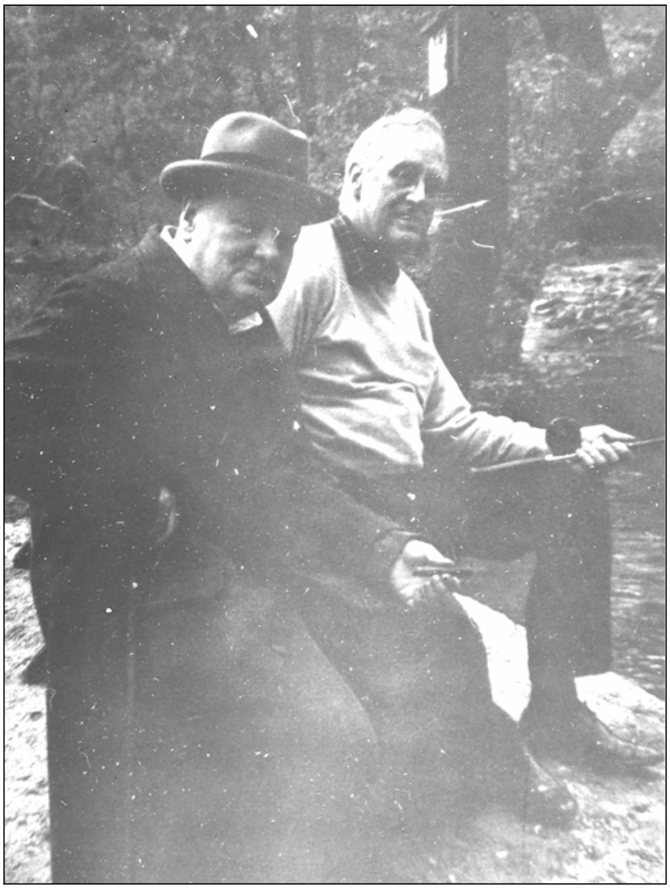
Mit der Zeit und durch eine nüchternere Betrachtung der Handlungsweisen amerikanischer Präsidenten ist ein erneutes Interesse an diesem Fall aufgekommen. Dramatische Aufdekkungen ungesetzlicher Handlungen von Präsidenten, die im

Vietnam Krieg und der Watergate Affaire enthüllt wurden, haben die Amerikaner zu der Einsicht gebracht, daß ihre Regierungsoberhäupter fähig sind, zu lügen und gegen Gesetze zu verstoßen. In den letzten Jahren haben sich wissenschaftliche und halbwissenschaftliche Artikel mit dem Fall Kent befaßt. Der hochangesehene Author John Toland widmete dieser Affaire 1982 einige Seiten seines revisionistischen Buches *Infamy* über Pearl Harbor. Im Dezember 1982 untersuchte das britische Fernsehprogramm »*Newsnight*« den Fall Kent. Die Sendung enthielt einige Auszüge eines Interviews mit Kent, welches in der Nähe seines Heimes in Texas gefilmt worden war. Mehrere Bücher über die Kent-Geschichte sind angeblich in Vorbereitung. All dies bestätigt eine wachsende Bereitschaft, Präsident Roosevelts verhängnisvollen Weg in den Zweiten Weltkrieg kritisch zu untersuchen.

Tyler Gatewood Kent wurde am 24. März 1911 in Nowchwang (Yingkow) in Nordchina geboren, wo sein Vater William P. Kent als amerikanischer Konsul diente. Die Familie hatte starke Wurzeln in Virginia. Kents englische Vorfahren waren dort 1644 ansässig geworden. Präsident John Tyler war ein entfernter Verwandter. Ein Großvater war Sprecher des Abgeordnetenhauses von Virginia und Gouverneur.

Kent besuchte die St. Albans Schule in Washington, D.C. und erhielt seine höhere Ausbildung in Princeton (ab 1931), der George Washington Universität, der Sorbonne in Paris und der Universität von Madrid. Schon sehr frühzeitig hatte er eine ungewöhnliche Begabung für Sprachen gezeigt. Er erlernte eine Reihe antiker und moderner Sprachen. Wie sein Vater entschloß sich Kent für eine Karriere im Außenministerium.

Seine erste Dienststelle war in der amerikanischen Botschaft in Moskau. Von 1934 bis 1939 lernte Kent in der sowjetischen Hauptstadt das wirkliche Leben im Kommunismus kennen. Durch seine ausgezeichneten russischen Sprachkenntnisse wurde er vertrauter mit dem russischen Volk und der Wirklichkeit des russischen Lebens als die meisten Diplomaten. Er entwickelte eine intensive Abscheu für das sowjetische System und diejenigen, die Rußland diese monströse Tyrannei auferlegt hatten.



Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill im Ferienanwesen des Präsidenten in Shangri, Louisiana, 14.5.1943.
(US National Archives, www.nara.gov/nara/pressrelease/picturing/gallery2.html)

Wie so viele Amerikaner war Kent von Roosevelts Unterstützung für dieses grausame und despotische Regime angewidert. Kents persönliche Beobachtung und sorgfältige Studie hatten ihn überzeugt, daß der Kommunismus eine tödliche Gefahr für die Welt bedeutete und insbesondere für den Westen. Präsident Roosevelt jedoch betrachtete das sowjetische System als eine gröbere aber fortschrittlichere Version seines eigenen »*New Deal*«, die beide von hohen humanistischen Idealen getragen wurden.

Kent wurde von Moskau an die amerikanische Botschaft in London versetzt. Von Oktober 1939 bis zu jenem unglückseligen 20. Mai 1940 diente er dort als Chiffrier-Sekretär. Dies war eine besonders wichtige Schlüsselstellung, weil sämtliche nach Washington gehenden diplomatischen Anweisungen aller amerikanischen Dienststellen in Europa durch den Code-Raum der Londoner Botschaft geleitet wurden.

Als Kent seine Stelle dort antrat, war der Krieg in Europa schon ausgebrochen. Amerikanische Gesetze sowie die überwältigende öffentliche Meinung schienen sicherzustellen, daß Amerika eine Verwicklung in diesen Konflikt erspart bleiben würde. Von seiner besonderen Warte aus in London lernte Kent sehr schnell, daß Präsident Roosevelt unter Umgehung der Gesetze und Täuschung seines Volkes alle Hebel in Bewegung setzte, um Amerika in den Krieg zu verwickeln.

Kent entschloß sich, Kopien oder Zusammenfassungen diplomatischer Depeschen zu machen, die Roosevelts geheime Politik darlegten. Irgendwie wollte er sie wohlgesinnten Abgeordneten und Senatoren zukommen lassen. So setzte er den Kurs, der zu seiner Inhaftierung führte, der ihm für kurze Zeit so etwas wie Ruhm brachte und ihn fünf Jahre Kerker kostete. Er wurde, so seine eigenen Worte, in die Weltgeschichte verwickelt. Tatsächlich gelang es ihm fast, den Gang der Weltgeschichte zu ändern.

Als Chiffrier-Sekretär sah Kent Hunderte von diplomatischen Depeschen zwischen den europäischen Botschaften und dem Außenministerium in Washington. Er machte wortgetreue Abschriften der meisten Dokumente und Zusammenfassungen der übrigen. Darunter befand sich auch die streng geheime Korrespondenz zwischen Roosevelt und Winston Churchill, die mit einem Brief des Präsidenten vom 11. September 1939 begann.

Bis zum 11. März 1940 war Churchill »*First Lord of the Admiralty*« (Oberbefehlshaber der britischen Marine). Bis zu diesem Tag war daher der Austausch von Informationen zwischen ihm und Roosevelt äußerst ungewöhnlich, da er sich hinter dem Rücken von Premierminister Neville Chamberlain, dem Oberhaupt der britischen Regierung, abspielte. Laut Protokoll sind Staatsoberhäupter nur mit anderen Staatsoberhäuptern in Verbindung. Alle übrigen Verbindungen werden letztlich immer als für das Staatsoberhaupt bestimmt angesehen. Die Roosevelt-Churchill Korrespondenz war nicht nur dazu bestimmt, sie vor Premierminister Chamberlain geheim zu halten, sondern sie war in Wirklichkeit eine Verschwörung gegen ihn. Churchill wollte Chamberlain stürzen und Roosevelt selbst wünschte das. Aus diesem Grund wurde der Aus-

tausch besonders geheim gehalten. Bis Churchill selbst Premierminister wurde, unterschrieb er seine Nachrichten an Roosevelt ganz einfach als »*Marine Person*«.

Wenn die Existenz eines geheimen Churchill-Roosevelt Nachrichtenaustausches hinter dem Rücken Chamberlains bekannt geworden wäre, wäre das zumindest höchst unangenehm für beide Teilnehmer gewesen. Es wären aber Forderungen nach einer Anklage gegen Roosevelt laut geworden, wenn es Kent gelungen wäre, das amerikanische Volk über den Inhalt des Austausches zu informieren.

Kent fing Churchills Sendung an Roosevelt vom 25. Dezember 1939 (Telegramm 2720) ab und machte eine vollständige Kopie. In dieser informierte Churchill den Präsidenten, daß britische Kriegsschiffe weiterhin amerikanische Hoheitsrechte verletzen würden, indem sie deutsche Schiffe weiterhin innerhalb der amerikanischen Dreimeilenzone beschlagnahmen würden. Um diese Verletzungen jedoch geheim zu halten, versprach Churchill, diese Beschlagnahmungen nur außer Sicht der amerikanischen Küste vorzunehmen.

> *»Wir können nicht darauf verzichten, feindliche Schiffe innerhalb der internationalen Dreimeilenzone anzuhalten, wenn es sich dabei sehr wohl um Versorgungsschiffe für U-Boote oder Überwasserkriegsschiffe handeln kann. Es sind aber Befehle gegeben worden, daß sie nur außer Sicht der amerikanischen Küste aufgebracht oder beschossen werden.«*

Churchill schrieb in seiner Depesche an Roosevelt vom 28. Februar 1940 (Telegramm 490), die ebenfalls von Kent abgefangen und kopiert wurde, daß die Briten weiterhin amerikanische Post von amerikanischen und neutralen Schiffen auf dem Weg nach Europa beschlagnahmen und zensieren würden. Churchill schrieb Roosevelt diesbezüglich:

> *»Unsere gesamte Erfahrung hat uns gelehrt, daß das Durchsehen der Post für eine wirksame Kontrolle notwendig ist.«*

Dies war natürlich eine schreiende Verletzung amerikanischen Hoheitsrechtes und internationaler Gesetze. Als das volle Ausmaß von Roosevelts Beihilfe bei der Beschlagnahme und Zensur amerikanischer Post für Europa durch die Briten viele Jahre nach dem Krieg bekannt wurde, herrschte große Verwunderung in den Vereinigten Staaten. Wenn diese von Kent abgefangene Sendung 1940 oder 1941 veröffentlicht worden wäre, hätte es einen Skandal erster Ordnung verursacht.

Aus der geheimen Korrespondenz zwischen Churchill und Roosevelt, die von Kent abgefangen wurde, ergibt sich, daß die beiden Führer vereinbart hatten, daß die Regierung der Vereinigten Staaten insgeheim Verletzungen amerikanischer Hoheitsrechte und Beschränkungen im neutralen amerikanischen Schiffsverkehr dulden würde. Beide Männer wollten peinliche Vorkommnisse vermeiden, die in Amerika öffentliche Entrüstung über die illegalen britischen Aktionen hätte hervorrufen können. Fernerhin arbeiteten sie Verfahren für eine gemeinsame britisch-amerikanische Marineberichterstattung aus, um die Position deutscher Überwasserschiffe und U-Booten festzustellen und zu melden. Dies verstieß zumindest gegen den Geist, wenn nicht gar gegen den Wortlaut der US-Neutralität.

Die Tatsache, daß die US-Regierung nicht auf Kents diplomatischer Immunität bestand, damit britische Behörden ihn einkerkern konnten, ist schon ein Beweis dafür, daß die Roosevelt-Regierung nur dem Namen nach neutral war. Es ist unvorstellbar, daß die amerikanischen Regierung nicht auf Kents Immunität betanden hätte, wenn er beim Abfangen von Telegrammen in der Berliner Botschaft gefaßt worden und von deutschen Behörden eingesperrt worden wäre. Im Gegenteil, die Roosevelt-Regierung hätte alle Hebel in Bewegung gesetzt, um jede mögliche Anklage gegen ihn und Inhaftierung durch die deutsche Regierung zu verhindern.

In Presse und Öffentlichkeit entstand ein wachsender Aufruhr über eine mögliche Verschleierung des Falles Kent. Als Antwort darauf gab das Außenministerium am 2. September 1944 eine lange öffentliche Erklärung heraus.

Das spitzfindig formulierte Dementi machte Andeutungen, daß Kent ein deutscher Spion gewesen sei, obwohl keine direkte Anklage gemacht wurde. Das Außenministerium gab aber letztlich zu, daß es in dem Falle britischen Interessen den Vorzug über amerikanische Interessen und Gesetze gegeben hatte. Die Erklärung besagte, daß Kents Gerichtsverhandlung in geheimer Sitzung abgehalten worden sei, »*wegen der schädlichen Auswirkung auf die britische Spionageabwehr, die vorauszusehen war, wenn gewisse Teile der Beweise bekannt geworden wären.*« Noch aufschlußreicher war das offizielle Eingeständnis, warum Kents Sonderbehandlung gerechtfertigt gewesen sei:

> *»Zu einer Zeit, als Großbritannien um seine Existenz kämpfte, hatten seine Interessen in einem solchen Falle den Vorrang.«*

Es muß einem auffallen, daß zu einer Zeit, in der die Vereinigten Staaten bezüglich der Auseinandersetzung zwischen England und Deutschland offiziell und rechtlich neutral waren, das US-Außenministerium im Fall Kent britischen und nicht amerikanischen Interessen den Vorrang gab.

1939 und 1940 wollte die überwältigende Mehrheit der US-Bürger eine Beteiligung an dem europäischen Krieg vermeiden. Sie war der Ansicht, daß die amerikanische Beteiligung am Ersten Weltkrieg ein verhängnisvoller Irrtum gewesen sei und wollten sicherstellen, daß dieser Irrtum nicht wiederholt würde. Auch der Kongress fühlte sich der strikten Neutralität verpflichtet und hatte zwei Gesetze verabschiedet (Johnson und Neutrality Acts), um die USA aus dem Krieg in Europa herauszuhalten.

Der Präsident ist laut Verfassung verpflichtet, den Willen der amerikanischen Bürger auszuführen, der durch den Kongreß zum Ausdruck gebracht wird. Die Verfassung gibt dem Kongreß das alleinige Recht, Krieg und Frieden zu erklären. Präsident Roosevelt jedoch umgab sich mit einem kleinen Kreis von Vertrauten, um mit unverschämter Verachtung des Willens seines Volkes einen Krieg in Europa anzuschüren und die Vereinigten Staaten in diese Auseinandersetzung zu verwickeln. Hiermit brach er seinen Eid »*die Verfassung der Vereinigten Staaten zu erhalten, zu beschützen und zu verteidigen.*«

Unzählige Lügen sind über die Jahre über Tyler Kent verbreitet worden. Die verleumderischste war, daß er ein Verräter und ein Spion für Deutschland gewesen sei. In Wirklichkeit war Kent ein echter Patriot, der die Wohlfahrt seiner Nation über sein persönliches Wohlergehen und seine eigene Sicherheit setzte. Er wurde nie wegen der Verletzung amerikanischer Gesetze angeklagt. Kent handelte nach dem herkömmlichen Grundsatz, daß für amerikanische Regierungsbeamte amerikanische Interessen an erster Stelle stehen. Er wurde von seiner eigenen Regierung zugunsten ausländischer Interessen geopfert.

In London war Tyler Kent einem schmerzvollen Zwiespalt ausgesetzt. Was sollte ein Regierungsbeamter tun, der herausfindet, daß sein Vorgesetzter, der Präsident der Vereinigten Staaten, gegen die Gesetze verstößt? Kent fühlte eine größere Verpflichtung seiner Nation und ihren Gesetzen gegenüber als zu Präsident Roosevelt. Es war sein Ehrenkodex, der ihn veranlaßte, dokumentarische Beweise über Roosevelts hochverräterische Verbrechen zu sammeln und sie den amerikanischen Bürgern vorzulegen. Kent zahlte für sein „Verbrechen" mit fünf Jahren Gefängnis und einem befleckten Ansehen für den Rest seines Lebens, während Franklin D. Roosevelt, der gegen die Verfassung handelte und zahllose Gesetze brach, als Präsident wiedergewählt wurde und heute noch als Held gepriesen wird.

Wäre es Tyler Kent gelungen, seine Sammlung dokumentarischer Beweise an die Öffentlichkeit zu bringen, hätte das einen gewaltigen Ruf nach Absetzung von Präsident Roosevelt ausgelöst. Zumindest hätte das seine Kampagne, Amerika in den Krieg zu verwickeln, eine Zeitlang aufgehalten. Roosevelt wäre womöglich dermaßen diskreditiert gewesen, daß Wendell Willkie ihn in der Päsidentenwahl 1940 geschlagen hätte. Es ist schwierig zu sagen, ob die Kent-Enthüllungen ausgereicht hätten, um Roosevelt anzuklagen. Mit Sicherheit aber sind diese Dokumente Beweise für kriminelle Handlungen, die ausreichend gewesen wären, ihn aus dem Weißen Haus zu entfernen. Der Kongreß hätte sich praktisch gezwungen gesehen, zumindest Anklageformalitäten einzuleiten. Soviel kann mit Sicherheit gesagt werden: Eine Veröffentlichung der Kent-Dokumente wäre ein mächtiger Schlag gegen Roosevelts Ansehen und seine Glaubwürdigkeit gewesen. Tyler Kent hätte in dem Falle möglicherweise die US- und die Weltgeschichte entscheidend ändern können.

Mark Weber

Das Roosevelt-Vermächtnis und der Fall Kent

Von Tyler Gatewood Kent

Es gibt Leute, die uns glauben machen wollen, daß es sich nicht lohnt, die verschimmelten Seiten der Weltgeschichte abzustauben. Insbesonders jene glauben dies, die die Vorgänge, die sich vor vierzig Jahren abspielten, als „antike Geschichte" abtun wollen. Viele sind dabei von dem Wunsch erfüllt, uns jene verhältnismäßig neuen Vorgänge vorzuenthalten, die die Welt von heute geformt haben. Es steht außer Frage, daß die Vorgänge, die zum Zweiten Weltkrieg führten, sowie der Krieg selbst das Leben der heutigen Generation beeinflußt haben. Franklin Delano Roosevelt ist jene Person unter den US-Politikern, die durch diesen Krieg als größter Schöpfer jener Welt hervorging, in der wir heute leben.

Während seiner unvergleichlichen zwölfjährigen Amtszeit als Präsident war er Gebieter über die Schicksale von Millionen unglücklicher Staatsbürger. Roosevelt wurde zu Beginn einer schweren Depression Präsident, die Millionen Amerikaner in Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit stieß. Die Banken versagten und ganze Fabriken schlossen ihre Tore. Roosevelt begann, was er als »*New Deal*« anpries. Es bestand hauptsächlich in Versuchen, die wirtschaftlichen Probleme der Nation durch Arbeitsbeschaffungsprogramme zu lösen, die aus der Staatskasse finanziert wurden. Von den vorhergehenden Verwaltungen hatte er ein gesundes Geldsystem geerbt und praktisch keine Staatsschulden. Ohne Risiko konnte er deshalb eine Politik des »*spend and elect*« (ausgeben und wählen) als dauerhafte Einrichtung seiner Verwaltung einführen.

Unglücklicherweise lösten diese mittels Staatsdefiziten finanzierten Programme nicht das Problem der Großen Depression. Im Jahre 1939 stand die Arbeitslosenrate immer noch bei 17%. Ich habe keinerlei Zweifel daran, daß Roosevelt keine Illusionen hatte, seine Überbrückungsmaßnahmen seien eine dauerhafte Lösung für die wirtschaftlichen Probleme der Nation. Aus diesem Grunde legte er von den frühesten Tagen an die Fundamente für einen weitaus zynischeren Ansatz – meistens heimlich, aber manchmal auch offen. Er wußte, daß für die Vereinigten Staaten, die selbst von zwei Ozeanen geschützt waren, ein schöner, blutiger und teurer Krieg, der von Ausländern ausgefochten wurde, das non-plus-ultra für die Wirtschaft sein würde. Dies ist eine wohlbegründete Erklärung für die Tatsache, daß Roosevelt durch die gesamten dreißiger Jahre hinaus den Kräften in Europa half und sie unterstützte, die einen Krieg gegen das nationalsozialistische Deutschland vorbereiteten. Ein solcher Krieg paßte perfekt in sein heimisches Szenario. Er war von einer Koalition gewählt worden, die aus den großen Gewerkschaften bestand, dem „soliden Süden" und der außerordentlich mächtigen jüdischen Minderheit. Alle diese drei Elemente sahen in einem Krieg die Erfüllung ihrer Gebete. Die Gewerkschaften würden Arbeitsplätze haben, wenn die Maschinen der Kriegsfabriken brummen würden; die wenig gebildeten und somit etwas einfältigen Leute aus dem Süden waren durch ihre Senatoren und Abgeordneten leicht davon zu überzeugen, daß ein Krieg hohe Preise für Baumwolle, Schweine und andere Naturprodukte bringen würde; und was die Juden anbetraf, die hatten ja schon 1933 während des berüchtigten Treffens des Weltjudentums in Amsterdam Hitler den Krieg erklärt. Mit ihrer Kontrolle von Presse, Radio und Filmindustrie in den Vereinigten Staaten (Fernsehen konnte ihrem Propaganda-Arsenal noch nicht zugefügt werden) warteten sie ungeduldig auf eine Gelegenheit, die Vereinigten Staaten in ihren Krieg von gottloser Rache hineinzuziehen. Roosevelt war ihr williger Lakei.

Im Jahre 1936 hatte der Kongreß strikte Neutralitäts-Gesetze eingeführt, die die Wünsche und Gefühle der Wählerschaft widerspiegelten. Diese hinderten den Präsidenten daran, seine Pläne voranzutreiben, die Vereinigten Staaten gesetzlich in einen europäischen Krieg zu verwickeln. Roosevelt aber sah sich selbst als über den Gesetzen stehend. Die Götter hatten seinen Weg bestimmt, und er hatte eine göttliche Mission, um jeden Preis alles Unrecht in der Welt recht zu machen. Wie die meisten selbsternannten „Kreuzfahrer" machte er sich selbst zum Narren und setzte gleichzeitig die gesamte Zukunft seines Landes und der Welt aufs Spiel.

Verschwörungen kommen oft auf eigenartige Weise unerwartet ans Tageslicht. Dies geschah beinahe auch mit Roosevelts

gesetzwidriger Verschwörung, dieses Land in einen fremden Krieg zu stürzen. 1940 fand ein unbekannter Chiffrier-Sekretär an der amerikanischen Botschaft in London Dokumente, die seiner Meinung nach und später ebenso nach Ansicht von vielen angesehenen Historikern ohne Zweifel bewiesen, daß Roosevelt direkt und auch durch Vertraute in Handlungen verwickelt war, die darauf angelegt waren, einen europäischen Krieg auszulösen, in den Amerika schließlich hineingezogen würde.

Ich war dieser Chiffrier-Sekretär.

Ich wurde 1911 als Sohn eines Angehörigen des Außenministeriums der Vereinigten Staaten geboren, der zu der Zeit in China stationiert war. Nach Rückkehr in die Vereinigten Staaten ging ich meiner höheren Ausbildung zunächst in Princeton nach und später an verschiedenen europäischen Universitäten. 1933 trat ich dem Stab der neuen amerikanischen Botschaft in Moskau bei. Diese war gerade eröffnet worden, nachdem Präsident Roosevelt mit dem bolschewistischen Rußland diplomatische Beziehungen aufgenommen hatte. Ich kannte die russische Sprache schon etwas, und da ich schon immer Veranlagung für Fremdsprachen hatte, wurde mein Russich sehr schnell fließend. Ich nahm die Gelegenheit wahr, mit den einfachen Bürgern Moskaus zusammenzukommen. Hier lernte ich an der Quelle die brutale Natur des Bolschewismus kennen und es wurde mir bewußt, was es bedeuten würde, wenn dieser orientalische Barbarismus sich weiter ausbreiten würde. Die weltweite Ideologie der sogenannten „Liberalen“ (ein US-Orwellsches Neusprech für „Sozialist“) wurde mir auch bewußter, die ihre Begeisterung für die „Neue Zivilisation“ der Sowjetunion nicht bremsen konnten.



William C. Bullitt, erster US-Botschafter in der UdSSR

Ich begann, die Macht der jüdischen Presse in den Vereinigten Staaten zu erkennen, die ununterbrochen über angebliche Brutalitäten der neuen nationalsozialistischen Regierung in Deutschland berichtete, während sie zur gleichen Zeit die wirklichen weit größeren Brutalitäten in der Sowjet-Union ignorierte. Letztere waren aber dem NS-Regime um mehr als ein Jahrzehnt vorausgegangen. Der Grund für dieses verzerrte und falsche Bild wurde schnell klar. In Deutschland fiel die Last von Staatsaktionen auf die Juden, wohingegen die Geheimpolizei der Sowjet-Union (NKWD) bis in die späten dreißiger Jahre fast ausschließlich in jüdischen Händen war. Die Verwaltung der *Gulags* (Arbeitslager, die in Wirklichkeit Ausrottungslager waren) war vollkommen jüdisch, und hier konnten die Juden ihre Rache an ihren uralten Gegnern unter der russischen Bevölkerung ausüben.

Die amerikanischen Juden und ihre sozialistischen Verbündeten nahmen schnell den Kampfruf für die Zerstörung Deutschlands auf – was natürlich eine Bestärkung der Sowjetunion als zukünftigem Alliierten mit sich brachte. Roosevelt glaubte in seiner Naivität, daß er Stalin unter Kontrolle halten könne, solange er ihm gab, was er wollte. Er wurde in diesem Glauben bestärkt durch solch „gelernte“ Kreml-Spezialisten wie George Kennan, Charles Bohlen und Joseph E. Davies. Diese Scheingelehrten hatten während ihres Aufenthalts in Rußland nichts über sowjetische Politik und ihre Ziele gelernt. Ihre Äußerungen waren ganz einfach der Ausdruck sozialistischer Ideologie, wie sie an amerikanischen Universitäten ausgebrütet wurde.

Ein Beispiel: die hochgepriesene Kennan-Doktrin über die Eindämmung (»*Containmen*«) des Kommunismus, die vom *Council of Foreign Relations* (Rat für auswärtige Beziehungen, CFR) 1948 verkündet wurde, hatte zum Ergebnis, daß sich der Kommunismus auf über 40% unseres Planeten ausdehnen konnte. Die Errichtung einer sowjetischen Bastion in Kuba, nur wenige Meilen vor der US-Küste, war ein Resultat. Bis 1948 schien die Regierung der Vereinigten Staaten keinerlei Ahnung zu haben, was kommunistische Ausbreitung für die Welt und für unsere Zivilisation bedeutet. In aller Bescheidenheit glaube ich recht zu haben, wenn ich behaupte, daß ich die Wirklichkeit mindestens zehn Jahre früher verstand als die anerkannten Kreml-„Experten“.

Im September 1939 kam ich in London an, um meinen Dienst bei der dortigen Botschaft der Vereinigten Staaten anzutreten. Meine Arbeit gab mir auch Einsicht in heikle Dokumente, die sich mit Politik befaßten. Fast sofort fiel mir auf, daß die geheimen Aktivitäten der Regierung Roosevelt nicht mit den offiziellen Verlautbarungen ihrer Sprecher übereinstimmten. Dies schloß Roosevelt selbst ein, wie auch untergeordnete Personen, die ihm nahe waren. Die Neutralitätsgesetze, die vom Kongreß verabschiedet worden waren, wurden zynisch umgangen. Es erschien mir zu der Zeit als meine nicht zu umgehende Pflicht, die richtigen Personen in den Vereinigten Staaten über das zu informieren, was sich abspielte. Es muß in Betracht gezogen werden, daß zu der Zeit sowohl im Kongreß als auch in der Öffentlichkeit Übereinstimmung bestand bezüglich der Ablehnung einer passiven oder gar aktiven Beteiligung der Vereinigten Staaten in dem europäischen Konflikt. Meinungsumfragen hatten ergeben, daß eine überwältigende Mehrheit von 83% gegen eine solche Beteiligung war. Andererseits war die jüdische öffentliche Meinung Deutschland gegenüber militant-feindlich eingestellt, und die jüdisch kontrollierte Presse wurde massiv eingesetzt, um eine Kriegs-

stimmung anzuheizen. Es scheint schwer nachvollziehbar, wie die Wünsche von schätzungsweise 3% der Bevölkerung die Oberhand über 83% der Bevölkerung gewinnen konnten.

Da keine einzelne Macht alleine fähig war, gegen das deutsche Militär zu bestehen, war es folglich bei dieser Kriegspolitik notwendig, ein System von Allianzen und Bündnissen gegen das Dritte Reich aufzubauen. Über seine Zusammenarbeit mit britischen Agenten in Washington hinaus hatte Roosevelt mit William C. Bullitt in Paris und Anthony Drexel Biddle in Warschau zwei willige Helfer in Europa. Bullitt war zuvor Botschafter in Moskau gewesen und war ursprünglich voller Enthusiasmus für die „Neue Zivilisation" dorthin gegangen. Das war 1934, aber 1936 verließ er sie bereits. Er war sehr enttäuscht worden durch das, was er gesehen hatte, und durch die Art, mit der er behandelt worden war. Bullitt war der ausgesprochene englisch-amerikanische Fabian-Sozialist. Er war der Playboy-Sprößling einer Banker-Familie aus Philadelphia, der sich schon früh im Leben sozialistischen Anliegen gewidmet hatte. 1919 schon hatte er Woodrow Wilson gedrängt, das neue Sowjet-Regime anzuerkennen, damit »*kein radikaleres Regime überhandnehmen könne*«. Wen er als »*radikaler*« als Lenin, Trotzky und Genossen im Sinn haben mochte, sagte er nicht. Bullitt war kein Kommunist, aber er heiratete Louise Bryant, eine kommunistische Zeitungsfrau und Witwe des Kommunisten John Reed. Es ist weithin bekannt, daß John Reed innerhalb der Kremlmauer beerdigt ist in dankbarer Anerkennung seiner Verdienste für das kommunistische Regime, während es noch in den Kinderschuhen steckte. Es ist nicht meine Absicht, alle Ansichten einer Ehefrau ihrem Gatten anzuhängen. Jedoch im Falle von William Bullitt und Louise Bryant wird man wohl sagen können: wie der Herr, so's Gscherr.



1933: William C. Bullitt wird von Kalinin als Botschafter der USA im Kreml empfangen – der Beginn einer für die Welt verhängnisvollen Kooperation

Bullitt wurde im englisch-amerikanischen Lager von seinem Posten aus einer der boshaftesten Kriegshetzer gegen Deutschland. Vielleicht machte ihn seine zum Teil jüdische Abstammung (Hurwitz) zu blind, um sehen zu können, wo die wirklichen Interessen Amerikas lagen. Er war intelligent genug, wenn auch beschränkt in seinem Urteilsvermögen. Er hätte wissen müssen, daß Sowjetrußland der alleinige Gewinner in einem Krieg sein würde, der Deutschland als Militärmacht lahmlegte. Zweifellos war es für einen lebenslangen Sozialisten schwer, sich einzugestehen, daß er sich vollkommen über die „Neue Zivilisation" geirrt hatte.

Die „Potocki Papiere", deren Inhalt ich in London erfuhr, zeigten klar und deutlich die Ansichten von Bullitt und Biddle: *britische Interessen an erster Stelle, amerikanische an letzter!*

Auch nachfolgende US-Präsidenten scheinen nichts aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges gelernt zu haben. Ronald Reagan zeigte 1982, daß britische Interessen immer noch über denen des eigenen Landes stehen, als er sich in der Falkland-Malwinen-Auseinandersetzung auf die britische Seite stellte und damit alles Wohlwollen zerstörte, das wir in Lateinamerika genossen. Und dies alles nur wegen des britischen Ansehens.

Nur der Lauf der Zeit und das Urteil der Geschichte können historische Streitfragen endgültig klären. Genug Zeit ist verstrichen – 45 Jahre – seit der Formulierung von Roosevelts verhängnisvoller Vorkriegs- und Kriegspolitik. Jeder unparteiische Beobachter der heutigen Weltszene kann nun selbst die konkreten Resultate dieser Politik auswerten und sehen, was sie für die Vereinigten Staaten gebracht haben. Amerika hat dadurch, daß es den Zweiten Weltkrieg „gewonnen" hat, keinerlei Vorteile erreicht. Daher muß der Krieg als ein Netto-Verlust angesehen werden – als Fehler.

Die Giftigkeit der „Kreuzzug-gegen-das-Böse"-Propaganda, die heute noch die Ätherwellen und die Presse füllt, ist Zeugnis dafür, daß man eben außer dieser Propaganda weiter nichts zu sagen hat, wenn es darum geht, die Früchte dieses Krieges zu zählen. Die Sicherheit dieses Kontinents wurde nicht gestärkt. Amerikanische Handelsvorteile waren kurzlebig und vorübergehend. Nur die Juden profitierten, indem sie ihre Rache am nationalsozialistischen Deutschland bekamen und indem sich der Sowjet-Kommunismus auf über 40% der Welt ausbreitete, und natürlch nicht zu vergessen, daß sie eine große Anzahl europäischer Juden nach Palästina bringen konnten.

Es ist eigenartig, daß die Staatsmänner der westlichen Welt nicht zu der Einsicht kommen konnten, daß ein geschlagenes und zerstörtes Deutschland eine Entwicklung Sowjetrußlands zur stärksten Militärmacht bedeuten würde, die unseren eigenen Interessen feindselig gegenüber stehen würde. Aber so kam es. Die heutigen Vereinigten Staaten sind unfähig, die Monroe-Doktrine anzuwenden, die über ein Jahrhundert lang Amerika vor europäischen Angriffen und Ideologien geschützt hatte. Wir müssen die bittere Pille des Fidel Castro schlucken, dem sowjetischen Vorkämpfer in der westlichen Hemisphäre, und wir müssen machtlos zusehen, wie sich kommunistische Regime in Nicaragua und anderswo in Mittelamerika ausbreiten.

Mein „Verbrechen" bestand darin, diese Entwicklung vorausgesehen zu haben, während ich Chiffrier-Sekretär an der amerikanischen Botschaft in London war, und daß ich etwas unternahm, um sie zu verhindern.

Die gehässigsten Verleumdungen, die sich über die Jahre gegen mich richteten, kreisten um den Vorwurf der „Untreue". Die Pressebekanntmachung des Außenministeriums vom 2. September 1944 ist voll davon. Doch *wem* und *was* schuldete ich Loyalität? Es wurde behauptet, daß ich Joseph P. Kennedy und Präsident Roosevelt Loyalität schulde. Unter normalen Umständen würde ich dem beipflichten. Ein Regierungsbeamter leistet aber einen Eid »*die Gesetze und die Verfassung der Vereinigten Staaten gegen alle auswärtigen und internen Feinde aufrecht zu erhalten*«.

Die Ereignisse haben inzwischen bewiesen, daß kein ausländischer Feind den Interessen dieses Landes größeren Schaden hätte zufügen können, als es Roosevelt tat. Er war der größte »*interne Feind*« und kein Untergebener schuldete ihm irgendwelche Treue bei der Verfolgung seiner *illegalen* Tätigkeiten. Kein Gericht hat Franklin Delano Roosevelt verurteilt, aber das Gericht der Weltgeschichte wird das zur rechten Zeit tun. Dies ist der Kern des „Tyler Kent Vorfalles" und die Rechtfertigung für meine Handlungsweise 1939 und 1940 in London.

Niemand – ich selbst am wenigsten – wird je behaupten, daß der 20. Mai 1940 jenem Datum an Wichtigkeit gleichkomme, das Roosevelts selbst „das Datum der Schande" genannt wurde (der japanische Überfall auf Pearl Harbor). Doch mag das Datum denen wichtig erscheinen, die etwas Achtung vor Verfassungs- und Internationalem Recht haben. Es war am Morgen jenes Tages – zehn Uhr früh, wenn ich mich recht entsinne –, daß die Vereinigten Staaten einen drastischen Schritt unternahmen. Sie erlaubten und halfen der britischen Polizei sogar, einen Angehörigen der amerikanischen Botschaft festzunehmen und einzukerkern, der einen diplomatischen Paß besaß und offiziell durch die Gesetze der „diplomatischen Immunität" geschützt war. Mit dieser Tatsache setzte die amerikanische Regierung einen ungewöhnlichen Präzedenzfall, dessen Natur wir im folgenden untersuchen werden. Es wäre ein Irrtum zu behaupten, daß Festnahme und Inhaftierung von Botschaftsangehörigen zuvor noch nie vorgekommen sei, obwohl solche Fälle nur sehr selten vorkommen.

Dieser Tag im Mai war aus einem anderen Grund von besonderer Bedeutung. In einer Stadt, die für viele Dinge bekannt ist, aber bestimmt nicht für ihr gutes Klima, war dies ein besonders schöner Tag. Es war mir nicht vergönnt, ihn zu genießen. Gegen zehn Uhr wurde ich durch Splittern von Holz und Aufbrechen von Türschlössern aufgeschreckt, als eine stämmige Überfallgruppe von Scotland Yard, von einem Offizier des britischen Militär-Geheimdienstes und einem Beamten der amerikanischen Botschaft begleitet, in meine Wohnung einbrach. Meine Besucher hätten bestimmt auf konventionellere Art hereinkommen können. Hätten sie geklopft und höflich um Einlaß gebeten, hätte ich sie bestimmt willkommen geheißen. Aber offensichtlich zogen sie das Einbrechen von Türen vor. Rückblickend bin ich heute überzeugt, daß solche Taktiken von der Polizei zur Überraschung und Einschüchterung angewandt wurden und werden. Wenn das unglückliche Objekt dieser Aufmerksamkeit nicht nur eingeschüchtert und überwältigt ist, sondern auch noch in seinem Schlafanzug dasteht, ist dies von Vorteil für die Polizei.

Warum, muß man sich da fragen, sollte sich die Regierung der Vereinigten Staaten an solch einem Rechtsbruch beteiligen, der allen diplomatischen Regeln und Bräuchen widerspricht? Sicherlich müssen die Umstände, die ein solches Vorgehen hervorriefen, außerordentlich verrucht oder gefährlich gewesen sein. Warum aber sind diese Umstände heute, nach 42 Jahren, immer noch nicht ans Tageslicht gebracht worden? Und vor allem: Warum habe ich so lange gewartet, diese Fakten der Öffentlichkeit zu unterbreiten?

Die Antwort darauf ist, daß es für alles eine richtige oder eine falsche Zeit gibt. Der November 1945 war bestimmt nicht die richtige Zeit. Damals kehrte ich in die Vereinigten Staaten zurück, nachdem ich für die gesamte Dauer des Krieges in England inhaftiert gewesen war. Das Land war in einer Ekstase nach seinem „Sieg" über den abscheulichen Feind. Jeder Versuch, den gerade errungenen „Sieg" als möglichen Pyrrhussieg und verheerender für das Gesamtwohl darzustellen, als je ein anderes Geschehen in der US-Geschichte, wäre auf taube Ohren gestoßen. Nicht nur das, sondern es hätte zum Lynchen der Person führen können, die solche Ketzerei vorbrachte.

Unzweifelhaft verursachte es das moralische und psychologische Lynchen einer Reihe von Leuten durch die rabiate fremdländische Presse und elektronischen Medien. Nein, 1945 war nicht die Zeit. Bestimmte Freunde von mir und meiner Familie ermöglichten mir, das Land zu bereisen und die Einstellung der Leute herauszufinden. Ich fand sie in der Hauptsache vollkommen unempfänglich für jede Kritik an Franklin dem Großen, Amerikas Beteiligung an dem Krieg und den Methoden, die angewandt worden waren, um uns in den Konflikt hineinzubringen. So war es damals.

Heute haben sich die Dinge etwas verändert. Es gibt Tatsachen, die sich nicht einmal durch die gehässigste Propaganda der fremdkontrollierten Medien noch länger erfolgreich vertuschen lassen. Sogar der am wenigsten politisch orientierte Bürger beginnt zu fragen, warum wir heute – nach unserem größten Krieg und seinem größten Endsieg – der größten Gefahr unserer nationalen Sicherheit gegenüber stehen, die uns je bedrohte. Jemand ist dafür verantwortlich, denn es war niemand anders als Roosevelt selbst, der sagte:

> *»Geschehnisse passieren nicht nur einfach; sie sind so geplant!«*

Wer plante folglich was und warum? Wer plante, 40% der Welt dem Kommunismus zu übergeben? Wer plante die vorgeschobenen Stützpunkte der Bolschewiken nur 145 km vor der US-Küsten zu setzen? Wenn die Antwort darauf lautet, daß niemand diese Dinge „plante", ist die einzige verbleibende Erklärung, daß irgend jemand die größten politischen Fehler unserer Geschichte beging. Ist es da verkehrt, heute nach den Verantwortlichen zu suchen?

Von einigen würde das als Nestbeschmutzung bezeichnet werden oder zumindest als unangebracht in der heutigen kritischen Zeit. Es gibt aber ungeheure Interessen, den Roosevelt-Mythos zu erhalten.

An erster Stelle ist da die gesamte Demokratische Partei (die Sozialisten). Es gab eine Zeit, in der sie sich auf den Geist von Thomas Jefferson als ihren Heiligen berief. Seit den dreißiger Jahren hat Roosevelt im großen und ganzen Jeffersons Platz eingenommen. Roosevelts Scharfsinn und gutes Urteilsvermögen anzuzweifeln ist für viele so, als ob man die Existenz Gottes anzuzweifelte.

Dann sind da die großen Veteranenorganisationen. Kann man annehmen, daß sie es wohlwollend hinnehmen würden, wenn ihnen gesagt würde, daß sie „hinters Licht geführt" oder „in den April geschickt wurden", oder daß sie für etwas kämpften, das für ihr Land letzten Endes verhängnisvoll war?

Was das organisierte amerikanische Judentum anbelangt, war es nur bestrebt, Deutschland zu zerstören – ohne Rücksicht auf die Interessen der USA, in dem sie ihre Schilder aushängen.

Nehmen wir nur einmal zwei stichhaltige Gründe eines Landes, um seine Bevölkerung zu bewaffnen und ein anderes Land zu bekämpfen:

1. Der Erwerb von Beute in der Form von Territorien oder andern Gütern und
2. um das Land vor ausländischer Bedrohung zu schützen.

Die „Beute"-Theorie ist in der modernen Zeit unwichtig, zumal Roosevelt während des Krieges wiederholt bekannt gab, daß er keine amerikanischen Ansprüche auf Territorien des Feindes stelle.[1] (Er würde das seinem Partner Joseph Stalin überlassen.) In unzähligen öffentlichen Bekanntmachungen vertrat Roosevelt die Meinung, daß sein Land gezwungen sei, sich an dem Krieg zu beteiligen, entweder als Mitbeteiligter oder aber »*als Arsenal der Demokratie*«, das das Kriegsmaterial liefere (nach heimischen und internationalen Gesetzen illegal), um »*die Sicherheit unseres Landes für die Zukunft zu garantieren*«. Sein dauerndes Motiv war, daß die riesige britische Marine in deutsche Hände fallen würde, falls England

besiegt würde. Das würde es Deutschland ermöglichen, Südamerika zu besetzen und es würde das tun. Eine gefälschte Karte wurde zirkuliert, die die Gebiete zeigte, die von den Nazis besetzt würden. Diese Karte wurde später als eine geschickte Fälschung des britischen Geheimdienstes entlarvt. Roosevelt hatte sich wissentlich an ihrer Verteilung beteiligt, um der amerikanischen Öffentlichkeit Furcht einzuflößen. Dies ist uns aus britischen Quellen bekannt. Die gesamten Vorgänge sind klar in der Biographie des William Stephenson dargelegt, dem britischen Oberagenten in den Vereinigten Staaten, dessen Hauptaufgabe darin bestand, Amerika als Teilnehmer in diesen Krieg zu bringen.

Langsam beginnen wir, mehr und mehr über die enge Zusammenarbeit zwischen England und den Vereinigten Staaten in der Vorkriegsepoche herauszufinden. Der Zweck war angeblich, die Sicherheit der Vereinigten Staaten zu festigen. Obwohl Roosevelts Aktivitäten nachträglich als illegal entlarvt worden sind, wird immer noch als Rechtfertigung angeführt, daß sie im nationalen Interesse erfolgt seien, was wichtiger sei.

Kehren wir zu dem Frühlingsstag in London, dem 20. Mai 1940, zurück und dem Einbruch der Verbrecherbande von Scotland Yard in meine Wohnung. Sie waren von einem Franklin Gowan begleitet, einem Zweiten Sekretär der amerikanischen Botschaft, auf den ich zurückkommen werde. Ich wurde verhört bezüglich wen ich kannte und was ich tat. Ich gab unverfängliche Antworten. Während dieses Verhör stattfand, durchsuchten andere Polizisten einen Kleiderschrank, in dem sie schnell einen Lederkoffer voll mit amerikanischen Botschaftsdokumenten fanden. Es wurde behauptet, daß es 1500 gewesen seien. Ich weiß es nicht, ich zählte sie nie. Ich war nur an ihrem Inhalt interessiert. Daraufhin wurde ich dann in einem Polizeiwagen zur Botschaft und vor den Botschafter Joseph Kennedy gebracht, mit dem ich ein kurzes aber bitteres Interview hatte.

Ich konnte seinen Zorn gut verstehen, glaubte aber vor ein moralisches Dilemma gestellt worden zu sein. Einerseits wünschte ich, meine Beweismittel dem »*America First Committee*« und gewissen, der Neutralität verpflicheten Senatoren zu übergeben. Andererseits würde es für mich – einer unbekannten Person ohne politische Druckmittel – zwecklos sein, in die Vereinigten Staaten zurückzukehren und zu erwarten, daß mir hartgesottene Politiker Glauben schenken würden, wenn ich keine zweifelsfreien Beweise für meine Behauptungen hätte. Ich wußte, daß es unter normalen Umständen äußerst verwerflich war, Dokumente aus der Botschaft zu nehmen. Andererseits tat ich dies auch so lange nicht, bis meine Zweifel ausgeräumt waren, daß uns Roosevelt und seine di-



Auf Veranlassung von König George VI. überreicht Churchill (im Hintergrund links neben dem Schwert) Stalin das „Schwert von Stalingrad" während der Konferenz von Yalta. Zwischen Sommer 1940 und Sommer 1941, als noch keine Hoffnung auf einen Kriegseintritt der USA bestand, flehte Churchill Stalin geradezu an, eine zweite Front gegen Deutschland zu eröffnen.

plomatischen Agenten in einen Krieg verwickeln würden, gegen den sich eine immense Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung in zahlreichen Befragungen vor dem Krieg und während der Zeit des »*Phony War*« (falschen Krieges) klar ausgesprochen hatte. Sogar die sozialistischen Interventionisten gaben die Genauigkeit dieser Umfragen zu. Was sie lauthals bestritten, war, daß Präsident Roosevelt vorsätzlich versuchte, die öffentliche Meinung zu umgehen. Ich wußte es besser. Von meinem Beobachtungsposten aus in der Botschaft sah ich die Depeschen von dort an das Außenministerium und diejenigen von und zu anderen Botschaften in Europa. Von allen Seiten kam das gleiche Bild: Krieg und Einmischung. »*Ich hasse Krieg*« sagte Roosevelt, aber er plante ihn. Am 3. September, gleich nach Ausbruch des Krieges in Europa, sagte Roosevelt in einer Rundfunkübertragung:

> *»Wir versuchen, den Krieg von unseren Heimstätten fern zu halten, indem wir verhindern, daß er zu den Amerikas kommt.* […] *Diese Nation wird eine neutrale Nation bleiben.«*

Zur gleichen Zeit übte William C. Bullitt, Botschafter der Vereinigten Staaten in Frankreich und einer der Hauptkriegstreiber und Architekten für Roosevelts Einmischungspolitik, den größten Druck auf den französischen Ministerpräsidenten Edouard Daladier und seinen Außenminister Georges Bonnet aus, damit sie einen letzten Appell von Benito Mussolini ohne Erwägung zurückwiesen, der versuchte, ein neues Treffen der europäischen Staatsmänner zu arrangieren, um in letzter Minute noch den Krieg zu verhindern. Bullitt – im vollen Einverständnis mit Roosevelt – wollte, daß der Krieg seinen Anfang nahm. Je früher, desto besser. Jede Beihilfe zu Friedensbemühungen würde nur die unwillkommene Möglichkeit heraufbeschwören, den Krieg hinauszuschieben. Demgemäß widersetzte er sich allen diesbezüglichen Bemühungen mit all seiner Überredungskunst.

Er wurde darin ausgiebig vom polnischen Botschafter Jules Lukasiewics unterstützt, dessen Land gerade angegriffen worden war und der deswegen französisches und somit auch britisches Eingreifen forderte. Bullitt und Lukasiewics erreichten zusammen, die Daladier Regierung davon abzuhalten, Mussolinis Initiative anzunehmen und erreichten so, daß der Ausbruch eines größeren europäischen Krieges nach Plan seinen Anfang nahm.

Es ist hilfreich, hier die Potocki-Papiere zu erwähnen, die den Deutschen im polnischen Außenministerium in die Hände fielen und die auch anderweitige Einmischungsbemühungen Bullitts beleuchten. Die Papiere sind echt; *ihr Inhalt spiegelte sich in Depeschen wieder, die durch die Londoner Botschaft liefen und von mir in unverschlüsseltem Englisch gelesen wurden.* Als sie aber gefunden und von den Deutschen veröffentlicht wurden, wurden sie von Roosevelt und dem Außenministerium als unverschämte Fälschungen verschrieen. Heute werden sie von den meisten anständigen Historikern als echt anerkannt, obwohl diese ihren Wert herabzusetzen versuchen. Ihre Wichtigkeit ist jedoch offensichtlicher, wenn sie in Verbindung mit anderen Dokumenten studiert werden, die sich mit der amerikanischen Außenpolitik der Zeit befassen. Von besonderem Interesse sind die Besprechungen von Biddle, dem amerikanischen Botschafter in Polen, mit dem polnischen Außenminister Oberst Beck und dem General Rydz-Smigly, dem Befehlshaber der polnischen Armee während des Sommers 1939. Diese Besprechungen wurden dem Außenministerium prompt berichtet.

Bevor die Deutschen die Wirksamkeit des Blitzkrieges demonstrierten, wurde von den Alliierten angenommen, daß der kommende Krieg ein Stellungs- und Schützengrabenkrieg werden würde. Von den Polen wurde erwartet, daß sie Wochen oder auch Monate aushalten würden. So finden wir Dokumente, in denen Biddle den polnischen Politikern versichert, daß amerikanische militärische Hilfe ankommen werde, sobald Roosevelt sie durch den Kongreß manövrieren könne. Das war nur ein geringer Trost für die Polen, aber gezwungenermaßen mußten sie gute Miene zum bösen Spiel machen und die Krümel nehmen, die ihnen zufallen würden.

Kurz nach diesen Gesprächen zwischen Biddle und den ranghohen Polen beging Präsident Roosevelt die ultimative Heuchelei, indem er einen Brief an den polnischen Präsidenten Moscicki schrieb, in dem er sich anbot, in diesem Streit mit Deutschland zu vermitteln. Das Bild sieht also folgendermaßen aus: auf der einen Seite werden die Polen angehalten, weiter zu kämpfen, und es wird ihnen militärische Hilfe zugesagt, wenn sie das tun; auf der anderen Seite bietet Roosevelt sich an – mit einem Olivenzweig in der Hand – um zu vermitteln. Man hat die Wahl. Man muß sich erinnern, daß ein großer Teil der Kriegshetze durch Roosevelts Agenten während der späten dreißiger Jahre – besonders in Frankreich und Polen – in verbaler Aufstachelung und Versprechungen von Hilfe und aller möglichen Unterstützungen bestand – einschließlich direkter militärischer Beteiligung. Jedes Regierungsoberhaupt in Europa und besonders in England war sich vollkommen bewußt, daß ein militärisches Eingreifen unweigerlich folgen würde, wenn die Vereinigten Staaten wirtschaftlich und politisch ausreichend tief in den Krieg verwickelt worden waren. Vieles der sich schließlich ergebenden amerikanischen Aktivitäten wurde so nie zu Papier gebracht. Folglich werden sie in den National Archives so niemals als „harte Tatsachen" auftauchen, zum Verdruß aller Historiker.

Bullitt in Frankreich und Biddle in Polen legten ihre plumpen Versprechungen für sofortige Hilfe in einem Kriegsfall nicht auf Papier fest, aber das war der Inhalt ihrer heimlichen Besprechungen. Deren Fazit ist in den Potocki Papieren zu finden. Das ist aber nicht die einzige Quelle. Es gibt Aufzeichnungen und Erinnerungen von Leuten, die zu der Zeit aktiv waren und Mitteilungen, die – obwohl später vernichtet – zwischen den verschiedenen Botschaften im Umlauf waren und die denen, die sie gesehen hatten, in der Erinnerung blieben. Auch wurden alle Einzelheiten nicht immer offiziell numeriert und datiert und an das Außenministerium weitergeleitet. Dort hätten sie nur unter größten Schwierigkeiten entwendet und vernichtet werden können.

Hinzu kommt die Tatsache, daß viel Diplomatie bei diplomatischen Empfängen betrieben wird. Ein Botschafter nimmt sich einen andern Botschafter vor und hinter einem Palmenkübel – und mit einem Glas Champagner in der einen Hand und einer Zigarette in der andern – wird das Schicksal der Welt geregelt – ohne das Wissen der Politiker oder der Wählerschaft, die sie gewählt hat. Solche Kontakte und Verhandlungen pflegte – sagen wir mal – Botschafter Bullitt über Skrambler-Telephon oder durch persönliche Briefe direkt an das Weiße Haus durchzugeben. So gehen sie nie durch die Akten des Außenministeriums und werden offensichtlich auch nie in den Nationalarchiven erscheinen.

Unter solchen Umständen wird es verwunderlich erscheinen, wie ich je viel über diese Ränke und Intrigen erfahren konnte. Es war einfach so, daß die Londoner Botschaft eine Art Um-

schlaghafen oder Abrechnungsbüro für die diplomatischen Aktivitäten der Vereinigten Staaten war – zumindest auf der europäischen Bühne. So schwamm dort viel Strandgut herum in der Form von Memoranden und Benachrichtigungen zwischen den verschiedenen Dienststellen. Gespräche wurden oft aufgeschnappt, und die gaben einem Einblick in die Einstellungen und Tätigkeiten der Diplomaten. Derartige Gespräche sind zwar ein legitimer Teil der Diplomatie, können aber gewöhnlich nur in persönlichen Erinnerungen gefunden werden und finden selten den Weg in offizielle Aufzeichnungen. Viele Memoranden wurden nur an wenige Beamte des Auswärtigen Dienstes verteilt – mit Anweisung zum Lesen und Vernichten.

Könnte es wohl erwartet werden, daß ein Schriftstück mit der Zusicherung von militärischer Hilfe existiert, welches Roosevelt an Neville Chamberlain aushändigte, bevor jener im März 1939 im Parlament bekannt gab, daß England und Frankreich militärischen Beistand für Polen leisten würden, wenn es angegriffen würde? Solch eine Verpflichtung wurde dem britischen Botschafter in Washington tatsächlich von Roosevelt gegeben und die Bestätigung wurde Botschafter Kennedy in London telefonisch übermittelt. Als nächstes wurde ein Memorandum unter den höheren Beamten des Auswärtigen Amtes herumgereicht, und damit war die Sache abgeschlossen. Die spätere Korrespondenz ist in diesem Punkt eindeutig: es wäre keine französisch-englische Garantie an Polen gegeben worden und somit kein Zweiter Weltkrieg ausgebrochen ohne die vorherige amerikanische Verpflichtung.

Chamberlain und Daladier waren sich voll bewußt, welche Einschränkungen die US-Verfassung dem Präsidenten für den Einsatz des Militärs auferlegte. Die Überredungskünste der Botschafter Biddle und Bullitt waren aber so groß, daß die polnischen und französischen Regierungen fest überzeugt waren, daß Roosevelt tun konnte, was er wollte. Die britische Seite wurde durch direkte Kommunikation zwischen Roosevelt und dem britischen Botschafter bedient.

Sich ausschließlich auf Archivmaterial zu verlassen, ist die wesentliche Achillesverse in der Position, die zwei Historiker eingenommen haben, die über den „Fall Kent" geschrieben haben. Warren Kimball und Bruce Bartlett schrieben in der Herbstausgabe der *Diplomatic History* im Jahr 1981 einen Artikel, der sich angeblich mit den Vorkriegsverpflichtungen von Roosevelt an Churchill befaßt. Die Vorkriegszeit bezieht sich in diesem Zusammenhang auf den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg, nicht den Beginn der Feindseligkeiten im September 1939. Diese zwei Akademiker haben in den Nationalarchiven herumgestochert und sich den Austausch von Depeschen angesehen, die bisher freigegeben worden sind. Sie sind zu der Schlußfolgerung gekommen, daß dort nichts ist, um das es sich lohnt, Lärm zu machen.

Wer aber hat Lärm gemacht? Nicht ich! Dies ist das erste Mal, daß ich zu diesem Thema eine öffentliche Erklärung abgebe. Ich tue das jetzt auch nur, weil die schrecklichen Folgen von Roosevelts Fehlurteilen (wenn sie wirkliche „Irrtümer" waren und nicht gezielte Politik) so offensichtlich sind, daß sogar Eierkopf-Akademiker wie Kimball und Bartlett die Wirklichkeit nicht länger ignorieren können.

Viel zu lange schon sind Akademiker von der Churchill-Roosevelt Korrespondenz hypnotisiert worden und haben alles andere in der diplomatischen Korrespondenz dieser Zeit zwischen den Vereinigten Staaten und anderen Ländern unbeachtet gelassen. Auch haben sie Aussagen anderer prominenter Personen ignoriert, die Einblick in die Vorgänge hatten. Die *Forrestal Diaries* wurden vor einigen Jahren veröffentlicht. Die Herausgeber Walter Millis und E.S. Duffield hatten die absolute Freiheit, darüber zu entscheiden, was sie darin aufnehmen und was sie auslassen würden. Niemand wäre klüger gewesen, wenn sie den Satz Neville Chamberlains ausgelassen hätten, den er Joseph Kennedy gegenüber geäußert hatte, der da lautet, »*Amerika und das Weltjudentum*« hätten England in den Krieg getrieben. Dies ist freilich eine äußerst treffende Aussage, aber sie ist nicht in den numerierten Telegrammen und Depeschen zu finden, die von der Londoner Botschaft nach Washington gingen. Sie befindet sich wahrscheinlich in den privaten Papieren von Joseph Kennedy, wird aber bestimmt nicht ans Tageslicht kommen, solange sich Politiker und Historiker vor den Drohungen der jüdischen Anti-Defamation League (Anti-Verleumdungsliga, ADL) fürchten.



Churchill und Roosevelt am 18.1.1943 in Casablanca

In der Zwischenzeit gebrauche ich den Vorfall, um zu illustrieren, daß sich eine getreue Geschichtsdarstellung nicht allein auf Regierungsakten und Archive stützen kann. Dies zu behaupten käme der Behauptung gleich, daß Regierungen nicht lügen – zumindest demokratische Regierungen nicht. Tatsache ist, daß sie vielleicht nicht so oft und nicht so grob lügen, wie die Bolschewiken; aber auch sie lügen, wenn es ihnen in den Kram paßt. Man braucht nur den Fall der Potocki-Papiere zu betrachten, die ich schon erwähnte. Das Weiße Haus und das Außenministerium erklärten sie zu Fälschungen. Heute sehen sie alle ehrbaren Historiker als echt an.

Was wissen Kimball und Bartlett über die britischen Pläne für die Invasion von Norwegen oder über die Art und Weise, mit welcher die Regierung der Vereinigten Staaten diese Pläne befürwortete, weil etwas getan werden mußte, um die Moral der alliierten Truppen zu erhöhen, deren Untätigkeit eventuell zur Befehls-

verweigerung oder sogar Meuterei führen konnte? Der „unechte Krieg“ (»*Phony War*«) lief seit mehr als sechs Monaten. Der britische Plan sah vor, die deutsche Flotte zum Kampf zu stellen. Churchill und andere glaubten, dies am besten zu erreichen, indem sie die Deutschen zu einem Wettlauf um die Invasion von Norwegen herausforderten. Churchill war typisch für jene Führer, die immer noch den vergangenen Krieg ausfechten. Er hatte die feste, fanatische Überzeugung, daß die britische Flotte alle englischen Probleme lösen könne, wenn die Deutschen nur zum Kampf herausgefordert werden könnten. Er irrte in dieser Annahme wie in so vielem anderen.
Der Plan, den die Briten und die Vereinigten Staaten ausbrüteten, sah vor, daß die Briten offensichtliche Vorbereitungen für eine Invasion Norwegens machten, die leicht zu erkennen waren. Der diplomatische Dienst der Vereinigten Staaten würde helfen, diese Nachricht über ganz Europa zu verbreiten, so daß es den Deutschen unter keinen Umständen verborgen bleiben würde. Die Deutschen gingen auf den Köder ein und bereiteten ihre eigene Invasion vor, um Norwegen zu besetzen, bevor die Briten dorthin kamen. Es war ein Seegefecht im Skagerrak, der Meeresenge, die Dänemark und Norwegen voneinander trennt. Eine Anzahl von Schiffen der kleinen deutschen Flotte wurde versenkt, aber nicht genügend, um die Truppen-Transportschiffe zu hindern, ihre Truppen zu landen. Das Land wurde mit nur geringem Widerstand von den Deutschen besetzt.
Die Rolle der Vereinigten Staaten in diesem britischen Fiasko war bestimmt nicht im Einklang mit ihrer Neutralität unter heimischer oder internationaler Definition. Roosevelt hatte aber der amerikanischen Öffentlichkeit schon gesagt, daß von ihr nicht gefordert wurde, »*in ihren Gedanken neutral*« zu sein. So wähnte sich der diplomatische Dienst vielleicht berechtigt, der Öffentlichkeit um einen Schritt voraus zu sein und sogar in seinen Handlungen unneutral zu sein.
Ich weiß von keinen schriftlichen Anweisungen, die erhalten wurden. Ich meine hierbei direkte Anweisungen vom Außenministerium. Ich sah jedoch persönlich einige der unzähligen Memoranden, die von London aus an verschiedene Leiter von Missionen im europäischen Bereich gingen. Sie gaben spezifische Anweisungen, den britischen Plan für die Invasion Norwegens so weit wie möglich bekannt zu machen, ohne aber Verdacht zu erwecken. Einige dieser Beauftragten, die nicht eingeweiht waren, fragten sogar zurück. Sie konnten nicht verstehen, warum sie britische Pläne, die geheim sein sollten, bekannt machen sollten. Es ist mir nicht bekannt, wie ihre Zweifel beseitigt wurden, aber der Plan war erfolgreich. Vielleicht half zusätzlich das Skrambler-Telephon des Weißen Hauses, den Botschaftern zu sagen, was zu tun sei.
Die Professoren werden sicherlich diese kleine Einzelheit als „undokumentiert“ abtun, da sie ein naives Vertrauen haben, daß alles, was das Außenministerium sagt, Tatsache ist. Ihre blinde Zuversicht in die National Archives ist so, als würde man sagen „Wir veröffentlichen nur das, was das Außenministerium uns erlaubt zu veröffentlichen.“ Dann wundert man sich aber, warum sie über die Presseerklärung vom 2. September 1944 hinaus gegangen sind, die beansprucht, das letzte Wort über den „Fall Kent“ zu sein. Diese Presseerklärung ist in Wirklichkeit nichts als ein Mischmasch von Anspielungen, Verleumdungen und Lügen. Sie ist von der Art, als sei sie von der ADL maßgeschneidert worden. Sie könnte von einem ihrer Agenten verfaßt worden sein, der ins Außenministerium „eingeschleust“ worden war.
So wird zum Beispiel behauptet, daß die Briten durch meine Bekanntschaft mit Anna Wolkoff, einem Flüchling aus dem bolschewistischen Rußland, auf mich aufmerksam wurden. Nach Angaben der Polizei hatte diese Frau einen Informationsweg nach Deutschland, von dem sie Gebrauch machte. Die Folgerung war klar: Durch Wolkoff sollte ich Informationen nach Deutschland geschickt haben. Zur Zeit der obenerwähnten Pressebekanntmachung des Außenministeriums hatte dieses die Abschrift meiner Gerichtsverhandlung in den Händen, welche 1940 stattgefunden hatte. In dieser Abschrift sagt der Direktor für die Öffentliche Anklage:

> *»Kent hatte weder Wissen über die Übermittlung* [eines gewissen Dokumentes]*, noch wirft ihm die Anklage vor, daß er in dieser Angelegenheit im Einvernehmen mit seiner Mitangeklagten Anna Wolkoff handelte.«*

Aber sogar mit dieser Information in Händen verbreitete das Außenministerium weiterhin die Anspielung, daß ich Kontakte mit Deutschland hatte und einigen sehr vage aufgeführten „Mithelfern“, die versuchten, mit Deutschland Verbindung aufzunehmen, mit dem England im Kriegszustand war. Die Engländer klagten mich aber nur an, »*Dokumente in meinem Besitz zu haben, die einem Feinde von Nutzen sein könnten*« – nicht aber für wissentliche Übersendung von ihnen an eine feindliche Macht. Dies hielt natürlich die amerikanische „freie“ Presse nicht davon ab, große Schlagzeilen zu drucken, wie »*Er half den Nazis*«.
In diesem Zusammenhang habe ich die unter Eid gemachte Aussage eines gewissen Nathan Perlmutter in meinem Besitz. Sie wurde am 6. November 1963 als eidliche Zeugenaussage in einer Verleumdungsklage gemacht, die ich gegen den *Miami Herald* und die *St. Petersburg Times* (Florida) angestrengt hatte. Perlmutter hatte Material über mich, welches die ADL diesen Zeitungen geliefert hatte und das den *Miami Herald* veranlaßte, einen verleumderischen Artikel über mich zu veröffentlichen, was zu der Verleumdungsklage geführt hatte. Perlmutter leistete solch gute Arbeit, daß er jetzt Nationaler Direktor der ADL in ihrem Hauptquartier in New York ist. Zur Zeit meiner Klage war er der Leiter der Florida-Abteilung dieser Organisation.
Die Professoren Kimball und Bartlett haben in ihrem Artikel dargelegt, daß »*nichts vorhanden sei*«, was Roosevelts Rolle als kriegstreiberischen Verschwörer betrifft. Ich antworte darauf, daß Roosevelt wahrscheinlich der schamloseste Lügner ist, der je im Weißen Haus wohnte und daß seine Lügen dieser Nation Schaden zugefügt haben, der sich wohl nicht mehr reparieren läßt. Es ist verwunderlich genug, daß die sich damals in London aufhaltenden verantwortlichen Leute, wie etwa die britische Spionageabwehr, Scotland Yard und andere, völlig anderer Ansicht waren als Kimball und Bartlett. Andernfalls hätte es wohl nie ein „Fall Kent“ gegeben.
Am 8. Juni 1940, ein paar Wochen nach meiner Verhaftung, informierte Botschafter Kennedy das Außenministerium telegraphisch:

> *»Die zuständigen Behörden informieren mich, daß die Untersuchung des Falles, in den Kent verwickelt ist, mit großer Sorgfalt vor sich geht, und sie hat ein enormes Maß an Arbeit erfordert. Ein endgültiger Beschluß, ob Kent angeklagt werden wird, könnte spätestens innerhalb der nächsten zehn Tage gemacht werden.«*

Am 11. Juni informierten diese britischen Behörden Kennedy:

> *»Diejenigen, die diese Sache untersucht haben, sagen, daß diese Papiere die Existenz einer verräterischen und gefähr-*

lichen Verschwörung aufdecken, dem Feind Hilfe zu leisten. Die als Angeklagte beteiligten Personen sind Fräulein Wolkoff, Captain Archibald Ramsey, M.P. (Parlamentsmitglied), seine Ehefrau, Frau Ramsey, Frau Christbel Nicholson (Ehefrau eines Admirals) und Herr Tyler G. Kent. Alle, mit Ausnahme des letztgenannten, sind britische Staatsangehörige. Es ist von größter Dringlichkeit, sogar notwendig, daß ein Angehöriger der Botschaft der Vereinigten Staaten an der Gerichtsverhandlung als Zeuge teilnimmt, um gewisse Aussagen zu machen.«

Die beiden Professoren sollten den folgenden Worten etwas Gewicht beimessen, bevor sie behaupten, daß der „Fall Kent" eine Bagatelle sei:

»Es ist bekannt, daß weder das Außenministerium noch das Auswärtige Amt zur gegenwärtigen Zeit eine öffentliche Diskussion der fraglichen Dokumente in Betracht ziehen. Es wird jedoch angenommen, daß es möglich ist, einige Dokumente aus der Gesamtheit vor Gericht vorzulegen, die die Schuld der Angeklagten genügend beweisen könnten.«

Warum aber die Heimlichtuerei, wenn Kimball und Bartlett recht haben? Warum wurde die Zustimmung von Premierminister Winston Churchill benötigt, bevor die Sache weiter verfolgt werden konnte? Kennedy informierte das Außenministerium am 6. Juli 1940:

»Die britischen Ankläger informieren [Kennedy] *weiterhin, daß die Angeklagten der Ansicht sind, daß sie vor Strafverfolgung und Verurteilung sicher sind, weil keine der beteiligten Regierungen es wagen wird, diese Angelegenheiten öffentlich zu diskutieren.«*

Was ist es, das sie sich scheuten, öffentlich zu diskutieren? Das ist wirklich der Kern der Sache. Der wirkliche Grund, warum ich in England angeklagt und zu Freiheitsentzug verurteilt wurde, und nicht etwa in den Vereinigten Staaten, ist aus nachstehender Bemerkung ersichtlich, die von den britischen Behörden Joseph Kennedy gegenüber gemacht wurden:

»Die fraglichen Dokumente würden nur hinter geschlossenen Türen in einem geräumten Gerichtssaal vorgelegt werden. Die Presse würde nicht nur angewiesen, ihren Inhalt nicht bekannt zu machen. Kein Vertreter der Presse würde anwesend sein.«

Da haben wir es! Die Briten, wie auch die Bolschewiken, haben immer noch geheime Gerichte – ein Überbleibsel aus mittelalterlichen Zeiten, als sich ein Herrscher im Stillen seiner Feinde entledigen konnte und kein öffentlicher Aufschrei möglich war, da es nicht bekannt wurde, bis es zu spät war, noch etwas zu ändern. Im Jahre 1776 revoltierten die dreizehn Kolonien gegen England aus genau dem Grund – um sich von solchen Femegerichten zu befreien und vielem anderen, das in der britischen Regierungsweise abstoßend ist.

Nichtsdestoweniger war die Regierung der Vereinigten Staaten im Jahre 1940 sehr erfreut, sich dieser Femegerichtsbarkeit gegen einen ihrer eigenen Bürger zu bedienen – zur Vertuschung und Geheimhaltung.

Im September 1944 gab das Außenministerium eine lange Pressebekanntmachung über meinen Fall heraus, die das letzte Wort zu dem Thema sein sollte. Sie erfolgte durch ein gewisses Interesse, welches im Abgeordnetenhaus bezüglich meiner Einkerkerung aufgekommen war und zu Fragen an den Außenminister geführt hatte. Ich werde den Teil zitieren, der sich mit den Gründen befaßt, mich den Briten für ein Geheimgericht zu übergeben, da solch eine Aktion unter dem 6. Zusatz zum US-Verfassung verboten ist. Der 6. Zusatz fordert, daß eine »*Gerichtsverhandlung baldmöglichst vor sich gehe und öffentlich sei*«. Meine Verhandlung war weder das eine noch das andere. Dies ist, was das Außenministerium zu sagen hatte:

"Das Interesse Großbritanniens war vorranging […] *.und all das Beweismaterial, Zeugen usw. standen dem britischen Gericht zur Verfügung.«*

Die wirklichen Gründe waren in dem Nachrichtenverkehr zwischen der Botschaft und dem Außenministerium zu finden, der sich in den Wochen nach meiner Verhaftung abspielte. Ich habe schon gezeigt, worum es ging. So dicht waren die Wolken der Geheimhaltung um meinen Fall (im vorrangigen Interesse Großbritanniens), daß die *New York Times*, als sie den Antrag stellte, die stenographische Niederschrift der Verhandlung einsehen zu dürfen, folgendermaßen von der Londoner Botschaft unterrichtet wurde:

»Die britische Regierung sieht sich nicht in der Lage, eine schriftliche Genehmigung zu geben, um der New York Times Einsicht in eine Kopie des Textes der Verhandlung in unserer Hand oder der eines anderen zu gewähren. Es würde einen Parlamentsbeschluß erfordern und nicht einmal der Innenminister könnte diesen Vorbehalt außer Kraft setzen.«

Solch ein engmaschiges Netz von Geheimnissen, das von der hauptbetroffenen Regierung um einen Vorfall gewoben wird, deren Interessen vorrangig waren (Großbritannien), ist gewöhnlich selbstentlarvend und erreicht auf lange Sicht nur das Gegenteil, da es die Neugierde der Historiker erweckt, die dann die Tatsachen ergründen wollen. Der Fall muß als wirklich außergewöhnlich angesehen werden, da sogar die Zustimmung des Ministerpräsidenten, Winston Churchill, erforderlich war, bevor die Gerichtsverhandlung überhaupt beginnen konnte, und da die Gerichtsakten nicht ohne Zustimmung des Parlaments eingesehen werden konnten.



Winston Chruchill 1943 in Quebec, Kanada

Jetzt möchte ich auf den Fall Franklin Gowan, des Zweiten Sekretärs der amerikanischen Botschaft in London, zurückkommen. Ich nenne ihn einen Ritter der Tafelrunde, weil er weit über die dienstlichen Forderungen hinaus eine außergewöhnliche Hingabe für die Briten zeigte. Es war nachlässig von ihnen, daß sie ihn als einen ihrer besten Agenten im Auswärtigen Dienst der Vereinigten Staaten nicht zumindest zum Ritter schlugen.

Ich habe schon erwähnt, daß er die Polizei begleitete, als sie in meine Wohnung einbrach und mich festnahm. Er erschien später vor Gericht und sagte gegen mich aus, was er enthusiastisch und mit offensichtlicher Freude tat. Am Tage meiner Verhaftung übernahm er es, sich als Tyler Kent auszugeben und die für mich in der Botschaft eingehenden Telefonate anzunehmen. Er übergab dann die Namen und Adressen des jeweiligen Anrufers der Polizei, genauer gesagt Sir Norman Kendall, dem Chef von Scotland Yard. Sir Norman sagte zu Botschafter Kennedy:

> *»In Fällen wie diesem können wir nichts mit Sicherheit annehmen. Es ist von größter Wichtigkeit, herauszufinden, wer Kents Freunde waren und deren Freunde, wo sie sich trafen und was sie taten. Wir können Botschafter Kennedy nicht genug danken für seine wertvolle Hilfe in dieser Angelegenheit.«*

Am gleichen Tag unternahm Sir Galahad-Gowan, was wohl als die bizarrste Tätigkeit in der Geschichte des Auswärtigen Dienstes der Vereinigten Staaten angesehen werden muß. Während des Nachmittages nahm er einen Anruf an von einer gewissen Person, die sagte, daß ich zur Nummer „X" Chesham Straße kommen möchte. Gowan rekrutierte sofort einen Scotland-Yard Polizeidetektiv, und sie gingen zusammen zu der angegebenen Adresse. Dort wurde ihm im Dunkel der Kriegsverdunkelung von einer unbekannten Person eine Notiz ausgehändigt, die besagte, daß Kent zu einem gewissen Restaurant gehen möchte, um einige Leute zu treffen. Gowan gab der Polizei die Notiz und kehrte dann später abends zu der Adresse in der Chesham Straße zurück *»um das Haus selbst unter Beobachtung zu halten«* und die Zulassungsnummern aller Autos zu notieren, die dort anhielten.

Bevor er die Notiz annahm, hatte Gowan seinen Mantel ausgezogen und dem Polizisten geliehen, um seine Uniform zu verdecken, damit die Person, mit der sie sprachen, nicht alarmiert würde. Hier haben wir das außerordentliche Schauspiel eines Beamten des amerikanischen Auswärtigen Dienstes, der mit der britischen Polizei zusammenarbeitet und sogar für die Verkleidung sorgt, um britischen Bürgern eine Falle zu stellen. Gowan hatte zuvor schon alles getan, was von ihm gefordert wurde, so weit es meine Verhaftung betraf. Nun erweiterte er seine Detektivarbeit auf den möglichen Arrest von Engländern, die er nicht kannte und mit denen er keinerlei Verbindung hatte. Obwohl das vorstehende nur von anekdotischem Interesse ist, zeigt es, wie eng amerikanische und britische Beamte zusammenarbeiteten und in welchem Ausmaß sie bereit waren, während dieser Zusammenarbeit das Gesetz zu ignoriern, und zwar bereits vor Amerikas Eintritt in den Krieg. Ich bin mir jedenfalls ziemlich sicher, daß die Dienstordnung des Auswärtigen Dienstes von einem Beamten dieses Dienstes nicht fordert, die schmutzige Arbeit der Polizei eines fremden Landes gegen die Bürger jenes Landes zu verrichten.

Dies muß Sir Galahad-Gowans „schönste Stunde" gewesen sein. Diese glatzköpfige Nichtigkeit von einem Zweiten Sekretär mit einem Bäuchlein genoß dies bis zum letzten Tropfen, und er wird zweifellos seine Enkel damit unterhalten, wie er eigenhändig während des Krieges in London ein gefährliches Spionagenetz aufdeckte.

Dieses angebliche Spionagenetz, dem ich angehört haben soll, wurde von einem Captain Archibald Ramsey, einem Parlamentsmitglied, geleitet. Ramsey wurde später sogar von dem Staatsanwalt selbst, Generalstaatsanwalt Sir William Jowitt, als ehrenvoller Mann bezeichnet, der nichts tun würde, um seinem Land zu schaden. Das schützte Ramsey nicht vor einer langen Internierung während des Krieges, obwohl er nie für ein Vergehen schuldig befunden wurde.

Diese Tatsachen sind öffentliches Wissen. Sie hielten aber die *New York Times* nicht davon ab, in den Vereinigten Staaten und in England verleumderische Darlegungen zu machen, daß ich gewisse wichtige Verteidigungsinformationen besorgt hätte, die Ramsey dann zwecks Übersendung nach Deutschland zu der deutschen Botschaft in Dublin brachte. Ramsey verklagte die *New York Times* wegen Verleumdung, und es war ihm ein Leichtes zu beweisen, daß er England während der fraglichen Zeit nie verlassen hatte und schon gar nicht eine deutsche Botschaft in Dublin oder sonstwo besucht hatte. Er gewann den Prozeß. Beide, die *New York Times* und der Verfasser des Artikels, ein gewisser Raymond Daniels, wurden als Lügner entlarvt.

Als die Ramsey-Klage vor Gericht kam, hatte ich schon in einer Zelle in dem fast mittelalterlichen Wandsworth-Gefängnis in London dahingeschmachtet und war in einen Hungerstreik getreten, was mich in die Krankenabteilung des Gefängnisses brachte. Eines Morgens wurde mir gesagt, daß mich einige Rechtsanwälte zu sehen wünschten. In der Annahme, daß sie meine eigenen Anwälte waren, stimmte ich zu, sie zu sehen. Es zeigte sich, daß sie das Londoner Büro der *New York Times* vertraten und meine Hilfe in der Verteidigung der Zeitung gegen Ramseys Klage wollten. Sie zeigten mir den Zeitungsartikel und ich sah sofort, daß es ein Lügengespinnst war. Ich sagte ihnen das und warf sie hinaus. Später erfuhr ich, daß der Artikel von Oberst William Donovan veranlaßt worden war. Donovan wurde später auf Vorschlag von Frank Knox, dem Marineminister, Leiter des Office of Strategic Services (OSS, Büro für Strategische Dienste). Knox war ein ehemaliges Mitglied der Republikanischen Partei, der zu den Demokraten (Sozialisten) übergewechselt war. Da man mir als Verurteiltem meine bürgerlichen Rechte entzogen hatte, konnte ich in dieser Angelegenheit keine Klage anstrengen. Seither hat die *New York Times* aber geflissentlich vermieden, den „Fall Kent" zu erwähnen.

Die Korrespondenz der Botschaft machte es vollauf offensichtlich, daß nach dem Norwegen-Fiasko und nach der Niederlage bei Dünkirchen, bei der die britische Armee um ihr Leben lief und ihre Waffen dem Feinde überließ, die Situation wirklich verzweifelt war. Die Briten wußten, wie die Lage war, und machten das Roosevelt klar. Sie wußten, daß sie ohne direkte amerikanische militärische Beteiligung erledigt waren. All das pompöse Gerede von *»gebt uns die Werkzeuge und wir werden die Arbeit zu Ende führen«* war nichts als Churchill-Bluff, und die Briten wußten es. Aber es gab Roosevelt die Propaganda-Waffe in die Hand, die ihm ermöglichte, den Kongreß zu bewegen, für das Leih-und-Pacht-Gesetz (*»Lend-Lease«*) zu stimmen. Dieses machte die Vereinigten Staaten – unter Bruch internationalen Rechts und unserer eigenen Neutralitätsstatuten – zur „Waffenkammer der Demokratie".

Nach dem Norwegen Fiasko wurde Winston Churchill Premierminister. Er erreichte dies hauptsächlich, weil er sich seiner „amerikanischen Verbindungen“ rühmen konnte und die Mächte hinter den Kulissen überzeugen konnte, daß er am besten fähig war, Amerika in den Krieg zu bringen. Die Korrespondenz der Botschaft läßt keinerlei Zweifel, daß die Politik der Briten nach Dünkirchen darin bestand, um jeden Preis durchzuhalten, bis Roosevelt Amerika in den Krieg bringen konnte.[2] Der tat sein bestes im Atlantik, doch Hitler biß auf den Köder nicht an. Die Briten mußten gezwungenermaßen warten, bis Roosevelt die USA durch die Hintertür von Pearl Harbor hineinbrachte.

Bei verschiedenen Gelegenheiten finden wir, daß Churchill Roosevelt mit britischer Kapitulation oder zumindest einem Kompromiß mit den Deutschen bedrohte, wenn Amerika nicht bald zur Hilfe kommen würde. Diese Nachrichten stehen in scharfem Gegensatz zu jenem öffentlichen Churchill in seiner Arbeitskombination, mit Zigarre im Mundwinkel, und krähend: »*Wir werden nie kapitulieren! Wir werden sie am Strand bekämpfen! Wir werden sie in den Straßen bekämpfen!*« und so weiter. All das war für die öffentliche Moral bestimmt, und man muß zugestehen, daß er ein guter Schauspieler war. Vielleicht bekam er Schauspielunterricht von seinem jüdischen Schwiegersohn Vic Oliver, der ein Vaudeville Komiker war.

Die Briten hatten die Rolle nicht vergessen, die das Versenken der Lusitania gespielt hatte, um die Vereinigten Staaten in den vorherigen Krieg zu bekommen. Wir kennen heute die Tatsachen aus britischen Quellen. Ein gut erforschtes Buch mit dem Titel *Die Lusitania,* das vor ein paar Jahren in England veröffentlicht wurde, sagt, daß das Schiff mit seinen amerikanischen Passagieren *vorsätzlich* von den britischen Behörden in die Tiefe gesandt wurde. Es war ihnen bekannt, daß ein deutsches Unterseeboot vor der Südküste Irlands für das Schiff auf der Lauer lag. Vorsätzlich unterließen sie es, den Kapitän der Lusitania darüber zu informieren. Das Wrack der Lusitania liegt in verhältnismäßig flachem Wasser und Taucher haben es inspiziert. Es hat gezeigt, daß die Laderäume gesetzwidrig mit Kriegsmaterial gefüllt und auf den Decks Verteidigungswaffen installiert waren. Das machte es zu einem Kriegsschiff und einem erlaubten Ziel für deutsche U-Boote. Im Wissen des psychologischen Effektes, den das Versenken der Lusitania auf die öffentliche Meinung in Amerika gehabt hatte, und wie der Tod von US-Bürgern so sehr dazu beigetragen hatte, den Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg zu beschleunigen, verloren die Briten keine Zeit, einen ähnlichen Vorfall schon frühzeitig im Zweiten Weltkrieg zu planen. Dies war das Versenken des Passagierschiffes Athenia am 4. September 1939, als der Krieg erst vierundzwanzig Stunden alt war. Dreißig Amerikaner verloren ihr Leben, doch waren die Anti-Kriegsgefühle zu der Zeit noch so stark, daß diese Finte ihren Zweck verfehlte. Die Öffentlichkeit zuckte mehr oder weniger die Schultern und sagte im Prinzip:

> *»Bleibt aus der Kriegszone, wenn ihr nicht verletzt werden wollt!«*

Zu der Zeit erweckte ein sehr seltsamer Schriftwechsel meine Aufmerksamkeit. Er kam aus dem Büro des Marine-Attachés, einem Captain Kirk. Durch eingehendes Befragen war es ihm gelungen, daß die Briten ihm gegenüber zugaben, daß die Athenia auf ihren eigenen Befehl versenkt worden sei. Nicht etwa, daß sie durch ein Torpedo eines britischen U-Bootes versenkt wurde. Dies sei vielmehr durch eins von zwei polnischen U-Booten ausgeführt worden, die den Deutschen entkommen waren. Sie waren nach England gekommen und befanden sich unter dem Kommando der britischen Admiralität. Es ist wahr, daß ein deutscher U-Boot-Kommandant durch Folter und Bedrohung gezwungen wurde, vor den Nürnberger Gerichten zu gestehen, daß er die Athenia versenkt habe. Solch ein Geständnis ist jedoch nicht glaubwürdiger als all die anderen Geständnisse, die auf diese Weise erpreßt wurden.

Inzwischen sollte es dem Leser offensichtlich sein, daß der Schleier, in den mein Fall gehüllt wurde, für lange Zeit wirklich undurchdringlich war. Waren die „Kent Dokumente“ von militärisch wichtiger Natur? Enthielten sie Angaben über Truppen oder Waffen? Die Antwort auf die Frage wird von Richter Tucker gegeben. Richter Tucker sagte in seiner Urteilsbegründung:

> *»Ich ziehe in Betracht, daß die Dokumente sich nicht auf militärische Angelegenheiten beziehen.«*

Wenn aber nicht militärische Angelegenheiten, was dann? Offensichtlich verblieben dann nur politische Angelegenheiten. Diese mußten dann aber so heikel sein, daß die Engländer zu Kennedy sagten, eine öffentliche Diskussion der fraglichen Dokumente müsse unterbleiben. Was war dann ihre Natur, wenn sie meine Verurteilung und Einkerkerung rechtfertigten? Die Vereinigten Staaten befanden sich zu der Zeit nicht im Kriegszustand. Die Bevölkerung des Landes befürwortete überwiegend die Neutralität. Dies war wirklich die große Enttäuschung, die Roosevelt hinzunehmen hatte. Sein ganzes Leben lang war er ein tollwütiger Anglophile gewesen. Schon 1915, als er Stellvertretender Marinesekretär war, brachte er in seiner Privatkorrespondenz zum Ausdruck, daß er gewillt war, die Neutralität zu brechen. Seine beschränkte Zuständigkeit zwang ihn damals, seine Sympathien im Zaum zu



Die „großen Drei“ am 29.11.1943 in Tehrean

halten, die vollkommen probritisch waren. Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis der diplomatischen Aktivitäten der Vereinigten Staaten während der unmittelbaren Vorkriegszeit des Zweiten Weltkrieges. Hierin und in einer gewissen Geisteskrankheit, die die gesamte englischsprachige Welt befallen zu haben schien. Ich gebe dieser Krankheit den Namen „Fabianismus". Ihre Symptome bestehen aus einer vollkommenen Unfähigkeit, die wirkliche Natur des Marxismus und die Ziele, Zwecke und Methoden marxistischer Länder zu verstehen. Damals war damit die Sowjetunion gemeint.

Die „Fabian Society" wurde 1884 in England gegründet, und zwar hauptsächlich von Sidney und Beatrice Webb und George Bernard Shaw. Es war eine Gruppe Intellektueller, deren erklärtes Ziel es war, die Übel der britischen industriellen Gesellschaft wie Kinderarbeit, Sklavenlöhne für Frauen und schlechte Lebensbedingungen im allgemeinen zu korrigieren. Dies alles sind hehre Ziele. Diese hochherzigen Reformatoren verloren jedoch vollkommen ihren Verstand, als die russische Revolution 1917 ausbrach. Sie machten vollkommene Tölpel aus sich selbst vor aller Welt, als sie dieses blutige, jüdisch-ausgebrütete und -geführte Regime als Vorbild der Humanität hochpriesen. Es war das charakteristische Versagen aller Intellektueller überall in der Welt und auf allen Gebieten, hauptsächlich aber im sozialpolitischen Bereich. Intellektuelle verlassen sich auf das gedruckte Wort und lehnen Schlußfolgerungen des gesunden Menschenverstandes ab, die auf Beobachtung der Tatsachen gründen.

Die Webbs schrieben einen gewichtigen Wälzer *Soviet Russia: A New Civilization*. Angesichts der Zeit, die zur Zusammenstellung dieses Buches aufgewandt wurde, war das Buch schlechter noch als nutzlos, um das bolschewistische Rußland zu verstehen. Die Webbs sammelten Millionen von Worten aus offiziellen sowjetischen Berichten, Gesetzen und der Verfassung von 1936 (»*die demokratischste der Welt*«) und übergaben dies der Öffentlichkeit als die endgültige Bewertung Rußlands. Jemand, der wie ich auch nur für kurze Zeit im „Arbeiterparadies" gelebt hatte, wußte, daß Gesetze und Verfassungen dort nichts bedeuteten, wenn es darum ging, die Menschenrechte zu schützen. Es war und ist von einer Machtelite regiert, die außerhalb und über dem Gesetz steht, genau wie der Vorgänger auch, das zaristische Regime. Sie tun, was sie wollen, ohne sich darum zu kümmern, was das Gesetz sagt. Sogar jetzt, nachdem die Wahrheit über Rußland durch Alexander Solschenitzyn und andere weithin über die Welt bekannt geworden ist, gibt es immer noch viele Akademiker in den USA, die den jungen und verwundbaren Menschen die marxistischen Dogmen predigen. Die Harvard Universität ist eine Brutstätte für solche Lehren. Verliebte sich Roosevelt in Harvard den Fabianismus? Immerhin sagte er zum Kongreßabgeordneten Martin Dies:

> *»An den Kommunisten in diesem Land ist nichts auszusetzen. Mehrere von meinen Freunden sind Kommunisten. Ich sehe Kommunisten weder als gegenwärtige noch zukünftige Bedrohung für unser Land an. Es ist eine Tatsache, daß ich Rußland als unseren stärksten Verbündeten für die kommenden Jahre betrachte.«*

Zu Kardinal Spellman sagte er das gleiche, wie in der Biographie des Kirchenfürsten verzeichnet ist. Dieser unverwässerte Fabianismus ist der Schlüssel zu Roosevelts Mentalität und erklärt seine Fehler in unseren auswärtigen Beziehungen. Das erklärt auch unsere Erbschaft, mit der wir nun belastet sind [der damals noch andauernde Kalte Krieg, Anm. d. Red.].

Amerikaner sind pragmatisch, zumindest sehen sie sich gern selbst so. Das bedeutet, daß sie es vorziehen, die Welt mit einem praktischen Auge anzusehen, anstatt sie durch die getönte Brille einer Ideologie zu betrachten. Die meisten Leser werden schon vom Council on Foreign Relations (CFR) gehört haben. Er handelt sich dabei um eine nicht-offizielle, halb-geheime Organisation, in deren Mitgliedslisten Leute zu finden sind, die sich auf den Gebieten Schulwesen, Finanz, Nachrichtendienst, Politik usw. hervorgetan haben. Der Zweck dieses Vereins besteht darin, eine Außenpolitik zu entwickeln und sie der Regierung als Vorschlag zu unterbreiten. Zu diesem Zweck ist es ihm möglich, viele seiner Mitglieder in verantwortlichen Posten in der Regierung unterzubringen. Kann es bezüglich Amerikas Einstellung zum europäischen Krieg des Jahres 1939 eine bessere Quelle geben als eine Äußerung des CFR? Der CFR hatte damals zum europäischen Konflikt folgendes zu sagen:

> *»Das deutsche strategische Ziel in diesem Krieg ist, die Macht der britischen Seestreitkräfte zu zerstören. Um Verbindung mit ihren Kolonien aufrecht zu erhalten, ihre Lebensmittelbelieferung zu sichern und sich selbst davor zu bewahren, eine sprichwörtlich drittrangige Macht zu werden, muß England die Überlegenheit seiner Flotte erhalten. Die Existenz Nazi-Deutschlands mit seiner Macht, seinem Ehrgeiz und seiner Triebkraft ist der grundlegende Faktor der auswärtigen Beziehungen der Vereinigten Staaten. Gegen Deutschland muß die Verteidigung unseres Landes erweitert werden; gegen es muß seine Diplomatie gewandt werden; gegen es müssen Freunde gewonnen und gehalten werden. Und die Einigkeit der Vereinigten Staaten muß wiederhergestellt werden, um die Möglichkeit eines deutschen Erfolges auf dem europäischen Kontinent zu vereiteln.«*

Diese Worte wurden 1938 und 1939 geschrieben. Es hätte nicht klarer ausgedrückt werden können. Diese in Friedenszeit gesprochenen Worte wurden nicht von einem drittrangigen Journalisten gemacht. Sie kamen von der Regierung hinter der Regierung, also den Leuten, die den Krieg planen und (wenn auch in leicht verschleierter Sprache) dazu aufrufen und ihn herbeiführen. Komme was mag, sagt der CFR, ein deutscher Sieg kann nicht geduldet werden. Zuerst muß die Diplomtie dagegen angewandt werden – was ich selbst erlebte. Die drastische Verhaltungsweise der Behörden im „Fall Kent" wird im Licht dieser CFR-Verkündungen leichter verständlich. Nicht einmal jetzt aber – nach 43 Jahren – ist der Schleier der Geheimhaltung vollkommen entfernt. Welches Element von nationaler Sicherheit benötigte solch drastischen Schutz? Zweifellos nichts weiter als das persönlichen Ansehen einiger der Führer.

Ich habe schon zuvor von dem Vermächtnis des Franklin Delano Roosevelt gesprochen. In Wirklichkeit waren es mehrere. Eines ist das Vermächtnis der inflationären Wirtschaftsphilosophie von Keynes – ein langes Thema, das eine getrennte Studie verdient. Ich beschäftige mich hier mit dem Vermächtnis der Außenpolitik und deren Durchführung. Auf dem Gebiet kann ich behaupten, ein kleines, aber spezielles Wissen zu besitzen.

England und Frankreich erklärten am 3. September 1939 Deutschland den Krieg. Es wurde vorgegeben, daß dies als Einlösung eines Versprechens an Polen geschehe; der wirkliche Grund war, daß das gefährdete Gleichgewicht der Mächte in Europa und die Vorherrschaft der britischen Flotte im Atlantik erzwungen werde sollte. Dem CFR zufolge beschützte

diese Flotte auch Amerika. Der CFR erklärte 1939 öffentlich, daß *»es unter keinen Umständen zugelassen werden könne, daß Deutschland den Krieg gewinnt«*. Als Teil dieser CFR-Garantie erdachte Roosevelt das Lend-Lease-Programm, welches seit vielen Monaten Diskussionsthema zwischen Roosevelt und Churchill in ihrem privaten Briefwechsel gewesen war. Roosevelt machte wiederholt klar, daß er Zeit benötige, um die Einwände des US-Kongresses zu überkommen. Churchill bestand darauf, daß England in die Knie gezwungen würde, wenn nicht bald etwas geschehe.

Es ist eine der größten Mysterien der Zeit, wie Roosevelt es fertig brachte, der britischen Flotte fünfzig Zerstörer zu überreichen, ohne dafür belangt zu werden. Aber er schaffte es. Dies war sein offenster Bruch der Neutralität während der Vorkriegszeit. Dies war ebenso seit Monaten zwischen ihm und Churchill erörtert worden. Verschiedene Täuschungsmanöver wurden von dem einen oder anderen vorgeschlagen, aber als unpraktisch verworfen. Das Hauptaugenmerk lag zu jener Zeit auf der Frage, wie der Kongress und die Neutralitätsgesetze umgangen werden könnten. Letzten Endes wurde der Kongress eingeschüchtert und beschwatzt, dem Lend-Lease Programm beizustimmen, was die Weggabe von Milliarden von Dollar amerikanischen Vermögens bedeutete. Das Zerstörer-Geschäft allerdings ging ohne jede Beteiligung des Kongresses über die Bühne, und damit landete der Rechtsstaat im Mülleimer.

Bis zu diesem Punkt war die langsame Arbeit der Diplomaten seit Monaten oder gar Jahren vor sich gegangen, um unter Versprechungen von Hilfsleistungen Bündnisse zu schmieden. Diese jedoch kamen schließlich nicht zeitig genug, um jenen, denen sie versprochen worden waren – Polen, Frankreich und England – von Nutzen zu sein.

Niemand in verantwortlicher Stellung in unserem Land hatte die schnelle militärische Niederlage Frankreichs und Englands vorausgesehen. Dünkirchen änderte das gesamte Bild. Die Regierung der Vereinigten Staaten hatte einen netten, gemütlichen Stellungskrieg erwartet, in dem die britische Flotte Deutschland allmählich zu Tode blockiert. Daher Lend-Lease und das Zerstörer-Geschäft. Dies waren die Werkzeuge, mit denen die Engländer – in Churchills Worten – *»den Job zu Ende bringen würden«*. Die Verluste der britischen Armee in Dünkirchen verursachten tatsächlich eine Panik im englisch-amerikanischen Lager. Das Unglaubliche war geschehen. Deutschland hatte den Krieg in Europa gewonnen – etwas, von dem der CFR gesagt hatte, daß es niemals zugelassen werden dürfe.

Innerhalb weniger Tage nach der britischen Niederlage in Dünkirchen wurde ich verhaftet und blieb bis November 1945 eingekerkert. Der Eindruck wurde übermittelt, daß ich und meine Freunde in gewissem Maß für den Zusammenbruch in Dünkirchen verantwortlich seien. Im Rückblick erscheint es nun, als ob diese drastische Aktion gegen mich, Captain Ramsey und mehrere andere hauptsächlich aus Propagandagründen unternommen wurden. Die Engländer hatten eine der größten Niederlagen ihrer Geschichte erlebt und ihre Truppen humpelten über den Kanal zurück, ohne auch nur ihre Gewehre retten zu können. Unter solchen Umständen ist es hilfreich für die Moral der Heimatfront, solch ein Mißgeschick den Machenschaften einer „fünften Kolonne" in die Schuhe zu schieben. Die stoischen Engländer können bisweilen recht hysterisch werden, und damals hatten sie gute Veranlassung dazu.

Später, als die Hysterie sich etwas gelegt hatte, wurde Captain Ramsey aus der Haft entlassen. Ich aber blieb eingekerkert bis zum bitteren Ende und darüber hinaus. Der Generalstaatsanwalt, der die Anklage gegen Ramsey vertrat, sagte (wie schon erwähnt), daß Ramsey ein ehrenwerter Mann sei, der niemals etwas vorsätzlich unternommen haben würde, was seinem Land schaden könne. Da Captain Ramsey 1940 mein Hauptkontakt in London war, dürfte ein unparteiischer Beobachter daraus schließen, daß auch meine Motive ehrbar waren.

Einige Leute haben die berechtigte Frage gestellt: Warum habe ich die Dokumente Engländern gezeigt, wenn mein Motiv war, die Vereinigten Staaten aus dem Krieg zu halten? Die Antwort ist einfach. Es war Ramsey und den Mitgliedern seines „Rechts-Klubs" bekannt, daß die Hauptkriegstreiber in England die Churchill-Eden-Duff-Cooper-Vansittart-Bande war. Es war unser gemeinsamer Plan, auf unsere amateurhafte Weise, Churchills Stellung im Parlament durch die Verwendung einiger der amerikanischen Dokumente in meinen Händen zu unterminieren. Dies hofften wir, durch die Mithilfe von Captain Ramsey zu erreichen, der immerhin Parlamentsmitglied war. Es war uns allen bewußt, daß die westlichen Demokratien nicht als Gewinner aus diesem Krieg hervorgehen konnten. Der einzige wirkliche Gewinner würde das bolschewistische Rußland sein. Das britische Weltreich würde nicht länger bestehen und England würde zu einer drittrangigen Macht herabsinken – was ja tatsächlich auch so gekommen ist.

Ich war außerdem überzeugt, daß die Bedrohung der Sicherheit der Vereinigten Staaten verhundertfacht werden würde. Unverständlicherweise schien unser großer Führer Roosevelt das nicht sehen zu können. Aber ein kleiner Angestellter des Auswärtigen Dienstes sah das; wie Kassandra prophezeite er, das ihm nicht geglaubt werden würde. Ame-



Die „großen Drei" am 9.2.1945 in Yalta

rikaner ziehen harte Tatsachen Theorien vor. Hier ist eine harte Tatsache:

1939 stand der Verteidigungs-Etat der Vereinigten Staaten wenig über einer Milliarde Dollar. Der Etat von 1983 sieht für Verteidigungsausgaben 221,1 Milliarden Dollar vor. Wenn wir die letzte Zahl halbieren, um die Inflation zu berücksichtigen, haben wir heute hundertmal so hohe Ausgaben wie vor dem Zweiten Weltkrieg.[3] Da wir annehmen müssen, daß die Vereinigten Staaten keinen größeren Krieg gegen irgendeine Macht planen, muß diese Summe von 221 Milliarden Dollar vorgesehen sein, uns gegen den einzigen einleuchtenden auswärtigen Feind – Sowjet-Rußland – zu verteidigen. Durch die Forderung der vollkommenen Zerstörung Deutschlands und »*bedingungslosen Kapitulation*« machte Roosevelt Sowjetrußland zu einer Weltmacht ohne jegliches Gegengewicht im europäisch-asiatischen Herzland. Aber er hatte zuvor gesagt, daß an den Kommunisten oder am Kommunismus nichts auszusetzen sei und daß Rußland unser natürlicher Verbündeter sei. War das vorsätzlich oder war es nur ein kolossales Fehlurteil? Die meisten Leute würden annehmen, daß ein Mann, der im Weißen Haus sitzt, zu Irrtümern von diesem Ausmaß weder berechtigt ist noch die Erlaubnis hat, die Sicherheit seiner Nation aufs Spiel zu setzen. Gewöhnliche Sterbliche können auf Unwissenheit plädieren. Der Präsident aber hat rund um die Uhr Zugriff auf allerlei Informationen über die Weltsituation. Er kann nicht glaubhaft plädieren, daß er nichts wußte – daß ihn niemand informierte.

Wie kommt es aber, daß meine Freunde und ich in den ereignisvollen Monaten des Jahres 1940 wußten, was vor sich ging? Die Geschichtswissenschaft wird diese Frage beantworten, nicht ich.

Heute sieht die regierende Elite dieses Landes ein, daß keines der hochgepriesenen Kriegsziele erreicht wurde. Aus diesem Grunde werden sie auch erst gar nicht diskutiert. Statt dessen gibt es ein dauerndes Loben unseres „moralischen Triumphs", den wir angeblich erreicht haben. Daher die unablässigen Faseleien über vermeintliche Nazi-Grausamkeiten, über die Belsens und Dachaus, die Buchenwalds und Auschwitze – vor allem den „Holocaust". Dies sind alles vorsätzliche Täuschungsmanöver – rote Tücher, die man uns vor die Nase hält, um uns von den Tatsachen abzulenken.

Diese Tatsachen sind, daß die USA in dauernder tödlicher Gefahr durch die überwältigende Macht Sowjetrußlands sind. Dies ist das Frankenstein-Ungeheuer, das von Roosevelt geschaffen und auf die Welt losgelassen wurde. Wir müssen mit diesem Vermächtnis Roosevelts jeden Tag leben. Ein sowjetischer Stützpunkt nur 145 km von der US-Küste entfernt ist nur eine der negativen strategischen Tatsachen, mit denen wir uns abfinden müssen. Jede mögliche moralische Basis für den Zweiten Weltkrieg wurde vollkommen zerstört, als wir uns mit Sowjetrußland verbündeten, von dem mit Recht gesagt werden kann, daß es nie ein ruchloseres Regime in modernen Zeiten gegeben hat.

Wenn das Vorhandensein von Konzentrationslagern innerhalb eines Landes eine gesunde Basis bedeutet, um gegen das Land in den Krieg zu ziehen, hätten wir seit etwa 1922 gegen Sowjetrußland im Krieg sein müssen und mit England seit der Jahrhundertwende, denn es waren die Briten, die sie zuerst während des Burenkrieges gebrauchten. Sie internierten Tausende von Zivilisten, viele von ihnen Frauen und Kinder, die wegen der schlechten sanitären Zustände in den Lagern in großen Massen umkamen.

Der Betrug des zwanzigsten Jahrhunderts, wie es der Titel von Dr. Butz' Buch andeutet, ist die Nebelwand, die das vollkommene Mißlingen der gelobten Kriegsziele Roosevelts, Churchills und der CFR verbergen soll. Und sie gibt dem zionistische Establishment heute freie Hand, um Völkermord im Nahen Osten zu betreiben und jede Person in unserem Land zu besudeln, die es wagt, dieses Dogma zu hinterfragen oder die wirklichen Resultate des Zweiten Weltkrieges aufzuzeigen. Das US-Establishment ist durch sein politisches Versagen dermaßen desavouiert, daß es die jüdischen Publizisten und Nachrichtendienste benötigt, um jeden zu zerstören, der die Verwegenheit besitzt, unangenehme Fragen zu stellen.

Es drängt sich uns die schreckliche Perspektive auf, sagen zu müssen: „Vielleicht haben wir uns geirrt." Und dies fordert ein weiteres Geständnis heraus: „Vielleicht hatte Hitler recht". Solche Geständnisse butterten aber keinen Kohl in der harschen Nachkriegszeit. Sie wurden unter den neuen, von den Vereinigten Staaten und ihren sowjetischen Alliierten ausgeheckten ex-post-facto „Gesetzen" nicht als Entschuldigung akzeptiert. Und die neue, wirkliche Verfassung der Nationen erfordert nur eine ganz einfache Klausel: „Es lohnt sich, auf der Seite der Sieger zu stehen."

Bibliographie

– Ray Bearse, Anthony Read. *Conspirator: The Untold Story of Tyler Kent*, Doubleday, Garden City, NY, 1991.
– Robert Harris, »*The American tearoom spy*«, *The Times* (London), 4.12.1982, S. 6.
– David Irving, »*Tyler Gatewood Kent: The Many Motives of a Misguided Cypher Clerk*«, *Focal Point*, 23.11.1981, S. 3-10
– Warren F. Kimball, »*Churchill and Roosevelt: The personal Equation*«, *Prologue* Vol. 6 (Herbst 1974), S. 169-82.
– Warren F. Kimball und Bruce Bartlett, »*Roosevelt and Prewar Commitments to Churchill: The Tyler Kent Affair*«, *Diplomatic History* 5(4) (Herbst 1989), S. 291-312
– Joseph P. Lash, *Roosevelt and Churchill 1939-1941*, Norton, New York 1976.
– James Leutze, »*The Secret of the Churchill-Roosevelt Correspondence*«, *Journal of Contemporary History,* 10 (1975), S. 465-91.
– Francis L. Loewenheim, Harold D. Langley and Manfred Jonas (Hg.). *Roosevelt and Churchill: Their Secret Wartime Correspondence*, Barrie & Jenkins, London 1975.
– Andrew Lownie, »*Tyler Kent: The Spy in the Code Room.*« *Back Channels* 1(3) (Frühjahr 1992), S. 16f.
– John Howland Snow, *The Case of Tyler Kent*, Domestic and Foreign Affairs, New York 1946; 2. Auflage, The Long House, New Canaan, Conn., 1962.
– Richard Whalen, »*The Strange Case of Tyler Kent*«, *Diplomat* (November 1965), S. 16-19, 62-64.

Anmerkungen

Mit freundlicher Genehmigung des IHR entnommen dem *Journal of Historical Review*, 4(2) (1983), S. 173-203; übersetzt von Hans H. Rummel.

1 Die von Amerika in Form von Patenten und „Wissenschaftlern" gemachte Beute in Deutschland, sowie die Zerstörung des größten Wirtschaftsrivalen (Deutschland) und die völlige Verkrüppelung des zweitgrößten (England) läßt dies allerdings in anderem Licht erscheinen. Anmerkung der Redaktion.

2 Das zweite Gleis britischer Außenpolitik bestand freilich darin, Stalin mit allen Mitteln dazu zu überreden, gegen Deutschland eine zweite Front zu eröffnen, Anm. d. Redaktion.

3 Die Inflationsrate seit 1939 dürfte wohl eher im Bereich um den Faktor zehn stehen, Anm. d. Redaktion.

Der totale Krieg

Die Schrecken des Zweiten Weltkrieges aus der Sicht eines Mittelschülers

Von Wolfgang Neugbauer

»*Stell dir vor es ist Krieg und keiner geht hin*« (Unvollständiges Zitat von Bertold Brecht). Die häufig unterschlagene Fortsetzung lautet: »*Dann kommt der Krieg zu dir*«. Zu uns kam der Krieg im Sommer 1944, als die alliierten Luftangriffe auf Wien auch massiv auf die Wohnbezirke ausgedehnt wurden. Das einzige militärische Ziel im 7. Bezirk war der Flakturm in der Stiftskaserne, aber der war mit damaligen Kriegsmitteln unverwundbar. Fliegeralarm Tag und Nacht, Stunden im Luftschutzkeller oder in den Schutzräumen des Flakturmes.

Und dann im Frühjahr 1945 wurde eine Schneise der Vernichtung durch den 7. Bezirk von West nach Ost gezogen. Der Bombentrichter an der Kreuzung Kandlgasse-Wimbergergasse saß genau im Zentrum. Er war so groß, daß die Gehsteige verschwunden waren, so daß beide Straßen blockiert waren. Er war mehrere Meter tief. Es war (wie man später erfahren konnte) eine „Fünfhundertpfünder“–Sprengbombe mit 125 kg TNT (Trinitrotoluol) Sprengstoff. Auch ohne Volltreffer war die Schule unbrauchbar. Kaum eine Fensterscheibe war mehr ganz. Später wurde dann Transparentpapier, aufgezogen auf Hasenstallgitter. als Glasersatz in die Flügel eingesetzt.

In unserer Dummheit stießen wir mit dem Zeigefinger die einzelnen Felder, die diese Beanspruchung mit einem dumpfen Knall beantworteten, ein. Nur: im folgenden Winter pfiff der kalte Wind durch diese Löcher und wir saßen frierend in den ungeheizten Klassenzimmern.

Ende März kam der Aufruf:

> *»Wien ist zur Festung erklärt worden, Frauen und Kindern wird empfohlen, die Stadt zu verlassen«.*

Ich folgte der Empfehlung und wollte mich zu Verwandten in der Steiermark (»*Alpenfestung*«) durchschlagen, um den Endsieg nach dem Einsatz der Wunderwaffen dort zu erleben. Was glaubten wir damals nicht alles!

Man konnte wegen der Teileinschließung Wiens nur mehr über die Floridsdorfer Brücke Wien nach Norden verlassen. Am Floridsdorfer Spitz vor dem Amtshaus sah ich drei deutsche Offiziere (Biedermann, Huth, Raschke) mit dem Schild hängen (»*Ich habe mit den Bolschewiken paktiert*«). Diese Männer hatten versucht, die Übergabe Wiens an die Sowjetarmee zu organisieren, waren aber verraten worden. Ihr Versuch war aber nach dem geltenden Recht auch Verrat. Es ist eben alles relativ und es kommt auf die Perspektive an.

In Seitenstetten sah ich zum ersten Mal KZ-ler auf den sogenannten „Evakuierungsmärschen“. Elendsgestalten in gestreiften Anzügen.

Einige Tage später in St. Georgen an der Gusen (KZ-Nebenlager von Mauthausen) erlebte ich folgende Episode: Ein Feldwebel der deutschen Wehrmacht, der offenbar im Lager gewesen war, berichtet seinen Leuten über die Zustände im Lager und bekennt lautstark am Ende:

> *»Und dafür habe ich nicht 5 Jahre meinen Schädel hingehalten!«*

Er meinte damit offenbar, daß ihm bewußt geworden war, was sich „hinter der Front“ abgespielt hatte.

Am 25.4.1945 sah ich von St. Georgen aus den letzten schweren Luftangriff der US-Amerikaner auf Linz. Es war schaurig schön, wie die deutsche Flak unter den angreifenden Maschinen wütete. Im nachhinein habe ich erfahren, daß erstmals mit Magnetzündern geschossen wurde, daher die großen Abschußerfolge. Die Feldgendarmerie schwärmte aus, um die überlebenden Besatzungsmitglieder vor den wütenden Bauern zu schützen. Deren Wut war aber verständlich, die alliierten Tiefflieger beschossen die Bauern bei der Arbeit.

Am 4.5.1945, einen Tag bevor US-Bodentruppen die Gegend besetzten, erlebte ich bei Haschendorf (nahe Sattledt, damals Gau Oberdonau) einen Angriff von US-Jagdflugzeugen auf deutlich als Nichtkombattanten erkennbare Zivilpersonen. Ich war in einer Gruppe von sieben Zivilisten, als die Maschinen angriffen. Dank meiner vormilitärischen Ausbildung kannte ich den alten Landserspruch »*Ein Jabo, der zurückkommt schießt auch*« und lag schon in der Deckung, als die Maschinen das Feuer eröffneten. Sie schossen mit Bordkanonen und Explosivmunition auf Zivilisten! Das Ergebnis: zwei Tote mit aufgeplatzten Schädeln, noch ein Toter, eine Frau mit Bauchschuß, eine Frau mit Steckschuß im Knöchel, zwei sonstig Verletzte. Ich war der einzige Unverletzte, aber so vom Blut der anderen bespritzt, daß die Helfer mich zuerst für schwer verwundet hielten.

Ein ungesühntes Kriegsverbrechen. Der Amerikaner Chuck Yeager (bekannt als erster Pilot, der Überschall geflogen ist) konnte sich in seinen Memoiren für solche Taten noch rühmen: »*Wir haben sie ausgeknipst!*«

Ich erreichte die Steiermark und erlebte dort das Kriegsende. Die Amerikaner waren schon an der Enns, schickten aber bloß gelegentlich Spähwagen nach Selzthal. Erst eine Woche nach Kriegsende kamen in der Nacht die Russen. Wie die Hunnen überfielen sie einen friedliche Ort. Ich habe heute noch das Schreien der vergewaltigten Frauen in den Ohren. Geplündert wurde, was das Zeug hergab. Aber ärger als das Plündern war die unvorstellbare Vernichtungswut.

Persönlich hatte ich keine Probleme mit den Russen, als erst 11,5 Jahre alter Knabe war man nicht einmal verdächtig, ein „Werwolf“ zu sein. Einem solchen Verdacht ausgesetzt gewesen zu sein war damals lebensgefährlich. Beim Kampf um Wien sollen zahlreiche Knaben deswegen umgebracht worden sein, es mag sein, daß sie sich an den Kämpfen beteiligt hatten, ohne den Kombattantenstatus zu haben. Ein älterer DJ-Kamerad hat im 10. Bezirk drei T34 mit der „Kinderpanzerfaust“ abgeschossen und das überlebt.

Nach Wiederaufnahme des Zugverkehrs konnte ich über Leoben wieder nach Wien zurückkehren. Auf der Fahrt über den Semmering fuhr ich durch die zum Teil durch entgleiste Lokomotiven blockierten Tunnels, die notdürftig eingleisig wieder befahrbar gemacht waren.

Die Fahrt auf einem Pferdefuhrwerk vom Südbahnhof in den 7. Bezirk war ein bedrückendes Ereignis. Meterhoch der Schutt und Müll auf den Straßen, durch Artilleriebeschuß und Bombentreffer zerstörte Gebäude. Überall Brandruinen und zerschossene Panzer und Fahrzeuge. Herabgerissene Oberlei-

tungen und ausgebrannte Wagen der Straßenbahn und ähnliches.

Am meisten bedrückend waren die Gräber in den Grünanlagen. Auf dem Urban Loritz-Platz und um das Volkstheater z.B. im 7. Bezirk waren Behelfsfriedhöfe, da die Leichen nicht mehr auf die Friedhöfe transportiert werden konnten. Anläßlich der Exhumierungen 1945 auf dem Urban Loritz-Platz erhielten wir schulfreie Tage, weil der Gestank nicht zu ertragen war. (Löcher im Glasersatz unsere Fenster!)

In der Folge mußten die durch die Sympathien mit dem untergegangenen Regime Belasteten Sühne leisten. Zum Teil dadurch, daß sie den Schutt und den Müll mit Handkarren aus dem 7. Bezirk in die riesigen Löschteiche auf dem Gürtel führen mußten. Das war neben dem Verlust der Existenz und des Vermögens ein Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung. Diesen hatten auch Blockwartinnen der NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, also eine Fürsorgeeinrichtung), 1945 als „Nazihuren“ beschimpft, zu leisten.

Daß der Krieg zu Ende war und ein diktatorisches Regime beseitigt war, wurde von uns mit Erleichterung begrüßt. Die Handlungen der Alliierten (seien es die Kriegshandlungen gegen Zivilisten, seien es die Untaten nach dem Krieg) machten es uns aber schwer, in ihnen die „Befreier“ zu erkennen.

Alliierte Pläne zur Ausrottung des deutschen Volkes

»*Was sollen wir mit Deutschland machen?*« · Maßnahmen zur Vernichtung des Herzens Europas

Von Dr. Claus Nordbruch

Lange vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, und erst recht lange bevor der Ausgang dieses europäischen Brudermordes absehbar war, hatten die späteren Sieger und ihre Komparsen bereits Pläne für eine künftige Behandlung Deutschlands entworfen, die allesamt Verstöße gegen geltendes Völkerrecht beinhalteten. Neben der beabsichtigten Entmilitarisierung und Entnazifizierung waren vor allem Pläne zur Vernichtung bzw. Austreibung der Deutschen aus vielen angestammten Gebieten vorgesehen. So wurde beispielsweise die Austreibung der Sudetendeutschen schon im Dezember 1938, also noch fast ein Jahr vor dem offiziellen Ausbruch des Krieges, durch den späteren tschechischen Präsidenten Eduard Benesch propagiert. Ohne daß er dabei jedoch die Vorreiterrolle gespielt hätte. Der Deutschenhaß der Tschechen war viel älter. Bereits während des Prager Panslawistenkongresses im Jahre 1848 wurde eine Entschließung gefaßt, nicht nur alle Sudeten-, sondern auch alle Ostdeutschen östlich der Isthmuslinie Triest-Stettin zu vertreiben. Im Sommer 1917 übergaben Benesch und der spätere Ministerpräsident Kramář den Alliierten ein Memorandum, in dem sie die Zerstückelung Deutschlands und die Einverleibung großer Gebiete des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns in die zu schaffende tschechoslowakische Republik forderten. Nach Unterzeichnung des Versailler Diktats standen tschechisch-nationalistische bzw. panslawistische Äußerungen und Forderungen auf der Tagesordung der Politik, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann.[1] Sie alle hatten aber mehr oder weniger fanatisch die Vertreibung der Sudetendeutschen zur Absicht.

Dies waren mitnichten lediglich die fragwürdigen Gedanken einzelner chauvinistischer, panslawistischer oder kommunistischer Politiker. Es handelte sich bei diesen völkerrechtswidrigen Vorhaben um die offiziellen Standpunkte der Staatsführung: Den Beitritt zur Atlantik-Charta versah die Tschechoslowakei sogar ausdrücklich mit dem Vorbehalt, daß mit der Unterzeichnung des Dokuments die Austreibung der Deutschen nicht gehindert werden dürfe. Bereits im September 1942 erhielt Benesch, pikanterweise Vorsitzender seiner national-sozialistischen Partei, die sich nach dem Krieg in »*volkssozialistisch*« umbenannte, von der englischen Regierung gewissermaßen Schützenhilfe. London ließ mitteilen, daß man gegen die Ausweisung der Sudetendeutschen, einer Bevölkerungsgruppe, die in der Tschechoslowakei ebensolange ansässig war wie die Tschechen und Slowaken, nichts einzuwenden habe. Im Mai 1943 erhielt Benesch eine entsprechende Zusage von Roosevelt und im Juni 1943 dann auch von dem sowjetischen Botschafter in Frankreich, Bogomolow. Tatsächlich hatten die Tschechen im allgemeinen und Benesch im besonderen nie ernsthaft beabsichtigt, das Ziel einer entgermanisierten Tschechei auf dem Wege einer internationalen Aufsicht oder gar nach humanen Kriterien zu erreichen. Im Juli 1944 kursierte im tschechischen Widerstand eine von höchster Stelle herausgegebene Anweisung:[2]

> »*Wir rechnen also mit der Möglichkeit der Durchführung eines Transfers unserer deutschen Bevölkerung. Es kann jedoch heute noch nicht definitiv gesagt werden, daß sämtliche drei Millionen Deutsche auf der Grundlage irgendeiner internationalen Regelung transferiert werden können.* […] *Es ist notwendig, daß wir in den ersten Tagen nach der Befreiung vieles selbst erledigen, daß möglichst viele schuldige Nazisten vor uns fliehen, aus Angst vor einer Bürgerrevolte gegen sie in den ersten Tagen der Revolution, und daß möglichst viele derjenigen, die als Nazisten sich wehren und Widerstand leisten, in der Revolution erschlagen werden.*«

Nach der militärischen Kapitulation mußten die Tschechen nicht mehr konspirativ agieren und bekannten sich denn auch öffentlich zu ihren blutigen Absichten. Am 31. Mai 1945 stellte die tschechische national-sozialistische Zeitung *Slovo národa* lapidar fest:[3]

> »*Es wird nicht geduldet, daß sich Bürger deutscher Volkszugehörigkeit frei unter der tschechischen Bevölkerung herumtreiben.*«

Mit dieser bezeichnenden Ankündigung wollen wir zusammenfassen, daß es erwiesen ist, daß die tschechoslowakische Exilregierung unter Benesch eindeutig auf eine ethnische Säuberung in einer wiederherzustellenden tschechoslowakischen Republik hingearbeitet und diese, wie im folgenden zu zeigen sein wird, auf menschenverachtende Weise und entgegen jeglichen Völkerrechts auch durchgeführt hat.

Auch in Polen träumte man von expansionistischen Raubzügen und schwärmte von polnischen Grenzen bis nach Stettin, ja selbst bis Berlin – und dies lange vor dem 1. September 1939: im offiziellen Programm des polnischen Westmarkenverbandes hieß es:

> *»Die natürliche Grenze Polens ist im Westen die Oder.«*

Auf einem Flugblatt des Vorbereitungsausschusses zur Grunwald-Feier zum Gedenken an die Schlacht von Tannenberg 1410 wurde angekündigt:

> *»Wir werden zurücknehmen, was uns der Deutsche weggenommen hat an der Elbe, Oder und Weichsel!«*

Als Vorsitzender der Großpolnischen Landwirtschaftsvereine sagte Stanisław Mikołajczyk am 21. Juni 1939:

> *»Man muß sich darüber Rechenschaft geben, daß Polen solange keinen Frieden kennen wird, solange es sich nicht auf die Oder stützen kann.«*

Am 7. August 1939 äußerte sich die Thorner *Słowo Pomorskie* über die Deutschen:

> *»Deshalb sagen wir Polen heute ganz deutlich: Geht dahin zurück, woher Ihr gekommen seid. Auf Schubkarren, die von Hunden gezogen wurden, kamt Ihr angekarrt. Ihr brachtet nur ein schlechtes Unterbett mit. Mit einem solchen könnt Ihr wieder losziehen.«*

Die Wochenschrift *Naród w walce* forderte am 20. Juli 1939, Danzig müsse »*polnisch bleiben*« und Deutschland gezwungen werden, den ostpreußischen Raum ohne Bevölkerung an Polen abzutreten.[4]

Ähnlich wie die Tschechoslowakei erhielt auch Polen während des Krieges vor allem aus London Rückendeckung. Der Besetzung Ostdeutschlands durch die Polen und eine damit verbundene Massenvertreibung der Deutschen sah Churchill gelassen entgegen. Zwar gestand er ein, daß es in Britannien viele Menschen gebe, die einer Ausweisung entgegenstünden, ihn persönlich diese aber nicht beunruhigen würde.[5] Im Gegenteil. Bereits am 15. Dezember 1944 meinte der britische Premierminister im Unterhaus: Die vollständige Austreibung der Deutschen aus dem von Polen neu zu erwerbenden Gebiet im Westen und Norden sei die Methode, die,[6]

> *»soweit wir sehen können, am meisten befriedigt und am dauerhaftesten sein wird. Es wird keine Vermischung der Völker geben, aus der endlose Schwierigkeiten entstehen, wie es bei Elsaß-Lothringen der Fall gewesen ist. Es wird reiner Tisch gemacht werden. Ich erschrecke nicht vor dem Gedanken, Bevölkerungen umzusiedeln, erschrecke nicht einmal bei diesen großen Umsiedlungen, die unter neuzeitlichen Bedingungen eher möglich sind, als sie es je zuvor waren.«*

Seiner Meinung nach könnten sechs Millionen Deutsche „bewältigt“ werden. Diese Zukunftsvisionen waren mitnichten Propagandageschwätz, sondern stellten die tatsächliche Meinung des britischen Premiers dar. Auf der 4. Sitzung der Konferenz in Jalta bekräftigte Churchill nochmals seine menschenverachtende Auffassung:[7]

> *»In der Frage der Verschiebung der polnischen Grenze nach Westen möchte die britische Regierung folgenden Vorbehalt machen: Polen müsse das Recht erhalten, sich das Gebiet zu nehmen, das es nehmen wolle und das es verwalten könne. Es wäre aber kaum zweckmäßig, wenn die polnische Gans derart mit deutschem Futter gestopft würde, daß sie an Verdauungsstörungen stirbt.«*

Zwei Sätze weiter erklärte er Stalin, daß er *nicht* vorschlage, »*mit der Vernichtung der Deutschen aufzuhören.*«

Es ist vielleicht noch nicht ganz in Vergessenheit geraten, daß Churchill, der mehr als vier Jahrzehnte seines Lebens u.a. damit verbracht hatte, Kriege gegen Deutschland vorzubereiten bzw. zu führen, in der BRD als „großer Europäer“ gefeiert wurde und wird. Im Mai 1956 wurde ihm in Aachen für »*seine Verdienste um die Einigung Europas*« der Karlspreis verliehen. Selbst nach Jahrzehnten seines Ablebens scheint man in leitenden Positionen der BRD immer noch nichts hinzugelernt zu haben: Im März 1999 brillierte Bundes<u>verteidigungs</u>minister Rudolf Scharping, der sich während des Angriffskrieges der NATO gegen Serbien 1999 zweifelhaften Ruhm erworben hatte, mit dem Vorschlag, Bundeswehrkasernen mit Namen von Wehrmachtsangehörigen, wie z.B. Feldmarschall Erwin-Rommel-Kaserne, umzutaufen, und beispielsweise nach Winston Churchill zu benennen.

Zurück zur Frage, was „man“ mit Deutschland machen solle: Nach der Konferenz in Casablanca vom 14. bis 25. Januar 1943 wartete US-Präsident Roosevelt mit einer Sensation auf:

> *»Ich und der Premierminister Churchill werden uns nur mit einer bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, Italiens und Japans zufrieden geben.«*

Dieses kurzsichtige Bekenntnis sollte wesentlich zur Verlängerung des Krieges beitragen, da mit ihr die Möglichkeit für einen Verhandlungsfrieden zunichte gemacht worden war. Mit dieser »*Erklärung des totalen Krieges bis zum totalen Sieg*« waren alle bis dahin noch offen stehenden Brücken abgebrochen. Der Reichsregierung war spätestens zu diesem Zeitpunkt klar, daß nun alle diplomatischen Möglichkeiten für Friedensverhandlungen zunichte gemacht worden waren. Deutschland stand mit dem Rücken zur Wand. Gab es eine andere Möglichkeit, als nach dem Motto „Sieg oder Tod!“ bis zum bitteren Ende weiter zu kämpfen und alle militärischen Wege für einen endlichen Sieg auszuschöpfen? Und so unmöglich war ein deutscher Sieg gar nicht. Der ungeheure Vorsprung der deutschen Wissenschaft, vor allem auf dem Gebiet der Wehrtechnik, ist beispielsweise daraus ersichtlich,



Henry Morgenthau Jr.

daß das Oberkommando des Heeres bereits am 15. Oktober 1942 an eine Deckadresse, hinter der sich die deutsche Atomforschung verbarg, den Prüfungsauftrag gegeben hatte, ob sich Atomzerfall und Kettenreaktion zum Raketenantrieb eignen. Das war offenbar der Fall: Gegen Ende des militärischen Schlagabtauschs bereiteten die Deutschen – um nur zwei der vorliegenden „Wunderwaffen" namentlich zu nennen – ihre gigantische A4-Rakete für die Produktion vor. Diese war 14 Meter hoch, wog knapp 11 Tonnen und hatte eine Reichweite von 370 Kilometern, wobei sie sich 100 Kilometer über den Erdboden erhob und eine Höchstgeschwindigkeit von 5.400 km/h erreichte. Ihr Geheimnis bestand in einem Raketenmotor, der mit Alkohol und flüssigem Hydrazin betrieben wurde. Da diese radar- bzw. selbstgelenkte Rakete etwa fünfmal schneller flog als der Schall, konnte sie vor ihrem Einschlag nicht gehört und damals auch nicht geortet werden. Eine weitere in Vorbereitung befindliche Rakete war die A9, die etwa 13 Tonnen wog, mit Flügeln bestückt war, eine Reichweite von etwa 5.000 Kilometer hatte und die unglaubliche Höchstgeschwindigkeit von 9.400 km/h erreichen konnte. Der Erkenntnis des Angehörigen des US-Führungsstabes in den besetzten Gebieten, Oberst D. L. Putt, zufolge, der die Ermittlungen über den Stand der deutschen Atomrüstung leitete, würde es nur noch wenige Wochen gedauert haben, *»und die Deutschen hätten über die Anwendung der mit Atombomben bestückten V2 die kriegsentscheidende Waffe besessen.«*[8] Angesichts der unermeßlichen Erfindungen und Patente, die die Alliierten unmittelbar nach Eintritt des Waffenstillstandes im Reich suchten, fanden und beschlagnahmten – hierüber in einem gesonderten Kapitel später mehr – bekannte der Stellvertretende Kommandierende General des US-Luftwaffengeheimdienstes vor der Gesellschaft der Aeronautischen Ingenieure:

> *»Die Deutschen bereiteten Raketen-Überraschungen für die ganze Welt im allgemeinen und für England im besonderen vor, die, das ist höchstwahrscheinlich, den Lauf des Krieges gewandelt haben würden, wenn die Invasion für die kurze Zeit von einem halben Jahr verzögert worden wäre.«*

Auch der britische Geheimdienst kam beispielsweise bezüglich der rasanten Entwicklung der deutschen Düsenflugzeuge Me 262 zu dem Schluß, wenn Deutschland nicht bis Juli 1945 geschlagen würde, habe es bei gutem Flugwetter die Überlegenheit in der Luft über Deutschland und über den Armeen.[9]
Die ungeheure Motivation der Deutschen, für den Endsieg zu kämpfen, fand nicht zuletzt ihre Triebkraft in immer wiederkehrenden Androhungen der Alliierten, wie sie im Falle eines Sieges mit Deutschland und dem deutschen Volk umzuspringen gedächten. Am 23. Februar 1944 bestätigte der britische Außenminister Eden während einer Debatte im Unterhaus,

> *»daß Deutschland nicht den rechtlichen Anspruch werde erheben können, aus der Atlantik-Charta in einer Weise Vorteile zu ziehen, daß die siegreichen Mächte daran gehindert würden, territoriale Berichtigungen auf seine Kosten vorzunehmen.«*

Deutschland, so Eden, könne noch nicht einmal den rechtlichen Anspruch erheben, daß überhaupt irgendein Teil der Charta *»auf Deutschland anzuwenden wäre.«*[10] Am 22. April 1944 bekräftigte Churchill dieses fragwürdige Vorhaben:[11]

> *»Kein Vertrag und keine Verpflichtung wird die Alliierten im Moment der deutschen Kapitulation binden. So kommt es beispielsweise nicht in Frage, die Atlantik-Charta auf Deutschland im Sinne einer Rechtsgrundlage anzuwenden, oder territoriale Veränderungen und Grenzberichtigungen bei feindlichen Ländern auszuschließen. Wir werden keinerlei Argumente gelten lassen. – Bedingungslose Kapitulation bedeutet, daß die Sieger freie Hand haben.«*

Es zeugt von einer schier unfaßbaren Groteske und einer unbeschreiblichen Selbstüberheblichkeit, daß die Alliierten, allen voran die USA und Britannien, vorgaben, ausgerechnet für Menschenrechte und Gerechtigkeit in den Krieg gegen Deutschland zu ziehen. Die Kräfte für die Errichtung der Einen Welt zeichneten sich bereits damals deutlich ab. Am 14. Juni 1942 betete (!) Roosevelt über den Rundfunk:[12]



Langwährende Freundschaft: F.D. Roosevelt und Henry Morgenthau jr., links im Jahr 1930, rechts am 6.11.1943.

»Gott der Freien, wir geloben heute unser Herz und unser Leben der Sache der gesamten Freien Menschheit. Unsere Erde ist nur ein kleiner Stern im großen Universum. Aber wir können, so wir wollen, aus ihr einen Planeten machen, der unbelästigt ist vom Kriege, verschont ist von Hunger und Furcht, ungespalten ist durch die sinnlosen Unterscheidungen von Rasse, Hautfarbe und Theorie. Der Geist des Menschen ist erwacht, und die Seele des Menschen ist vorangeschritten. Gib uns das Geschick und den Mut, die Welt von der Unterdrückung und der alten gemeinen Lehre, daß die Starken die Schwachen aufessen müssen, weil sie stark sind, zu säubern. Schenke uns einen gemeinsamen Glauben, daß der Mensch Brot und Frieden, Gerechtigkeit und Rechtschaffenheit, Freiheit und Sicherheit, Gelegenheit und die gleiche Chance, sein Bestes zu tun, nicht nur in unserem Land, sondern in der ganzen Welt, kennenlernen wird. Und in diesem Glauben laßt uns marschieren, auf die saubere Welt zu, die unsere Hände schaffen können. Amen.«

Diese zu erstrebende Sauberkeit, so erklärte der Gutmensch Roosevelt nach der Konferenz von Teheran, sollte gekennzeichnet sein durch Beseitigung von Tyrannei, Sklaverei, Unterdrückung und Intoleranz. Ganz im Sinne der Globalisten der neunziger Jahre schwebte ihm eine „Weltfamilie demokratischer Staaten" vor.

In Abs. 2 der Atlantik-Charta vom 12. August 1941 heißt es, daß die Unterzeichner keine territorialen Veränderungen anstrebten, *»die nicht mit dem frei zum Ausdruck gebrachten Wunsch der betreffenden Völker übereinstimmen.«* Von dieser Neuauflage der Wilsonschen Interpretation des Selbstbestimmungsrechtes der Völker waren die Deutschen ausdrücklich ausgeschlossen. Was es mit den amerikanischen Versprechungen bezüglich Gewährleistung des Selbstbestimmungsrechts der Völker auf sich hat, hatten die Europäer – allen voran die deutsche Nation – bereits nach Ende des ersten Weltkriegs erfahren dürfen. Wir erinnern uns: Damals wurden unter Mißachtung des Völkerrechts große Teile des Deutschen Reiches zugunsten anderer Staaten abgetrennt. Was damals den Bruch jeglicher Rechtsmoral ferner unterstrich, war die Tatsache, daß deutsche Gebiete sogar nach vorherigen Volksabstimmungen, die ausnahmslos zugunsten Deutschlands ausgefallen waren, abgetrennt und fremden Staaten zugesprochen wurden.

Vom 28. November bis 1. Dezember 1943 trafen sich die „Großen Drei" zu einem Gipfeltreffen in der Botschaft der UdSSR in Teheran, um ihre Vorstellungen über die Behandlung des Deutschen Reiches nach einem Siege gemeinsam abzustimmen. Für unsere Untersuchung ist das schicksalhafte Engagement Churchills von Bedeutung, da er es war, der zuerst eine Revision der Grenzen zugunsten Polens ins Gespräch brachte. Seine Regierung sei der Meinung, *»daß man Polen zweifelsohne auf Kosten Deutschlands zufriedenstellen muß.«*[13] Diese Auffassung wurde von Roosevelt und Stalin geteilt, wobei sich Churchill immer wieder als Vorreiter für die Idee von der Zerstückelung des Reiches hervortat. Vor allem während der 2. Sitzung am 1. Dezember propagierte er die Aufgliederung Deutschlands und plädierte für die Zerschlagung Preußens als der *»Wurzel allen Übels«* sowie für die Abtrennung Bayerns und anderer Provinzen von Deutschland. Seine Chance witternd, machte Stalin bei dieser Gelegenheit Forderungen der Sowjetunion geltend:[14]

»Die Russen haben keine eisfreien Häfen in der Ostsee. Deshalb brauchen die Russen die eisfreien Häfen Königsberg und Memel und einen entsprechenden Teil Ostpreußens.«

Tatsächlich setzten die Sowjets 1945 die Regierungsbezirke Königsberg und Gumbinnen mit Königsberg (13.200 km²) unter sowjetische Verwaltung und gründeten hier den Bezirk Kaliningrad, wobei das Memelland 1946 der neugegründeten litauischen Sowjetrepublik einverleibt wurde.

Während eines Umtrunks auf dieser Konferenz platzte Stalin ein Trinkspruch heraus, der vor allem von Roosevelt mit herzhaftem Lachen aufgenommen wurde:[15]

»Die Stärke der Deutschen Wehrmacht hängt von 50.000 hohen Offizieren und Wissenschaftlern ab. Ich erhebe mein Glas mit dem Wunsche, sie zu erschießen, sobald wir sie erwischen; alle 50.000.«

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Auch die Amerikaner waren Massenerschießungen keineswegs abgeneigt. Im August 1944 meinte General Eisenhower in Washington gegenüber dem britischen Botschafter, sämtliche Offiziere des Oberkommandos der Wehrmacht sowie alle führenden Kräfte der NSDAP ab Bürgermeister und alle Angehörigen der Geheimen Staatspolizei sollten ausgelöscht werden.[16] Hierbei handelte es sich immerhin um eine Größenordnung von etwa 100.000 Menschen.

Mit den aus deutscher Sicht zunehmend negativ verlaufenden Kriegsgeschehnissen nahmen die Absichten der Alliierten über eine künftige Behandlung des „deutschen Problems" sowohl immer dreistere als auch immer konkretere Vorstellungen an. Sie sollten ihren einstweiligen Höhepunkt auf der Konferenz von Jalta erleben. Dieses Gipfeltreffen der „Großen Drei" fand vom 4. bis zum 11. Februar 1945 im ehemaligen Zarenpalais Livadija bei Jalta auf der Krim statt. Hier äußerten sich die Alliierten erstmals ausgiebig über das Wesen einer dem Deutschen Reich aufzuzwingenden bedingungslosen Kapitulation. Alle drei Konferenzteilnehmer waren sich einig, daß nur eine solche Kriegsbeendigung in Frage käme. Lediglich über verschiedene Einzelheiten war man sich noch nicht völlig im klaren, z.B. ob man eine deutsche Regierung im Amt belassen solle, wie die einzelnen Besatzungszonen vergeben werden sollten, oder ob man Restdeutschland in einen nord- und süddeutschen Staat mit Wien als Hauptstadt des letzteren aufteilen wolle. Letztlich sei dies aber alles unmaßgeblich. Churchill erklärte:[17]

»Seiner Meinung nach sei es nicht erforderlich, die Deutschen über die Politik zu informieren, die in Zukunft gegenüber ihrem Land zur Anwendung kommen wird. Man müsse den Deutschen bekanntgeben, sie sollten nach der Kapitulation Deutschlands die weiteren Forderungen der Alliierten abwarten. Die weiteren Forderungen würden den Deutschen im gegenseitigen Einverständnis der Alliierten bekanntgegeben werden.«

Diese Absicht konnte in Bezug auf die Deutschen nur eine Art Blankoscheck bedeuten. Tatsächlich erklärte Churchill:[18]

»Die bedingungslose Kapitulation sei eine Voraussetzung für die Einstellung der Kampfhandlungen. Wer die Bedingungen einer bedingungslosen Kapitulation unterschreibe, ordne sich dem Willen der Sieger unter.«

Als die Rotarmisten 1944/45 nach Ostdeutschland vordrangen, waren sie[19]

»vor allem von offizieller politischer Seite psychologisch auf die Besetzung Deutschlands vorbereitet worden. In unzähligen Frontzeitungsartikeln waren Verhaltensmaßregeln für die Soldaten der Roten Armee festgelegt worden. Des

*weiteren äußerten sich diesbezüglich auch Propagandisten und Schriftsteller, z.B. Alexej Tolstoj, Michail Alexandrowitsch Scholochow (*Die Schule des Hasses*), Konstantin Michailowitsch Simonow (*Tötet ihn!*) und Surkow (*Ich hasse!*). Am maßgeblichsten wirkten sich jedoch die Flugschriften Ilja Ehrenburgs aus. In seinem Buch* WOJNA *(=* Der Krieg*), erschienen 1943 im Staatsverlag für schöne Literatur, Moskau, heißt es u.a.: „Die Deutschen sind keine Menschen* […] *Wenn du nicht im Laufe eines Tages wenigstens einen Deutschen getötet hast, so ist es für dich ein verlorener Tag gewesen* […]
Wenn du einen Deutschen getötet hast, so töte einen weiteren - für uns gibt es nichts Lustigeres als deutsche Leichen." Nicht nur von politischer und propagandistischer Seite wurde zu Verbrechen gegen die deutsche Bevölkerung und deutsche Soldaten aufgerufen. Auch von militärischer Seite her war die Einstellung eindeutig: Marschall Tschernjakowski konstatierte anläßlich des Einmarsches in Ostpreußen in seinem Tagesbefehl u.a.: „Gnade gibt es nicht – für niemanden […] *Es ist unnötig, von Soldaten der Roten Armee zu fordern, daß Gnade geübt wird. Sie lodern vor Haß und vor Rachsucht."*[…] *Andere Aufrufe forderten ausdrücklich zur Vergewaltigung deutscher Frauen und Mädchen auf. Heinz Nawratil weist darauf hin, daß auch Alexander I. Solschenizyn in seinem zwischen 1964 bis 1968 verfaßten Roman* Archipel Gulag *berichte, daß die Rotarmisten nach drei Wochen Krieg in Deutschland Bescheid gewußt hätten: „*[…] *deutsche Mädchen dürfe man vergewaltigen und danach erschießen, und das gelte fast noch als kriegerische Tat." Der Schriftsteller, Bürgerrechtler und Freund Heinrich Bölls, Lew Kopelew, habe, so Nawratil, die Worte eines kommunistischen Agitators während des Einfalls in Ostpreußen folgendermaßen geschildert: „*[…] *was ist zu tun, damit der Soldat Lust zum Kämpfen behält? Erstens: er muß den Feind hassen wie die Pest, muß ihn mit Stumpf und Stiel vernichten wollen* […] *zweitens* […] *er kommt nach Deutschland und alles gehört ihm – die Klamotten, die Weiber, alles! Mach, was du willst." Ein derartiges Auftreten der Rotarmisten war sowohl unter den Soldaten der Wehrmacht als auch in der deutschen Zivilbevölkerung bekannt. Bei den begangenen Ausschreitungen handelte es sich nicht um Einzelfälle, sondern teilweise um von höchster offizieller Stelle geduldete Massenverbrechen, die später als eines der größten Völkerrechtsverbrechen der Neuzeit in die Geschichte eingehen sollten.«*

Mitnichten stellten die Haßtiraden und die Hetze des Ilja Ehrenburg[20] und Konsorten eine Ausnahme oder vereinzelte Propagandamaßnahmen der Sowjetunion dar. Der Kriegsberichter Oberleutnant Günther Heysing hatte sich die Mühe gemacht, sowohl aus sowjetischen Publikationen als auch bei Verhören von Rotarmisten Notizen zu machen bzw. Zitate herauszuschreiben.[21] So ist in der Soldatenzeitung *Bojewaja Trewoga* vom 20. Oktober 1944 zu lesen:

»Erzittere Deutschland! Erzittere verfluchtes Deutschland! Wir werden Dich mit Feuer und Schwert durchziehen und in Deinem Herzen den letzten Deutschen, der russischen Boden betreten hatte, erstechen.«

In einem Aufruf an die sowjetische Luftwaffe zu Beginn des sowjetischen Angriffs auf Ostpreußen heißt es:

»Die Rote Armee ist zur Offensive angetreten, um den Befehl des Genossen Stalin zu erfüllen und der deutschen Bestie den Todesstoß in ihrer Höhle zu versetzen. […] *mit glühendem Haß im Herzen betreten wir das Land des verhaßten Feindes. Wir kommen als Richter und Rächer. Der Feind muß ohne Gnade vernichtet werden.«*

Der Kriegsrat und die Politische Verwaltung der 3. Weißrussischen Front haben am 25. Oktober 1944 folgenden Aufruf erlassen:

»Vorwärts Sieger! Möge das deutsche Land, welches den faschistischen Auswurf gezeugt hat, unter eurem dröhnenden Tritt erzittern! Möge der blutrünstige verhaßte Feind, der uns soviel Leid und Qualen zugefügt hat, erzittern und in den Strömen seines schwarzen Blutes ertrinken.«

In einem Referat über das Thema »*Was verlangt die Kommunistische Partei von einem Angehörigen des Kommunistischen Jugendverbandes im Fronteinsatz*« vom Oktober 1944 wird gesagt:

»Junger Krieger! Du weißt, welche furchtbaren Qualen und welches Leid die Deutschen deinem Volk, deiner Familie, deinem geliebten Mädchen gebracht haben. Räche sie erbarmungslos. Für das Leben jedes sowjetischen Menschen nimm zehn Deutschen das Leben […] *Denke daran, daß ein Tag, an dem Du keinen einzigen Deutschen getötet hast, ein verlorener Tag war.«*

Ein Gefangener der 88. S.D./S.R. 758 sagte aus:

»Vor dem Betreten deutschen Bodens wurde von Offizieren gelehrt, daß man den Besitz der deutschen Zivilbevölkerung nicht zu schonen brauche und die Bevölkerung als Freiwild behandeln könne. Frauen könnten vergewaltigt werden.«

Ein Gefangener des selbständigen Panzervernichtungsartillerieregiments 529 gab zu Protokoll:

»In Polen wurde Diebstahl von Kartoffeln strengstens bestraft. In Ostpreußen konnte jeder Lebensmittel entnehmen. Dagegen war das Entwenden von Kleidungsstücken und anderen Gegenständen auch in Ostpreußen strengstens verboten, da diese für den Abtransport in die UdSSR vorgesehen waren.«



Dwight David Eisenhower

Ein Überläufer der 135. S.D./S.R. 163 berichtete:

»Vor 2 Wochen sagte der Zugführer, daß die Soldaten beim Betreten deutschen Bodens frei plündern und brandschatzen durften.«

Ein Überläufer der 331. S.R./S.D. 1104 bestätigte dies:

»Früher war das Beutemachen verboten, jetzt aber auf deutschem Boden ist es nicht mehr strafbar. Jedermann kann so viel nehmen, wie er tragen kann.«

Ein Gefangener der 174. S.D./S.R. 494 gestand:

»Es wurde ihnen vom Kompaniechef und Zugführer gesagt, daß sie auf deutschem Gebiet ungestraft plündern und sich auch an deutschen Frauen vergreifen könnten.«

Wen kümmerte da schon Art. 28 der Haager Landkriegsordnung, in dem es ausdrücklich heißt:

»Es ist untersagt, Städte oder Ansiedlungen, selbst wenn sie im Sturme genommen sind, der Plünderung preiszugeben.«

Keineswegs standen antideutsche und volksverhetzende Aufrufe nur in der Sowjetunion an der Tagesordnung. Auch in England und in den USA waren während des Krieges viele Propaganda- und Hetzschriften gegen Deutschland und das deutsche Volk erschienen. In England gehörte Sir Robert Vansittart zu den maßgeblichen Initiatoren germanophober Aktivitäten. Als Erster Berater des britischen Außenministers genoß er in diplomatischen Kreisen die bezeichnende Berufbezeichnung Deutschenhasser. In seinen Büchern *Black Record* (1941) und *Lessons of my Life* (1943) vertritt er den Grundgedanken, daß das deutsche Volk der ewige Störenfried der Weltgeschichte sei, der »*Mördervogel*« unter den zivilisierten Nationen. Deshalb gelte es, dieses barbarische, aggressive und mordlüsterne Verbrechervolk auszurotten. Vansittarts Einfluß war enorm. Er gilt als Schlüsselfigur der britischen Kriegstreiberclique, die darüber hinaus für drakonische Maßnahmen gegen Deutschland eintrat.

Gerade in Amerika erschien eine Reihe rassistischer und menschenverachtender Veröffentlichungen. Hier seien auswahlweise aufgezählt *What about Germany?* (1942) von L.P. Lochner, *How to treat the Germans?* (1943) von Emil Ludwig und *Germany: To be or not to be?* (1943) von G.H. Seger und S.V. Marck. Als die Amerikaner 1944/45 begannen, Deutschland zu besetzen, wurde in der amerikanischen Truppe kostenlos eine Schrift des New Yorker Rechtsanwalts und Vorsitzenden einer Hilfsorganisation für jüdische Einwanderer, Louis Nizer, verteilt, das den überheblichen Titel *What to do with Germany?* trug. In diesem Buch empfahl Nizer u.a., jeden deutschen Offizier ab dem Dienstgrad Oberst vor Gericht zu stellen, das Schulsystem in alliierte Hände zu legen und Deutschland die Schwerindustrie zu entreißen. Es handelte sich bei diesem Pamphlet nicht etwa um eine unwichtige oder zu vernachlässigende Propagandaschrift eines unbedeutenden Deutschenhassers: Der spätere US-Präsident Harry S. Truman war, wie man dem Buchumschlag entnehmen kann, vom Inhalt gar hingerissen:

»Ich habe What to do with Germany? *soeben gelesen und ich finde, es ist eines der faszinierendsten und bestunterrichteten Bücher, die ich je gelesen habe. Jeder in unserem Lande sollte es lesen!«*

Präsident Roosevelt verteilte die Schrift an seine Kabinettsmitglieder, General Eisenhower versandte 100.000 Exemplare und ließ alle Offiziere seines Stabes Aufsätze über den Inhalt des Machwerks schreiben. Nizers Buch strotzte nur so von Tiraden gegen alles Deutsche und die deutsche Nation selbst. Das Fatale war, daß die Hetze von vielen höchsten Repräsentanten in Politik und Wirtschaft, beim Militär und in den Medien als Tatsachenbericht gelesen und für bare Münze genommen wurde. Der Grundton, auf den das Deutschlandbild dieses und anderer Propagandisten gestimmt war, war die Annahme, daß die Deutschen eine negative Sonderrolle in der Weltgeschichte spielten, die in ihrer Philosophie, ihrer Politik und ihrem Volkscharakter ausdrückt werde. Der Nationalsozialismus sei lediglich der zeitgemäße Ausdruck dauernder Aspirationen des deutschen Volkes, andere Völker auszubeuten und in Knechtschaft zu stecken. Die Deutschen allgemein und eben nicht nur die Nationalsozialisten wurden als die Bösen schlechthin erkannt und gebrandmarkt. So wundert es kaum, daß in dem für die US-Armee 1944 herausgegebenen Taschenkalender *Germany* Weisheiten stehen wie z.B.:

»Seit 1933, als Hitler an die Macht kam, ist die deutsche Jugend bedachtsam und gründlich zur Welteroberung, zum Töten und zum Verrat erzogen worden.« (S. 7)

»Wir Amerikaner kämpften gegen die Deutschen und Japaner, weil unsere Freiheit bedroht wurde.« (S. 15)

»Deutsche Aggression und deutscher Eroberungsdrang sind nichts Neues in der Geschichte.« (S. 28)

Auch Churchill glänzte immer wieder mit neuartigen Geschichtsinterpretationen und abstrusen Einschätzungen der Deutschen. Am 9. November 1940 beispielsweise erklärte er in einer Rede im *Mansion House*, daß Österreich eines derjenigen Länder sei, für die Britannien das Schwert gezogen hätte und für die ein britischer Sieg Freiheit bedeuten würde. Am 21. September 1943 erklärte er, die Deutschen verbänden in der tödlichsten Weise die Eigenschaften des Kriegers und des Sklaven.

»Sie schätzen die Freiheit nicht für sich selbst und der Anblick von Freiheit bei Dritten erfüllt sie mit Haß. Immer wenn sie stark werden, suchen sie sich ihre Beute und folgen demjenigen, der sie dorthin führt, mit eiserner Disziplin. Die Pestbeule Deutschlands ist Preußen.«[22]

Verständlich bei derart fundamentalem historischen Hintergrundwissen, daß die Guten – also die Alliierten und allen voran die Amerikaner –, dafür zu sorgen hatten, daß diesem Volk für alle Zeiten die Möglichkeit genommen werden mußte, den Gang der Weltgeschichte weiter zu beeinflussen – es mußte ausgeschaltet werden.

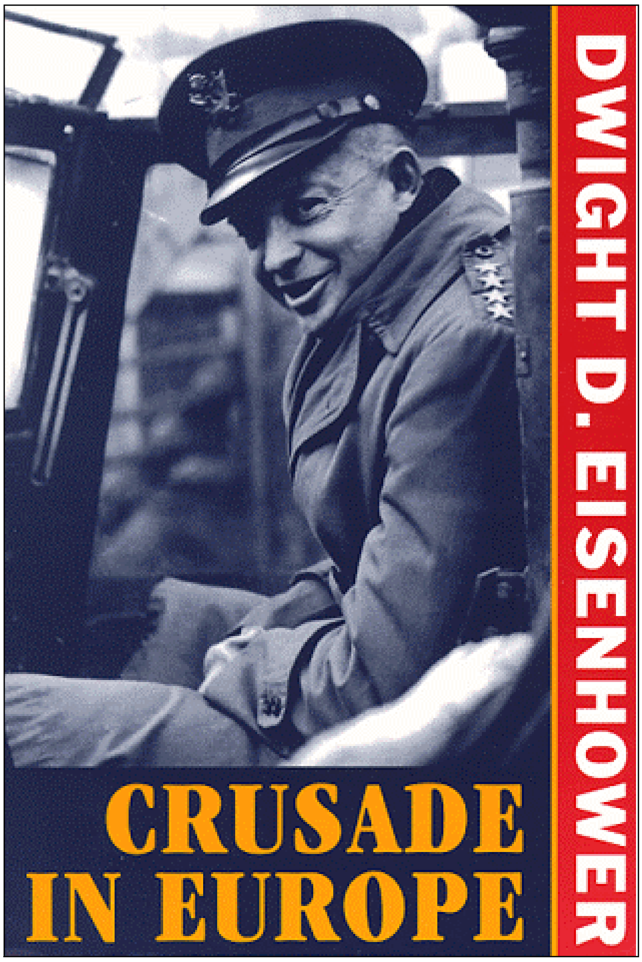
Diese wortwörtlich zu verstehende Ausschaltung konnte auf verschiedene Weise vorgenommen werden. Unter anderem ist die biologische Vernichtung des deutschen Volkes vorgeschlagen worden, beispielsweise von Theodore Nathan Kaufman, dem Präsidenten der Amerikanischen Vereinigung für Frieden (*American Federation of Peace*). Als solcher gehörte er zu dem Beraterstab Roosevelts, der direkten Einfluß auf die Entscheidungen des US-Präsidenten nahm. Kaufman veröffentlichte bereits 1940, also zehn Monate bevor die USA offiziell in den Zweiten Weltkrieg eintraten, ein Buch mit dem bezeichnenden Titel *Germany must perish*, zu deutsch: »*Deutschland muß vernichtet werden*«. In dieser vor Haß triefenden Publikation, die als Kaufman-Plan in die Geschichte eingegangen ist, forderte der Präsidentenberater die Ausrottung des gesamten 80-Millionen-Volkes der Deutschen, einschließlich der Frauen und Kinder, sowie die Aufteilung des Reiches unter seine Nachbarn. Konkret heißt es dort:

»Der jetzige Krieg ist kein Krieg gegen Hitler allein. Er wird auch nicht gegen die Nazis geführt […] *Es gibt für Deutschland nur eine Strafe: Deutschland muß für immer*

vernichtet werden! Es muß sterben! Und zwar tatsächlich! Nicht nur in der Einbildung! […] *Es gibt keinen Mittelweg, keinen Ausgleich, keinen Kompromiß: Deutschland muß sterben und für immer vom Erdboden verschwinden! Die Bevölkerung Deutschlands beträgt etwa 80 Millionen, die sich auf die beiden Geschlechter nahezu gleichmäßig aufteilen. Um die Auslöschung der Deutschen zu erzielen, braucht man etwa 48 Millionen Menschen zu sterilisieren* […] *Die Sterilisierung der Männer in den Heeresgruppen ist verhältnismäßig am leichtesten und am raschesten durchzuführen. Angenommen, daß etwa 20.000 Ärzte eingesetzt werden und jeder von ihnen pro Tag mindestens 25 Operationen vornimmt, dauert es höchstens einen Monat, bis die Sterilisierung in den Heeresgruppen durchgeführt ist* […] *Da mehr Ärzte zur Verfügung stehen, ist noch weniger Zeit erforderlich. Die Bilanz der männlichen Zivilbevölkerung kann innerhalb von drei Monaten abgeschlossen sein. Da die Sterilisierung der Frauen und Kinder etwas mehr Zeit in Anspruch nimmt, kann man für die Sterilisierung der ganzen weiblichen Bevölkerung Deutschlands, einschließlich der Kinder, eine höchstens dreijährige Frist annehmen. Da schon ein Tropfen deutschen Blutes den Deutschen ausmacht, ist die Sterilisierung beider Geschlechter als notwendig zu betrachten. Bei vollständiger Sterilisierung wird der Bevölkerungszuwachs durch Geburten in Deutschland aufhören. Auf Grund der normalen Sterblichkeitsziffern von 2 Prozent jährlich, wird das deutsche Leben jährlich um 1,5 Millionen Seelen schwinden. So wird innerhalb von zwei Geschlechtern dasjenige zur vollendeten Tatsache werden, was sonst Millionen Menschenleben und jahrhundertelange Anstrengungen kosten würde: Nämlich die Auslöschung des Deutschtums und seiner Träger.«*

Sehr ähnlich vertrat auch Ernest Albert Hooton, seines Zeichens Professor für Anthropologie an der Harvard Universität und Verfasser des am 4. Januar 1943 erschienenen Artikels *Breed war strain out of Germans*, die künftig einzuschlagende Politik gegen die Deutschen. Außer vielfältigen Genmanipulationen, um den Deutschen die »*kriegerischen Erbanlagen*« wegzuzüchten, empfahl er den Großteil der Angehörigen der Deutschen Wehrmacht für 20 Jahre oder länger in alliierten Staaten als Arbeitssklaven einzusetzen. In einer kanadischen Schrift wird das Programm auf die Formel *No Germany, therefore no more German wars* gebracht. Der Kriminalschriftsteller Rex Stout trat u.a. mit seinem Artikel *Wir werden hassen – oder wir werden verlieren* in der *New York Times* hervor. Der Journalist William S. Shirer pries die Idee von der Kollektivschuld und seine Schlußfolgerung wird vom Titel seines Aufsatzes zusammengefaßt: »*They are all guilty – punish them*« (Sie sind alle schuldig – bestraft sie).

Ein weiterer Weg der biologischen Ausschaltung wurde in Harvard ausgearbeitet. Die deutschen Männer sollten als Zwangsarbeiter auf die Nachbarvölker verteilt werden und in ihrer Freizeit diese Völker biologisch auffrischen und mit den martialischen Eigenschaften der Deutschen versehen.[23] Wie bereits diese angeführten Beispiele belegen, hatte man sich also gerade auf amerikanischer und britischer Seite intensiv Gedanken gemacht, die deutsche Nation biologisch auszumerzen bzw. wirtschaftlich zu neutralisieren. Es kristallierte sich deshalb noch lange vor Eintritt des Waffenstillstandes heraus, daß es unbedingt galt, auch die deutsche Forschung auszuschalten.



Eisenhower selbst bezeichnete mit seinem Buchtitel seinen Krieg als Kreuzzug, als religiös-fanatischen Vernichtungskrieg.

Als mögliche Wege zur Ausschaltung der Wissenschaft boten sich u.a. die Aneignung deutscher Patente, die Entführung und Verpflichtung der Wissenschaftler, das Verbot oder die Kontrolle von Laboratorien und Instituten an. Wie wir später darlegen werden, ist seitens der Alliierten auch diese verbrecherische Theorie in die Praxis umgesetzt worden.

Der tonangebende Macher dieser ausgefeilten und vielfältigen Taktiken zur Vernichtung bzw. Ausbeutung Deutschlands war jedoch der Finanzminister der Vereinigten Staaten von Amerika, Henry Morgenthau jr., »*einer der führenden amerikanischen Juden*«[24]. Er war es, der Roosevelt davon überzeugte, mit den Deutschen »*tough*«, also hart, zu sein. Das vom Obersten Hauptquartier der Alliierten Expeditionsstreitkräfte (SHAEF) im August 1944 herausgegebene *Handbook for Military Government in Germany*, das als Anleitung für die Besatzungspolitik konzipiert war, stieß wegen seiner »*laschen Stellen*« auf Morgenthaus Ablehnung. Beispielsweise erschien Morgenthau eine wie im Handbuch vorgeschlagene tägliche Zuteilung von 2000 Kalorien für arbeitende Deutsche viel zu hoch. Roosevelt war von den „Verbesserungsvorschlägen" angetan. Er stimmte darin überein, Deutschland müsse hart angepackt werden, und er meinte damit ausdrücklich das deutsche Volk, nicht nur »*die Nazis*«:[25]

> *»Man muß die Deutschen entweder kastrieren oder sie so behandeln, daß sie nicht erneut Leute in die Welt setzen, die so handeln wollen, wie sie es in der Vergangenheit getan haben.«*

Nach dieser generellen Übereinkunft wurde das Handbuch in aller Eile zurückgezogen (»*the Handbook was hastily withdrawn*«).[26]
Morgenthau, dem von Roosevelt nun vorbehaltlos der Rücken gestärkt wurde und der damit quasi Narrenfreiheit genoß, wollte eine endgültige Entscheidung. Er wollte die deutsche Frage ein für allemal gelöst wissen. Er beabsichtigte, die Endlösung für Deutsche durchzuführen. Hierfür stellte er seinen nach ihm benannten Plan auf. Deutschland sei in Zukunft als entindustrialisierter, bevölkerungsarmer Agrarstaat zu behandeln. Morgenthaus Pläne wurden gemeinhin als »*Maßnahmen zur Verhinderung eines Dritten Weltkrieges durch Deutschland*« bezeichnet. Diese als Morgenthau-Plan in die Geschichte eingegangenen „Maßnahmen" beinhalteten u.a. neben den Punkten Entmilitarisierung Deutschlands, Restitutionen und Reparationen, Erziehung und Propaganda, Politische Dezentralisation, Verantwortung der Armee für die Wirtschaft, Kontrolle der deutschen Wirtschaftsentwicklung, einem Agrarprogramm und der Bestrafung von Kriegsverbrechern und die Behandlung spezieller Gruppen vor allem auch »*die neuen Grenzen Deutschlands*« und die »*Aufteilung des neuen Deutschland*«. Der *Völkische Beobachter* gab am 30. September 1944 die beabsichtigten Maßnahmen detailliert wieder:

> »*Die gesamte Stahlindustrie, die chemischen Werke und die Fabriken zur Herstellung synthetischen Benzins sollen den Deutschen genommen und in andere Länder verlegt werden.* […] *Die Erziehung der Jugend soll unter die Kontrolle der Vereinten Nationen kommen, wobei die Schulen so lange geschlossen bleiben, bis sich genügend* jüdische Lehrer *finden. Außerdem sollen zunächst neue Schulbücher hergestellt werden, über deren Text sich Washington, London und Moskau noch einigen müßten. Eine Universitätsbildung würde nach dem Plan Morgenthaus für die deutsche Jugend überhaupt nicht mehr gestattet werden, die Gebäude der deutschen Hochschulen geschlossen und ihre Bibliotheken und Forschungsanstalten zwischen Amerika, England und der Sowjetunion aufgeteilt werden.«*

Nach den Vorstellungen Morgenthaus galt es, Deutschland nicht nur völlig zu entwaffnen, sondern auch die gesamte Industrie abzubauen bzw. zu vernichten. Die Bergwerke und Kohlenschächte sollten überflutet werden. Auch hinsichtlich der zu erbringenden Reparationen hatte Morgenthau detaillierte Pläne: Sie sollten weniger durch Zahlungen und Ablieferungen erfolgen als vielmehr durch die Abtretung der vorhandenen deutschen Hilfsquellen (Bodenschätze) und Gebiete. Im einzelnen durch »*Rückerstattung des Eigentums*«, welches die Deutschen in den besetzten Gebieten »*geplündert*« hätten, durch Abtretung deutscher Gebiete und deutscher Privatrechte auf industrielles Eigentum an die »*überfallenen Länder*«, durch Abtransport und Verteilung der industriellen Anlagen und Ausrüstungen, durch Zwangsarbeit Deutscher außerhalb Deutschlands und durch Beschlagnahme aller deutschen Guthaben jedweder Natur außerhalb Deutschlands.[27]
US-Präsident Roosevelt teilte Morgenthaus Idee von der deutschen Kollektivschuld am Krieg und stimmte den Absichten zu, Deutschland der strengsten Nachkriegsbehandlung zu unterziehen. So wundert es nicht, daß Morgenthaus Pläne zur Vernichtung des Herzens Europas von Roosevelt und Churchill während der Zweiten Konferenz in Quebec im September 1944 offiziell als Programm für das Nachkriegsdeutschland anerkannt wurden[28], und Morgenthau in seinem Buch *Germany is our Problem* auf Seite XII mit Genugtuung schreiben konnte:

> *»Die grundlegenden Prinzipien des Programmes haben den amtlichen Standpunkt der Regierung der Vereinigten Staaten repräsentiert.«*

Im amerikanischen Senat machte man keinen Hehl aus der insgeheimen Vorstellung, daß ein entwaffnetes, entindustrialisiertes Deutschland die benachbarten Staaten in Europa von der wirtschaftlichen Dominierung Deutschlands befreien würde. Die Tatsache, daß ganz Europa von Deutschlands wirtschaftlicher Stärke seit jeher profitierte, und ein wirtschaftlicher Zusammenbruch Deutschlands folglich auch negative Folgen für die europäischen Staaten mit sich bringen würde, wurde vom amerikanischen Finanzministerium für nichtig erklärt. In einer entsprechenden Note vom 7. September 1944 hieß es, daß der europäische Wohlstand von Deutschland gar nicht abhängig sei, »*weil die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Belgien mit Leichtigkeit das produzieren könnten, was Deutschland vor dem Krieg geliefert habe.*«[29]
Als die Amerikaner im Frühjahr 1945 ihren *militärischen* Kreuzzug in Europa auf deutschem Boden beendeten, erteilte Washington seiner obersten Militärführung in Europa spezielle Anweisungen für den Rahmen ihrer Besatzungspolitik. Diese strengen Richtlinien mit dem Namen Direktive JCS 1067, die erst Mitte 1947 zurückgezogen werden sollten, gingen direkt auf die im Morgenthauplan vertretenen Positionen zurück. Hierin verzichteten die Amerikaner zwar auf die vollständige Zerstörung der deutschen Industrie – diese sei auf einem Minimum zu halten, um Seuchen und Aufstände zu vermeiden –, und lehnten auch die Flutung der Minen ab, sie erklärten aber den industriellen Abbau und die wirtschaftliche wie intellektuelle Ausbeutung sowie die Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Dezentralisierung Deutschlands als die wesentlichen Hauptanliegen ihrer künftigen Politik. Die Grundelemente der Direktive JCS 1067 waren damit identisch mit den Vorstellungen Morgenthaus, der in Deutschland das kriegstreibende Übel überhaupt sah.
Die Direktive JCS 1067 der amerikanischen Stabschefs an den Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen in Deutschland wurde am 26. April 1945 vom amerikanischen Kongreß verabschiedet und am 10. Mai von Präsident Truman gebilligt. Hinsichtlich der grundlegenden Ziele der Militärregierung in Deutschland heißt es in dieser verbindlichen Vorgabe u.a.:[30]

> *»a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben, und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.*
> *b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat. Ziel der Besetzung ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung und Verwaltung müssen sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit deutschen Beamten und der Bevölkerung werden Sie streng unterbinden.*
> *c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. Wichtige Schritte zur Erreichung dieses Zieles sind*

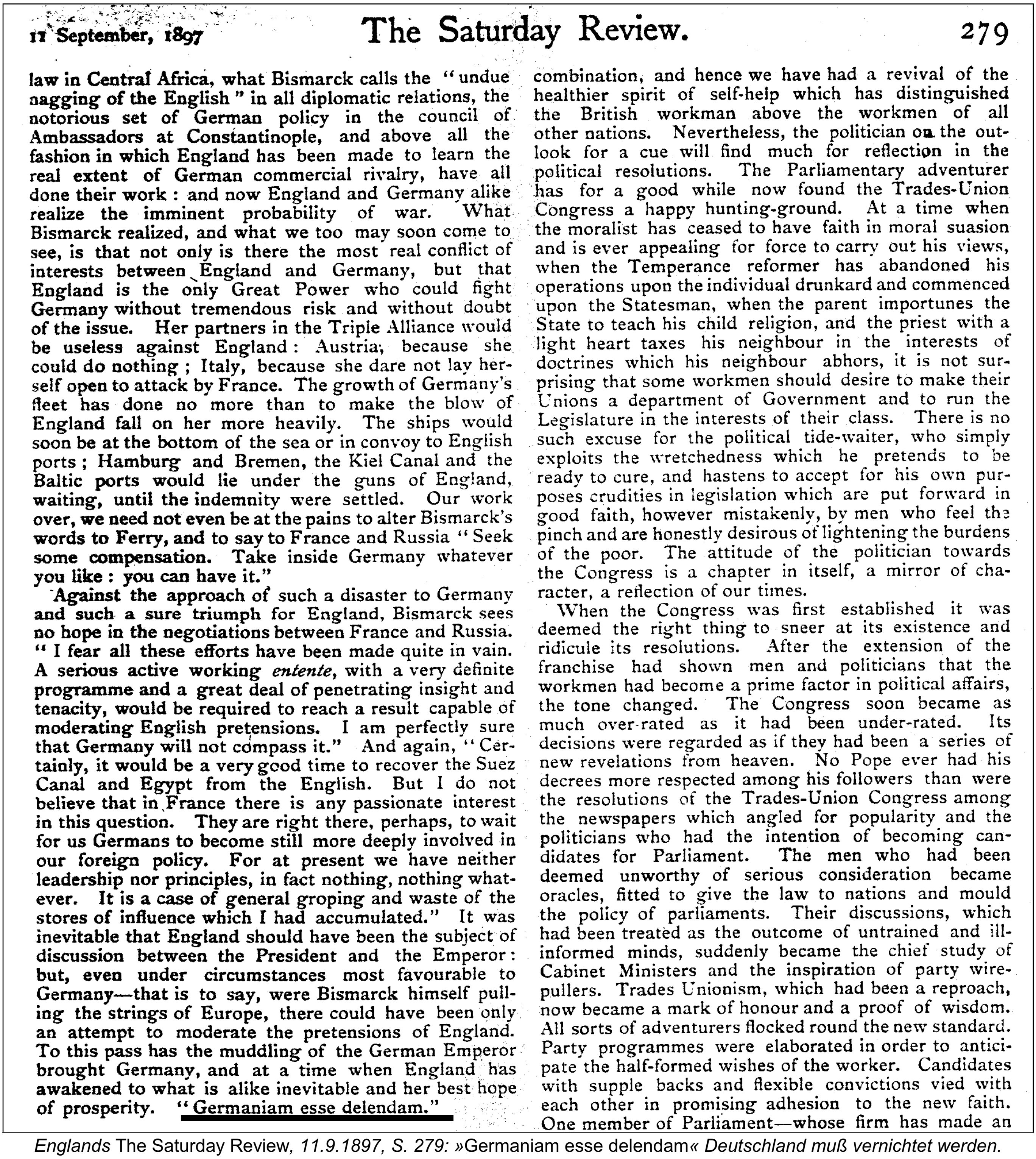
die Ausschaltung des Nazismus und des Militarismus in jeder Form, die sofortige Verhaftung der Kriegsverbrecher zum Zwecke der Bestrafung, die industrielle Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands mit langfristiger Kontrolle des deutschen Kriegspotentials und die Vorbereitungen zu einem späteren Wiederaufbau des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage.

d) Andere alliierte Ziele sind die Durchführung des Reparations- und Rückerstattungsprogramms, Nothilfe für die durch den Naziangriff verwüsteten Länder und die Betreuung und Rückführung der Kriegsgefangenen und Verschleppten der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen.«

Bezüglich der Wirtschaftskontrollen vertritt die Direktive im darauf folgenden Absatz eine klare Position:[31]

»Sie werden bei der Durchführung des Reparationsprogramms oder anderweitig nichts unternehmen, was geeignet wäre, die grundlegenden Lebensbedingungen in Deutschland oder in Ihrer Zone auf einem höheren Stand zu halten als in irgendeinem benachbarten Mitgliedstaat der Vereinten Nationen.«

Frankreich und Britannien hatten diese destruktive amerikanische Deutschlandpolitik mehr oder weniger übernommen. In



11 September, 1897 — The Saturday Review. — 279

law in Central Africa, what Bismarck calls the "undue nagging of the English" in all diplomatic relations, the notorious set of German policy in the council of Ambassadors at Constantinople, and above all the fashion in which England has been made to learn the real extent of German commercial rivalry, have all done their work: and now England and Germany alike realize the imminent probability of war. What Bismarck realized, and what we too may soon come to see, is that not only is there the most real conflict of interests between England and Germany, but that England is the only Great Power who could fight Germany without tremendous risk and without doubt of the issue. Her partners in the Triple Alliance would be useless against England: Austria, because she could do nothing; Italy, because she dare not lay herself open to attack by France. The growth of Germany's fleet has done no more than to make the blow of England fall on her more heavily. The ships would soon be at the bottom of the sea or in convoy to English ports; Hamburg and Bremen, the Kiel Canal and the Baltic ports would lie under the guns of England, waiting, until the indemnity were settled. Our work over, we need not even be at the pains to alter Bismarck's words to Ferry, and to say to France and Russia "Seek some compensation. Take inside Germany whatever you like: you can have it."

Against the approach of such a disaster to Germany and such a sure triumph for England, Bismarck sees no hope in the negotiations between France and Russia. "I fear all these efforts have been made quite in vain. A serious active working *entente*, with a very definite programme and a great deal of penetrating insight and tenacity, would be required to reach a result capable of moderating English pretensions. I am perfectly sure that Germany will not compass it." And again, "Certainly, it would be a very good time to recover the Suez Canal and Egypt from the English. But I do not believe that in France there is any passionate interest in this question. They are right there, perhaps, to wait for us Germans to become still more deeply involved in our foreign policy. For at present we have neither leadership nor principles, in fact nothing, nothing whatever. It is a case of general groping and waste of the stores of influence which I had accumulated." It was inevitable that England should have been the subject of discussion between the President and the Emperor: but, even under circumstances most favourable to Germany—that is to say, were Bismarck himself pulling the strings of Europe, there could have been only an attempt to moderate the pretensions of England. To this pass has the muddling of the German Emperor brought Germany, and at a time when England has awakened to what is alike inevitable and her best hope of prosperity. "Germaniam esse delendam."

combination, and hence we have had a revival of the healthier spirit of self-help which has distinguished the British workman above the workmen of all other nations. Nevertheless, the politician on the outlook for a cue will find much for reflection in the political resolutions. The Parliamentary adventurer has for a good while now found the Trades-Union Congress a happy hunting-ground. At a time when the moralist has ceased to have faith in moral suasion and is ever appealing for force to carry out his views, when the Temperance reformer has abandoned his operations upon the individual drunkard and commenced upon the Statesman, when the parent importunes the State to teach his child religion, and the priest with a light heart taxes his neighbour in the interests of doctrines which his neighbour abhors, it is not surprising that some workmen should desire to make their Unions a department of Government and to run the Legislature in the interests of their class. There is no such excuse for the political tide-waiter, who simply exploits the wretchedness which he pretends to be ready to cure, and hastens to accept for his own purposes crudities in legislation which are put forward in good faith, however mistakenly, by men who feel the pinch and are honestly desirous of lightening the burdens of the poor. The attitude of the politician towards the Congress is a chapter in itself, a mirror of character, a reflection of our times.

When the Congress was first established it was deemed the right thing to sneer at its existence and ridicule its resolutions. After the extension of the franchise had shown men and politicians that the workmen had become a prime factor in political affairs, the tone changed. The Congress soon became as much over-rated as it had been under-rated. Its decisions were regarded as if they had been a series of new revelations from heaven. No Pope ever had his decrees more respected among his followers than were the resolutions of the Trades-Union Congress among the newspapers which angled for popularity and the politicians who had the intention of becoming candidates for Parliament. The men who had been deemed unworthy of serious consideration became oracles, fitted to give the law to nations and mould the policy of parliaments. Their discussions, which had been treated as the outcome of untrained and ill-informed minds, suddenly became the chief study of Cabinet Ministers and the inspiration of party wire-pullers. Trades Unionism, which had been a reproach, now became a mark of honour and a proof of wisdom. All sorts of adventurers flocked round the new standard. Party programmes were elaborated in order to anticipate the half-formed wishes of the worker. Candidates with supple backs and flexible convictions vied with each other in promising adhesion to the new faith. One member of Parliament—whose firm has made an

Englands The Saturday Review, *11.9.1897, S. 279: »*Germaniam esse delendam*« Deutschland muß vernichtet werden. (Vgl. Steffen Werner, »*Hundert Jahre Krieg*«,* Staatsbriefe *6(8-9) (1995), S. 3-14; online: www.vho.org/D/Staatsbriefe/Werner6_8-9.html*

der zunächst nur die amerikanische (nach der Potsdamer Konferenz die gesamtalliierte) Deutschlandpolitik bestimmenden Direktive JCS 1067 wurden auch die Maßnahmen zum industriellen Abbau genau dargelegt. Es wurden drei Formen des Abbaus genannt: erstens Reparationen *»in kind«*, also die Demontage deutscher Fabriken und Maschinen, zweitens die völlige Zerstörung deutscher Produktionsmöglichkeiten und drittens die staatlich vorgeschriebene Verneinung (*»statutory neglect«*) von Fabriken und Maschinen. Auch diese Maßnahmen zur Vernichtung der Existenzmittel des deutschen Volkes gehen direkt auf den Morgenthau-Plan zurück.

Die Richtlinien der amerikanischen Besatzungspolitik waren damit im Geiste Morgenthaus gehalten. In seinem Buch, das den bezeichnenden Titel *Crusade in Europe* (Kreuzzug in Europa) trägt, meint Eisenhower nicht ohne Stolz, daß die Offiziere der amerikanischen Militärregierung bei der Durchführung der in der Direktive JCS 1067 beschriebenen Maßnahmen bezüglich ihrer Aufrichtigkeit, schnellen Auffassungsgabe und Solidarität ihrer Spezialausbildung eine bemerkenswerte Arbeit geleistet hätten.[32] Selbst der gewiß nicht germanophil eingestellte Universitätsprofessor Nicholas Balabkins räumte ein, daß die Direktiven, wenn auch in leicht abgeschwächter Form, die offizielle Version des Morgenthau-Planes gewesen sind.[33] Nachkriegsdeutsche Zeitgeschichtler, wie beispielsweise Rolf Steininger, Professor für Geschichte an der Universität Innsbruck, verschließen sich freilich dieser nüchternen Feststellung und meinen allen Ernstes, der Morgenthau-Plan nehme,

> *»insbesondere beim Thema Zerstückelung und zukünftige Wirtschaft Deutschlands, in der Geschichtsschreibung immer noch einen herausragenden Platz ein, der ihm von seiner tatsächlichen Bedeutung her jedoch nicht zukommt.«*[34]

Tatsächlich bildete der Morgenthau-Plan *»während des Krieges den Höhepunkt bei der Friedensplanung der Westmächte, und zwar sowohl der öffentlichen wie der offiziellen Kreise.«*[35] Der Morgenthau-Plan war Grundlage *aller* weiteren Deutschlandplanung, denn auch die artverwandten sowjetischen Pläne wichen nicht wesentlich von der Direktive JCS 1067 ab: Beide liefen auf die territoriale Verstümmelung und Zerstückelung Deutschlands, die (zeitweilige) Aushungerung des deutschen Volkes, den Abbau der deutschen Industrie und die wirtschaftliche Entmachtung Deutschlands hinaus, um so Deutschland als politischen Faktor auf Dauer ausschalten und damit die eigenen wirtschaftlichen und politischen Positionen ausbauen und festigen zu können.

Mit diesen alle zivilisatorischen und humanen Errungenschaften verachtenden Vorstellungen, die nur kranken Gehirnen entsprungen sein können, unterscheiden sich die Kriegstreiber der westlichen Hemisphäre nicht von den Mordhetzern der Sowjetunion á la Ilja Ehrenburg. Sie sind alle derselben Wurzel entsprungen. Sie sind entscheidend mitverantwortlich für die an Deutschen begangenen Greueltaten. Die gewählte Wortwahl innerhalb der Vernichtungshetze mag von Propagandist zu Propagandist, von Kriegsgewinnler zu Kriegsgewinnler, von Gremium zu Gremium unterschiedlich gewesen sein. In ihrem Ziel, die Deutschen auszuschalten, unterschieden sie sich nur unwesentlich.

Anmerkungen

Der vorliegende Artikel beruht auf einem in Kürze bei Grabert (Tübingen) erscheinenden Buch *Der deutsche Aderlaß* (ISBN 3-87847-194-7) von Claus Nordbruch. Zur Zeit des Redaktionsschlusses stand der endgültige Titel des Buches noch nicht fest.

1 Vgl. Hanns Hertl u.a. (Hg.), *Der „Brünner Todesmarsch“ 1945. Eine Dokumentation*, Stenzel & Bauer, Schwäbisch Gmünd 1998, S. 15ff.
2 Ebenda, S. 26.
3 Zitiert nach ebenda, S. 189.
4 Vgl. Wolfgang Wagner, *Die Entstehung der Oder-Neiße-Linie in den diplomatischen Verhandlungen während des Zweiten Weltkrieges*. 2., durchgeseh. u. erw. Aufl., Brentano, Stuttgart 1959, S. 6ff.
5 Vgl. *The Tehran Yalta & Potsdam Conferences. Documents*, Progress, Moskau 1969, S. 104.
6 Zitiert nach Herbert Marzian, *Zeittafel und Dokumente zur Oder-Neiße-Linie 1939-1952/53*, Holzner, Kitzingen 1953, S. 25.
7 Zitiert nach Alexander Fischer (Hg.), *Teheran Jalta Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“*, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1968, S. 146.
8 Zitiert nach Franz Kurowski, »*Von der bedingungslosen Kapitulation bis zur Mondorfer Erklärung vom 6. Juni 1945*« in: Gesellschaft für Freie Publizistik (Hg.), *Jalta und Potsdam überwinden*. Kongreß-Protokoll 1985, GfP, Berg 1985, S. 22.
9 Vgl. Tom Bower, *Verschwörung Paperclip. NS-Wissenschaftler im Dienst der Siegermächte*, List, München 1988, S. 108.
10 Herbert Marzian, *Zeittafel und Dokumente zur Oder-Neiße-Linie 1939-1952/53*, Holzner, Kitzingen 1953, S. 18.
11 Zitiert nach Franz Kurowski, aaO. (Anm. 8), S. 10.
12 Zitiert nach Caspar von Schrenck-Notzing, *Charakterwäsche. Die Politik der amerikanischen Umerziehung*, Kristall bei Langen-Müller, München 1981, S. 68.
13 Zitiert nach Alexander Fischer (Hg.), aaO. (Anm. 7), S. 83.
14 Zitiert nach ebenda, S. 87.
15 Das dies kein zu vernachlässigender Scherz war, wie man in der gängigen Geschichtsschreibung suggeriert, ist u.a. dem vom United States State Department 1961 veröffentlichten Dokument *Foreign Relations of the United States: Diplomatic Papers: The Conference at Cairo and Tehran 1943* auf den Seiten 553f. zu entnehmen: »*At least 50000, perhaps 100000 of German Commanding Staff must be physically liquidated.*« (Wenigstens 50.000, vielleicht 100.000 Personen der deutschen Führungsschicht müssen physisch liquidiert werden). Siehe auch Michael Balfour & John Mair, *Four-Power Control in Germany and Austria 1945-1946*. Oxford University Press, London (u.a.) 1956, S. 35, Hanns D. Ahrens, *Demontage*, Universitas, München 1982, S. 19, und Heinz Nawratil, *Vertreibungsverbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung*, Ullstein, Frankfurt am Main/Berlin 1987, S. 124. Selbst in dem amtlichen, d.h. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland herausgegebenen Begleitbuch zur Ausstellung deutscher und sowjetischer Soldaten in Kriegsgefangenschaft wird die Zahl 50.000 als authentisch anerkannt. (Vgl. S. 77).
16 Vgl. James Bacque: *Other Losses. An investigation into the Mass Deaths of German Prisoners at the Hands of the French and Americans after World War II*, Stoddart, Toronto 1989, S. 23.
17 Zitiert nach Alexander Fischer (Hg.), aaO. (Anm. 7), S. 111.
18 Zitiert nach ebenda, S. 112.
19 Claus Nordbruch, *Über die Pflicht. Eine Analyse des Werkes von Siegfried Lenz. Versuch über ein deutsches Phänomen*, Olms, Hildesheim 1996, S. 159f. Ausführliche Zitate aus den Hetztiraden des Ilja Ehrenburg sind aufgeführt bei Joachim Hoffmann, *Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945*, Herbig, München [7]2001, S. 224-237.
20 1991 hielten es mehrere bundesdeutsche Journalisten sowie Politiker für angebracht, Ehrenburg anläßlich seines 100. Geburtstages zu würdigen. Ob aus Unwissenheit, Böswilligkeit oder Gründen der bewußten Volksverdummung kann an dieser Stelle nicht näher erörtert werden. Jedenfalls stellte die CDU-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung in Berlin-Schöneberg beispielsweise den Antrag, im Rahmen einer Ausstellung »*Russen in Schöneberg*« auch das »*Schaffen*« Ehrenburgs gebührend zu würdigen und die Erinnerung an diesen »*Journalisten und Schriftsteller*« zu pflegen. Meinungsbildende Tageszeitungen ließen es sich nicht nehmen, wie Joachim Hoffmann herausstellt, seiner ehrend zu gedenken., seine »*sprudelnde Schreiblust*« hervorzuheben, ihn u.a. als »*Meister der Satire*« zu glorifizieren und seine »*grandiosen Panoramabilder*« zu bewundern.
21 Bundesarchiv, Ost-Dok. 2, Nr. 43/30ff.
22 Zitiert nach Michael Balfour und John Mair, *Four-Power Control in Germany and Austria 1945-1946*, Oxford University Press, London 1956, S. 34. (Übersetzung durch Verf. C.N.)
23 Caspar von Schrenck-Notzing, *Charakterwäsche. Die Politik der amerikanischen Umerziehung*, Kristall bei Langen-Müller, München 1981, S. 62.
24 Rolf Steininger: *Deutsche Geschichte 1945-1961*. Bd. 1, Fischer, Frankfurt/M. 1983, S. 34.
25 Henry Morgenthau in seinen Tagebuchaufzeichnungen vom 19. August 1944, zitiert nach David Irving, *Der Morgenthau-Plan 1944/45. Amerikanische Deutschlandpolitik: Sühneleistungen, „re-education“, Auflösung der deutschen Wirtschaft*, Soyka, Bremen 1986, S. 23.
26 Vgl. Michael Balfour und John Mair, aaO. (Anm. 22), S. 19.
27 Vgl. Helmuth K.G. Rönnefarth und Heinrich Euler (Hg.), *Konferenzen und Verträge*, Bd. 4: »*Neueste Zeit 1914-1959*«, Ploetz, Würzburg

[2]1959, S. 231f.

[28] Vgl. Nicholas Balabkins, *Germany under direct controls. Economic aspects of industrial disarmament 1945-1948*, Rutgers, New Brunswick 1964, S. 10.

[29] Vgl. ebenda, S. 11f.

[30] W. Cornides und H. Volle, *Um den Frieden mit Deutschland*, Oberursel 1948, S. 58ff. zitiert in Rolf Steininger, *Deutsche Geschichte 1945-1961*, aaO. (Anm. 24), S. 48.

[31] Ebenda, S. 48 u. 52.

[32] Vgl. Dwight D. Eisenhower, *Crusade in Europe*, Doubleday, New York 1948, S. 434.

[33] Vgl. Nicholas Balabkins, aaO. (Anm. 28), S. 14.

[34] Rolf Steininger, aaO. (Anm. 24), S. 34.

[35] Wilhelm Treue, *Die Demontagepolitik der Westmächte nach dem Zweiten Weltkrieg*, Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung, Hannover 1967, S. 22.

Gräberschändung auf bundesdeutsche Anordnung

Bundesdeutsche Behörden versuchen, Massenmord an Deutschen vergessen zu machen

Von Klaus Bunge

Im Erdboden der ehemaligen „Rheinwiesenlager“ liegen noch heute nur notdürftig verscharrte Leichen deutscher Kriegsgefangener. Besonders viele von ihnen kamen in den Latrinengruben um, in die sie vor Hunger entkräftet und krank hineinfielen und dort starben. Hierfür gibt es zahlreiche Zeugen. Bis heute weiß niemand genau, wieviele Opfer es sind, und niemand kennt ihre Namen.

Viele kennen das Buch *Der geplante Tod* von dem kanadischen Schriftsteller James Bacque, in dem er davon berichtet, wie auf Anordnung von Dwight Eisenhower rund eine Million (1.000.000) deutscher Kriegsgefangener in den berüchtigten Rheinwiesenlagern durch Entbehrungen, Hunger und Krankheiten zu Tode gebracht wurden. Um nicht später wegen Verstoßes gegen die Genfer Konvention zur Rechenschaft gezogen zu werden, wendete er den faulen Trick an, den deutschen Soldaten, die sich nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht entwaffnet und hilflos in die Hand des Feindes gegeben hatten, den Status als Kriegsgefangene zu entziehen.

Der Zustand der Lager spottete jeder Beschreibung. Sie glichen zumeist eher Viehkoppeln, ohne jede Einrichtung. Unter freiem Himmel, oftmals ihrer Mäntel und Zeltbahnen beraubt, vegetierten die Kriegsgefangenen, darunter auch Schwerverwundete und Amputierte, auf engstem Raum zusammengedrängt dahin. Ärztliche Versorgung gab es monatelang nicht. Die Essensrationen waren unter dem Lebensminimum und wurden unregelmäßig ausgegeben. Wegen der offenkundigen Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurden die Zustände geheimgehalten. Etwas sickerte doch in die Öffentlichkeit der Schweiz. Vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes wurden daraufhin Hilfstransporte mit Lebensmitteln und Medikamenten in Gang gesetzt. Auf Befehl Eisenhowers wurden diese abgelehnt und zurückgeschickt mit dem Argument, es gäbe in den Lagern keine Not.

Unterdessen starben die deutschen Kriegsgefangenen massenweise. Viele hatten die Ruhr und stürzten entkräftet in die Latrinengruben, wo sie erstickten. Wieviele Schichten übereinander (zwischen 0,5 bis 3 m Tiefe) heute noch dort liegen, weiß niemand genau.

Symptomatisch für viele dieser Lager war das US-Kriegsgefangenenlager Bretzenheim, das auch unter dem Namen „Feld des Jammers“ einen traurigen Ruhm erlangte. Der Bauer Tullius, dem das Ackerland gehört, auf dem dieses Lager sich befand, förderte beim Pflügen immer wieder Knochen und Schädel zutage und beauftragte daraufhin den Grabungsexperten Schmitt, die sterblichen Überreste zu bergen, damit sie an würdiger Stätte beigesetzt und viele Vermißtenschicksale aufgeklärt werden könnten, was anhand der Erkennungsmarken auch heute noch möglich ist.

Man sollte es nicht für möglich halten: Aber eine Seilschaft von einigen leitenden Mitarbeitern der Kreisverwaltung Bad Kreuznach und des Kreis-Rechtsausschusses, sowie einiger Richter am Verwaltungsgericht in Koblenz war sich darin einig, jegliche Bergungsgrabung zu unterbinden. Allem Anschein nach war der Leiter der Archäologischen Denkmalpflege in Mainz hierbei federführend gewesen, denn die Akten lassen darauf schließen, daß er sowohl in der Kreisverwaltung Bad Kreuznach wie auch vor dem Verwaltungsgericht Koblenz all seinen Einfluß in diesem Sinne geltend machte.

Verlassen wir für einen Augenblick Bretzenheim und machen einen gedanklichen Ausflug nach St. Petersburg, Rußland.

Der Fernsehsender ARD sendete unter *Tagesthemen* am 22.06.00 einen Bericht, in welchem das Thema Soldatenfriedhof im Raum Petersburg behandelt wurde, und in der die segensreiche Arbeit des Kriegsgräber-Volksbundes bei der Mitwirkung dieses Projektes rühmend herausgestellt wurde.

Zu bemerken ist dabei, daß für die würdige Bestattung von Gebeinen gefallener deutscher Soldaten erstens die sterblichen Überreste zum großen Teil von den damaligen Schlachtfeldern zusammengesucht werden mußten, weil die Gefallenen während des Kampfgeschehens nicht beerdigt werden konnten, und zweitens, daß die Menschen des früheren Kriegsgegners Sowjet-Union, einfache Leute aus dem Volk, überwiegend sagten:

> *»Es waren früher unsere Feinde. Aber es sind doch Menschen gewesen. Und die soll man anständig begraben.«*

Welcher Kontrast zur Handlungsweise des Personenkreises in Bad Kreuznach und Koblenz!

Im Raum St. Petersburg wurde endlich (und offenbar erfolgreich) gesucht, geborgen, identifiziert und anständig bestattet. Unsere früheren Kriegsgegner haben das begrüßt und unterstützt.

Und in Bretzenheim hatten der Landwirt Tullius und der Grabungsexperte Schmitt schon in den Jahren 1985/86 aus freien Stücken damit begonnen, Bergungsgrabungen durchzuführen, aus Pietät und um Vermißtenschicksale aufzuklären. Aber die Behörde in Bad Kreuznach und das Gericht in Koblenz haben das vereitelt. Nicht zu vergessen das Archäologische Denkmalsamt in Mainz!

Wie ist es möglich, daß die Gebeine deutscher Soldaten, die nach dem Krieg als US-Kriegsgefangene elend verreckt sind (und deren Hinterbliebene), im eigenen Heimatland schlech-

ter behandelt werden als jene in Rußland? Von deutschen Behörden!
Uns liegt umfangreiches Aktenmaterial vor, das weiter unten noch zitiert wird. Mit allen in diese schändliche Affäre verwickelten Personen haben wir ausführlichen Schriftwechsel geführt, um herauszufinden, was ihre Motive dafür gewesen sein mögen, weshalb sie den umgekommenen deutschen Kriegsgefangenen den Anspruch auf würdige Bestattung verwehrt haben, den Hinterbliebenen das Recht auf Aufklärung über den Verbleib ihrer Angehörigen (die bei Kriegsende noch lebten!) verweigert haben, ob sie ihre Handlungsweise von damals heute bedauern, und ob sie etwas dazu beitragen wollen, die längst überfälligen Bergungsgrabungen doch noch in Gang zu bringen.
Das Ergebnis unserer Bemühungen ist erschütternd: Nichts von alledem konnten wir erreichen. Offensichtlich war den Verantwortlichen der Anspruch der Toten auf Bestattung und das Recht der Hinterbliebenen auf Aufklärung, die Priorität hätten haben müssen, zweitrangig.
Es stellt sich aber auch die Frage, ob diese Leute vielleicht unter politischem Druck gestanden haben könnten, die Verbrechen bestimmter US-Truppenteile unter den Teppich zu kehren und zu vertuschen, damit das Ansehen unserer US-Besatzungsfreunde nicht geschädigt wird.
Kehren wir zurück zu Tullius und Schmitt. Die fingen also an zu graben. Es muß sie wie ein Blitz getroffen haben, als völlig überraschend die Kreisverwaltung Bad Kreuznach unter dem Aktenzeichen 363-II/18-0 mit Schreiben vom 28.1.1986 und 6.3.87 alle weiteren Grabungsversuche untersagte. Man schickte am 16.7.87 noch einen Verfügungsbescheid hinterher. Bei Zuwiderhandlung wurde eine Geldbuße bis zu DM 250.000,- angedroht. Ausgefertigt und unterschrieben wurden diese Aktenstücke von den Verwaltungsmitarbeitern Bergs und Paulus. Folgende Begründung wurde u.a. angegeben:

»Nach §3 des Denkmalschutz- und -pflegegesetzes sind Kulturdenkmäler Gegenstände aus vergangener Zeit die
a) Zeugnisse, insbesondere des geistigen oder künstlerischen Schaffens oder des handwerklichen oder technischen Wirkens,
b) Spuren oder Überreste menschlichen Lebens oder
c) kennzeichnende Merkmale der Städte und Gemeinden sind.
Funde im Sinne des Denkmalschutz- und -pflegegesetzes sind Gegenstände, von denen bei ihrer Entdeckung anzunehmen ist, daß sie Kulturdenkmäler (§ 3) sind (§ 16 Denkmalschutz- und -pflegegesetz).«

Latrinen-„Bestattung“ als Kulturdenkmal? Für wessen Kultur? Welcher Zynismus! Haben nicht Aufklärung von Vermißtenschicksalen und eine angemessene Beisetzung Vorrang?
Der Schriftwechsel geht weiter. Schmitt und Tullius ließen nicht locker, aber am 3.2.88 erhielt Schmitt vom Kreisrechtsausschuß der Kreisverwaltung Bad Kreuznach unter dem Aktenzeichen 11/057-W 145/87 einen kostenpflichtigen und ablehnenden Widerspruchsbescheid. Anscheinend zweifelt man Schmitts Erkenntnisse an, denn man formuliert:

»[…] *entwickelte und verfestigte sich seine Ansicht, in den ehemaligen Lagerlatrinen sei eine unbestimmte Anzahl Kriegsgefangener aus Hunger, Krankheit oder Schwäche erstickt.«*

Auf sieben Seiten wird ihm – in schönstem Amtsdeutsch – dargelegt, daß sich die Kreisverwaltung Bad Kreuznach die – nochmals präzisierten – Bedenken des Landesamtes für Denkmalspflege zu eigen machte und dem Widerspruchsführer die beantragte Genehmigung versagte. Denn:

»All diese Spuren und Überreste liegen geschützt in dem Boden; durch Ausgrabungen würden diese Bodenurkunden zerstört.«

Unterschrieben hat dieses Aktenstück der Vorsitzende Meiborg.
Es geht noch weiter: Schmitt klagte gegen das Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch den Landrat des Kreises Bad Kreuznach wegen *»Ablehnung einer denkmalschutzrechtlichen Ausgrabungsgenehmigung«*, und die Kreisverwaltung Bad Kreuznach beantragte mit Schreiben vom 20.4.88 beim Verwaltungsgericht in Koblenz, die Klage abzuweisen. Unter gleichem Aktenzeichen wie vor unterschrieben wiederum von Meiborg.
Das Verwaltungsgericht folgte diesem Antrag und verkündete am 22.6.89 auf zehn Seiten sein *»URTEIL IM NAMEN DES VOLKES«* unter dem Aktenzeichen 1 K 131/88, wonach die Klage abgewiesen wird und der Kläger die Verfahrenskosten zu tragen hat. U.a. heißt es darin:

»Bei der Frage des öffentlichen Erhaltungsinteresses ist auf den Wissens- u. Erkenntnisstand sachverständiger Kreise abzustellen, da nur hierdurch ein wirksamer Denkmalschutz unabhängig von einem sich wandelnden Bewußtsein der Bevölkerung sichergestellt werden kann.«

Gesprochen und unterschrieben haben dieses Urteil die Richter Packroff, Pluhm und Dr. Held.
Alle bisher bekanntgewordenen Begründungen der Grabungsverbote lassen den Verdacht beinahe schon zur Gewißheit werden, daß hier alliierte Kriegsverbrechen und das unmenschliche Verhalten amerikanischer Truppenteile bemäntelt, beschönigt und verheimlicht werden sollen. Das könnte natürlich nur gelingen, wenn über die entsetzlichen Leiden der gequälten deutschen Kriegsgefangenen und über die Opferzahlen möglichst wenig bekannt wird. Darum also werden die Latrinengruben, gefüllt mit ungezählten toten deutschen Soldaten, heuchlerisch als Kulturdenkmäler betitelt, die nicht angetastet werden dürfen.
Es hat den Anschein, daß sich diensteifrige und beflissen handelnde Behördenmitarbeiter damit noch nachträglich auf die Seite unserer Feinde im Zweiten Weltkrieg stellen und damit das deutsche Volk verraten. Außerdem beleidigen sie damit die Toten, die hilf- und wehrlos zu Tode gequält wurden. Standen bei den Bematen die „political correctness“ und eigene Karrierevorteile womöglich höher im Kurs als die Belange des eigenen Volkes?
Nun wollen wir darangehen, diese niederträchtigen Handlungen auf geeignete Weise und durch kompetente Stellen in die Offentlichkeit.zu bringen. Das soll im Weltnetz und auf andere Weise geschehen. Die Namen incl. Dienstanschrift und Ruf-Nr. der Verantwortlichen haben wir, in einem Fall auch die Privatanschrift.
Von dem vorerwähnten Aktenmaterial liegen uns Ablichtungen vor, so daß kein Zweifel an den geschilderten Vorgängen aufkommen kann. Der Schriftverkehr mit den verantwortlichen Personen füllt mittlerweile einen kleinen Ordner.

Quid tacet, consentire videtur.
Wer schweigt, scheint zuzustimmen.
Papst Bonifaz VIII. (um 1235 - 1303)

Vergewaltigte Elie Wiesel deutsche Mädels?

Über die tiefen Abgründe jüdischen Deutschenhasses – Ein Offener Brief

Von Lubomyr Prytulak

Ein frivoles Pflichtversäumnis, das historische Gebot der Rache zu erfüllen

8. April , 1999
Herrn Elie Wiesel
Universitätsprofessor und
Professor für Gesellschaftswissenschaften
Boston University
745 Commonwealth Avenue
Boston, Massachusetts 02215
USA

Werter Herr Wiesel:

Ich darf Sie auf die folgenden Auszüge eines Aufsatzes von Naomi Seidman aufmerksam machen »*Elie Wiesel and the Scandal of Jewish Rage*« (Elie Wiesel und der Skandal jüdischer Wut). Von zentraler Bedeutung darin ist die Abmachung, die Sie mit dem französischen Katholiken und Literatur-Nobelpreisträger François Mauriac während eines Treffens mit ihm Jahr 1954 schlossen. Damals erklärte sich Mauriac bereit, ihre literarische Karriere zu initiieren, allerdings unter der Voraussetzung der »*Umwandlung*« Ihrer Schriften, so Naomi Seidman.[1]

François Mauriac startet Wiesels Karriere

> *»Im Gegenzug für diese Umwandlungen warf Mauriac das Gewicht seiner moralischen Autorität und seinen Einfluß als etablierter Literat in die Waagschale. Mauriac besorgte Wiesel einen Verlag, schrieb die ersten lobpreisenden Rezensionen, und widmete Wiesel sogar sein Werk Life of Jesus (Das Leben Jesu), das „gekreuzigte jüdische Kind" (!) Kurz: Mauriac fand und sicherte Wiesel jenes große Publikum, das er sich erhofft hatte. Durch Gespräche mit Mauriac entwickelte Wiesel schließlich einen Stil, um über den Völkemord an den Juden in einer Weise zu sprechen, der sowohl die Aufmerksamkeit der Juden als auch der Christen auf sich zog, was wahrlich eine Errungenschaft war.«* (S. 16)

Zwei Zugeständnisse als Gegenleistung

1. KEINE REDEN MEHR ÜBER JÜDISCHE RACHE

> *»Die* [1954er] *Begegnung* [zwischen Mauriac und Wiesel]*, so scheint mir, könnte als eine Reihe heikler Verhandlungen beschrieben werden, in der das erste Zugeständnis des Überlebenden ist, daß er es aufgibt, von jüdischer Rache zu sprechen (wenn nicht gar daran zu denken) – und warum auch nicht? Als Autor, dessen Leserschaft ethnische Grenzen überschreitet, war es für Wiesel durchaus sinnvoll, eine unmögliche Phantasie zu unterdrücken, deren eindeutigste Wirkung wäre, die Christen abspenstig zu machen.«* (S. 15)

Und hier nun kommt das klarste Beispiel, wo Sie bei der Beschreibung der Ereignisse, die der Befreiung von Buchenwald folgten, dieses Zugeständnis machten:

> *»Aber im Jiddischen* [in *Un die velt*, ihre Originalfassung von *Night*] *heißt es weiter: „Am nächsten Morgen liefen jüdische junge Männer fort nach Weimar, um Kleidung und Kartoffeln zu stehlen. Und um deutsche Schicksen zu vergewaltigen* [un tsu fargvaldikn daytshe shikses]*. Das historische Gebot der Rache aber wurde nicht erfüllt." In der französischen Ausgabe liest sich das wie folgt: „Am nächsten Tag liefen einige junge Männer nach Weimar, um Kartoffeln und Kleidung einzusammeln – und um mit den Mädchen zu schlafen. Aber von Rache keine Spur."*[2] *In Stella Rodways englischer Ausgabe heißt es: „Am folgenden Morgen gingen einige junge Männer nach Weimar, um einige Kartoffeln und Kleidung zu erhalten – und um mit Mädchen zu schlafen. Aber von Rache keine Spur."*[3]
> *Diese Unterschiede in den Fassungen als stilistische Überarbeitungen zu bezeichnen, hieße, das Ausmaß dessen zu verheimlichen, was in den übersetzten Ausgaben unterdrückt wurde.* Un di velt *beschreibt eine Nach-Holocaust-Landschaft, in der junge Männer fortlaufen, um Verpflegung zu stehlen und deutsche Mädchen zu vergewaltigen. Aus dieser Szene der gesetzlosen Vergeltung zeichnet* Night *ein weitaus harmloseres Bild der Nachkriegslage, mit jungen Männer, die in die nächstgelegene Stadt ziehen, um dort nach Kleidern und Sex Ausschau zu halten. In der jiddischen Ausgabe aber werden die Männer ausdrücklich als Juden bezeichnet, und ihre Opfer (oder die beabsichtigten Opfer) als Deutsche. In der französischen Ausgabe handelt es sich lediglich um junge Männer und Frauen. In beiden Fassungen beklagt der Erzähler das Versagen der Juden, an den Deutschen Rache zu nehmen, aber dieses Versagen hat eine ganz andere Bedeutung, wenn es, wie im Jiddischen, im Zusammenhang mit der Vergewaltigung deutscher Frauen erscheint. Die jiddische Fassung bedeutet daher, daß die Vergewaltigung deutscher Frauen ein frivoles Pflichtversäumnis war, „das historische Gebot der Rache" zu erfüllen. Man kann nur annehmen, daß die Erfüllung dieser Pflicht eine konzertierte, öffentliche Vergeltungshandlung gegen eine klar definierte Zielgruppe beinhalten würde.* Un di velt *führt nicht aus, welche Art von Vergeltung dies sein könnte, nur, daß sie durch die jüdische Geschichte und Tradition sanktioniert ist, ja sogar befohlen wird.«* (S. 6)

2. KEIN EINBEZIEHEN DER FRANZOSEN IN DEN HOLOCAUST

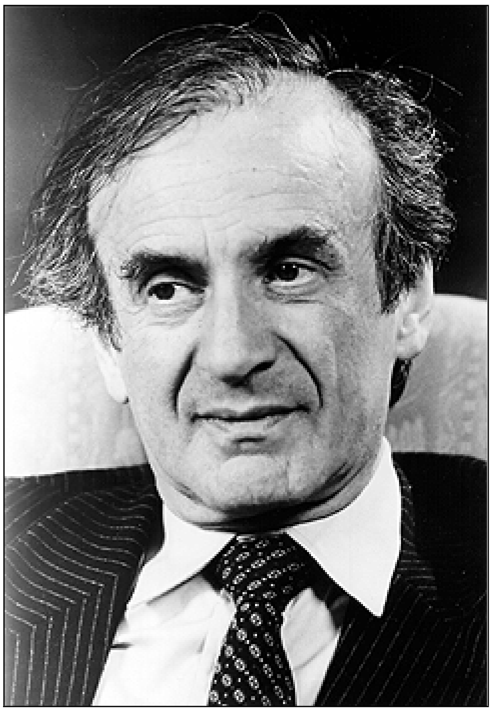
> *»Wiesels zweites Zugeständnis war, die Zielgruppe seines Hasses einzuengen, um zu vermeiden, daß Mauriac oder seine Landsleute der Komplizenschaft oder des Schweigens beschuldigt würden.«* (S. 15)

Vier offene Fragen

1. JÜDISCHE RACHE?

Naomi Seidman vermittelt uns in ihren obigen Ausführungen den Eindruck, daß es in der jüdischen Kultur ein unerbittliches Verlangen nach Rache gibt. Dementsprechend zitiert sie Ihre eigenen Worte, die auf »*das historische Gebot der Rache*« anspielen, wobei sie hinzufügt, dies sei »*durch die jüdische Geschichte und Tradition sanktioniert* […]*, ja sogar befohlen*«. Zumal ich mich nicht erinnern kann, daß es ein ähn-

liches Verlangen nach Rache in der ukrainischen, kanadischen oder U.S.-amerikanischen Kultur gibt, finde ich diesen jüdischen Ruf nach Rache überraschend und vielleicht etwas fernab der westlichen Traditionen, und ich frage mich, ob Sie die Existenz dieses Verlangens bestätigen und darüber Näheres ausführen können?



Elie Wiesel

2. IST DIE JÜDISCHE RACHE KOLLEKTIV?

Es überrascht mich weiterhin, daß sich der jüdische Ruf nach Rache nicht auf Individuen beschränkt, die sich gegen das jüdische Volk vergangen haben, sondern daß er alle Deutschen umfaßt, und zwar sogar solche, die wahrscheinlich in jeder Hinsicht völlig unschuldig sind, nämlich deutsche Mädchen. Können Sie bestätigen, daß sich in Fällen, wo einige Mitglieder einer nationalen Gruppe Verbrechen gegen das jüdische Volk begangen haben, die jüdische Rache tatsächlich auf alle Mitglieder dieser Gruppe bezieht?

3. IST DIE VERGEWALTIGUNG DEUTSCHER MÄDCHEN ZU MILD, UM ALS RACHE ANGESEHEN ZU WERDEN?

Nach ihrer Befreiung liefen die Juden aus Buchenwald nach Weimar, um deutsche Mädchen zu vergewaltigen, und dennoch sind Sie der Ansicht, diese Verbrechen reichten nicht aus, um dem historischen jüdischen Gebot nach Rache zu genügen. Ich frage mich, ob Sie näher ausführen können, welche Art von Handlungen als ausreichend angesehen würden, um dem historischen jüdischen Gebot nach Rache zu genügen?

4. WURDE IHRE LITERARISCHE KARIERRE DURCH FARNZÖSISCHE SCHUTZGELDER ERMÖGLICHT?

Naomi Seidman legt nahe, daß der Schutz vor dem Vorwurf, am Holocaust mitschuldig zu sein, von den Juden in ähnlicher Weise erkauft werden könne, wie man sich den Schutz vor Brandanschlägen vor der Mafia erkaufen kann, und daß Ihr beruflicher Erfolg eben auf einem solchen französischen Schutzabkommen beruht. Können Sie bestätigen, daß jüdische Führungskräfte die Vorwürfe der Mitschuld am Holocaust nicht etwa aufgrund des Schuldanteils erheben, sondern diesbezüglich auch politische Vorteilsnahmen in Erwägung ziehen? Und würden Sie bitte Ihre Meinung dazu äußern, ob die Ukrainer deshalb auserkoren wurden, einen unverhältnismäßig großen Schuldvorwurf am Holocaust auf sich nehmen müssen – man nehme nur die Verfolgung von John Demjanjuk als ein herausragendes Beispiel einer massiven Verfolgung ohne auch nur den geringsten Beweis eines schuldhaften Vergehens –, weil die Ukrainer den Juden bisher schlicht und einfach nichts als Gegenleistung angeboten haben, damit diese ihr historisches Rachegebot gegen irgend welche anderen Opfer richten?

Mit werten Grüßen,
Lubomyr Prytulak

Anmerkung der Redaktion

Nach der Befreiung des Lagers im April 1945 durch die Amerikaner wurden die 80 zurückgebliebenen deutschen Lagerwachen und Funktionäre summarisch ermordet. Mitglieder des Lagerpersonals wurden nicht nur von einigen der Häftlinge auf brutalste Weise erschlagen, sondern bisweilen sogar mit Hilfe und Ermunterung durch amerikanische Soldaten.[4] Zwischen 20 und 30 GIs beteiligten sich an dem Morden, indem sie abwechselnd auf sechs Deutsche bis zum Eintriit des Todes einschlugen.[5] In einem anderen Buch bestätigt Elie Wiesel im wesentlichen seinen Bericht in dem oben auszugsweise zitierten jiddischen Frühwerk. In dem 1968 erschienenen Buch *Legends of Our Time* berichtet er, wie einige befreite Lagerinsassen mit U.S. Jeeps ins nahe Weimar fuhren, um dort zu plündern und wahllos deutsche Zivilisten zu ermorden,[6] was von Hilberg bestätigt wird.[7]

Im gleichen Buch, nur zwei Seiten weiter, schreibt Wiesel seine berühmten Zeilen des Hasses:

> *»Jeder Jude sollte irgendwo in seinem Herzen eine Zone des Hasses bewahren, des gesunden, männlichen Hasses gegen das, was der Deutsche verkörpert und was im Wesen des Deutschen liegt. Alles andere wäre Verrat an unseren Toten.«*

Ein Einzelfall? John Sack verdanken wir eine Annekdote – wie zuverlässig sie auch immer sei – die in das Bild paßt. In seinem im *Esquire* Magazin veröffentlichten Artikel über den Revisionismus schreibt Sack:[8]

> *»Ein schockierter Professor sagte* [Edgar] *Bronfman einst, „Sie lehren eine ganze Generation, Tausende von Deutschen zu hassen," und Bronfman antwortete, "Nein, ich lehre eine ganze Generation, Millionen von Deutschen zu hassen."«*

Kommentar überflüssig.

Anmerkungen

Entnommen der Website der ukrainischen Revisionsten, http://www.ukar.org/infosit.shtml.

1 Naomi Seidman, »*Elie Wiesel and the Scandal of Jewish rage*«, *Jewish Social Studies: History, Culture, and Society*, 3(1) (1996), S. 16.
2 *»Le lendemain, quelques jeunes gens coururent à Weimar ramasser des pommes de terre et des habits – et coucher avec des filles. Mais de vengeance, pas trace.«*
3 *»On the following morning, some of the young men went to Weimar to get some potatoes and clothes – and to sleep with girls. But of revenge, not a sign.«*
4 Robert Abzug, *Inside the Vicious Heart,* Oxford, New York 1985, S. 49, 52.
5 Marguerite Higgins, *News Is a Singular Thing*, Doubleday, Garden City, N.Y., 1955, pp. 78f.
6 Elie Wiesel, *Legends of Our Time*, Holt, Rinehart and Winston, New York 1968, S. 140.
7 Raul Hilberg, *The Destruction of the European Jews*, 3 Bd., Holmes & Meier, New York 1985, S. 987.
8 *Esquire Magazin*e, Februar 2001, S. 140.

Der Holocaust begann anno 1648

Von Lubomyr Prytulak

Das Klischee des ewig verfolgten unschuldigen Juden und des abgrundtief bösen, voraussetzungslosen Antisemiten durchzieht die jüdische Literatur wie ein roter Faden. Es wurde nicht erst anläßlich der nationalsozialistischen Judenverfolgung während des Zweiten Weltkrieges erfunden. Der nachfolgende Beitrag beleuchtet ein Beispiel aus der jüdischen Literatur aus der Zeit der ukrainischen Aufstände im Jahr 1648, als neben vielen Ukrainern und Polen auch Juden Opfer der dortigen Bauernunruhen wurden. Wie Lubomyr Prytulak zeigt, blendet die jüdische Aufarbeitung dieses Vorfalles jedoch die jüdischen Verfehlungen aus, simplifiziert und dämonisiert diejenigen Ukrainer, die zu Tätern an Juden wurden, verdrängt, daß auch Juden Täter waren, überhöht die jüdischen Opferzahlen, verschweigt die Opfer anderer Gruppen, erfindet Greuelmärchen, versucht damit nicht nur das Mitleid anderer zu erwecken, sondern zudem auch noch Geld zu machen, und bezeichnet diesen damaligen angeblichen versuchten Völkermord der Ukrainer an den Juden als einen „Holocaust", als einen Präzedenzfall für das, was sich dann später zwischen 1941 und 1945 abgespielt haben soll.

Sollte auch jüdische Haßliteratur unterdrückt werden?

Oft hört man die Aufrufe, die anscheinend vorwiegend aus jüdischen Quellen stammen, die die Unterdrückung von Haßliteratur fordern, vor allem im Internet. Diese Aufrufe geben jedoch niemals zu, daß es auch jüdische Hetzschriften gibt, und schließen daher niemals jüdische Hetzschriften in die Kategorie ein, die unterdrückt werden sollte. Und doch existiert diese jüdische Haßliteratur, und sie ist leider keine Seltenheit. Sie ergießt sich über die Köpfe ihrer Opfer, vor allem auch ukrainische Köpfe, und wird vom Umfang her kaum übertroffen von der Haßliteratur irgend einer anderen Gruppe in der westlichen Gesellschaft.

Eine Definition von Haßliteratur

Damit eine Schrift als Haßliteratur eingestuft werden kann, muß sie

1. eine Gruppe herabsetzen,
2. täuschen.

Herabwürdigung ist ein besseres Kriterium als Emotion. Ob eine Schrift wirklich Haß hervorruft, sollte bei der Definition von Haßliteratur eine zweitrangige Rolle spielen. Betrachten Sie diese fünf Beispiele:

1. EINDRUCK VON ARROGANZ KANN VERÄRGERUNG STATT HASS ERWECKEN

Leser einer Schrift können irrtümlich zur Auffassung kommen, daß Angehörige der Zielgruppe arrogant und widerwärtig seien. Wenn es stimmt, daß die Mitglieder der Zielgruppe im allgemeinen arrogant und widerwärtig sind, dann drückt die Schrift nichts Anderes aus als eine soziologische Tatsache; wenn es wissentlich falsch ist, dann wäre die Schrift Haßliteratur, selbst wenn das in Bezug auf die Zielgruppe hervorgerufene Gefühl eher Verärgerung als Haß wäre.

2. EINDRUCK VON INTELLIGENZMANGEL KANN MITLEID STATT HASS HERVORRUFEN

Leser einer Schrift können irrtümlich zur Auffassung kommen, daß Angehörige der Zielgruppe dumm sind. Wenn es stimmt, daß die Mitglieder der Zielgruppe im allgemeinen dumm sind, dann drückt die Schrift nichts Anderes aus als eine soziologische Tatsache. Wenn es jedoch wissentlich falsch ist, dann wäre die Schrift Haßliteratur, selbst wenn das in Bezug auf die Zielgruppe hervorgerufene Gefühl eher Mitleid als Haß wäre.

3. EINDRUCK VON SADISMUS KANN FURCHT STATT HASS ERREGEN

Leser einer Schrift können irrtümlich zur Auffassung kommen, daß Angehörige der Zielgruppe gewalttätig und sadistisch sind. Sofern das wahr ist, wäre das nichts Anderes als eine soziologische Tatsache. Wenn es wissentlich falsch ist, dann wäre die Schrift Haßliteratur, selbst wenn das in Bezug auf die Zielgruppe hervorgerufene Gefühl eher Furcht als Haß wäre.

4. EINDRUCK VON LÄCHERLICHKEIT KANN SPOTT STATT HASS ERREGEN

Leser einer Schrift können eine Zielgruppe auslachen. Wenn das Gelächter durch eine wissentlich falsche Eigenschaft der Gruppe hervorgerufen wurde, dann wäre es Haßliteratur, selbst wenn das gegenüber der Gruppe hervorgerufene Gefühl eher Lächerlichkeit als Haß wäre.

5. EINDRUCK VON TUGEND ODER LEISTUNG KANN HASS STATT BEWUNDERUNG HERVORRUFEN

Selbst wenn eine Zielgruppe nicht erniedrigt oder verunglimpft oder mißbilligt wird, sogar wenn sie gewürdigt und gelobt wird, werden manche Leute trotzdem mit dem Gefühl des Hasses gegen die Zielgruppe reagieren. Dies gibt uns ein weiteres Beispiel, warum es nicht ratsam ist, die Definition von Haßliteratur auf die durch sie hervorgerufenen Gefühle zu gründen.

6. DIE BEZEICHNUNG VON GEFÜHLEN IST SUBJEKTIV

Wenn wir die Bezeichnungen der Farben lernen, können uns andere in unserer Umgebung korrigieren, wenn wir eine Farbe falsch beschreiben, weil sie diese Farbe mit uns sehen können, aber wenn wir die Bezeichnungen von Gefühlen lernen, können uns andere um uns herum nicht sagen, ob wir ein Gefühl falsch beschreiben, weil sie nicht unsere Gefühle mit uns fühlen. Aus diesem Grund sind die Wortbezeichnungen, die wir Farben verleihen, eher objektiv, während die Bezeichnungen, die wir unseren Gefühlen geben, in hohem Grad subjektiv sind, und daher kann die Frage, ob wir Haß fühlen oder nicht, nicht mit der gleichen Zuverlässigkeit beantwortet werden wie die Frage, ob wir blau sehen oder nicht.

7. GEFÜHLE SIND FLÜCHTIG

Wenn ein Gegenstand blau ist, kann man sich darauf verlassen, daß er blau bleibt, und daher kann man sagen, daß er die

Eigenschaft hat, blau zu sein. Aber wie steht es mit einem Literaturstück? Haftet ihm die Einstufung als „Haßschrift" mit gleicher Beständigkeit an? Die Antwort muß nein lauten. Es gibt nicht nur Unstimmigkeiten zwischen den Lesern der Schrift, ob also diese Schrift in ihnen Haß weckt, sondern die gleiche Person mag gefühlsmäßig zudem unterschiedlich reagieren, wenn sie die Schrift zu unterschiedlichen Zeiten liest. Der Leser kann aufgrund seiner Stimmung oder eines bestimmten Aspekts der Schrift, der seine Aufmerksamkeit erregt, das eine Mal Haß gegen die Zielgruppe fühlen, ein anderes Mal aber auch nur Ungeduld oder Mitleid.
Aus den obengenannten Gründen sollten die hervorgerufenen Gefühle nur eine zweitrangige Rolle bei der Definition von Haßliteratur spielen. Entscheidend ist die Abwertung der Zielgruppe, ungeachtet dessen, welche Emotion damit zufällig hervorgerufen wird. Die wesentliche Eigenschaft ist Abwertung, und es ist möglich, daß eine Schrift Abwertung hervorruft, während sie zugleich beim Leser ein weites Gefühlsspektrum auslösen kann, oder auch überhaupt keine Gefühle erregt.
Und natürlich muß eine Schrift, um als Haßschrift eingestuft zu werden, auch täuschen.
Fehlt die Täuschung, – wenn alles, was gesagt wird, die Wahrheit ist – dann sollte jegliche negative Bewertung oder Gefühlsreaktion, die hervorgerufen wird, als Antipathie oder Ablehnung bezeichnet werden, oder berechtigte Empörung – aber nicht als Haß oder Hetze.
Hetze ist – um Haßliteratur zu definieren – eine Abwertung (die von Abneigung oder Abscheu oder Empörung begleitet sein kann oder nicht), die auf Mißverständnis oder Fehlinformation beruht oder – um keine Wortklauberei zu betreiben – auf Lügen. Der zweite Teil der Definition wird benötigt, um das Mitteilen wahrer Gegebenheiten zu schützen, die unvermeidlicherweise die Einstellung gegenüber einer Gruppe in positiver oder negativer Weise ändern kann. Sonst könnte eine wahre Aussage, die das Ansehen einer Gruppe schädigt, wegen Aufstachelung zum Haß von der betroffenen Gruppe unterdrückt werden.

Jüdische Haß-Literatur

Der obigen Definition zufolge ist es angemessen, den nachfolgend wiedergegebenen Gladstone-Artikel als jüdische Haß-Literatur zu bezeichnen:

A. Der Gladstone-Artikel ist jüdisch

Ich gehe davon aus, daß der Artikel jüdischen Ursprungs ist, weil er in der Zeitschrift *The Wanderer: Magazine of Jewish Heritage & Travel* erscheint.

B. Der Gladstone-Artikel bewirkt eine negative Einschätzung

Der Gladstone-Artikel verführt zu einer negativen Einschätzung der Ukrainer (und kann daher negative Gefühle wie Furcht, Verachtung und Haß hervorrufen). Der Artikel behauptet, daß Ukrainer virulent antisemitisch seien, daß sie die Täter des ersten antijüdischen Holocausts gewesen seien, daß sie dumm und sadistisch-grausam sind, und daß die Chmielnicki-Rebellion von 1648 dem jüdischen „Holocaust" des Zweiten Weltkrieges ähnelt und ein Vorläufer dafür war und daher half, ihn in Gang zu setzen.

C. Der Gladstone-Artikel täuscht

Und der Gladstone-Artikel enthält unerhörte Unwahrheiten, deren wesentlichste folgende sind:

1. Der Gladstone-Artikel stellt Geisteskrankheit als Ursache der Chmielnicki -Rebellion dar.

Gladstone postuliert, daß die Ursache der Chmielnicki-Rebellion Antisemitismus war. Antisemitismus ist eine Art Geisteskrankheit. Daher war gemäß Gladstone die Chmielnicki-Rebellion durch eine Geisteskrankheit verursacht, an der die ukrainischen Kosaken litten.
Das ergibt aber so wenig Sinn, wie wenn man sagen würde, daß der Spartakus-Aufstand der Gladiatoren gegen die Römer durch eine Geisteskrankheit verursacht war, an der die Gladiatoren litten. Oder es ergibt so wenig Sinn, wie wenn man sagen würde, daß der Nat-Turner-Aufstand der schwarzen Sklaven gegen ihre weißen Herren durch eine Geisteskrankheit verursacht war, an der die schwarzen Sklaven litten. Wenn genügend Ursachen für einen Aufstand bemerkbar sind, und wenn kein objektives Anzeichen für Geisteskrankheit bemerkbar ist, ergibt es keinen Sinn, die beobachteten Ursachen zu ignorieren und die Aufmerksamkeit auf imaginäre Ursachen zu beschränken.

2. Der Gladstone-Artikel ignoriert die polnisch-jüdische Unterdrückung als Ursache des Chmielnicki Aufstands

Das Ausmaß der Unterdrückung, das die Ursache des Aufstandes war, wird durch eine Erklärung festgehalten, die es wohl wert ist, daß man sie sich einprägt und anderen vorhält:[1]

> *»Die Stellung der polnischen Bauern (die im Mittelalter frei gewesen waren) verschlechterte sich bis zur äußersten Knechtschaft, die von regelrechter Sklaverei kaum unterscheidbar und sicherlich die schlimmste in ganz Europa war.* […] *Die Lage in den „östlichen" Teilen Polens (Weißrußland und der Ukraine)* […] *war die schlimmste von allen.«*

Bei diesem System waren Juden die direkten Werkzeuge der Unterdrückung, die Macht über Leben und Tod der Ukrainer in Händen hielten:[2]

> *»Verpachtung war oft mit der Ausübung gewisser gesetzlicher Rechte verbunden: die Befugnis, Recht zu sprechen über die Leute eines bestimmten Landbesitzes oder einer Stadt, sogar ein Todesurteil zu erlassen, wurde manchmal vom Besitzer auf den Pächter übertragen. Das bewirkte, daß der Jude mit dem polnischen Landbesitzer identifiziert wurde, den er vertrat.«*

Gladstone erwähnt jedoch keinerlei Unterdrückung als solche, sondern erwähnt nur einmal eine »*angenommene Unterdrükkung*«, und scheidet damit Unterdrückung als Ursache aus; er vermittelt somit den Eindruck, daß die Unterdrückung in Wirklichkeit nicht existierte, sondern nur in der Einbildung der Kosaken, was ein ganz anderes Bild abgibt als Israel Shahaks gegenteilige Feststellung, daß die Unterdrückung »*härteste Knechtschaft, von regelrechter Sklaverei kaum unterscheidbar und sicherlich die schlimmste in Europa war.*«

3. Der Gladstone-Artikel gibt Hanover falsch wieder.

Wenn Gladstone eine originalgetreue Zusammenfassung und nicht etwa Haßliteratur über Hanover verfaßt hätte, hätte er wiedergegeben, daß selbst Hanover, so voreingenommen er auch gegen die Ukrainer war, zur Kenntnis genommen hat, daß der Chmielnicki-Aufstand durch polnisch-jüdische Unterdrückung entstanden war. Hanover war der einzige hebräische Chronist, der die zwei Gründe für den ukrainischen Kosaken-Aufstand analysiert hat, und zwar erstens die Unter-

drückung der griechisch-orthodoxen Ukrainer, und zweitens die Rolle der Juden als Steuereintreiber und Gutsverwalter. Die letzteren, stellte er fest, *»regierten in jenem Teil Rußlands* [der Ukraine]*, was den Neid der Bauern hervorrief und in den Massakern endete.*« Er glaubte, daß religiöse Unterdrückung für die Verarmung der Massen verantwortlich war:

> *»Sie wurden als niedere und minderwertige Wesen angesehen und waren die Knechte und Sklaven der Polen und Juden.«*

Hanover schreibt, daß außer den Kosaken

> *»die Ukrainer eine elende und versklavte Gruppe waren, Diener der Fürsten und Adligen. Die Adligen belegten sie mit hohen Steuern, und manche griffen gar zu Grausamkeit und Folter.«*

Seine Einschätzung der Ursachen für den Kosaken-Aufstand ist natürlich sehr ähnlich dem, was andere sagen, einschließlich der Ukrainer selbst.[3]

4. Der Gladstone-Artikel vertritt die Auffassung, dass der Chmielnicki-Aufstand einen Genocid zum Ziel hatte, und damit ein früher Holocaust war.

Der Chmielnicki-Aufstand war aber tatsächlich vom Wunsch beseelt, der polnischen Unterdrückung ein Ende zu machen, die örtlich durch Juden ausgeführt wurde. Die Juden wurden also zufällig zur Zielscheibe, als Instrumente der polnischen Unterdrückung. Außerdem handelten die Juden mit den Chmielnicki-Rebellen, arbeiteten mit ihnen, und ließen sich von den Kosaken anwerben, wie der Historiker Bernard Weinryb dokumentiert hat, was alles unvereinbar ist mit der Behauptung, daß der Chmielnicki-Aufstand ein versuchter Völkermord an den Juden war.

5. Der Gladstone-Artikel porträtiert Chmielnicki als den ersten Hitler

Obwohl wirtschaftliche, politische und religiöse Unterdrükkung die dem Chmielnicki-Aufstand zugrundeliegende Ursache war, war der unmittelbare Anlaß Ungerechtigkeiten, die Chmielnicki selbst zugefügt worden waren – sein Gut war von einem polnischen Adligen überfallen, geplündert und beschlagnahmt, Chmielnickis Sohn getötet und seine Verlobte entführt worden. Chmielnicki versuchte zunächst geduldig, auf legalem Wege Wiedergutmachung zu erlangen, und erst als er dabei keinen Erfolg hatte, wurde er rebellisch. Das scheint überhaupt nicht mit Hitlers Geschichte vergleichbar zu sein,[4] und es gelingt Gladstone nicht, die Ähnlichkeiten, die er zwischen Chmielnickis und Hitlers Biographie sieht, näher zu beschreiben. Es wäre passender gewesen, Chmielnicki als Zweiten Spartakus anzusprechen, oder den Ersten Nat Turner. Der Hinweis, Chmielnicki sei der erste Hitler gewesen, dient nicht der Wahrheit. Es dient nur dazu, Haß zu verbreiten.

Das ist in der Tat der verletzendste und ungerechtfertigste Aspekt von Gladstones Haßstück – die Darstellung, daß der Chmielnicki-Aufstand dem jüdischen Holocaust gliche, eine Gleichsetzung, die mit Gladstones Titel »*Der Holocaust von 1648*« beginnt, durch ungenaue Vergleiche mit den Nationalsozialisten weitergeführt wird, und in den Schlußworten des Artikels unterstrichen wird:

> *»Und manche Historiker versichern, daß Yeven Metzulah neue Bedeutung erlangt hat, als Ergebnis der Shoah. „Die Brutalität Chmielnickis machte das Werk der Nazis um so leichter", schreibt Helmreich. „Wenn wir Hanovers Beschreibung der von Chmielnicki und seinen Horden begangenen Grausamkeiten lesen, wird klar, daß Hilters Folterkammern nur eine technologische Verfeinerung waren – der Präzedenzfall hatte sich bereits früher ereignet."«*

6. Der Gladstone-Artikel übertreibt die Zahl der jüdischen Verluste mindestens um das Zehnfache

Gladstone meint:

> *»Nach konservativen Schätzungen wurden mindestens 100.000 Juden abgeschlachtet; Hanover zufolge waren die jüdischen Verluste viel höher.«*

Das ist jedoch eine Übertreibung um das Zehnfache, wenn nicht mehr. Hätte Gladstone einen wahrheitsgemäßen Artikel und nicht einen Hetzartikel geschrieben, dann hätte er erwähnt:[5]

> *»Hanover, offensichtlich der gebildetste der sechs Chronisten, beherrschte keine Mathematik. Es ist daher nicht überraschend, daß die Chronisten, wenn sie über Menschengruppen berichteten, biblische Methaphern gebrauchten wie „Tausende und Zehntausende" oder „so viel wie Sandkörner am Meeresstrand" und daß die Zahlen, die sie erwähnen, oftmals bedeutungslos sind.«*

Weinryb gibt mehrere Beispiele, die die Schlußfolgerung unterstützen, daß Hanovers Zahlen kein Glauben geschenkt werden kann, und gibt folgende Veranschaulichung von Hanovers Unkenntnis der Arithmetik:[6]

> *»Es scheint, daß Hanover im allgemeinen nicht gewohnt war, mit großen Zahlen umzugehen: für ihn waren 18 mal 100.000 gleich 18.000.000, anstatt 1.800.000.«*

Der Historiker Yaroslaw Pelenski schlägt vor, daß die Zahl der jüdischen Todesopfer in der Nähe von einem Zehntel der von Gladstone vorgeschlagenen Zahl liegt: [7]

> *»Eine ungefähre Minimum/Maximum-Zahl von 7000 bis 13.000, und einer mittleren Zahl von 10.000 bei der Chmielnicki-Revolution getöteten Juden.«*

In wessen Interesse arbeitet Bill Gladstone, wenn er die Zahl der jüdischen Todesopfer verzehnfacht? In seinem eigenen, und nur in seinem eigenen, weil die Übertreibung der jüdischen Todesopfer die Verkaufszahlen seiner Zeitschrift erhöht. Und wie steht es mit den Interessen der Juden? Gladstone fördert durch seinen Artikel die Schlußfolgerung, daß die Juden ein Volk sind, das so wenig Rücksicht auf die Wahrheit nimmt, daß sie ihre Verluste verzehnfachen. Der Gewinn für Gladstone besteht darin, daß er ein paar Exemplare mehr von *The Wanderer* verkauft, und so ein paar Dollar verdient. Der Verlust für die Juden besteht darin, daß sie einen Verlust an Glaubwürdigkeit erleiden. Verbindet man das miteinander, dann könnte man sagen, daß Gladstone bereit ist, für den Lohn von ein paar Dollar die jüdische Glaubwürdigkeit zu verschachern.

7. Nathan Hanover war ein früher Stephen King

Nathan Hanover war kein leidenschaftsloser Historiker, der für eine Zeitschrift schrieb, die von kritischen Historikern geprüft wurde. Er war ein mittelloser Flüchtling, der verzweifelt ein bißchen Geld verdienen mußte.

Hanovers psychologische und wirtschaftliche Lage zu der Zeit, als er das Büchlein schrieb und veröffentlichte, kann aus dem Ende seiner Einleitung abgeschätzt werden: Obwohl er vorübergehend etwas Schutz in einem privaten „Bethaus" gefunden hatte, war er bedürftig, denn er annoncierte seine Wohnanschrift und bittet die Öffentlichkeit, sein Werk zu kaufen. Er schreibt:[8]

»Ich habe ausführlich die Ursachen abgehandelt, die zu dieser Katastrophe führten, als sich die Ukrainer gegen die Polen erhoben und mit den Tataren vereinten, obwohl die beiden immer Feinde gewesen sind. Ich habe alle die grösseren und kleineren Zusammenstöße aufgezeichnet. […] *Auch die Tage, an denen diese Grausamkeiten geschahen, so daß jedermann in der Lage ist, den Tag zu berechnen, an dem sein Verwandter starb und die Gedächtnisfeier richtig begehen kann.* […] *Ich habe das in einem klaren und verständlichen Stil geschrieben und auf weiches helles Papier gedruckt. Kauft deshalb dieses Buch sofort, haltet Euer Geld nicht zurück, damit ich in der Lage bin,* [ein weiteres Buch] *zu veröffentlichen.«*

Nathan Hanover stellte dann fest, was heutzutage Stephen King festgestellt hat: je sensationeller und erschütternder seine Schrift war, desto besser verkaufte sie sich. Hanovers Schrift sollte anders kategorisiert werden: statt als Geschichte als geschichtliche Fiktion. Gladstone stellt Hanover fälschlich als systematischen Historiker dar anstatt als hysterischen Polemiker, der er wirklich war.

8. Gladstone identifiziert die Kosaken als eine Ansammlung von „Dr. Mengeles"

Natürlich ist die Aufhetzung zum Haß gegen Ukrainer unvollständig ohne einige anschauliche Beschreibungen sadistischer Foltern, und Gladstones Magazin beschreibt Grausamkeiten, die auf einer Stufe waren mit fast allem, was die Nazis später entworfen haben sollen. Die Kosaken frönten den bestialischsten Formen des Sadismus und führten grausame und quälende „medizinische Experimente" an schwangeren Frauen und anderen durch, als ob sie eine Episode von Mengele durchspielten. Es gab in der ganzen Welt keine grausige Mordart, die nicht von den Feinden angeblich angewandt wurde.

Aber Gladstone führt nicht nur Folterungen an, er beschuldigt Chmielnickis Kosaken auch »*medizinischer Experimente*«, vergleichbar denen von Dr. Joseph Mengele während des Holocaust. Ein solcher Vergleich ist wirklich ebenso gehässig wie grundlos. Ich habe hier zum ersten Mal gehört, daß die Kosaken ein Gegenstück zu Dr. Joseph Mengele hatten, oder daß irgendeiner von ihnen eine medizinische Ausbildung hatte, oder daß irgendeiner von ihnen den Wunsch hatte, medizinische Forschung an Juden oder sonst jemandem durchzuführen, oder daß sie mitten in ihrem Aufstand Zeit für eine Pause fanden, um medizinische Experimente durchzuführen.

9. Die Kriegführung war nicht einseitig

Gladstone erwähnt passenderweise nicht, daß die Kriegführung doppelseitig war, und daß die Grausamkeiten, die gegen die Ukrainer begangen wurden – und hier kommen wir zu den drei Worten von Israel Shahak, die auch in der Erinnerung behalten werden sollten – »*sogar noch schrecklicher*« waren.

Dieser typische Bauernaufstand gegen äußere Unterdrückung, ein Aufstand, der nicht nur von Massakern begleitet wurde, die von den Rebellen begangen wurden, sondern auch von sogar noch schrecklicheren Grausamkeiten und „Konter-Terror" der Privat-Armeen der polnischen Magnaten, blieb im Bewußtsein der osteuropäischen Juden bis zum heutigen Tag völlig einseitig dargestellt, und zwar nicht als Bauernaufstand, als eine Revolte der Unterdrückten, der Elenden der Welt, auch nicht als Rache gegen die Knechte des polnischen Adels, sondern als ein Akt grundlosen Antisemitismus, der gegen die Juden als solche gerichtet war.

Tatsächlich wurde die Stimmabgabe der ukrainischen Delegation bei den Vereinten Nationen, und allgemeiner die sowjetische Politik im Nahen Osten oft in der israelischen Presse als „Erbe Chmielnickis" oder seiner „Nachfahren" bezeichnet.[9]

Wenn Gladstone die Kosaken-Grausamkeiten hätte fair schildern wollen, so hätte er sie Seite an Seite mit den sogar noch schrecklicheren Grausamkeiten stellen müssen, die von polnisch-jüdischer Seite begangen wurden. Gladstone erweckt den Eindruck, als ob die Ukrainer unschuldige Leute angriffen, die nicht zurückschlagen konnten. Die Wahrheit ist aber, daß ein Kriegszustand zwischen den beiden Parteien herrschte, und die polnisch-jüdische Herrscherschicht wurde von der ganzen militärischen Macht des polnischen Königtums unterstützt.

10. Die kugelsichere Jungfrau

Gladstone wiederholt Hanovers Geschichte von der schönen jüdischen Jungfrau aus reicher Familie, die gezwungen wurde, einen Kosaken zu heiraten, aber vor dem Vollzug der Ehe Selbstmord beging, indem sie ihm sagte, daß sie ein Zaubermittel besäße, weshalb keine Waffe sie verletzen könne und hinzufügte:

»Wenn du mir nicht glaubst, kannst du es ausprobieren.«

»*In seiner Einfalt*« und offenbar vom Wunsch beseelt, ihre Behauptung einem empirischen Test zu unterziehen, schießt sie der Kosak, wie man annehmen muß, in die Brust und sie stirbt. Demnach erwecken sowohl Gladstone als auch Hanover den Eindruck, daß der Kosak ohne jeden Verstand, gewalttätig und dumm bis zum Schwachsinn gewesen sei, die jüdische Jungfrau hingegen tugendhaft und ihrem Volk bis zur Selbstaufopferung treu. Wir sind gut – die anderen sind schlecht. Wir sind schlau – sie sind dumm. Wir sind friedliebend – sie sind gewalttätig. Wir werden vernichtet – sie vernichten. Ende der Geschichte.

Daß Hanover diese Geschichte zusammengebraut und veröffentlicht hat, zeugt von der Leichtgläubigkeit seiner Leserschaft im 17. Jahrhundert, und daß Gladstone sie wiederholt hat, zeugt von der Leichtgläubigkeit seiner Leser im 20. Jahrhundert. In beiden Fällen ist die Leserschaft so dem Haß verschrieben, daß sie eine jede Geschichte annimmt, die den bei ihr vorhandenen Haß „rationalisiert" und verstärkt, egal wie phantastisch die Geschichte auch ist. Sie halten niemals ein, um die vielen Unstimmigkeiten zu erwägen, die zeigen, daß die Geschichte ein Mythos ist.

Die ukrainischen Kosaken des Jahres 1648 waren nicht anders als die heutigen Ukrainer. Man könnte allerdings bis zum Beweis des Gegenteils behaupten, daß die Menschen auf der ganzen Welt sogar über ganze Epochen hinweg bemerkenswert ähnlich sind, so daß sich selbst jene Ukrainer von vor mehr als drei Jahrhunderten nicht wesentlich von den heutigen Ukrainern unterscheiden. Wenn also heute irgendeine Jungfrau einem US-Soldaten erzählen würde, daß sie zaubern könne und keine Waffe sie verletzen könne, so würde dieser es ihr nicht glauben und wohl kaum versuchen, ihre Behauptung durch einen Schuß auf ihre Brust zu prüfen. In gleicher Weise hätte auch ein ukrainischer Kosak dies anno 1648 nicht getan. Der Kosak war ein Kavallerist, der seine Waffen kannte, der wußte, welche Verletzungen sie anrichteten, der in seiner Zeit keine Wunder gesehen hatte, und der daher nicht leichtgläubig annahm, daß die Gesetze der Physik zufällig außer Kraft gesetzt wurden. Da er im Lauf seines Lebens keine anderen Zauberer gesehen hatte, die unverwundbar waren,

hätte er die Behauptung, jetzt eine solche Person zu sehen, angezweifelt. In dem unwahrscheinlichen Fall, daß er die Behauptung der Jungfrau prüfen wollte, hätte er einen Versuch bevorzugt, das den Wert seines Gutes – nämlich die schöne Jungfrau selbst – bewahrt hätte, und also eine Probe gewählt, die weniger Schaden verursachen hätte, wie zum Beispiel daß er ihre Schulter mit seinem Dolch geritzt hätte, statt ihr in die Brust zu schießen.

Um die Behauptung der Jungfrau zu glauben, hätte der Kosak zahlreiche Unstimmigkeiten übersehen müssen.

Wenn es eine solche Zauber-Jungfrau gäbe, hätte der Kosak sofort angenommen, daß sie so hochberühmt gewesen wäre, daß die ganze Welt von ihr gehört hätte. Er hätte sofort gemerkt, daß sie dann von so unermeßlichem Wert gewesen wäre, daß die Juden sie niemals der Möglichkeit preisgegeben hätten, gefangengenommen zu werden. […[10]]

Und wer war überhaupt angeblicher Zeuge des Vorfalls? Hanovers Erzählung dieses Ereignisses beschreibt nur einen Kosaken, der allein mit der jüdischen Jungfrau ist. Aber wenn die Jungfrau durch den Vorfall getötet wurde, dann wäre der Kosak der einzige Zeuge des Geschehens gewesen, und seine Beschreibung davon hätte nicht der Beschreibung, die wir von Hanover bekommen, geglichen, die in hohem Grad mit der Jungfrau mitfühlend und höchstgradig gegen den Kosaken voreingenommen war. Und wenn Zeugen anwesend gewesen wären, dann hätten sie den Kosaken gedrängt, seine empirische Prüfung der Behauptung der Jungfrau nicht durchzuführen.

Warum überhaupt heiratete die jüdische Jungfrau zuerst den verhaßten Kosaken?

Wenn ich mich nicht irre, erfordert eine christliche Heirat einen Ausdruck des Einverständnisses von sowohl Braut wie auch Bräutigam. Wenn das in der Ukraine um 1648 der Fall war, dann konnte sich die jüdische Jungfrau weigern, den Kosaken zu heiraten – und trotzdem hat sie ihn geheiratet, woraus ich schließe, daß sie öffentlich ihre Zustimmung zum Ausdruck gebracht haben muß. Aber warum hätte sie das tun sollen? Wenn sie den Tod der Schande vorzieht, warum verweigerte sie dann nicht von vornherein ihre Mitwirkung an der Schande? Schon beim Eingehen einer christlichen Ehe verriet sie bereits ihren Glauben. Das schlimmste, was ihr geschehen konnte, wenn sie sich geweigert hätte zu heiraten, war, daß sie auf der Stelle getötet worden wäre (jedenfalls wenn man die These der Kosaken als bestialischen Untermenschen als wahr unterstellte), aber die Jungfrau zog ja ohnehin vor, getötet zu werden. Statt der Todesstrafe hätte ihr ansonsten vielleicht noch die Kerkerhaft gedroht, was wohl immer noch besser war, als sich vom Bräutigam erschießen zu lassen, weil ein Gefangener immer eine Chance hat, zu fliehen oder befreit bzw. freigekauft zu werden.

Und warum nutzte die kluge jüdische Jungfrau die Einfalt des Kosaken nicht aus, um ihr Leben zu retten? Uns wird das Bild einer schlauen jüdischen Jungfrau geboten, die jüngst mit einem Kosaken verheiratet wurde, dessen offensichtliche Einfalt an geistige Zurückgebliebenheit grenzt. Sie schmiedet einen Plan, um ihre Entehrung zu verhindern, indem sie sich töten läßt. Aber wenn der Kosak so leichtgläubig war, wie sie feststellte, dann hätte ihm die jüdische Jungfrau eine andere Geschichte erzählen können, die ihr erlaubt hätte, zu entkommen, oder die zumindest den befürchteten Vollzug der Ehe aufgeschoben hätte. Zum Beispiel hätte sie dem Kosaken sagen können, daß sie seinen Penis schrumpfen und abfallen lassen könnte, wenn er den Vollzug der Ehe nicht um eine Woche hinausschob. Wenn er die erste Geschichte glaubte, dann hätte er auch diese Geschichte geglaubt. Wenn die jüdische Jungfrau ihre Geschichte überzeugend ausgemalt hätte, und der Kosak so dumm war, wie uns weisgemacht wird, dann hätte sie nicht nur eine Woche Aufschub gewinnen können, sondern einen Monat, und während dieser Zeit weitere Möglichkeiten gehabt, die Leichtgläubigkeit des Kosaken zu ihrem künftigen Vorteil zu mißbrauchen.

Und um sich selbst zu retten, hätte die jüdische Jungfrau keine fantastische Geschichte erfinden müssen und wäre nicht davon abhängig gewesen, den Kosaken zu heiraten, der einfältig genug war, ihre Geschichte zu glauben. Es hätte genügt, daß sie den Kosaken ihren hohen Wert für den Fall eines Rückkaufs gemäß der Tataren-Tradition klargemacht hätte, daß ihr Wert aber zunichte wäre, wenn sie ihrer Jungfräulichkeit beraubt würde.

Die Geschichte des Kosaken, der die jüdische Jungfrau tötet, könnte durchaus eine Testaufgabe aus einem Intelligenz-Test sein, wobei alle, die diese Unstimmigkeiten nicht sehen können, eine geringe Punktzahl erlangen. Für Kinder zeigt der Standford-Binet-IQ-Test das Bild eines Mannes, dessen Schatten in Richtung auf die untergehende Sonne hin fällt. Was ist an diesem Bild verkehrt?

Die Kinder mit höherer Intelligenz sind in der Lage, die Unstimmigkeiten zu erkennen. Die Kinder mit der niederen Intelligenz können nichts Verkehrtes feststellen. Gleichermaßen können Leser mit hoher Intelligenz die Unstimmigkeiten der Geschichte der kugelfesten Jungfrau erkennen. Wer diese Geschichte für wahr hält, kann entweder nicht denken oder zieht es vor, nicht zu denken, wenn ihm eine weitere Rechtfertigung für einen liebgewonnenen Haß geboten wird.

Die Schlußfolgerung, die wir aus der Geschichte der kugelsicheren Jungfrau ziehen können, ist also, daß sich die Geschichte an weniger intelligente Juden wendet und versucht, ihre Angst und ihren Haß gegen die Ukrainer zu verstärken, und damit die Juden zu bewegen, etwas von ihrem Geld abzugeben. Hanover erzählte die Geschichte vor dreihundert Jahren den einfältigen Juden, um den Absatz seines Buches *Abgrund der Verzweiflung* zu erhöhen. Gladstone erzählt die Geschichte heute den einfältigen Juden, um den Verkauf seiner Zeitschrift *The Wanderer* zu fördern. Zwei Krämerseelen machen ein Geschäft, und die Leute, denen sie das Geld am einfachsten aus der Tasche ziehen können, sind die Einfältigen ihres eigenen Volkes. Gladstone enthüllt sich also als Schwindelkünstler, der die schwächsten seines eigenen Volkes ausnutzt. Gladstone versucht, seine eigenen Taschen auf Kosten des Wohlergehens seiner Mitjuden zu füllen. Das ist die einzige Erklärung, die ich dafür finden kann, daß Gladstone diese lächerliche Geschichte von der kugelfesten Jungfrau auf die Seiten seines Traditions- und Reisemagazins bringt.

11. Der Retter der Juden war ein Ukrainer.

Gladstone fördert die einfältige Betrachtungsweise, daß die Trennungslinie von Gut und Böse deutlich den ethnischen Trennungslinien folgt – Ukrainer greifen zusammen mit den Tataren die Juden mit den Polen an. In Wirklichkeit nahmen Menschen aller Nationalitäten auf beiden Seiten teil. Das bemerkenswerteste Beispiel ist das des polonisierten ukrainischen Grafen Jeremi Wisniowiecki aus der ukrainischen Familie Vyshnevetsky:[11]

»Hanovers Bericht über Graf Jeremi Wisniowieckis damalige Aktivitäten müssen eine Übertreibung gewesen sein, denn er erweckt den Eindruck, daß für Wisniowiecki das Hauptbemühen in der Rettung der jüdischen Bevölkerung lag:

„Graf Jeremi Wisniowiecki war ein Freund Israels… mit ihm entkamen etwa fünfhundert Juden. Er trug sie wie auf Adlerschwingen, bis sie an ihrem Ziel angekommen waren (wird berichtet, als Wisniowiecki nach Litauen wegzog.)

Später wird uns erzählt, daß Wisniowiecki nach dem Nemyriv-Überfall mit 3.000 Männern auszog, um für die Juden Rache zu nehmen. Hanover betrachtet Wisniowiecki offenbar als den größten aller Heerführer, einer, dem das Kommando über die polnische Armee anvertraut werden sollte.«

Die Erkenntnis, daß geschichtliche Ereignisse durch gemischte Loyalitäten und gemischte Beteiligung gekennzeichnet sind, schwächt die Rechtfertigung für Haßgefühle und wird daher in der Haßliteratur ausgelassen, so auch bei Gladstone.

12. Gladstone misslingt es, die Kultur der Juden zu vermitteln, die die polnische Unterdrückung der Ukrainer durchführten

Welcher Art war die jüdische Kultur in Polen zur Zeit Chmielnickis? Die Frage ist von Interesse, weil sie für die Provokation bedeutsam ist, die den Chmielnicki-Aufstand entzündete, und damit für die Rechtmäßigkeit des Aufstands. Die unten gegebene Feststellung deutet darauf hin, daß die jüdische Kultur zur Zeit Chmielnickis am besten durch Worte wie abergläubisch, fanatisch, stickig, ausbeuterisch und unterdrückend beschrieben wird:[12]

»In der Periode von 1500 bis 1795 – einer der am stärksten von Aberglauben durchsetzten in der Geschichte des Judentums – war das polnische Judentum die abergläubigste und fanatischste aller jüdischen Gemeinden. Die beträchtliche Macht der jüdischen Autonomie wurde zunehmend dazu benutzt, alle eigenständigen und kreativen Gedanken abzuwürgen, im Bund mit den Rabbinern die schamloseste Ausbeutung der jüdischen Armen durch die jüdischen Reichen zu fördern, und die Rolle der Juden bei der Ausbeutung der im Dienst der Adligen stehenden Bauern zu rechtfertigen.«

Die Begründung, warum eine so harte Beschreibung gerechtfertigt erscheint, lese man ausführlich bei Israel Shahak nach.

Wahrlich jüdische Haß-Literatur!

Da der Gladstone-Artikel jüdischen Ursprungs zu sein scheint, und da er anscheinend eine negative Einschätzung der Ukrainer und negative Gefühle gegen die Ukrainern hervorruft, und da er zahlreiche eindeutige Unwahrheiten enthält, folgt daraus also, daß er als jüdische Haßliteratur eingestuft werden kann. Man sieht ganz nebenbei auch das Ungemach, das Haßliteratur einem jeden auferlegt, der sich die Zeit nimmt, sie zu widerlegen – eine kleine Widerlegung zu schreiben, kostet zehnmal so viel Zeit, wie ein aalglattes, gedankenlosen Zerrbild im Stile Gladstones zu verfassen.

Haß auf Ukrainer als Teil der jüdischen Kultur

Das ukrainische Internet-Archiv www-ukar.org widmet sich der Widerlegung anti-ukrainischer Verleumdungen, und nebenbei zeigt sich, daß anti-ukrainische Verleumdung hauptsächlich auf Juden zurückgeht.[13] Oben haben wir Beipiele gesehen, wie Juden anti-ukrainischen Haß und eine Prädisposition für anti-ukrainische Verleumdungen einimpfen. Die Wiederholung der Hanoverschen Verleumdungen ist ein Beispiel, und Bill Gladstones Leitartikel mit seinen eigenen zusätzlichen Verdrehungen ist eine weitere Veranschaulichung dessen. Aber Gladstone berichtet uns auch, daß die Hanoversche Verleumdung nicht etwa nur alle dreihundert Jahre verkündet wird, sondern daß sie in manchen Gemeinden jeden Sommer vorgelesen wird, und zwar nicht weniger als drei Wochen lang, und auch bei besonderen Anlässen:

»Yeven Metzulah wurde laut dem Historiker William Helmreich so beliebt, daß es in manchen Gemeinden Osteuropas Gepflogenheit war, ihn jährlich während der traditionellen „drei Wochen“ im Sommer zu lesen. Neue Auflagen pflegten nach jeder neuen Verfolgungswelle zu erscheinen, einschließlich der ukrainischen Pogrome, die während und nach dem 2. Weltkrieg erfolgten.«

Und zur Krönung besteht Rabbi Yaakov Dov Bleich darauf, daß ein Chmielnicki-Gebet an jedem Sonnabend aufgesagt wird, nicht nur in den Synagogen rund um die Welt, sondern vor allem mitten in der ukrainischen Hauptstadt Kiew. Da ich prüfen wollte, ob dieses Chmielnicki-Gebet in Wirklichkeit nicht ein Fluch auf Chmielnicki war, bat ich Rabbi Bleich um eine Kopie, aber er hat es bisher nicht für Wert gehalten, meiner Bitte zu entsprechen, oder auch nur eine der Fragen, die ich ihm in meinen Briefen gestellt habe, zu beantworten.[14]

Der Eindruck, den all das hinterläßt, ist der eines jahrhundertealten, unermüdlichen Einbleuens von jüdischem Haß gegen die Ukrainer, hauptsächlich durch die Wiederholung der Hanoverschen Verleumdungen, aber in jüngster Zeit dadurch, daß die Juden die Ukrainer zum Symbol antijüdischer Aktivitäten während des Zweiten Weltkrieges machten.[15] Der Gladstone-Hetzartikel muß also nicht nur als isoliertes Ereignis betrachtet werden, sondern eher als ein roter Faden in einem fortlaufenden Gespinnst jüdischer Kultur.

Angesichts dessen, daß diese anti-ukrainische Tradition in formalen Riten jeden Sonnabend erneuert wird, und in jedem Sommer noch einen dreiwöchigen Schub erhält, ist es kein Wunder, daß manche Juden, wenn sie mit einem Ukrainer ins Gespräch kommen, als erstes das Bedürfnis haben, den Ukrainer wegen der mutmaßlichen Sünden Bogdan Chmielnickis zu geißeln, so wenig Bezug ein derartiger Tadel auch zur jeweiligen Sache hat. In diesem Zusammenhang müssen auch die verhetzten Tiraden des stellvertretenden Sprechers der israelischen Knesseth, Dov Ben-Meir, gesehen werden, als er dem Präsidenten der Vereinigung „Amerikaner für Menschenrechte in der Ukraine“, Bozhena Olshaniwsky, schrieb.[16]

Und das ist eine so durchdringende Einbleuung von Haß, daß es kein Wunder ist, wenn ein Jude, der eine Zeitschrift für Traditionen und Reise einleitet, als erstes die makaberen Torturen wiedererzählt, die seiner Vorstellung zufolge sadistische medizinische Experimentierer Chmielnickis an unschuldigen jüdischen Gefangenen durchführten.

Darf das Recht pervertiert werden, um ukrainische Selbstverteidigung zu verbieten?

Angesichts der Tatsache, daß jüdische Haßliteratur veröffentlicht wird und trotzdem nie in die Forderung einbezogen wird, Haßliteratur zu unterdrücken, besteht die Gefahr, daß es das Ziel der jüdischen Gruppen ist, weiterhin ihre eigene

Haßliteratur zu veröffentlichen, und zugleich jedes Opfer ihres Hasses, das versucht, sich selbst zu verteidigen, der Hetze zu beschuldigen, die unterdrückt werden müsse. Wenn die Ukrainer nicht das zunichte machen, was ein jüdischer Versuch sein könnte, die ukrainische Stimme abzuwürgen, dann könnten sie eines morgens aufwachen und feststellen, daß das Gesetz jüdische Verleumdungen der Ukrainer schützt, während zugleich Ukrainer, die sich selbst verteidigen, bestraft werden. Wenn es nach dem Willen der Juden geht, könnte der Tag kommen, wo das kanadische Recht Bill Gladstones Artikel »*The Holocaust of 1648*« schützt und die vorliegende Erwiderung bestraft.[17]

Nun aber zum Gladstone-Artikel selbst. Er wird von einem Leitartikel eingeleitet, der nachfolgend wiedergegeben wird:

> The Wanderer
>
> MAGAZINE
> OF JEWISH HERITAGE & TRAVEL
> WINTER 1998/99
>
> Leitartikel
>
> **Aus der Dunkelheit ins Licht**
>
> Rabbi Nathan Hanover, der berühmte jüdische Reisende dieser Ausgabe, war kein Reisender im üblichen Sinn. Als Flüchtling, der vor antisemitischem Schrecken floh, kam er von Ort zu Ort mit einer selbstgewählten Mission: die Tragödie anhand von Augenzeugenberichten von Überlebenden zu dokumentieren. Sein Buch Yeven Metzulah umfaßt schrecklichere Bilder, als wir unseren Lesern darbringen wollten, daher sei jeder, der mehr über diese Sachen erfahren will, auf den Originaltext verwiesen.
>
> — Barbara Kingstone
> & Bill Gladstone

Anmerkung der Redaktion

Prytulaks Beitrag wurde aus der Sicht eines Ukrainers geschrieben, der offenbar ein Interesse daran hat, den Verunglimpfungen seiner Landsleute durch die fortdauernde jüdische Hetze entgegenzutreten, ohne dabei die Probleme des modernen „Holocaust" zu hinterfragen. Dementsprechend unterstellt der Autor, daß alle jüdischen Berichte über den „modernen" Holocaust korrekt sind, etwa wenn er unkritisch auf das angebliche Ungeheuer Dr. Mengele und dessen vermeintliche medizinische Versuche verweist. Prytulak versucht auch, die Ukrainer dadurch zu schützen, daß er seine Landsleute auf Kosten der Deutschen als „besser" darzustellen versucht, ein Vorgang, der freilich zum Scheitern verurteilt ist. Man kann nicht die eine Lüge aufdecken, und jeden, der sie verbreitet oder glaubt, als entweder bösartig, haßerfüllt oder dumm bezeichnen, im Gegenzug aber die gegen andere gerichteten Lügen kritiklos hinnehmen und sich mit ihnen auf Kosten anderer zu profilieren versuchen. So gut der Ansatz der Aufdeckung eines 350-jährigen „Holocaust"-Business auch ist, so kläglich scheitert Prytulak im Angesicht der modernen jüdischen Propaganda. Ein wenig deutsch-ukrainische Solidarität wäre wohl angebracht, denn schließlich sitzen wir alle im selben Boot.

Zugleich sieht sich die Redaktion veranlaßt, dem in diesem Artikel entstehenden Eindruck entgegenzutreten, die Zensur von Haßliteratur könne ein zulässiges Mittel in der geistigen Auseinandersetzung sein. Zensur kann niemals ein probates Mittel der Auseinandersetzung sein, weder eine gegen Juden, Christen, Kommunisten noch Nationalsozialisten gerichtete.

Quellenverweise

Entnommen der Webseite http://www.ukar.org/gladst01.shtml; übersetzt von Leborah Dipstadt.

1. Israel Shahak, *Jewish History, Jewish Religion: The Weight of Three Thousand Years*, Pluto Press, London 1994, S. 61.
2. Bernard D. Weinryb, »*The Hebrew Chronicles on Bohdan Khmel'nyts'kyi and the Cossack-Polish War*«, *Journal of the Harvard Ukrainian Research Institute*, 1(2) (1977), S. 158f.; vgl. http://www.ukar.org/weinry01.shtml
3. Ebenda, S. 170f.
4. Gemeint ist hier das übliche Medienbild Hitlers. Anm. d. Redaktion.
5. Bernard D. Weinryb, aaO. (Anm. 2), S. 165f.
6. Ebenda, S. 175.
7. Jaroslaw Pelenski, »*The Cossack Insurrections in Jewish-Ukrainian Relations*« in: Howard Aster und Peter J. Potichnyj (Hg.), *Ukrainian-Jewish Relations in Historical Perspective*, Canadian Institute of Ukrainian Studies, University of Alberta, 1990, S. 36; vgl. http://www.ukar.org/pelens01.shtml
8. Hanover, Hebräisch, S. 16f.; English, S. 25, zitiert nach Bernard D. Weinryb, aaO. (Anm. 2), S. 166.
9. Israel Shahak, aaO. (Anm. 1), S. 64f.
10. Die ausufernden Ausführungen des Autors über das, was der Kosak getan und gedacht hätte, wäre er tatsächlich einer solchen Jungfrau begegnet, lassen wir hier aus, da dies ähnlich spekulativ ist wie Grimms Märchen.
11. Bernard D. Weinryb, , aaO. (Anm. 2), S. 168
12. Israel Shahak, aaO. (Anm. 1), S. 63.
13. Vgl. http://www.ukar.org/kosins.shtml
14. Vgl. http://www.ukar.org/bleich.shtml
15. Vgl. http://www.ukar.org/60minart.shtml
16. Vgl. http://www.ukar.org/knesset.htm
17. Unter dem herrschenden Recht der kanadischen Menschenrechtskommission dürfte dies bereits der Fall sein, Anm. d. Redaktion.

Der Holocaust von 1648 · Eine Tragödie neu betrachtet

Rabbi Nathan Hanover aus Ostrog hinterließ einen gründlichen ergreifenden Bericht über die Katastrophe von 1648, aus jüdischen Augen betrachtet.

Von Bill Gladstone

Der etwa 1620 in Ostrog geborene Rabbi Nathan Hanover und seine Familie gehörten zu den zahllosen Juden in der Ukraine und Ostpolen, deren Leben durch das Chmielnicki-Massaker von 1648 und die weiterhin mehrere Jahre lang in Abständen sich wiederholenden Angriffe unterbrochen wurde.

Hanover reiste ausgiebig in dem verwüsteten Gebiet herum, sprach mit vielen Betroffenen und zeichnete ihre Geschichten mit dem feinfühligen Ohr des Historikers auf. Er ist Autor mehrerer Bücher, sein weitaus berühmtestes Werk ist Yeven Metzulah (*Der Abgrund der Verzweiflung*), eine Chronik der Greueltaten, die insgesamt als ein Vorläufer der Shoah im 17. Jahrhundert gelten können.

Yeven Metzulah gibt als einer der klassischen Texte des jüdischen Märtyrertums einen bildhaften und ergreifenden Be-

richt der Schrecken, die sich in der Ukraine und Ostpolen ereigneten, als Bogdan Chmielnicki die Kosaken zum Angriff führte.

Tataren aus der Kaukasus-Region schlossen sich den Ukrainern bei ihrem nationalistischen Aufstand gegen den polnischen Adel und ihre weitgehend jüdischen Gutsherren an. Nach konservativen Schätzungen wurden mindestens 100.000 Juden ermordet; Hanover zufolge sind die Verluste viel höher. Auch viele Polen wurden ermordet.

Als Absolvent der Ostroger Yeshive nahm sich Hanover eine Frau aus der naheliegenden Stadt Zaslaw und zog dorthin, um sein religiöses Studium fortzusetzen. Zaslaw war eine der ersten Städte, die angegriffen wurde; Hanover und seine Familie flohen, aber die meisten Juden der Stadt, einschließlich seinem Schwiegervater, wurden getötet. Während der Flucht erfuhr Hanover, daß sein eigener Vater bei einem Kosaken-Überfall auf Ostrog getötet worden war.

Hanover, ein begabter Reder, unterhielt seine Familie als Wanderprediger. Indem er durch das Land zog, sprach er mit Flüchtlingen aus vielen verwüsteten Gemeinden, zeichnete Beschreibungen einzelner Greueltaten auf, die in fast allem dem glichen, was die Nazis später aufwiesen. Die Kosaken frönten den bestialischsten Formen des Sadismus und führten grausame und quälende „medizinische Experimente“ an schwangeren Frauen und anderen durch, als ob sie eine Seite aus einem Buch über Mengele übernommen hätten. „Es gab keine grausame Todesart der ganzen Welt, die nicht von den Feinden verübt wurde“, schreibt Hanover.

Mit einer Rachsucht, die von über Generationen empfundener Unterdrückung herrührte, führten die Kosaken und Tataren militärische Belagerungen befestigter Städte durch, und kämpften manchmal tagelang. In manchen Fällen freundeten sich die polnischen Bauern mit den Angreifern an und ließen sie in die Stadtmauer hinein, um die Juden zu besiegen; aber gewöhnlich wurden die Polen, vor allem die Priester und Bischöfe, zusammen mit den Juden angegriffen. Wie die Nazis zündeten die wütenden Horden die Synagogen an und warfen die heilige Torah und andere Zeichen des Judaismus in den Müll. „Gesetzesrollen wurden in Stücke gerissen, und zu Stiefel und Schuhe für ihre Füße gemacht. Die Gebetsriemen dienten als Schuhbänder an ihren Füßen. Die Lederbehälter der Gebetsriemen wurden auf die Straße geworfen. Andere geheiligten Bücher dienten dazu, die Straße zu pflastern. Manche wurden zum Feueranzünden verwendet, und andere um die Läufe ihrer Gewehre zu stopfen.“

In Ostropol ermahnte Rabbi Samson die Gemeinde, ihre Sünden zu bereuen, damit die Stadt vor einem Angriff verschont würde; die Gemeinde folgte seinem Rat, aber „das vernichtende Urteil war schon gefällt.“ In Polannoe kamen Tausende um wie Lämmer, ohne zurückzuschlagen. „Ein einzelner Ukrainer, der eine Siedlung angriff, die mehrere hundert jüdische Personen behauste, tötete sie alle und traf auf keinen Widerstand.“ Hanover berichtet viele Fälle jüdischen Heldentums und hoher Ideale im Angesicht von unnennbarer physischer und psychologischer Torturen. In Tulczyn sammelten die Ukrainer die Juden in einem umzäunten Garten, wo mehrere Rabbis die Gemeinde ermahnten, trotz der Todesdrohung nicht ihren Glauben im Stich zu lassen. Dreimal sagten die Kosaken zu den Juden: „Jeder, der seinen Glauben aufgeben und am Leben bleiben will, möge unter dieses Banner sitzen“ Nicht ein Jude rührte sich. Schließlich griffen die Kosaken an und „ungefähr 1.500 Seelen kamen um durch alle möglichen schrecklichen Todesarten.“

In manchen Städten entgingen die Frauen der sicheren Vergewaltigung, indem sie sich in den die Befestigungsmauern umgebenden Stadtgraben stürzten; viele ertranken oder wurden im Wasser erschossen oder erdolcht. Hanover erzählt von einem schönen Mädchen aus reicher Familie, die ein Kosak zwang, seine Frau zu werden. „Aber bevor sie zusammenlebten, sagte sie ihm voller List, daß sie einen bestimmten Zauber besäße und daß keine Waffe sie verletzen könne. ‚Wenn du mir nicht glaubst, probier’ es aus’, sagte sie. ‚Schieße auf mich mit dem Gewehr, und du wirst sehen, daß ich nicht verletzt werde.’ Der Kosak, ihr Ehemann, dachte in seiner Einfalt, sie sage die Wahrheit. Er schoß mit seinem Gewehr auf sie und sie fiel und starb für die Heiligung des Namens um zu verhindern, von ihm geschändet zu werden – möge Gott ihr Blut rächen.“

Als die Angreifer ein Dorf nach dem anderen belagerten (insgesamt mehr als 700), flohen die Dorfbewohner. „Jeder, der ein Pferd und Wagen hatte, fuhr damit los. Wer kein Pferd und Wagen besaß, auch wenn er genug Geld hatte, einen zu kaufen, pflegte nicht zu warten, sondern nahm Frau und Kinder an der Hand und floh zu Fuß, und warf all seine Habe weg.“

Gefangen in einem alptraumartigen

„Abgrund *der* Verzweiflung“

Hanover beschreibt Straßen, die viele Meilen weit mit Pferden und Wagen und Flüchtlingen zu Fuß blockiert waren, die Athmosphäre voll wilder Gerüchte und Panik. „Jeder warf Silber und Gold von seinem Wagen, Gefäße, Bücher, Kissen und Bettdecken, um schneller entfliehen zu können, um das Leben seiner Familie zu retten. Das Feld war mit Gold, Silber und Kleidern bestreut, und kein Jude hielt an, um sie zu nehmen.“

Vor 1648 waren die Juden über Jahrhunderte hinweg aus Spanien, dem Elsaß und dem Rheinland ostwärts nach Polen und in die Türkei gezogen. Nach 1648 kehrte sich der Ost-Trend um. Viele Historiker haben darauf hingewiesen, daß der Abgrund der Verzweiflung, in den die Juden in dieser Zeit fielen, das Auftreten des falschen Messias Shabbetai Tsvi um 1666 vorbereitete und die revolutionäre Hassidische Bewegung des nächsten Jahrhunderts. Um einen Sinn in der Tragödie zu sehen, sahen viele gebildeten Juden den Namen Chmiel (wie Chmielnicki auf russisch hieß), als hebräisches Acronym an für Chevle Mashiach Yavi L’Olam (er wird in die Schmerzen des Messias einführen).“

Anfang 1650 ging Hanover nach Berlin und Amsterdam und sorgte für die Veröffentlichung seiner gesammelten Predigten und vielleicht auch von Yeven Metzulah. Das Datum seiner ersten Veröffentlichung ist ungewiß. Um die Schrecken der Vergangenheit zu vergessen, wandte er sich dem Mystizismus zu. Er schloß sich einem wichtigen kabbalistischen Kreis in

Italien an und wurde 1653 Rabbi von Leghorn. Er zog später in die Wallachei und wurde Rabbi in Iasi und dann in Facsani. Um 1670 ging er nach Ungarisch-Brod, in Moravien, wo er weiterhin schrieb und publizierte, und wo seine Töchter heirateten.
Obwohl Hanover unversehrt den Kosaken-Pogromen entging, entkam er nicht einem gewaltsamen Tod. In den 1680er Jahren, nachdem die Türken gegen das Habsburger Reich in den Krieg zogen, griff eine ungarische, mit den Türken verbündete Armee die Synagoge von Brod während des Morgengebets an. Hanover wurde getötet. Ein zu seinem Gedächtnis errichteter Grabstein soll noch am Anfang dieses Jahrhunderts in Brod gestanden haben, und anscheinend wurde ihm auch in Focsani ein Denkmal gesetzt.
Das andauerndste Denkmal für sowohl Hanover als auch die vielen Gemeinden, deren Zerstörung er aufgezeichnet hat, ist der literarische Meilenstein, den er hinterlassen hat. *Yeven Metzulah* wurde dem Historiker William Helmreich zufolge so beliebt, daß es in manchen Gemeinden Osteuropas Brauch war, es jedes Jahr während der traditionellen „Drei Wochen" im Sommer zu lesen. Neue Ausgaben pflegten nach jeder neuen Verfolgungswelle zu erscheinen, einschließlich der Ukrainischen Pogrome, die während und nach dem 2. Weltkrieg erfolgten.
Und manche Historiker versichern, daß Yeven Metzulah neue Bedeutung erlangt hat, als Ergebnis der Shoah. „Die Brutalität Chmielnickis machte das Werk der Nazis umso leichter", schreibt Helmreich. „Wenn wir Hanovers Beschreibung der von Chmielnicki und seinen Horden begangenen Grausamkeiten lesen, wird klar, daß Hilters Forterkammern nur eine technologische Verfeinerung waren – der Präzedenzfall hatte sich bereits früher ereignet."

Die Shoah: Fiktives Abbild und bloßer Glaube?

Le Monde, die linkische Tageszeitung

Von Prof. a.D. Dr. Robert Faurisson

Die Fotoausstellung »*Mémoire des camps*« (Erinnerung an die Lager), die zur Zeit in Paris im Palast des 17. Jahrhunderts, der auch als Hôtel de Sully bekannt ist, gezeigt wird, sorgt für eine gewisse Aufregung in gewissen jüdischen Kreisen. Diese Ausstellung, bei der sorgsam darauf geachtet wurde, daß einige zu plumpe Fälschungen entfernt wurden, macht in unserem materialistischen Zeitalter des Bildes, der Fotografie und des Fernsehens auf frappierende Weise das Fehlen jeglicher Fotos und jeglicher materieller Gegenstände deutlich, die beweisen könnten, daß die Juden während des Krieges zwischen 1939 und 1945 »*Opfer einer industriell geplanten Vernichtung*« waren. Diese zitierten fünf Wörter stammen von Jacques Mandelbaum, einem Redaktionsmitglied der Tageszeitung *Le Monde*. In einem Artikel des Titels »*La Shoah et ces images qui nous manquent*« (Die Shoah und jene Bilder, die uns fehlen, 25. Januar 2001, S.17) verhehlt er nicht seine Irritation.
Er schreibt, daß »*keine* [echten] *Bilder erhältlich sind, die das Verbrechen beschreiben*«. Mit Bezug auf Auschwitz spricht er von sowjetischen »*Propagandabildern*«, und fügt hinzu:

> »*Einige dieser* [sowjetischen Propaganda-] *Bilder wurden dennoch später als echtes Archivmaterial benutzt. Somit sind alle bekannten Bilder zu diesem Verbrechen wenn schon nicht falsch, so zumindest unangebracht. Einschließlich und womöglich insbesondere jene Bilder mit Leichenbergen, die in den Konzentrationslagern entdeckt wurden, deren spektakulärer Schrecken immer noch weit entfernt ist von der Realität.*«

Er erinnert seine Leser, daß es gerade wegen dieser Nichtexistenz echter Bilder »*möglich war, fiktive Bilder herzustellen*«, und er meint, die Fiktion »*ist dabei, die Überhand zu gewinnen*«. Die Organisatoren dieser Ausstellung gehen sogar so weit, mit zu versichern, dieses oder jenes Foto sei aus dem Innern einer Gaskammer in Auschwitz aufgenommen worden, wie bereits Jean-Claude Pressac behauptet hat. Der Journalist fragt allerdings skeptisch: »*aus einer Gaskammer heraus, oder von einem anderen Gebäude aus?*«
Trotz der von Revisionisten hiergegen vorgebrachten Einwände haben einige Autoren gewagt zu behaupten, daß die Gebäude, in denen sich Menschengaskammern befanden, in jenen Luftbildern ausgemacht werden könnten, die 1944 von alliierten Piloten hoch über dem Auschwitz-Komplex geschossen worden waren. J. Mandelbaum bemerkt hingegen, daß er in diesen Fotos all jene »*Dinge erkennen kann, die es in Auschwitz gab, mit Ausnahme des Vorhandenseins der Gaskammern*«. Er kommt dann auf das »*unerträgliche Fehlen* [echter] *Bilder der Vernichtung*« zurück und erwähnt einen Streit zwischen exterminationistischen Autoren, »*denen das fast völlige Fehlen von Fotos bezüglich der Vernichtung buchstäblich keine Ruhe läßt*«. Wie nebenbei greift er »*die Ungeschicklichkeit der Organisatoren*« dieser Ausstellung an.
Zusammenfassend wird also die Shoah, von deren historischem Charakter er natürlich ausgeht, zur Zeit einerseits zu fiktiven Abbildern reduziert (er sagt »*überwiegend unangebrachte Bilder*«) und andererseits zu einem Glauben, der sich seinerseits nur auf fiktive Abbilder stützt.
Er schlußfolgert:

> »*Wenn zu sehen bedeutet, daß man glaubt, wie kann dann fortan noch zugegeben werden, daß es bezüglich der Shoah genau das* [echte] *Bild ist, das fehlt?*«

Diese letzte deutliche Frage, wie auch all die anderen hier zitierten wuchtigen Anmerkungen, wurde freilich der diffusen Masse dieses Artikels mit einiger Mühsal abgerungen. Der Journalist benutzte eine Vielfalt von Sprachverrenkungen und schrieb in einem Jeschiwa-artigen Französisch. Er versuchte systematisch, den holocaustischen Einsatz zu retten und womöglich sogar für sich und für seine Zeitung einen Fluchtweg offen zu halten. Denn wenn der Tag kommt, an dem die Shoah versenkt werden muß, dann wird *Le Monde* mit Stolz auf diesen Beitrag von J. Mandelbaum und auf wenige andere

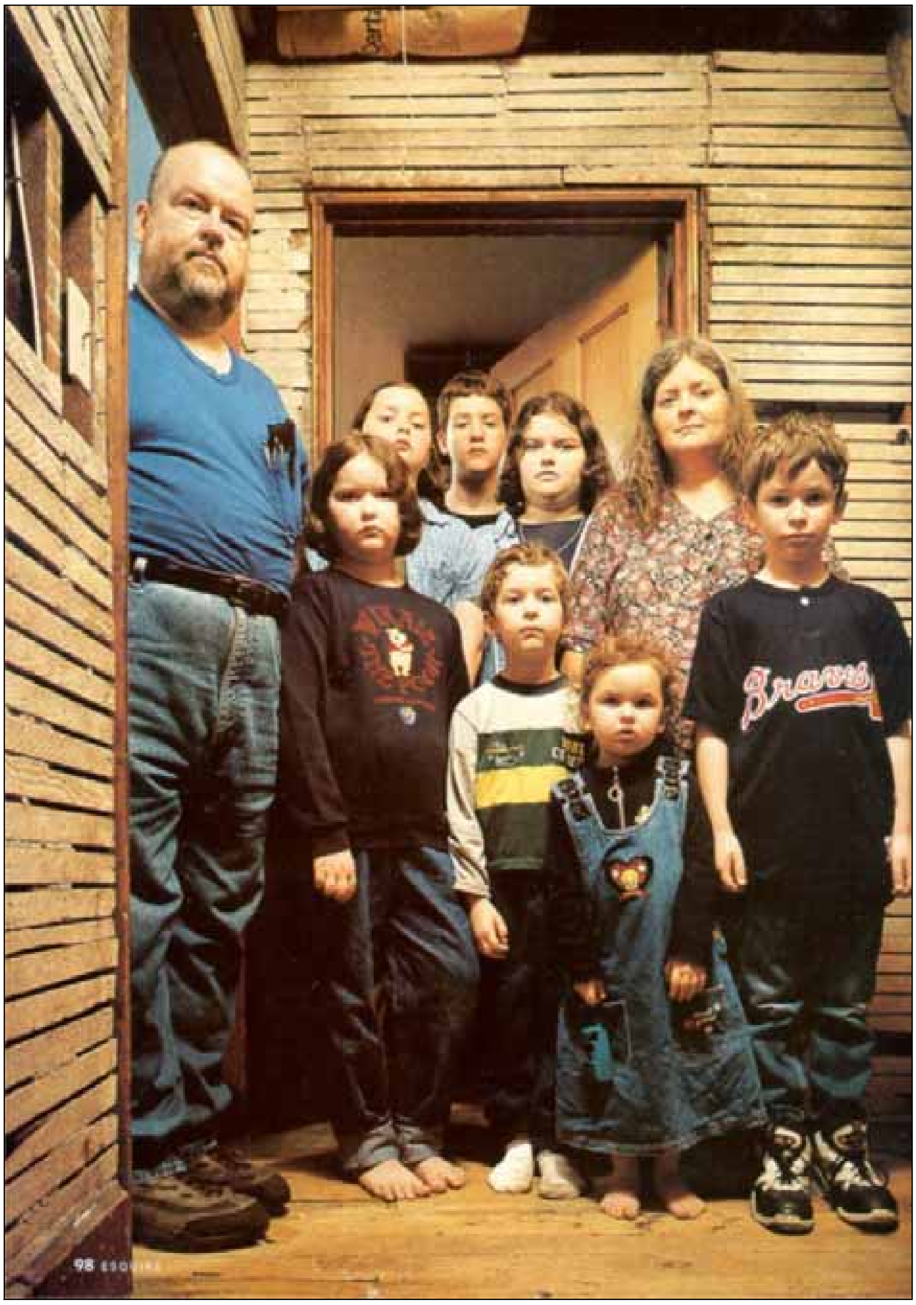
gleichermaßen unaufrichtige Artikel verweisen.
Vor mehr als zwanzig Jahren bliesen Pierre Vidal-Naquet und seine Glaubensbrüder angesichts des revisionistischen Aufschwungs zum Rückzug, indem sie einige der plumperen Lügen ihrer eigenen Propaganda über Bord warfen. Mit den Jahren haben sie es sich zur Gewohnheit gemacht, diese irreführenden Erfindungen den Kommunisten, den Russen, oder den Polen in die Schuhe zu schieben. In dem hier betrachteten Artikel ist offensichtlich, daß der Journalist von *Le Monde* die Falschmünze von Auschwitz den Sowjets zuschiebt.

Esquire Magazine berichtet über Revisionismus

Über die mangelhaften Beobachtungen des US-Autors John Sack

Von Mark Weber

Ein wichtiges Anzeichen für den wachsenden Einfluß des Holocaust-Revisionismus auf die Gesellschaft im allgemeinen ist der Umstand, daß der Revisionismus von den etablierten Medien zunehmend mit Respekt behandelt wird. Ein Beispiel dafür ist der detailliert und objektiv geschriebene Bericht über die letzte Konferenz des Institute for Historical Review vom Mai 2000,[1] der am 30. Mai letzten Jahres in der *Los Angeles Times* erschien. Dieser Artikel wurde von Kim Murphy verfaßt, einem altgedienten Journalisten der LA Times, der der gesamten dreitägigen Konferenz beiwohnte und dessen etwa ein Spalten-Meter langer Artikel die jüdische Gemeinde der Vereinigten Staaten in Rage brachte.[2]
Ein neueres Beispiel einer solchen Berichterstattung ist ein elfseitiger Beitrag in der Februar-Ausgabe 2001 von *Esquire*, ein renommiertes Hochglanzmagazin mit einer US-Auflage von etwa 600.000 Exemplaren. Der mit »*Inside the Bunker*« (Im Innern des Bunkers) übertitelte Artikel wurde vom erfahrenen Journalisten und Autor John Sack verfaßt und basiert in wesentlichen auf den Beobachtungen dieses jüdischen Autors sowie auf seiner Rolle als Vortragender während der IHR-Konferenz im May 2000 in Irvine, Kalifornien. John Sack dürfte den meisten Lesern vor allem aufgrund seines Buches *Auge und Auge* bekannt sein, in dem der Autor über Konzentrationslager in Polen und im besetztem Ostdeutschland berichtet, wo Tausende unschuldiger Deutscher meist von jüdischen Lagerführern gemartert und ermordert wurden.[3] Über das gleiche Thema referierte Sack auch während seines Vortrages in Irvine.



Charles Provan mit einem Teil seiner Familie. Obwohl nur eine Randfigur des Revisionismus, stellt ihn John Sack in den Mittelpunkt seiner Berichterstattung.

Über Sacks in Ich-Form verfaßten Artikel in *Esquire* reichten die Ansichten der Revisionisten von freudiger Annahme bis zu Abscheu. Einer der positiven Aspekte des Beitrages war, daß Sack die Aufgeschlossenheit der Revisionisten dem blinder Eifer und Haß gegenüberstellt, denen er bei jüdischen Versammlungen begegnet ist, wobei er nicht davor zurückschreckt, die geheiligten Ikonen Elie Wiesel und Edgar Bronfman vom Sockel zu holen:

> *»Trotz ihres Theaters um den Holocaust waren sie* [die Revisionisten] *umgänglich, aufgeschlossen, intelligent, intellektuell. Ihre Augen loderten nicht vor unantastbarer Gewißheit, und ihre Lippen waren nicht verzerrt von unversöhnlichem Haß. Sie schienen mir keine Nazis und Neonazis zu sein. Noch schienen sie Antisemiten zu sein.* […]
> *Ich wollte* [während der IHR-Konferenz] *etwas therapeutisches sagen, etwas über den Haß sagen. Aber in dem Hotel* [wo die Konferenz stattfand] *sah ich nichts dergleichen, sicherlich weniger, als ich sah, wenn Juden über Deutsche sprechen. Niemand hat auch nur annähernd etwas gesagt wie Elie Wiesel: „Jeder Jude sollte irgendwo in seinem Herzen eine Zone des Hasses bewahren, des gesunden, männlichen Hasses gegen das, was der Deutsche verkörpert und was im Wesen des Deutschen liegt", und niemand sagte irgend etwas ähnliches wie Edgar Bronfman, dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses. Ein schockierter Professor teilte Bronfman einst mit: „Sie lehren eine ganze Generation, Tausende von Deutschen zu hassen", und Bronfman antwortete: „Nein, ich lehre eine ganze Generation, Millionen von Deutschen zu hassen." Einen Judenhaß, der diesem Deutschenhaß vergleichbar wäre, oder vergleichbar dem, den ich auf jeder Seite von* [Daniel Goldhagens] *Hitlers willige Vollstrecker sah, davon sah ich absolut gar nichts.* […]*«*

Sack gab auch zu, daß einige der Argumente, die die Revisionisten (»*Leugner*«)seit vielen Jahren vertreten, tatsächlich wahr sind:

> *»Die Holocaust Leugner sagen – und sie haben recht – daß einer der Auschwitz-Kommandanten* [Rudolf Höß] *sein Geständnis ablegte, nachdem er gefoltert worden war, und daß andere Berichte* [zum Holocaust] *voll von Verzerrungen, Gerüchten, Übertreibungen und anderen grotesken Dingen sind, um den Herausgeber einer jüdischen Zeitschrift aus dem Jahre 1950 zu zitieren. Die Leugner sagen, und sie haben wiederum Recht, daß die Kommandanten, Ärzte, die SS und die Juden aus Bergen-Belsen, Buchenwald und der ganzen Litanei der Lager nach dem Krieg aussagten, daß es in diesen Lager Blausäure-Gaskammern gab, was heute von allen Historikern verneint wird.«*

Sack bemerkt, auf welche Weise die Holocaust Propaganda-Kampagne unsere historische Perspektive verzerrt hat:

> *»Die Amerikaner, die keine Ahnung haben, ob im Zweiten Weltkrieg einhunderttausend oder eine Million ihrer eigenen Soldaten starben (und die bestimmt nicht wissen, daß etwa 50 Millionen Menschen in China starben), wissen genau, wieviele Juden in dieser Zeit starben. „Früher war der Holocaust ein Nebenkriegsschauplatz des Zweiten Weltkriegs", so Michael Berenbaum, vormaliger Forschungsdirektor des US Holocaust Memorial Museum, „aber jetzt sieht man den Zweiten Weltkrieg als Hintergrundgeschichte zum Holocaust." Eine unter vielen Me-*



Ein grimmig schauender Ernst Zündel und auf dem Beifahrersitz Ingrid Rimland, von unten angeleuchtet wie ein Zombie.

thoden, mit denen die jüdischen Führer diesen Perspektivwandel erreichten, war, immer dann einen SOS-Ruf loszulassen, einen Rundumalarm, sobald man in irgendeiner dunklen Ecke einen schurkischen Leugner entdeckt hatte.«

Mit dieser landesweit verbreiteten US-Zeitschrift wurden die Leser zudem vielleicht zum ersten Mal darüber informiert, daß Personen in einer Vielzahl von Ländern für ihre Ansichten zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges regelmäßig zu Geld- und Haftstrafen verurteilt und ins Exil getrieben werden, und zwar für Ansichten, die zumindest in einigen Fällen nachweislich wahr sind. Sack schreibt:

»*Sechzehn* […revisionistische] *Vortragende sprachen* […während der IHR-Konferenz] *und ich habe sechs gezählt, die mit dem Gesetz in Konflikt gerieten, weil sie nicht an den Holocaust und an die Todesmaschinerie in Auschwitz glauben. Dies in irgend jemandes Hörweite zu behaupten, ist nicht nur in Deutschland illegal, sondern auch in Holland, Belgien, Frankreich, Spanien, der Schweiz, in Österreich, Polen und Israel, wo einem Holocaustleugnung bis zu fünf Jahre Gefängnis einbringen kann, wohingegen Gottesleugnung nur mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft wird. Ein Redner, David Irving, wurde zu einer Buße von DM 30.000 verurteilt, weil er in Deutschland öffentlich behauptete, daß die Blausäure-Gaskammern in Auschwitz eine von den Polen errichtete Nachkriegskonstruktion sei. Dies ist tatsächlich wahr, aber die Wahrheit ist in Deutschland in dieser Angelegenheit keine Verteidigung. Ein anderer Vortragender, ein Franzose, wurde in Frankreich zu Geldstrafen verurteilt, und ein weiterer Redner, ein Deutscher, war in Deutschland zu vierzehn Monaten Gefängnis verurteilt worden* […]*, floh aber nach England. Ein weiterer Vortragender, ein Australier, war gerade von einer siebenmonatigen Gefängnisstrafe in einem deutschen Gefängnis zurückgekehrt, weil er in Australien geschrieben hatte (sprich im Internet, das die Deutschen in Deutschland lesen können), daß es keine Blausäure-Gaskammern in Auschwitz gab.* […] *Der fünfte Redner war ein Schweizer, ein Mann* […]*, der in der Schweiz drei* [korrekt: 15] *Monate ins Gefängnis gehen wird, weil er die Blausäure-Gaskammern in Auschwitz in Frage gestellt hat.«*

Negativ schlägt allerdings zu Buche, daß Sacks *Esquire*-Artikel grobe Fehler und Verzerrungen der Realität enthält, die einer Irreführung nahe kommen. Schon in den einleitenden Sätzen, mit denen der Ton für den ganzen Beitrag angegeben wird, führt er einen unberechtigten und unwahren Rundumschlag gegen das IHR, indem er ausführt:

»[…] *das Institute for Historical Review* [ist…] *das zentrale Heim für den Wahnglauben, daß die Deutschen keinen einzigen Juden töteten und daß der Holocaust, Anführungszeichen oben, der Jahrhundertbetrug, Anführungszeichen unten, ist«*

In seinem in herablassendem Stil verfaßten Artikel benutzt Sack durchgehend die Bezeichnung »*Leugner*« für Holocaust-Revisionisten oder Skeptiker.

Mit halbherzigem Humor berichtet Sack über die Sicherheitsmaßnahmen während der IHR-Konferenz, als ob sie ein Ausdruck unbegründeter Paranoia wären. Tatsache ist aber, daß jüdische Schläger – zuvorderst die Bande zionistischer Außenseiter, die sich selbst „Jüdische Verteidigungsliga" nennt – einige Hoteliers bedroht, belästigt und eingeschüchtert haben, damit sie mit dem IHR abgeschlossenen Verträge kündigen. Sack unterläßt es auch, den Brandanschlag vom 4.7.1984 zu erwähnen, der die Büros und das Warenlager des IHR verwüstete.

Sack bezieht sich auf einige revisionistische Wissenschaftler, die während der IHR-Konferenz sprechen – Robert Faurisson, Germar Rudolf, Jürgen Graf und Fredrick Töben – aber er erwähnt deren Namen nicht. In ähnlicher Weise unterschlägt er die Namen der drei IHR-Angestellten, die während der Konferenz sprachen. Er übergeht zudem völlig den früheren Kongreßabgeordneten Pete McCloskey, der während des Abendbanketts über jüdisch-zionistische Zensur, Lügen und untergründige Manipulationen vortrug.

Stattdessen widmet sich Sack ausgiebig Charles Provan, einem aufrichtigen und emsigen Freizeithistoriker, der eine Druckerei in West-Pennsylvania betriebt. Provan ist allerdings nur eine Randfigur in der Holocaust-Debatte, ganz im Gegensatz zu dem Eindruck, den Sacks Artikel vermittelt.

Die Bilder, die einem Zeitschriftenbeitrag beigefügt sind, machen auf viele, ja vielleicht sogar auf die meisten Leute den ersten und stärksten Eindruck eines jeden Zeitschriftenartikels. In diesem Fall aber sind die vier Farbbilder, die Sacks Beitrag illustrieren, so irreführend wie Bilder überhaupt nur sein können. Während Sack die Revisionisten als »*umgänglich, aufgeschlossen, intelligent, intellektuell*« beschreibt, so wirken sie auf den Fotos wie seltsame, unfreundliche und etwas linkische Gestalten. Jeder schaut grimmig aus. Niemand lächelt.

Der Artikel wird von einem ganzseitigen Bild von Charles Provan, seiner Frau und sieben seiner zehn Kinder eingeleitet. Sie sehen aus wie eine verarmte, intellektuell bedürftige Sippschaft aus der hintersten Wallachei. Sogar die Kinder blicken finster drein, und zwei von ihnen sind gar barfuß.

Während Sack Ernst Zündel angemessen als »*ewig lustig*« beschreibt, zeigt das große Foto eine finster dreinblickende und feindliche Person, die in einem merkwürdig beleuchteten Auto neben der ebenfalls ausdruckslosen Ingrid Rimland sitzt. Dies mag sehr wohl das am wenigsten repräsentative Foto von Zündel sein, das jemals gedruckt wurde.

Der größte Mangel von Sacks Beitrag ist aber wahrscheinlich seine Darstellung des Holocaust-Revisionismus als eine halbkultische Glaubensgemeinschaft. Obwohl er, wie bereits erwähnt, zugesteht, daß viele revisionistische Argumente oder Ansichten richtig sind, ignoriert Sack die beeindruckende Masse wohlbegründeter Forschungsergebnisse einfach, auf die sich der revisionistische Skeptizismus stützt. Er vergleicht vernünftigen, wohlfundierten Skeptizismus phantastischer Holocaust-Behauptungen mit seiner eigenen (angeblichen) leichtgläubigen Ansicht, daß in irgend welchen verborgenen zentralafrikanischen Tälern noch heute Dinosaurier leben.

In den kommenden Jahren wird es ohne Zweifel mehr Artikel und Bücher vom Stile von Sacks Beitrag in *Esquire* geben – ein Artikel, der trotz all seiner Fehler und Mängel dennoch ein positiver Meilenstein in dieser sich dahinziehenden Auseinandersetzung ist.

Anmerkungen

Zuerst veröffentlicht in *The Journal for Historical Review*, 19(6) (2000), S. 26f.

1. Vgl. dazu die Berichte in *VffG* 4(3&4) (2000).
2. Online: www.latimes.com/news/nation/updates/lat_libel000107.htm
3. Kabel Verlag, Hamburg 1995; vgl. Richard H. Curtiss, »*Vom Holocaust Museum ausgeladen: Schriftsteller spricht beim Nationalen Presseclub*«, *VffG* 2(1) (1998), S. 52ff.; G. Rudolf »*John Sack und die Gaskammern*«, *VffG* 3(1) (1999), S. 94f.

Hintergrund zu John Sacks Kontakten zum Revisionismus

Von Robert H. Countess, Ph.D.

Als ich im September 1993 die Diskussionssendung »*60 Minutes*« im US-Fernsehen sah, während der John Sack über seine »*Unerzählte Geschichte der jüdischen Rache an Deutschen im Jahr 1945*« diskutierte, wußte ich, daß ich sein Buch kaufen und lesen würde, sollte es jemals erscheinen.

Am 26. Juli 1994 kaufte ich dann sein Buch *An Eye for an Eye* (Auge um Auge) und las es in nur sechs Tagen komplett durch. Am 30. August schrieb ich eine vierseitige Rezension und sandte eine Kopie davon zu Sacks Verleger mit der Bitte, sie an ihn weiterzuleiten. In einem Begleitschreiben bat ich John Sack, meine Rezension kritisch auf Fehler durchzusehen.

Am 30. September 1994 antwortete mir John Sack mit folgenden Worten:

> *»Verehrter Herr Countess,*
>
> *Ich danke Ihnen für Ihre Rezension. Ich spüre, daß Sie wirklich für wahr halten, was Sie schreiben, und das ist etwas, was ich von den jüdischen Professoren nicht behaupten kann, die Rezensionen für* The New Republic *und* The Nation *verfaßten. Aber was man für wahr hält, ist oft nicht wahr, wie ich hoffte, mit den ersten drei Kapiteln von* Auge um *Auge klar gemacht zu haben. Die Flammen schlugen aus den Kaminen. Die kleinen weißen Knochensplitter fielen auf die Erde, und dort liegen sie noch heute, falls sie forensische Untersuchungen machen wollen. Ada und Zlata waren nicht in einer Baracke, sondern in der Gaskammer selbst, drei oder sechs Meter entfernt von den eisernen Rosten. Warum ich das glaube? Ada in Israel, Zlata in Frankreich und Genia in Australien habe mir genau die gleiche Geschichte erzählt, genauso, wie sie mir die Geschichte von Lola in Gleiwitz erzählt haben, die Sie ja selbst glauben.*
>
> *Danke auch, daß Sie mich gefragt haben, aber ich glaube nicht, daß Sie mich in Ihrem Radioprogramm haben wollen. Bevor ich neue Wahrheiten berichte, fühle ich mich verpflichtet, alte Irrtümer zu berichtigen, und ich denke, daß ich all meine dreißig Minuten oder eine ganze Stunde damit verbrachte zu wiederholen, ja, es hat einen Holocaust gegeben. Es gab einen Holocaust, die Deutschen töteten 6.000.000 Juden.*
>
> *Hochachtungsvoll,*
>
> [gez.] *John Sack«*

Daran schlossen sich einige Telefongespräche über sein Buch und die Aussichten einer deutschen Ausgabe an. In einem Brief vom 28. März 1995 an Sack bezog ich mich auf einen Artikel in der US-Zeitschrift *Philadelphia Inquirer* vom 16. Februar 1995, in dem berichtet worden war: »*Der deutsche Verleger hat die Herausgabe eines Buches über ‚jüdische Rache' im Jahr 1945 zurückgezogen*« und hinzugefügt war, daß »*die 6.000 gedruckten Exemplare vernichtet werden.*« Ich schrieb Sack:

> *»Und wir dachten, die Nazis wären Bücherverbrenner häretischen jüdischen Zeugs!!!«*

Sacks Brief vom 10. April lautete wie folgt:

> *»Verehrter Herr Dr. Countess:*
>
> *Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 28. März. Wie Sie womöglich gehört haben, wird* Auge um Auge *gegen Ende dieses Monats von einem anderen deutschen Verleger herausgegeben werden: durch den Kabel Verlag in Hamburg. Ich danke Ihnen für die netten Dinge, die Sie über* Auge um Auge *gesagt haben, aber ich hoffe auch, daß Sie in Belgien, Deutschland und Südafrika klargestellt haben, daß ich mit Ihrer Philosophie überhaupt nicht übereinstimme und auch nicht mit Ihrer Interpretation von* Auge um Auge. *Ich unterstütze Ihr Recht, sagen zu dürfen, was Sie sagen, aber es ist eben, was Sie sagen, und nicht, was ich sage.*
>
> *Aber nochmals danke für Ihr Schreiben.*
>
> *Hochachtungsvoll,*
>
> [gez.] *John Sack«*

Nachdem ich gerade von einer Reise durch Europa und Südafrika zurückgekehrt war – Professor Costas Zaverdinos hatte an der Universität von Pietermaritzburg, Natal, für sich selbst und für mich zwei Vortragsabende über die neuesten Entwicklungen in Holocaust-Studien organisiert, weltweit ein erstes Mal für eine Universität –, beantwortete ich obiges Schreiben mit einem Brief vom 1. Mai 1995. Ich schrieb darin an Sack:

> *»Ich werde dem IHR empfehlen, Sie zu unserer 1996 stattfindenden 13. IHR-Konferenz einzuladen, um über Ihre Arbeit vorzutragen. Sie wird wahrscheinlich im September oder Oktober 1996 in Los Angeles/Orange County stattfinden. Denken Sie mal darüber nach und lassen Sie mich wissen, ob Sie dazu willens sind. Die ADL und insbesondere Debbie Lipstadt würden Ihnen die Hölle heißmachen,…«*

Seine Antwort vom 5. Mai 1995 lautete wie folgt:

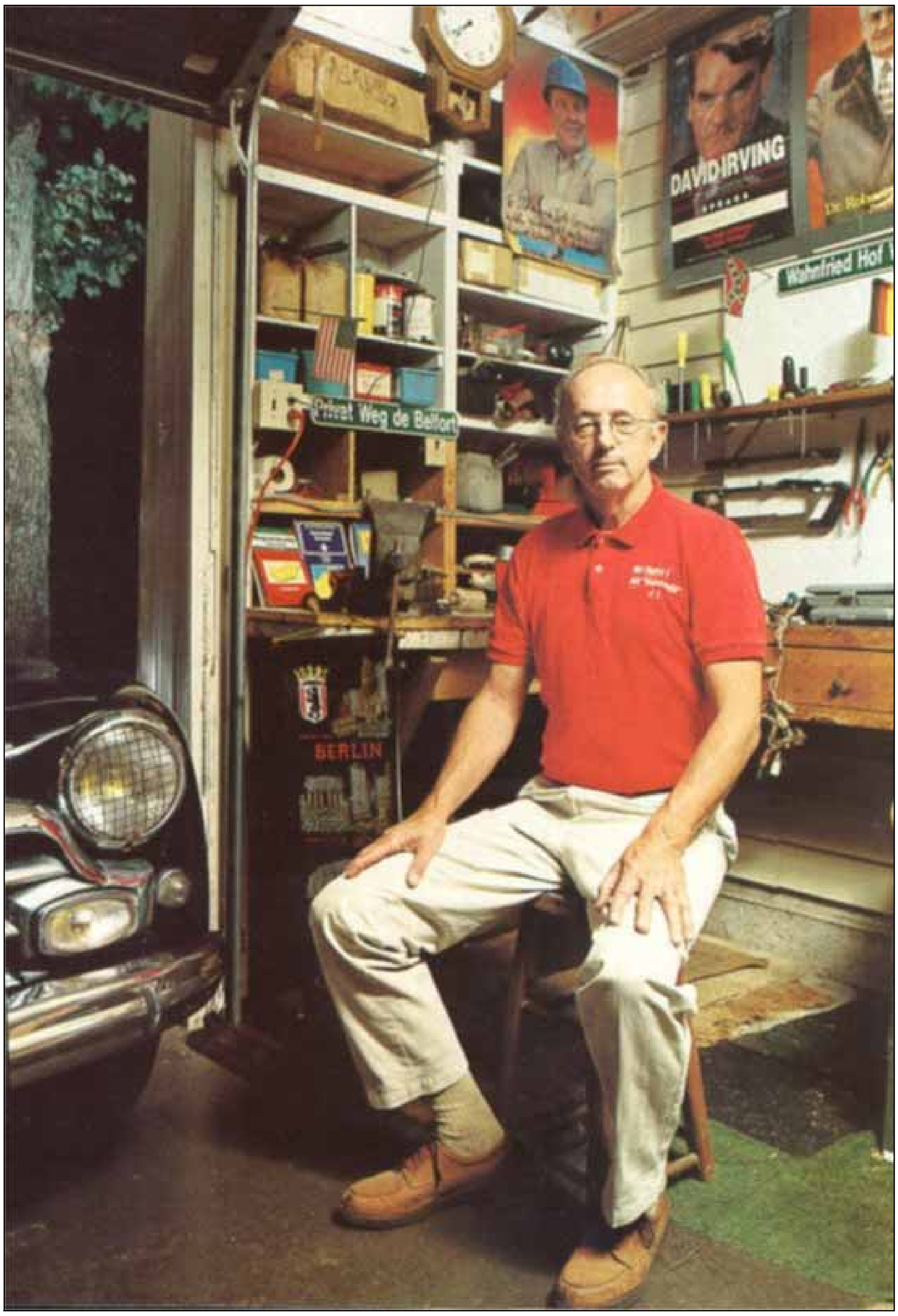
> *»Verehrter Herr Dr. Countess:*
>
> *Bitte erlauben Sie mir weiterhin, Sie mit Dr. Countess anzusprechen, zumal ich befürchte, daß Deborah Lipstadt im Fernsehen sagt, ich sei mit den Neo-Nazis, den Antisemiten, den Holocaust-Leugnern und dem Institute for Historical Research* [sic!] *per Du, wenn ich Sie „Bob" nenne. Das wäre nichts Neues – sie hat mich im Fernsehen bereits einen Neo-Nazi und Antisemiten genannt, und sie hat mir persönlich mitgeteilt, ich sei schlimmer als die Holocaust-Leugner, aber warum soll ich sie noch ermuntern?*
>
> *Deshalb macht es mir Sorgen, beim IHR vorzutragen. Ich bin ein Reporter, und ich bin daran interessiert, Sie alle zu treffen, sogar mit Ihnen allen zu reden, und um Gottes Willen Euch Kerlen sogar zuzuhören (es muß da auch Frauen geben), aber ich mache mir Sorgen, daß die Presse, wenn sie das herausfindet, nur berichten wird, daß John Sack beim Jahrestreffen der Holocaust-Verrückten einen Vortrag hielt, und daß sie nicht berichten würde, was ich sagte, was durchaus ein könnte „Ja, Ihr Leute seid wirklich verrückt." Wenn das passiert, dann würde es meiner Glaubwürdigkeit und der meines Buches* Auge um Auge *schaden und der Glaubwürdigkeit des IHR nützen, und keines von beidem entspricht meinem Wunsch.*
>
> *Aber der Gedanke, dort einen Vortrag zu halten, reizt mich. Wer weiß? Vielleicht kann ich Sie ja alle überzeugen, daß der Holocaust wirklich stattfand, obwohl ich freilich zuerst etwas Furchteinflößendes tun müßte: Ihnen allen vorurteilsfrei zuhören. Nun, zur Zeit ziehe ich das nicht in Betracht. Wenn mich das IHR tatsächlich einlädt oder mich fragt, ob es mich einladen solle, dann werde ich darüber nachdenken. Derweil aber danke dafür, daß Sie gefragt haben.*
>
> *Hochachtungsvoll,*
>
> [gez.] *John Sack«* (Hervorhebung hier hinzugefügt)

Eines muß man John Sack lassen: Er ist ehrlich. Er gibt sogar zu, daß es für ihn furchteinflößend ist, vorurteilsfrei sein zu müssen, offenbar weil er weiß, daß es ihm extrem schwerfallen wird, weil er eben massiv vorurteilsbehaftet ist.

Meine Antwort vom 16. Mai war recht lang, da ich darin Argumente und Fakten darlegte, die die revisionistische Betrachtungsweise der Holocaust-Geschichte abstützen. Ich hob erneut hervor, daß Sack in der Lage sein werde, auf der nächsten IHR-Konferenz zu reden. Am Schluß fügte ich handschriftlich hinzu:

> *»P.S.: FALLS Du wirklich bei der nächsten IHR-Konferenz sprechen solltest, John, dann schlage ich tatsächlich vor, daß du zuvor eine schriftliche Erklärung unterzeichnest, in der Du erklärst, daß Du mit uns darin übereinstimmst, daß Du hinsichtlich der drei wichtigsten revisionistischen Positionen NICHT mit uns übereinstimmst, die da sind: l.) Kein Plan Hitlers zur physischen Vernichtung der Juden in Europa; 2.) keine Menschenvergasungsanlagen, in denen Millionen von Juden/Anderen systematisch ermordet wurden; und 3.) keine wissenschaftlich Statistik mit annähernd 3-5 Mio.* [fehlenden] *Juden kann aufgestellt werden. (Nebenbei: Zu diesen drei Schlußfolgerungen kommt auch eine Examensarbeit aus dem Jahre 1993, die an einer größeren Universität* [von Neuseeland] *von einem Juden angefertigt wurde. Ich kenne diesen Wissenschaftler und habe ein Exemplar seiner Arbeit, die von jener Universität die höchste Auszeichnung erhielt.)«*

Kurze Zeit danach rief mich John an und teilte mir mit, sein Verleger habe eine Vortragsreise für sein Buch arrangiert (es ging um Sacks Buch *The Boys of Company C* über den Golfkrieg) und daß Huntsville, Alabama, eines seiner Ziele sei. Ich bestand darauf, daß er einen Besuch bei uns einplanen müsse. Sein anfängliches Zögern ließ in mir den Gedanken aufkommen, er würde sich uns womöglich als reaktionäre, hinterwäldlerische Südstaatler vorstellen, deren kleine Kinder barfüßig herumlaufen und die in kahlen, verschmutzen Räumen wohnen mit einem Plumpsklo im Hof. Aber er entschloß sich dann doch, bei uns einzukehren. Ich nehme an, dies ist ein Teil seines abenteuerischen Charakters.



»**Dr. Robert Countess:** Columbus entdeckte Amerika. Luther schlug seine Thesen an. Watt erfand seine Dampfmaschine. Hitler fiel in Polen ein. Im Jahr 1987 führte Dr. Robert Countess den zweiten Teil eines Kurses „Überblick über die Weltgeschichte" an der Universität von Alabama, Huntsville, durch, als ihn *Der Jahrhundertbetrug* zu reizen begann, ein Der-Holocaust-fand-nicht-statt-Buch von Arthur Butz. Er machte es für seine Studenten zur Pflichtlektüre und bestellte 15 Exemplare vom Institute for Historical Review. Einige Tage später bekam er einen Anruf von diesem Institut. „Warum haben Sie so viele Exemplare bestellt?" „Ich nehme es in Geschichte 102 durch." „Was sagte denn der Vorsitzende der Geschichtsfakultät dazu?" „Nichts. Ich bin der Professor, und ich kann die Klasse unterrichten, wie es mir beliebt." „Sind Sie sich bewußt, daß dies das erste Mal überhaupt ist?" Andere Professoren, z.B. einer in Indiana, hatten dieses Buch durchgenommen oder darüber vorgetragen, und sie alle wurden dafür gefeuert oder diszipliniert. Nach einiger Zeit war Countess im Beirat des Instituts. Er glaubt, daß Hitler die Juden aus Europa weg haben wollte, aber daß er deren Vernichtung nicht angeordnet habe, daß die Deutschen in keinem ihrer Konzentrationslager Menschentötungsgaskammern hatten und daß die Zahl der Juden, die während des Zweiten Weltkriegs durch alle möglichen Ursachen umkamen, nicht bei sechs Millionen liegt, sondern irgendwo zwischen einigen Hunderttausend und anderthalb Millionen.« *(Bildbeschriftung von* Esquire*, Februar 2001, S. 100)*

Er kam am Abend des 16. Juli 1995 in seinem alter Oldsmobile Cabriolet an, mit heruntergelassenem Dach. Es war ein heißer, schwüler Tag, und sein Glatzkopf glänzte in der Sonne.

Meine Frau Elda weiß nie, wen ich das nächst Mal anschleppe – einen Irving, einen Zündel, einen Faurisson oder einen Germar Rudolf. Wir quartierten John in unserem Anbau ein – meiner Bücherei und zugleich meinem Tischtennisraum mit seinen 8 Meter langen Bücherregalen vom Boden bis zur Decke. Inzwischen hatte auch David Cole einen Flug zu uns gebucht, um Sack zu treffen. Es wurde so ein äußerst produktives dreitägiges Treffen.

Was auch immer John Sack für Vorurteile gehabt haben mag, am 18. Juli verließ er uns als ein anderer Mensch. Meine Frau Elda beeindruckte ihn außerordentlich mit ihrer nüchternen Ansicht über den jüdischen Holocaust-Extremismus. Immerhin hat sie seit 1987 einigen IHR-Konferenzen beigewohnt und ist mit mir nach Stutthof, Auschwitz, Majdanek, Mauthausen, Dachau, Struthof-Natzweiler, Bergen-Belsen, Oranienburg, Ravensbrück, Theresienstadt und Buchenwald gereist. David Cole saß zusammen mit John auf dem Rasen unseres Gartens, und sie beide genossen ihre langen, ruhigen Unterhaltungen. John sah sich einige meiner Tausende von Büchern und Akten an und befrug mich zu Schlüsselthemen.

Für den 18. Juli zwischen 8 und 9 Uhr morgens arrangierte ich für John ein Interview im lokalen Radiosender WTKI in Huntsville, um über sein Buch *The Boys of Company C* vorzutragen, und es gelang mir sogar, eine zusätzliche Autorenlesung bei Barnes & Noble für John zu organisieren.

Als er uns verließ, schlug ich vor, daß er Mark Weber beim IHR treffen solle, da er ohnehin nach Los Angeles fliege, und ich arrangierte ein Telefongespräch zwischen beiden.

Am nächsten Tag schrieb Mark Weber einen Brief an John, von dem er mir eine Kopie zusandte. Mark teilte darin mit, daß das IHR Johns Buch *Auge um Auge* im Verkaufsprogramm habe und daß er hoffe, John während der geplanten IHR-Konferenz im Frühling 1996 als Redner begrüßen zu können.

Einige Wochen danach besuchte John das IHR und hatte ein Mittagessen zusammen mit Mark, der ihn durch das Gebäude des IHR führte.

Am 1. September erhielt ich eine Postkarte von John aus seiner Heimat in Idaho:

> *»Lieber Bob und liebe Elda:*
>
> *Ich habe einen Tag mit Mark Weber verbracht. Ich hoffe wirklich, daß ich im kommenden Frühling* [1996] *einen Vortrag halten kann, und ich habe den Zeitschriften* The New Yorker *und* The New York Times Magazine *vorgeschlagen, darüber einen Artikel zu schreiben. Aber ich schreibe Euch dies eigentlich, jetzt, da ich wieder zurück in Ketchum* [Idaho] *bin, um Euch beiden für die Unterkunft, für das Tischtennis, den Autokühler* [eine von mir organisierte Reparatur, RHC] *und die warme Gastfreundschaft zu danken, die ihr mir während meines Aufenthalts in Alabama zuteil werden ließet.*
>
> *Mit herzlichen Grüßen,*
>
> [gez.] *John Sack«*

In einem Brief an Mark Weber vom 22. Oktober 1995 schrieb John u.a.:

> *»Und bitte teile mir das Datum der IHR-Konferenz mit, sobald Du es weißt. Ich möchte dort wirklich gerne vortragen, aber ich erinnere mich, daß mein alter Spieß mir während des Koreakrieges sagte: „Präge Dir diese Buchstaben ein! S! D! E! A! Schütze Deinen Eigenen Arsch!* The New Yorker *entschied nach einem Monat des Grübelns, daß sie zuletzt zu viele Holocaust-Geschichten gebracht hätten, so daß ich es mit einer anderen Zeitschrift versuchen muß. Richte David Irving herzliche Grüße aus, falls es noch nicht zu spät dafür ist. Während meiner Autorenreise für mein Buch* Oka za Oko [die polnische Ausgabe von *Auge um Auge*, RHC] *wurde ich auf einer Pressekonferenz in Kattowitz, Polen, nach ihm gefragt, und ich verteidigte ihn, obwohl ich mich nicht traute zu erwähnen, daß er einst gefragt wurde „Sind Sie ein Antisemit?“ und daß er darauf antwortete „Noch nicht.“«*

Da das IHR in den Jahren zwischen 1995 und 1999 selbst in massiven finanziellen und organisatorischen Schwierigkeiten war, kam es in diesem Zeitraum leider zu keiner IHR-Konferenz. John mußte bis zum Jahr 2000 warten, um seinen lang erhofften Vortrag schließlich während der 13. IHR-Konferenz in Irvine, Kalifornien, am 28. Mai 2000 halten zu können. Sein Vortrag wurde mit stehendem Applaus von einem enthusiastischen Publikum willkommen geheißen, gefolgt von einigen geistreichen Fragen. John Sack selbst nutzte die Konferenz, um viele der Redner und Besucher für seinen in Vorbereitung befindlichen Artikel über den Revisionismus zu befragen. Er hatte diesbezüglich inzwischen einen Vertrag mit *Esquire* abgeschlossen. Schon Wochen vor der Konferenz hatte er mich angerufen und gebeten, ob er mich und Elda während der Konferenz zwecks eines längeren Interviews zu einem Abendessen einladen dürfe. Wir stimmten dem zu, und so lief denn sein Tonbandgerät am Freitag, dem 26. Mai 2000, zwei Stunden lang während unseres gemeinsamen Abendessens im Atrium Hotel in Irvine.

Mitte September 2000 erhielt ich einen Telefonanruf von *Esquire*, denn ihre Fotografen wollten von New York zu uns herüber kommen, um für den Sack-Artikel Bilder zu schießen. Sie kamen am 24. September bei uns an und verrichteten ihre Arbeit sehr professionell. Auf ihren Wunsch posierte ich in meiner Werkstattgarage zusammen mit meinem Oldtimer Peugeot 203 im Hintergrund. Obwohl letztlich aus den über 40 Aufnahmen ein Foto ausgewählt wurde, auf dem ich nicht lächele, ist meine Pose aber dennoch positiv, im Gegensatz etwa zu dem grimmig blickenden Irving!

Natürlich frugen wir uns, ob der Artikel tatsächlich erscheinen würde. Immerhin hatte *Esquire* jede Menge Geld in den Artikel investiert, und zwar sowohl für das Autorenhonorar als auch mit dem Aufwand, der betrieben wurde, um die Fotos von Charles Provan in Pennsylvania, David Irving in England und Ernst Zündel in Ost-Tennessee zu machen. Den Fototermin mit Ernst Zündel hatte ich für *Esquire* vermittelt, da Ernst zu jener Zeit noch geheim hielt, wo er sein neues Domizil aufgeschlagen hatte. Mitte Dezember wurde uns dann mitgeteilt, daß der Beitrag zum Drucker gegangen sei und in der Februar-Ausgabe erscheinen werde, die ab Mitte Januar erhältlich sei.

Was war nun meine Reaktion auf diesen Artikel mit seinen Hochglanzfotos, den ersten Beitrag seiner Art in einer etablierten US-Zeitschrift?

Ich war zunächst empört, wie sie meinen guten Freund Charles Provan und seine Familie behandelt hatten und rief Charles an, um ihn zu fragen, ob der Fotograf ihn gebeten habe, ihm sein dreistöckiges Haus zu zeigen und ob der Fotograf sich auf diesen im Ausbau befindlichen Raum im obersten Stockwerk konzentriert habe. Charles bejahte dies. Ich legte

ihm dann nahe, er möge doch bitte das nächste Mal, wenn er für eine etablierte Zeitschrift posiere, darauf bestehen, daß seine ganze Familie Sonntagskleidung trägt und ausschließlich in seinem Wohnzimmer fotografiert wird. Charles gab zu, daß der im Ausbau befindliche Raum vom Fotografen gewählt worden sei, um ihn und seine Familie als verarmte Leute darzustellen, einem Eindruck, den Charles noch dadurch verstärkte, daß er nicht dafür gesorgt hatte, daß er, seine Frau und seine Kinder vernünftig gekleidet waren. „Aus Fehlern wird man klug", wie es so schön heißt.

Alles in allem ist der Sack-Artikel aber positiv, insbesondere zumal John die Holocaust-*Leugnung* als ein positives Unterfangen darstellte. So präsentierte er beispielsweise einige Dinge, die wir leugnen, als etwas, das zu leugnen richtig ist. Und das ist sehr gut.

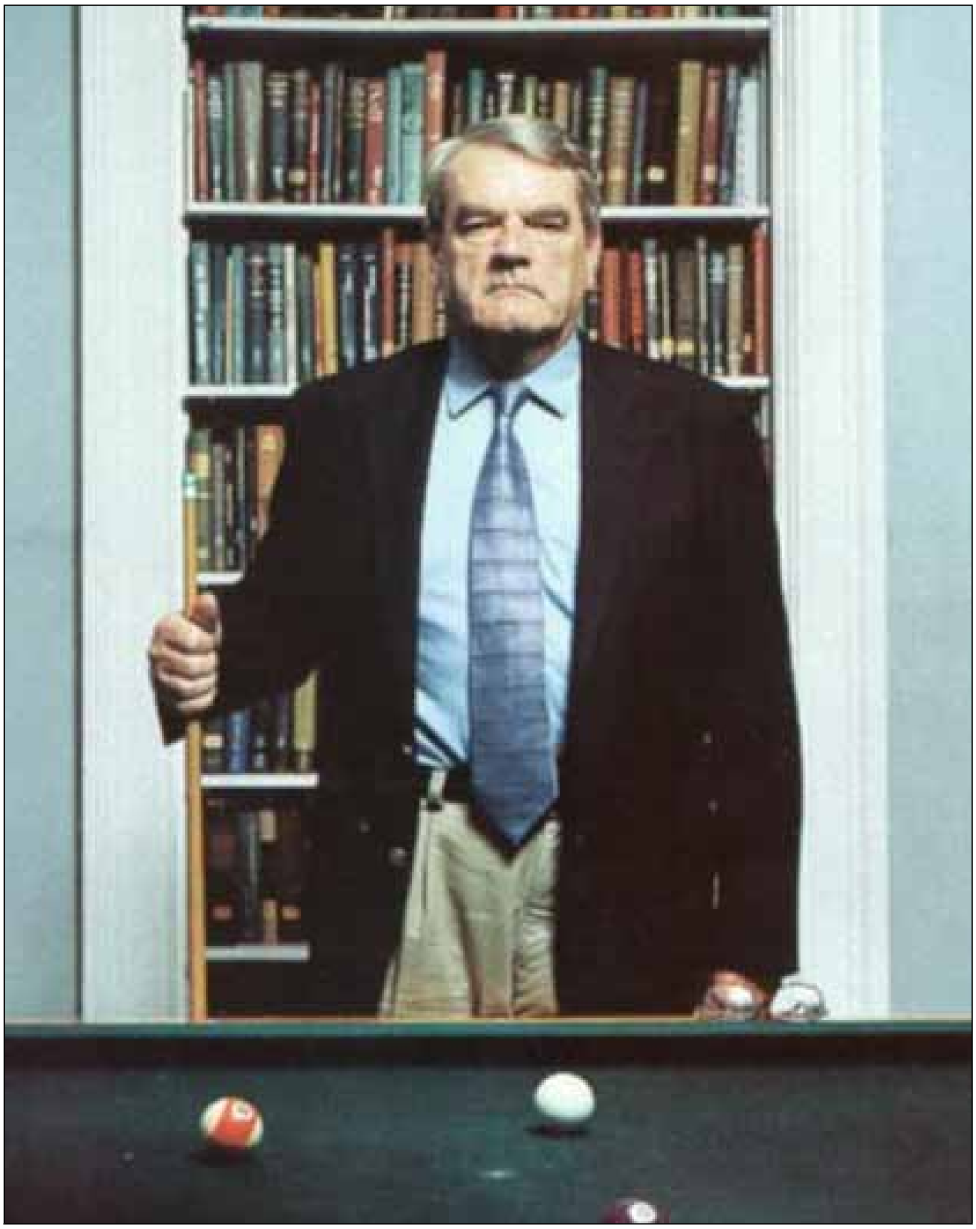
Sein fortwährender Gebrauch des Begriffes „Holocaust-Leugner" entspricht freilich sowohl seiner ehrlichen Überzeugung, muß aber auch als Zugeständnis angesehen werde, ohne das dieser Artikel niemals gedruckt worden wäre.

Sein wiederholter Hinweis auf meine T-Shirts mit der selbstgemachten Aufschrift »*No Holes? No Holocau$t!*« (Keine Löcher? Kein Holocau$t!), die ich mit zur IHR-Konferenz brachte, war ebenfalls gut, wobei dieser Vier-Wörter-Spruch freilich von Professor Robert Faurisson stammt. Es war aber ein ungeheuerlicher Fehler von Sack, daß er weder Robert Faurisson noch Mark Weber in seinem Artikel erwähnte.

John teilte mir vor der Veröffentlichung seines Beitrages mit, ich würde mit 99% seines Artikels einverstanden sein, und ich denke, er war ehrlich davon überzeugt, daß dies der Fall sein werde. Positiv angetan war ich tatsächlich mit der Beschriftung meines Bildes, worin erwähnt wird, daß ich 1987 an der Universität von Alabama in Huntsville der weltweit erste Professor war, der Arthur R. Butz' Buch *Der Jahrhundertbetrug* in meiner Vorlesung verwandte, frei nach dem Motto „Schaun' mer mal, was passiert". Die Bildbeschriftung erfolgte durch einen Lektor des Artikels aufgrund zweier Telefongespräche mit mir. Der Artikel konzentrierte sich auf die menschlichen Aspekte, so führte er aus; auf meine Oldtimer-Peugeots, mein Tischtennis usw.

Der April-Ausgabe von *Esquire* konnte man schließlich einige Reaktionen der Öffentlichkeit auf Sacks Artikel entnehmen. *Esquire* begnügte sich allerdings damit, nur negative Kommentare jüdischer Persönlichkeiten wiederzugeben, so zum Beispiel die von Abraham Foxman und Rabbi Jacobs von Huntsville, Alabama. Beide attackierten den Artikel sowie *Esquire* selbst und nannten John Sack »*wahnhaft*«. Ich denke, wir Revisionisten sollten abschließend feststellen, daß Sack einige Schichten der Zwiebel abgepellt und den abscheulichen Haß der Foxmans, Wiesels, Lipstadt, Rabbi Jacobs und dergleichen offengelegt hat. John Sack hat Ausgewogenheit demonstriert! Und Ausgewogenheit bezüglich des Holocaust-Dogmas ist für bestimmte Kreis völlig inakzeptabel – die Abweichler dürfen auf keinen Fall positiv dargestellt werden!

Aus diesem Grund ist meine Wertschätzung für meinen Freund John Sack ungebrochen hoch, besonders jetzt, da er mit Krebs ringt. Wir hatten einige leidenschaftliche Unterhaltungen am Telefon. John ist ein rechtschaffender Jude, wie ich in meiner ursprünglichen Rezension schrieb. Über Abe Foxman und Rabbi Jacobs kann ich nur schreiben, daß sie unrechtschaffende und haßerfüllte Juden sind, die für jenes jahrhundertealte, abscheuliche Ansehen verantwortlich sind, mit dem sich letztlich auch allen anständigen Juden herumschlagen müssen und mit dem kein Volk belastet sein will.



Das schlechteste jemals von David Irving gemachte Bild, zu finden in Esquire*, Februar 2001, S. 105 (Ausschnitt).*

Einige Fälle von physischer Bedrohung und Gewaltanwendung gegen Revisionisten

Von Jean Plantin

Wir listen hier in summarischer Form eine Anzahl von Fällen physischer Gewaltanwendung gegen Revisionisten sowie gegen Personen, Buchhandlungen, Verlage und Druckereien auf, die der Zusammenarbeit mit Revisionisten verdächtigt wurden oder werden. Als Quellen haben wir lediglich einige Bücher sowie Periodika verwendet. Die folgende Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder auf absolute Genauigkeit. Viele Punkte bedürfen einer näheren Untersuchung, Ergänzung oder Überprüfung. Der künftige Historiker der revisionistischen Bewegung wird dieser Zusammenstellung hoffentlich dennoch nützliche Informationen entnehmen können, die es ihm ermöglichen werden, einen düsteren Aspekt der Geschichte des Revisionismus zu beleuchten, nämlich die ungesühnten Gewalttätigkeiten gegen dissidente Historiker und Denker. Es ist wohlgemerkt kein einziger Fall bekannt, wo Revisionisten gegen ihre Gegner Gewalt angewendet hätten. Auf der einen Seite wird mit Argumenten gefochten, auf der anderen mit Beschimpfungen, Schlägen, Bomben, Brandstiftungen und physischer Bedrohung. Dies alles läuft unter dem beredten Schweigen der Medien sowie der patentierten Intellektuellen ab. Es gilt auch, darauf hinzuweisen, daß die Urheber der meisten hier aufgezählten Überfälle und Anschläge niemals gefunden wurden und daß in den übrigen Fällen äußerst milde Urteile gegen die Schuldigen gefällt worden sind. Auch dieses Thema wird dereinst zur Sprache kommen müssen. Zwecks Vervollständigung dieser Liste sind wir unseren Lesern für dokumentierte Hinweise auf weitere Fälle dankbar.

Abkürzungen

ZTN 1: *The Zionist Terror Network. Background and Operation of the Jewish Defense League*, IHR, 1985.
ZTN 2: *The Zionist Terror Network. Background and Operation of the Jewish Defense League and other Criminal Zionist Groups*, IHR, 1993.
ER: *Ecrits revisionnistes* (von Robert Faurisson), Privatausgabe, Vichy 1999.

18. März 1978, Frankreich, Caudebec-en-Caux (Seine-Maritime)

Francois Duprat, Mitglied des Führungsgremiums des Front National, Schriftsteller und Verbreiter revisionistischer Schriften, wird in seinem Wagen durch eine raffiniert konstruierte Bombe ermordet. Seine Frau trägt schwere Verletzungen davon. Ein »*Commando du souvenir*« (Kommando der Erinnerung) bekennt sich zu dem Terroranschlag. Mit Billigung von Serge und Beate Klarsfeld hatte der Betrüger Patrice Chairoff in *Dossier neo-nazisme* Namen und Anschrift F. Duprats sowie anderer des Faschismus, des Neonazismus oder des Revisionismus verdächtigter Personen veröffentlicht. Die Schuldigen werden niemals gefunden. (*ER*, IV, S. 1695; *Le Choc du Mois*, Nr. 41, Juni 1991, S. 71.)

20. November 1978, Frankreich, Lyon

Seit einigen Tagen schlägt die Faurisson-Affäre hohe Wellen. Am 17. November hatte der jüdische Journalist Bernard Schalscha in der kommunistischen Tageszeitung *Liberation* geschrieben:

> *»Ob sich Montag* [den 20. November 1978] *wohl nur die eingeschriebenen Studenten des Kurses für französische Literatur des 20. Jahrhunderts einfinden werden, um Herrn Faurisson um 14 Uhr in Saal 12 an der Fakultät des Quai Claude-Bernard sprechen zu hören?«*

Am gleichen Tag erklärt Rektor Bernardet die Kurse Faurissons ab dem 20. für „provisorisch" eingestellt, unterläßt es jedoch, ihn zu benachrichtigen, so daß sich dieser am 20. an der Universität einfindet. Wie von *Liberation* gewünscht, legt man ihm einen Hinterhalt. „Studenten", die man nie zuvor in den Hallen dieser Universität gesehen hat, lauern dem bilderstürmerischen Professor auf. Kann man über die Gaskammern und über Proust diskutieren? Allem Anschein nach nicht. Faurisson wird in seinem Büro überfallen und ergreift die Flucht. Er rennt durch die Gänge, die Meute dicht auf den Fersen. Sie zeigen eine bewundernswerte Selbstkontrolle, denn sie straucheln nicht. Beim Ausgang wird Faurisson eingeholt und bekommt Schläge ab. Einer seiner Studenten trägt Verletzungen davon.

> *»Jetzt, wo wir deine Visage kennen, bist du geliefert!«*

ruft einer der Schläger Faurisson nach. (Francois Brigneau, *Mais qui est donc le professeur Faurisson?*, Publications FB, Paris 1992) Eine Strafanzeige wird zu den Akten gelegt. Unter den „Demonstranten" befindet sich Dr. Marc Aron.

9. Januar 1979, Frankreich, Lyon

An der Universität beginnen die Kurse wieder. Die Union der jüdischen Studenten verteilt ein Flugblatt:

> *»Es geht uns nicht darum, mit Herrn Faurisson oder irgendeinem anderen Fanatiker seines Schlages zu polemisieren, aber wir müssen die Konsequenzen aus den jüngsten antisemitischen Anschlägen ziehen, denn Faurisson ist nicht bloß eine Person, deren Wahnvorstellungen betretenes Schulterzucken hervorrufen, sondern ein gefährlicher Mann.* […] *Aus diesem Grund verlangen wir seinen definitiven Ausschluß von der Universität Lyon 2 sowie seine Entfernung aus dem Lehrkörper.«*

Da sich der Rektor der Universität für außerstande erklärt hat, seine Sicherheit zu gewährleisten, verzichtet Faurisson auf die Durchführung seines Kurses. Es glückt ihm, durch eine Hintertür zu verschwinden. (F. Brigneau, aaO., S. 68.)

15. Januar 1979, Frankreich, Lyon

> *»Es fängt wieder an, aber diesmal besser organisiert. Es braut sich etwas zusammen. Allerlei Gruppen geben sich ein Stelldichein. Neben der Union der jüdischen Studenten marschieren andere Gruppierungen und Einzelpersonen*

auf: A.G.E.L., U.N.E.F., A.N.A.R., die Cercles Barricades, das Koordinationskomitee der jüdischen Organisationen Lyons, das Komitee der Resistance, die kommunistische Liga sowie Emmanuel Hamel, Abgeordneter der U.D.F. des zweiten Wahlkreises des Departements Rhone.« (F. Brigneau, aaO., S. 69.)

22. Januar 1979, Frankreich, Lyon

»Robert Faurisson erhält übereinstimmende Warnungen: Ein Sonderkommando reise aus Paris an, um Hackfleisch aus ihm zu machen. An der Universität stellt sich heraus, daß die Informationen zutreffen: Der Schlägertrupp ist in der Tat im Anmarsch. Faurisson läßt es nicht auf eine Kraftprobe ankommen. Während er sich zurückzieht, marschiert die Rabaukenrotte an ihm vorbei, erkennt ihn jedoch erst nachträglich. Nun beginnt die Hatz. Wer in Lebensgefahr schwebt, entwickelt ungeahnte Kräfte. Es gelingt Faurisson, sich seine Verfolger vom Leibe zu halten. Zu seinem Glück ist ein Bauplatz in der Nähe. Faurisson rennt dorthin, schüttelt die rasende Meute endgültig ab und bricht völlig erschöpft hinter einer kleinen Mauer zusammen. „Was hast du denn bloß ausgefressen?", fragt ihn ein arabischer Arbeiter. Faurisson ist so außer Atem, daß er ihm nicht antworten kann.« (F. Brigneau, aaO., S. 69.)

5. November 1980, Großbritannien, Sussex

Durch Brandstiftung werden Büros, Lagerraum und Druckerei des Betriebs zerstört, der Arthur R. Butz' *The Hoax of the Twentieth Century* und die von Richard Harwood verfaßte Broschüre *Did Six Million Really Die?* (Starben wirklich sechs Millionen?) sowie andere revisionistische Publikationen der Historical Review Press (HRP) gedruckt hat. Der Schaden wird auf 50.000 Pfund geschätzt. Ein linker Journalist, Manny Carpel, wird des Verbrechens für schuldig befunden und zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er etwas über ein Jahr absitzen muß. (*ZTN* 2, S. 16; in *ZTN* 1 nicht erwähnt.)

Januar 1981, USA, Torrance (Kalifornien)

Eine Brandbombe wird durch das Fenster eines Büros des Institute for Historical Review (IHR) geworfen, wodurch ein Teil des Gebäudes beschädigt wird. (Erklärung von Thomas J. Marcellus; *ZTN* 1, S. 7, 9; in *ZTN* 2 nicht erwähnt. Dieser Anschlag ist nicht verbürgt, vgl. den Eintrag unter dem Datum des 25. Juni 1981.)

29. Januar 1981, Frankreich, Courbevoie (Haut-de-Seine)

Michel Caignet, 26, ein Student, der eine Doktorarbeit in englischer und deutscher Philologie vorbereitet, verläßt seinen Wohnsitz in Courbevoie, um sich zur Universität zu begeben, als er unweit seines Hauses von vier Individuen überfallen, zu Boden geworfen und festgehalten wird. Einer der vier übergießt sein Gesicht und seine rechte Hand mit Schwefelsäure. Michel Caignet ist Mitglied der nationalen Gruppe FANE und Revisionist. Er hat Thies Christophersens Broschüre *Die Auschwitz-Lüge* ins Französische übersetzt. Durch den Säureanschlag ist sein Gesicht dermaßen gräßlich entstellt, daß nur zwei Zeitungen es wagen, sein Bild zu veröffentlichen. Der Hauptschuldige, Yves Aziza, Medizinstudent und Sohn des in Montreuil ansässigen Apothekers Charles Aziza, ist der Polizei und Justiz schon eine Stunde nach dem Attentat bekannt, doch unter skandalösen, bis ins Detail bekannten Umständen erhält er genügend Zeit, nach Deutschland und von da aus nach Israel zu fliehen. Ein gewisser Main, der im Justizministerium der Abteilung für kriminelle Handlungen angehört (Leiter dieser Abteilung ist Raoul Beteille), weicht allen Fragen über die Gründe für die unerklärlich späte Eröffnung eines Strafverfahrens (vierzehn Tage!) in sarkastischem Ton aus. (*ER*, Band IV, S. 1698; Commission d'actes de barbarie, in diesem Dokument wird der Text einer Anordnung der Anklagebehörde des Appellationsgerichts Versailles vom 8. Februar 1985 wiedergegeben, durch die der erwähnte Y. Aziza vor das Geschworenengericht des Departements Hauts-de-Seine vorgeladen wird.)

19. März 1981, USA, Torrance (Kalifornien)

Bei einer Kundgebung der JDL (Jewish Defense League) vor dem Sitz des IHR greifen JDL-Anführer Mordechai Levy und andere Demonstranten den Wagen des Stellvertreters des Hauseigentümers an, der sich an Ort und Stelle begeben hat, um die Sicherheit der Räumlichkeiten zu gewährleisten. Während der Wagen losfährt, schlägt Levy die rechte Scheibe ein und droht dabei, das Eigentum des Hausbesitzers zu zerstören (*The Daily Breeze*, 20. März 1981, S. 1; *ZTN* I, S. 7.)

5. April 1981, USA, Torrance (Kalifornien)

Die JDL führt vor dem Sitz des IHR eine Kundgebung durch, bei der ein Mitglied des Instituts zu Boden geworfen und verprügelt wird. (*ZTN* 1, S. 7; von Tom Marcellus gelieferte Informationen.)

25. Juni 1981, USA, Torrance (Kalifornien)

In den ersten Morgenstunden findet ein Bombenanschlag gegen den Sitz des IHR statt. Der Brandsatz, der einem Molotow-Cocktail gleicht, richtet lediglich leichten Schaden an. Ein Mann, der behauptet, Mitglied der Gruppe „Jewish Defenders" (Jüdische Verteidiger) zu sein, übernimmt in Telefonanrufen an Presseagenturen die Verantwortung für das Attentat. Laut *ZTN* 2 handelt es sich dabei um den ersten Bombenanschlag gegen das IHR. Dies würde bedeuten, daß die Behauptungen über einen Anschlag im Januar 1981, die in *ZTN* 1, nicht aber in ZNT 2 zu finden ist, falsch sind. (*ZTN* 2, S. 10; in ZNT 1 nicht erwähnt.)

April 1982, USA, Kalifornien

In einem Vorort von Los Angeles werden zwei Ziegelsteine durch ein Fenster des Hauses von George Ashley geworfen. Ashley ist Geschichtslehrer und Revisionist. (*ZTN* 2, S. 8.)

25. April 1982, USA, Torrance (Kalifornien)

Wieder wird ein Brandanschlag auf den Sitz des IHR verübt. Ein Photokopierapparat, diverse Möbel sowie Dokumente werden beschädigt. In einem Telefonanruf an eine lokale Nachrichtenagentur bekennt sich eine Gruppe, die sich „Die jüdischen Verteidiger" nennt, zu dem Attentat. (*ZTN* 2, S. 10.)

27. Mai 1982, USA, Kalifornien

Die JDL begeht einen Bombenanschlag auf das Haus von George Ashley. Der Geschichtslehrer hat sich zu gewissen Punkten des Holocaust revisionistisch geäußert. (*ZTN* 1, S. 7; *ZTN* 2, S. 8.)

5. September 1982, USA, Torrance (Kalifornien)

Der Sitz des IHR wird beschossen. Zwei Fenster gehen in Brüche, und die Eingangstür wird beschädigt. Die beschosse-

nen Räumlichkeiten sind zum Zeitpunkt des Feuerüberfalls zwar beleuchtet, doch glücklicherweise leer. Außerdem richtet ein Brandsatz an der Fassade vor den Büros leichten Schaden an. Später am gleichen Tag und in der darauffolgenden Woche erhält das Institut zahlreiche anonyme Telefonanrufe mit Morddrohungen. Der Stimme nach zu schließen handelt es sich bei dem Anrufer um Mordechai Levy. Dennoch kommt es zu keiner Verhaftung, ja nicht einmal zu einer gerichtlichen Untersuchung. (*ZTN* 1, S. 7; *ZTN* 2, S. 10.)

8. Dezember 1982, USA, Kalifornien
Das Haus George Ashleys wird verwüstet. Die Einbrecher schütten Teer über seine Schreibmaschine, zerstören seine Möbel und schmieren zionistische Parolen an die Wände sowie auf die Teppiche. Der Schaden wird auf 20.000 Dollar (*ZTN* 1, S. 7) bzw. 26.000 Dollar (*ZTN* 2, S. 8) geschätzt. Mordechai Levy äußert sich anschließend bezüglich des aktiven revisionistischen Historikers Dr. G. Ashley wie folgt:

> *»Wir haben ihn gewarnt, wenn er mit seinen Aktivitäten weitermache, werde er teuer dafür bezahlen müssen.* […] *Wir haben gewarnt, wenn die Schulleitung Ashley nicht Einhalt gebiete, würden wir es tun.«* (ZTN 2, S. 8.)

1983, Uckfield, UK
Die Druckerei der Historical Review Press, Hauptverbreiterin systemkritischer und revisionistischer Werke in Großbritannien, wird durch Brandstiftung vollständig zerstört. In einem in Zusammenarbeit mit der britischen linksextremen Zeitschrift *Searchlight* gedrehten und in den USA von der JDL verbreiteten Film wird das Verbrechen gebilligt. (*ZTN* 1, S. 7 und 8; in *ZTN* 2 nicht erwähnt. Vgl. dazu die Angaben unter 5. November 1980.)

Dezember 1983, Kanada, Toronto
Der Eigentümer der Samisdat Press, Ernst Zündel, Herausgeber der kanadischen Fassung der von Richard Harwood verfaßten Broschüre *Did Six Million Really Die?*, wird auf der Treppe der Old City Hall in Toronto von einer Gruppe von Anhängern der Jewish Defense League mit Schlägen traktiert. (*ZTN* 1, S. 8.)

6. Februar 1984, Kanada, Toronto
Eine Gruppe der Jewish Defense League greift den dissidenten Verleger Ernst Zündel abermals tätlich an. Erbost darüber, daß eine Absperrkette der Polizei sie daran hindert, Zündel zu verprügeln, lassen die jüdischen Extremisten ihre Wut an Fernsehkameraleuten aus: Sie dreschen auf die Journalisten ein und zerstören ihr Filmmaterial.

4. Juli 1984, USA, Torrance (Kalifornien)
Das Institute for Historical Review wird in den ersten Morgenstunden durch Brandstiftung verwüstet. Die Schäden werden auf 400.000 Dollar geschätzt. In einer Sonderausgabe des *IHR Newsletter* vom August 1984 schreibt Institutsleiter Thomas Marcellus:

> *»Als physische Einrichtung hat das I.H.R. praktisch aufgehört zu existieren. 90% unserer Vorräte an Büchern und Kassetten – die weltweit wichtigste Sammlung historischer revisionistischer Werke – sind vernichtet worden. Unser ganzes Material – Büroräume, Stühle, Dossiers, Büchertische – ist nur noch ein verkohlter Haufen. Manuskripte, Urkunden, Kunstwerke, Filmabzüge und -negative – das Ergebnis von mehr als sechs Jahren unablässiger Bestrebungen, der Welt verheimlichte geschichtliche Fakten bekannt zu machen – existieren nicht mehr.«*

Zwei Tage nach dem Anschlag taucht Irv Rubin, Chef der Jewish Defense League, am Ort des Brandanschlags auf und heißt den Terrorakt öffentlich gut. Er behauptet sogar, den Brandstifter zu kennen. Es kommt zu keinerlei Verhaftungen. Die Raffinesse, mit der die Tat begangen wurde, erweckt bei einigen den Verdacht, es könne sich um das Werk einer Mannschaft geschulter Agenten aus dem Ausland handeln. Die amerikanischen Medien wahren beinahe vollkommenes Schweigen über das Verbrechen, bei dem es sich um den schlimmsten Fall von Bücherverbrennung in der gesamten Geschichte der USA gehandelt hat. (*ZTN* 1, S. 8; *ZTN* 2, S. 10-11.)

27. Juli 1984, USA, Kalifornien
Der Lehrer George Ashley erhält wiederholt telefonische Bombendrohungen. Ein Angehöriger der JDL wird als Schuldiger dingbar gemacht. Sein Name ist Michael S. Canale. (*ZTN* 2, S. 8-9.)

September 1984, Kanada, Toronto
In der Nähe des Hauses des Verlegers Ernst Zündel explodiert ein Sprengkörper. Die Splitter fliegen in einem Viertel umher, in dem sich zahlreiche Frauen und Kinder aufhalten. Eine Gruppe, die sich den seltsamen Namen „People's Liberation Army of the Jewish Defense League" (Volksbefreiungsarmee der Jüdischen Verteidigungsliga) zugelegt hat, bekennt sich in einem Telefonanruf ans Stadtfernsehen von Toronto zu dem Terroranschlag. (*ZTN* 1, S. 8.)

Januar 1985, Kanada
Ein Kommando der Jewish Defense League überfällt Ernst Zündel, seinen Verteidiger und dessen Sekretärin beim Eingang zum Gericht der Grafschaft York. Laut dem Sergeanten Michael Thompson von der Toronto Metropolitan Police hat JDL-Chef Marvin Weinstein (alias Meir Halevi) Angehörige des Zündel-Teams mit Faustschlägen und Fußtritten traktiert. Richter Hugh Locke wirft Zündel und seinen Unterstützern vor, die JDL durch das Tragen von Schutzhelmen provoziert zu haben. (*ZTN* 1, S. 8.)

April 1985, USA, Tulsa
Zweimal innerhalb eines Monats wird das Auto des revisionistischen Universitätslehrers Charles Weber aus Tulsa (Oklahoma) beschädigt. Beim zweiten Mal findet man am Tatort einen Zettel, auf dem die JDL mit einem Bombenanschlag droht. (*ZTN* 1, S. 8.)

15. Mai 1985, USA, Northbridge (Kalifornien)
Vor der Haustür George Ashleys geht eine Bombe hoch. Niemand wird verletzt, doch die materiellen Schäden belaufen sich auf etwa 2.000 Dollar. In der Nähe des Tatorts sind die Buchstaben JDL an eine Mauer geschmiert worden. JDL-Chef Irv Rubin erklärt, es sei »*schade, daß Herr Ashley nicht in die Luft geflogen ist*« (*ZTN* 1, S. 8; *ZTN* 2, S. 9.)

5. Juni 1985, USA, Santa Monica (Kalifornien)
Bombenanschlag der Jewish Defense League gegen das Büro des GANPAC (German-American National Political Action Comittee). Die Schäden werden auf 50.000 Dollar geschätzt. (*ZTN* 1, S. 8.)

30. Juli 1985, USA, Torrance (Kalifornien)
Irv Rubin von der Jewish Defense League fordert, die verantwortlichen Gemeindepolitiker von Torrance, wo das IHR seinen Sitz hat, müßten eine Verfügung treffen, um das Institut aus der Gemeinde zu verbannen. Rubin droht Aufruhr zu stiften, wenn eine solche Verfügung ausbleibe. (*ZTN* 1, S. 8.)

30. Juli 1986, Frankreich, Paris
Henri Roques gibt, gemeinsam mit seinem Verleger und der schweizerischen Lehrerin Mariette Paschoud, eine Pressekonferenz, bei der es um die Doktorarbeit von Nantes sowie den dadurch hervorgerufenen Wirbel geht. Zwanzig bis dreißig Mitglieder der totalitären Organisation SOS-Racisme dringen in das Lokal ein, um Roques am Reden zu hindern. Nach anderthalbstündiger Blockade beschließt die herbeigerufene Polizei, die Störenfriede des Saales zu verweisen, und die Pressekonferenz kann unter normalen Bedingungen stattfinden. (Andre Chelain, *La These de Nantes et l'affaire Roques*, Polemiques, Paris 1988, S. 16-17.)

12. Juli 1987, Frankreich, Vichy
Ein Nicolas Ullmann, Geburtsdatum 1963, greift Prof. Robert Faurisson im Sporting-Club von Vichy tätlich an. (*ER*, IV, S. 1701.)

12. Dezember 1987, Frankreich, Paris
Bei einem Kolloquium an der Sorbonne

> *»überfielen Angehörige einer jüdischen Miliz Henry Chauveau (der schwere Verletzungen davontrug), Michel Sergent, Pierre Guillaume und Prof. Robert Faurisson, die allesamt verletzt wurden. Die Sicherheitsbeamten der Sorbonne nahmen einen der Schläger fest. Ein in Zivil gekleideter Polizeibeamter wies sie an, den Mann freizulassen, und vertrieb den Professor gewaltsam vom Universitätsgelände.«* (ER, IV, S. 1700-1701.)

14. Januar 1988, Frankreich, Lyon
Professor Jean-Paul Allard wird ins Krankenhaus eingeliefert, nachdem er von mehreren Personen angegriffen und verletzt worden ist. Die Organisation „Juive de Combat" (Jüdische Kampforganisation) bekennt sich zu dem Gewaltakt. Die Schläger hatten Prof. Allard auf dem Parkplatz der Universität Lyon 3 aufgelauert. 1985 hatte dieser die Jury geleitet, die Henri Roques für seine Studie *Die Geständnisse des Kurt Gersteins* den Doktortitel zuerkannte. Später wurde Roques der Titel wieder aberkannt. (*ER*, IV, S. 1702.)

10. Februar 1988, Deutschland, Berlin
Unbekannte stecken das Auto des Historikers Prof. Ernst Nolte, den manche für einen Halbrevisionisten halten, nachts in Brand. Der Wagen befand sich auf dem Parkplatz der Freien Universität Westberlin, wo Nolte unterrichtet. Ein anonymer Brief mit fünfzackigem Stern wird einer Berliner Nachrichtenagentur zugestellt. Die Absender bekennen sich zu dem Brandanschlag und werfen Nolte vor, ein Bindeglied zwischen dem Faschismus und der BRD darzustellen; ferner sei er Mitbegründer einer antikommunistischen Organisation. (*IHR Newsletter*, Nr. 59, Juli 1988, S. 5.)

18. Juli 1988, Kanada, Eckville (Alberta)
Unbekannte zünden um 4 Uhr 15 früh das Haus James Keegstras an. Keegstra und seine Familie können den Brand kurz vor dem Eintreffen der Feuerwehr löschen. Es gibt keine Verletzten. Allerdings muß das schwer beschädigte Hausdach ersetzt werden. Unweit des Tatortes findet man zwei Benzinkanister. (*IHR Newsletter*, Nr. 60, August 1988, S. 6.)

Mitte Februar 1989, USA, Kalifornien
Die JDL richtet telefonische Drohungen an die Direktion eines Hotels, in dem nächstens eine revisionistische Konferenz des IHR stattfinden soll. Darauf kündigt das Hotel sein Abkommen mit dem IHR. Ungeachtet einiger Schwierigkeiten derselben Art kann die Konferenz an einem anderen Ort über die Bühne gehen. (*IHR Newsletter*, Nr. 65, April 1989, S. 1-3.)

16. September 1989, Frankreich, Vichy
Robert Faurisson wird unweit seines Wohnsitzes in Vichy bei einem Spaziergang überfallen. Ein aus drei jungen jüdischen Verbrechern bestehendes Kommando spritzt ihm Tränengas ins Gesicht, wirft ihn zu Boden und versetzt ihm heftige Fußtritte ins Gesicht sowie auf die Brust. Hätte nicht ein Passant eingegriffen, so wäre Faurisson zu Tode getreten worden. Er muß sich einer viereinhalbstündigen Operation unterziehen. Eine Gruppe, die sich „Les Fils de la Memoire Juive" (Söhne des jüdischen Gedenkens) nennt, bekennt sich zu der Tat und droht:

> *»Prof. Faurisson ist der erste, wird aber nicht der letzte sein.«*

Bis zum heutigen Tage ist keine Verhaftung oder auch nur Einvernahme erfolgt. Der zuständige Untersuchungsrichter läßt seine Feindseligkeit gegenüber dem Opfer deutlich erkennen und verfügt die Einstellung der Untersuchung. Serge Klarsfeld rechtfertigt den Überfall ebenso wie Francois Leotard, Jean Kahn und einige andere Persönlichkeiten. (*ER*, IV, S. 1701; Francois Brigneau, aaO., S. 6-12.)

6. Februar 1990, Frankreich, Paris
Der Revisionist Olivier Mathieu wird von Angehörigen einer Organisation namens FOX zusammengeschlagen. Dies trägt sich anläßlich einer von Christophe Dechavanne geleiteten Fernsehsendung (»*Ciel, mon mardi!*«) zu, bei der Mathieu ausgerufen hat: »*Faurisson hat recht!*« Seine Verlobte sowie Marc Botrel bekommen ebenfalls Schläge ab. Bei dem Vorfall sind Jean-Pierre Bloch und Moshe Cohen von der Judenorganisation Tagar zugegen. Die Tätlichkeiten nehmen außerhalb des Fernsehstudios und draußen auf der Straße ihren Fortgang. Einer der Schläger wird von der Polizei in Gewahrsam genommen, doch auf Intervention von Pierre-Bloch schon nach wenigen Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt. (*ER*, IV, S. 1699.)

1. März 1990, Frankreich, Lyon
Mehrere Dutzend Personen, darunter Angehörige der UEJF (Union des Etudiants Juifs de France, Union der jüdischen Studenten Frankreichs), dringen in den Saal der Universität Lyon 3 ein, wo Bernard Notin vor etwa 20 Studenten einen Kurs abhält. Unter den Eindringlingen befindet sich Marc Rochmann, nationaler Vorsitzender der UEJF, Daniel Drai, Sekretär der Lyoner Sektion, Jean Levy, Vorsitzender der Lyoner Sektion der Organisation CRIF, Dr. Marc Aron sowie zwei Abgeordnete, die Damen Lagrange und Klebinder. B. Notin wird von den Judenführern attackiert und mit Schmähungen überhäuft. In der Presse ist von »*Drohungen gewisser*

überdrehter Personen« die Rede. (*Le Progres*, Lyon, 2. März 1990, S. 14.) Einige Wochen – oder Monate – später gelingt es Notins Frau mit knapper Not, ihren Hund zu retten, der mit Messerstichen schwer verletzt worden ist; weitere sechs Wochen darauf wird ihre Katze abgestochen. Solche Praktiken sind gang und gäbe. In den USA erhielt der Herausgeber einer Zeitung, dem die Judenorganisation B'nai B'rith die Veröffentlichung eines revisionistischen Textes vorgeworfen hatte, den Kadaver eines Tieres, dem man ein Messer in den Leib gebohrt hatte. (*The Houston Chronicle*, 20. Februar 1993, S. 31; *ER*, IV, S. 1477, Fußnote 1.)

21. März 1991, Frankreich, Paris
Eröffnung des Prozesses gegen Robert Faurisson und Patrice Boizeau, den verantwortlichen Herausgeber der Monatszeitschrift *Le Choc du Mois*. Anlaß zu dem Verfahren bietet ein Interview, das Faurisson dem Blatt im September 1990 gewährt hat. Angehörige der Judenorganisationen Betar und Tager sowie – wirkliche oder angebliche – ehemalige Deportierte verwandeln den Gerichtssaal in ein Tollhaus. Mehrere Revisionisten tragen Verletzungen davon. Die Wächter im Gerichtssaal unterlassen es, den Tätlichkeiten Einhalt zu gebieten, und lassen die Schläger ungehindert abziehen, ohne daß gegen diese Anklage erhoben wird. Prof. Faurisson wird geschlagen und bespuckt. Im Juli 1991 muß er sich einem chirurgischen Eingriff unterziehen, der durch Schläge auf sein rechtes Bein erforderlich geworden ist. (*ER*, III, S. 1252, 1299, 1324, 1327.)

18. April 1991, Frankreich, Paris
Die 17. Kammer des Pariser Strafgerichts verkündet sein Urteil im Prozeß gegen R. Faurisson und P. Boizeau. Der Revisionist Pierre Guillaume wird von jüdischen Halbstarken angegriffen, die ihm die Brille zerbrechen. (*ER*, III, S. 1332.)

22. Januar 1992, USA, Los Angeles
Der jüdische Revisionist David Cole wird bei einer Versammlung an der Universität von Kalifornien (UCLA) in Los Angeles von Angehörigen der JDL attackiert. Vor Beginn der Veranstaltung hatte JDL-Boss Irv Rubin versucht, Cole eine Treppe hinabzustoßen. Andere Rabauken kühlen ihr Mütchen an Robert Morrissey, dem Organisator der Veranstaltung. Während diese ihren Lauf nimmt, versuchen JDL-Mitglieder, die Redner am Sprechen zu hindern, und bewerfen Cole mit Nahrungsmitteln. Ein JDL-Schläger schlägt Cole die Nase blutig. (*IHR Newsletter*, Nr. 85, Februar 1992, S. 5; Nr. 86, April 1992, S. 1; *ZTN* 2, S. 14.)

17. März 1992, Schweden, Stockholm
Robert Faurisson besucht Schweden auf Einladung von Ahmed Rami, dem Leiter von Radio Islam. Kaum ist Faurisson gelandet, werden er, Ahmed Rami sowie zwei junge Schweden um ein Haar von einer die mit Stöcken, Messern und Tränengasbomben bewaffneten Horde überfallen und um ein Haar gelyncht. An der Spitze der Rotte stehen führende Mitglieder eines jüdischen Studentenclubs. Die jüdische Gemeinde Schwedens trägt eine schwere Verantwortung für die Einschüchterungsversuche, Lügen, Beschimpfungen und tätlichen Attacken, denen Faurisson während seines kurzen Aufenthaltes in Schweden ausgesetzt ist. Durch Drohungen erreicht sie, daß sämtliche von Rami geplanten Vorträge Faurissons abgesagt werden müssen. (*ER*, III, S. 1375.)

28. Oktober 1992, Belgien, Brüssel
Ein Molotow-Cocktail wird um 23.10 Uhr in einen vom Priester Jean-Marie Borbouse geführten Bücherladen geworfen und richtet Schäden in Höhe von über 250.000 französischen Francs an. Bereits am 25. desselben Monats hatte der Besitzer Drohungen von Individuen erhalten, die ankündigten, nachdem sie den Verlag La Vieille Taupe „fertiggemacht" hätten, sei Borbouse als nächster an der Reihe. Der Bücherladen, der jeweils um Mitternacht schließt, ist dadurch aufgefallen, daß er in seinem ca. 19.000 Werke umfassenden Sortiment ein knappes Dutzend revisionistischer Titel führt. Der Anschlag, für den niemand Verantwortung übernimmt, hat in Anwesenheit des Sohns des Besitzers stattgefunden, der jedoch unverletzt bleibt. (*Nouvelle Vision*, Nr. 27, Dezember 1992/Januar und Februar 1993, S. 83, 84.)

3. bis 6. Dezember 1992, Schweden, Stockholm
Zweiter Aufenthalt Robert Faurissons in Schweden. Während Faurissons Aufenthalt wird Ahmed Ramis Wohnsitz zweimal nachts angegriffen. (*ER*, III, S. 1459.)

22. April 1993, USA, Washington
Am Tag der offiziellen Eröffnung des Holocaust-Museums versammeln sich rund 150 Personen, um gegen die umstrittene Gedenkstätte zu protestieren. Sie werden von Mitgliedern der JDL attackiert. Eines der Opfer ist der 52-jährige David Willcox. Er wird mit Eisenstäben auf Kopf und Beine geschlagen und muß in ein Krankenhaus eingeliefert werden, wo man ihm zwölf Wunden am Kopf vernäht. (*ZTN* II, S. 8.)

30. Mai 1993, Frankreich, Paris
Der Bund der Atheisten hält seine Jahrestagung ab und diskutiert zum vierten Mal seit 1987 über den Ausschluß Prof. Faurissons. Zum vierten Mal wird eine solche Maßnahme abgelehnt. Im Verlauf der Tagung tritt ein gewisser Pierre Courson, ehemaliger Buchenwald-Häftling, an Faurisson heran, um ihn nach seinem Namen zu fragen, und schlägt dann mit seinem Spazierstock wild auf ihn ein. Der Schläger wird sofort gepackt und zieht es vor, den Saal zu verlassen. (*ER*, IV, S. 1515.)

7. Mai 1993, Kanada, Toronto
Um 5.30 Uhr morgens wird Ernst Zündels Haus in Brand gesteckt. Die automatische Kamera, die am Eingang installiert ist, zeigt einen Mann mit Cowboyhut, welcher Benzin vor dem Haus ausgießt. Das heftig wütende Feuer verheert einen großen Teil des Saals, wo Zündel seine Dokumentation aufbewahrt, und zerstört das Dach zur Gänze. Ein erheblicher Teil der Dokumente fällt den Flammen zum Opfer, und das von den Feuerwehrleuten gespritzte Wasser vergrößert den Schaden noch. In einem Nachbarhaus entkommen drei junge Männer dem Feuer nur mit knapper Not. Einige Stunden später tun Demonstranten (Kommunisten, Trotzkisten, „Antirassisten") ihre Freude lautstark kund. Eine Gruppe, die sich „Jewish Armed Resistance Movement" (Bewaffnete jüdische Widerstandsbewegung) nennt, bekennt sich zu der Brandstiftung. Am 12. Mai versuchen mehrere Angehörige der JDL, darunter Meir Halevi und Irv Rubin, in Zündels Wohnsitz einzubrechen. Sie werden von der Polizei auf der Flucht ergriffen, jedoch schon bald wieder freigelassen. (*ER*, IV, S. 1674; Michael Shermer, *Why People Believe Weird Things*, W. H. Freeman, New York, S. 185.)

Kurz vor dem 20. Mai 1995, Kanada, Toronto
Während seiner Abwesenheit erhält Ernst Zündel ein verdächtiges Paket, dessen Absender sich bei einer kurzen Untersuchung als unbekannt herausstellt. Der kanadische Revisionist übergibt das Paket der Polizei, die darin eine Bombe entdeckt. Ihre Sprengkraft hätte ausgereicht, um noch in einem Umkreis von 90 m tödlich zu wirken. Die Polizei läßt den Sprengkörper in einem Steinbruch hochgehen. (*Ernst Zündel: Sein Kampf für Deutschland*, Samisdat Publishers, Toronto 1999, S. 38f.)

16. Juli 1996, Frankreich, Paris
Ein brutaler Anschlag wird auf die Librairie du Savoir (Buchhandlung des Wissens) verübt – auch Librairie roumaine antitotalitaire (Antitotalitäre rumänische Buchhandlung) genannt. Tausende von Büchern in rumänischer Sprache werden mit roter Farbe beschmiert. Telefon, Fax, Computer und Druckmaschine werden zerstört, zwei anwesende Personen belästigt und der Buchhändler ernstlich verletzt (*gebrochene Nase*). (*ER*, IV, S. 1794; *Dualpha*, Nr. 1, Mai/Juni 1998, S. 36-44.)

Anfang September 1996, Uckfield, Großbritannien
Die Räumlichkeiten der Druckerei der Historical Review Press werden erneut durch Brandstiftung beschädigt. (Richard Widman, »*How Fahrenheit 451 Trends Threaten Intellectual Freedom*«, in: *The Revisionist*, Nr. 2, Januar 2000, S. 15; *Evening Standard*, 6. September 1996.)

7. September 1996, Frankreich, Paris
Vier junge Juden überfallen Patrick Helin, einen Buchhändler, weil er einige revisionistische Werke verkauft. Mehreren Zeugen zufolge soll sich Arno Klarsfeld, Sohn von Serge und Beate Klarsfeld, unter den Angreifern befunden haben. (*ER*, IV, S. 1793.)



Bilder der Verwüstung: Auswirkungen des Brandanschlags auf die Druckerei von Historical Review Press in Uckfield, UK, im September 1996. Oben: Das Büro; unten: eine Ecke der Druckerei.

30. November 1996, Frankreich, Paris
Drei junge Juden schlagen das Schaufenster der Librairie du Savoir ein. (*ER*, IV, S. 1794.)

15./16. Januar 1997, Frankreich, Bordeaux
In der Nacht vom 15. auf den 16. wird das Schaufenster der Librairie Ulysse eingeschlagen. Leiter dieser Buchhandlung ist Jean-Luc Lund. Der oder die Täter stehlen Schallplatten, Kassetten und den Inhalt der Kasse. In der Presse ist von »*ernsthaften Beschädigungen*« die Rede. Am 27. Juni 1996 war Jean-Luc Lund unter Berufung auf ein Gesetz vom Juli 1949 verurteilt worden, weil er revisionistische Zeitschriften, die für Minderjährige verboten sind, ausgestellt und zum Verkauf angeboten hatte. (*Sud-Ouest*, 17. Januar 1997.)

13. Mai 1997, Frankreich, Paris
Georges Piscoci-Danesco, Leiter der Librairie roumaine antitotalitaire, wird von vier jungen Juden – darunter einer Marie Fainberg – bedroht, die kurz vor Ladenschluß die Buchhandlung betreten. Zur Selbstverteidigung zeigt er eine Schreckschußpistole. Einige Stunden später wird er von der Polizei aufgesucht und aufs Kommissariat geführt. Grund dafür ist eine von der besagten Jüdin Fainberg eingereichte Anzeige. Die Buchhandlung sowie Piscoci-Danescos Wohnung werden gründlich durchsucht. In erster Instanz wird der Buchhändler zu zwei Monaten Gefängnis auf Bewährung sowie einer Buße in Höhe von mehreren tausend Francs verurteilt. Dieses skandalöse Urteil wird in zweiter Instanz herabgesetzt. (*Dualpha*, Nr. 1, Mai/Juni 1998, S. 36-44.)

15. Januar 1998, Frankreich, Paris
Prozeß gegen Roger Garaudy und Pierre Guillaume. Die Judenmilizen üben ungestraft Terror aus. Mehrere Personen werden verletzt. (*ER* IV, S. 1852.)

27. Februar 1998, Frankreich, Paris
Richter Monfort spricht sein Urteil im Fall Garaudy. Abermals terrorisieren die Judenmilizen ungestraft Prozeßteilnehmer. Wiederum gibt es mehrere Verletzte. Mehrere jüdische Schläger schwingen Messer. (*ER*, IV, S. 1852-1853.)

16. Januar 1999, Spanien, Barcelona
Mehrere linke Organisationen demonstrieren gegen die Existenz der von Pedro Varela geleiteten Libreria Europa. Das Eisengitter vor dem Geschäft wird eingedrückt, das Innere der Buchhandlung verwüstet und zerstört, die Schaufenster eingeschlagen, die Bücher zerrissen und mit Farbe beschmiert. Einige Randalierer werfen Bücher auf die Straße und zünden sie an. Am 16. November 1998 war Pedro Varela wegen Revisionismus und „falscher" politischer sowie ideologischer Ansichten zu fünf Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden. (Das Urteil wird später aufgehoben und zum endgültigen Entscheid an das Madrider Verfassungsgericht überwiesen, Anmerkung des Übersetzers, *Cartas*, Nr. 12, 1999.)

4. Juni 1999, Frankreich, Lyon
Bei einer polizeilichen Einvernahme wird Jean Plantin, Herausgeber der Zeitschrift Akribeia, von Hauptkommissar Phil-

ippe Justo unflätig verunglimpft. Justo fordert sozusagen zum Mord an Plantin auf (»*Er gehört abgemurkst!*«, »*Tötet ihn!*«). Derselbe Justo hatte Plantin bei einer vorherigen Einvernahme am 14. Januar 1999 angepöbelt und namentlich als »*Blödmann*« (connard) beschimpft. (*Akribeia*, Nr. 5, Oktober 1999, S. 11, 28.)

25. November 1999, Frankreich, Paris
Um die zwanzig Personen überfallen die Buchhandlung La Licorne bleue (Das blaue Einhorn). Das Schaufenster wird eingeschlagen, vor dem Laden stehende Tische mit Büchern, die den Einheitspreis von zehn Francs kosten, werden umgeworfen. Der Buchhändler bekommt Schläge ab. Am 20. November hatten ca. 80 Personen vor dem Geschäft demonstriert. (*Faits et Documents*, Nr. 80, 1.-15. Dezember 1999, S. 11, sowie persönliche Mitteilung.)

3. Dezember 1999, Frankreich, Paris
Blitzartiger Überfall auf die Pariser Buchhandlung La Licorne bleue. Um die fünfzehn Angreifer, bei denen es sich zweifellos um zionistische Aktivisten handelt, versuchen das Schaufenster einzuschlagen.

Summarischer Erwähnung weiterer Zwischenfälle
Im folgenden führen wir noch einige sehr summarische Informationen über Gewalthandlungen gegen Revisionisten sowie revisionistische Einrichtungen an, die wir verschiedenen Publikationen entnommen haben. In den meisten Fällen fehlen die Daten. All diese Informationen bedürfen wohlverstanden einer Überprüfung.

– Brandanschlag auf das Haus von Thies Christophersen (*ER*, I, S. 198);
– Zerstörung des Autos von Thies Christophersen (*ER*, IV, S. 1683.)
– Überfall auf Christophersens Anwalt Jürgen Rieger. (*ER*, IV, S. 1683.)
– Brandanschlag auf das Auto Wolfgang Juchems (*ER*, IV, S. 1683.)
– Angriff auf ein Mitglied der Organisation INSERM durch einen Kollegen. Der Angegriffene ist um die 60 Jahre alt. (*ER*, II, S. 931.)
– Überfall auf den jüdischen Revisionisten Josef Ginsburg (Arthur R. Butz, *The Hoax of the Twentieth Century*, IHR, Newport Beach 1993, S. 11; Austin App, *The Six Million Swindle*, Boniface Press, Takoma 1974, S. 26.)
– Mißhandlung des US-Revisionisten David McCalden, der von den Schlägern Irv Rubins aus dem Fenster gestoßen wird. (*Revision*, Nr. 10, Dezember 1989, S. 13; *Instauration*, November 1989, S. 40.)
– Überfälle und Schikanen gegen Reinhard K. Buchner, einen amerikanischen Revisionisten und Angehörigen des Editorial Advisory Committee des Institute for Historical Review (*ZTN* 2, S. 91.)
– Zahlreiche Anschläge auf die Buchhandlung von La Vieille Taupe zu Beginn der achtziger Jahre.
– Tätlicher Angriff auf Prof. Ernst Nolte in Berlin im Februar 1994 (*ER*, IV, S. 1619.)

Zuerst erschienen unter »*Quelques cas de violences et de menaces physiques contre des révisionnistes*« in *Akribeia* Nr. 6, März 2000. Übersetzung von Jürgen Graf.

Jagd auf Germar Rudolf, Teil 2

Von Dipl.-Chemiker Germar Rudolf

Dieser Beitrag über die Menschenjagd auf einen deutschen Dissidenten fügt sich an den im Doppelheft *VffG* 3&4/2000 abgedruckten Beitrag an, und zwar am Ende des Abschnitts „Eine Welt bricht zusammen". Um Germar Rudolf nicht zu gefährden, konnten wir im letzten Heft noch nicht alle Dinge beim Namen nennen, weshalb die biographischen Ausführungen im letzten Heft am 1. November endeten. Aus Gründen, die in späteren Folgen dieser Serie erläutert werden, hat sich dies nun geändert, und wir können nun auch über das berichten, was sich nach dem 1. November 2000 ereignete. Auch hier haben wir wieder aus Sicherheitsgründen sowie zur Wahrung der Privatsphäre Personen- und Ortsnamen geändert.

»*Mach schnell, ich halt's nicht mehr lange aus*«, dränge ich meine Frau. Sie versteht und passiert mit den Kindern den Metalldetektor am Flughafen, ohne sich nochmal umzudrehen. Ich drehe mich um und gehe zurück Richtung Aufzug, gleichfalls ohne auch nur einmal zurückzuschauen.
Auf meinem Rückweg nach Ashford versuche ich, mich auf die vor mir liegenden Aufgaben zu konzentrieren. Bereits im Juni 1999, während einer Vortragsreise durch die Vereinigten Staaten, habe ich Möglichkeiten ausgelotet, in die USA überzusiedeln. Da ich im Laufe des Jahres 1999 erkannt hatte, daß der Revisionismus nur dann Erfolg haben kann, wenn er in der Weltsprache Englisch präsentiert wird, war mein Entschluß gereift, dies von den USA aus zu versuchen. Da mich meine Familie nun verlassen hatte, gab es nichts mehr, was mich noch zwingend an England band. Jeder Winkel, jede Straße, ja sogar jedes Geschäft und jeder Supermarkt dort sind angefüllt mit schmerzlichen Erinnerungen an meine Familie. Zudem haben die USA diese göttliche Erfindung namens absolute Redefreiheit. Lag es da nicht nahe, den Weg ins Land der unbegrenzten Möglichkeiten zu suchen?
Während meiner zweiten Reise in die USA Ende September 1999 gelang es mir dann tatsächlich, bei einem kleinen Verlag eine Stelle als Herausgeber angeboten zu bekommen. Schon damals stand also fest, daß ich in die USA gehen würde. Alles hing lediglich von den Einwanderungsformalitäten ab, die sich freilich über viele Monate oder gar Jahre hinziehen können.

Jetzt aber, da in England die Hetzjagd auf mich begonnen hat, jetzt sieht alles anders aus. Ich kann nicht mehr warten, bis ich ein Arbeitsvisum oder eine Greencard ausgehändigt bekomme. Ich würde vielmehr, so beschlossen Andy und ich eines Abends, einfach mit einem Besuchervisum einreisen. Alles weitere würde sich dann ergeben.
Kaum im Hause Broker angekommen, teilt mir Sally mit, ich solle umgehend nach Ashford zur Druckerei fahren, um mit Andy alles weitere zu besprechen. Ich zögere keine Sekunde, drehe auf dem Absatz um und fahre nach Ashford. Diesmal allerdings fahre ich nicht direkt zur Druckerei. Wer weiß, vielleicht wartet da ja schon jemand auf mich. Ich parke mein Auto also auf dem Parkplatz des Tesco-Supermarktes und gehe die Hauptstraße runter, anstatt in die Seitenstraße zur Druckerei einzubiegen. Ich versuche, von hinten über ein paar andere Grundstücke zur Druckerei zu kommen. Ich habe das niemals zuvor versucht und weiß gar nicht, ob es geht, aber ich habe Glück: all die Fabriken dort haben offene Toren und Türen in den Zäunen. Sicher ist sicher…
»*Hi, Germar. Wie war's in Heathrow?*« begrüßt mich Andy.
»Es ging so. Wir haben es kurz und schmerzlos gemacht, wenigsten fast.«
»*William hat seine Hilfe angeboten.*«
»Oh, ist er da?«, frage ich Andy.
»Ja, bei der Arbeit. Aber es ist zu laut im Druckraum. Laß in seinen Job fertigmachen, und dann wird er zu Dir kommen und Dir Näheres mitteilen. Am besten wäre es, mit ihm in den Dunkelraum zu gehen. Da seid ihr ungestört und es ist ein wenig sicherer.«
»*Danke. Ist Howard auch da?*«
»*Nein, er kommt erst morgen wieder.*«
William O'Neil ist Andys einziger professioneller Druckfachmann, das Juwel seiner Mannschaft, und der Einzige, der nicht irgendwie politisch aktiv ist bzw. war. Ich frage mich daher, was ihn dazu bewegt haben mag, mir seine Hilfe anzubieten. Wir machen es kurz. Er gibt mir seine Adresse und Telefonnummer sowie eine Wegbeschreibung zu seinem Hause. Er meint, er sei ab etwa 18:00 Uhr abends Zuhause, weswegen ich nicht vorher dorthin kommen solle, da er dort alleine wohne. Er schlägt vor, daß ich erst einmal auf unbegrenzte Zeit in dem Zimmer eines seiner Söhne wohnen kann, der zur Zeit an der Universität ist. Ich erläutere ihm, daß ich meine gesamte Computerausrüstung mitbringen müßte, um in den nächsten Tagen meinen Geschäften nachgehen zu können.
»Bist Du damit einverstanden?« frage ich ihn.
»Wieviel Zeug ist denn das?«, erwidert er.
»Du hast wohl noch nie einen PC gesehen, oder?« ziehe ich ihn auf. *»Es paßt alles auf einen mittelgroßen Schreibtisch. Es macht also keine weiteren Umstände. Ich bräuchte lediglich eine Telefonsteckdose in der Nähe oder eine entsprechend lange Verlängerungsschnur.«*
Er ist damit einverstanden, obwohl ich ein paar Sorgenfalten in seinem Gesicht zu erkennen glaube, wohl aus der Befürchtung, ich könne ihm seinen Haushalt durcheinanderbringen.
»*Keine Sorge*«, versuche ich ihn zu beruhigen. *»Ich arbeite ziemlich lautlos und ordentlich den ganzen Tag lang. Du wirst noch nicht einmal merken, daß ich da bin.«*
»Gut. Du kannst erst einmal unbeschränkte Zeit bei mir wohnen, bis eine andere Lösung zur Hand ist.«
»Danke. Ich werde wahrscheinlich nicht länger als zwei oder drei Wochen bleiben, bevor ich mich ins Ausland abseile.«
»Ach ja, für die Wochenenden werden wir uns etwas anderes einfallen lassen müssen, da ich dann meine Mutter bei mir habe, und ich möchte nicht, daß sie fragen stellt.«
»Gut. Fürs nächste Wochenende habe ich ohnehin schon etwas eingeplant gehabt.«
Ich verspreche ihm, am frühen Abend bei ihm Zuhause zu sein. Anschließend gehe ich zurück zu meinem Auto und fahre zu meiner Mietwohnung, um all jene Sachen zusammenzupacken, die ich in den nächsten Tagen brauchen werde: Kleidung, Nahrungsmittel, den Papierkram, den ich für meine Arbeit brauche, und natürlich meinen Rechner. Das alles dauert länger, als ich eingeplant hatte, und ich mache mich erst in der Dämmerung auf den Weg zu Williams Haus. Auf dem Weg dorthin verfahre ich mich, aber beim zweiten Versuch klappt es dann und gegen sieben Uhr abends trudle ich bei ihm ein. William hat mich schon erwartet. Er hilft mir, meine Sachen in das Zimmer seines Sohnes zu tragen.
Nachdem ich mich provisorisch eingerichtet habe, gehe ich zu William ins Wohnzimmer. Er ist sehr nett und schaltet sogar den Fernseher aus, als ich reinkomme. Das ist durchaus nicht normal, wenn man englische Haushalte besucht!
»Darf ich fragen, warum Du mir Deine Hilfe angeboten hast? Ich meine, immerhin kennst Du mich doch gar nicht, oder?« frage ich ganz direkt.
»Nun, ich habe Dich öfter in der Druckerei gesehen, und Du scheinst kein übler Kerl zu sein. Außerdem glaube ich nicht, daß Du den Ärger, den Du jetzt hast, verdient hast«, erklärt William.
»Bist Du irgendwie politisch engagiert?«, will ich wissen, neugierig wie ich bin.
»Nein, ich habe keinerlei politische Interessen oder Vorzüge.«
»Wie kommt es dann, daß Du in Andys Druckerei arbeitest?«
William erzählt mir seine Geschichte, wie er seine alte Stellung verließ, wo man sein Fachwissen als professioneller Druckfachmann nicht zu würdigen wußte, und wie er sich für eine neue Stelle bewarb. Eine von mehreren Stellenangeboten, die er den regionalen Zeitungen entnahm, kam von Andy.
»Aber Andys Druckerei ist doch ein Dritte-Welt-Firma mit einem total veralteten Maschinenpark, die in Dreck und Unordnung versinkt und in der totales organisatorisches Chaos herrscht. Wie kann man freiwillig dort arbeiten wollen?«
So harsch dieses Urteil auch scheint, es stammt von Andy selbst. Er selbst meinte einmal, er benötige alle paar Jahre einen Brandanschlag oder eine Überschwemmung, damit mal wieder ein Anlaß da sei auszumisten.
»Da stimmt schon,« erwidert William, *»aber ich bin dort der einzige Fachmann, und ich kann daher meine eigenen Ideen umsetzen. Ich bin fast so etwas wie mein eigener Boß. Und was am wichtigsten ist: Ich kann hier mein Hobby voll umsetzen, nämlich Fisch-Poster drucken und vermarkten. Die Süßwasser-Fischerei ist nämlich mein Hobby, und Andy gibt mir freie Hand, um es umzusetzen.«*
Jetzt ist es an mir, meine Geschichte zu erzählen, denke ich.
»Weißt Du eigentlich, warum ich all den Ärger habe?« frage ich William.
»Nicht genau, nein. Ich habe nur Bruchstücke aufgeschnappt. Andy hat mir mal erklärt, daß Wolfgang irgend etwas Deinem Gutachten hinzugefügt hat, ohne Dich darüber zu informieren.«
»Das stimmt. Jetzt, da Du mir Deine Hilfe angeboten hast, bist Du daran interessiert, mehr darüber zu hören? Du soll-

test immerhin wissen, warum auch Du nun Ärger bekommen könntest, jetzt, da Du einem Kriminellen beim Untertauchen hilfst,« erwidere ich mit einem breiten Grinsen im Gesicht.

Er ist in der Tat neugierig, und so verbringen wir die nächsten zwei Stunden damit, indem ich ihm meine Geschichte erzähle.

»Aber warum hast Du dem Gericht nicht die Wahrheit gesagt? Warum hast Du nicht gesagt, wer es war, wenn Du doch unschuldig warst?« fragt William mich etwas verständnislos.

»Du meinst, ich hätte den wahren Täter verraten sollen? Es war sicher dumm von ihm, meinem Gutachten diese Zusätze hinzuzufügen. Aber objektiv betrachtet war dies nichts, für das irgend jemand eine Gefängnisstrafe verdient hätte.«

»Aber letztlich bist Du zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden.«

»Ja, aber ich war eben so naiv zu glauben, daß mich ein deutsches Gericht unmöglich für etwas verurteilen würde, woran ich so offenkundig keinen Anteil hatte. Ich nehme an, daß das Gericht ahnte, wer der wirkliche „Täter" war, aber sie hatten keine Beweise gegen ihn. Bei meiner ersten Hausdurchsuchung im September 1993 hat die Staatsanwaltschaften viele Indizien gefunden, die auf den „Täter" hinwiesen, der damals offenbar eine zentrale, aus dem verborgenen handelnde, Rolle für den Revisionismus in Deutschland spielte, und es war klar, daß er damals ein enger Freund von mir war.

Im August 1994, parallel zum Besuch des israelischen Staatspräsidenten Herzog, startete das Bundeskriminalamt dann eine bundesweite Hausdurchsuchungsaktion gegen diese Zentralfigur. Diese zeitliche Parallele war offenbar kein Zufall. Man wollte dem israelischen Staatspräsidenten quasi seinen Kopf präsentieren. An acht Stellen, bei Verwandten und Bekannten, wurde alles auf den Kopf gestellt, einschließlich meiner Wohnung. Aber glücklicherweise wurden wir von einem Informanten innerhalb des BKA gewarnt, und so ging das BKA letztlich völlig leer aus. Man sieht also, daß wir hier und da mit Helfern und Freunden im System rechnen können.

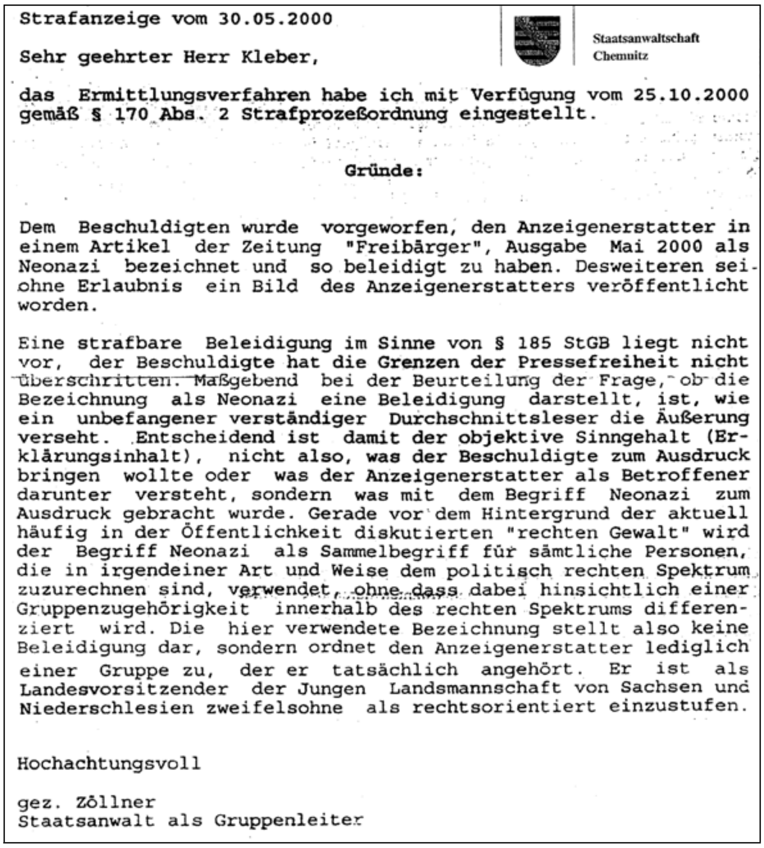
Ich nehme an, daß der Schauprozeß gegen mich der letzte Versuch war, dieser damaligen geheimnisvollen Zentralfigur des deutschen Revisionismus habhaft zu werden. Mit der offenen Drohung, mich als unschuldigen Familienvater zweier Kleinkinder ins Gefängnis zu schicken, hoffte man vielleicht, daß entweder ich den wahren „Schuldigen" präsentiere, oder daß dieser sich selbst stellt. Aber auch dieser Versuch ist gescheitert.

Man hätte den wahren „Täter" wahrscheinlich zu der Höchststrafe von fünf Jahren verurteilt, denn die Verbreitung meines Gutachtens war ja nur einer unter vielen Punkten, die man ihm zu Last gelegt hätte. Wenn also überhaupt irgend jemand moralisch verpflichtet gewesen wäre, die Wahrheit zu sagen, so wäre es der „Täter" selbst gewesen. Aber der hätte sich selbst massiv belasten müssen, und dazu kann ihn keiner zwingen. Aber wie dem auch sei, letztlich ist keiner von uns ins Gefängnis gegangen, und auch alle anderen, die in diese Aktion verwickelt waren, sind davon gekommen. Und alle veröffentlichen und arbeiten sie ununterbrochen und ungehindert weiter im Revisionismus. Was soll's also?

Obwohl ich natürlich nicht mit allem übereinstimme, was mein Freund so von sich gegeben hat – und ich war wirklich aufgebracht über seine unsachgemäßen Zusätze zu meinem Gutachten – so würde ich aber in Sachen Redefreiheit niemals jemanden verraten, so daß dieser deshalb ins Gefängnis kommt. So einfach ist das. Ich möchte ja auch nicht, daß mich jemand für das verrät und ausliefert, was ich gesagt oder geschrieben habe.«

Nachdem wir uns ausgesprochen haben, ist es William nun ganz offensichtlich wesentlich wohler zumute. Ich habe oft bemerkt, daß die Menschen in meiner Privatsphäre oft recht engagiert werden, wenn sie einmal ein wenig teilhaben dürfen an einer echten Kriminalgeschichte mit einer Prise Agententätigkeit und Verschwörung, wie in einem spannenden Film eben. Es ist offenbar positiv stimulierend, einmal einen kleinen Anteil an einer solch spannenden Geschichte zu haben, vorausgesetzt freilich, man bekommt dadurch nicht selbst zu viel Ärger…

In der folgenden Zeit versuche ich zu organisieren, was vor meiner Abreise noch auf die Schnelle organisiert werden muß: Wichtige Korrespondenz, Bestellungen abarbeiten, das Buch *Riese auf tönernen Füßen* sowie die Ausgabe 4/1999 von *VffG* zum Drucker bringen, und schließlich meine zweite Identität in meiner Heimatsiedlung auflösen. Peter kam aus dem Nichts und verschwindet wieder im Nichts. Howard ist mir eine große Hilfe dabei. Er mietet für mich einen Kleinlaster, und wir beide transportieren all mein Hab und Gut nach Ashford und lagern es vorübergehend in einem Container auf dem Grundstück von Williams Druckerei. Dort bleibt es solange, bis ich Bescheid gebe, wohin es verschifft werden soll.



Strafanzeige vom 30.05.2000

Staatsanwaltschaft Chemnitz

Sehr geehrter Herr Kleber,

das Ermittlungsverfahren habe ich mit Verfügung vom 25.10.2000 gemäß § 170 Abs. 2 Strafprozeßordnung eingestellt.

Gründe:

Dem Beschuldigten wurde vorgeworfen, den Anzeigenerstatter in einem Artikel der Zeitung "Freibärger", Ausgabe Mai 2000 als Neonazi bezeichnet und so beleidigt zu haben. Desweiteren sei ohne Erlaubnis ein Bild des Anzeigenerstatters veröffentlicht worden.

Eine strafbare Beleidigung im Sinne von § 185 StGB liegt nicht vor, der Beschuldigte hat die Grenzen der Pressefreiheit nicht überschritten. Maßgebend bei der Beurteilung der Frage, ob die Bezeichnung als Neonazi eine Beleidigung darstellt, ist, wie ein unbefangener verständiger Durchschnittsleser die Äußerung verseht. Entscheidend ist damit der objektive Sinngehalt (Erklärungsinhalt), nicht also, was der Beschuldigte zum Ausdruck bringen wollte oder was der Anzeigenerstatter als Betroffener darunter versteht, sondern was mit dem Begriff Neonazi zum Ausdruck gebracht wurde. Gerade vor dem Hintergrund der aktuell häufig in der Öffentlichkeit diskutierten "rechten Gewalt" wird der Begriff Neonazi als Sammelbegriff für sämtliche Personen, die in irgendeiner Art und Weise dem politisch rechten Spektrum zuzurechnen sind, verwendet, ohne dass dabei hinsichtlich einer Gruppenzugehörigkeit innerhalb des rechten Spektrums differenziert wird. Die hier verwendete Bezeichnung stellt also keine Beleidigung dar, sondern ordnet den Anzeigenerstatter lediglich einer Gruppe zu, der er tatsächlich angehört. Er ist als Landesvorsitzender der Jungen Landsmannschaft von Sachsen und Niederschlesien zweifelsohne als rechtsorientiert einzustufen.

Hochachtungsvoll

gez. Zöllner
Staatsanwalt als Gruppenleiter

***Neo-Nazis:** Endlich ist es offiziell bestätigt: Neonazi sind »*Personen, die in irgendeiner Art und Weise dem politisch rechten Spektrum zuzurechnen sind.*« Da definitionsgemäß 50% aller Menschen rechts der Mitte sind – sonst machte der Begriff Mitte ja keinen Sinn – sind 50% aller Menschen Neo-Nazis. Wo sind die Konzentrationslager, die 50% der Menschheit aufnehmen können?*

Howard erklärt sich damit einverstanden, von mir als Versandmensch angestellt zu werden. Zudem erhält er Unterschriftsberechtigung zu meinem englischen Bankkonto, so daß er bei meiner Abwesenheit alle notwendigen geschäftlichen Dinge erledigen kann. Dies wird mir erlauben, über eine unbestimmte Zeit hinweg die Illusion aufrecht zu erhalten, ich sei nach wie vor in England – und zwar sowohl bei den Behörden als auch bei meinen Kunden. Das einzige wirklich Problem wird die Korrespondenz sein, die mir nachgesandt werden muß, was wohl Wochen in Anspruch nehmen wird.
Als Howard und ich zu meiner Bank gehen, begrüßt mich der Bankangestellte freundlich:
»Guten Tag, Mr. Scheerer! Wie können wir ihnen heute helfen?«
Man fühlt sich gleich wie zu Hause, wenn einen die Leute beim Namen nennen und einen nicht ständig als Nazi beschimpfen. Ich werde das vermissen. Mein kleiner Lagerraum, den ich für Bücher angemietet habe, muß gleichfalls ausgeräumt werden. Ich hoffe bloß, daß der Verwalter des Lagers nichts von der *Sunday Telegraph* Affäre mitbekommen hat.
»Wie geht's Dir, Germar?« begrüßt er mich freundlich. Das ist wie Balsam auf offene Wunden. Zumindest bin ich für ihn noch kein Monster. Ich stelle ihm also Howard vor als denjenigen, der meine Geschäfte in den nächsten Monaten abwickeln wird.
In der Zwischenzeit sagen meine Geschwister einen Besuch ab, den sie für das Wochenende nach meinem Geburtstag eingeplant hatten. Meine Frau hat sie inzwischen über den Schlamassel informiert, in dem ich mich gerade befinde. Ich bin etwas niedergeschlagen angesichts dieser Nachricht. Ich hätte etwas Zerstreuung durchaus brauchen können, aber wahrscheinlich haben sie recht. Nun müßte ich auch John absagen, der meinen Geschwistern seine Bed and Breakfast-Zimmer in Langley zur verfügen stellen wollte. Good old John, über 70 Jahre alt, ist in den letzten Jahren ein enger Freund von uns geworden, insbesondere meiner Frau. Ich möchte ihn nicht mit meinen Problemen beunruhigen. Es war für ihn schon hart genug, daß mich meine Frau mit den Kindern verlassen hat. Ich erkläre John also, daß ich statt meiner Geschwister bei ihm übernachten werde, da meine Geschwister mein Doppelbett bevorzugen (was John wohl denken mag?). Auf diese Weise komme ich am Wochenende aus Williams Haus heraus, und John macht sich keine Sorgen…
Schlagartig fällt mir ein, daß ich einen weiteren für das gleiche Wochenende angekündigten Besucher völlig vergessen habe. Marc Dufour, ein französischer Revisionist, will mich besuchen, um mit mir die Veröffentlichung eines Buches *Die Lüge spricht zwanzig Sprachen* zu besprechen, das er während der letzten Jahre verfaßt hat. Er hat mir die Rechte dazu angeboten. Soviel ich weiß, hat er bereits die Fahrkarte für den Kanaltunnel gekauft. Er wird sicher böse auf mich sein, wenn ich ihm absage. Ich rufe ihn von einem öffentlichen Telefon an und beichte ihm, daß ich ihn unter keinen Umständen am kommenden Wochenende sehen kann. Er ist eingeschnappt. Aber ich kann ihm noch nicht einmal erklären, warum ich ihn nicht treffen kann, habe also keine Möglichkeit, seinen Zorn zu besänftigen.
Andy und Howard versprechen mir, mein Hab und Gut auf den Weg zu schicken, sobald ich ihnen mitgeteilt habe, wo ich mich aufhalte. Ich gebe Andy einen Scheck über 3.000 englische Pfund und bitte ihn, diesen Scheck erst einzureichen, *nachdem* ich das Land verlassen habe. Als Gegenleistung vereinbaren wir, daß Andy mir am Vorabend meiner Abreise 3.000 britische Pfund in bar übergibt. Auf diese Weise habe ich genug Bargeld für die Reise und löse bei meiner Bank keine Alarmglocken aus. Man weiß ja nie…
Als nächstes muß ich einen Weg finden, dieses Land unbemerkt zu verlassen. England, ich mag Dich wirklich, und eigentlich möchte ich gar nicht gehen. Aber anscheinend magst Du mich überhaupt nicht leiden. Du scheinst mich zu hassen. Ich habe verstanden, obwohl ich sicher bin, daß Du Deine Ansicht ändertest, wenn Du mir nur zuhören würdest. Ich bekomme schon beim bloßen Gedanken, England zu verlassen, Heimweh.
Es ist zu gefährlich, das Land per Flugzeug zu verlassen. Als ich England im Juni 1999 für eine zweiwöchige Tour durch die USA verließ, kontrollierte ein Sicherheitsbeamter am Flughafen Heathrow meinen Paß und stutzte:
»Sind Sie deutscher Staatsangehöriger?« frug er mich.
»Ja, warum?«
»Warum beginnen Sie Ihre Reise dann hier in London?«
»Weil ich hier in England wohne.«
»Wo wohnen Sie denn?« hakte er nach.
»In Langley.«
»Haben Sie irgendwelche britische Ausweispapiere?«
»Ähhh – ich habe nur meinen Sozialversicherungsausweis.«
»Das geht in Ordnung. Kann ich den sehen.«
Ich gab ihm den Ausweis, und mit Paß und Ausweis versehen verließ der Beamte die Schalterhalle durch eine Hintertür. Minuten vergingen. Mein Herz schlug merklich schneller, und ich fing zu schwitzen an. Dies war das erste Mal seit meiner Flucht aus Deutschland, daß ich einer Paßkontrolle unterzogen wurde. Was würde geschehen? Und ich Idiot sagte ihm auch noch, ich wohnte in Langley. Mein englischer Sozialversicherungsausweis ist allerdings auf Hastings ausgestellt, auf Howards Wohnung. Oh, Junge! Das konnte Ärger geben!
Der Beamte kam schließlich zurück und gab mir Paß und Ausweis mit der knappen Bemerkung zurück, es sei alles in Ordnung.
Welch eine Erleichterung!
Mich an diese ängstigenden Minuten erinnernd, ist mir klar, daß ein einziger Eintrag in irgendeiner Sicherheits-Datenbank am Flughafen dazu führen kann, daß die ganze Geschichte bei der nächsten Kontrolle weniger glimpflich ausgeht. Zudem muß ich den britischen Behörden ja keine offensichtliche Spur hinterlassen, indem mein Name als Passagier eines Flug von London in die USA feierlich auf allerlei englischen Computern abgelegt wird. Es ist also ratsam, England nicht von einem Flughafen aus zu verlassen. Es ist aber auch keine Alternative, den Ärmelkanal zu überqueren, denn die Paßkontrollen sind dort relative streng. Die einzige Option ist daher Irland. Unabhängiges Südirland. Es sollte kein großes Problem sein, das Irische Meer mit einer Fähre zu überqueren, zumal Südirland im Gegensatz zu Nordirland ja keine Sicherheitsprobleme hat. Ich hoffe daher, daß die Paßkontrollen auf der Fähre recht lasch sind. William teilt mir mit, daß es sogar Zugfahrkarten gibt, die das Fährticket gleich mit beinhalten. Als nächstes fahre ich also zum nächst-größeren Bahnhof, um herauszufinden, was so eine Fahrkarte kostet. Es stellt sich heraus, daß man bei Kauf einer solchen Karte seinen Namen und seine Adresse angeben muß. Allerdings bedarf es keines Ausweises. Ich kaufe also eine solche Fahrkarte nach Dublin für das Wochenende des 13. November auf meinen „zweiten" falschen Namen. Das klappt ja wie am Schnürchen.

Anschließend mache ich meine Mietwohnung übergabebereit, so daß Howard beim Auslaufen des Mietvertrages im Januar 2001 nur noch wenig Arbeit haben wird. Nach getaner Arbeit verlasse ich meine liebgewonnene Siedlung zum letzten Mal. Die Sonne steht tief am Horizont und scheint in wunderbarem Gold über die Weiden. Sogar die Schafe sind aus purem Gold. Ich mag gar nicht gehen. Ist das nicht vielleicht doch nur ein Alptraum? Kann mich denn niemand aufwecken?

Ich halte an, steige aus meinem Auto aus, und setze mich auf eine Bank, um ein letztes mal den Sonnenuntergang daheim zu erleben. Ich werde fürchterliches Heimweh bekommen. Schau es Dir genau an. Präge Dir dieses farbenprächtige Bild ein! Dies ist das letzte Mal, daß Du es zu Gesicht bekommst. Dies wird Dein Seelenfutter sein für die vielen kargen Jahre in der Fremde, die womöglich nun vor Dir liegen…

Es ist Donnerstag Abend. Mein Zug fährt am Samstag. Ich entschließe mich, den Abend in einer mittelalterlichen Schenke im nächsten Dorf zu verbringen, meiner Lieblingsgaststätte. Während ich an der Bar stehe und auf meine Bestellung warte, bemerke ich ein junges Paar mit einer Dame mittleren Alters. Die beiden Damen sprechen mit schwerem deutschen Akzent mit dem jungen Mann, miteinander jedoch sprechen die Damen deutsch. Welch eine wunderbare Gelegenheit zu meinem Lieblingsspiel! Ich gehe auf ihren Tisch zu, schon allein, um nicht völlig alleine zu sein. Ich fange eine Konversation auf Englisch an. Der junge Mann ist offenbar Engländer, aber die beiden Damen sind Deutsche. Sie bemerken aber nicht, daß ich Deutscher bin. Der Engländer bemerkt zwar meinen Akzent, kann ihn aber nicht einordnen, und das, obwohl er mit einer Deutschen verlobt ist. Ich lasse sie alle raten, was meine Muttersprache ist. Ich liebe dieses Spiel, denn es errät fast niemand mehr auf Anhieb, und auch nicht beim zweiten oder dritten Anlauf, daß ich Deutscher bin. Als ich es schließlich preisgebe, sind die beiden Damen sehr überrascht. Ob ich denn die ganze Zeit verstanden hätte, was sie geheimnisvoll miteinander besprochen hätten. Das ist ja der Spaß am Ganzen! In der Schule habe ich Englisch mit einer 5 abgeschlossen. Und nun erkennt man kaum mehr meinen Akzent. Wenigstens eine kleine Genugtuung! Der Abend ist erfolgreich in dem Sinne, daß er mich völlig von meinen Sorgen und Nöten ablenkt.

Am nächsten Tag arbeite ich die restlichen bürokratischen Kleinigkeiten ab und packe meine sieben Sachen. Am Abend, als ich die letzten Dinge zusammenkrame, bemerke ich, daß mein Paß nicht dort ist, wo ich glaube in zuletzt hingelegt zu haben. Ich werde nervös. Wo ist mein Paß? Die Nervosität steigert sich zusehends. Ich öffne alle Kartons und Pakete wieder, die ich gerade erst zugeklebt habe. Ich durchsuche alles, drehe jeden Papierstapel zweimal um. Nichts. Er ist verschwunden.

Als William von der Arbeit zurückkommt, berichte ich ihm von diesem Malheure. Er ruft Andy an, um das für diesen Abend arrangierte Treffen zur Übergabe der £3.000 zu streichen. Anschließend durchsuchen wir zusammen noch einmal all meine Unterlagen und gehen alle meine Handlungen und Aufenthaltsorte der letzten Tage durch.

Am Samstag Morgen, dem Tag meiner geplanten Abfahrt, fahre ich zu Andys Haus und berichte ihm vom verlorenen Paß. Wir suchen sein Haus ab. Vielleicht habe ich den Paß ja dort liegen lassen. Aber wir finden nichts.

Ich fahre in meine leere Mietwohnung, aber auch dort ist nichts zu finden. Habe ich den Paß in jener stürmischen Nacht verloren, als ich über die Weiden von hinten zu meiner Wohnung ging? Nein, daß kann nicht sein, da ich mich definitiv erinnere, ihn in Williams Wohnung abgelegt zu haben. Oder liegt er vielleicht bei John, wo ich am vorigen Wochenende übernachtete? Aber auch dort ist nichts zu finden.

Verlor ich ihn am Donnerstag Abend in der Schenke, als ich meine Windjacke achtlos auf den Stapel mit den anderen Jakken warf? Ich rufe dort an, aber auch dort wurde nichts gefunden. Auch alle Nachfragen an ähnlichen Orten, wo ich in den letzten zehn Tagen war, ergeben nichts. Wo ist dieses verdammt Ding?

Michael Davies, der vierte Mann in Andys Druckerei, versucht mich an diesem Wochenende etwas aufzumuntern. Da ich am Wochenende ja nicht bei William schlafen kann, läßt mich Michael am Samstag und Sonntag bei sich wohnen. Er nimmt mich zu einem ausgedehnten Spaziergang um den Devil's Dyke nördlich von Brighton mit. Außerdem gehen wir zusammen Badminton spielen. Er schlägt mich. Ich habe seit 10 Jahren nicht mehr gespielt, und es ist daher kein Wunder, daß ich mit ihm nicht mithalten kann. Michael meint, er trainiere insgeheim, weil ihn Andy schon seit einigen Monaten einläd, seiner Badminton-Gruppe beizutreten, aber er will sich nicht blamieren und trainiert deswegen, um sie dann mit einer grandiosen Leistung zu beeindrucken. Das wird Dir zweifellos gelingen, Michael! Ich hatte vor drei Jahren nicht die geringsten Probleme, Andy und seine Freunde zu schlagen, selbst in der schlechten Form, in der ich damals schon war. Du wirst sie daher alle besiegen!

Während wir weiterhin nach meinem Paß suchen, entschließe ich mich, bei der deutschen Botschaft in London einen neuen ausgestellt zu bekommen. Ich sammle daher alle notwendigen Informationen. Es stellt sich heraus, daß man einen provisorischen Paß schon in ein paar Tagen bekommen kann. Die Ausstellung eines richtigen Passes benötigt aber etwa 6 Wochen, aber er kann als Einschreiben an eine Postadresse gesandt werden. Das ist gut, denn ich möchte doch verhindern, zweimal in die Höhle des Löwen gehen zu müssen. Am Montag lasse ich zunächst einen Satz Paßbilder von mir machen. Seit fast zwei Wochen habe ich mich schon nicht mehr rasiert. Nach über drei Jahren in England hat mein Elektrorasierer immer noch einen deutschen Stecker, und mein Adapter ist gut verstaut in irgendeinem Karton. Da kann man nichts machen. Die Paßbilder sehen dann auch erwartungsgemäß schrecklich aus. Ich muß aber wohl gestehen, daß sie mir irgendwie ähnlich sehen müssen.

Anschließend geht es per Bahn nach London Victoria, und von dort bahne ich mir meinen Weg durch Londons U-Bahn-System zur deutschen Botschaft. Ich betrete das Gebäude mit einem ungeheuer flauen Gefühl in der Magengegend. Es ist kaum jemand im Wartesaal, und so erhalte ich die auszufüllenden Formulare schon nach wenigen Minuten. Jetzt kommt es darauf an. Ich händige der Dame am Schalter meine Unterlagen aus, und Sie fängt an, meine Daten in den Computer einzutippen.

Mal sehen, was passiert.

Sie zögert und schaut sich irgend etwas näher am Bildschirm an. Dann legt sie meinen Antrag zur Seite und kommt zum Schalter zurück:

»Würden Sie bitte einen Augenblick lang Platz nehmen, Herr Scheerer?«

»Warum? Stimmt was nicht?«

»Es gibt da ein Problem. Ich muß erst meinen Chef fragen. Bitte setzen Sie sich dort einen Moment hin«

Ich rieche eine Falle. Die Dame steht da und wartet, daß ich mich endlich setze. Also tue ich ihr den Gefallen und setze mich. Kaum daß ich sitze, verläßt sie den Schalterraum durch eine Hintertür. Und kaum daß sie den Schalterraum verlassen hat, springe ich auf und verlasse die Botschaft in zügigem Schritt. Du betrittst besser keinen deutschen Boden mehr, noch nicht einmal eine deutsche Botschaft! Die haben Dich ganz offenbar in ihrer Datenbank entsprechend vermerkt!

Draußen angekommen, mache ich mich im Eilschritt auf den Weg zum nächsten U-Bahn-Eingang. Als ich eine Straße einen Block hinter der deutschen Botschaft überqueren will, stoppt plötzlich ein großes schwarzes Auto vor mir und versperrt mir den Weg. Mein Herz bliebt fast stehen.

»Können Sie mir sagen, wo der Hamilton Crescent ist?« fragt mich der Fahrer. Gottseidank nur eine dumme Frage! Nein, ich kann ihm nicht helfen, und selbst wenn ich es könnte, so würde ich mir bestimmt jetzt keine Zeit für ausführliche Wegbeschreibungen nehmen. Noch um zwei Ecken herum, und Londons Untergrund verschluckt mich wieder. Auf und davon.

Sobald ich zurück bin, gehe ich zur nächsten öffentlichen Telefonzelle und rufe die deutsche Botschaft an. Man verbindet mich mit der Dame, die mich zuvor bedient hat. Ich entschuldige mich dafür, daß ich nicht warten konnte, und frage sie, ob sie inzwischen herausgefunden hat, wo das Problem liegt.

»Es liegt ein Paßverweigerungsgrund gegen Sie vor« erklärt sie.

Mich unwissend stellend, frage ich: *»Was heißt das denn?«*

»Das heißt, daß wir ihnen keinen neuen Paß ausstellen dürfen.«

»*Und warum nicht, wenn ich fragen darf?*«

»Das kann ich Ihnen leider nicht sagen. Unser Datensatz enthält keine Informationen über den Grund.«

Sie ist womöglich sogar aufrichtig und sie weiß wirklich nicht, was gegen mich vorliegt. Nun, ich selbst weiß es natürlich, aber ich verkneife es mir, ihr irgend etwas zu erzählen. Ich lege also auf, trotte etwas deprimiert zu meinem Auto zurück und fahre zurück zu Williams Haus.

Was könnte ich sonst noch unternehmen? Vielleicht muß ich England ja gar nicht verlassen? Vielleicht können mich die britischen Behörden aus juristischen Gründen gar nicht ausliefern? Wie wäre es also, wenn ich zur Abwechslung mal juristischen Rat einhole? Schon in den Anfangszeit meines Aufenthalts in England habe ich Kontakt zu einem Anwalt aufgenommen, der in derartigen Fällen Erfahrung hat. Er kennt meinen Fall und hat womöglich sogar in den Medien verfolgt, was gegen mich im Gange ist. Ich fahre also zurück in die Großstadt zu einem öffentlichen Telefon und rufe ihn an. Wie sich herausstellt, hat er die Medienkampagne gegen mich tatsächlich verfolgt und ist voll im Bild, was sich ereignet.

»Was meinen Sie also, was höchstwahrscheinlich passieren wird, wenn man mich findet?« frage ich ihn.

»Die europäischen Auslieferungsgesetze haben sich in den letzten Jahren massiv geändert. Soweit ich es verstanden habe, wurden Sie in Deutschland für ein Vergehen verurteilt, das formell gesehen auch hier in Großbritannien ein Vergehen darstellt mit einer ähnlichen Strafandrohung. Unter diesen Umständen werden EU-Bürger sofort ausgeliefert, und zwar ohne das Recht auf eine juristische Anhörung.«

»Aber das Vergehen, das ich angeblich begangen habe, würde in England doch noch nicht einmal zu einem Ermittlungsverfahren führen, von einer Verurteilung ganz zu schweigen« erwidere ich.

»Das ist sicher richtig, aber Sie werden keinen einzigen englischen Richter dazu bringen, sich Ihren Fall anzuhören. Ihr Fall wird auf einer reinen Verwaltungsebene behandelt werden. Die Justiz spielt darin gar keine Rolle. Ich sehe es daher als 99,9% sicher an, daß Ihnen niemand bei dem zuhören wird, was Sie zu sagen haben. Sie haben einfach kein Recht auf eine juristische Anhörung.«

»Es gibt also keinerlei Hoffnung?«

»Leider nein.«

»Danke schön für diesen Rat.«

Ist dies das Ende vom Lied?

Inzwischen suchen alle fieberhaft nach meinem Paß, aber ohne Ergebnis. William fragt sogar bei den örtlichen Polizeidienststellen an, ob dort irgendwelche deutschen Ausweispapiere gefunden wurden. Aber auch dort ist das Ergebnis gleich Null. Es hätte mich auch zu Tode erschrocken, sollte die Antwort der Polizei positiv gewesen sein. Das hätte immerhin die perfekte Falle sein können.

Nun heißt es also umplanen. Ohne Paß kann ich nicht in die Staaten reisen, aber der mir verbliebene Personalausweis gibt mir wenigstens noch Reisefreiheit innerhalb Europas. Ich bitte Howard daher, meine abgelaufene Fahrkarte nach Dublin in nächster Zeit zurückzugeben und zu versuchen, sie wenigstens teilweise erstattet zu bekommen. Zudem gebe ich meinen englischen Freunden nun meine geänderten Pläne bekannt: Ich werde das Land in Richtung Südirland verlassen und mich dort für die nächsten Jahre unter einer neuen Identität verstecken. Ein Freund von mir wohnt dort und erklärt sich spontan bereit, mich unterzubringen und beim Aufbau einer neuen Identität zu helfen.

Aufgrund der durch diesen Aufstand hervorgerufenen Verzögerung komme ich immerhin noch in die Lage, die Druckfahnen des Buches *Riese auf tönernen Füßen*, die am Mittwoch vom Drucker kommen, korrekturlesen zu können. Was für ein Glück im Unglück: Die Seitenzahlen im Inhaltsverzeichnis sind völlig durcheinandergewürfelt. Was für ein Desaster wäre das gewesen, hätte ich es nicht noch in letzter Stunde korrigieren können…

Am Donnerstag erledige ich dann die letzte Korrespondenz und fange wieder einmal an, alles einzupacken, diesmal für eine Reise mit meinem kleinen Renault Clio auf einer anderen Fähre über das Irische Meer. Andy bekommt Bescheid, daß ich ihn am Freitag Abend treffen möchte, um die 3.000 Pfund zu erhalten. Und während ich so meine sieben Sachen packe, klappe ich auch einen kleinen Karton auf, den ich mir für jene Sachen zurückgelegt habe, die in letzter Sekunde einzupacken sind. Die in den letzten Tagen bearbeiteten Briefe und Dokumente werde ich in diesem Karton ablegen.

Ich traue meinen Augen nicht: In diesem Karton liegt mein Paß obenauf und grinst mir frech ins Gesicht! Halleluja! Aber dann greife ich mir an den Kopf. Warum habe ich nie in diesem Karton nachgeschaut? Und wieso zum Teufel habe ich meinen Paß in diesen Karton gelegt, der doch dazu bestimmt ist, mit all meinem anderen Hab und Gut im Frachtcontainer auf die Überführung zu warten? Meinen Paß muß ich aber doch immer bei mir haben. Germar, Du bist ein selten dämliches Riesenrindvieh! Meine Unfähigkeit zu suchen war ja schon immer legendär.

Als William nach Hause kommt, berichte ich ihm sofort die frohe Botschaft, ermahne ihn aber zugleich, es niemandem zu

sagen. Denn falls es irgendwo im System ein Leck gibt, so wird die in den letzten zehn Tagen verbreitete Desinformation Gold wert sein.
»Das ist genial! Hast Du das von Anfang an so geplant? War das alles eine Show, was Du hier abgezogen hast?« fragt er mich völlig überwältigt.
»Nein, nein, das war leider alles echt. Ich war wirklich am Ende mit meinen Nerven. Ich weiß wirklich nicht, warum ich meinen Paß zu den Bürosachen gepackt habe. Aber wie dem auch sei. Das ganze Theater kommt uns jetzt sehr gelegen, denn jetzt glaubt jeder, daß ich meinen Paß verloren habe. Ich habe das sogar David Irving per Email mitgeteilt. Ich bin mir ziemlich sicher, daß sich diese schlechte Nachricht mittlerweile weiter verbreitet hat. Und sogar die deutschen Behörden glauben nun, daß ich in England in einer Falle sitze. Laß sie das ruhig alle weiter glauben!«
»Das ist perfekt!« meint William.
Am Tag darauf besorge ich mir ein zweites Mal ein Zugticket nach Dublin. Diesmal hält mich nichts mehr auf! (Hoffentlich…)
Gegen 8 Uhr abends treffe ich Andy vor einem italienischen Restaurant. Er überreicht mir das Geld und lädt mich zu einem letzten Abendessen in England ein. Fast drei Stunden lang sitzen wir zusammen und plaudern über alles Mögliche, und natürlich über meine Pläne, eine neue Existenz in Irland aufzubauen. Er muß ja auch nicht wissen, daß ich meinen Paß wieder gefunden habe. Also lasse ich auch ihn in seinem Glauben.
Was wäre ich ohne solche Freunde?
Mein Zug fährt am frühen Samstag morgen ab, dem 20. November 1999. Noch vor der Morgendämmerung verlasse ich Williams Haus. Ich wähle einen Umweg und fahre die Straßen meiner Heimat ab. Ein letztes Mal werfe ich einen Blick auf die langsam in der Dämmerung erwachende Natur. Ich parke mein Auto in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof. Howard hat versprochen, sich des Autos anzunehmen und es dem örtlichen Renault-Händler zu verkaufen. Mit sieben Jahren, 130.000 km und dem Lenkrad auf der falschen Seite wird er dafür wohl kein Geld bekommen.
Meine Zugreise zum Fährhafen in Pembroke über London ist absolut entspannend, verglichen mit den letzten drei Wochen. Im Fährhafen muß ich mein Reisegepäck, das aus nur einer Reisetasche besteht, einem Hafenarbeiter übergeben und in einen Bus einsteigen. Das macht mich schon etwas nervös. Macht keine Fehler, Jungs! Diese Tasche ist alles, was ich besitze! Ich hoffe zudem, daß ich im richtigen Bus sitze, der in die richtige Fähre einfährt.
Im Innern der Fähre sagt man uns dann, daß wir uns um unser Gepäck nicht zu kümmern brauchen, da es im Gepäckabteil des Busses bleibt. Wir würden es nach der Ankunft in Dublin ausgehändigt bekommen. Wie kommt es bloß, daß mich das alles nervös macht?
So selbstverständlich es auch ist, daß es beim Verlassen Großbritanniens keine Ausweiskontrollen gibt, es beruhigt mich doch ungemein, keine englischen Unifomierten zu sehen. Die Reise verläuft ruhig, ja geradezu langweilig. Aber wer wollte sich beschweren. Ein kurzer Flirt mit einer der jungen Damen im Delikatessenladen ist das aufregendste, was diese Fähre zu bieten hat. Die Filme im Kino interessieren mich überhaupt nicht, und zum Schlafen bin ich auch nicht müde genug. So vertreibe ich mir halt die Zeit damit, endlos in die Irische See zu starren und meine Gedanken treiben zu lassen: Zuerst die entschwindende heimatliche britische Küste, und dann, nach etwa zwei Stunden, die sich nähernde irische Küste.
Bei der Ankunft in Irland verhält es sich freilich etwas anders in Sachen Ausweiskontrolle, aber mehr als ein flüchtiger Blick in meinen Paß passiert auch hier nicht. Keine Scanner oder Computer weit und breit in Sicht. Das ist eben der Unterschied zwischen einem Flughafen und einem Fährhafen. Ich mag das!
»Wo kommen Sie her?« fragt mich einer der irischen Beamten. Er erwischt mich auf dem falschen Bein.
»Aus England, natürlich. Ich meine, die ganze Fähre kommt doch aus England, oder?«
Was für eine blöde Frage war denn das? Vielleicht wollte er ja wissen, wo ich wohne, aber meine Antwort auf diese Frage hätte genauso gelautet. Wie dem auch sei, den Beamten kümmert es nicht, und er läßt mich anstandslos passieren. Es dauert ein paar Minuten, bis ich mein Gepäck ausgehändigt bekomme, und einige weitere, bis ich herausgefunden habe, wo denn ein Bus nach Dublin abfährt. Wie sich herausstellt, ist der Fährhafen recht weit südlich von Dublin gelegen, der Flughafen aber liegt nördlich der Stadt. Ich muß folglich in der Stadtmitte umsteigen. Als ich endlich im Flughafen ankomme, ist es schon nach 18:00 Uhr, und keine der Fluggesellschaften, die Flüge in die Staaten anbieten, hat mehr offen. Eine Putzfrau sagt mir, ich müsse am nächsten Morgen wiederkommen, so gegen 8 Uhr. Ich bin enttäuscht. Eigentlich wollte ich so schnell wie möglich aus Europa verschwinden. Aber da ja niemand weiß, daß ich hier bin, ist es eigentlich auch egal.
Ich frage einen Taxifahrer nach einer günstigen Übernachtungsmöglichkeit, und der nimmt die Gelegenheit beim Schopfe, um mich zurück zur Innenstadt zu fahren, wo seiner Erfahrung nach die billigsten Unterkünfte zu finden sind. Während der halbstündigen Fahrt entwickelt sich ein nettes Gespräch über die Engländer, die Iren und die Deutschen und deren Beziehungen zueinander.
Es stellt sich heraus, daß der Taxifahrer mich bei einer Art Jugendherberge abgeliefert hat. Dort muß ich meinen Ausweis als Sicherheit hinterlegen, und der Angestellte an der Rezeption trägt alle möglichen persönlichen Daten in seinen Computer ein. Muß das sein, das hier wieder mal alle möglichen Spuren gelegt werden? Nun ja, es ist wohl unwahrscheinlich, daß diese billige Absteige einen direkten heißen Draht nach London oder gar Berlin hat, also was soll's.
Nachdem ich ein wenig von meiner Futterration zu mir genommen habe, mache ich einen Bummel durch Dublins Innenstadt. Da wir uns schon auf Weihnachten zubewegen, erstrahlt die Stadt im auch hier üblichen Weihnachtsschmuck. Allerdings bin ich etwas enttäuscht über diese Stadt. Ich hatte sie mir etwas füßgänger- und touristenfreundlicher vorgestellt. Aber zumal ich hier ja nicht bleiben will, kann's mir auch egal sein…
Geschlafen wird in einem großen Schlafraum mit zehn anderen Kerlen zusammen. Um 5:30 ist für mich die Nacht allerdings schon zuende. Nach einer warmen Dusche und einem hastigen Frühstück geht es dann per Taxi zurück zum Flughafen. Ich bin allerdings zu früh und muß etwa eine Stunde warten, bevor die Schalter der Fluggesellschaften aufmachen. Es ist gar nicht so einfach, an diesem Sonntag für den gleichen Tag ein Flugticket in die Staaten zu bekommen, aber nach ein bißchen hin und her, und um 1,000 irische Pfund ärmer, ge-

lingt es schließlich. Flugziel: Huntsville, Alabama, via New York. Geradewegs zu Robert Countess. Er hat mich für seinen Verlag angeheuert, und nun wird er mit der Tatsache leben müssen, daß ich frühzeitig und völlig unangemeldet bei ihm hereinschneie.

Allerdings geht es zunächst auf einen Umweg. Der Flug geht über Shannon in Südwest-Irland. Dort müssen alle Passagiere, die weiter nach New York fliegen, das Flugzeug verlassen und durch die Einwanderungskontrolle der US-Behörden gehen. Es ist mir neu, daß die US-Behörden diese Formalitäten bereits auf ausländischem Boden erledigen, aber mir soll das Recht sein. Vielleicht ist dies sogar ein großer Vorteil für mich. Denn für den Fall der Fälle, daß man mich abweisen sollte, strande ich ganz einfach in Irland. Das wäre ohnehin des Land meiner zweiten Wahl gewesen. Würde ich in den USA abgewiesen werden, würde man mich womöglich sogar verhaften und in einen Flieger nach England oder Deutschland zurücksenden und die dortigen Behörden auch noch einweisen. Von daher kann mir eigentlich nichts Besseres passieren.

Als EG-Staatsbürger muß man für Urlaubs- und Geschäftsreisen in die USA Gottseidank kein Visum haben, sondern vor der Paßkontrolle nur ein kleines grünes Formular ausfüllen und Fragen des Stils „Waren Sie Mitglied in einer Nazi-Organisation“ oder „Sind Sie zu zwei Gefängnisstrafen von zusammen mehr als zwei Jahren Haft verurteil worden“ beantworten (knapp drunter, Leute!).

Freilich weiß ich, daß dieser sogenannte Visa-Waiver kein Weg ist, um in die Staaten einzuwandern oder auch nur, um dort temporär zu arbeiten. Mit Robert Countess hatte ich diesbezüglich schon einen heftigen Streit. Schon Anfang Oktober hatte dieser eine Einwanderungsanwältin ausfindig gemacht, die sich um meine Einreise kümmern sollte. Und diese Dame habe, so Countess, steif und fest behauptet, ich könne mit einem Visa-Waiver kommen und mein Status könne dann hier angepaßt werden. Ich habe ihm kein Wort geglaubt, denn auf dem Visa-Waiver steht explizit, daß diese zeitlich beschränkte Aufenthaltserlaubnis nicht zur Aufnahme irgendwelcher Erwerbstätigkeiten berechtigt und auch nicht in eine andere umgeändert werden kann. Aber Dr. Countess bestand darauf, daß eine solche Anpassung möglich sei, da dies zweimal von besagter Anwältin bestätigt worden sei. Aber wie dem auch sei, ich habe nun keine Wahl mehr, und wenn sich später herausstellen sollte, daß mein Aufenthaltsstatus nicht angepaßt werden kann, so werden wir eben eine andere Lösung finden müssen.

Der US-Grenzbeamte sieht mich an und fragt mich nach meinem Flugticket.

»Sie haben ja nur einen Hinflug. Mit einem einfachen Flug können wir Ihnen die Einreise nicht genehmigen. Sie müssen schon ein Rückflugticket vorzeigen.«

Sch…e. Was soll ich denn darauf antworten?

»Ja, aber ich weiß noch nicht, wann ich zurückkehren werde. Deshalb habe ich erst einmal nur einen einfachen Flug gebucht.« Erkläre ich ihm.

»Was ist denn der Zweck Ihrer Reise?« fragt er.

»Ich bin dabei, mit meinem Verlag in den US-Markt zu expandieren, und will deshalb so eine Art Zweigstelle in den USA eröffnen. Das braucht einige Zeit, und ich werde eine Menge herumreisen.«

Er mustert mich von oben bis unten, schaut sich mein unrasiertes Gesicht an und meine lässige Reisekleidung und scheint mir nicht so recht zu glauben. Nun ja, zugegebenermaßen, ich sehe nicht gerade wie ein Geschäftsmann aus, der sein Unternehmen auf Weltmaßstab expandierten will. Aber das ist ja genau das, was ich vorhabe und weshalb ich mit Robert Countess dieses Geschäftsabkommen geschlossen habe. Und schließlich will ich wirklich irgendwann zurück nach Englands Sonnenscheinküste, wenn man mich nur läßt…

Der Grenzbeamte murmelt etwas vor sich hin, macht seinen Stempel in meinen Paß, und meint beiläufig: *»Das nächste Mal besorgen Sie sich besser ein Rückflugticket.«*

Nun, ich mag Rückflugtickets, aber die haben für mich den Haken, daß sie eben nicht funktionieren. Es wären für mich leider Tickets ohne Wiederkehr…

Und das war’s. Hurra! Ich bin durch!

Der Flug nach New York ist so langweilig wie alle Flüge, und in New York muß ich mehrere Stunden auf meinen Anschlußflug nach Huntsville warten. Dort komme ich gegen 9 Uhr abends an. Bob Countess ist zu dieser für ihn fortgeschrittenen Zeit bestimmt schon im Bett, und so versuche ich erst gar nicht, ihn anzurufen. Statt dessen rufe ich Jack Stevens an, einen Freund von Bob, den ich bei meinen letzten zwei Kurzbesuchen im Juni und September kurz besucht habe. Er und seine Frau Suzan sind um diese Zeit bestimmt noch auf. Allerdings geht keiner ans Telefon. Erst beim dritten Anlauf klappt es dann.

»Hallo?«

»Hi Jack, ich bin’s Germar«

»Oh! Wie geht’s Dir denn?«

»Danke, gut. Horch, ich bin hier in Huntsville am Flughafen.«

»Oh, wirklich? Du hast es also geschafft, aus dem belagerten Europa herauszukommen, wie? Ich wußte gar nicht, daß Du kommen würdest!«

»Ja, ich bin raus. Und daß es keiner weiß, ist ja genau der Sinn des ganzen Spiels. Ob ich wohl heute Nacht bei Dir übernachten darf?«

»Klar. Mein Haus soll auch Dein Haus sein. Weiß Bob, daß Du hier bist?«

»Nein. Keiner weiß es. Du bist der erste, dem ich es sage. Weißt Du, ich wollte Bob so spät nicht mehr belästigen, weil er bestimmt schon schläft. Deswegen habe ich sofort Dich angerufen. Kommst Du mich abholen, bitte?«

»Das geht schon in Ordnung. Du bist hier wirklich willkommen. Du kannst sogar länger bei uns bleiben, wenn Du willst. Ich werde in etwa einer halben Stunde am Flughafen sein.«

»Danke. Und sag bitte noch niemandem etwas, ja?«

»Klar. Bis gleich.«

»Bis gleich.«

Nach einer halben Stunde ist Jack dann tatsächlich da, und wir fahren zu seinem Haus. Suzan heißt mich auf ihre herzliche Weise willkommen, so daß ich mich wirklich wie daheim fühle. Ich habe die Stevens’ erst zweimal relativ kurz gesehen, aber das hat ausgereicht, um daraus eine wahre und zuverlässige Freundschaft werden zu lassen. Schön zu wissen, daß ich mich auf sie verlassen kann.

Am nächsten Morgen ruft Jack Bob an und teilt ihm mit, daß hier eine große Überraschung auf ihn warte, weshalb er doch bitte so schnell wie möglich vorbeikommen möge. Er sagt Bob nicht, was es ist, das er hier abholen soll, obwohl Bob ihn recht massiv bedrängt.

Einige Stunden später erscheint Bob dann in seinem neuen VW Käfer und die Überraschung steht ihm wahrlich ins Ge-

sicht geschrieben, als er mich erblickt. Auf unserm Weg zu seinem Haus erzähle ich ihm dann von meiner Odyssee. Bei ihm angekommen, frage ich ihn sogleich, ob ich Catherine Link in Cincinnati anrufen darf, die ich im September bei Irvings Real History Konferenz kennenlernte. Freilich darf ich, sagt er. Ich solle noch nicht einmal fragen.

Catherine fällt aus allen Wolken, als ich mich bei ihr melde. Schnell vereinbaren wir, daß ich sie am nächsten Wochenende besuchen komme, wenn ihre Kinder bei ihrem Vater zu Besuch sind und sie sturmfreie Bude hat. Anschließend an dieses Gespräch erklärt mir Bob, daß er sich von dieser Anwältin getrennt habe, da sie offenbar inkompetent gewesen sei. Er habe jetzt eine Adresse eines Einwanderungsanwalts in Birmingham, ein Orientale, der ihm sehr bewandert und engagiert erscheint. Wir beschließen, ihn anzurufen und für die kommende Woche einen Besuchstermin bei ihm auszumachen.

Am Samstag Morgen fliege ich dann nach Cincinnati, und Catherine holt mich am Flughafen ab. Sie lädt mich zu einem Mittagessen bei LaRosa's Pizzeria ein. Ich nehme die Gelegenheit wahr und frage sie, ob sie vielleicht daran interessiert sei, bei dem Verlag, den ich nun zusammen mit Bob Countess aufbauen will, als Sekretärin angestellt zu werden. Sie ist geradezu enthusiastisch angesichts dieser Gelegenheit und sagt sofort zu. Nach dem Essen möchte mir Catherine dann ihr Haus zeigen, daß sie gerade zum Verkauf angeboten hat. Wir steigen also wieder in ihr Auto und fahren ein paar Kilometer weiter. Während wir uns ihrem Haus nähern, reduziert sie das Tempo und wird zusehends nervös.

»Oh mein Gott, da sind je überall Polizisten.«

»Fünf Streifenwagen.« zähle ich geschwind.

»Du mußt wissen, daß ich Ärger mit meinem Sohn Paul habe. Er macht gerade eine Zwangstherapie wegen Schizophrenie mit und ist gestern aus dem Krankenhaus geflohen, wo er auf Anordnung der Polizei eigentlich hatte bleiben sollen«, erklärt Catherine.

»Demnach sucht die Polizei nach ihm?« frage ich.

»Ich bin mir fast sicher. Sieh nur, das ist mein Haus. Sie haben mein Haus umstellt!«

Catherine fährt ganz langsam am Haus vorbei. Plötzlich wird einer der Polizisten argwöhnisch ob des langsam vorbeifahrenden Autos und kommt daher auf unser Auto zu. In Sekunden sind wir von etwa zehn Polizisten umgeben, einige von ihnen zielen mit ihren Pistolen auf uns.

»Oh mein Gott, die zielen auf Dich!« schreit Catherine auf.

»Hände hoch!«, schreit einer der Polizisten, aber irgendwie kann ich nicht glauben, daß die mich meinen. Das kann ja gar nicht sein. Warum sollten sie? Ich öffne also die Tür, um zu fragen, was eigentlich los ist, aber das war ein verhängnisvoller Fehler. Die Polizisten sind extrem nervös und hocherregt. Sie interpretieren dies offenbar als Bedrohung. Einer der Polizisten hält mir seine Pistole ins Gesicht. Ein anderer zerrt mich aus dem Auto und drückt mich bäuchlings auf den Rasen. Ein dritter legt mir Handschellen an. Ratsch-Ratsch. Das war's…

Alle sind fürchterlich aufgeregt, vor allem Catherine, die die Polizisten verzweifelt davon zu überzeugen versucht, daß ich nicht der bin, für den sie mich halten.

»Das ist nicht mein Sohn. Ihr habt den Falschen. Bitte laßt ihn gehen!« Sie ist völlig außer sich.

»Wer sind Sie denn?« wird sie gefragt. Sie reißen mich vom Rasen hoch. Catherine weist sich mit ihrem Führerschein aus und erklärt, daß der, den sie wahrscheinlich suchen, ihr Sohn Paul Link sei.

»Aber das ist nicht mein Sohn. Das ist nur ein Besucher, ein Freund, der mich hier in den Staaten besucht!«

»Ma'am, regen sie sich bloß nicht so auf! Bleiben sie dort bei ihrem Fahrzeug stehen und warten Sie, bis wir ihn identifiziert haben. Wenn Sie recht haben, dann gibt es gar keinen Grund, aufgeregt zu sein.«

Ich zittere am ganzen Leib. Inzwischen glotzt die ganze Nachbarschaft. Ich sage den Polizisten, daß sich mein Paß in der Innentasche meiner Jacke auf dem Rücksitz von Catherines Auto befindet. Ein Beamter holt die Jacke aus dem Auto, entnimmt ihr den Paß, und geht damit zu einem der Streifenwagen, offenbar, um meine Daten in eine Suchbank einzugeben. Ein anderer Beamter spricht per Funk mit irgend jemandem, um genauere Informationen über die Person zu erhalten, die gesucht wird. Ihm wird mitgeteilt, daß Paul Link viele Tätowierungen am Arm hat. Flugs krempelt man mir meine Ärmel hoch und stellt fest, daß ich keine einzige Tätowierung habe.

»Das ist nicht unser Mann. Wir haben den Falschen. Das ist er nicht.« sagte einer der Polizisten.

Der Polizist, der meinen Paß kontrolliert hat, steigt annähernd zeitgleich aus seinem Wagen aus.

»Nichts. Der Junge ist sauber.«

Die Beamten nehmen mir die Handschellen ab, geben mir meinen Paß zurück und entschuldigen sich bei mir.

»Nun, wenn man all die üblichen Vorurteile über dieses Land hat, so ist das hier ja wohl so ziemlich genau das, was man erwartet, oder? Es war zumindest ein aufregendes Abenteuer.« antworte ich ihnen mit einem breiten Grinsen im Gesicht.

»Oh mein Gott! Da schaffst Du es mit Ach und Krach, aus dem belagerten Europa herauszukommen, und ich verpfusche hier beinahe alles. Es tut mir so leid!« entschuldigt sich Catherine anschließend.

Willkommen in Amerika!

Fortsetzung folgt



Niemals aufgeben!

Bücherschau

»Die Strafbarkeit des Auschwitz-Leugnens«

Juristische Dissertation: sachlicher Holocaust-Revisionismus ist nicht strafbar

Von Dipl.-Chem. Germar Rudolf

Durch den Untergang des Kommunismus und der damit einhergehenden Wiedervereinigung Deutschlands bekamen der Patriotismus und gleichfalls alle damit zusammenhängenden oder verwandten Geisteshaltungen einen unverhofften Auftrieb. Dadurch in die Zange genommen, sah sich das internationale sowie besonders das bundesdeutsche linksintellektuelle Establishment in einer akuten ideologischen Krise. Durch das Aufbauschen eines rechten Schreckgespenstes wurde die linke Ideologie „neu" definiert als Feindschaft gegen den „Faschismus" und alles, was dem nahe steht oder ihn angeblich irgendwie menschlicher erscheinen läßt. Als Ergebnis wurde Deutschland in den frühen 90er Jahren von einer politischen und medialen Propagandawelle bisher unbekannten Ausmaßes erfaßt, die kaum je abflaute und im Jahr 2000 ihren bisherigen Höhepunkt fand mit einer geradezu hysterisch zu nennenden Hatz gegen alles „Rechte". Auch die Justiz blieb von dieser Kampagne nicht unberührt und hat in den letzten zehn Jahren die Verfolgung von Menschen rechter politischer Auffassungen enorm gesteigert.

Obwohl der Holocaust-Revisionismus an sich unpolitisch ist, so wird er dennoch generell als „Hilfsideologie" der politischen Rechten angesehen, ist er doch potentiell dazu geeignet, die heuchlerische Moral der politischen Linken zu entlarven und ihr die Wunderwaffe „Auschwitz-Keule" zu entreißen, mit der sie unbequeme Diskussionen einfach abwürgen kann und mit der sie die gesellschaftliche und juristische Verfolgung Andersdenkender im Kern begründet. So verteidigt sie ihre dominante gesellschaftliche Rolle eifersüchtig.

Die Strafbarkeit des Holocaust-Revisionismus ist daher als der Kern zu betrachten in der Auseinandersetzung nicht nur um die fundamentalen Menschenrechte in Deutschland, wie dem Recht auf politische Opposition, auf Rede-, Versammlungs-, und Wissenschaftsfreiheit. Es geht hier freilich auch um das tiefste Anliegen dieser Zeitschrift, der *Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung*, die sich dem Holocaust-Revisionismus vor allem deshalb widmet, weil es sonst keiner in Deutschland mehr tun kann.

Es war zu erwarten und ist zugleich zu begrüßen, daß mittlerweile eine Doktorarbeit über die rechtlichen Grundlagen der Strafbarkeit des Holocaust-Revisionismus angefertigt wurde. Da dieses Thema von so weittragender Bedeutung ist, haben wir uns entschlossen, der Besprechung dieser Doktorarbeit einen breiten Raum zu geben.

Thomas Wandres, *Die Strafbarkeit des Auschwitz-Leugnens*, Strafrechtliche Abhandlungen, neue Folge, Band 129, Duncker & Humblot, Berlin 2000, 340 Seiten, DM 158,-, ISBN 3-428-10055-7, ISSN 0720-7271

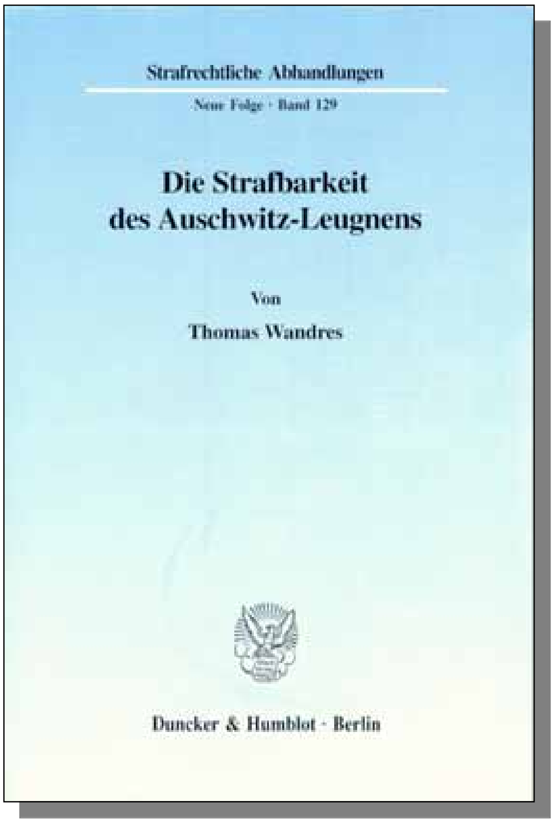
Einleitung

Das hier besprochene Buch wurde vom Autor im Sommersemester 1999 als Doktorarbeit der juristischen Fakultät der Universität Regensburg vorgelegt. Wandres' Doktorvater war Prof. Dr. Gerhard Werle, ein Jurist, der mir bereits 1992 durch einen besonders inquisitorischen Aufsatz zur Verfolgung angeblicher NS-Verbrechen aufgefallen ist.[1] Um das psychologische Umfeld des besprochenen Buches darzustellen, möchte ich daher ein wenig näher auf diesen Beitrag eingehen, indem ich einen Brief von mir an meinen späteren Strafverteidiger Dr. Günther Herzogenrath-Amelung vom 31.10.1992 zitiere:

> *»Dieser Artikel ist für mich aus mehreren Gründen interessant. Er bestätigt erstens die vielfältig gemachte Beobachtung, daß die Holocaust-Hysterie zunimmt, je mehr der zeitliche Abstand zum vermeintlichen Ereignis zunimmt. Während man sich aufgrund der historischen Nähe in der ersten Wahlperiode des Bundestages noch bewußt war, daß die Siegertribunale Rachejustiz und viele Vorwürfe nichts als Greuelpropaganda waren (siehe Fußnote 11 im o.g. Artikel) und die Justiz es ablehnte, Gespenstern hinterher zu jagen, kann sich heute ein Professor für Justiz (so nehme ich an)* [Prof. Werle] *hinstellen und es bedauern, daß man Leute nur für das bestrafen könne, was man ihnen nachweisen kann (S. 2532, Spaltenwechsel). Des weiteren darf er bedauern, daß man Menschen nicht zweimal für das gleiche Verbrechen verurteilen könne (S. 2531, 1. Spalte oben). Er hält es weiterhin für angemessen, daß die Unabhängigkeit der Justiz durch mediale Hinrichtungen und Hetzjagden aufgehoben wird (S. 2531, 2. Spalte oben), und daß aus den tatsächlichen oder vermeintlichen NS-Verbrechen besondere Verbrechen gemacht werden, die die Aufhebung der normalen Regeln erlauben (S. 2531 unter 2. Verjährung…).*
>
> *Dank der Tatsache, daß niemand die allgemeinen Feststellungen des Ablaufs der Judenvernichtung anzweifelt (S. 2532, 2. Spalte oben), ist die Sache für ihn abgeschlossen, was ein ziemlich trauriges Bild auf einen Juristen wirft, dem wirklich ein bißchen mehr Sachkenntnis zugetraut werden darf bezüglich der Möglichkeit, die damals in Hinblick auf ein Infragestellen des Gesamtablaufes überhaupt gegeben war. Dazu hätte es nämlich zumindest einer Durchleuchtung des Ablaufes bedurft, für die das Anhören von Zeugenaussagen wohl nicht ausreichend ist. Aber genau diese* [forensische] *Durchleuchtung wird eben seit jeher verhindert bzw. erst seit neuestem eingefordert.*
>
> *Es darf einen vielmehr wundern, daß der Herr Professor es begrüßt, daß der vermeintliche historische Vorgang des Holocaust nunmehr durch ein Gericht festgestellt wurde (S.*

2532, 2. Spalte oben). Seit wann ist ein Gericht ein geeignetes Mittel zur Feststellung historischer Tatsachen und Abläufe? Seit wann hat eine staatliche, neutrale Institution über historische Dinge strafrechtlich wirksame Feststellungen zu treffen?

Die Feststellung von Werle, daß das, was damals Recht war, heute Unrecht sein muß (S. 2535, 1. Spalte unten), ist der deutliche Beweis für seinen hirnlos krankhaften, Pawlow'schen Antifa-Reflex, der davon ausgeht, daß alles, was damals schwarz war, heute weiß ist und umgekehrt. Wenn er auch bezüglich damals unter dem Deckmantel des Rechts begangenen Unrechts recht hat, so ist diese verallgemeinerte Aussage ein Beweis für seine Unfähigkeit kritischen Denkens. […]*«*



Zusammen mit seinem Zögling Wandres veröffentlichte Werle drei Jahre später ein schmales Büchlein über den Frankfurter Auschwitz-Prozeß, das sich primär auf das Urteil stützt.[2] Auch dieses Machwerk glänzt durch seine Einseitigkeit, werden darin die ungeheuerlichen, von Verteidigung und Medien als skandalös bezeichneten Vorgänge während des Verfahrens schlicht übergangen: Kein Wort über die Abrichtung und Beaufsichtigung der Belastungszeugen aus dem Ostblock durch KGB und andere östliche „Sicherheits-" und Justizorgane, und keine Silbe zur skandalösen Vorverurteilung der Angeklagten durch den federführenden jüdischen Staatsanwalt Fritz Bauer in einer Fotoausstellung während des Verfahrens in der Paulskirche, um nur zwei der gröbsten Rechtsbrüche zu erwähnen.[3]

Was ist also vom vorliegenden Buch zu erwarten?

Die Antwort ist überraschend: Wandres argumentiert in überzeugender Weise, daß das „Auschwitz-Leugnen" selbst unter dem 1994 verschärften Gesetz *de jure* nicht strafbar ist. Strafbar würde es erst dann, wenn man zugleich Aussagen vom Typ „die Juden haben das erfunden, um uns zu erpressen" macht. Oder anders ausgedrückt: nach Wandres Ansicht hat auch die neue Gesetzeslage an sich nichts an der Tatsache geändert, daß nur die „qualifizierte Auschwitz-Lüge" strafbar ist, wenn also revisionistische Aussagen mit pauschalen Vorwürfen gegen bestimmte Gruppen verknüpft werden. Diese Ansicht widerspricht ganz offenbar der (ver)öffentlich(t)en Meinung in Deutschland sowie der Spruchpraxis deutscher Gerichte, die auch das einfache „Auschwitz-Leugnen" ohne Gnade aburteilen. Es lohnt daher, sich die Argumente Wandres' etwas näher anzuschauen, und zu prüfen, wes Geistes Kind er denn nun eigentlich ist.

Wandres' Einstellung zu Holocaust und Revisionismus

Seine Geisteshaltung offenbart Wandres sogleich in der Einleitung:

»Deutschland mehr als ein halbes Jahrhundert nach Hitler: Rechtsextremisten marschieren öffentlich auf, unter ihnen viele jungen Leute: Nazi-Symbole werden gezeigt, Parolen skandiert, Kampflieder gesungen. […] *Es ist der längst totgeglaubte nazistische Ungeist, der auf rätselhafte Weise zu neuem Leben erwacht ist.* […] *Wem die Schreckensbilanz des Dritten Reiches vor Augen steht, der müßte nach menschlichem Ermessen für alle Zeiten gegen die Nazi-Ideologie immun sein.*

In diesen Zusammenhang, so scheint es, fügen sich die Umtriebe der Auschwitz-Leugner bruchlos ein. Wer öffentlich von einer „Auschwitz-Lüge" faselt und die Deutschen auffordert, jede Verantwortung von sich zu weisen, […] *konterkarriert die jahrzehntelangen Bemühungen politischer Aufklärung und Bildung in Deutschland.* […] *Denn das uneingeschränkte Bekenntnis zur unrühmlichen Geschichte und die Pflege der Erinnerung sind Grundpfeiler offizieller deutscher Politik nach 1945.*

[…] *Sie* [die Auschwitz-Leugner] *leugnen hartnäckig, obwohl das Gegenteil ihrer Behauptung offenkundig feststeht.* […] *Wer die Gaskammertötungen an Juden leugnet, kann eigentlich nur ungebildet oder von bösartiger Gesinnung sein.*

Wenn also alles so offenkundig klar ist, warum dann diese Untersuchung? […] *Den wichtigsten Anstoß zu dieser Untersuchung hat aber ein anderer Umstand gegeben. Mitten in der deutschen Hauptstadt liegt der Platz, auf dem die Nationalsozialisten am 10. Mai 1933 triumphierend die Bücher ihrer Gegner in Flammen aufgehen ließen.* […] *Wenn in Deutschland im staatlichen Auftrag Bücher vernichtet werden, so sollte man dafür eine besonders solide Rechtfertigung haben.* […]*«*

Wandres' Vorwort ist ganz offensichtlich politisch, und es ist einseitig und verzerrt. Aber gegen Ende seines Vorwortes ahnt man, daß er diese Einleitung im Prinzip nur als Vehikel benutzt, um den durchschnittlichen antifaschistischen Leser geneigt zu machen, ihm auch in seinem eigentlichen Anliegen zuzustimmen: Bücherverbrennungen sind von Übel, egal welche Regierung sie auch immer veranlaßt. Das heißt freilich nicht, daß Wandres nicht selbst auch ein voreingenommener Linksintellektueller ist, aber das ist nicht Thema meiner Kritik.

Im Kapitel »*Auschwitz-Leugnen als gesellschaftliches Phänomen*« rechtfertigt er zunächst die Verwendung des Begriffs »*Leugnung*« an Stelle eines neutraleren Begriffes wie »*Bestreitung*«. Seiner Ansicht nach impliziere die umgangssprachliche Verwendung des Wort Leugnen nicht, daß jemand wissentlich eine Unwahrheit verbreitet, sondern lediglich, daß es sich »*um eine winzige Minderheitenauffassung, um eine „Lehre" einer* lunatic fringe *handelt.*« Da er sich dieser Auffassung anschließt, verwendet er anschließend fast ausschließlich diesen Begriff.

Gleichwohl muß Wandres eingestehen, daß man in Strafrechtsfragen, um die es hier ja primär geht, dann von einem

leugnenden Täter spricht, wenn dieser wider besseres Wissen die Wahrheit bestreitet (S. 23f.), und später beklagt er sogar, daß der Gesetzgeber im Gesetzestext des §130 StGB (Volksverhetzung) den Begriff »*leugnen*« verwandte:

> *»Es wäre im Sinne sprachlicher Genauigkeit sicher hilfreich gewesen, hätte der Gesetzgeber nicht die Umgangssprache, sondern den juristisch präzisen Begriff „bestreiten" in den Gesetzestext aufgenommen.«* (S. 231)

Was denn nun, Herr Wandres?

Wandres weiß, daß man in der Geschichtswissenschaft nichts bis ins letzte Detail hinein unumstößlich nachweisen kann. Die Leugnung fängt daher für ihm dort an, wo »*entgegen der etablierten Auffassung* Kern*tatsachen des Holocaust in Abrede gestellt werden*«, was freilich voraussetzt, daß Wandres zunächst feststellen muß, »*worin sich die Geschichtsforschung heute in den Kerntatsachen einig ist*« (S. 24). Und genau an dieser Stelle begibt sich Wandres auf schlüpfriges Gebiet, denn er fällt anschließend Werturteile über wissenschaftliche Fragen, die nicht sein Fachgebiet betreffen. Freilich heißt das nicht, daß er sich deshalb dieser Frage ganz enthalten muß, aber es bedeutet, daß er sich auf formelle wissenschaftliche Fragen konzentrieren sollte, anstatt auf inhaltliche Frage, für die er einfach nicht kompetent ist.

Seine Kurzdarstellung zum Stand der etablierten Geschichtsschreibung über den Holocaust erläutert die im Establishment diskutierten und umstrittenen Einzelfragen sowie den generellen Konsens bezüglich des „Holocaust" im allgemeinen. Im Abschnitt »*Unsicherheit der Quellenlage*« geht er freilich in die üblichen handwerklichen und logischen Fallen (S. 39-42):

- Er meint, »*eine kritische Haltung des Forschers gegenüber jedem Zeitzeugen*« gehöre »*wie selbstverständlich zum „Handwerk*"« – ach, wenn er nur Recht hätte!
- Die »*widerspruchsfreie Erwähnung der immer gleichen Geschehnisse«* gäben »*ein nahezu geschlossenes Bild vom Holocaust*«, so wie anno 1600 auch die widerspruchsfreie Erwähnung der immer gleichen Geschehnisse ein nahezu geschlossenes Bild von Hexen abgaben.
- Er behauptet, »*viele Zeugnisse des mörderischen Vorgehens*« seien vernichtet worden, merkt aber nicht, daß die nicht bewiesene Existenz eines angeblich verschwundenen Beweises, für dessen Verschwinden es ebenfalls keinen Beweis gibt, eben *kein* Beweis ist.
- Er deklariert, wie üblich, den im Schriftverkehr auffindbaren harmlosen Inhalt zu kriminellem Inhalt, indem er eine »*Tarnsprache*« unterstellt, für deren Existenz er einen Beweis schuldig bleibt.
- Er präsentiert schließlich Jean-Claude Pressacs Schriften zum »*Sieg ernsthaft betriebener Wissenschaft über die Irrationalität*« – nicht erkennend, daß Pressac die Gipfel der exterminationistischen Irrationalität ist, da Pressac a) Dokumenten Inhalte unterstellt, die sie nicht haben, b) behauptet, technische Beweise zu liefern, aber keinerlei technische Referenzen oder Berechnungen zur Stützung seiner Behauptungen anführt, c) sich mit seinen Aussagen immer wieder selbst widerspricht, d) keine einzige Gegenmeinung diskutiert. Unter strikt wissenschaftlich-formellen Gesichtspunkten beurteilt, versetzen schon diese Charakteristika seinen Werken den Todesstoß. Es handelt sich daher bei Pressacs Büchern um alles andere als um den von Wandres proklamierten Sieg.[4]

Im Kapitel »*Auschwitz und die bundesdeutsche Justiz*« geht es im gleichen Stil weiter: die deutsche Justiz und ihre Prozeßführung waren und sind fehlerlos, denn man ist ja an »*die strengen Formen des Strafprozesses gebunden*«, weshalb die gerichtlichen »*Feststellungen unser historisches Wissen in besonders unanfechtbarer Weise*« bereichern. Freilich gibt es auch Kritik, denn laut Wandres haben die deutschen Gerichte versäumt, »*ein dichtes Netz an direkten Beweisen*« zu erheben, was »*ein derart solides Gesamtbild des Holocaust ergeben*« hätte, »*daß uns in diesem Falle ein Phänomen namens „Auschwitz-Leugnung" gänzlich unbekannt geblieben wäre*« (S. 53f.).

Lassen Sie mich dieses logische Durcheinander einmal entzerren, indem ich Wandres Aussage der Klarheit wegen etwas umformuliere:

Wenn die deutschen Gerichte anständige forensische Untersuchungen veranlaßt hätten, dann wären uns die heutigen forensischen Untersuchungen kritischer Wissenschaftler erspart geblieben.

Ist es etwa unerhört, wie ich Dr. Wandres' Worte in seinem Mund umdrehe? Ich meine ganz im Gegenteil, denn Wandres leidet unter der üblichen Betriebsblindheit deutscher „Holocaust"-Juristen: Er versteht unter direkten Beweiserhebungen nämlich nur den »*Zeugen- und Urkundenbeweis*«. In den angeblich größten Mordprozessen der Menschheitsgeschichte interessieren unseren Doktoranden die möglichen Erkenntnisse forensischer Untersuchungen von Tatwaffen, -opfern und -spuren also überhaupt nicht. Und daß die Revisionisten nun nachzuholen versuchen, was deutsche Gerichte versäumten, wird von ihm auch noch beklagt! Welch eine Sternstunde deutscher Kriminologie!

Freilich weiß Wandres, daß der „Holocaust" »das *Tabu-Thema schlechthin*« ist (S. 26, vgl. 140, 173f., 242ff.). Im Kapitel »*Geschichte als Identifikationsfaktor*« macht er aber noch mehr daraus, wenn er ihn als »*elementaren Aspekt für das Selbstverständnis unserer Gesellschaft*« beschreibt. Er meint, daß einen die deutsche »*nationale Vergangenheit ganz überwiegend schaudern*« lasse. Er weiß, daß man »*wegen der Aufmerksamkeit des Auslandes*« in Deutschland gar nicht anders hätte handeln können, als man es mit der politisch manipulierten „Vergangenheitsbewältigung" schließlich tat. »*Die offene Abkehr vom Nationalsozialismus* […] *als Programm wurde zu den „zentralen legitimatorischen Elementen" der jungen Bundesrepublik*"« (S. 59f.), und zur dramatischen Unterstreichung, warum man die „Auschwitz-Leugner" nicht akzeptieren könne, zitiert er schließlich die Zeit vom 31.12.1993:

> *»Auf dem Spiel steht das moralische Fundament unserer Republik. Es geht um nichts weniger, als einen zweiten Judenmord zu verhüten.«* (S. 67)

Es entgeht Wandres jedoch leider, daß diese Tabuisierung des Holocaust mit seiner gleichzeitigen Erhebung zum Goldenen Kalb der bundesdeutschen Gesellschaft – unter den argwöhnischen Augen der obwaltenden Siegermächte – Konsequenzen haben müßte, wenn man sich dem Thema „Holocaust" wissenschaftlich nähert, nämlich eine erhöhte Skepsis bezüglich offizieller, tabuschützender „Wahrheiten".

Aber immerhin erkennt er den politischen Mißbrauch, den »*die Linke*« betreibt, indem sie einzig die Rechte für das (angebliche und tatsächliche) NS-Unrecht verantwortlich macht. Zudem verurteilt er massiv jeden volkspädagogischen Ansatz, der mittels des „Holocaust" und anderer (angeblicher) NS-Verbrechen versucht, das Volk zu traumatisieren und wie eine Hammelherde in eine gewünschte Richtung zu treiben (S. 64ff.).

Man erkennt, daß Wandres trotz aller politischen Naivität ein überdurchschnittliches Feingefühl für die Verzerrungen entwickelt hat, die die „Holocaust"-Propaganda in der deutschen Gesellschaft verursacht. Er weiß auch, daß die pauschale Gleichsetzung von Revisionisten mit Antisemiten, Rassisten und Rechtsextremisten »*zumindest vorschnell*« ist. (S. 68f.) Merkwürdig mutet dagegen seine Aussage an, es sei *»nicht illegitim, etablierte Historiker zu tadeln, die Thesen vertreten, welche den international tätigen Auschwitz-Leugnern ohne Notwendigkeit Auftrieb geben.«* (S. 69)

Was Wandres hier sagt, ist mit anderen Worten folgendes:

Wenn die Wahrheit, die immer das ist, was ich dafür halte, den „Auschwitz-Leugnern" nützen könnte, so bin ich moralisch dazu verpflichtet zu lügen. Man reibt sich da verwundert die Augen. Gemeint ist damit ganz konkret Prof. Dr. Ernst Nolte, der den Revisionisten immerhin bescheinigt hat, so zitiert ihn auch Wandres, *»sie verfügten über „sehr gute" Kenntnisse und hätte „Untersuchungen vorgelegt... die nach Beherrschung des Quellenmaterials und zumal der Quellenkritik diejenigen der etablierten Historiker in Deutschland vermutlich übertreffen"«*.[5] Der deswegen massiv angegriffene Berliner Ideologie-Historiker dürfe sich daher über seine eigene gesellschaftliche Verfolgung nicht wundern, so Wandres (S. 69). Was aber, wenn Prof. Nolte recht hat? Ist die Wahrheit für Dr. Wandres keine Verteidigung?

Wandres übergeht Noltes These von der überlegenen Qualität revisionistischer Forschung einfach, denn es kann ja nicht wahr sein, was nicht wahr sein darf. Er faselt lieber vom »*Zitierkartell*« der Revisionisten (S. 73), übersieht aber geflissentlich, daß es gerade die Revisionisten sind, die die Werke und Argumente ihrer Gegner ausführlich diskutieren, wohingegen es gerade die etablierten Historiker sind, die sich in geistiger Inzucht nur gegenseitig zitieren, fundamentale Kritik durch ihre qualitativ überlegenen Gegnern aber systematisch ausblenden (so auch Nolte). Wandres Schüsse auf den Revisionismus gehen daher nach hinten los.

Aberwitzig wird es, wenn Wandres den Revisionisten vorwirft, sie würden sich stellenweise sogar den etablierten Thesen anschließen, »*um von diesem befestigten Standpunkt aus*« dann ihre Missetaten zu begehen (S. 74). Was muß man von einem Akademiker halten, der sowohl die Abweichung von etablierten Auffassung für verwerflich erklärt als auch die Übereinstimmung damit?

Wenn es dann ans revisionistische Eingemachte geht, verliert Wandres völlig den Boden der Tatsachen unter seinen Füßen. Bezüglich der Klage des Holocaust-Überlebenden Mel Mermelstein gegen das IHR, das für den Bewies der Gaskammern eine Belohnung von $50.000 ausgesetzt hatte, wird nur die halbe, für Wandres' Auffassung günstige Geschichte erzählt, nämlich daß Mermelstein die Klage gewann und eine Entschädigung kassierte (S. 76f.). Verschwiegen wird, daß der zuständige Richter in diesem US-Verfahren entschieden hatte, der Holocaust sei offenkundig, weshalb es zu gar keiner Beweisaufnahme über Mermelsteins Behauptungen kam. Dieser Fall beweist daher gar nichts bezüglich der angeblichen Gaskammern in Auschwitz, wie Wandres zu suggerieren versucht. Was Wandres zudem verschweigt, ist das Nachspiel dieses Verfahrens, nämlich das zweite Verfahren, in dem das Gericht Mermelsteins Klage wegen Verleumdung (Bradley Smith hatte ihn im *IHR Newsletter* im September 1985 der Lüge bezichtigt) kostenpflichtig abwies und es als erwiesen ansah, daß es sich bei Mel Mermelstein um einen notorischen Lügner handele.[6]

Wandres liegt auch falsch, wenn er behauptet, der US-Fachmann für Exekutionstechnologien Fred Leuchter verfügte *»nicht über eine einschlägige Qualifikation und führte daher unberechtigt den „Ingenieurs"-Titel«*. Für einen deutschen Akademiker mag es unbegreiflich sein, aber in den USA entscheidet nicht der Staat durch die Verleihung von Graden und Titeln, wer eine Qualifikation hat, sondern primär die individuellen Leistungen und Talente. Tatsächlich war Fred Leuchter Ende der 80er Jahre der einzige Fachmann weltweit für Hinrichtungsgaskammern, und außerdem hat weder ein Gericht noch eine andere Körperschaft festgestellt, er hätte jemals irgendeinen Titel unberechtigt geführt. Wandres' Ausführungen sind daher nicht nur falsch, sondern zudem ehrrührig.

Auch zum Rudolf-Gutachten verbreitet Wandres Unwahres, das mit der Realität wenig zu tun hat, etwa wenn er es als »*Unverfrorenheit*« bezeichnet, ich hätte meine in Auschwitz genommenen Proben angeblich »*unter Verwendung von Briefbögen*« meines Arbeitgebers zur Analyse eingeschickt. Tatsächlich wurden meine Proben gar nicht eingeschickt, sondern zunächst ohne irgendwelchen Schriftverkehr persönlich übergeben.

Im Kapitel »*Systematisierung der Erscheinungsformen*« des „Auschwitz-Leugnens" faßt Wandres die angeblichen Methoden der »*radikalen Revisionisten*« wie folgt zusammen:

> *»– In-Abrede-Stellen der Massenmorde in den Konzentrationslagern ohne jede wissenschaftliche oder seriöse Verbrämung.*
> – *Selektive und manipulative Quellen-Interpretation.*
> – *Herstellung sogenannter Sachbeweise, insbesondere die Erstellung naturwissenschaftlicher „Gutachten".*
> – *Herstellung gefälschter Gegen-„Beweise".«* (S. 91)

Interessant ist die Art und Weise, mit der Wandres diese Methoden nachgewiesen haben will: Er nimmt sich vor allem zwei meiner Sammelwerke vor, denen er im Revisionismus eine »*unübersehbare Leitfunktion*« zuweist,[7] reißt daraus Aussagen aus dem Zusammenhang, kümmert sich einen feuchten Kehricht darum, ob und wie diese Aussagen wissenschaftlich begründet werden, und deklariert diese seine selektive und manipulative Art der Quelleninterpretation dann zum angeblichen Beweis für die »*selektive und manipulative Quellen-Interpretation*« durch die Revisionisten (S. 84-90)!

Offenbar hat Dr. Wandres zudem keine rechte Vorstellung von dem, was ein „Sachbeweis" ist, denn die Revisionisten stellen keine Sachbeweise her, sondern sie suchen und untersuchen sie in ihren Gutachten. Nicht das Gutachten ist der Sachbeweis, sondern die physikalischen Spuren eines angeblichen Verbrechens, oder deren Fehlen, sind die Sachbeweise, die ein forensisches Gutachten zum Thema hat.

Wandres Behauptung, die Revisionisten würden Gegenbeweise fälschen, ist zudem falsch. Als einzigen „Beweis" kann er dazu das sogenannte Lachout-Dokument anführen. Im Verfahren gegen Emil Lachout wurde jedoch von einem österreichischen Gericht festgestellt, daß eine Fälschung nicht festgestellt werden könne, und in einer Gegenklage wurde das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes sogar dazu verurteilt, bei Androhung einer Geldstrafe von einem Schilling jede Fälschungsbehauptung zu unterlassen. An der Höhe der Strafandrohung kann man die Höhe der Korruption der österreichischen Justiz erkennen, die offenbar weder willens noch in der Lage ist, einen unbescholtenen Bürger vor Rufmord zu schützen.

Juristische Beurteilung des „Auschwitz-Leugnens“

Wandres schiefe Optik gilt freilich auch, wenn er uns eine Übersicht zur juristischen Problematik des „Holocaust-Leugnens“ gibt. So begrüßt er es als »*klugen Verzicht*«, wenn deutsche Gericht Sachverständige, die unorthodoxe Auffassungen vertreten, rundweg ablehnen, da dies angeblich »*verhindere, daß sich der Gerichtssaal in eine propagandistische Bühne für die Auschwitz-Leugner* […] *umfunktionieren ließe*« (S. 105, 197, 271). Was muß in einem Juristenkopf vorgehen, daß er diesen krassen Bruch des Grundgesetzes und des Rechts auf eine uneingeschränkte Verteidigung auch noch verteidigt?

Die gleiche ideologische Verblendung zeigt sich dann bei Wandres' Erläuterung des „Falles Deckert“, der schließlich zur Novellierung der Strafbarkeit des Revisionismus führte. Was war passiert? Ein Englisch-Lehrer hatte den sachlichen Vortrag eines US-Experten für Hinrichtungstechnologien über seine Forschungen in Auschwitz übersetzt und seine inhaltliche Zustimmung durch Mimik und Gestik zu verstehen gegeben. Sein Richter verurteilt ihn zwar zu einer einjährigen Freiheitsstrafe auf Bewährung, bescheinigt dem Angeklagten aber, eine »*charakterstarke, verantwortungsbewußte Persönlichkeit mit klaren Grundsätzen*« zu sein, was man wohl nur unterstreichen kann, wenn man den Angeklagten persönlich kennt. Diese „unerhört“ positive Beurteilung des Charakters des Angeklagten führte zur Absetzung des Richters, zur Aufhebung des Urteils und letztlich dazu, daß der Angeklagte seinem Richter entzogen und zu zwei Jahren ohne Bewährung verurteilt wurde. Wandres meint, die Korrektur des ersten milden Urteils durch das gnadenlose zweite beweise auf beruhigende Weise, daß die Justiz ihre »*Sehfähigkeit* […] *eindrucksvoll*« demonstriert habe. (S. 116ff.)

Für die eigentlichen Skandale ist Wandres blind: Für die Aufhebung der richterlichen Unabhängigkeit durch die Unrechtsmaßnahmen und weitergehenden Drohungen gegen Deckerts ersten Richter, für den verfassungswidrigen Entzug des zuständigen Richters, für die Ungeheuerlichkeit der Unterstellung, ein Revisionist oder meinetwegen auch politisch rechter Aktivist könne per se keine »*charakterstarke, verantwortungsbewußte Persönlichkeit mit klaren Grundsätzen*« sein. Wahrlich, die bundesdeutsche Justiz hat ihre Sehfähigkeit bewiesen. Sie hat gesehen, was der Mob von ihr verlangt, und sie hat gehorcht. Ist es aber nicht so, daß Justitia um der Gerechtigkeit willen blind sein sollte?

Die im Zuge der Deckert-Hysterie Ende 1994 erfolgte Einführung des Straftatbestandes „Leugnen des Holocaust“ in das deutsche Strafgesetzbuch wurde, so Wandres, von der Öffentlichkeit und den juristischen Fachleuten mit Erleichterung registriert. Interessant ist in diesem Zusammenhang der Hinweis, daß die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1969 das *Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung* unterzeichnete, was nun dazu herhalten muß, um die Revisionistenhatz auf internationaler Ebene als »*Erfüllung einer völkerrechtlichen Verpflichtung*« zu rechtfertigen (S. 139). In dem Zusammenhang führt Wandres einen Vergleich des Strafrechts anderer Länder an, mit dem er klarzustellen versucht, daß das Verbot der „Holocaust-Leugnung“ durchaus etwas Normales ist, denn es ist in Belgien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, der Schweiz, unter bestimmten Umständen in Schweden und in der Tschechei strafbar. Dänemark, Kanada, Großbritannien und die USA bilden laut Wandres eine Ausnahme, wobei Wandres davon ausgeht, daß sich England in Kürze dem europäischen Trend zum Verbot des Revisionismus anschließen wird. Zudem übersieht er, daß Kanada durch die Einführung der Menschenrechtskommission den Revisionismus de facto ebenfalls bekämpft. Wandres internationale Übersicht ist auf jeden Fall interessant und verdient breitere Beachtung (S. 142-158).

Bevor ich mich den einzelnen von Wandres betrachteten Strafrechtsparagraphen zuwende, muß zuerst Wandres' Kategorisierung der „Auschwitz-Leugnung“ dargelegt und kurz erläutert werden.

Wandres unterscheidet zwischen drei Formen des „Auschwitz-Leugnens“:

1. Bloße radikale Geschichtsrevision
2. Radikaler Geschichtsrevision als Instrument persönlichkeitsbezogener Angriffe
3. Radikaler Geschichtsrevision als Instrument schwerer Rechtsgutsgefährdungen

Unter Punkt eins versteht Wandres alle Fälle von radikalem Revisionismus, bei denen alle weiteren Schlußfolgerungen unterbleiben.

Punkt zwei umfaßt solche Fälle, wo Einzelpersonen oder Personengruppen vorgeworfen wird, sie würden fälschen/lügen/übertreiben um politischer/gesellschaftlicher/materieller Vorteile willen.

Punkt drei umfaßt solche Fälle, bei denen der radikale Revisionismus mit offenen Forderungen nach Rechtsbrüchen gegen bestimmte Einzelpersonen oder Personengruppen verbunden werden, also etwa mit einem Aufruf, „die Juden“ für ihre Lügen rechtlich zu benachteiligen.

Hinsichtlich der Strafbarkeit des „Auschwitz-Leugnens“ konzentriert sich Wandres auf die Paragraphen 185ff. (Beleidigung, Üble Nachrede, Verleumdung) und 130 (Volksverhetzung) des Strafgesetzbuch. Die Paragraphen 189 StGB (Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener) und 131 (Aufstachelung zum Haß) werden nicht gesondert behandelt, da die dafür geltenden Überlegungen im wesentlichen durch die anderen Paragraphen abgedeckt werden.

1. Beleidigung

Wandres Ausführung zu diesem Thema lesen sich über weite Strecken wie die von revisionistischen Rechtsanwälten seit Jahren vorgebrachten, und so möchte ich sie hier etwas ausführlicher zitieren:

> »*Im Zusammenhang mit der Beleidigung ausscheiden kann man schon jetzt diejenigen, gleichsam abgeschwächten Varianten der bloßen radikalen Geschichtsrevision, bei denen lediglich die genaue Gesamtopferzahl oder einzelne Tötungsarten in Zweifel gezogen werden (quantitative Verharmlosung) oder bei denen unter Anerkennung des Opferschicksals dessen etablierte historisch-moralische Bewertung nicht geteilt wird (qualitative Verharmlosung). Im ersten Fall ist nämlich nicht zu erkennen, inwiefern der Äußernde gerade der konkret angesprochenen Person ihr Opferschicksal bestritte, indem er behauptet, neben ihr, einem überlebenden Opfer, habe es seiner Ansicht nach weniger Leidensgenossen gegeben oder diese seien durch andere Tötungsmethoden ums Leben gebracht worden als die etablierte Forschung annehme. Im zweiten Fall, in dem gegenüber einer Person die Aussage gemacht wird, man akzeptiere zwar die Faktizität des von ihr erlittenen Schicksals, empfinde es aber im Vergleich zu dem, was in der*

Welt sonst vorgekommen sei, und noch immer vorkomme, als nicht weiter außergewöhnlich, liegt zwar zweifellos ein Werturteil vor, es wird aber gegenüber der konkreten Person keine Miß- oder Nichtachtung zum Ausdruck gebracht. […] (S. 187)

Nun aber zu der im Mittelpunkt des Interesses stehenden Fallgestaltung, in der ein Absprechen des individuellen Opferschicksals als logische Folge des Äußerungsinhalts nicht von der Hand zu weisen ist. Eine solche Konstellation liegt vor, wenn der Holocaust insgesamt bestritten oder jedenfalls in seiner Dimension derart stark bagatellisiert wird, daß die Totalleugnung nahe kommt. Denn wenn jemand die Nichtexistenz des Gesamtgeschehens behauptet, erklärt er zugleich das damit verbundene individuelle Schicksal für nicht existent. […] *Lediglich die Anerkennung eines gegenüber der Durchschnittsbevölkerung ungewöhnlich schweren Schicksals wird damit verweigert. Jakobs hat zutreffend angemerkt, daß man bei den überlebenden Opfern einer Naturkatastrophe niemals auf die Idee käme, ihnen könnte durch das Absprechen ihres Schicksals die Ehre geschmälert werden.* […]

Der ausschlaggebende Gesichtspunkt ist nämlich, daß es ein grotesker Gedanke wäre, jemand könnte sich ernsthaft wünschen, Opfer zu werden, um damit seine gesellschaftliche Stellung zu beeinflussen. […] *Verbrechensopfer zu werden ist hingegen ebenso tragisch wie unverdient. Daher ist ein solches Schicksal ehrneutral.«* (S. 188f.)

Wie recht er doch hat! Der Fall Binjamin Wilkomirski alias Bruno Doessekker hat aber wohl überdeutlich gezeigt, daß es in Sachen Holocaust eben tatsächlich so ist, daß es sich gesellschaftlich und materiell massiv lohnt, sich eine gefälschte Opferolle zuzulegen. Und Doessekker ist bekanntlich nicht der einzige, der seine Opferrolle erfindet bzw. maßlos übertreibt. *VffG* hat immer wieder über ähnliche Fälle berichtet. Der Prominenteste unter den Opferrollen-Übertreiber ist ohne Zweifel Elie Wiesel, den bestimmt niemand ernst nehmen würde, wenn er nicht ständig auf seiner grotesk aufgeblasenen Opferroller herumritte. Es ist ja geradezu ein Wahrzeichen des „Holocaust", daß das Groteske zur Norm geworden ist, und das Normale als grotesk verleumdet und verfolgt wird.

Doch zurück zu Wandres. Er erkennt richtig, daß die Korrektur falscher historischer Darstellungen nicht automatisch mit der Unterstellung absichtlicher Lügen einhergeht:

[…] *Man wird nämlich zusätzlich überlegen, ob in dem für sich gesehen nicht ehrrelevanten Leugnen des Verfolgungsschicksals nicht stillschweigend die Unterstellung steckt, wer unter diesen Umständen ein Verfolgungsschicksal für sich in Anspruch nehme, müsse lügen. Stimmte diese Überlegung, so wäre der darin steckende Vorwurf an einen Holocaust-Überlebenden, er sei jemand, der vor abstrusen Lügen nicht zurückschrecke, in der Tat eine Verletzung seines Anerkennungsanspruchs. Diese weitergehende Deutung der bloßen radikalen Geschichtsrevision leuchtet aber nur beim flüchtigen Hinsehen ein und hält einer genaueren Überprüfung nicht stand.* […] *Denn legte man vergleichbaren Äußerungen stets einen solchen Sinn bei, wäre jede kontroverse Diskussion mit abweichenden Positionen im Tatsächlichen als wechselseitiger Austausch von tatbestandlichen Beleidigungen zu bewerten.* […] *Zum Ausdruck gebrachte Zweifel an der Richtigkeit fremder Sachaussagen enthalten im Normalfall die inzident geäußerte Vermutung, die Darstellung sei aufgrund von Verwechslungen, Irrtümern oder logischen Fehlschlüssen zustande gekommen.* […] *(„Irren ist menschlich")* […] (S. 190f.)

Der bloße radikale Revisionismus bietet tatsächlich eine Vielzahl von Ursachen an für seine These, daß das Geschichtsbild massiv verzerrt wurde. Allerdings schließen diese Erklärungsansätze Lüge und Fälschung nicht aus, und ein solch pauschaler Ausschluß wäre auch nicht wissenschaftlich.

Wandres selbst gesteht ein, daß der „Holocaust" eines der emotionalsten Themen überhaupt ist mit kaum zu übertreffenden politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen. Wenn aber Lügen und Fälschungen schon unter normalen Umständen ein konstanter – wenn auch zumeist kleiner – Teil der menschlichen Natur ist, genährt von emotionalem Engagement und materiellem oder politischem Kalkül, wie kann man dann ausschließen, daß es beim „Holocaust" anders ist? Wandres selbst unterstellt den Revisionisten ja, unter ihnen gäbe es Individuen, die zur Lüge und Fälschung griffen, wobei ich dahingestellt lasse, ob das stimmt. Es geht hier nur darum, daß Wandres meint, ein hohes emotionales oder politisches Engagement könne derartig unmoralische Verhaltensweisen nach sich ziehen. Könnte man aber wirklich allen Ernstes ausschließen, daß die andere Seite in dieser Auseinandersetzung, die ja genauso intensiv engagiert sind, wenn auch womöglich mit umgekehrten Vorzeichen, moralisch unbedingt erhabener ist? Weitaus mehr Möglichkeiten und Freiheiten zu Lüge und Fälschung hat sie auf jeden Fall, dank gesellschaftlichem Einfluß, politischer Macht, juristischer Quasi-Immunität und wirtschaftlicher Stärke.

Es muß daher festgestellt werden, das Wandres' Unterscheidung zwischen der „bloßen radikale Geschichtsrevision" (sein Punkt eins) und jenem, der Individuen oder Gruppen mit spezifischen Vorwürfen angreift, zur Auftrennung von legalem und illegalem Verhalten nicht haltbar ist, solange die revisionistischen Vorwürfe mit Beweisen untermauert werden können. Doch wie dem auch sei, Wandres stellt abschließend fest:

»Wird ohne jeden Personenbezug eine radikale Geschichtsrevision gefordert, kann darin unter normalen Umständen kein Anknüpfen an noch immer lebendige oder dem nationalsozialistischen Vorbild nachgebildete antisemitische Stereotype liegen, so daß eine Sammelbeleidigung von Juden auch aus diesem Grund nicht in Betracht kommt.« (S. 207)

Seine Verneinung, daß der bloße radikale Revisionismus irgend jemanden beleidigen könne, weitet Wandres sodann auch auf die Frage aus, ob denn Nachgeborene durch den Revisionismus selbst beleidigt werden könnten und ob Verstorbene dadurch verunglimpft werden:

»Wenn aber schon das Auschwitz-Leugnen in der Erscheinungsform 1 gegenüber einem selbst von Verfolgung Betroffenen nicht ohne weiteres den gegen diesen gerichteten impliziten Vorwurf vorsätzlicher Verfälschung der Wahrheit enthält, kann dieser Vorwurf erst recht nicht in der gleichlautenden Äußerung gegenüber einem Nachgeborenen enthalten sein. […]

[154] *Die Frage der Verunglimpfung des Andenkens eines Verstorbenen kann nicht anders beantwortet werden als die Frage, ob ihn die fragliche Äußerung zu Lebzeiten beleidigt hätte.«* (S. 193)

Mit diesen Aussagen steht Wandres natürlich im krassen Gegensatz zur deutschen Rechtspraxis, und er weiß dies auch. Er geht sogar noch einen Schritt weiter, indem er das oberste

deutsche Strafgericht wegen dessen Verurteilungspraxis massiv angreift:

»Die Gesetzgebungsgeschichte deutet zwar darauf hin, daß der Gesetzgeber davon ausging, durch §185 StGB werde auch das Bestreiten der historischen Wahrheit des Holocaust erfaßt. Diese Auffassung konnte sich darauf stützen, daß eine ständige Rechtsprechung – bis heute – zu diesem Ergebnis kommt. […] (S. 191)

Der lediglich verhaltene Widerspruch in der Literatur ist nur damit zu erklären, daß man das Ergebnis moralisch richtig fand. Das ist aber zu kurz gedacht, denn der juristische Preis dafür ist hoch. Die BGH-Ansicht steht und fällt nämlich mit einer dogmatischen Ableitung, von der man sich wünscht, sie wäre nach 1945 nicht mehr gedacht und schon gar nicht in Urteilsform gegossen worden. Die Begründung des BGH baut auf der stillschweigenden Annahme auf, jüdische *Deutsche bedürften eines anders gearteten Ehrenschutzes als andere Deutsche. Eine solche „dogmatische Sonderbehandlung“ ist aber juristisch und moralisch außerordentlich fragwürdig.* […]

Noch weniger leuchtet die Annahme des BGH ein, das heutige Verhältnis der jüdischen Deutschen zu ihren Mitbürgern werde „durch das entsetzliche Geschehen in der Vergangenheit geprägt.“ In Wahrheit ist es gerade umgekehrt! Wenn man von moralischen Belastungen redet, so ist das Verhältnis des deutschen Tätervolkes [man beachte die Kollektivschuldzuweisung durch Wandres! GR] *zu seinen jüdischen Opfern „belastet“. Und wenn überhaupt jemand in der heutigen Bundesrepublik Deutschland die Vergangenheit des Dritten Reiches „verkörpert“, dann sind es nicht die hier lebenden Juden, sondern die, soweit sie nicht verstorben sind, unter uns lebenden NS-Täter. Will man die Möglichkeit von Ehrverletzungen gegenüber Nachgeborenen erörtern, so kommt man dem Kern der Sache näher, wenn man ein Fallbeispiel wählt, in dem ein die Gnade der späten Geburt für sich beanspruchender nichtjüdischer Deutscher als „Abkömmling eines Völkermörders“ bezeichnet wird.* […] *Der Anerkennungsanspruch des Sohnes oder Enkels kann* […] *nicht beeinträchtigt sein, auch wenn er aufgrund der erfolgten Etikettierung zutiefst empört sein sollte. Das folgt daraus, daß sich das subjektive Empfinden durch normative Grundsätze – in diesem Fall die Ablehnung jeder Form von „Sippenhaft“ – korrigieren lassen muß. Zu einem anderen Ergebnis könnte man nur kommen, wenn man seinem juristischen Verständnis eine Theorie der genetischen Vererbung von Opferschicksal und Täterschuld unterlegte, was mit rassistischen Denkmustern mehr gemein hätte als mancher wahrhaben will.* […] (S. 193f.)

Nach Wandres liegt eine Beleidigung bzw. Verleumdung nur dann vor, wenn einem bestimmten Individuum vorgeworfen wird, er habe gelogen bzw. gefälscht. Ein solcher Anklagepunkt könne dann auf die konkreten Anwürfe des Beleidigers bzw. Verleumders reduziert werden, der, um eine Verurteilung zu verhindern, die Wahrheit seiner Anwürfe beweisen müsse. Einen Vorteil der Reduktion der Beleidigungsdelikte auf persönliche Beleidigungen sieht Wandres darin, daß damit die Beweisaufnahme in Sachen „Holocaust“ in allgemeinen hinfällig wird, da es nur um Behauptungen von und über Einzelpersonen ginge. Dies verhindere, daß man Entlastungsbeweise des Angeklagten mit der Offenkundigkeitsformel abwehren müsse, ein Vorgehen, das Wandres zwar für angemessen hält, doch, so Wandres,

»es ist absehbar, daß eingewendet würde, der zu zahlende Preis einer Relativierung rechtsstaatlicher Prinzipien sei zu hoch.« (S. 197)

Auf das Thema werde ich im Abschnitt zur Volksverhetzung noch einmal zurückkommen.

Auch bezüglich pauschaler Lügen- und Fälschungsvorwürfe beweist Thomas Wandres erstaunliche Einsicht, wenn er anhand eines weniger mit Emotionen aufgeladenen Beispiels erläutert, daß auch diese nicht unbedingt den Straftatbestand der Beleidigung erfüllen:

»Beispielsweise hat die Zeitgeschichte des Nationalsozialismus auch für jeden einzelnen Angehörigen der alliierten Streitkräfte eine prägende Bedeutung, welcher an der opferreichen Niederkämpfung Nazi-Deutschlands mitgewirkt hat. Behauptete jemand, „die Siegermächte“ hätten, in welcher Beziehung auch immer, die Geschichte des Zweiten Weltkriegs zu ihren Gunsten „verfälscht“, käme man – die ausreichende Abgegrenztheit der in Bezug genommenen Gruppe gegenüber der Allgemeinheit einmal unterstellt – schwerlich auf die Idee, diese herabsetzende Tatsachenbehauptung beziehe sich durchgängig auf alle Angehörigen der alliierten Streitkräfte. In Wahrheit stützt daher einzig und allein der von den Propagandisten einer „Auschwitz-Lüge“ hergestellte Bezug auf ein bedauerlicherweise noch immer lebendiges antisemitisches Stereotyp oder deren Wiederanknüpfung an das nationalsozialistische Vorbild die Schlußfolgerung, eine solche Äußerung richte sich trotz der verhältnismäßig großen und inhomogenen Gruppe „der Juden“ gegen jeden Gruppenangehörigen. […]«

Mit anderen Worten: die Ansicht, alle Juden würden durch pauschale revisionistische Aussagen über „die Juden“ angegriffen und beleidigt, entsteht nicht, weil dies der revisionistischen Aussage per se zu entnehmen wäre, sondern weil Staatsanwälte und antifaschistische Aktivisten selbst in antisemitischen Stereotypen denken (was auch immer das ist).

Die Grenze zur Strafbarkeit überschritten wird nach Wandres Ansicht dann, wenn *»„die Juden“ ausdrücklich oder konkludent der Urheber- oder Nutznießerschaft einer „Geschichtsfälschung“ bezichtigt werden.«*

Halten wir fest:

a) Der Revisionisten Aussage, der Holocaust sei unwahr, aufgebaut auf Irrtümern, Übertreibungen, Lügen und Fälschungen, hervorgerufen durch Kommunisten, westalliierte Siegermächte, Untergrundorganisationen der (ehemals) deutsch-besetzten Länder und, in überproportionalem Anteil, durch Juden (nicht(!) „die Juden“), ist nicht strafbar.
b) Norman Finkelsteins Aussage, daß „die Juden“ Geschichten um den wahren Kern des Holocaust erfinden, übertreiben und verzerren, um daraus politisches und finanzielles Kapital zu schlagen, ist ebenfalls nicht strafbar.
c) Wenn ich aber beide nichtstrafbare Aussagen zugleich tätige, lande ich im Knast.

Bitte erklären Sie mir diese Logik, Herr Dr. Wandres!

2. Volksverhetzung

Während bei der Beleidigung die persönliche Ehre das geschützte Rechtsgut ist, ist es laut §130 StGB der öffentliche Friede. Nach Absatz 3 dieses Paragraphen sind revisionistische Äußerungen dann verboten, wenn sie öffentlich oder in einer Versammlung getätigt werden und *»in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören.«*

Wandres erkennt, daß diese Formulierung der willkürlichen Ausweitung strafrechtlicher Verfolgung Tür und Tor öffnet, etwa weil als Maßstab nicht die revisionistische Äußerung selbst genommen wird, sondern die öffentliche Reaktion darauf, die völlig irrational sein kann:

> *»Das heißt, die sich in der Bevölkerung verbreitende, womöglich völlig irrationale Befürchtung müßte tatsächlich gar nicht entstanden sein, es genügte, wenn man Anhaltspunkte dafür hätte, es sei nach den Umständen und dem Inhalt einer* […] *Äußerung denkbar, daß sich eine solche Stimmung als Folge der öffentlichen Kenntnisnahme der Äußerung entwickeln könnte. Es leuchtet ein, daß sich ein solcher Begriff des öffentlichen Friedens nicht mehr praktisch handhaben läßt, weil es ein Ding der Unmöglichkeit ist, eine aus lauter Unbekannten bestehende Gleichung zu lösen. Der Begriff verflüchtigt sich im Nebel* […]. *Der mit subjektiven Elementen angereicherte Friedensbegriff ist daher für das Strafrecht unbrauchbar.«* (S. 215f.)

Wandres plädiert daher für einen rein gefahrenorientierten Friedensbegriff, bei dem eine Äußerung nur dann strafbar sein kann, wenn *»Teilen der Bevölkerung durch die volksverhetzende Äußerung das Recht abgesprochen wird, gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft zu sein«* (S. 216f.). *»Die Äußerung muß geeignet sein, die Hemmschwelle potentieller* Täter *herabzusetzen*« (S. 221), woraus sich die Gefahr ergibt, daß es zur Verletzung von Individualrechtsgütern kommt, also z.B. wie auch immer geartete Angriffe auf Personen (S. 222).

Gut begrüllt, Löwe! Die Wirklichkeit sieht allerdings völlig anders aus, was ich an drei Beispielen kurz skizzieren möchte.

1. Der von Günter Deckert übersetzte Vortrag Fred Leuchters in Weinheim anno 1991 über Auschwitz enthält auch nicht annähernd irgend etwas, was dahingehend interpretiert werden könnte, daß irgend jemandem irgend etwas abgesprochen würde. Dennoch wurde Deckert zu 2 Jahren Haft verurteilt. Zu einem subjektiven gesellschaftlichen Gefühl der Gefährdung des öffentlichen Friedens durch Deckerts Übersetzung kam es lediglich durch die in den Jahren 1993/94 von den Medien inszenierte Hysterie, die Deckerts Übersetzung auf nicht nachvollziehbare Weise mit Übergriffen auf Asylbewerber, Ausländer und jüdische Einrichtungen in direkten Zusammenhang brachte.
2. Der Vlothoer Diplom-Politologe Udo Walendy gibt in seinen *Historischen Tatsachen* seit Jahrzehnten seine radikalrevisionistische Thesen zum Besten, ohne sich auch nur ein einziges Mal irgendwie über irgend welche Minderheiten geäußert zu haben. Dennoch wurde er zu insgesamt 29 Monaten Haft verurteilt, weil er in seinen historischen Darstellungen zu einseitig gewesen sein soll.
3. Welche Macht die Medien tatsächlich haben, erwies sich im zweiten Halbjahr des Jahres 2000, als zuerst in Düsseldorf an einer S-Bahn-Haltestelle eine Bombe explodierte, dann ein Brandanschlag auf eine Synagoge erfolgte, und schließlich ein Horrormärchen über den angeblichen Mord eines Jungen in einem sächsischen Freibad die Runde machte. In allen Fällen wurden „Neonazis“ verdächtigt, aber in keinem der Fälle konnte dies bestätigt werden. Die ganze Seifenblase der durch Medien und Politiker inszenierten Hysterie kollabiert am Jahresende. Das völlige Fehlen konkreter Beweise für ihre Verdächtigungen hatte die Medien leider nicht daran gehindert zu behaupten, der öffentliche Friede sei durch die „Neonazis“ in Gefahr gewesen.

Man sieht, daß die bisweilen „festgestellte“ Gefährdung des öffentlichen Friedens mitunter also nicht nur künstlich aufgebauscht, sondern bisweilen sogar völlig fiktiv sein kann. Spätestens seit dem Fall des Mannheimer Richters Orlet, der aufgrund einer Medienhetzjagd seines Amtes enthoben wurde, dürfte klar sein, daß Richter gerade dann sehr empfindsam gegenüber der (ver)öffentlich(t)en Meinung sind, wenn es zum „Holocaust“ und seinen Bestreitern kommt.

Tatsächlich ist es ja in deutschen Strafgerichtssälen so, daß praktisch jede Form der „Auschwitz-Leugnung“ als geeignet angesehen wird, den öffentlichen Frieden zu stören, also selbst dann, wenn in einer beanstandeten Äußerung von Juden gar nicht die Rede ist. Als Beispiel diene hier das gegen Germar Rudolf gefällte Urteil der 17. Großen Staatsschutzkammer des Landgerichts Stuttgart wegen der mit einem Vor- und Nachwort Otto Ernst Remers versehenen Fassung seines Gutachtens über Auschwitz. Weder im Gutachten selbst, noch im Vor- und Nachwort ist im Zusammenhang mit der Frage, ob der „Holocaust“ erfunden wurde oder ob er zu politischen bzw. finanziellen Zwecken mißbraucht würde, von Juden die Rede. Im Vor- und Nachwort klagt Remer vielmehr ausdrücklich deutsche Politiker und Medien sowie die alliierten Siegermächte dieser Taten an.[8] Das hinderte das Gericht aber nicht daran, entgegen dem offensichtlichen Wortlaut zu behaupten, diese Vorwürfe an die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges sowie an deutsche Politiker und Medien erfolgten tatsächlich *»aus Haß gegen die Juden«*. Obwohl dies aus der inkriminierten Druckschrift eben gerade *nicht* hervorgeht, spekuliert das Gericht dann weiter:[9]

> *»Damit wird unterstellt* [sic! Also eben nicht ausgeführt!], *daß die Darstellungen über den Holocaust unter anderem von der jüdischen Bevölkerung in und außerhalb der Bundesrepublik wahrheitswidrig um ihres politischen und materiellen Vorteils willen erfunden und aufrechterhalten würden.«*

Und obwohl eine derartige Behauptung auch nicht im entferntesten in besagter Druckschrift vorhanden ist, extrapoliert das Gericht anschließend immer weiter:

> *»Mit dieser falschen Behauptung* [die gar nicht aufgestellt wurde!] *wird die jüdische Bevölkerung verleumdet und verächtlich gemacht. Außerdem wird, da auf diese Weise judenfeindliche Emotionen in der Bevölkerung geweckt werden sollen, zum Haß gegen die jüdische Bevölkerung aufgestachelt.«*

Mit dem letzten schon kriminell zu nennenden Kunstgriff wird am Ende aus Remers Anklage gegen deutsche Politiker und Medien sowie gegen die Siegermächte ein Angriff auf das Lebensrecht(!!!) der Juden konstruiert:

> *»Damit wird den Juden das Lebensrecht als gleichwertige Persönlichkeiten in der staatlichen Gemeinschaft abgesprochen und dadurch ihre Menschenwürde verletzt.«*

Man erkennt daran, daß offenbar auch diese Kammer mit Dr. Wandres der Ansicht ist, eine Volksverhetzung liege nur dann vor, wenn damit *»Teilen der Bevölkerung* […] *das Recht abgesprochen wird, gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft zu sein.«* Es ist allerdings atemberaubend zu sehen, auf welche perverse Weise sich deutsche Gerichte geistig prostituieren, um Derartiges an den Haaren herbeizuziehen.

Die Beliebigkeit der Definition der Geeignetheit zur Friedensstörung ist nicht Wandres' einziger Kritikpunkt. Auch die

Definition der tatbestandsmäßigen Handlung macht ihm Bauchschmerzen, hat doch der Gesetzgeber mit seiner Vorschrift einfach alles erfaßt, »*was auch nur im entferntesten unter den Begriff Auschwitz-Leugnung fällt*« (S. 233), also zum Beispiel auch Einzelaspekte und Teilbereiche des Holocaust. Wenn es nach Wandres ginge, so würde eine Friedensgefährdung von solchen Äußerungen ausgehen, »*die ein gewaltiges sozialpsychologisches Stimulierungspotential haben, nämlich erstens die Totalleugnung eines planmäßigen Völkermordes in Dritten Reich und zweitens das Bestreiten der massenhaften Tötungen von Menschen in Gaskammern.*«

Wissenschaftsphilosophisch betrachet ist das freilich Unsinn, denn es gibt keinen ersichtlichen Grund, warum man die eine These erlauben, eine andere aber verbieten können soll, selbst wenn sie jenseits dessen liegt, was das Establishment für sachlich richtig hält. Mit dem gleichen Argument wurden ja schon die Werke von Giordano Bruno, Galileo Galilei, Johannes Keppler und Nikolaus Kopernikus verbannt oder gar verbrannt, und der Gelehrte Giordano Bruno endete sogar selbst auf dem Scheiterhaufen. So meint Wandres dann auch, daß weder der Schutz der »*historischen Wahrheit*« noch ein wie auch immer gearteter »*Tabuschutz*« oder gar das »*Staatssymbol Auschwitz*« als Argument für derartige Verbote herhalten dürfe (S. 239-244, 297f.). Damit hat er den Finger in die offene Wunde der BRD-Inquisition gelegt, denn letztlich geht es bei der Strafbarkeit der Auschwitz-Leugnung ja um nichts anderes als um den Schutz eines Tabus, hinter dem sich allerlei Partialinteressen verbergen.

»Als Konsequenz für die Bestrafung der Auschwitz-Leugner bleibt festzuhalten, daß die bloße radikale Geschichtsrevision (Erscheinungsform 1) in aller Regel straflos ist, selbst wenn der Holocaust als ganzes geleugnet oder die Gaskammern in Abrede gestellt werden.« (S. 304)

Letztlich lautet Wandres Feststellung zur Volksverhetzung also ähnlich wie im Falle der Beleidigung:

> »*Regelmäßig wird dem Auschwitz-Leugnen in der* Erscheinungsform 1 *(bloße radikale Geschichtsrevision) selbst dann die konkrete Störungseignung fehlen, wenn die eigenwillige Geschichtssicht auf eine Totalleugnung des Holocaust hinausläuft oder die Gaskammertötungen in Abrede gestellt werden.*« (S. 255)

> »*Daher liegt der Schlüssel zu einer praktisch handhabbaren generellen Restriktion des zu weit geratenen §130 Abs. 3 StGB darin, in jedem Einzelfall einen hinreichenden Gruppenbezug* […] *zu verlangen.*« (S. 249)

Damit ist konkret etwa ein Vorwurf gemeint, »*die etablierte Geschichtsschreibung des Holocaust beruhe auf einer „jüdischen Lüge" bzw. werde von „den Juden" für unlautere Zwecke „ausgenutzt"* […]« (ebenda).

Wandres hat allerdings eine Fußangel eingebaut, nämlich den Einfluß, den eine (vermeintliche) Tätergesinnung bei der Tatbestandsfeststellung haben dürfe. Er geht nämlich zunächst – fälschlich – davon aus, daß totalleugnende Revisionisten »*häufig einer dem Nationalsozialismus zumindest verwandten Ideologie anhängen*« (S. 252f.). Dies lasse, so Wandres, vermuten, daß der Täter eine Volksverhetzung zumindest im Sinn hatte. Zwar reiche die Gesinnung alleine in Verbindung mit einer Totalleugnung nach nicht zu einer Verurteilung aus. Lägen jedoch »*objektive Begleitumstände*« vor, die darauf schließen ließen, »*die Äußerung diene lediglich als Anknüpfungspunkt für die Verfolgung aktueller Ziele*«, dann sieht Wandres den Tatbestand als erfüllt an. Damit öffnet er jenes Tor wieder, daß er zuvor mit der strickten Bindung an »*einen hinreichenden Gruppenbezug*« in der tatbestandlichen Äußerung geschlossen hatte, und die es ihm erlaubt, die Verurteilungen von Deckert, Walendy, Rudolf usw. nachträglich für gut und gerecht zu erklären. Alle drei wurden von ihren Richtern in kaum zu überbietender inquisitorischer Gesinnungsjustiz zuerst als ideologische Fanatiker porträtiert. Diese angebliche Gesinnung wurde dann zusammen mit angeblichen »*objektiven Begleitumständen*« benutzt, um zu unterstellen, die „Täter" hätten tatsächlich in den Köpfen ihrer Zuhörer bzw. Leser einen volksverhetzenden Gruppenbezug („die Juden") herstellen wollen. Mit solchen Methoden lassen sich dann doch wieder alle Revisionisten hinter Schloß und Riegel bringen. Ob sich Wandres dieser Gefahr bewußt ist? Dieser Punkt schreit geradezu nach einer näheren Erläuterung.

Als weiteren Grund, warum das bloße „Leugnen" nicht strafbar sein sollte, führt Wandres das Problem der Offenkundigkeit an:

> »*Verzichten Strafgerichte wegen Offenkundigkeit auf eine Beweisaufnahme über den Holocaust in seinen groben Zügen, so ist daran auch unter der aktuellen Rechtslage nicht das geringste auszusetzen. Kritisch würde es jedoch, wenn historische Detailfragen zu verhandeln wären. Folgte man der hier vertretenen Lösung nicht, welche eine ohne jeden Personenbezug vorgetragene radikale Geschichtsrevison generell für straffrei hält, stünde man vor der Frage, ob die Gerichte bei der dann denkbaren Anwendung des abweichend verstandenen § 130 Abs. 3 Alt. 2 StGB ("Verharmlosen") auch in Zukunft eine Beweiserhebung über historische Tatsachen rundweg ablehnen dürften.* […] (S. 271)
>
> *Wenn durch die Tatbestandsalternative „Verharmlosen" in §130 Abs. 3 StGB tatsächlich die Tatsachenbehauptung auf den gerichtlichen Prüfstand gelangte, in einem bestimmten Konzentrationslager sei die Zahl der durch Zyklon B getöteten Juden gegenüber den verhungerten, durch Erhängen oder Erschießen getöteten und der „Vernichtung durch Arbeit" zugeführten „nicht der Rede wert" gewesen, kann man dann noch von „Allgemeinkundigkeit" des Gegenteils sprechen? In welchen allgemein zugänglichen Quellen soll der „verständige und lebenserfahrene Mensch" diese Einzelheiten nachschlagen? Gerade was die genauen Opferzahlen, den Ort und die Art der Massentötungen angeht, sind diese Details durch die seriöse Holocaustforschung in den letzten Jahren immer wieder im Sinne eines möglichst exakten Forschungsstandes korrigiert worden. Sich zu Einzelfragen des Holocaust wirklich treffend zu äußern, gelingt daher nur Experten. Es versteht sich von selbst, daß man der Versuchung, gleichwohl Allgemeinkundigkeit anzunehmen, aus rechtsstaatlichen Gründen nicht erliegen sollte. Die prozessuale Folge ist klar: Ein historischer Sachverständiger müßte ein Gutachten zu den im Einzelfall geleugneten historischen Details erstatten. Allenfalls wäre denkbar, daß sich ein Gericht nach einer Reihe von gleichgelagerten Verfahren gegen „Auschwitz-Verharmloser" auf die Gerichtskundigkeit des Gegenteils der jeweils zu beweisenden Tatsache beriefe. Auch dadurch würde eine Beweisaufnahme überflüssig. Zur Sprache kommen müßten die relevanten historischen Tatsachen aber, das gebietet der*

Grundsatz des rechtlichen Gehörs, in der Hauptverhandlung auf jeden Fall.« (S. 273)

Und um zu verhindern, daß revisionistische Sachverständige die Gerichte in Verlegenheit bringen, meint Wandres daher, daß die bloße radikale Revision schlicht nicht strafbar sein solle.

3. VERFASSUNGSRECHTLICHE FRAGEN

Wandres hat insbesondere bezüglich der Neufassung des §130 Abs. 3 und seiner heutigen rechtlichen Umsetzung gleich mehrfach verfassungsrechtliche Bedenken.

So sei das Bestimmtheitsgebot des Art. 103 Abs. 2 GG womöglich verletzt, da die sachliche Erfassungsbreite zu groß sei, indem alle beliebigen zweifelnden und bestreitenden Äußerungen zu angeblichen Verbrechen des Dritten Reiches bestraft werden könnten. (S. 276)

Hinsichtlich der Meinungsfreiheit weist Wandres darauf hin, daß nach herrschender Auffassung *»erwiesen unwahre Tatsachenbehauptungen*«, wie sie von radikalen Revisionismus aufgestellt werden, also bezüglich des geplanten Völkermordes an sich und der Existenz von Menschengaskammern, als Tatsachenbehauptungen keine Meinung darstellen und daher gar nicht in den Schutzbereich des Grundgesetzes fallen. Zwar ändere sich dies unter normalen Umständen, sobald die Tatsachenbehauptung mit einer Meinung verbunden wird, jedoch ist eine mit dem Revisionismus verbundene Meinungsäußerung vom Stile „jüdische Geschichtsfälschung" oder „Erpreßbarkeit Deutschlands" ja gerade ein Umstand, der das Tor zur von Wandres skizzierten Strafbarkeit öffnet. (S. 278ff.)

Wandres aber weicht von dieser Meinung ab (S. 280ff.):

> *»Für historische „Tatsachen"-Behauptungen gibt es nämlich überzeugende Gründe, sie gegenüber aktuellen Tatsachenbehauptungen abzuschichten und rechtlich abweichend zu behandeln.* […] *Historischen „Tatsachen" ist eigentümlich, daß ihr Schwerpunkt in einer Bedeutung für die Allgemeinheit liegt – wenn man von der individuellen Bedeutung für denjenigen absieht, der selbst als Person der (Zeit-)Geschichte ist. Als Folge davon tritt der dem Tatsachenbegriff sonst essentielle Objektivitätsanspruch bei der Darstellung historischer Ereignisse in seiner Wichtigkeit zurück. Das dürfte mit der realistischen Einschätzung zusammenhängen, daß sich zeitlich weit Zurückliegendes häufig nur noch unter erheblichen Schwierigkeiten bis ins Detail aufklären läßt. Auch sind die Einzelheiten meist von geringerem allgemeinen Interesse wie die geschichtsträchtigen „großen Linien". Wegen der immensen Bedeutung beispielsweise der Nationalgeschichte für die kollektive Identität eines Volkes nimmt man für historische Ereignisse gemeinhin in Kauf, daß an die Stelle glasklarer Beweise, welche den Anforderungen einer gerichtlichen Verwertung genügen würden, Einschätzungen von Historikern treten, deren Spektrum von quellengestützten Schlußfolgerungen bis hin zu subjektiv geprägten Deutungen reichen kann.«*

Diese Feststellung ist besonders wichtig in diesem Zusammenhang, wird doch der „Holocaust" gemeinhin als der negative Gründungsmythos, als *das* heilige Tabu der deutschen Nachkriegsgesellschaft verstanden, weshalb, wie Wandres zugesteht, damit zu rechnen ist und allgemein akzeptiert wird, daß die Historiker Beweise durch subjektive Einschätzungen ersetzen!

> *»Insofern wohnt dem Begriff der historischen „Tatsache" grundsätzlich nicht der gleiche Objektivitätsanspruch wie dem Tatsachenbegriff des Alltagslebens inne, und man hat sich daran gewöhnt, daß die gängige Geschichtsdarstellung mit Elementen des Wertens und Dafür-Haltens durchwirkt und daher lediglich eine weitestmögliche Annäherung an das tatsächliche, historisch gewordene Geschehen ist. Dem widerspricht nicht, daß das Publikum gewöhnlich die Erwartung hegt, die Geschichtswissenschaft gebe Aufschluß über* die eine *historische Wahrheit, denn dieser Wunsch wird sich, nüchtern gesehen, allenfalls punktuell und meist nur um den Preis erheblicher Vereinfachung erfüllen lassen.«* (S. 282)

Ganz besonders dann, wenn ein nicht unwesentlicher Teil der herrschenden Eliten, unverblümt primär volkspädagogische Intentionen haben, wie Wandres ausführt, statt einem genuinen Interesse an der Wahrheit.

> *»Hinzu kommt, daß es für historische Daten charakteristisch ist, eine Tendenz zur Historisierung aufzuweisen, wodurch sie sukzessive ihre direkte Bedeutung für gegenwärtige Verhältnisse verlieren. Damit ist keineswegs gesagt, daß nicht zugleich ihre mittelbare Bedeutung um so größer werden könnte, denn das geschichtliche Ereignis vollzieht nicht selten die Metamorphose zum aktuellen – und wirkmächtigen – politischen Argument. Bei der Verwendung als politisches Argument tritt dann aber der Tatsachencharakter eindeutig in den Hinter- und der Wertungscharakter in den Vordergrund.«* (S. 282)

Und dies trifft nirgendwo so zu wie beim „Holocaust".

> […] *Als Ausgleich für die Laune der Geschichte, einzelne Menschenschicksale dem Rampenlicht öffentlicher Wahrnehmung auszusetzen, kann es zugunsten von Personen der (Zeit-)Geschichte erforderlich sein, der Geschichtsdebatte rechtliche Grenzen zu ziehen; beispielsweise im Falle einer nachweisbaren Verfälschung. Diese Grenzziehung ist dann aber ihrerseits anhand der Grundrechtsschranken des Art. 5 GG zu legitimieren und kann nicht durch generelle Ausscheidung von Äußerungen aus dem Schutzbereich vorentschieden werden, selbst wenn der Äußerungsinhalt von der Mehrheit als anstößig empfunden wird. Nur so kann auch dem Erfordernis Rechnung getragen werden, die Interessen derjenigen, welche seinerzeit auf* [der] *Täterseite standen, anders zu beurteilen als die Interessen ihrer Opfer. Denn andernfalls nähme der Staat für sich in Anspruch, ein einheitliches, zwangsläufig perspektivenblindes Geschichtsbild für alle verbindlich festzulegen und durchzusetzen. Insofern ist die zunächst plausibel klingende Aussage, Unzutreffendes könne „zur Meinungsbildung nichts beitragen", und daher seien falsche Behauptungen eines grundrechtlichen Schutzes nicht fähig, im Bereich der Geschichte nicht überzeugend. Hinzu kommt nämlich, daß eine im freien Meinungskampf bewährte Geschichtssicht um ein vielfaches einleuchtender und damit glaubwürdiger ist als eine, die sich schwerpunktmäßig auf eine nicht hinterfragbare Autorität stützt und damit zwangsläufig in den Verdacht gerät, irgend etwas stimme nicht. Auch die am Ende als völlig falsch zu erweisende Geschichtsdarstellung kann, so paradox es klingt, dem Erkenntnisfortschritt dienen. Dadurch, daß eine verkehrte Ansicht die Wissenschaft zu verstärkter Forschungsanstrengung und zum „Nachlegen" von Argumenten zwingt, kann die Wahrheit auf lange Sicht nur gewinnen; die Kontroverse um den Reichstagsbrand ist ein eindrucksvolles Beispiel.«* (S. 283)

Dementsprechend schlußfolgert Wandres:

» a) *Auschwitz-Leugnen in der Erscheinungsform 1 unterfällt dem Schutzbereich von Art. 5 Abs. 1 GG, weil Aussagen über historische Sachverhalte unabhängig davon, ob sie sich auf das Ereignis oder seine Bewertung beziehen, geschützt sind und nur unter Beachtung der Grundrechtsschranken untersagt werden können.*

b) *Bei der Erscheinungsform 2 (insbesondere der "Auschwitz-Lüge") muß man zwei Elemente einschlägiger Äußerungen strikt auseinanderhalten. Die Basisbehauptung, mit der Geschichte des Holocaust stimme etwas nicht, kann nicht anders behandelt werden als die bloße radikale Geschichtsrevision. Hinzu kommt aber die daran anknüpfende weitere Behauptung einer „Geschichtsfälschung" oder ihrer unlauteren Nutzbarmachung, welche durchaus als aktuelle Tatsachenbehauptung eingeordnet werden kann. Deshalb ist zu differenzieren:*

   aa) *Es wäre entweder naiv oder unlauter, zu behaupten, eine interpretative Verffälschung von Geschichte im Sinne von Übertreibungen und Verzerrungen, vielleicht sogar einzelner Dokumentenfälschungen, sei im Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Erforschung des Holocaust gänzlich undenkbar, und daher handle es sich auch ohne Prüfung im Einzelfall stets um eine erwiesen unwahre Tatsachenbehauptung, die - jedenfalls nach herrschender Meinung – schon aus dem Schutzbereich von Art. 5 Abs. 1 GG herausfalle. Die an der Holocaust-Forschung Beteiligten sind nicht per se unfehlbarer als andere Menschen. Auch der Umstand, daß in diesem sensiblen Bereich jede grobe Ungenauigkeit schon als Skandal zu gelten hätte, ist noch kein zwingendes Argument dafür, daß es diesen Fall unter keinen Umständen geben könnte. Daher kann nicht jeder an die Adresse einzelner Historiker gerichtete Vorwurf, es seien Unregelmäßigkeiten vorgekommen, als unzweifelhaft falsch behandelt werden.«* (S. 284)

Wer hätte gedacht, daß uns mal ein promovierter Jurist und Spezialist in Sachen Auschwitz-Leugner voll Recht geben würde?

Aber wir sind ja noch nicht am Ende, denn Wandres legt noch nach. Würden nämlich, so Wandres, die Meinungen bzw. Tatsachenbehauptungen der radikalen Revisionisten nur deshalb verboten, weil es eben unerwünscht sei, so würde es sich bei §130 nicht um ein allgemeines Gesetz handeln, sondern um ein Sondergesetz zur Unterdrückung bestimmter Ansichten, was das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich verboten hat. Und als Beleg dafür zitiert Wandres eine Literaturstelle, die ich in einem Internetbeitrag vor zwei Jahren veröffentlicht habe.[10] Wandres urteilt somit bündig:

»Daher könnte ein solches Sondergesetz [Verbot der bloßen Revision] *nicht nach Art. 5 Abs. 2 Art. 1 GG gerechtfertigt werden. Wollte man dennoch anders entscheiden, wären die tragenden Gesichtspunkte nicht verallgemeinerungsfähig, weil sie der Meinungsfreiheit systematisch den Garaus machen.«* (S. 293)

So hat denn Wandres auch ein erfrischendes Verhältnis zum überstrapazierten Schlagwort der „Wehrhaften Demokratie", mit der sich bekanntlich auch jede Diktatur gegen Kritik wappnen kann:

»[…] *die Gefahren«* des Prinzips der wehrhaften Demokratie liegen *»für eben die Freiheit auf der Hand, die es zu schützen verspricht. Denn nicht nur zügellose Freiheit, sondern auch rigider Freiheitsschutz kann zur Zerstörung der Freiheit führen.«* (S. 299)

»Daß damit [mit Abstrichen an freiheitlich-demokratischen Prinzipien] *radikalen Revisionisten im Kreise ihrer Gesinnungsgenossen unverdient der Status eines „Märtyrers der Wahrheit" verliehen würde, wäre noch zu verschmerzen. Katastrophal wirkte sich jedoch die unvermeidliche Selbstbeschädigung des Rechtsstaates aus, der damit vor aller Augen nicht grundlegend anders agierte, als es die Gegner des Rechtsstaats ohne mit der Wimper zu zucken tun würden, hätten sie erst einmal wieder die Macht.«* (S. 307)

Wandres unterschätzt den Solidarisierungseffekt menschenrechtlicher Verfolgung. Gerade durch die in letzter Zeit gesteigerte Verfolgungswut deutscher Behörden gegen Revisionisten hat sich das Interesse am Revisionismus auch und gerade außerhalb des Kreises der „Gesinnungsgenossen" massiv gesteigert. Es sind eben ungeheuer viel mehr Menschen willens, Verfolgungsopfer in Sachen Redefreiheit zu unterstützen als in Sachen „Holocaust-Leugnung", ganz zu schweigen von dem außen- wie innenpolitischen Schaden, der in Deutschland entstünde, wenn es erst einmal einem verfolgten Revisionisten gelungen ist, im Ausland politisches Asyl zu bekomme, was bei den zur Zeit in Deutschland herrschenden Zuständen wohl nur eine Frage der Zeit ist.

Bezüglich der Wissenschaftsfreiheit gesteht Wandres zunächst ein, daß die von ihm als Leitliteratur bezeichneten revisionistischen Veröffentlichungen der äußeren Form nach tadellos als wissenschaftlich einzustufen seien (S. 300), was ihn sichtlich unglücklich macht, sei man doch angesichts der »*ausgefeilten Methode der Auschwitz-Leugner*« drauf und dran, »*in hilflosen Zynismus zu verfallen*« (S. 301). Aber er findet einen Rettungsanker, jedenfalls fast (S. 301):

»Einer Lösung näher kommt da schon die Forderung, Wissenschaft müsse interessenungebunden und ergebnisoffen sein. Was die Ergebnisoffenheit angeht, kann man bei radikalen Revisionisten getrost davon ausgehen, daß es ihnen an dieser Eigenschaft fehlt. Denn die Aktivitäten der einschlägigen Kreise sind erkennbar davon geleitet, ein ganz bestimmtes Ergebnis zu erzielen, nämlich die Last von Auschwitz abzustreifen.«

Woher er diese Weisheit wohl nimmt? Tatsächlich waren so gut wie alle Revisionisten irgendwann einmal vom etablierten Bild vom Holocaust überzeugt, haben aber ihre Meinung seither geändert. Es sind daher in der Regel einzig die Revisionisten, die durch einen eventuellen Meinungswechsel bewiesen haben, daß sie *nicht* von Anfang an ergebnisgebunden waren!

»Doch fällt, wenn wir ehrlich sind, der Vorwurf einer in diesem Punkt fehlenden Ergebnisoffenheit nicht mit umgekehrtem Vorzeichen auf die etablierte Geschichtswissenschaft zurück? Könnte es sich ein deutscher Historiker leisten, den Völkermord an den europäischen Juden oder die Tötungsmethode der Massenvergasungen ernsthaft „ergebnisoffen" zu behandeln, d. h. in Zweifel zu ziehen? – Die Frage stellen heißt, sie mit „Nein" beantworten.«

Treffer! Versenkt! Das war die juristische Selbstzerstörung der etablierten Holocaust-„Wissenschaft"!

»Es ist aber alles andere als eine Schande, dem Prinzip wertfreier Wissenschaft in diesem eng begrenzten Ausnahmefall keine unbeschränkte Priorität einzuräumen.«

Man darf sich verwundern, daß Wandres die Begriffe „Wertfreiheit“ und „Ergebnisoffenheit“ hier gleichsetzt. Sie haben tatsächlich nichts miteinander zu tun. Dies legt aber nahe, daß Wandres die Ansicht vertritt – und mit ihm wohl die »*etablierte Geschichtswissenschaft*« –, daß die Wissenschaft in Sachen Drittes Reich zu bestimmten Werturteilen kommen muß, was in ihren Augen womöglich voraussetzt, daß Forschungen zum „Holocaust“ eben nicht ergebnisoffen sind. Auch das ist falsch, denn die moralische Beurteilung des Dritten Reiches hängt beileibe nicht nur von der Existenz der Gaskammern und eines Planes zur Vernichtung der Juden ab.

Eine der zentralen Thesen des großen deutsch-jüdischen Philosophen Karl Popper ist, daß sich der Mensch vom Tier dadurch unterscheidet, daß er den Schein nicht für das Sein zu halten braucht, sondern daß er zweifeln kann. Die Fähigkeit zum Zweifeln macht den Menschen zum Menschen. Thomas Wandres mag dies aber gar nicht:

> »*Demgegenüber ist das angestrebte Nahziel radikaler Revisionisten das rücksichtslose Säen von Zweifeln, über ihr Fernziel läßt sich eine generelle Feststellung nicht treffen. Nüchtern betrachtet fällt dieses „Säen von Zweifeln“ aber grundsätzlich in den Schutzbereich von Art. 5 Abs. 3 GG, 125 vorausgesetzt, Auschwitz-Leugner beschränken sich auf eine sachliche Darstellung ihrer Ansicht (Erscheinungsform 1). Die aus achtenswerten moralischen Gründen von der etablierten Wissenschaft eingehaltene Selbstbeschränkung*[, bestimmte Thesen nicht vertreten zu wollen,] *darf jedenfalls nicht kurzerhand auch dem zur verfassungsrechtlichen Pflicht gemacht werden, der sich bewußt außerhalb der Moral stellt.*«

Was ist an der Verletzung des Grundprinzips der Wissenschaft, alles Forschen müsse prinzipiell ergebnisoffen sein, achtenswert und moralisch, wenn sie von „den Etablierten“ begangen wird, und warum stehen die Revisionisten außerhalb der Moral, wenn sie dieses Grundprinzip einhalten? Wandres ist offenbar etwas geistig verwirrt.

Letztlich verweigert Wandres den Revisionisten aber die Wissenschaftsfreiheit, denn:

> »*Der ausschlaggebende Grund dafür ist, daß ein anderes formales Kriterium von Wissenschaftlichkeit, nämlich die Berücksichtigung von und die Auseinandersetzung mit abweichenden Ansichten nicht eingehalten wird. Entstellendes Zitieren, systematisches Ausblenden und unsachlicher Umgang mit Kritikern waren bisher neben einem polemischen Unterton ein untrügliches Erkennungszeichen radikal-revisionistischer Hervorbringungen. Ein solches „Werk“ fällt aus dem Schutzbereich der Wissenschaftsfreiheit heraus, weil es erkennbar „nicht auf Wahrheitserkenntnis gerichtet ist, sondern vorgefaßten Meinungen oder Ergebnissen lediglich den Anschein wissenschaftlicher Gewinnung oder Nachweisbarkeit verleiht“.*« (S. 302)[11]

Na, wenn dieser Ihr letzter Schuß mal nicht auch noch nach hinten los geht, Herr Dr. Wandres! Wie hat es Prof. Nolte doch gleich noch so schön dargelegt:

> »[…] *es läßt sich nicht bestreiten, daß seine* [des Revisionismus’] *Vorkämpfer sich in der Thematik sehr gut auskennen und Untersuchungen vorgelegt haben, die nach Beherrschung des Quellenmaterials und zumal in der Quellenkritik diejenigen der etablierten Historiker in Deutschland vermutlich übertreffen.*«[5]

»Daher sollten sich Rechtswissenschaft und Justiz tagespolitischen Zumutungen konsequent widersetzen, denn wie auch sonst hilft im Umgang mit radikalen Revisionisten nur unerschütterliche demokratische Prinzipientreue nach der Devise: „Ich halte Ihre Ansichten für abgrundtief falsch, werde aber alles dafür tun, daß Sie sie ungestraft äußern dürfen.« (S. 306)

Das war 1993, basierend auf inzwischen in die Jahre gekommene revisionistische Werke. Die Qualität revisionistischer Arbeiten hat aber seither noch massiv zugenommen!

Und auf S. 308 des gleichen Buches greift Nolte schließlich die etablierte Historikerzunft an, sich nicht den Argumenten der Revisionisten zu stellen, sondern statt dessen zu persönlichen Angriffen und Verdächtigungen zu greifen, wenn ein Ignorieren oder Totschweigen nicht mehr möglich sei.

Ich behaupte nicht, daß die revisionistischen Arbeiten unfehlbar sind. Sie sind verbesserungsfähig und -bedürftig, und wir alle arbeiten ständig daran. Es zeugt aber von ungeheurem Zynismus, wenn Wandres mehrfach fast schon beklagt, die Revisionisten würden ihre Thesen »*geschmeidig der Rechtslage anpassen*« (S. 302) und würden unhaltbare Thesen fallen lassen (S. 84), immer unterstellend, wir würden dies nur aus taktischen Gründen tun.

Ins Unfaßbare steigert sich dieser Zynismus, wenn es darum geht, warum wir Revisionisten so lange brauchen, dem falschen etablierten Geschichtsbild ein eigenes schlüssiges Erklärungsmodell entgegenzustellen. Wir behaupten, dies dauert deshalb so lange, weil

> »*die nur vereinzelt und mit lächerlich geringen finanziellen Möglichkeiten ausgestatteten bzw. durch die staatlichen Repressionen sogar massiv unterdrückten Revisionisten meist auf das Material angewiesen waren, das von den Speisetischen der weltweit organisierten und mit Abermillionen staatlicher Mittel unterstützten etablierten Historiker an Brotkrumen abfiel*«.[12]

Wandres bezieht sich auf eben diese meine Aussage, verdreht sie aber wie folgt:

> »*Da fällt ihnen als Erklärung dann nur noch ein, die – im Vergleich zur etablierten Geschichtsforschung – geringen Geldmittel seien „bisher“ ein unüberwindliches Hindernis für einen ausgreifenden Ansatz gewesen.*«

Wie war das doch gleich noch? »*Entstellendes Zitieren, systematisches Ausblenden und unsachlicher Umgang mit Kritikern…*«. Ich frage mich, wie tiefgreifend Thomas Wandres’ Dissertation wohl ausgefallen wäre, hätte er sie ohne jede finanzielle Unterstützung schreiben müssen, während er sich ständig auf der Flucht vor den Häschern der Inquisition befindet. Eine größere Ignoranz und/oder Arroganz kann ich mir schlechterdings kaum vorstellen. Wandres scheint zu vergessen, daß seine Beurteilung der Strafbarkeit der Auschwitzlüge eben schon seit Jahrzehnten nichts mit der Realität in Deutschland und weiten Teilen Europas zu tun hat.

Seine Äußerung über die Qualität bisheriger revisionistischer Werke (»*gegen Null gehender sachlicher Gehalt*«, S. 307) läßt vermuten, daß er unsere Werke wohl nur selektiv zur Kenntnis genommen hat, denn er zitiert immer nur, was seine Vorurteile scheinbar bestätigt. Wandres wird sich daher in Zukunft wohl noch verwundert umsehen über die zur Zeit entstehenden revisionistischen Werke, sollte er je in der Lage sein, seine moralisch-anständigen, ergebnisgebundenen Wertefilter abzulegen.

Zusammenfassung

Thomas Wandres ist der Ansicht, daß die bloße, werturteilsfreie radikale Geschichtsrevision unter allen Umständen straffrei bleiben muß, wenn wichtige verfassungsrechtliche Prinzipien und damit die Integrität der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht verletzt werden sollen. Darin schließt er weitgehende Aussagen wie das Bestreiten eines Planes des Dritten Reiches zur Vernichtung der Juden oder der Existenz der Gaskammern ausdrücklich ein.

Selbst allgemeine wertende Aussagen über bestimmte Gruppen, wie etwa „die alliierten Sieger" oder „die Juden" sollen solange straffrei bleiben, wie nicht behauptet wird, diese Gruppe sei für die Fälschung der Geschichte verantwortlich oder beute sie aus.

Konkrete Fälschungs- und Lügenbehauptungen in Teilbereichen des Holocaust sieht Wandres ebenfalls nicht automatisch von Strafe bedroht, da es nicht auszuschließen ist, daß es auch bei der Darstellung dieses Geschichtskapitels zu willkürlichen Entstellungen gekommen ist.

Überschritten wird die Strafbarkeit aber in den Augen Wandres' dann, wenn im Zusammenhang mit revisionistischen Thesen pauschale Schuldvorwürfe gegen ganze Gruppen erhoben würden oder, schlimmer noch, gezielt zu Aktivitäten gegen diese Gruppen aufgerufen wird.

Mit dieser Interpretation stellt sich Wandres diametral der herrschenden Rechtsprechung entgegen. Dies wird in seiner Arbeit leider kaum deutlich.

Es ist zu hoffen, daß seine Arbeit in der Rechtsprechung beachtet und eventuell sogar befolgt wird, nicht nur im Interesse der Revisionisten, sondern auch im Interesse des Bestandes der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Deutschland sowie im Interesse des Ansehens des deutschen Rechtsstaates bei seinen eigenen Bürgern wie auch im Ausland.

Wandres Einstellung zum Revisionismus ist durch die übliche Feindseligkeit geprägt. Will das Werk überhaupt eine Wirkung entfalten, so muß es diese Eigenschaft auch aufweisen, und insofern sollte man es hinnehmen. Ansonsten ließen sich seine unsachlichen Ausrutscher kaum entschuldigen.

Den bundesdeutschen Strafverteidigern, deren Mandanten wegen revisionistischer Aktivitäten angeklagt werden, sei diese Werk dringend als Argumentationshilfe anempfohlen. Es sollte zu deren Standardausrüstung gehören, auch wenn der hohe Preis etwas schmerzlich ist.

Interessant ist, daß Wandres nicht nur zur Vorstellung revisionistischer Arbeiten massiv auf Werke von mir zurückgreift, sondern daß er offenbar auch viele juristische Argumente aufgriff, die ich seit 1993 beharrlich in meinen Werken zur Verteidigung der Menschenrechte in Deutschland vorgetragen habe. Es scheint, als habe es Früchte getragen.

Anmerkungen

1. Wandres, »*Der Holocaust als Gegenstand der bundesdeutschen Strafjustiz*«, *Neue Juristische Wochenschrift*, 1992, S. 2529-2535.
2. Werle/Wandres, *Auschwitz vor Gericht. Völkermord und bundesdeutsche Strafjustiz*, München 1995.
3. Für Details siehe M. Köhler, »*Der Wert von Aussagen und Geständnissen zum Holocaust*«, in: E. Gauss (Hg.), *Grundlagen zur Zeitgeschichte*, Grabert, Tübingen 1994, S. 75-93.
4. Vgl. dazu : H. Verbeke (Hg.), *Auschwitz: Nackte Fakten*, Vrij Historisch Onderzoek, Berchem, Belgien, 1995; sowie: G. Rudolf, »*Gutachten über die Frage der Wissenschaftlichkeit der Bücher Auschwitz: Technique and Operation of the Gas Chambers und Les Crématoires d'Auschwitz, la Machinerie du meurtre de masse von Jean-Claude Pressac*«, in: W. Schlesiger, *Der Fall Rudolf*, Cromwell, London 1994 (www.vho.org/D/dfr/Fall.html#Gutachten)
5. Vgl. E. Nolte, *Streitpunkte*, Propyläen, Berlin 1993, S. 304.
6. Vgl. Theodore J. O'Keefe, »*„Best Witness": Mel Mermelstein, Auschwitz and the IHR*«, in: *The Journal of Historical Review*, 14(1)(1994), S. 25-32.
7. Vor allem H. Verbeke (d.h. G. Rudolf), aaO. (Anm. 4), und Ernst Gauss (d.h. G. Rudolf), aaO. (Anm. 3).
8. Wiedergegeben in G. Rudolf, *Kardinalfragen zur Zeitgeschichte*, VHO, Berchem 1996, S. 111-116 (online: www.vho.org/D/Kardinal/Remer.html)
9. Landgericht Stuttgart, 17 KLs 83/94, S. 233.
10. Vgl. Anton Mägerle (d.h., Germar Rudolf), »*Eine Zensur findet nicht statt, es sei denn…*«, www.vho.org/censor/D.html, Fußnote 8: Stefan Huster, »*Das Verbot der „Auschwitz-Lüge", die Meinungsfreiheit und das Bundesverfassungsgericht*«, *Neue Juristische Wochenschrift*, 1995, S. 487ff., hier S. 489; bei Wandres: Fußnote 56, S. 288.
11. Mit Bezug auf das BverfG 90, 1 (13).
12. E. Gauss, aaO. (Anm. 3), S. 30.

Imitationen und Fälschungen zum Holocaust

Von Ronald Reeves

Alec S. Tulkoff, *Counterfeiting the Holocaust. A Historical and Archival Examination of Holocaust Artefact*, Schiffer, Atglen, PA, 88 S. pb., US$ 19,95

Möchten Sie gerne eine KL-Mütze erwerben? Oder Ihre Wand mit einem gelben Judenstern verzieren? Oder wie wäre es mit einer kompletten KL-Uniform? Oder darf es ein Stück Seife aus Judenfett sein?

Sie finden das geschmacklos? Was auch immer man vom den Handel von NS-Memorabilien halten mag, Tatsache ist, daß das Geschäft damit blüht, und das gilt auch für Sammlerobjekte der NS-Judenverfolgung.

Alec Tulkoff sammelt seit 30 Jahren Gegenstände des Zweiten Weltkrieges. Objekte im Zusammenhang mit der NS-Judenverfolgung ergänzen seine Sammlung erst seit etwa 10 Jahren. Inzwischen ist er darin zu einem Experten geworden. Er wird von Auktionshändlern und von Museen um seine Expertise gebeten, wenn es darum geht, echte Objekte von Imitationen und Fälschungen zu unterscheiden. Sein Rat ist derart gefragt, daß er inzwischen sogar einen vierteljährlichen Rundbrief versendet und eine Webseite zum Thema unterhält.

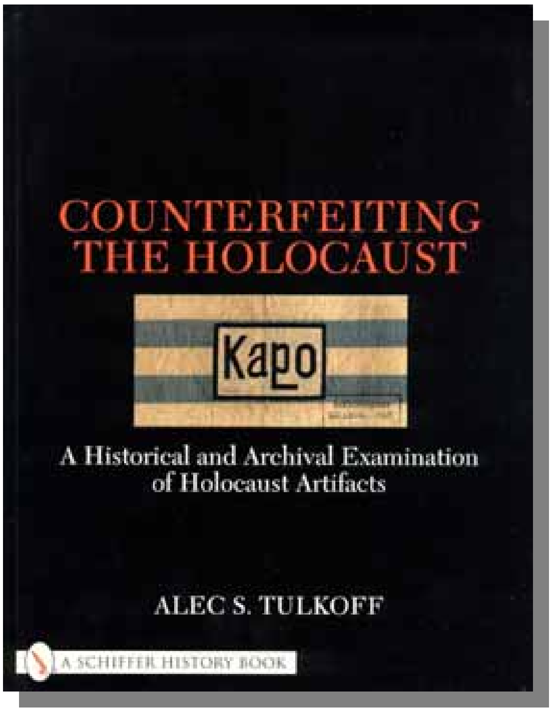
Die Ursache für diese massiv gestiegene Nachfrage nach seinem Wissen liegt freilich in dem immer weiter um sich greifenden Shoah-Business und insbesondere in den wie Unkraut überall auf der Welt aus dem Boden schießenden Holocaust-Museen. Die Nachfrage nach Ausstellungsstücken zum „Holocaust" ist daher geradezu explodiert, und als Folge dessen überschwemmen Imitationen und Fälschungen den Markt.

Im vorliegenden Buch versucht Tulkoff, dem Leser einen Überblick über die wichtigsten echten Gegenständen zu geben, und er vergleicht sie sodann mit Imitationen und Fäl-

schungen. Damit soll Sammlern und Museen die Möglichkeit gegeben werden, die Echtheit angebotener Objekte einfacher beurteilen zu können:

> *»Die vorliegende Ausgabe drückt die strikte Mißbilligung für jene aus, die durch die Herstellung imitierter oder gefälschter Objekte vom Holocaust profitieren.«*

Über jene, die anderweitig, aber in durchaus nicht weniger unmoralischer Weise vom Holocaust profitieren, äußert sich Tulkoff freilich nicht.



Ein kleines Detail in diesem Buch verdient es, hier hervorgehoben zu werden, da es darauf hinweist, daß dem Autor die notwendige kritische Distanz zu seinem Forschungsgegenstand fehlt. Auf Seite 65 bildet Tulkoff ein Stück Seife mit dem Aufdruck »*RIF*« ab und weist darauf hin, daß Seife oft mit der falschen Behauptung zum Kauf angeboten werde, sie sei mit Judenfett hergestellt worden. Anstatt aber diese inzwischen selbst von Yad Vashem als Greuelmärchen widerrufene Geschichte[1] ganz zu dementieren, läßt sich Tulkoff anschließend zur folgenden Aussage hinreißen (S. 66):

> *»In Anlagen überall im Reich führten Nazi-Mediziner Experimente an lebenden und toten Personen durch. Frisches Muskelfleisch wurden von lebenden Gefangenen entfernt und mit Typhus-Bakterien infiziert; weiblichen Häftlingen wurde Formaldehyd in die Eierstöcke injiziert; Jacken, Lampenschirme, Handschuhe und andere Gegenstände wurden aus Menschenhaut gemacht, und Leichen wurden zu Seife verarbeitet.[154] Diese Verarbeitungsprozesse menschlicher Körperteile erreichten niemals große Produktionsausmaße. Es ist daher* außerordentlich unwahrscheinlich*, auf dem Militaria-Markt derartige echte Objekte zu finden.«*

Als Referenz bezieht sich Tulkoff auf Ernst Klees Buch *Auschwitz, die NS-Medizin und Ihre Opfer* (S. Fischer, Frankfurt 1997, S. 42ff.). Der wegen seiner einseitigen und propagandistischen Behandlung des Themas einschlägig bekannte Klee kann sich für seine massiven Anklagen – oder sollte man besser sagen: perversen Behauptungen? – allerdings selbst nur auf jene ominösen Zeugenaussagen berufen, die zumindest partiell selbst von der etablierten Geschichtswissenschaft inzwischen als zumindest dubios angesehen werden. Aber schließlich muß Tulkoff sein Buch ja primär an Museen verkaufen, und wes Brot ich ess', dess' Lied ich sing…

Das auf dickem Hochglanzpapier im Vierfarbendruck hergestellte Buch ist daher prall gefüllt mit Farbabbildungen von Judensternen, Armbinden, Arbeitsausweisen, Uniformteilen, KL-Geld und Erkennungsmarken.

Das eigentlich wichtige an diesem Buch ist aber etwas völlig Anderes. Es ist schließlich, wie jeder weiß, „offenkundig", daß in Sachen Holocaust die Belastungszeugen niemals lügen und daß es keine Beweise dafür gibt, daß auch nur ein Belastungsdokument je gefälscht oder verfälscht wurde. (Mal abgesehen von so peinlichen Pannen wie den Hitler-Tagebüchern und den Demjanjuk-Ausweisen). So jedenfalls die Litanei des geschichtswissenschaftlichen Establishments.

Was Tulkoff aber nun mit Segen und Unterstützung des Holocaust-Establishments nachweist, ist, daß es bereits seit langer Zeit eine ganze Fälschungsindustrie gibt, die nicht Anderes macht, als Objekte, die im Zusammenhang mit der NS-Judenverfolgung stehen, nachzumachen oder gar zu fälschen. Darunter befinden sich auch Dokumente, wie etwa Geldscheine, Briefmarken und allerlei „offizielle" deutsche Stempel (S. 45, 59, 66, 70).

Mit dieser Feststellung wird freilich nicht behauptet, daß es auch eine wahre Fälschungsindustrie für Belastungsdokumente gibt. Schließlich handelt es sich bei den von Tulkoff untersuchten Gegenständen um Sammlerobjekte, deren Fälschung bzw. Imitation aus rein materiellen Beweggründen erfolgt. Die Fälschung von Dokumenten zur Belastung des Dritten Reiches würde dagegen höchstens sehr indirekt materielle Hintergründe haben, etwa um das Holocaust-Business im allgemeinen am Leben zu erhalten. Für derartige Fälschungen wären politische Beweggründe weitaus wichtiger, und sie würden auch nur in Ausnahmefällen von Individuen getätigt (vgl. Konrad Kujau mit seinen materiellen Beweggründen), sondern eher von Organisationen. So wurden die falschen Demjanjuk-Ausweise wahrscheinlich durch den KGB mit Hilfe jüdischer Lobbygruppen gefälscht,[2] ähnlich wie die von John Ball festgestellten Verfälschung von Luftaufnahmen wahrscheinlich im CIA ihren Ursprung haben.[3]



»Seife, von der üblicherweise behauptet wird, sie sei aus jüdischem Fett hergestellt worden. Sie ist ohne weiteres auf Flohmärkten in Polen erhältlich und wird für 5 US$ angeboten. (4,6 cm × 4,1 cm). *Private Sammlung A. Tulkoff.*«

> The Nazi medical researchers in facilities throughout the Reich carried out many experiments on living and dead subjects. Fresh muscle tissue was removed from living prisoners and injected with typhus bacteria; formaldehyde was injected into female prisoners' ovaries; jackets, lampshades, gloves, and other items were made of human skin, and bodies were used to make soap.[154] These human body part manufacturing processes never reached large-scale production. The chances of finding such authentic items in the militaria market are *extremely rare*.

Immerwährende Greuelpropaganda, frei nach dem Motto: Gebe niemals zu, daß gelogen wurde, sonst glaubt man am Ende gar nichts mehr.

Zumal die Möglichkeiten derartiger Organisationen zu Fälschung ungleich größer sind als die von Einzelpersonen oder Kleingruppen, die NS-Memorabilien fälschen – man könnte auch anders sagen: Fälschung, Imitation und Irreführung ist *das* Geschäft von KGB und CIA schlechthin – und weil die indirekten materiellen und politischen Werte, die bezüglich des Holocaust auf dem Spiel stehen, unermeßlich viel höher sind als jeder Gewinn, der sich aus dem Vertrieb gefälschter Objekte der NS-Judenverfolgung erzielen läßt, muß man wohl davon ausgehen, daß eine hypothetische „Fälschungsindustrie" von Belastungsdokumenten potentiell sogar weitaus umfangreicher sein könnte, als das, was uns Tulkoff auf seinem Gebiet präsentiert.

Doch wie dem auch immer sei, es ist sicher hilfreich, ein ausführliches „Geständnis" vorliegen zu haben, daß Fälschungen zum „Holocaust" leider zu einer verbreiteten Erscheinung geworden sind.

Anmerkungen

1 *The Daily Telegraph*, »*Jewish Soap tale „was Nazi lie"*«, 25.4.1990; siehe auch: H. Wendig, »*Seife aus Menschenfett?*«, in *Richtigstellungen zur Zeitgeschichte*, Heft 1, Grabert-Verlag, Tübingen 1990, S. 49f.; M. Weber, »*Jewish Soap*«, in *Journal for Historical Review*, 1991, 11(2), S. 217-227.

2 Vgl. H. P. Rullmann, *Der Fall Demjanjuk*, Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur, Struckum 1987; D. Lehner, *Du sollst nicht falsch Zeugnis geben*, Vowinckel, Berg am See o.J.;

3 Vgl. ders. »*Luftbildbeweise*«, in: E. Gauss (Hg.), *Grundlagen zur Zeitgeschichte*, Grabert, Tübingen 1994, S. 239-245.

Mythen und Legenden des transatlantischen Sklavenhandels

Von John Tiffany

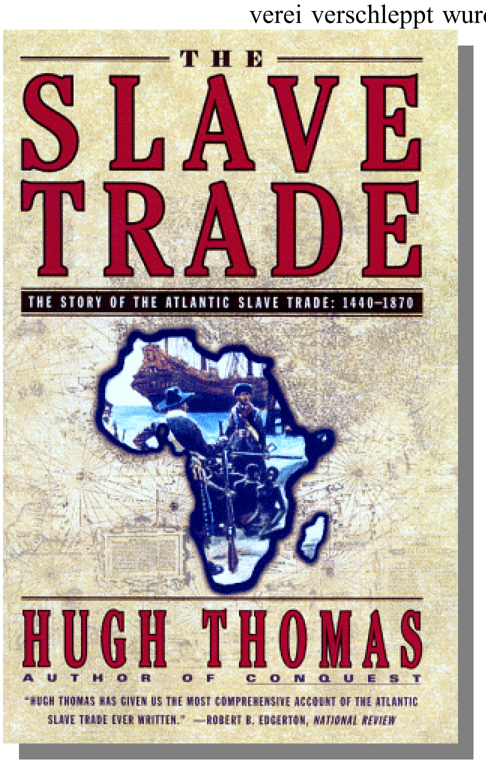
Hugh Thomas, *The Slave Trade. The Story of the Atlantic Slave Trade: 1440-1870*, Simon and Schuster, New York 1997, 908 S., $20,-

Hugh Thomas' höchst umfangreiches, aber leicht lesbares Werk *The Slave Trade* legt den Schwerpunkt auf den Handel mit schwarzafrikanischen Sklaven, die über den Atlantik verschifft wurden. Allerdings widmet der Autor auch der Frühgeschichte der Sklaverei innerhalb Europas, der Versklavung amerikanischer Indianer sowie verwandten Themen eine erhebliche Anzahl von Seiten.

Beispielsweise greift Thomas die Frage auf, wie der Sklavenhandel den Fall des Römischen Reiches überleben konnte; er schreibt:

> *»Die Sklavenmärkte funktionierten immer noch, wenn auch nicht mehr in gleich großem Umfang wie zuvor, und im visigothischen Spanien spielten jüdische Händler eine führende Rolle unter jenen, die Sklaven zum Verkauf feilboten; bei letzteren handelte es sich zweifellos um Kelten oder Sueben* [also Vorfahren der Deutschen]*.«*

Dank dem – von den Hofhistorikern oft als „dunkles Zeitalter" herabgesetzten – feudalistischen System befreiten die neuen Lords in Britannien nach der normannischen Invasion anno 1066 viele jener Sklaven, die sie auf den eben eroberten Anwesen vorfanden. Die Freigelassenen bildeten fortan einen Bestandteil des niederen Bauerntums.



Bis zum Jahre 1200 war die Sklaverei aus England verschwunden, auch wenn William Wilberforce 600 Jahre später in einer berühmten Rede von „Sklavenkindern" sprach, die noch zur Zeit Heinrichs des Siebten aus Bristol nach Irland verschifft worden seien.

Freilich kehrte die Sklaverei schließlich nach England zurück, wobei ihre Opfer diesmal Neger waren; im Gegensatz zu Portugal blieb die Zahl dieser fremdrassigen Sklaven jedoch stets gering.

Im 15. Jahrhundert, als afrikanische Eingeborene in die Sklaverei verschleppt wurden, machte der portugiesische Königshof mit dem Verkauf von Sklaven an Spanien fette Geschäfte. Ein tschechischer Reisender, Vaclav Sasek, glossierte 1466, das Verschachern von Sklaven an Fremde bringe dem König von Portugal mehr Geld ein als *»die gesamten Steuereinnahmen des Königreichs«*. Die Namen etlicher spanischer Händler, die in den Kauf und Weiterverkauf von Sklaven verwickelt waren, scheinen darauf hinzudeuten, daß sie *conversos* – konvertierte Juden – waren, z.B. Hernán de Córdoba, Alfonso de Córdoba, John de Ceja oder Ecija sowie Manuel de Jaén.[1]

Thomas weist zwar darauf hin, daß einige der in die Neue Welt verschifften Sklaven Weiße – z.B. Mauren und Kanaren – waren, doch erwecken seine diesbezüglichen Ausführungen den Eindruck, im Vergleich zu den Heerscharen schwarzer Sklaven habe es sich bei diesen nur um eine ver-

schwindend kleine Anzahl gehandelt. Er würdigt Michael A. Hoffmans Buch *They were White and they were Slaves* (Wiswell Ruffin House, New York 1991) keiner Erwähnung, und auch Rudy Stankos *Slavery Survives in America* (Pro-American Press, Gering, Nebraska 1987) wird von ihm nirgends zitiert.

Sowohl weißen als auch schwarzen Sklaven war oft ein ungemein hartes Schicksal beschieden, besonders in Ländern wie Brasilien. Allerdings waren, zumindest für die Schwarzen, durchaus nicht *sämtliche* Aspekte der Sklaverei notwendigerweise von Übel. Kaum jemand weiß zum Beispiel, daß die durchschnittliche Lebenserwartung eines Negersklaven im alten Süden des nordamerikanischen Kontinents höher war als die damalige Lebenserwartung in Europa.[2] Leider versäumt Thomas, dies hervorzuheben.[3] Er schließt sein Buch mit einigen Bemerkungen über die Sklaverei in Kuba gegen Ende der sechziger Jahre ab, verliert aber kein Wort darüber, daß bis zum heutigen Tage in afrikanischen Staaten wie Mauretanien,[4] dem Sudan, Sansibar, Kamerun und anderswo die Sklaverei in der Form von Leibeigenschaft faktisch weiterexistiert. Manchen Berichten zufolge trifft dies auch auf arabische Länder wie Oman und die beiden in jüngster Vergangenheit wiedervereinigten jemenitischen Staaten zu.[5]



Prinz Heinrich der Seefahrer. Seine Kapitäne begaben sich auf die Suche nach Gold und nach einem möglichen Bündnis mit Prester John gegen die Muslime zur „Befreiung" des „Heiligen Landes", aber statt dessen fand er Sklaven.

Es ist eine Tatsache, daß der Islam die Sklaverei als legitimen Bestandteil der menschlichen Gesellschaft betrachtet. Mohammed übernahm ein System, das bereits für die vorislamische Gesellschaftsordnung kennzeichnend gewesen war. Immerhin wurden den Sklaven gewisse Erleichterungen eingeräumt. Nach islamischem Recht, das sich in diesem Punkt vom römischen unterschied, durften Sklavenkinder nicht von ihrer Mutter getrennt werden, bis sie sieben Jahre alt waren. Sklaven durften nicht wie Tiere behandelt werden, und ihr Besitzer war für sie nicht Herr über Leben und Tod.

Wie Thomas darlegt, profitierten manche schwarzafrikanischen Stammesfürsten vom Sklavenhandel. Für König Tegbesu von Dahomey brachte der Verkauf seiner Rassengenossen an die Sklavenschiffkapitäne einen jährlichen Profit von 250.000 britischen Pfund. Kein Herzog in Britannien hatte damals ein vergleichbar hohes Einkommen. König Alvare vom Kongo verkaufte Sklaven an die Portugiesen.

Im Tausch für Sklaven erhielten die Negerhäuptlinge auch Waren einschließlich Feuerwaffen. Im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts mögen in der Gegend um den Bonny River Jahr für Jahr 50.000 Flinten eingetroffen sein, die dann über ganz Zentralafrika verteilt wurden. Vermutlich wurden sie von den Eingeborenen teils weiterverkauft, teils zum Schutz ihrer Krals und zur Verschönerung ihrer Hütten benutzt, jedenfalls führten sie zu einer Intensivierung des Sklavenhandels. Manchmal waren die Schießprügel allerdings von erbärmlicher Qualität. So klagte König Tegbesu über eine seitens der Engländer erfolgte Lieferung, die Gewehre explodierten schon beim ersten Schuß und verletzten seine Soldaten. Über die von den Franzosen verkauften Schießeisen fällte er ein ähnlich vernichtendes Urteil.

Beide Seiten überboten sich darin, ihre Handelspartner übers Ohr zu hauen. Die afrikanischen Stammeshäuptlinge vermischten das Gold, das sie den Europäern verkauften, regelmäßig mit Messing. Kranke Sklaven wurden nicht selten so lange geschminkt, bis sie gesund aussahen, und man unterließ nichts, um Gebrechen, mit denen die menschliche Ware behaftet war, zu vertuschen.

Von besonderem Interesse ist, was Thomas über die Bewegung der Abolitionisten (Befürworter der Abschaffung der Sklaverei) zu sagen hat. Es mag manche überraschen, daß an der Spitze dieser Bewegung Geistliche standen, obgleich die Sklaverei in der Heiligen Schrift an mehreren Stellen ausdrücklich gutgeheißen wird. Im Brief des Heiligen Paulus an den Griechen Philemon beschreibt der Apostel, wie er den flüchtigen Sklaven Onesimus zu seinem Herrn zurückbrachte, und im Epheserbrief 6;5 mahnt Paulus:

> *»Ihr Sklaven, seid gehorsam euren irdischen Herren mit Furcht und Zittern, in Einfalt eures Herzens, als dem Herrn Christus.«*

Gleichzeitig ermahnt Paulus freilich die Herren, ihre Sklaven menschlich zu behandeln.

Ein frühchristlicher oder mittelalterlicher Bischof konnte sich mit dem Gedanken beruhigen, daß Christus ja nicht auf diese Welt gekommen war, um die *sozialen Verhältnisse* zu ändern, sondern um die *Denkweise* der Menschen zu läutern – *non venit mutare conditiones sed mentes.* Ein Leibeigener war geistig frei und auf spiritueller Ebene seinem Herrn gleichwertig; da war es nicht entscheidend, daß er äußerlich im Gegensatz zu jenem unfrei war. Sklaven durften sich stets mit der Hoffnung auf Freiheit im kommenden Leben trösten. Auf dieser Erde oblag es ihnen, ihr Los geduldig hinzunehmen, zu Ehren Gottes, dessen Wege unerforschlich waren.

Mehrere Jahrhunderte nach Paulus empfahl der strenge Kirchenvater Johannes Chrysostom den Sklaven, die Sicherheit der Knechtschaft der Unsicherheit des Freiheit vorzuziehen. Der Heilige Augustin äußerte sich in gleichem Sinne. Er verfocht die Ansicht, der eigentliche Grund für die Existenz der Sklaverei liege in der Sünde, welche *»den Menschen dem Menschen untertan gemacht hat«*. Doch dies war *»nicht ohne den Willen Gottes geschehen, dem jede Ungerechtigkeit unbekannt ist«*. Der im nordafrikanischen Hippo geborene Augustin glaubte an die Gleichheit der Rassen.

> *»Wer immer irgendwo als menschliches Wesen geboren ist, das heißt als mit Vernunft begabtes sterbliches Geschöpf, so fremd er unseren Sinnen in körperlicher Gestalt, oder Hautfarbe, oder Bewegung, oder Sprache, oder in irgendeiner Fähigkeit, irgendeinem Bestandteil oder irgendeiner Eigenschaft seiner Natur auch scheinen mag: Kein wahrer Gläubiger hege Zweifel daran, daß dieses Geschöpf von jenem Menschen abstammt, der als erster gelebt hat.«*

Doch die Sünde macht aus Menschen Sklaven, und Augustin erinnert an die Verfluchung Hams in der Genesis.

Im Jahre 1761 setzten die Aktivitäten der abolitionistischen Bewegung ein. Ihnen lag keineswegs bloße Gefühlsduselei zugrunde. In *The Gentleman's Magazine* erschien damals ein Artikel, in dem darüber geklagt wurde, daß sich die in der Nähe Londons lebenden Afrikaner »*nicht länger als Sklaven betrachten* […] *und die harten Pflichten der Knechtschaft nicht williger erfüllen als unsere eigenen Leute*«. Indem das *Gentleman's Magazine* schrieb, die Sklaven könnten in Britannien »*nicht atmen*«, forderte es vermutlich indirekt dazu auf, sie, und überhaupt alle Schwarzen, des Landes zu verweisen.

Doch fuhr Großbritannien eifrig mit dem Sklavenhandel fort, obwohl die Briten in ihrem Lied *Rule Britannia* stolz verkünden, sie würden selbst niemals in der Knechtschaft leben.

George Grenville, damals britischer Premierminister, besaß im Januar 1807 genügend Selbstvertrauen, um – merkwürdigerweise im gleichen Monat, in dem der US-Kongress einen entsprechenden Schritt unternahm – dem House of Lords einen Gesetzesvorschlag zu unterbreiten, der die gänzliche Abschaffung der Sklaverei vorsah. Das Gesetz erhielt am 25. März die Unterstützung des Königshauses, und ab dem 1. Mai desselben Jahres wurde der Sklavenhandel für illegal erklärt.

In Afrika löste die Ächtung des Sklavenhandels durch Briten und Amerikaner erhebliche Verwirrung aus. 1820 fragte der König von Ashanti einen britischen Beamten, weswegen die Christen plötzlich keine Sklaven mehr kaufen wollten. Verehrten sie denn nicht denselben Gott wie die Muselmanen, die nach wie vor Sklaven erwarben, verschleppten und verkauften? Da der Koran die Sklaverei billigt, gelangten manche Moslems sogar zur Überzeugung, die neue Haltung der Christen stelle eine Attacke auf den Islam dar.

Es dauerte viele Jahre, bis sich die Einstellung der Afrikaner zu wandeln begann. Natürlich nahm der Sklavenhandel in Afrika seinen Fortgang. In Westafrika wurden nach dem Tod von Stammesfürsten auch weiterhin Sklaven geopfert, oft unter dramatischen Umständen und in solch horrender Zahl, daß die Azteken, die früher ähnlichen Bräuchen gehuldigt hatten, ganz hingerissen gewesen wären. Beim Tode des Königs Ashanti im Jahre 1824 starben rund tausend Sklaven den Opfertod.

Die Sklaverei ist ein facettenreiches, bei all ihrer Grausamkeit faszinierendes Phänomen, und wir schulden Hugh Thomas Dank für seine detaillierte Darstellung dieses wichtigen Themas.

Anmerkungen

Zuerst veröffentlicht in *The Barnes Review*, 5(1) (1999), S.55ff. (130 Third Street, SE, Washington, D.C., 20003, USA); übersetzt von Jürgen Graf.

1 Nähere Angaben über die Rolle der Juden beim Sklavenhandel finden sich in der Schrift *Who brought the Slaves to America*, Sons of Liberty, Metairie, Louisiana.

2 Die durchschnittliche Lebenserwartung eines schwarzen Sklaven in Amerika belief sich auf 36 Jahre. Damit war sie etwas niedriger als jene der freien weißen Landbevölkerung, doch vergleichbar mit derjenigen der Stadtbevölkerung und höher als in Europa (Hummel, Jeffrey Rogers, *Emancipating Slaves, Enslaving Free Men: A History of the American Civil War*, Open Court Publishing Co., Chicago and La Salle, Illinois 1996, besprochen in der *Barnes Review* vom März 1997). Hummel hebt auch hervor, dass "die Zahl jener Menschen, die durch die Sahara in die islamische Sklaverei verschleppt wurden, um viele Millionen höher lag als die der über den Atlantik verschifften Sklaven.

3 Eine Verteidigung des Lebensstils im Süden vor dem Bürgerkrieg findet sich u.a. bei Grissom, Michael Andrew, *Southern by the Grace of God*, Pelican Publishing Co., Gretna, Louisiana 1994, sowie bei Kennedy, James Ronald und Kennedy, Walter Donald, *The South was right*, Pelican Publishing Co., Gretna, Louisiana 1996.

4 Man vergleiche hierzu den Dokumentarfilm *Mauritania and the African Slave Trade: 1966*, Dialectic Explorers, New York. Der Streifen basiert auf ethnographischen Forschungen, die Samuel Cotton 1995 und 1996 in Senegal und Mauretanien betrieben hat.

5 *The City Sun*, New York, Artikel vom 22. März 1998: "Sorrow and shame: Brutal North African slave trade ignored and denied". Vgl. Website http:/www.cc.columbia.edu/-slc11/meet.html.

Leserbriefe

Allgemeines

Sonderkommandos

Sehr geehrter, lieber Herr Rudolf,

ich sende Ihnen diesen Brief unter einem Pseudonym, weil ich der Gedankenpolizei nicht wieder auffallen möchte, obwohl der Inhalt dieses Briefes wohl keine strafrechtlichen Folgen hätte. Seitdem sich die Medien in Deutschland gegen alles, was rechts (rechtens) ist, verschworen haben, ist Umsicht geboten.

Am 24.1. d.J. habe ich im deutschen FS-Sender ARD einen Film mit dem Titel »*Sklaven der Gaskammer*« mit dem Untertitel »*Das jüdische Sonderkommando in Auschwitz*«, Dokumentation von Eric Friedler gesehen. Da Sie diesen Film wahrscheinlich nicht gesehen haben, möchte ich Ihnen einige Details schildern.

Der Film begann mit einem durchaus sympathisch aussehenden Mann namens Henryk Mandelbaum, der nach seiner Aussage 1944/45 mit 21 Jahren zum Sonderkommando des Krematorium V gehörte. Anhand der im Film gezeigten Mauerreste erklärte er, wo sich die Gaskammer zur Menschenvernichtung befunden hat. Er mußte vergaste Menschen von der Gaskammer zum Krematorium V schleppen. Folgende Männer kamen in dem Film noch zu Wort:


Sklaven der Gaskammer

23.30 ARD Doku Viele haben 55 Jahre geschwiegen – über die Leichen, die sie „plündern" mussten. Jetzt sprachen einige der Überlebenden des „jüdischen Sonderkommandos" von Auschwitz über ihr Schreckenslos – über die Ausbeutung der Häftlinge bis zum Letzten.

L 45 Min. bis 0.15 SV 25-960

1. Shlomo Vnezia, heute 77 Jahre alt, ebenfalls im Krematorium V tätig gewesen 44/45;
2. Josef Mikusz, Abt.Arbeitseinsatz von 42 – 45;
3. Itzohak Cohen, 44/45, Tätowierungs-Nr. 1 II 900, soweit ersichtlich;
4. Morris Kesselman, Sonderkommando 44/45, damals 16 Jahre alt;
5. Lemke Pliszko, Sonderkommando 44/45,
6. Saul Hazan, Sonderkommando 44/45, Tätowierungs-Nr.

182527, soweit sichtbar. Er erzählte, daß an manchen Tagen 12.000 Menschen vernichtet wurden;
7. Abraham Balbin, Begrabungskommando;
8. Jakob Zylberberg, Sonderkommando 44/45;
9. Jehoshua Rosenblum, Sonderkommando 44/45;
10. Gabriel Malinski, Sonderkommando 43-44;
11. Außerdem wurde Henryk Tauber gezeigt, wie er vor Polen ausgesagt hat, ohne daß er aber selbst zu Wort kam.

Asche wurde in einen Teich geschüttet, manchmal auch im Straßenbau oder als Dünger verwendet. Kinder lebendig ins Feuer geworfen. Lkw kippte alte, gebrechliche Menschen lebendig ins Feuer.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Max Hutten

ANMERKUNG DER REDAKTION

In Gideon Greifs Buch *wir weinten tränenlos…* (Böhlau, Köln 1995) sind die Interviews mit fünf weiteren (angeblichen) Mitgliedern der Birkenauer Sonderkommandos abgedruckt. Die Anzahl der überlebenden Mitglieder der Auschwitzer Sonderkommandos nimmt offenbar immer mehr zu. Man wird wohl davon ausgehen können, daß weit mehr als 20 davon heute noch im fortgeschrittenen Alter am Leben sind, was bedeutet, daß bei Kriegsende womöglich noch Hunderte lebten. Zumal diese Personen die Kronzeugen der Gaskammern wären, darf man mit Norman G. Finkelstein wohl noch fragen: »*Wen hat Hitler eigentlich umgebracht?*«

zu »*Konzentrationslager für Ostdeutsche in der Sowjetunion*«, Leserbrief (*VffG* 2/1999 S. 231f.)

Sehr geehrte Redaktion,

ich fand im Internet unter dem Begriff »*Schmerinka*« die Leserbriefe in Ihrer Zeitschrift und war erfreut, auf einen Überlebenden dieses russischen Internierungslagers zu treffen.

Ich suche dringend Kontakt zu ehemaligen Gefangenen der russischen Konzentrations- und Arbeitslager Winniza und Schmerinka in der Ukraine 1945/46, die Zeitzeugenschaft ablegen können, da für das Jahr 2001 die Publikation eines Buches geplant ist, das sich im wesentlichen diesem speziellen Thema sowie der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Schlesien widmet.

Mein Vater (geb. 1928, Bunzlau/Niederschlesien) war ein sogenannter Zivilinternierter in beiden Lagern und überlebte nur durch „glückliche" Umstände, die Reste seiner Familie wurden vertrieben. Er hinterließ ein Tagebuch mit Aufzeichnungen über Transporte und Lageraufenthalte (Zeitraum ca. ein Jahr) sowie Namenslisten umgekommener Kameraden mit Todesdatum und -ort, das in angereicherter und kommentierter Form veröffentlicht werden soll.

Ich würde deshalb gerne mit Herrn M.M. oder anderen Überlebenden dieser Lager in Kontakt treten, um weitere detaillierte und authentische Informationen zu erhalten. Mir liegt sehr daran, daß die Geschehnisse im Zusammenhang mit der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den ehemaligen Ostgebieten und in russischen Lagern dokumentiert und bekannt gemacht werden, denn die den Zeitzeugen folgenden Generationen haben davon meist keine Kenntnis und für die Medien ist dies in der Regel ein Tabuthema.

Möglicherweise könnte ich über die Redaktion die Adresse/Telefonnr./Email-Adr. von Herrn M. erhalten, ansonsten würde ich bitten, meine Kontaktadressen bekannt zu geben in der Hoffnung, daß Herr M. oder andere Zeitzeugen sich bei mir melden.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Gruhn
Auenstr. 25
D-04105 Leipzig
Max Hutten

zum Leserbrief R.H. Remlingen, »*Fälschungsverdacht Nr. 2*« (*VffG* 2/2000, S. 231)

Sehr geehrter Herr Rudolf,

Auf den ersten Blick können in der Tat die hier genannten Reg.-Nrn. samt zugehörigen Ausstellungsdaten zu Irritationen führen. Ein eindeutiges Indiz für eine Fälschung des „Schnellbriefes" vom 29. Januar 1943 sind sie jedoch nicht. Der „Schnellbrief" selbst liegt ja nicht im Original, sondern nur in gedruckter Form als »*Nr. 15*« der *Schriftenreihe des Reichskriminalpolizeiamtes, Berlin* vor, die als »*Sammlung der auf dem Gebiete der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung ergangenen Erlasse und sonstigen Bestimmungen*« wahrscheinlich im Jahre 1941 – so handschriftlich auf das Vorsatzblatt geschrieben – begonnen worden war. Am Ende der ersten – gedruckten – Seite des Schnellbriefes steht nun ein Vermerk, der einmal darauf schließen läßt, daß diese Erlasse und Bestimmungen (»*Nr. 15*«!) kontinuierlich, die jeweiligen Ergänzungen enthaltend, auch in gedruckter Form vom RSHA herausgegeben worden waren. Eindeutig ist jedoch, daß die hier vorliegende »*Nr. 15*« erst *nach* dem 1.5.1943 gedruckt worden war. Der Vermerk lautet nämlich: »*Der ursprüngliche Geheimcharakter ist gemäß VI 13 obigen Erlasses mit Wirkung vom 1.5. 1943 aufgehoben*«. Damit gibt lediglich die Reg. Nr. V A 2 Nr. 64/43, vom 28.1.1943 einige Rätsel auf. Ob dies allerdings den Fälschungsverdacht stützen kann, ist fraglich; denn immerhin könnte es sich dabei auch schlicht um einen Druckfehler handeln.

Mit freundlichen Grüßen

Karl-Dieter Schönherr

zu Theo Retiker, »*Anmerkungen zur wehrhaften Demokratie*« (*VffG* 3&4/2000, S. 427)

Sehr geehrter Herr Rudolf!

Nachfolgender Text wurde telephonisch an die auch in den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg unter der einheitlichen Rufnummer 01805/234566 installierten Staatsschutz-Agenturen für Denunzianten und Gelegenheits- bzw. Amateur-Spitzel übermittelt:

Die Frage »*In der Presse war zu lesen, daß unter der Rufnummer 01805/234566 die Bürger Beobachtungen über rechtsextremistische Aktivitäten, Bedrohungen und Gewalttaten melden können. Ist das richtig so?*« wurde am anderen Ende des Telefons jeweils bejaht.

»*Nun, dann darf ich mich vorstellen, obwohl Sie sicher diesen Anruf auch zurückverfolgen können. Mein Name ist Karl Schönherr, und wohnen tu ich* […]. *Nun ist es sicher so, daß, sollte man Bedrohungen oder gar Gewalttaten wahrnehmen, diese abzuwehren sind, bzw. dagegen einzuschreiten ist. Dafür zuständig ist die Polizei über deren*

Strafgesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland

§ 241a Politische Verdächtigung

(1) Wer einen anderen durch eine Anzeige oder eine Verdächtigung der Gefahr aussetzt, aus politischen Gründen verfolgt zu werden und hierbei im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen durch Gewalt- oder Willkürmaßnahmen Schaden an Leib oder Leben zu erleiden, der Freiheit beraubt oder in seiner beruflichen oder wirtschaftlichen Stellung empfindlich beeinträchtigt zu werden, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer eine Mitteilung über einen anderen macht oder übermittelt und ihn dadurch der in Absatz 1 bezeichneten Gefahr einer politischen Verfolgung aussetzt.

(3) Der Versuch ist strafbar.

(4) Wird in der Anzeige, Verdächtigung oder Mitteilung gegen den anderen eine unwahre Behauptung aufgestellt oder ist die Tat in der Absicht begangen, eine der in Absatz 1 bezeichneten Folgen herbeizuführen, oder liegt sonst ein besonders schwerer Fall vor, so kann auf Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren erkannt werden.

Dies sei all denen ins Stammbuch geschrieben, die meinen, sie könnten sich alles erlauben…

Notruf. Wenn dagegen, in der Art totalitärer Staaten, die Bürger aufgefordert werden, „rechtsextremistische Aktivitäten“ zu melden., dann ermöglicht dieser intentiöse semantische Wechselbalg, weil ja bewußt ungenau gehalten, jeder – ich sage das einmal prononciert – jeder sich wehrhaft demokratisch gebärdenden Kanaille, sich einschlägig zu prostituieren. Zu solchem perversen Tun aufzurufen, zum Denunziantentum aufzufordern, das, darf ich festhalten, ist ein erbärmliches, ein widerlich-verkommenes Verhalten derer, die offensichtlich glauben, nur auf diese Weise noch ihre Sinekuren sichern zu können. Wahrhaftig, ein solches Gemeinwesen oder sollte man besser sagen, Gemeineswesen, verdient wirklich, daß es sich selbst an die Wand fährt.«

Mit der Bitte, dies so an die vorgesetzte Stelle weiterzugeben, wurde das Gespräch beendet. Bayerischer Kommentar: »*Das haben Sie aber schön gesagt*!« Baden-Württembergischer Kommentar: »*Werde ich so weitergeben*.«

Es wäre schön und zu wünschen, daß diese bescheidene Aktion (zahlreiche!!) Nachahmer fände!

Mit freundlichen Grüßen

Karl-Dieter Schönherr

Zu »*Gefälschtes „Geheimdokument“*« (*VffG* 1/2000, S. 119)

Verehrte Redaktion!

Es mag sein, daß dieses Geheimdokument gefälscht ist. Aber es ist doch eine Tatsache, daß Schröder und Fischer vor ihrem Amtsantritt in Washington zur Vergatterung antreten mußten. Es ist doch eine Tatsache, daß die deutschen Goldreserven sich im Fort Knox (USA) befinden. De Gaulle hat seinerzeit die französischen Goldreserven nach Frankreich bringen lassen, um nicht erpreßt werden zu können. Es ist auch eine Tatsache, daß das Grundgesetz durch Art. 139 GG durch einen Federstrich durch die Alliierten aufgehoben werden kann und die Feindstaatenklausel es ihnen erlaubt, die BRD wieder ganz zu besetzen. Daher scheint dieses Geheimdokument für mich echt zu sein.

Georg Wiesholler, Ottobrunn

Zu H.-J. Witzsch, »*Fremdarbeiter im Dritten Reich*« (*VffG* 4/1999, S. 363-372)

Werte Redaktion,

Tschechische Arbeiter-Migranten ins „Reich“ gab es schon immer. Interessant sind aber besonders die Zahlen nach der Protektoratserrichtung. Im März 1939 suchten deutsche Werber 20.000 Arbeiter. Es meldeten sich 50.000, von denen dann 30.000 einen Arbeitsvertrag erhielten (*Dorfbote*, 13.5.1939, Erscheinungsort Budweis, Auflage 40.000).

Für die weitere Zeit gibt das Buch *Die Böhmische Passion* Auskunft sozusagen aus erster Hand, denn sein Verfasser, Dr. Wilhelm Dennler, ein gebürtiger Schwabe, war im Amt des Reichsprotektors von 1939 bis 1945 zuständig für die Rekrutierung tschechischer Arbeitskräfte:

– November 1939: »*Die tschechischen Arbeiter drängen sich zur Arbeit in Deutschland*« (S. 12).
– Januar 1941: »*Nach wie vor drängen die tschechischen Arbeiter ins Reich*« (S. 41)
– Juli 1941: Dr. Dennler und Dr. Klumpar, Sozialminister in der tschechischen Protektoratsregierung, reisen im Sonderzug nach Deutschland, um sich von den Arbeitsbedingungen der tschechischen Arbeiter vor Ort zu informieren. Zur Begleitung gehören auch tschechische Gewerkschaftler und mehrere deutsche und tschechische Beamte. Auf der Rückreise stellt man übereinstimmend fest, daß die Probleme des Arbeitseinsatzes »*in jeder Hinsicht befriedigend gelöst*« sind (S. 52 f.).
– April 1942: Der Bedarf des Reiches an Arbeitskräften, besonders in der Luftwaffenfertigung, steigt ständig. »*Vorläufig sind wir noch in der Lage, den Bedarf im Wege freiwilliger Anwerbung zu decken*«,(S. 73).
– Juli 1943: »*Zu unserer Überraschung hat der Widerwille der Tschechen* [wohl nach dem Heydrich-Attentat, F.V.] *gegen eine Beschäftigung außerhalb des Protektorats neuerdings wieder merklich nachgelassen*« (S. 105).
– Es wurde eine Dienststelle eingerichtet, die in allen Teilen des Reiches kontrolliert, ob die vereinbarten Arbeitsbedingungen eingehalten werden. Auf Grund ihrer Berichte wurde eine »*umfassende*« seelsorgerische Betreuung der Arbeiter durch tschechische Geistliche, eine »*umfassende*« Versorgung mit Büchereien sowie »*unzählige*« andere Verbesserungen sichergestellt. Verschiedene erstklassige Ensembles tschechischer Künstler unternahmen ausgedehnte Tourneen, um die kulturelle Verbindung mit der Heimat aufrechtzuerhalten (S. 106).

Dr. Dennler wurde bei Kriegsende inhaftiert und kam 1947 frei. Obwohl im letzten Kriegsjahr der ganze männliche Jahrgang 1924 „dienstverpflichtet“ wurde, forderte niemand seinen Kopf.

Quelle: Wilhelm Dennler, *Die böhmische Passion*, Freiburg-Frankfurt 1953

Mit freundlichen Grüßen

F. Volk

In Kürze

Faurisson als Demonstrations-Schlachtruf
Während einer Demonstration einer rechten französischen Jugendorganisation in Nancy wurden Sprüche skandiert wie »*Immigration – Invasion*« oder schlicht »*Faurisson*«. (*Journal du dimanche*, 3.11.2000) Ein Held wird geboren!

Revisionismus im Fernsehen
Zum Beleidigungsverfahren von David Irving gegen Deborah Lipstadt schuf das staatliche US-Fernsehen PBS ein „Doku-Drama", basierend auf den Gerichtsprotokollen.
Der französische Sender *France Cult* strahlte zwischen dem 6. und 10.11.2000 eine fünfteilige Serie über den Revisionismus aus mit dem Titel »*Der Negationismus oder der Abgrund des Vergessens*«, angefüllt von den üblichen Tiraden und Klischees der bekannten antirevisionistischen Wiederholungstäter.

Auschwitz-Wahrheit beendet Deutsche Bank Gänseessen
Als der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland Paul Spiegel beim sogenannten Gänseessen der Deutschen Bank vor Düsseldorfs höchster Gesellschaft seinen Unmut über die Diskussion zur „Deutschen Leitkultur" aussprach, konnte sich der teilnehmende Dr. jur. Udo von Busekist wohl nicht mehr zurückhalten. Er berichtete Spiegel von seinen Erlebnissen als Flackhelfer in Auschwitz und daß er dort kaum eine Gewalttat gegen Juden gesehen habe. Um Schlimmeres zu vermeiden, wurde die Veranstaltung hastig beendet (Spiegel, 20.11.2000). Was die Presse freilich nicht berichtete, war die Äußerung des renommierten Rechtsanwaltes, daß es in Auschwitz für die Gefangenen ein Schwimmbad und eine Sauna gab und er dort keine Vergasungsanlagen gesehen und noch nicht einmal gerüchteweise davon gehört habe. Dies teilte Paul Spiegel erst am 30.12.00 in der WDR-Sendung »*Doppelkopf-Gespräche zum Jahresende*« mit. Er führte dort auch aus, daß er in Zukunft nurmehr vor Schulen Vorträge halten wolle, da er in letzter Zeit vom erwachsenen deutschen Publikum nur noch attackiert und kritisiert werde. In den Schulen wird ihm, so hofft er wohl, keiner widersprechen.

Aïe! Hitler!
Einer in Warschau gezeigten Ausstellung bekannter Filmdarsteller in Nazi-Uniformen mit dem schlichten Titel »*Nazis*« wurde am 24.11.2000 gewalttätig ein Ende gesetzt, als der polnische Darsteller Daniel Olbrychcki mit einem Säbel in die Ausstellung kam und unter laufenden Kameras die Porträts von sich, von Stanislaw Mikulski, Jan Englert, Boguslaw Lind und Jean-Paul Belmondo zerfetzte. Der Aussteller soll angeblich keine Genehmigung zur Ausstellung dieser Bilder gehabt haben.

Treblinka-Zeuge mit neuer Geschichte
Der angebliche Treblinka-Überlebende Samuel Willenberg gab am 28.11.2000 im dänischen Fernsehen (TV2, 19:17) seine Aussage zum besten. Willenberg will zwischen 1942 und 1943 in Treblinka gewesen sein. Laut seiner Aussage sollen 875.000 Juden in einem Massengrab von 200×300 Metern begraben worden sein, nachdem sie zuvor vergast worden seien. Die Vergasungen seien normalerweise innerhalb von drei Stunden nach Ankunft erfolgt. Seiner Ansicht nach müßten die Leichen der 875.000 Opfer immer noch da sein, da es keine Verbrennungen gegeben habe. Die Sendung wurde 1997 unter der Leitung von Ian Kershaw von der BBC aufgenommen.

Gaskammern in Bergen-Belsen
Sigi Ziering, Eigentümer einer High-Tech-Firma in Los Angeles, starb Mitte November im Alter von 72 Jahren. In einem Abschiedsartikel schrieb die *Los Angeles Times* am 14.11.2000:

> *»Gegen Ende des Krieges wurden die Zierings ins Gefängnis nach Fuhlsbüttel überführt. Jede Woche beobachteten sie, wie die Nazis etwa 10 Juden in einen Laster luden, der nach Bergen-Belsen und zu den Gaskammern fuhr. „Mit deutscher Präzision verrichteten die Wachen ihre Aufgabe alphabetisch – aber sie kamen nicht bis Z" sagte er 1998 der Zeitschrift Fortune.«*

Weder konnte er im Gefängnis in Fuhlsbüttel wissen, ob es nach Bergen-Belsen zu den Gaskammern ging, noch gab es dort welche. Noch ein Holocaust-Lügner.

Erfundener Antisemitismus
Luis Marsiglia, Geschichtslehrer in Verona, soll wegen seiner jüdisch-ungarischen Abstammung von Schülern attackiert, seine Hauswand mit Hakenkreuz und Davidstern beschmiert, und – weil er seinen Unmut über Jörg Haider geäußert habe – bedroht worden sein.
Alles Lüge, gestand er jetzt vor Gericht, nachdem forensische Untersuchungen keinerlei Beweise für seine Behauptungen ergeben hatten. Er habe verhindern wollen, daß er seinen Job verliert. (*La Repubblica*, 20.10.2000)

Massenmörder an Deutschen in Polen angeklagt
Czeslaw Geborski, 78, steht in Oppeln vor Gericht, weil er nach Kriegsende systematisch Tausende deutscher Zivilisten vergewaltigt, gefoltert und ermordet haben soll. Geborski war Kommandant des Konzentrationslagers Lamsdorf in Oberschlesien (heute Lambinowice genannt), in dem nach Kriegsende Deutsche interniert waren. Zur Kriegszeit diente das Lager als Kriegsgefangenenlager.
Nach Auffassung vieler Polen sollte dieses Verfahren gar nicht erst durchgeführt werden, da es unvermeidbar gewesen sei, daß angesichts dessen, was die „Nazis" in Polen taten, einige deutsche Zivilisten aus Rache ermordet wurden. Inzwischen sind sieben weitere derartiger Gerichtsverfahren in Polen in Vorbereitung. (*Sunday Telegraph*, 3.12.2000) Freilich kann sich der *Telegraph* nicht der üblichen Greuellüge enthalten, während der deutschen Besetzung Polens seien 3 Mio. jüdische und 3 Mio. nichtjüdische Polen ermordet worden (vgl. *VffG* 2/1999, S. 159-164).

Hayward darf akademische Titel behalten
Der neuseeländische Dozent Dr. Joel S. Hayward darf seine akademischen Titel behalten, so der Entschluß einer Kommission seiner Alma Mater, der Universität Canterbury (NZ), vom 18.12.2000. Haywards Examensarbeit hatte den Revisionismus zum Thema und schloß sich den revisionistischen Schlußfolgerungen an. Die Kommission teilte nun im üblichen politisch korrekten Stil harsche Kritik an Professoren

und Fakultäten aus, sah aber – wohl auch angesichts von Haywards öffentlicher Entschuldigung und schriftlichem Widerruf – von dem Entzug seiner Titel ab (vgl. *VffG* 2/2000, S. 239).

Hausdurchsuchung bei Peter Töpfer

Am 7.12.2000 wurde die Wohnung von Peter Töpfer nach Beweisen für seine Verantwortlichkeit für die Internetseiten www.nationale-anarchie.de durchsucht, was unverständlich und unrechtmäßig ist, da Töpfers Verantwortlichkeit auf der Website und in den Daten des ISP selbst angegeben ist. Töpfers Computer wurde beschlagnahmt, was wohl der eigentliche Zweck war. Dadurch wurde die Auslieferung der neuesten Ausgabe der von Töpfer herausgegebenen Elektrozeitschrift *Auto: -chthon & -nom* verhindert. (AG Berlin-Tiergarten, Az. 353 Gs 5446/00)

Hetzjagd auf konservativen Lehrer

Weil er die Anti-Wehrmachtsausstellung kritisiert hat und linken Eltern ein Dorn im Auge ist, haben diese gegen den konservativen Berliner Lehrer Karl-Heinz Schmick eine Hetzjagd eröffnet. Seltsamerweise stammen alle Vorwürfe von Eltern, die den Lehrer nicht kennen und deren Kinder von Schmick gar nicht unterrichtet werden. Zudem stellte sich heraus, daß die Vorwürfe aus Lügen und aus dem Zusammenhang gerissenen und entstellten Zitaten bestanden. Dennoch wurde Schmick inzwischen vom Dienst suspendiert und Anzeige wegen Volksverhetzung erhoben. Hertha Däubler-Gmelin hat sich inzwischen der Menschenjagd freudig angeschlossen. (*Focus*, 18.12.2000, *All. Jüd. Wochenztg*., 21.12.2000, *Tagesspiegel*, 4.1.2001)

H.-H. Knütter als Rechtsextremist gebrandmarkt

Der emeritierte Bonner Politologie-Professor Hans-Hellmuth Knütter (CDU, 66) wurde im Dezember vom Landtag Baden-Württembergs bei einer nichtöffentlichen Anhörung zum Thema »*Ursachen und Entwicklungen rechts- und linksextremer Gewalttaten*« als Experte von allen etablierten Parteien abgelehnt (CDU, FDP, SPD, Grüne). Knütter gilt seit Jahren als Kritiker der ungebremsten Ausweitung staatlicher Macht und der Erosion der Bürgerrecht in Deutschland. Er scheut sich auch nicht, die Patriotenverfolgung in Deutschland beim Namen zu nennen und wurde deshalb vom Parlament als »*Rechtsextremist*« verunglimpft. (*Südwest Presse*, 21.12.2000)

Hexenprozeß gegen Waffen-SSler

Julius Viel, 82, wird vorgeworfen, Anfang 1945 in der Nähe des Ghettos Theresienstadt sieben Juden erschossen zu haben. Als Kronzeuge gegen ihn sagte vor dem LG Ravensburg sein ehemaliger Kamerad Adalbert Lallier, 75, aus. Viel war damals Lehrer an der Funkerschule in Leitmeritz, Lallier sein Schüler. Vier andere damalige Kameraden widersprechen Lallier, und laut Presse erscheint Lallier, ein emeritierter Professor für Volkswirtschaft:

> *»theatralisch, so selbstverliebt, so bedürftig nach Anerkennung, dass sein ewiges Schwadronieren unvermeidlich skeptisch werden lässt: „Ich machte meine große Beichte vor ausgewählten Repräsentanten der jüdischen Gemeinde in Montreal“, spreizt sich der Zeuge im Rückblick auf die Enthüllung seiner Zugehörigkeit zur Waffen-SS, und er bricht in Tränen aus bei der Erinnerung daran, dass ihn danach seine Hochschule das Abschiedsessen verweigert hat, ihm, dem ‚hoch respektierten' Ordinarius.* […] *Alles erfunden also, warum auch immer, ein Prozess um ein Verbrechen, das nie stattfand?«* (*Frankfurter Rundschau*, 16.12.2000)

Dies ist eine sensationell zu nennende, leider aber bisher einzigartige kritische Art der Berichterstattung!

Tschechischer *Mein Kampf*-Verleger verurteilt

Michal Zitko wurde zu drei Jahren auf Bewährung und zur Zahlung von DM 100.000 verurteilt, weil er *Mein Kampf* in einer ungekürzten und unkommentierten tschechischen Ausgabe verlegt und etwa 100.000 Exemplare verkauft hatte. (*AP*, 11.12.2000)

EBay zieht NS-Memorabilien zurück

Um eventuellen Schadensersatzklagen vorzubeugen, hat sich nun auch das US-Online-Auktionsunternehmen EBay dazu entschlossen, NS-Memorabilien sowie deutsche NS-Druckschriften aus dem Programm zu nehmen. Davon ausgenommen werden lediglich Briefmarken und Münzen des Dritten Reiches (*Linn's Stamp News*, 18.12.2000)

Yahoo gibt Zensurdruck auch in den USA nach

Nachdem Yahoo in Frankreich verurteilt wurde, NS-Memorabilien nicht mehr im Internet anzubieten, tönte das Unternehmen noch lautstark, es werde in den USA nicht zensieren (vgl. *VffG* 3&4/2000, S. 469). Auf Druck der üblichen jüdischen Zensurgruppen wie dem Simon-Wiesenthal-Zentrum hat sich Yahoo aber nun dazu bereit gefunden, auch sein US-Internetangebot von allem zu reinigen, was diese jüdischen Vereine hassen. (*New York Times*, 3.1.2001)

IBM soll Holocaust-Entschädigung zahlen

Entschädigungsklagen in unabsehbarer Höhe drohen dem US-Konzern IBM, weil er dem Dritten Reich Maschinen verkaufte, die die statistische Erfassung der Bevölkerung in Europa erlaubte. Dies, so die Reparationshaie, habe den Holocaust erst ermöglicht. (*Spiegel*, 12.12.2001)

Holocaust-Filme

Laut der Sektion »*Filme*« des Yad Vashem Institut wurden zwischen 1985 und 1995 mehr als eintausend Filme über den Holocaust gedreht, genau genommen 1194. Das sind im Durchschnitt 119 pro Jahr oder ungefähr einer alle drei Tage.

Holomerica

In einer Umfrage des American Jewish Committee aus dem Jahr 1999 meinten 98% aller Juden Amerikas, der Holocaust sei ein wichtiges oder gar sehr wichtiges Teil ihrer Identität, wohingegen nur 15% meinten, die Beachtung jüdischer religiöser Pflichten und Traditionen sei wichtig. Heute gibt es in den USA mehr als 100 Holocaust-Museen und Forschungszentren, und mehr werden laufend errichtet. Die Allgegenwärtigkeit des Holocaust ergibt sich auch aus der Berichterstattung der einflußreichsten US-Zeitungen. 1996 veröffentlichte zum Beispiel die *New York Times* mehr als 500 Artikel über den Holocaust, die *Washington Post* mehr als 300, mit zunehmender Tendenz. Noch stärker freilich ist der Einfluß der Rundfunkmedien und der Filmindustrie auf die Öffentlichkeit, wo ähnliche Tendenzen zu bemerken sind. (*FAZ*, 20.10.2000)

Stand: 18.1.2001